

Peer Pasternack (Hg.)

Hochschule & Kirche.  
Theologie & Politik

Besichtigung eines  
Beziehungsgeflechts in der DDR

**Berliner Debatte**

Wissenschaftsverlag, Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Politik, rth & Co. KG

**Peer Pasternack (Hg.)**

# **Hochschule & Kirche. Theologie & Politik**

**Besichtigung eines  
Beziehungsgeflechts in der DDR**

Berliner Debatte  
Wissenschaftsverlag

Peer Pasternack (Hg.): Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR. 1. Auflage, Berlin 1996

© Berliner Debatte Wissenschaftsverlag. GSFP - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH & Co. KG. PF 158. 10412 Berlin

Auslieferung: Bugrim Berlin, Saalburgstr. 3, 12099 Berlin

ISBN: 3-929666-27-8

# Inhalt

Vorwort	9
---------	---

## I. Theologie: Kontext und Kommunikation

*Christoph Kähler:*

Theologie als wissenschaftlicher Austausch unter den Bedingungen der DDR	15
---	----

*Wolf Krötke:*

Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer in der DDR. Zur Rezeptionsgeschichte ihres Denkens in Kirche und Theologie	28
---	----

*Angelika Engelmann:*

Feministische Theologie in der DDR	38
------------------------------------	----

*Heinz Blauert:*

Kirchliche Publizistik in der DDR: „Die Zeichen der Zeit“	48
---	----

*Günter Wirth:*

Kulturprotestantische Öffentlichkeit in der DDR: Die evangelische Zeitschrift „Standpunkt“	55
---	----

<i>Günther Wirth:</i> Nachtrag	78
--------------------------------	----

## II. Die Theologischen Ausbildungsstätten

*Joachim Heise:*

Die Ausbildung des theologischen Nachwuchses an staatlichen Universitäten der DDR. Entscheidungen Anfang der 50er Jahre	87
---	----

*Konrad von Rabenau:*

Eine steckengebliebene Ausbildungsreform	98
--	----

*Peter Maser:*

"Beitrag zur Klärung der Grundfragen christlicher Existenz"? Zur Rolle der Ost-CDU an den Theologischen Fakultäten/ Sektionen der DDR	119
---	-----

*Christoph Winter:*

Die Theologische Fakultät der Universität Leipzig in den Auseinandersetzungen um die Universitätskirche St. Pauli	130
--	-----

<i>Dietmar Linke:</i>	
Existenzweisen institutionalisierter Theologie in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflußnahme auf die Theologische Fakultät Berlin	143
<i>Hanfried Müller:</i>	
Zu „Kirche & Hochschule. Theologie & Politik“. Ein Brief	159
<i>Hans-Hinrich Jenssen:</i>	
Zwei Pole kontextbezogener Theologie. Zur Korrektur des Mythos von zwei 'Fraktionen' an der ehemals 'roten' Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin	164
<i>Ilko-Sascha Kowalczyk:</i>	
Die liebeskranke Organisation. Anmerkungen zur Debatte um Stasi, Fink und Universitäten	174
<i>Christian Füller:</i>	
Der Fink-Prozeß und der Rechtsstaat. Für billige Polemik taugt der Prozeß um Finks Entlassung nicht	180
<i>Irene Klank:</i>	
Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin	190
<i>Rudolf Mau:</i>	
Vom Hinterhof ins Herz der Hauptstadt. Der Beitrag des „Sprachenkonvikts“ zur Erneuerung der Theologischen Fa- kultät der Humboldt-Universität Berlin	197
<i>Joachim Rohde:</i> Replik zu Rudolf Mau	214
<i>Hans Müller-Zetzsche:</i> Kaderpolitische Barriere in der Theologie 1961. Richtigstellung zu Joachim Rohdes Darstellung des „Falles“ Müller-Zetzsche	230
<i>Rudolf Mau:</i> Duplik zur ”Replik” von Joachim Rohde	232
<i>Joachim Rohde:</i> Antwort auf Rudolf Maus ”Duplik” zu meiner ”Replik”	235
<i>Christoph Kähler:</i>	
Kirchliche Hochschulen in der DDR	241
<i>Martin Onnasch:</i>	
Kirchliche Hochschule in Naumburg	251
<i>Hans-Joachim Kittel:</i>	
Die Ausbildung an der Evangelischen Predigerschule der KPS in Wittenberg und Erfurt 1948 - 1993. Ein Beispiel für den Zugang zum Pfarramt auf dem zweiten Bildungsweg	260

<i>Baldur Peiffer:</i>	
Die Theologische Hochschule Friedensau. Eine freikirchliche Hochschule	268
<i>Konrad Feiereis:</i>	
Katholische Theologie in der DDR - Chance, Grenze, Selbstverständnis	274
<b>III.</b>	<b>Die Studentengemeinden</b>
<i>Klaus-Dieter Kaiser:</i>	
Die Arbeit der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR	289
<i>Klaus-Dieter Kaiser:</i>	
Gemeinsame Verantwortung. Zur Geschichte der Trennung der Evangelischen Studentengemeinden 1967	297
<i>Axel Noack:</i>	
Die evangelische Studentengemeinde der DDR im Blickfeld des MfS	308
<i>Andreas Hoff:</i>	
Evangelische Studentengemeinden im Osten Deutschlands. Gestern, heute - und morgen?	324
<i>Peter-Paul Straube:</i>	
Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR	334
<i>Eberhard Tiefensee:</i>	
Katholische Studentengemeinden vor und nach dem Herbst 1989	343
<i>Peter-Paul Straube:</i>	
Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines au- ßeruniversitären Studium generale	350

## **Anhang**

<i>Peer Pasternack:</i>	
Annotierte Bibliographie: Hochschule & Kirche, Theologie & Politik in der DDR und Ostdeutschland. Erscheinungszeitraum Herbst 1989 - 1996	361
Autorenverzeichnis	398



## Vorwort

Mehrfach hat *hochschule ost*, das Fachjournal für DDR-Wissenschaftsgeschichte und ostdeutsche Wissenschaftsentwicklung, in den zurückliegenden Jahren dem Beziehungsfeld von Hochschulen - Kirchen - Theologie & Politik in der DDR thematische Schwerpunkte gewidmet.

Im Mai-Heft 1992 war es um die von evangelischen Landeskirchen unterhaltenen „Kirchlichen Hochschulen zwischen Nische und Fusion“ gegangen. Sie, in der DDR akademische Nischen, hatten zunächst 1990 institutionelle Aufwertung zu staatlich anerkannten Hochschulen erfahren. 1992 standen sie vor der Auflösung (Naumburg) bzw. Fusionen mit Theologischen Fakultäten (Berlin und Leipzig).

Im Februar 1993 waren die „Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel“ Gegenstand der *hochschule ost*-Betrachtung. Es interessierte, welche Rolle die Studentengemeinden - auch sie Nischen im akademischen Raum der DDR - für sich bestimmt und wahrgenommen hatten, und inwieweit sie nunmehr vor einem Funktionswandel stünden.

Kontinuierlich hatte der Fall Fink in *hochschule ost* Beachtung gefunden, zunächst in vornehmlich hochschulpolitischer Perspektive, doch offenbarten sich an diesem personalen Beispiel auch wesentliche Aspekte von Theologiegeschichte der DDR. Eingangs schien es lediglich, daß mit dem bis heute nur unbefriedigend aufgeklärten 'Fall' nun auch die (evangelische) Theologie in die kircheninternen Stasi-Debatten geraten sei. Doch recht bald war Heinrich Fink zur zentralen Projektionsfigur des Faches, das Verhältnis zur DDR und die Verarbeitung dieses Verhältnisses betreffend, geworden - für die einen wie für die anderen.

1995 sah *hochschule ost* hinreichende Gründe, das Thema Hochschulen - Kirchen - Theologie & Politik erneut aufzugreifen: Systematische Forschungsunternehmungen zum Verhältnis von Hochschule und Kirchen wie zur akademischen Theologie in der DDR waren überschaubar geblieben. Sonstige literarische Bemühungen um die Vermessung des genannten Koordinatengefüges sind, vor allem für Außenstehende, unübersichtlich verstreut. In größeren Publi-



kationsprojekten erfährt das Thema bislang nur als abgeleiteter institutionengeschichtlicher Spezialfall des Verhältnisses von Staat und Kirchen in der DDR Behandlung.

Indessen dürften wenigstens zwei Sachverhalte breiteres Interesse für das Thema auch über die theologisch-kirchliche Fachöffentlichkeit hinaus erwecken: Zum einen, daß es überhaupt und staatlich alimentiert akademische Theologie in der DDR gegeben hatte - in einer DDR, die sich, bei aller (widersprüchlichen) Aufweichung in ihren letzten Jahren, als atheistischer Weltanschauungsstaat verstand. Zum anderen wäre die Existenz von Studentengemeinden in einem studentischen Milieu zu nennen, das ansonsten vom Organisationsmonopol der FDJ bestimmt war. Ferner hat das wissenschaftspolitisch interessierte Publikum nicht zuletzt aufgrund der zentralen Stellung von Theologen im ostdeutschen Wissenschaftsumbau ein berechtigtes Aufklärungsbedürfnis über die Geschichte der Herkunftsdisziplin. Schließlich fand sich die Frage nach den Legitimitätsgründen des 1990 einsetzenden kapazitativen Ausbaus der Theologie an den ansonsten vornehmlich von Abbau betroffenen ostdeutschen Universitäten gestellt.

Die wesentlichen der zahlreichen bislang offen gebliebenen Fragen sollten zu beantworten versucht werden. Wo zu anderen Fragen bereits Antwortversuche vorlagen, war das Bemühen, diese überblicksweise zu präsentieren. Beteiligte, Außenstehende wie forschend damit Befasste wurden also zu Darstellungen verschiedenster Einzelprobleme eingeladen: zur Institutionengeschichte der Theologischen Fakultäten - seit Ende der 60er Jahre als Sektionen Theologie - in der DDR, zur Kontextgebundenheit der dort betriebenen Theologie(n), zu deren Kommunikations- und Öffentlichkeitsstrukturen, zur Debatte über all dies nach dem Ende der DDR, zu feministischer Theologie, zu neueren zeitgeschichtlichen Forschungsergebnissen über die Existenzweisen der Studentengemeinden sowie, nicht zuletzt, zu Theologie und kirchlichen Hochschulen außerhalb der evangelischen Kirchen.

Die im Zuge der mehrfachen *hochschule ost*-Befassung mit dem Themenkreis in den Jahren 1992 bis 1996 entstandenen Beiträge werden hiermit gesammelt vorgelegt. Die Gründe sind praktischer Natur: Zum einen steht nach wie vor ein Überblicksband zum Thema aus. Die vorhandene Literatur behandelt entweder recht speziell fokussierte Fragestellungen, oder sie erörtert Hochschule & Kirche wie Theologie & Politik in der DDR als Spezialfall des Staat-Kirche-Verhältnisses. Wissenschafts- und hochschulgeschichtliche Einordnungen stehen dabei dann nicht im Vordergrund. Zum anderen hält (deshalb?) die Nachfrage nach den entsprechenden zwölf *hochschule ost*-Heften über die Jahre unvermindert an und kann unterdessen nicht mehr vollständig bedient werden. Schließlich bietet die gesammelte Veröffentlichung der Beiträge die Möglichkeit

zu ihrer systematisch begründeten Sortierung, wo zuvor immer auch zeitliche Möglichkeiten der AutorInnen, Redaktionsschlußtermine, Zugänglichkeit von Aktenbeständen, Abschlüsse von Forschungsprojekten u. dgl. für jeweilige Zusammenstellungen in den einzelnen *hochschule ost*-Heften verantwortlich waren. Indem im vorliegenden Band eine systematisch begründete Reihenfolge der Artikel erfolgt, bleibt der ursprüngliche zeitliche Ablauf der Veröffentlichungen unbeachtet. Das hat zur Folge, daß AutorInnen mitunter Bezug auf einen Beitrag nehmen, der zwar in *hochschule ost* früher publiziert worden war, im vorliegenden Band jedoch erst an späterer Stelle folgt. In redaktionellen Fußnoten (\*) wird jeweils die Bezugsstelle angegeben.

Die hier gewählte Anordnung beginnt mit Darstellungen zu kontextualen und kommunikativen Existenzweisen von Theologie in der DDR, die sich zur Einführung in unser Thema eignen. Die DDR hatte insbesondere mit zwei Phänomenen unüberwindliche Schwierigkeiten: mit Öffentlichkeit und mit Organisation. Sie fand ihren Ausweg im Versuch der staatlich-einheitsparteilichen Okkupation der Öffentlichkeit wie der Einrichtung der DDR als "Organisationsgesellschaft" (Pollack). Wissenschaftler sind auf - wenigstens wissenschaftsinterne - Öffentlichkeit angewiesen. Um diese herzustellen, organisieren sie sich üblicherweise: meist in Fachgesellschaften, Vereinen oder um Zeitschriften. Beides war in der DDR nur sehr eingeschränkt möglich. Wie nun organisierte unter solchen Umständen eine zudem von politischer Seite eher mißtrauisch begäugte Wissenschaft wie die Theologie ihr fachinternes Gespräch, und in welcher Weise führten die gegebenen Umstände zu Blickverengungen resp. -erweiterungen?

Die Beantwortung dieser Fragestellung wird mit einer Reihe von Aspekten in zahlreichen Beiträgen des zweiten Kapitels vertieft. Die kontextualen Bedingungen und ihre Wirkungen auf die theologischen Ausbildungseinrichtungen beleuchten insbesondere die eingangs plazierten Artikel. Sodann geht es um einzelne Theologische Fakultäten/Sektionen an den DDR-Universitäten. Mit der Dokumentation eines mehrmonatigen Streits in *hochschule ost* zwischen Sprachenkonvikt und Theologischer Fakultät der Humboldt-Universität wird zu den Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft übergeleitet.

Das dritte Kapitel dann widmet sich den evangelischen und katholischen Studentengemeinden.

Die AutorInnen beschränken sich vielfach nicht auf reine erinnernde Narration oder analytische Beschreibung des in der DDR Gewesenen. Naturgemäß greifen sie in ihren Darstellungen oftmals implizit oder explizit auf die Zeit nach 1989 aus: Denn sie verhandeln das Thema vor dem Hintergrund und im Kontext anderer - korrespondierender - öffentlicher Debatten. Letzteres zeigt sich insbesondere in den Beiträgen, die in ausdrücklicher Reaktion auf zuvor erschiene-

ne verfaßt worden waren. Einige Artikel thematisieren auch allein nach-89er Entwicklungen. Sie wurden in diese Sammlung mit aufgenommen, weil sich in ihnen gleichfalls DDR-geschichtliche Erfahrungen spiegeln: insofern, als der Umgang mit einem entsprechenden Erbe zu gestalten war, und aktuelle Debatten vielfach zu symbolischen Auseinandersetzungen um die Vergangenheit und deren Einfluß auf Gegenwart wie Zukunft gerieten.

Eine Reihe der Beiträge sind dabei auch selbst bereits Zeitdokumente: Sie sind Belege eines zeitgebundenen Diskurses, der zwischen Nähe und Distanz zu seinem Gegenstand schwankt. Um ihnen diesen Charakter zu erhalten, werden sie hier in ihrer ursprünglichen Form, also ohne Überarbeitung publiziert (wobei die Erscheinungsdaten der Artikel jeweils angegeben sind).

Der Verzicht auf nachträgliche Bearbeitung der Beiträge bedingt auch, daß einzelne Redundanzen vorkommen, und daß den theologisch oder kirchenpolitisch Kundigen manches etwas übererläutert scheinen mag. Letzteres liegt im Charakter von *hochschule ost* begründet: Als *wissenschaftspolitisches* Fachjournal mit einem vornehmlich nichttheologischen und wohl auch großteils kirchenbindungsfreien Lesepublikum mußte die Redaktion immer Wert auf eine Darstellungsweise legen, die auch den mit den hier verhandelten Sachverhalten und Entwicklungen eher Unvertrauten das Verständnis der komplexen Vorgänge ermöglicht.

Trotz der Breite des Spektrums bei Themen wie Autoren und Autorinnen bleiben indessen auch in der vorliegenden Sammlung einige thematische Segmente unbesetzt, bestimmte Akteursgruppen unter- oder unrepräsentiert und regionale Ausgewogenheit unerreicht. Die annotierte Bibliographie am Ende des Bandes ist der Versuch, diese Mängel der Sammlung zu mindern.

Jedenfalls dürfte sich mit der Lektüre der Kompilation nicht nur ein in seiner Widersprüchlichkeit geschärftes Bild des Verhältnisses von Kirche & Hochschule wie Theologie & Politik in der DDR ergeben. Zugleich wird sich wohl auch die Wahrnehmung der Entwicklungen in den Jahren seit 1990 qualifizieren lassen: Was waren für stattgefundenene wie unterbliebene institutionelle, personelle und inhaltliche Veränderungen die leitenden Interessen, Motive und Deutungsmuster? Worin bestanden die zentralen wie unterdrückte Fragestellungen? Welche strategischen und taktischen Koalitionen wie Verteilungserfolge der disziplininternen Fraktionen können identifiziert werden, und welche Zusammenhänge gibt es dabei zur informellen Zuschreibung der Deutungskompetenzen zur DDR-Geschichte?

Leipzig, im Juli 1996

*Peer Pasternack*

**I.**  
**Theologie:**  
**Kontext und Kommunikation**



# Theologie als wissenschaftlicher Austausch unter den Bedingungen der DDR\*

**Christoph Kähler**

1. Theologie in der DDR zu treiben, war für die meisten Zeitgenossen und Mitbürger eine höchst exotische Angelegenheit, blieb aber noch so weit im allgemeinen Bewußtsein, daß der trampende Student auf der Landstraße persönlich und politisch sehr offener Gespräche sicher sein konnte.<sup>1</sup> Ungewiß war allerdings der Bekanntheitsgrad der Aufgabe, mit der sich wissenschaftliche Theologie beschäftigt. Daß es dabei nicht um ein schlichtes Training von Kenntnissen und Fertigkeiten für das Pfarramt geht, auch nicht um eine einfache Apologie gegen Angriffe und Anfeindungen, sondern im Kern um die selbstkritische Prüfung, ob Kirche(n) bzw. Christen noch bei ihrem Ansatz bleiben, das war in der Regel kaum bekannt.<sup>2</sup> Regelmäßig konnte man Verwunderung mit der Schilderung erwecken, daß seit Beginn historisch-kritischer Arbeit vor über zweihundert Jahren nahezu ausnahmslos alle kritischen Theorien über den Ursprung und die Geschichte der Kirchen zunächst innertheologisch entwickelt und dann erst - sofern passend - von der antikirchlichen bzw. -religiösen Propaganda übernommen wurden.

Nun ist aber die Frage, wie in einem insgesamt ideologisch antikirchlich ausgerichteten System wie dem der DDR eine solche kritische Selbstprüfung aussehen, gestaltet und als wissenschaftliches Gespräch unter der Devise „de omnibus dubitandum“<sup>3</sup> in Gang gehalten werden konnte. Immerhin kamen die Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Unternehmens nicht nur von Marxisten und

---

\* erstveröffentlicht in hso 4/1995

<sup>1</sup> Alles in allem dürfte es jeweils (mit leicht sinkender Tendenz) um 5000 wissenschaftlich ausgebildete Theologen - zumeist als evangelische Pfarrer - in der DDR gegeben haben.

<sup>2</sup> Grundsätzlich ist die Theologie als Wissenschaft durch diesen Ansatz u.a. mit der Rechtswissenschaft und der Pädagogik vergleichbar, die ebenfalls eine Art von „verantwortender Wissenschaft“ (G.Ebeling) darstellen, insofern sie sich dem Ideal der Mathematisierbarkeit sowie dem der Abstraktion vom Menschen als Subjekt grundsätzlich entziehen.

<sup>3</sup> Den Grundsatz des Descartes, daß an allem zu zweifeln sei, hatte auch Marx zu seinem Lieblingsmotto erklärt: MEW 31,597.

unabhängigen Geistern, die die Konfessionsbindung der Theologie für einen Beweis von Unwissenschaftlichkeit ansahen, sondern auch aus einigen christlichen Gemeinden, die den methodischen Selbstzweifel für Selbstzerstörung des Glaubens hielten.

Zwar wird es einer noch ausstehenden Kirchengeschichte der DDR vorbehalten bleiben, diesen Fragen auch an einzelnen Themen und Diskussionen nachzugehen. Doch soll mit diesem Bericht ein erster, korrektur- und verbesserungsbedürftiger Versuch gemacht werden, über das selbstbestimmte und selbstorganisierte Gespräch wissenschaftlicher Theologen zu berichten, das in der DDR denn doch auch möglich war, ja dem nachträglichen Blick eine erstaunliche Vielfalt bietet.<sup>4</sup>

Die Schwierigkeiten eines solchen Berichts ergeben sich aus ganz verschiedenen Gründen:

- Allgemein stellt der sehr geringe Abstand zu der Geschichte, die hier ins Auge gefaßt wird, ein Handicap dar.

- Weiter machen die zur Verfügung stehenden Papiere und Akten nur einen Bruchteil dessen aus, was hier zu berücksichtigen wäre.<sup>5</sup> Zwar darf man fragen, was das für ein wissenschaftliches Gespräch war, das zu seiner Dokumentation Akten benötigt, wo doch zum Charakter der Wissenschaft grundsätzlich die Öffentlichkeit der Disputation und die Zugänglichkeit der Forschungsergebnisse gehören. Doch ein Charakteristikum der halblegalen kirchlichen bzw. theologischen Öffentlichkeit waren die Vervielfältigungen (graue Literatur), in denen die spannenderen und ideologisch brisanteren Themen traktiert wurden, die keine Chance zur Veröffentlichung hatten.<sup>6</sup>

- Probleme bereitet in Darstellung und Aufnahme auch, daß die Verhältnisse sich sowohl in den verschiedenen Perioden der SBZ/DDR-Geschichte als auch von Fach zu Fach erheblich wandelten oder unterschieden.

---

<sup>4</sup> Zu den Einschränkungen dieses Berichts gehört, daß der Vf. evangelischer Theologe ist und damit über die Situation der kleineren katholischen Kirche wie die der Freikirchen und religiösen Sondergemeinschaften nur begrenzt Auskunft geben kann.

<sup>5</sup> Eine systematische Sichtung dieser Papiere und der Archive sprengte den vorgegebenen Rahmen dieses Aufsatzes.

<sup>6</sup> Richard Schröder hat einige seiner Texte in dem Aufsatzband: Denken im Zwielficht. Vorträge und Aufsätze aus der Alten DDR. Tübingen 1990, veröffentlicht. Sein Vorwort (VII-XII) schildert Kontext und Entstehung solcher Papiere, die viel stärker auf mündliche Verständigung und Vergewisserung ausgerichtet waren als die - auf schriftliche Veröffentlichungen setzende - westliche Wissenschaftsbemühung.

- Schließlich scheint mir in einer ersten Bewertung dieses Beobachtungsfeldes eher die Fülle der Aktivitäten als der Mangel, eher die individuelle Freiheit als die hierarchische Beauftragung charakteristisch zu sein. Insofern wird es nicht ganz ohne Vereinfachungen abgehen, die späterer Ergänzung bedürfen bzw. einer Differenzierung weichen mögen.

Die Materialbasis dieses Essays stellen eine Umfrage unter den Kollegen der eigenen Fakultät, eine eigene Sammlung von Vervielfältigungen (grauer Literatur) und überprüfungsbedürftige Erinnerungen eines Beteiligten dar. Das Ziel des Folgenden kann kaum mehr sein, als Erinnerung festzuhalten.

2. Die Variation theologischer Ansätze in der DDR wurde durch mehrere Faktoren gefördert.<sup>7</sup> So gab es föderale kirchliche Strukturen durch die ganze Geschichte der DDR hindurch, die wir nunmehr als Neubundesbürger im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich auch außerhalb der Theologie als Chance und Last erleben. Über Jahrhunderte gewachsen existierten acht evangelische Landeskirchen,<sup>8</sup> die im wesentlichen voneinander unabhängig waren. Diese Kirchen gehörten zu zwei verschiedenen Kirchenbünden, zur Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (seit 1969: in der DDR: VELK/DDR) bzw. zur Evangelischen Kirche der Union (EKU) - Bereich DDR. Beide Gruppierungen waren insofern auch theologisch und kirchenpolitisch nicht ohne Bedeutung, als in den unierten Kirchen aus der Tradition der Bekennenden Kirche und der Theologie Karl Barths heraus unbefangener ethische und politische Konsequenzen für kirchliches Handeln gezogen werden konnten,<sup>9</sup> während die lutherischen Kirchen an sich von einer spürbaren Zurückhaltung in politischen Stel-

---

<sup>7</sup> Zu den speziellen Schwierigkeiten des Berichts gesellt sich die weitere allgemeine, daß kirchliche Strukturen der DDR nur dem Insider bekannt sind, Außenstehenden jedoch wenigstens in Umrissen benannt werden sollten.

<sup>8</sup> Ähnlich kompliziert war die Gliederung der römisch-katholischen Kirche, die zwei eigenständige Bistümer auf dem Territorium der DDR besaß. Mit einer apostolischen Administration wurde ein Rest des Bistums Schlesien und durch drei bischöfliche Ämter Teile westdeutscher Diözesen verwaltet. Ihnen stand allerdings mit dem „Philosophisch-theologischen Studium“ in Erfurt und dem zugeordneten Priesterseminar nur eine theologische Forschungs- und Ausbildungseinrichtung zur Verfügung, was die Vielfalt vertretener Meinung naturgemäß beschränkte.

<sup>9</sup> Die Differenzen waren nicht unüberbrückbar, wie der Versuch einer theologischen Konsensbildung zeigt: J. Rogge/H. Zeddies (Hgg.): Kirchengemeinschaft und politische Ethik. Ergebnis eines theologischen Gespräches zum Verhältnis von Zwei-Reiche-Lehre und Lehre von der Königsherrschaft Christi. Berlin 1980.



lungnahmen geprägt waren.<sup>10</sup> Verbunden waren die acht evangelischen Kirchen in der SBZ/DDR zunächst nur über die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), während sie sich selbst nur in einem Beratungskreis der Kirchenleitungen zusammenschlossen hatten. Erst mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1969 (BEK) erfolgte eine organisatorische Trennung von den westdeutschen Gliedkirchen der EKD und eine gemeinsame synodale (parlamentarische) und kirchenleitende Willensbildung.<sup>11</sup>

Dafür standen als Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen die sechs alten theologischen Fakultäten an den klassischen Universitäten auf dem Gebiet der DDR zur Verfügung,<sup>12</sup> deren Bestand zwar immer wieder einmal angefragt war,<sup>13</sup> die sich aber bis 1989 halten konnten.

In einem differenzierten Verhältnis von Konkurrenz und Kooperation mit ihnen befanden sich drei Kirchliche Hochschulen, die zwischen 1949 und 1964 aus Vorformen entstanden. Sie stellten sowohl für Studierende wie Dozenten einen vor politischem Zugriff relativ geschützten Raum dar.<sup>14</sup> Allerdings bot diese Doppelstruktur, wie jetzt im einzelnen nachweisbar ist, eine Argumentationsbasis für die Fakultäten bzw. Sektionen, um sich mit Hinweis auf die sonst gefährlich steigende Attraktivität der innerkirchlichen Ausbildung vor manchen Zumutungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen zu schützen bzw. an anderen Fakultäten kaum erreichbare Freiheiten zu bewahren. Die Kirchlichen Hochschulen litten allerdings unter der fehlenden akademisch-rechtlichen

---

<sup>10</sup> Wie alle Generalisierungen ist auch diese problematisch, weil sich zwar die obige These für die Landeskirchen in Sachsen und Mecklenburg belegen, aber für die in Thüringen nur sehr modifiziert halten läßt. Dort gab es mindestens unter Bischof Moritz Mitzenheim (1891-1977) weniger theologische Bedenken zu politischen Stellungnahmen.

<sup>11</sup> Vgl. R. Mau: *Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED*. Göttingen 1994; D. Pollack: *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evngelischen Kirchen in der DDR*. Stuttgart 1994.

<sup>12</sup> In der Reihenfolge der Gründungen: Leipzig (1409); Rostock (1419), Greifswald (1456), Wittenberg-Halle (1502/1694), Jena (1548), Berlin (1810).

<sup>13</sup> Für Leipzig galt das in der Krise um die Sprengung der Universitätskirche 1968 in besonderem Maß. Insgesamt gab es vor allem in den Anfängen der SBZ und der DDR Überlegungen, die theologischen Fakultäten und die Kirchlichen Hochschulen in einer großen universitätsfernen theologischen Akademie aufgehen zu lassen. Vgl. dazu B. Hildebrandt: „Wir alle mußten Kompromisse schließen“. Integrationsprobleme theologischer Fakultäten an staatlichen Universitäten der DDR, in: T. Rendtorff (Hg.), *Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR: Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien (AKZG.B 20)* Göttingen 1993, 121-144, 124f.

<sup>14</sup> Vgl. C. Kähler: *Kirchliche Hochschulen in der DDR*, *hochschule ost* (1)1992 H.5, 3-9. [Im vorliegenden Band S. 241ff.]

Anerkennung, mußten ihre Promovenden also entweder einem Verfahren unterziehen, ohne einen entsprechenden Titel verleihen zu können,<sup>15</sup> oder der Kandidat suchte seine Arbeit an einer Sektion Theologie unterzubringen.

Dieser Zustand führte am Ende der achtziger Jahre zur Gründung eines Theologischen Forschungsrates beim Bund der Ev. Kirchen, mit dem längerfristig eine Verleihung dieser Grade angestrebt wurde. Seine Mitglieder setzten sich etwa paritätisch aus Professoren und Dozenten der Fakultäten und der Kirchlichen Hochschulen zusammen. Wirksam wurde der Forschungsrat m.W. nicht.

Zu Differenzierungen führten nun aber auch die einzelnen theologischen Schulen, aus denen die Fachvertreter an den Fakultäten und Kirchlichen Hochschulen stammten. Zwar glättete der gemeinsame Kampf um eine Behauptung gegen die zunehmende und geförderte Entkirchlichung manche Schärfen und Kanten, aber die Ansätze der theologischen Argumentation blieben durchaus verschieden.

Endlich unterschieden sich die klassischen Fächer<sup>16</sup> untereinander objektiv durch ihre wirkliche oder angebliche Entfernung zu politisch unerwünschten Themen und subjektiv durch die unterschiedliche Verflechtung ihrer Vertreter mit dem herrschenden Regime. Während die historischen Disziplinen Altes Testament, Neues Testament und Alte Kirchengeschichte kaum revisionistischer oder anderer konterrevolutionärer Umtriebe beschuldigt werden konnten,<sup>17</sup> also ziemlich unbehelligt blieben, erlebten Gebiete und Fächer von der Reformationgeschichte an über die Systematische Theologie, die sich in besonderer Weise mit neuzeitlicher Philosophie zu befassen hat, bis zur Praktischen Theologie mit ihren Berührungen etwa zur Psychologie und Soziologie ein größeres Maß an marxistisch-leninistischem Mißtrauen und staatlicher Kontrolle. Nicht zu Unrecht vermuteten die Gralshüter ideologischer Unbedenklichkeiten, daß hier Einfallstore für westliche "Infiltration" geöffnet wurden oder blieben.

---

<sup>15</sup> Erst nach 1990 wurde dieser Zustand nachträglich behoben.

<sup>16</sup> Als Fächerkanon gilt zumindest für die evangelische Theologie: Altes Testament, Neues Testament, Kirchengeschichte, Systematische Theologie (Dogmatik), Praktische Theologie. Dazu kommen Spezialfächer wie Religionspädagogik, Kirchenrecht, Ökumenik, Christliche Archäologie und Kunst u.a. Disziplinen, die unter den Bedingungen der DDR zu einem Schattendasein verurteilt waren. Lediglich die Ökumenik wurde aus politischen Gründen (Anerkennung der DDR!) durch mehrere zusätzliche Professuren gefördert.

<sup>17</sup> Unmöglich war das nicht, wie S. Bräuer, „...daß die Zeitschrift eine positivere Tendenz erhält“, *ThLZ* 119(1994) 577-600, 577f., für ein Manuskript über Epochen karolingischer Theologie zeigt.

3. Der genuine Ort wissenschaftlicher Arbeit und des - schriftlich vermittelten - Gesprächs blieb wie in den meisten anderen Geisteswissenschaften der heimische Schreibtisch und die dort stattfindende Auseinandersetzung mit den Quellen einerseits und den Fragen und Herausforderungen der Zeit andererseits. Produkte dieser Auseinandersetzung auf den Markt der Publikationen zu bringen, sofern sie nicht lediglich für das Katheder oder die Kanzel bestimmt waren, hatte die bekannten DDR-Schwierigkeiten: Lange Zeiten bis zum Erscheinen von Monographien und Aufsätzen, knappe Papierkontingente sowie die ideologiegeleitete Zensur durch die Hauptverwaltung Verlage des Ministeriums für Kultur.

Dabei mußten sich die beiden konfessionellen Verlage, Evangelische Verlagsanstalt in Berlin und St.Benno-Verlag GmbH in Leipzig, bei der Buchproduktion vor allem auf Lehrbücher im weiteren Sinn konzentrieren. Dissertationen an den evangelisch-theologischen Fakultäten blieben weithin ungedruckt oder wurden wenigstens z.T. in der Bundesrepublik verlegt.<sup>18</sup> Immerhin blieb eine Reihe für wissenschaftliche Monographien an der Evangelischen Verlagsanstalt erhalten, während die eine akademische Ausbildungsstätte der katholischen Kirche in der DDR, das Philosophisch-Theologische Studium in Verbindung mit dem Priesterseminar in Erfurt, von Anfang an Wert darauf legte, daß sämtliche dortigen Qualifikationsarbeiten in Leipzig zum Druck kamen.<sup>19</sup>

So war es ein Glücksfall, daß ein international bedeutendes Rezensionsorgan in Leipzig zur Verfügung stand, die von Emil Schürer und Adolf von Harnack 1876 begründete und seit 1947 wieder monatlich erscheinende *Theologische Literaturzeitung*. Diese ermöglichte in der Abgeschlossenheit der DDR einen weiten Blick in die aktuelle theologische Produktion vor allem des deutschen Sprachraums, während sie die Publikation von Aufsätzen nur sehr punktuell fördern konnte. Am Beispiel dieser Zeitschrift konnte Bräuer exemplarisch den zähen Kampf um politischen Einfluß zwischen den verschiedenen Partei- und Staatsinstanzen einerseits sowie den Vertretern der Evangelischen Verlagsanstalt und ihren kirchlichen Trägern andererseits darstellen.<sup>20</sup> Für die weitere theologische Öffentlichkeit, d.h. „für Mitarbeiter der Kirche“, waren die monatlich er-

---

<sup>18</sup> Schwierigkeiten bei einer Westpublikation konnten u.U. durch Universitätsstellen entstehen.

<sup>19</sup> Die Reihe Erfurter Theologische Studien belegte seit dem ersten Band von 1956 diesen Standard. - Den akademischen Titel allerdings verlieh die päpstliche Universität Gregoriana, da das Philosophisch-Theologische Studium staatlich zwar geduldet, aber nicht akademisch-rechtlich anerkannt war.

<sup>20</sup> Vgl. dazu oben Bräuer, a.a.O.

scheinenden *Die Zeichen der Zeit* bestimmt, in der sich auch Debatten um künftige Entwicklungen und Aufgaben der Kirche in der DDR fanden, die natürlich nur mit gewisser Vorsicht ausgetragen werden konnten. Diese nicht eben vielfältige Zeitschriftenlandschaft wurde erweitert durch Publikationsorgane von Theologen, die der CDU angehörten oder ihr nahestanden.<sup>21</sup> Neben ihnen etablierte sich ein kämpferisches Periodikum einiger Berliner Fakultätstheologen, *Weißenseer Blätter*, die die CDU der DDR und ihren christlichen Zugang zum Sozialismus für revisionistisch hielten.

Ein Desiderat war und blieb jedoch eine Zeitschrift für wissenschaftliche Aufsätze. Erst spät wurde mit viel Mühe eine Art Jahrbuch unter dem Titel *Theologische Versuche* etabliert, dessen Abstände<sup>22</sup> und dessen Produktionsfristen<sup>23</sup> allerdings eine kontinuierliche und kontroverse Diskussion über brennende Fragen kaum zuließ. Da war das im katholischen St.Benno-Verlag in Leipzig herausgegebene *Theologische Jahrbuch* schneller und durch seine Konzentration auf wichtige Themen informativer. Allerdings diente es im wesentlichen als ein 'reader' für den Wiederabdruck ausländischer und westdeutscher markanter Aufsätze, beförderte also eher die Rezeption als die Diskussion.

4. Die wichtigste Form für den fachlichen Austausch bildeten, da eine wissenschaftliche Gesellschaft fehlte bzw. als der Deutsche Evangelische Theologentag von DDR-Seite her nicht mehr besucht werden durfte, Arbeitsgemeinschaften der Vertreter der klassischen Disziplinen. Diese disziplinbezogenen Treffen von Fachwissenschaftlern, die zwar institutionell gestützt waren, aber der persönlichen Initiative bedurften, gab es in einer gewissen Doppelstruktur:

(1) Zum einen sammelten sich die Kollegen in vier von fünf Fächern zumeist jährlich zu DDR-weiten Tagungen, wobei die Herkunft aus den kirchlichen Seminaren bzw. von den Fakultäten kaum eine Rolle spielte<sup>24</sup> und die katholischen Kollegen aus Erfurt selbstverständlich teilnahmen.

---

<sup>21</sup> *Glaube und Gewissen. Eine protestantische Monatsschrift* 1968-1973; *Standpunkt. Evangelische Monatsschrift* 1973-1990

<sup>22</sup> Band I 1966; II 1970; III 1971; IV 1972; V 1975 (!) usw.

<sup>23</sup> Die Differenzen zwischen dem notierten Abschluß der Manuskripte und Erscheinen der Bände betragen in der Regel vier bis fünf Jahre.

<sup>24</sup> Da die meisten Dozenten der kirchlichen Hochschulen an den Fakultäten studiert, promoviert und sich z.T. habilitiert hatten, verbanden sie enge fachliche und persönliche Kontakte zu den Universitätsprofessoren - und umgekehrt waren die Lehrer dort froh, daß ihre Schüler trotz politischer Schwierigkeiten akademisch lehrten.

Die 'unrühmliche' Ausnahme bildete die Systematische Theologie. Dafür gab es m.W. einen persönlichen und einen fachlichen Grund. In der Sache mußte durch die Systematische Theologie die apologetische Auseinandersetzung u.a. mit dem Marxismus erfolgen, insofern war dieses Fach besonders gefordert und - durch die staatlichen Autoritäten beargwöhnt. Zum anderen machte sich für die Fachvertreter eine Distanz zu dem einflußreichen Berliner Ordinarius Hanfried Müller nötig, weil dessen Nähe zur SED und sein Zugang zum Apparat des ZK kein Geheimnis blieb. Eine offene Diskussion mit ihm hätte nicht allein die Kraft der Argumente auf die Probe gestellt, sondern auch die des hinter ihm stehenden Partei-Apparates.

Etwas anders war die Lage im Fach Kirchengeschichte, wo es keine Konferenz aller Fachvertreter gab. Dort bildeten die traditionell gut vertretenen Reformationshistoriker seit 1970 einen „Theologischen Arbeitskreis für Reformationsgeschichtliche Forschung“ (TARF), der von der Evangelischen Kirche der Union finanziert wurde. Er pflegte durch Einladungen von Kollegen aus der Bundesrepublik und aus dem westlichen wie östlichen Ausland den wissenschaftlichen Kontakt in diesem Spezialgebiet, förderte eine Reihe von wichtigen Publikationsvorhaben und konnte die angestrebte marxistische Umgestaltung der Luther-Halle in Wittenberg verhindern.

Bemerkenswert bleibt, daß jedes dieser Treffen anscheinend eine eigene Atmosphäre und einen eigenen Arbeitsstil entwickelte. So waren einige, wie die Alttestamentliche Arbeitsgemeinschaft (ATAG), durch ein straffes Vortragsprogramm geprägt, in das auch Promotions- und Habilitationsprojekte einbezogen wurden, während die Lutherforscher im TARF mehr Wert auf Studium und Diskussion der Quellentexte legten. Eine Übersicht über Forschungsergebnisse und Publikationen von Aufsätzen ermöglichte auf diesem Gebiet das Lutherjahrbuch, das seit 1957 im Auftrag der Luther-Gesellschaft (Sitz Hamburg) vom Leipziger Kirchengeschichtlichen Institut herausgegeben wurde. Auf dem Weg der Rezensionsexemplare wie dem der - reichlich ausgeweiteten - 'Belegexemplare' blieb hier so der Arbeitskontakt zwischen den deutschen Reformationshistorikern in einem erstaunlichen Maß erhalten. Auch die in Weimar publizierte historisch-kritische Lutherausgabe wurde von einer gemeinsamen Kommission verantwortet, deren Präsident ein westdeutscher Kollege war, zu deren Mitgliedern aber immer Fachvertreter aus dem Osten zählten.

Nur in einer Disziplin wurde das eher informelle Treffen auf DDR-konformere Weise durch „Internationale Fachkonferenzen für Praktische Theologie“

ersetzt, die damit natürlich auch den üblichen Planungs- und Genehmigungsmechanismen unterlagen.

Verschieden waren offensichtlich auch die Verabredungen für gemeinsame Publikationen. Die Skala reicht von gemeinsamen Aufsatzbänden der ATAG, über die Verteilung von 'Hausaufgaben' für eine eigene Lehrbuchreihe im Fach Neues Testament bis zu dem vollständig vorliegenden Projekt eines Handbuchs für Praktische Theologie,<sup>25</sup> dem sich noch ein Handbuch der Seelsorge anschloß.<sup>26</sup>

(2) Zum zweiten gab es gleichfalls jährlich eine meist etwas kleiner gehaltene und nur durch persönliche Einladungen zugängliche Fachtagung für jede Disziplin (also auch die Systematische Theologie) in den Räumen des sogenannten Sprachenkonviktes (der späteren Kirchlichen Hochschule in [Ost-] Berlin), das in der Nähe des Grenzüberganges Friedrichstraße lag. Dort traf eine über die Jahre hin relativ stabile Gruppe von westlichen Wissenschaftlern, die an diesem fachlichen Austausch mit Kollegen aus dem Osten interessiert waren, mit einem ausgewählten Kreis einheimischer Theologen zusammen. Diese Treffen wurden von den Fachgruppen der in Westdeutschland gegründeten Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie gestützt und erhielten logistische und finanzielle Hilfe von der EKD.

Das Schicksal dieser beiden Formen von Arbeitskreisen nach 1989 ist verschieden. Während einige so nicht mehr existieren bzw. in die entsprechenden Fachgruppen der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Evangelische Theologie aufgegangen sind, hat sich nach meiner Übersicht die Mehrzahl von Gruppierungen als regional gewachsene Arbeitsgemeinschaften - z.T. durch Fachvertreter angrenzender Fakultäten des Westens erweitert - gehalten und stabilisiert.

5. Über den Rahmen der einzelnen Disziplinen und der abgehobenen akademischen Beschäftigung führten Aktivitäten hinaus, durch die Fragen bearbeitet wurden, die die Theologie als Ganze oder den Brückenschlag zu den Humanwissenschaften forderten. Sie umfaßten vielfältige Strukturen von informellen kleineren Kreisen bzw. Netzwerken bis hin zu offiziellen Gremien, die im Auftrag und zur Beratung kirchlicher Instanzen arbeiteten. Ihre Fülle böte einen eigenen Forschungsgegenstand, darum können nur Beispiele genannt werden.

Idealtypisch scheint mir einerseits der Theologische Ausschuß der Evangelischen Kirche der Union gewesen zu sein, der beachtete Stellungnahmen zu

---

<sup>25</sup> Bd. I Berlin 1975; II 1974; III 1978.

<sup>26</sup> Berlin 1983.

zentralen theologischen Fragen vorlegte.<sup>27</sup> Ihm gehörten Vertreter verschiedener Fächer sowohl aus dem Osten wie aus dem Westen an, die in Berlin (unter erschwerten Umständen) auch weit nach dem Mauerbau zusammenkamen und sich für gemeinsame Positionen engagierten.<sup>28</sup>

Auf den Raum der DDR beschränkt, aber mit ähnlichem kirchenoffiziellen Auftrag arbeitet bis heute der Ökumenisch-Theologische Arbeitskreis, in dem katholische und evangelische Theologen gemeinsam Fragen untersuchen, die das Verhältnis der beiden großen Kirchen betreffen, augenblicklich Konfessionsspezifika in der Wendezeit.

Einen ganz anderen Charakter hatte andererseits das von dem Pfarrer Hans Kleinschmidt begründete „Kirchliche Forschungsheim Wittenberg“, das sich schon vor dem zweiten Weltkrieg der theologischen Auseinandersetzung mit moderner Naturwissenschaft zuwandte, der sich auch die Nachfolgerin Dr. rer.nat. Charlotte Boost forschend und lehrend widmete. Später allerdings beschäftigten die ethisch relevanten *Ergebnisse* der Naturwissenschaft den Kreis der dort Beteiligten unter dem neuen Leiter Pfarrer Hans-Peter Gensichen, also die Verantwortung für die Erhaltung der Umwelt. Ein Ergebnis solcher Neuorientierung war die berühmte und gefürchtete Studie „Pechblende. Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“ von Michael Beleites (1988),<sup>29</sup> die das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg und der Arbeitskreis „Ärzte für den Frieden - Berlin“ beim Landespfarrer für Krankenseelsorge der Ev. Kirche von Berlin-Brandenburg als Herausgeber verantworteten. An dieser Arbeit eines 'Laien' läßt sich gut studieren, wie die etablierte Fachwissenschaft Themen tabuisiert, verleugnet oder meidet - bis Außenseiter ein gesellschaftliches Umfeld für das professionelle Bedenken im universitären Rahmen geschaffen haben. Erfreulicherweise geht die Arbeit dieses kirchlichen Umwelt-Instituts unvermindert weiter.

---

<sup>27</sup> Vgl. u.a. F. Viering (Hg.): Zum Verständnis des Todes Jesu. Stellungnahme des Theologischen Ausschusses und Beschluß der Synode der Evangelischen Kirche der Union. Gütersloh 1968.

<sup>28</sup> Diesen Aktivitäten läßt sich etwa die Arbeit des Studienausschusses des Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes in der DDR an die Seite stellen, der etwa die Studie „Ökumene am Ort. Analysen - Impulse - Perspektiven“ (Berlin, Masch. 1984) über das Verhältnis von katholischer und evangelischer Kirche erarbeitete, die in Methodik und Ergebnissen vorbildlich war.

<sup>29</sup> Vgl. dazu M. Beleites: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz. Berlin 1992, 97-101.

In ähnlicher Weise wandelten sich die Aufgaben, denen sich die Arbeitsgemeinschaft Soziologie und Theologie (AST) seit ihrer Gründung Anfang der fünfziger Jahre widmete. Organisatorisch von der Evangelischen Kirche der Union getragen, beschäftigte sie sich zunächst mit dem Verhältnis von Wirtschaft und Staat, um später für die dringendsten Informations- und Weiterbildungsbedürfnisse in bezug auf nichtmarxistische Soziologie und ihre Methodik zu sorgen. Die dort angeregte Verbindung theologischer und soziologischer Fragestellungen ging schließlich in die Arbeit der Studienabteilung beim Bund der Ev. Kirchen ein, die 1974 als eine Art von Forschungsstab in Berlin etabliert wurde.<sup>30</sup> Die dort z.B. von Erhart Neubert innerhalb der „grauen Literatur“ publizierten Beobachtungen und Überlegungen thematisierten und deuteten zum ersten Mal das Phänomen der alternativen Gruppen in der DDR, das in soziologisch relevanter Form zunächst innerhalb der evangelischen Kirchen faßbar wurde.<sup>31</sup> Ob diese Thesen Bestand hatten und haben, wird man sicher fragen dürfen. Aber als erster die richtige Frage gestellt zu haben, ist kein geringes wissenschaftliches Verdienst.

6. Zur Sondersituation der Kirche in der DDR gehörte auch die westliche Aufmerksamkeit sowohl für die herkömmliche akademische Theologie wie für die - politisch besonders interessanten - Querdenker.<sup>32</sup> Sie förderte beides, das herkömmliche theologische Gespräch im deutschen Sprachraum unter Beteiligung der Ostdeutschen wie die Auseinandersetzung mit neuen 'heißen' Themen Frieden, Gerechtigkeit und Umweltbewahrung. Hier hat es eine bemerkenswerte Solidarität westlicher Freunde und Kollegen gegeben, die sicher auch ihre historischen Phasen<sup>33</sup> und ihre institutionellen Hintergründe hatte. Auch politische

---

<sup>30</sup> R. Schröder, Denken im Zwielficht IXff., beschreibt, wie eine weitere Einrichtung, in der wissenschaftlich fundierte Apologetik gepflegt wurde, das später aufgelöste Johann-Gerhard-Institut für Weltanschauungsfragen, mit seinem Theologisch-Philosophischen Studienkreis zur Keimzelle eines freieren Vordenkens wurde. Besagter Studienkreis war ebenfalls organisatorisch der Studienabteilung beim BEK zugeordnet.

<sup>31</sup> Vgl. E. Neubert: Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft. Ein Beitrag zum Problem der sozialisierenden Gruppen und ihrer Zuordnung zu den Kirchen. Theologische Studienabteilung beim Bund der Ev. Kirchen in der DDR A Gemeinde Bd. 6, März 1986 (Masch.) = epd Dokumentation Nr. 35/36 vom 25.8.1986

<sup>32</sup> Sogar eine eigene - nunmehr nicht fortgesetzte - Zeitschrift *kirche im sozialismus* der [West-]Berliner Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Publizistik war dem Zweck gewidmet, relevante Überlegungen im Westen - und über diesen Umweg auch im Osten - publik zu machen.

<sup>33</sup> Für die Generation der vor und um 1920 Geborenen war die westliche Hilfestellung vielfach durch den gemeinsamen kirchlichen, familiären oder freundschaftlichen Hintergrund



Interessen lassen sich für das Medienecho auf kirchliche Verlautbarungen beschreiben. Doch gerade die kaum nachvollziehbare Vielfalt der familiären, freundschaftlichen und kollegialen Verbindungen auf eine „Verschwörung“ zurückzuführen, blieb dem Stasi-Weltbild vorbehalten. Wenn die Beteiligten einmal ihre Erinnerungen aufschreiben sollten, wird es unzählbare Geschichten um mißlungene und erfolgreiche Versuche geben, die Mauer durchlässiger zu machen und neue Medien der Kommunikation zu finden.

*Pars pro toto* möge der Theologentag der Ev.-Theol. Fakultäten stehen, der seit 1927 die gemeinsame Arbeitstagung der habilitierten bzw. zu Dozenten und Professoren berufenen ev. Theologen darstellte. Er war bis 1960 noch gesamtdeutsch besetzt; dann aber erhob sich die Frage, wie unter den Bedingungen der Abgrenzung auch das unmittelbare wissenschaftliche Gespräch weitergepflegt werden konnte. Die Lösung entsprach einem vielfach wiederholten Muster: Als sich die ersten Lockerungen im Zusammenhang der Vertragspolitik nach 1969 abzeichneten, wurde die Bemühung der DDR um internationale Anerkennung ausgenutzt. Die Evangelisch-Theologische Fakultät in Wien lud unter maßgeblicher Mitarbeit eines aus Ostberlin stammenden Kollegen zu einem „Europäischen Theologen-Kongreß“ ein. So gewann schließlich der Deutsche Theologentag - später auch abwechselnd in Zürich abgehalten - eine neue Dimension und einen neuen Namen. An neutralen Orten und unter diesem größeren Dach war eine Wiederaufnahme der gemeinsamen Dispute möglich, die schließlich auch zu zunehmenden Gastvorlesungen hinüber und herüber sowie zu gemeinsamen Projekten führten, an die in den sechziger Jahren nicht zu denken gewesen wäre.

Die Reihe der Beispiele ließe sich nicht beliebig, aber doch um einige wichtige Gesprächsforen erweitern. Sie mochten entweder in Ostberlin tagen und dort westliche Teilnehmer und Referenten erwarten; oder sie berücksichtigten als internationale Vereinigungen mit dankenswerter Selbstverständlichkeit die Umständlichkeit von DDR-Reiseplanungen.

7. Ein vorsichtiges Resümee ergibt, daß bei aller amtlichen Behinderung und Anfeindung von Theologie und Kirche in der DDR, die hier nicht nachzuzeichnen war, der theologisch-wissenschaftliche Austausch gemessen an den Bedingungen anderer Geisteswissenschaften erstaunlich vielfältig und intensiv war.

---

über die künstliche Grenze hinweg selbstverständlich. Darum fand es auch in den fünfziger und sechziger Jahren großzügige institutionelle Formen, durch die Kirchen und Theologen in der DDR in einer mehrfach bevorzugten Lage waren.

Dazu trugen die Wissenschaftstraditionen ebenso wie Erfahrungen und persönliche Verbindungen aus dem Kirchenkampf des Dritten Reiches bei. Die selbstverständliche Einbindung und Versorgung durch westliche Publikationen trugen lange Zeit auch zu einem nicht unbeachtlichen Informationsvorsprung gegenüber anderen Kollegen bei. Daß ein erheblicher Teil der dazu geschaffenen oder übernommenen Foren bestehen blieb und ziemlich nahtlos in die neue deutsche Forschungslandschaft integriert werden konnte, zeigt, was eine thematische Untersuchung ebenso erweisen dürfte: Abgesehen von der Konzentration auf einige durch die Situation besonders wichtige theologische Denker wie Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer hat es eine DDR-spezifische, ausgeformte Theologie, die mit dem Jahr 1989 obsolet geworden wäre, nicht gegeben. Diese Stärke der wissenschaftlichen Theologie in der DDR war zugleich eine ihrer Schwächen. Sie hat die neuartigen Bedingungen der säkularisierten DDR-Gesellschaft auch nicht nutzen können, um auf diese Erfahrungen mit neuen Suchhypothesen und Theorien zu antworten. Was das Experiment DDR in Bezug auf Religion und Wertebewußtsein einer ganzen Bevölkerung erbracht hat und für geschichtliche Folgen haben wird, ist nach wie vor auch wissenschaftlich un- aufgearbeitet.

# **Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer in der DDR**

## **Zur Rezeptionsgeschichte ihres Denkens in Kirche und Theologie\***

**Wolf Krötke**

### **Aus den Erfahrungen des Kirchenkampfes lernen**

In der gegenwärtigen Diskussion um die Vergangenheit der Kirche und damit auch der Theologie in der DDR gibt es ein beliebtes Deutungsmuster für die angebliche Anfälligkeit des „Protestantismus“ für den Sozialismus. Es lautet: Kirche und Theologie hätten sich von einem „Propheten des wahren Sozialismus“,<sup>1</sup> nämlich von Karl Barth, abhängig gemacht und seien dadurch blind für den Charakter des „real existierenden Sozialismus“ geworden. Sie hätten diesem Sozialismus zudem unter Berufung auf Dietrich Bonhoeffer eine theologisch-ideologische Rechtfertigung zuteil werden lassen. Die Namen von Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer stehen darum in dieser Deutung für so etwas wie einen „Sündenfall“ von Kirche und Theologie in der DDR gut.

Doch wie bei allen allzu einfachen Geschichtsdeutungen werden hier nur einige Aspekte gar nicht zu bestreitender Vorgänge verabsolutiert. Die Theologien Karl Barths und Dietrich Bonhoeffers haben zwar in der Theologie der DDR eine hervorgehobenere Rolle gespielt als andere theologische Konzeptionen unseres Jahrhunderts. Das hängt damit zusammen, daß diese Theologien in unterschiedlicher Weise auf eine Situation der Unterdrückung der Kirche bezogen waren, in der es galt, das Leben der Kirche aus ihren eigenen Wurzeln zu stärken. Die Situation der Kirche in der DDR darf zwar mit der der Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus keinesfalls gleichgesetzt werden. Dennoch legte es sich, als die Kirche wieder unter staatlichen Druck geriet, natürlich nahe, von den theologischen Erfahrungen zu lernen, die im „Kirchenkampf“ im Dritten Reich gewonnen wurden, der von theologischen Einsichten Karl Barths geprägt

---

\* erstveröffentlicht in hso 1/1996

<sup>1</sup> So u.a. M. Murrmann-Kahl, Ein Prophet des wahren Sozialismus? Zur Rezeption Karl Barths in der ehemaligen DDR, *Zeitschrift für neuere Theologieggeschichte* 1(1994), 136-166.

war und in dem Dietrich Bonhoeffer die Positionen der „Bekennenden Kirche“ entschieden vertreten hatte.

Es wäre jedoch gänzlich übertrieben zu behaupten, Barth und Bonhoeffer seien überall in der Kirche und in der Theologie gleich ausdauernd und aufmerksam gehört und studiert worden. Denn das, was Barth wichtig machte, war durchaus etwas anderes als das, was von Bonhoeffer her wichtig wurde. Man kann das schon daran sehen, daß Barth für die Kirche und die Theologie in der DDR vor allem in den 50er Jahren eine gewisse Bedeutung hatte. Da hat Barth sich selbst von Basel aus auch mehrfach zur Lage der Kirche und vor allem zu ihrem Verhältnis zum Staat geäußert. Bonhoeffers Theologie, d.h. ein bestimmter Ausschnitt seiner Theologie, der sich in seinen Gefängnisbriefen findet, zog dagegen erst in den 70er Jahren eine breitere Aufmerksamkeit auf sich. Denn es schien so, als sei seine positive theologische Bewertung der „Religionslosigkeit“ und der „mündigen Welt“ der Neuzeit hilfreich für das Verständnis der Situation der Kirche als Minderheit in einer atheistischen Umwelt.

Weitaus größer war freilich das Interesse, das Bonhoeffers Leben und vor allem sein Weg in den Widerstand gegen Hitler, der mit seiner Hinrichtung endete, hervorrief. In der Gemeindefrömmigkeit galt Bonhoeffer als ein Zeuge für die Wahrheit des christlichen Glaubens und den Mut, für diese Wahrheit bis zur letzten Konsequenz einzutreten. In Predigten, auf Spruchkarten und in unzähligen Veranstaltungen wurden einzelne Gedanken von ihm verbreitet, so daß es dementsprechend eine sehr bunte Palette von Bonhoeffer-Bildern gab, die sich auch in einer theologischen Aneignung seines Denkens widerspiegelte, welche man nur mit Mühe auf eine Reihe bekommt.

Im Unterschied dazu war die theologische Rezeption von Karl Barths Theologie vergleichsweise mager. Die „lutherische“ Theologie, aber auch das sogenannte praxisorientierte theologische Denken hatte eher eine Barth-kritische Ausrichtung, weil die Konzentration der Dogmatik Barths auf die Christusoffenbarung als zu einseitig für die Wirklichkeitserkenntnis im Ganzen erschien. Eine intensive und durchgängige Beschäftigung mit der Theologie Karl Barths war darum an den Kirchlichen Hochschulen und Theologischen Sektionen eher die Ausnahme.

Wenn sich dennoch der Eindruck gebildet hat, die Barth- und Bonhoeffer-Rezeption sei für die Theologie in der DDR besonders charakteristisch gewesen, so hängt das mit zwei wesentlichen Nahtstellen der DDR-Kirchengeschichte zusammen, die für das Selbstverständnis der Kirchen in der DDR wichtig waren. Die eine Nahtstelle ist der sogenannte „Obrigkeitsstreit“ mit dem Berliner Bi-

schof Otto Dibelius am Ende der 50er Jahre und die andere die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in DDR im Jahre 1969. In beiden Fällen ging es um die Bejahung der Existenz der Kirche in dieser Gesellschaft und damit auch um die Bejahung des sozialistischen Staates und seiner Machtausübung. In beiden Fällen wurden Barth einerseits und Bonhoeffer andererseits für dieses Anliegen in Anspruch genommen. Das bedeutet, ihre jeweiligen theologischen Positionen wurden, anders als im Nationalsozialismus, nicht als Basis des Widerstandes der Kirche gegen den totalitären sozialistischen Staat und die ihn tragende Ideologie verstanden, sondern im Gegenteil als Ermutigung, diesem Staat und dieser Gesellschaft das Beste abzugewinnen.

### **Die Freiheit der Kirche und der Sozialismus**

Karl Barth selbst hat diese Konsequenz aus seiner Theologie nicht nur begrüßt, sondern ausdrücklich zu befördern gesucht. Es ging ihm dabei freilich nicht um die Zustimmung zum „real existierenden Sozialismus“ und seines Staatswesens als solchem. Sein Anliegen war vielmehr, daß die Kirche sich *in ihrer Freiheit* von keiner Ideologie gefangen nehmen lassen dürfe, weder vom westlichen Antikommunismus der 50er und 60er Jahre noch vom Kommunismus. In seinem berühmten „Brief an einen Pfarrer in der DDR“ aus dem Jahre 1958 versuchte er deutlich zu machen, daß die Kirche im damaligen Ost-West-Konflikt nicht die Position des „Westens“ zu vertreten, sondern ihren Weg in Überlegenheit gegenüber den politischen Systemen zu gehen habe, indem sie ihrer Sache treu bleibe.<sup>2</sup> Ohne das totalitäre Wesen des Sozialismus zu verharmlosen, solle die Kirche überdies versuchen, die progressiven Wurzeln des Marxismus in Bezug auf die Lösung der sozialen Frage stark zu machen und auch in diesem Staat die von Gott gegebene „Obrigkeit“ anerkennen.

Damit ergriff Barth klar Partei gegen die Position des Berliner Bischofs Otto Dibelius. Dieser hatte die Rechtmäßigkeit des DDR-Staates bestritten und sogar behauptet, daß Christen in diesem Staat ohne Verletzung ihres Gewissens Gesetze brechen könnten. Sein entscheidendes Argument war, daß das Obrigkeitsdenken der evangelischen Tradition grundsätzlich überholt sei. Obrigkeit im 20. Jahrhundert müsse sich vielmehr auf ein von allen anerkanntes Recht stützen. In der DDR dominiere dagegen die weltanschaulich begründete Machtausübung

---

<sup>2</sup> Vgl. Karl Barth, Brief „an einen Pfarrer in der DDR“, in: Karl Barth, Offene Briefe 1945-1968 (Karl Barth - Gesamtausgabe V), Zürich 1984, 401-439.

das Recht. Dibelius berief sich für seine Behauptung auch auf Karl Barth und dessen Ablehnung der nationalsozialistischen Diktatur als Obrigkeit. Denn nach Barth erliegt ein Staat, in dem sich die Macht vom Recht löst, der Dämonie des Politischen. Sofern er seine Macht noch dazu zur Verbreitung einer Weltanschauung einsetze, sei er rundweg zu verneinen.<sup>3</sup>

Wenn das jetzt gegenüber dem DDR-Staat nicht geltend gemacht wurde, so ist das darin begründet, daß nach Barths Einsicht auch dieser Staat alle wesentlichen Funktionen eines Staates wahrnahm. Er empfahl darum der Kirche „Loyalität“ gegenüber diesem Staat, auch wenn der Vorbehalt des Widerspruchs, ja sogar möglicherweise des Widerstandes gegen bestimmte Maßnahmen dieses Staates gemacht werden müsse.<sup>4</sup> Auf dieser Linie hat sich dann - übrigens im Einklang mit der traditionellen lutherischen Obrigkeitslehre - in den Kirchen der DDR theologisch die Auffassung durchgesetzt, daß auch dieser Staat unter Gottes Anordnung stehe, weil diese Anordnung „unabhängig vom dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt“ gelte.<sup>5</sup>

Man wird heute nüchtern einräumen müssen, daß in dieser Anschauung vom durch Gott *gegebenen Staat* für die Kirchen auch ein gehöriges Maß an Pragmatismus mit am Werke war. Die Übernahme der Position von Dibelius hätte die Christen auf Dauer zu Staatsfeinden im eigenen Lande gemacht und eine ohnehin sehr schwere Situation aussichtslos verschärft. Auf der anderen Seite entstand jedoch die Gefahr, daß von der Kirche eine ganze Dimension der Wirklichkeit dieses Staates ausgeblendet und nicht mehr angesprochen wurde, indem sich die Frage nach seinen Konstitutionsbedingungen nicht mehr als problematische Frage stellte. Das war eigentlich nicht möglich. Denn dieser Staat wiederholte ja seine Konstitution durch seine ideologische Selbstbegründung täglich aufs neue und verlangte auch von der Kirchen eben die Anerkennung dessen, daß die „Machtfrage geklärt“ sei. All die Beschwerden und Bedrückungen der Gesellschaft und der Kirche, die dieser Staat sich leistete, rückten so notwendig in den Status von *Einzel*problemen der Art und Weise der Machtausübung, über die man mit dem Staat zu reden trachtete. Sie wurden nicht mehr auf das Fundamentalproblem eines undemokratischen Staatswesens zurückgeführt. Daß freilich die Kritik, welche die Kirche dann an einzelnen Entscheidungen des Staates übte, dem Staat nach wie vor als „Werk des Klassenfeindes“ galt und ihn in höchste Unruhe versetzte, darf auch nicht übersehen werden. Weil er keinerlei

---

<sup>3</sup> Karl Barth, *Rechtfertigung und Recht* (ThSt 1), Zollikon-Zürich 1944, 39.

<sup>4</sup> Karl Barth, Brief „an einen Pfarrer in der DDR“, 429.

<sup>5</sup> So eine Erklärung der EKD-Synode von 1956.

Widerspruch dulden wollte, wurde die einzelne Frage faktisch denn doch ständig zur Fundamentalfrage.

Als die Bischöfe der Kirchen in der DDR nach dem Bau der Berliner Mauer mit „10 Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche“ ziemlich klar aussprachen, welches Unrecht die totale Machtausübung eines Staates in der Gesellschaft schafft, reagierte die Staatsfunktionäre höchst allergisch und gereizt. Die Vertreter der Kirche wurden regelrecht abgekanzelt. Die 10 Artikel durften in der DDR nicht erscheinen. Diese Artikel waren jedoch weitgehend von den theologischen Voraussetzungen Barths her entworfen und Barth hat sie in einer Stellungnahme auch ausdrücklich gutgeheißen. Er fragte aber vorsichtig an, ob das Papier für eine ihrer Sache gewisse Kirche nicht allzu viele „an sich wohl angebrachte und verständliche Seufzer“ enthalte und ob man im Blick auf den Sozialismus nicht „hoffnungsvoller“ und im Blick auf den Staat nicht „im Geiste tiefen inneren Respektes und größerer Verantwortlichkeit“ hätte reden können.<sup>6</sup> Hier kommt Barths Interesse zur Geltung, daß gerade die Kirche in ihrer Freiheit etwas zur Entkrampfung des Machtgebarens des Sozialismus sollte, das ja auch den damaligen Ost-West-Konflikt immer neu anheizte.

Das erscheint nicht erst im Rückblick als eine reichlich naive Vorstellung, die viele dem schweizerischen Abstand von der Wirklichkeit des Sozialismus zugerechnet haben. Dennoch war sie auf die Dauer gesehen kreativer, als es eine stöhnende Abkapselung vor den Ansinnen dieses Staates und seiner Ideologie hätte sein können. Indem die Kirche und die Theologie langsam begannen, den Marxismus-Leninismus ernster zu nehmen, als seine Funktionäre in der DDR es vermochten, gewann ihr kritisches Potential an Kompetenz und Überzeugungskraft. Die verquere Situation bestand nur darin, daß die Partei gerade dies nun auch nicht wollte und beinahe mehr Furcht vor dem „Revisio-nismus“, der aus der Kirche kam, zeigte als vor richtiger Gegnerschaft.

Die Bemühung, die Kirche „ideologisch“ unter Kontrolle zu halten und sie zugleich der eigenen Machtausübung dienstbar zu machen, reichte darum von der Staatsseite her mitten in die theologischen Auseinandersetzungen über den Weg der Kirche in dieser Gesellschaft hinein. Es ist auch heute gar nicht einfach, genau zwischen dem zu differenzieren, was da mit Hilfe des Staatssicherheitsdienstes und anderer Beeinflussungen der Kirche ins Werk gesetzt wurde und dem, was sich freier Einsicht in Kirche und Theologie verdankte. Die Stasi hat - wie wir heute wissen - sogar Karl Barth selbst einen „Inoffiziellen Mit-

---

<sup>6</sup> Karl Barth, Zu den Zehn Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche, in: ders. Klärung - Wirkung - Aufbruch, hg. von W.Feurich, Berlin 1986, 403.

arbeiter“ auf den Hals geschickt, um ihn zu DDR-freundlichem Verhalten zu veranlassen. Sie hat vor allem mit der Anwerbung von Theologieprofessoren aus den Theologischen Fakultäten bzw. Sektionen versucht, ihr genehme theologische und kirchliche Positionen zu befördern. Und leider spielt hierbei in der Folgezeit der Mißbrauch des Namens und der Theologie von Dietrich Bonhoeffer, der streng von der Bonhoeffer-Rezeption in der Kirche zu unterscheiden ist, eine gewisse Rolle.

### **Der Mißbrauch der Theologie Bonhoeffers**

Der Berliner Theologieprofessor Hanfried Müller - seit Mitte der 50er Jahre als IM „Hans Meier“ für die Stasi tätig - hatte nämlich eine umfängliche Arbeit über Bonhoeffers Theologie vorgelegt.<sup>7</sup> Darin vertrat er die Auffassung, daß in Bonhoeffers Denken während des „antifaschistischen Widerstandskampfes“ ein Bruch eingetreten sei. Er habe die Religion als den Versuch der Kirche kritisiert, eine klerikale Herrschaft in der Welt aufzurichten, bei dem Gottes Macht als „Lückenbüßer“ für menschliche Erkenntnis und als Notlöser für die Probleme des persönlichen Lebens ausgegeben wird. Die von Bonhoeffer geforderte Religionslosigkeit der Christen bestehe in einer vorbehaltlosen Anerkennung der „Mündigkeit“ der Welt, d.h. der Anerkennung von Gesetzmäßigkeiten in Natur und Geschichte. Da nun der Marxismus-Leninismus die einzig wahre wissenschaftliche Erkenntnis der Welt ist, muß man auf der Linie Bonhoeffers fordern, daß die christliche Kirche den Marxismus-Leninismus vorbehaltlos bejaht und sich weder mit religiösen Positionen in seine wissenschaftliche Erkenntnis einmischt noch Ansprüche auf irgendwelche Machtausübung erhebt. Wie sollen die Glaubenden dann aber in der Welt leben, wenn sie als solche gar nichts zur Weltgestaltung beizutragen haben? Antwort: Bonhoeffers Forderung eines „religionslosen Christentums“ ist so zu verstehen, daß die Kirche als verborgene Glaubensgemeinschaft existiere, die gegen den Augenschein der Richtigkeit des Marxismus-Leninismus an Gott glaubt und sich als solche Gemeinschaft jedes Anspruches auf Gesellschaftsgestaltung enthält. Nur der einzelne Christ nimmt in der Anerkennung des Klassenkampfcharakteres des Staates und der Entwicklungsgesetze der Geschichte verantwortlich am gesellschaftlichen Leben teil.

---

<sup>7</sup> Von der Kirche zur Welt. Ein Beitrag zu der Beziehung des Wortes Gottes auf die *societas* in Dietrich Bonhoeffers theologischer Entwicklung, Leipzig 1961.



Karl Barth hat diese ganze Konstruktion schlicht als „Unfug“ bezeichnet.<sup>8</sup> Er hielt freilich ohnehin die Erwägungen Bonhoeffers über ein „religionsloses Christentum“ nicht für das Stärkste in Bonhoeffers Werk. Denn nach seiner Auffassung gehört „Religion“ als Verehrung eines Absoluten zum Menschsein des Menschen und kann gegen ihren Mißbrauch in der christlichen Kirche zu ihrer Wahrheit kommen. Müllers in der Sache skurrile Thesen haben auch in der Kirche und in der Theologie in der DDR nie irgendeine bemerkenswerte Anerkennung gefunden. Die Kirche war nach dieser Theorie zur gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit verurteilt und der einzelne Christ hätte schon schizophoren werden müssen, wenn er gleichzeitig mit dem Marxismus Atheist und mit der Bibel Glaubender hätte sein sollten. Dennoch ist mit dieser kniffligen Absurdität kräftig Universitäts- und Theologiepolitik betrieben worden. Auch bei der Zensur theologischer Literatur spielte diese Lesart Bonhoeffers als eine Art Knüppel des Geistes eine wichtige Rolle. Der theologischen Beschäftigung mit Bonhoeffer in der Kirche, im Bonhoeffer-Komitee des Bundes der Evangelischen Kirchen und an den Kirchlichen Hochschulen ist das alles dennoch in gewisser Weise zugute gekommen. Denn Bonhoeffer wurde nun offiziell - als einziger von den Teilnehmern des 20. Juli 1944 - in die Reihe der von der SED anerkannten „Widerstandskämpfer“ aufgenommen, die als bürgerliche Wegbereiter des Sozialismus galten. Das hat der Beschäftigung mit Bonhoeffer in den Augen der Mächtigen eine gewisse höhere Weihe verliehen.

### **Kirche für andere**

Für die Kirche und die auf sie bezogene Theologie war das jedoch allenfalls eine Art Begleitmusik und nicht das Herz der Beschäftigung mit Bonhoeffer. Hier ging es darum, sich auf eine Situation einzustellen, in der die Christen sowohl aufgrund der fortschreitenden Säkularisierung wie aufgrund des staatlichen Druckes immer mehr zu einer Minderheit in der Gesellschaft wurden. Es wurde nach Veränderungen der kirchlichen Strukturen und nach einer neuen Glaubwürdigkeit der Kirche in der Gesellschaft gefragt. Worin Bonhoeffers späte Theologie dabei hilfreich wurde, läßt sich gut am Selbstverständnis des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR als einer „Kirche für andere“ verdeutlichen. Bonhoeffer verstand darunter eine arme Kirche, eine „Kirche ohne Privi-

---

<sup>8</sup> Karl Barth, Briefe 1961 - 1968 (Karl Barth-Gesamtausgabe V), Zürich 1975,183.

legien“. Solche Kirche sollte in der Gesellschaft ganz auf die Machtentfaltung einer Religion verzichten und am „Leiden Christi“ in der Welt teilnehmen, indem sie nicht für sich, sondern eben für andere Menschen, für ihre „Gemeinschaftsaufgaben“ und Nöte da ist.<sup>9</sup>

Es ist ganz klar, daß die Wirklichkeit der Kirche in der DDR niemals an Bonhoeffers Vorstellungen heranreichte. Zudem ist es immer schwierig, wenn eine der Kirche aufgezwungene Situation so interpretiert wird, als verdanke sie sich ihren ureigensten, freien Anliegen. Dennoch hat der Versuch, Dimensionen von Bonhoeffers Vorstellungen auf die Lage der Kirche in der DDR anzuwenden, zu Entkrampfungen der Haltung der Kirche beigetragen. Die „religionslose“ Umwelt der Kirche mußte nun nicht bloß als eine feindliche Umwelt angesehen werden. Auch sie steht unter der Herrschaft Christi, wenn sie sich um mündige Gestaltung der Welt bemüht. Die Kirche brauchte angesichts des Verlustes gesellschaftlichen Einflusses und politischer Macht nicht resignieren, sondern dieser Verlust konnte sie frei machen, ganz aus ihren eigenen Wurzeln, dem Evangelium vom Kreuz Christi, zu leben. Sie versuchte so glaubwürdig zu machen, daß sie ganz für die Menschen in diesem Lande da sei und daß sie gerade „im Sozialismus“ Kirche sein wolle.

Diese viel diskutierte Formel, die dann eine Art kirchenpolitisches Instrument wurde, leidet daran, daß sie nicht zwischen der Ideologie des Sozialismus, dem sozialistischen Staat und der Gesellschaft unterscheidet. Sie verwischt das Wesen des totalitären Staates und ist von Bonhoeffers Staatsverständnis her, dem es wesentlich um die Grenzen des Staates in der Gesellschaft ging, eigentlich zu kritisieren. Indem das unterblieb und die „Kirche im Sozialismus“ vom Hintergrund der „Kirche für andere“ her interpretiert wurde, ist es dann nicht zufällig unter Berufung auf Bonhoeffer auch zu allerhand Schönrederei der Wirklichkeit des Sozialismus gekommen. Die Versuche, den „real existierenden Sozialismus“ als die von Bonhoeffer gemeinte religionslose, mündige Welt zu verstehen, hätten jedoch angesichts der Unmündigkeit, in welcher dieser Sozialismus die Menschen hielt, besser unterbleiben sollen. Sie waren auch Bonhoeffer selbst unangemessen, für den die unverstellte Wahrnehmung der Wirklichkeit geradezu der Ausweis rechter Theologie war.

Das ist dort, wo man sich selbst mit Bonhoeffers Texten beschäftigte, natürlich auch nicht verborgen geblieben, so daß es neben der gewissermaßen offi-

---

<sup>9</sup> Vgl. zum ganzen Komplex der Gedanken Bonhoeffers, die für die Bonhoeffer-Rezeption wichtig wurden: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, hg. von E. Bethge, München, Neuausgabe 1977, 305 - 427.

ziellen Bonhoeffer-Rezeption noch sehr viel mehr gesellschaftskritischere Aktualisierungen von Bonhoeffers Denken gab. Die waren nur sehr schwer öffentlich zu machen, wie die Zensur-Vorgänge um die im Jahre 1985 veröffentlichten „Bonhoeffer-Studien“ zeigen.<sup>10</sup> Dennoch ist in den Gemeinden, ja auch in den sich in der Kirche bildenden oppositionellen Gruppen das Bestreben, Bonhoeffers Gedanken als gesellschaftskritischen Impuls zu verstehen, gar nicht zu übersehen. Daß Bonhoeffer uns lehre, uns auf die Erfahrung der Wirklichkeit einzulassen und ihrer ideologischen Verstellung Widerstand zu leisten, war im Bonhoeffer-Komitee beim Bund der Evangelischen Kirchen eine unstrittige Überzeugung. Barth galt im Unterschied dazu mehr als ein „Dogmatiker“, dem es an dieser Wirklichkeitsoffenheit fehle. Das war zwar ein kurzsichtiges Urteil, dem es an hinreichender Kenntnis der ganzen Theologie Barths und Bonhoeffers mangelte. Aber es erklärt auch von dieser Seite, warum am Ende der DDR eigentlich nicht die Rezeption der Theologie Barths, sondern die Bonhoeffers als eine spezifische Leistung von Kirche und Theologie in der DDR angesehen werden konnte.

Heute dagegen sieht es so aus, als sei mit dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ die aktuelle Nötigung, sowohl auf Bonhoeffer wie auf Barth zu hören, in Wegfall gekommen. Doch das scheint nur so. Nach dem ersten Schreck über all die Verdächtigungen und Vorwürfe einer Sozialismushörigkeit, denen die Barth- und Bonhoeffer-Rezeption in der DDR ausgesetzt war, gilt es einerseits nüchtern festzuhalten, daß das Leben mit dem Denken dieser Theologen der Kirche und der Theologie bei allem Einlassen auf die Verhältnisse ihre besondere Freiheit bewahrt hat und sie Subjekt ihres Tuns und Redens sein ließ. Andererseits wäre die Kirche und die Theologie heute angesichts ihres Zerfallens in die pluralistische Gesellschaft hinein, das ihr Wesen bis zur Unkenntlichkeit verstellt, mehr als gut beraten, wenn sie sich durch Barth und Bonhoeffer zu einer vergleichbaren Konzentration ihrer Verkündigung und ihres Wirkens anhalten ließen, wie es in der DDR nötig wurde. Diese Konzentration kann nun ohne die alles ins Zwielflicht ziehende diktatorische Machtausübung eines totalitären Staates geschehen. Sie muß geschehen, wenn die Barth- und Bonhoeffer-Rezeption in der DDR nicht bloß als ein sich absonderliches Verhältnis-

---

<sup>10</sup> Vgl. hierzu meinen Aufsatz: Der zensierte Bonhoeffer. Zu einem schwierigen Kapitel der Theologiegeschichte in der DDR, ZThK 92(1995), 329-356.

sen verdankendes Zwischenspiel in die Kirchen- und Theologiegeschichte eingehen soll.

# Feministische Theologie in der DDR\*

**Angelika Engelmann**

Der folgende Beitrag ist der Versuch, rückblickend die Entstehung und Entwicklung feministischer Theologie in der DDR zu beschreiben. Mit dem Stichwort DDR wird der Zeitpunkt markiert, den diese Darstellung vor allem umfassen will. Der Aufsatz von Irene Klank mit dem Titel „Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin“\*\* ist gleichsam exemplarisch eine Fortsetzung der hier aufgezeichneten Entwicklung. Das Thema, das darzulegen ist, wird in drei Abschnitten ungleichen Umfangs entfaltet:

1. Was ist feministische Theologie?
2. Feministische Theologie in der DDR - was gab es?
  - 2.1. Feministische Theologie in der DDR war nur punktuell Befreiungstheologie
  - 2.2. Es gab in der DDR einen hoffnungsvollen Aufbruch einer feministisch-theologischen Bewegung
3. Wie sieht die gegenwärtige Situation feministischer Theologie in Kirche und Gesellschaft aus?

## **1. Was ist feministische Theologie?**

Feministische Theologie ist in Westeuropa und den USA auf dem Hintergrund der Frauenbewegung Ende der sechziger Jahre unseres Jahrhunderts entstanden. Aus einem parteilichen Blickwinkel, nämlich von der Seite der Frauen aus, die meistens unsichtbar gemacht, wenn nicht gar unterdrückt werden, wird versucht, Befreiungstraditionen in der Bibel zu entdecken und freizulegen.

*„Feministische Theologie ist ein Beispiel für eine sogenannte Genetiv- oder Kontext-Theologie. Eine Genetiv-Theologie, weil sie eine Theologie der Feministinnen ist. Sie, aufständische Frauen, sind Thema und Subjekt dieser Theolo-*

---

\* erstveröffentlicht in hso 1/1996

\*\* Vgl. im vorliegenden Band S. 190ff.

*gie und machen ihre Beziehung zu Gott und zum Göttlichen zum zentralen Objekt ihrer Theologie ... Feministische Theologie ist also keine 'weibliche' Theologie, was immer das auch sein mag, sondern eine Kontext-Theologie. Es geht um das Erlebnis von Unterdrückung und Einschränkung, die Erfahrung der Befreiung und des Kampfes, sich selber zu werden. Die Freude über ein neues Lebensgefühl, aber auch die Solidarität mit allen anderen Unterdrückten in der Gesellschaft sowie das leidenschaftliche Suchen nach menschlichen Verhältnissen bilden den Kontext dieser Theologie“.* (Halkes, Söhne, S. 32)

Feministische Theologie ist ein Prozeß des Theologisierens, ein dialektischer Prozeß von Aktion und Reflexion, der immer wieder neue Fragen aufwerfen wird.

Entsprechend dieses Selbstverständnisses feministischer Theologie ergeben sich drei Aufgabenfelder:

Zum einen einen Bewußtseinsprozeß in Gang zu bringen, mit dem Ziel, daß Frauen entdecken, sie sind nicht die Zweitrangigen oder Nachgeordneten, die in der Kirche zu schweigen hätten. Daneben steht die Suche in der Bibel und der kirchlichen Tradition nach Frauen-Leitbildern und Identifikationsangeboten. Dazu gehört auch das Aufarbeiten unserer Frauengeschichte einschließlich solcher Epochen wie der Zeit der Hexenprozesse und ebenso das Thema Matriarchatsforschung. Und schließlich gilt es, Befreiungserfahrungen zu entdecken, die durch Neuorientierung und Perspektivwechsel entstehen.

Die Grundfrage feministischer Theologie ist, meiner Meinung nach: Sind Patriarchat und Bibel/ Kirche/ Theologie/ Christentum unlösbar miteinander verbunden oder nicht? Das Patriarchat und patriarchale Strukturen sind der große Feind einer Entfaltung der Frau (und letztlich auch des Mannes). Kirche und Theologie haben das Patriarchat gestützt und stützen es noch; deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn die Grundfrage feministischer Theologie, wie ich sie genannt habe, unterschiedlich beantwortet wird:

- Es gibt Frauen und feministische Theologinnen, die davon überzeugt sind, daß Patriarchat und Bibel/ Kirche/ Theologie/ Christentum derart miteinander verbunden sind, daß die einzig richtige Konsequenz nur sein kann, sich von dieser Tradition abzuwenden. Religiöse Transzendenzerfahrungen werden außerhalb der traditionellen Institutionen gesucht. Neue religiöse Bewegungen sind entstanden, die Spiritualität innerhalb von Frauengruppen finden und leben (matriachale Lebensformen, Göttinnensuche, Wiccakult etc.).

- Vertreterinnen einer anderen Position sind diejenigen, die feministische Theologie als eine Befreiungstheologie innerhalb der jüdisch-christlichen Tradition zu verstehen bemüht sind. Dann ist kein Auszug aus den Institutionen not-

wendig, wohl aber Reform und Neugestaltung. Diese Emanzipationsbewegung ist von der Überzeugung gelenkt, daß sowohl das Judentum im alten Israel als auch die Jesusbewegung keine Männersache waren. In der Geschichte gab es immer Frauentraditionen; nur, sie müssen entdeckt, freigelegt und entfaltet werden. Dafür ist Raum zu schaffen.

Feministische Theologie ist Kritik und Neuentwurf. Sie versteht sich nicht als Ergänzung traditioneller Theologie, sondern als Neukonzeption von Theologie überhaupt. Außer den beiden grob skizzierten, oft als post-christlich und christlich bezeichneten und sich stark auseinander entwickelnden Richtungen feministischer Theologie, gibt es zahlreiche dazwischen liegende weitere Positionen. Diese zunächst nicht leicht überschaubare Vielfalt, die ein Kennzeichen einer sich lebendig entwickelnden Bewegung ist, führt vor allem bei Unkundigen und Gegnern zu Irritationen und auch vehement vorgetragener Ablehnung. Diese Irritationen weisen aber auch darauf hin, daß es ungut ist, wenn diese neue Art des Theologietreibens und Sich-inspirieren-Lassens fast ausschließlich separat und oft auch separatistisch geschehen muß, weil Frauen nur selten an den Orten (Universität und Kirchenleitungsgremien) wirken können, an denen theologische Normgebung und Normbildung geschehen.

## **2. Feministische Theologie in der DDR - was gab es?**

### *2.1. Feministische Theologie in der DDR war nur punktuell Befreiungstheologie*

Vor dem Hintergrund dessen, was meiner Meinung nach feministische Theologie ist, vertrete ich als feministische Theologin in der Kirche die These: Es gab in der DDR nur *Ansätze* einer feministischen Theologie als einer *kontextuellen Befreiungstheologie*. Feministische Theologie in der DDR ist zunächst nicht reflektierend aus *dieser* gesellschaftlichen Wirklichkeit entstanden.

Durch die schon mit der Gründung der DDR 1949 gesetzlich geregelte Gleichberechtigung hat es in der DDR die Meinung gegeben, daß kein Kampf für Frauenrechte notwendig sei. Entsprechend hat sich auch kein Bewußtsein für Frauenfragen entwickelt. Diese gesellschaftliche Ausgangsposition führte auch in den Kirchen dazu, daß die Anstöße feministischer Fragestellungen nicht aus diesem gesellschaftlichen, sondern dem westdeutschen und westeuropäischen Kontext kamen. Feministische Theologie als kontextuelle Befreiungstheologie

gab es nur in mehr oder weniger geschlossenen (Kirchen-)Räumen. (Vgl. Jost/Kubera 1991, S. 32f)

Mit dieser Behauptung soll dreierlei gesagt werden:

1. Feministische Theologie ist als westlicher Import in die DDR gekommen. Bis zum Ende der DDR ist aus diesem Kontext beispielsweise kein Buch zur feministischen Theologie erschienen. Die einzige gedruckte Veröffentlichung zur feministischen Theologie war eine holländische Lizenzausgabe (C. Halkes, Gott hat nicht starke Söhne. Grundzüge einer feministischen Theologie, 1988) mit einem Nachwort von Annemarie Schönherr. Aber nicht nur auf dem Buchmarkt wurde feministische Theologie tabuisiert, sondern auch in den kirchlichen Publikationsorganen (Kirchenzeitungen) ist feministischen Fragen kein Platz eingeräumt worden.

2. Viele Theologen und eben leider auch Theologinnen in den Kirchen der DDR haben in den vierzig Jahren DDR einerseits gesellschaftlich ghettoisiert und andererseits westlich orientiert gelebt. Eine tatsächliche Kontextualität gab es nur punktuell. Ein solcher Versuch war zum Beispiel die Formel „Kirche im Sozialismus“. Aber gerade an dieser Formel mit ihrer Ungenauigkeit, die besonders nach 1989 sehr deutlich wurde, läßt sich aufzeigen, wie schwierig es ist, eine DDR-spezifische Theologie zu skizzieren.

Frauen und Theologinnen in den Kirchen haben durch ihre Kontakte nach Westdeutschland und zur Ökumene feministische Theologie, feministische Theologinnen und deren Fragestellungen kennengelernt und sich dann in der DDR bemüht, Kontextualität herzustellen. Das war aber nicht einfach. Da sie weder in den Kirchen noch an den Universitäten zu denen gehörten, die Macht und Einfluß hatten, blieben ihren Versuchen Ansätze und Wege, die eine breitere Öffentlichkeit hätten erreichen können, versperrt.

3. Es gab in der DDR keinen Dialog zwischen der säkularen und der kirchlichen Frauenbewegung, wohl aber gegenseitige Berührungspunkte. Dieser fehlende Dialog zwischen der säkularen DDR-Frauenbewegung (z.B. DFD oder Frauenforscherinnen an der Akademie der Wissenschaften) mit ihren spezifischen Problemen und Fragestellungen und einem in den Kirchen langsam wachsenden feministischen Bewußtsein, daß auch sehr stark durch westdeutsche, holländische und amerikanische Literatur entstanden war, hat nicht zu gesellschaftlichen Befreiungserfahrungen geführt. Wir lebten nebeneinander ohne Wissen voneinander. Gegenseitige Berührungspunkte gibt es vereinzelt noch bis heute. Feministische Theologie ist zu DDR-Zeiten kaum gesellschaftlich wahrgenommen worden. Aber eben auch innerhalb der Kirchen ist beispielsweise im Zu-



sammenhang des Konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung die Frauenfrage weitgehend ignoriert worden.

Nach 1989 hat sich diese Situation insofern verändert, als überproportional viele feministische Frauen, die bis dahin nur unter dem Dach der Kirche Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten sahen, sich nun nicht mehr an diesen Ort gebunden fühlen und zum Beispiel als kommunale Frauenbeauftragte oder in autonomen Frauenzentren und Frauenhäusern tätig sind.

## 2.2. *Es gab in der DDR einen hoffnungsvollen Aufbruch einer feministisch-theologischen Bewegung*

Mit der These, daß es in der DDR nur in Ansätzen feministische Theologie als *kontextuelle* Befreiungstheologie gab, ist keineswegs gemeint, daß es nicht sehr interessante und mutige Ansätze feministischer Theologie gegeben hätte. Sie sollen im folgenden dargestellt werden.

Seit Anfang der 80er Jahre gab es in den evangelischen Kirchen der DDR feministisch-theologische Aktivitäten wie Tagungen in der evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg zu feministischen Themen, feministisch-theologische Werkstätten, entsprechende Pastoralkollegs, Seminare und Vorträge der evangelischen Frauenarbeit und Veranstaltungen auf Kirchentagen. Daneben gab es ungezählte Frauengruppen, Gesprächskreise und Frauengottesdienste, in denen feministisch-theologische Fragen bearbeitet wurden. Theologinnen aus Holland (z.B. Catharina Halkes) und aus Westdeutschland (z.B. Luise Schottroff und Elisabeth Moltmann-Wendel, um nur zwei zu nennen) besuchten uns als Gastreferentinnen, und insgesamt hat sich, so ist mein Eindruck, innerkirchlich das Stichwort "Feministische Theologie" mindestens eine Nische erobern können. Getragen wurde diese Bewegung von einzelnen Frauen, die sich durch ein mehr oder weniger strukturiertes Netzwerk verbunden wußten.

1986 ist der „Arbeitskreis feministische Theologie“ gegründet worden, zu dem Theologinnen, kirchliche Mitarbeiterinnen und andere feministisch-theologisch interessierte Frauen gehören. Von Anfang an hatte sich der Arbeitskreis zwei Ziele gesetzt: 1. Nachdenken über Themen feministischer Theologie in der DDR in Gang zu bringen, also auch an der Frage der Kontextualität zu arbeiten, und 2. ein Netzwerk feministisch-theologisch Interessierter aufzubauen.

Der Arbeitskreis hatte ein regelmäßig herausgegebenes Informationsblatt mit dem programmatischen Titel *Das Netz*, das an über einhundertfünfzig Interes-

sierte verschickt wurde. In dem *Netz* fand sowohl eine inhaltliche Auseinandersetzung mit bestimmten Themen statt als auch wichtiger Informationsaustausch. Dabei mußten die Herausgeberinnen quasi eine doppelte Zensur (staatliche und kirchliche) im Blick haben. Das Heft wurde auf kirchlichen Abzugsgeräten hergestellt, deshalb mußte immer unter dem Titel „nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“ stehen, und gleichzeitig war diese kirchliche Druckgenehmigung nur zu erhalten, wenn ein Oberlandeskirchenrat den Inhalt absegnete. Erstaunlicherweise gelang es in den Jahren der DDR unproblematisch, das Blatt im Dresdner Landeskirchenamt herzustellen.

Die Arbeitsweise des Arbeitskreises geschah auf drei Ebenen. Einmal gab es die große Zahl der Interessierten, die durch den Bezug des *Netz* an der feministischen Diskussion teilnahmen. Dann fand jährlich in Berlin eine zweitägige Tagung des gesamten Arbeitskreises jeweils zu einem bestimmten Thema statt, und drittens geschah die Arbeit in vier thematisch sehr verschiedenen Untergruppen, die unterschiedlich intensiv das Jahr über arbeiteten.

Eine Untergruppe beschäftigte sich mit feministisch-theologischer Wissenschaft und versuchte zunächst, die Situation an den Universitäten, kirchlichen Hochschulen und Ausbildungsstätten zu untersuchen und durch meist persönliche Kontakte (Assistentinnen und Doktorandinnen feministischer Arbeiten) Impulse zu geben, daß dort feministische Themen in einem breiteren Umfang vorkommen oder angeregt werden. Diese Untergruppe hat Diplomarbeiten und Arbeiten zum 2. Theologischen Examen erfaßt, zusammengestellt und im Bund der Evangelischen Kirchen in der Auguststraße 80 in Berlin abgelegt. Die Arbeiten wurden aber nicht nur gesammelt, sondern auch nach Themenschwerpunkten untersucht und analysiert. Hier einige Titel der Arbeiten von damals:

- Die Frage nach dem „besonderen“ Amt der Frau im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ordination
- Das Sündenverständnis in Entwürfen Feministischer Theologie: D. Sölle, E. Sorge, M. Daly. Darstellung und Vergleich mit dem Sündenverständnis der lutherischen Tradition sowie Beurteilung
- Das Gottesbild der Feministischen Theologie
- Die Frau als Mitmensch. Eine Erörterung zum Problem lesbischer Existenz als Beitrag einer neuen Anthropologie
- Feministische Theologie und das Bekenntnis zu Gott, dem Vater, Sohn und Heiligen Geist
- Ekklesiologische und anthropologische Aspekte des Sheffield-Reportes - Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche.

Das sind nur einige der vielfältigen Themen, die bearbeitet wurden. Leider zeigen sie keine DDR-Spezifika. Als wir diese Arbeiten in unserem kleinen und

überschaubaren Land mit seinen sechs theologischen Fakultäten an den Universitäten (Rostock, Greifswald, Berlin, Halle, Leipzig, Jena), den drei kirchlichen Hochschulen (Berlin, Naumburg, Leipzig) und einigen kirchlichen Ausbildungsstätten (z.B. Amalie-Siebeking-Haus in Radebeul) sammelten, hatten wir auch gehofft, damit den Prozeß voranzutreiben, daß feministisch-theologische Fragestellungen in Studium und Ausbildung mehr Raum bekommen. Immerhin zeigte aber allein das Zusammenstellen der Themen, an denen Frauen arbeiteten, in welcher Breite dennoch eine feministisch-theologische Diskussion entstanden war und geführt wurde.

In einer anderen Untergruppe des Arbeitskreises ging es um Fragen feministischer Liturgie, Spiritualität und frauengerechter Sprache. In ihr wurde zum Beispiel ein Votum aus feministisch-theologischer Sicht zur Erneuernten Agende erarbeitet. Das ist das Buch, in dem die Gebetes- und anderen Texte für den Gottesdienst stehen. Es ist verbindlich für den gesamten deutschsprachigen Raum. Diese Stellungnahme der Arbeitsgruppe ist den entsprechenden Gremien der Evangelischen Kirche in Deutschland zugestellt worden. Gottesdienstentwürfe zu besonderen Anlässen und viele liturgische Texte sind in dieser Gruppe erarbeitet und in der grauen Literatur veröffentlicht worden.

Eine weitere Untergruppe beschäftigte sich mit feministisch-theologischen Predigtmeditationen und weiteren Handreichungen für die Arbeit von Pastorinnen in der Gemeinde.

Die vierte Untergruppe schließlich befaßte sich mit der gesellschaftlichen Situation in der DDR. Hier war also Kontextualität sowohl Aufgabe als auch Ziel der Arbeit. Es scheint aber kein Zufall zu sein, daß die Arbeit dieser Untergruppe besonders erschwert war. Sie bemühte sich, leider vergeblich, um Diskussion und Dialog mit feministischen Frauen in der Gesellschaft, zum Beispiel auch mit Forscherinnen an der Akademie der Wissenschaften. Offenbar war es für diese Frauen nicht möglich, mit feministischen Theologinnen und Frauen in den Kirchen Kontakt aufzunehmen. Die Untergruppe mit dem Schwerpunkt, das soziale Umfeld von Frauen zu untersuchen, hat 1990 eine interessante Stellungnahme zur Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch erstellt:

*„Christinnen für Beibehaltung von § 153:*

*Mit großer Sorge beobachten wir, daß verstärkt Stimmen laut werden, die fordern, das Recht der Frau auf Schwangerschaftsabbruch einzuschränken. Wir wenden uns als Christinnen entschieden dagegen, den § 218 (StGB) im Zusammenhang mit der Übernahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wieder einzuführen. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch muß als Voraussetzung für reale Gleichstellung von Frau und Mann erhalten bleiben.*

*Gleichzeitig fordern wir umfassende Aufklärung von Kindern und Jugendlichen, die Möglichkeit individueller sozialgynäkologischer Beratung von Frauen für Frauen, kostenlose Bereitstellung vielfältiger Mittel zur Schwangerschaftsverhütung. Kindergärten und Kinderkrippen müssen erhalten und grundlegend verbessert werden. Nur so kann die hohe Zahl der Abtreibungen verringert werden - keinesfalls aber durch Kriminalisierung der betroffenen Frauen“.*

Diese Stellungnahme für die Beibehaltung des Fristenlösung auch nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat sehr heftige Diskussionen ausgelöst. In Kirche und Gesellschaft gab es sowohl unterstützende, zustimmende als auch harsch ablehnende Meinungen darüber, daß sich feministische Theologinnen zu einem ganz neuralgischen Punkt in der gegenwärtigen Frauenfrage eindeutig geäußert hatten. Es war die erste öffentlich gemachte Position, mit der wir aus unserem Ghetto, der „Nische in den Kirchenmauern“, herausgetreten sind. Zahlreiche Unterschriftenlisten sind zu dieser Erklärung „Christinnen für Beibehaltung von § 153“ gesammelt worden. In dieser Zeit, 1989/90 war der Unabhängige Frauenverband entstanden, in dem damals Frauen aus der ehemaligen SED mit Frauen aus den Menschenrechtsgruppen und aus den Kirchen zusammenarbeiteten. Dieser Unabhängige Frauenverband machte sich ebenfalls die Erklärung zu eigen. Erstmals entstand Solidarität und damit Kontextualität. Inzwischen war eben nicht nur die Mauer zwischen den beiden deutschen Staaten gefallen, sondern auch die Mauer zwischen den Frauen, die innerhalb, und denen, die außerhalb von Kirche leben.

### **3. Wie sieht die gegenwärtige Situation feministischer Theologie in Kirche und Gesellschaft aus?**

In den letzten fünf Jahren ist die Entwicklung in den neuen Bundesländern dadurch gekennzeichnet, daß die große Arbeitslosigkeit vor allem Frauen betrifft. Sie sind überproportional negativ von den wirtschaftlichen Veränderungen betroffen. Damit ist die Frauenfrage in ungekannter Schärfe und Brisanz Thema in Gesellschaft und auch Kirche. Die in der DDR als selbstverständlich ermöglichte Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird zunehmend für Frauen abgebaut. Der dramatische Geburtenrückgang (Gebärverweigerung?) ist eine eindeutige Reaktion junger Frauen auf die gegenwärtige Entwicklung. Aufgrund der nicht mehr garantierten Gleichberechtigung, indem sich für Frauen inzwischen alternativ Rollenerwartungen stellen, entweder Beruf oder Familie, beides zusammen

scheint kaum möglich, verändert sich bewußtseinsmäßig eine gesellschaftliche Grundhaltung, die vierzig Jahre tragend war.

Diese äußerst problematische Entwicklung bedeutet jedoch gleichzeitig einen großen Bewußtseinswandel, in dem viele Frauen merken, daß letztlich auch in der DDR die Frauenfrage nicht wirklich geklärt war. Strukturelle Benachteiligung ist jetzt allerdings für jede und jeden evident. Damit bekommt feministisches Denken und Bewußtsein eine enorme Schubkraft. Emanzipatorische Aufbrüche sind unübersehbar.

Für feministisch-theologische Fragen bedeutet diese gesellschaftliche Entwicklung, daß auch bei den Entscheidungs- und Verantwortungsträgern in den Kirchen langsam ein Bewußtsein dafür wächst, daß etwas gegen die strukturelle Benachteiligung von Frauen getan werden muß. So bemühen sich zum Beispiel seit fünf Jahren alle evangelischen Landeskirchen, Frauenreferate einzurichten. Synoden beschäftigen sich mit der Gemeinschaft von Frauen und Männern und hinterfragen die Praxis, die nach wie vor davon geprägt ist, daß Frauen das Gemeindeleben an der Basis tragen und die kirchlichen Leitungsgremien männlich dominiert sind. All dieses Innehalten, Nachdenken und die Aufbrüche sind Auswirkungen feministisch-theologischen Engagements einzelner Frauen, denen es aber gelungen ist, wenigstens punktuell Bündnispartner in den Leitungsgremien zu gewinnen.

Im Ausbildungsbereich hat sich die Situation sehr positiv verändert. Er profitiert von den Erfahrungen in Westdeutschland. Zum Beispiel gibt es in den Bibliotheken mindestens einen Grundbestand feministisch-theologischer Literatur. An manchen Universitäten und Fachhochschulen werden feministisch-theologische Lehraufträge vergeben. Und nicht zuletzt dadurch, daß feministische Theologinnen und feministisch orientierte Frauen anderer Profession aus den alten Bundesländern nun auch in den neuen Bundesländern tätig sind, ist ein sehr lebhafter Diskurs entstanden. Er wird sowohl auf der akademischen Ebene geführt als auch in vielen praktisch-theologischen Angeboten der Kirchen, und zunehmend gibt es auch ein sichtbares Interesse säkularer Frauen an feministisch-theologischen Fragestellungen. Diese Entwicklung ist eine sehr hoffnungsvolle. Gleichzeitig markiert sie aber auch das Problem der Frauenfrage überhaupt, um Frauenrechte und Gleichrangigkeit muß in der Kirche und der Gesellschaft mehr denn je gekämpft werden.

Literatur (in Auswahl):

*E. Gössmann, E. Moltmann-Wendel, H. Pissarek-Hudelist, I. Praetorius, L. Schottroff, H. Schüngel-Straumann (Hrsg): Wörterbuch der feministischen Theologie, 1991*

*Catherina J.M. Halkes: Gott hat nicht nur starke Söhne. Grundzüge einer feministischen Theologie, 1980*

*R. Jost, U. Kubera (Hrsg.): Befreiung hat viele Farben. Feministische Theologie als kontextuelle Befreiungstheologie, 1991*

# Kirchliche Publizistik in der DDR: „Die Zeichen der Zeit“\*

**Heinz Blauert**

## **1. Der Auftrag**

Die Publikationstätigkeit der evangelischen Kirche in der DDR wurde einerseits von den einzelnen Landeskirchen verantwortet, die für ihren Bereich Wochenzeitungen herausgaben, andererseits von der Evangelischen Verlagsanstalt, die drei Organe veröffentlichte: die *Theologische Literaturzeitung* (gegr. 1876), die *Christenlehre* für die kirchliche Unterweisung, sowie allgemein für kirchliche Mitarbeiter *Die Zeichen der Zeit* (ZdZ).

Letztere verdankt ihre Gründung vor allem der Initiative von Gerhard Brennecke, damals Studentenpfarrer im Reisedienst, später Direktor der Berliner Missionsgesellschaft. Die Lizenzurkunde der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland trägt das Datum vom 12. Dezember 1946. Sie gilt für eine Monatsschrift von 40 Seiten ab 1.1.1947 in einer Auflage von 10.000 Exemplaren - eine Auflagenhöhe, die durch die Jahre nicht ganz gehalten werden konnte. In seinem 'Wort zum Beginn' beschreibt Gerhard Brennecke den Auftrag der Zeitschrift: Sie werde „eine doppelte Aufgabe zu erfüllen haben...: einmal die der inneren Stärkung der Gemeinde, und zum anderen die des Gesprächs mit der Welt, das letztlich nur Zeugnis zu sein vermag.“ Dieser Beginn wußte sich theologisch der Tradition der „Bekennenden Kirche“ verpflichtet.<sup>1</sup>

In einem Kommentar „An der Schwelle zum fünften Jahrzehnt“ habe ich die Aufgabe von ZdZ nach vier Richtungen umrissen:<sup>2</sup>

1. die biblisch-theologischen Fragestellungen. „Soll die Minderheitssituation nicht zur Gettoisierung führen, wird die Rechenschaft über unseren Glauben mehr und mehr zur Alltagswirklichkeit der Gemeinden gehören. Angesichts des

---

\* erstveröffentlicht in hso 4/1995

<sup>1</sup> vgl. Claus Westermann, Erinnerungen an die Anfänge von „Zeichen der Zeit“, ZdZ 41/1987, S.24.

<sup>2</sup> Heinz Blauert, An der Schwelle zum fünften Jahrzehnt, ZdZ 41/1987, S. 1 f.

geschichtlichen Wandels bedarf aber antwortender und verantwortender Glaube theologischer Reflexion.“

2. die Fragen nach Existenz und Praxis der Gemeinde - „nach einer glaubwürdigen und missionarischen Existenz sowie einer gewinnenden und aufbauenden Praxis“. Als „Kommunikationsorgan“ sollten *Die Zeichen der Zeit* „der notwendigen Verbindung der in der Zerstreuung lebenden Gemeinden und ihrer Glieder dienen“.

3. die Frage nach unserem gesellschaftlichen Standort. In der Freiheit des Glaubens galt es, „in Solidarität und Kritik“ in der Zeitschrift „Gnade und Anspruch Gottes im Blick auf die christliche Existenz in der sozialistischen Gesellschaft, ja im Blick auf diese selbst zur Sprache zu bringen“.

4. die ökumenischen Fragen. Die Ökumene erweist uns „den unverzichtbaren Dienst, daß die großen Herausforderungen, vor die sich die Kirchen mit allen Menschen in der Welt gestellt sehen, unsere eigenen Probleme heilsam relativieren“.

Diese Aufgabenbeschreibung schließt mit den Sätzen: „Die vier Markierungen unserer Aufgabe, wie wir diese an der Schwelle des fünften Jahrzehnts vor Augen haben, lassen sich auch als Grund, Gestalt, Ort und Horizont unserer christlichen und kirchlichen Existenz verstehen. Ihr in den genannten vier Dimensionen zur Klarheit und Gewißheit zu helfen, ist Ziel der Arbeit an unserer Zeitschrift.“

## **2. Das Presseamt**

Das gesamte Pressewesen der DDR wurde vom Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats der DDR gesteuert (ab 1961).<sup>3</sup> Jedes ausgedruckte Heft mußte in doppelter Ausfertigung beim Presseamt vorgelegt werden. Erst nach vorgenommener Überprüfung durfte die jeweilige Auflage ausgeliefert werden, was des öfteren eine erhebliche Verzögerung mit sich brachte.

Das Presseamt legte äußersten Wert darauf festzustellen, daß es sich bei dieser Prozedur offiziell nicht etwa um „Pressezensur“ mit anschließender „Freigabe“ handelte. Wenn es Beanstandungen gab, wurde der Chefredakteur zu einem „Gespräch“ in das Presseamt bestellt. Dabei war das Gewicht der zu erwartenden Beanstandungen aus dem einladenden Gesprächspartner zu erschließen, dem

---

<sup>3</sup> vgl. zum Folgenden Annelies Kaminski, Rückblick auf „Die Zeichen der Zeit“ - ohne Ausblick?, Abschnitt 4, ZdZ 44/1990, S. 299-301.



Leiter des Presseamtes oder dem zuständigen Abteilungsleiter. Das Ziel solcher Gespräche war entweder eine Art Belehrung bzw. Verwarnung oder praktisch das Verbot des Heftes, das heißt im Sinne des Presseamtes, den Chefredakteur zu der Einsicht zu bringen, das Heft „zurückzuziehen“ (so der offizielle Vermerk: „Chefredakteur zieht aus besserer Einsicht zurück“<sup>4</sup>). In diesem Fall mußte das Heft so schnell wie möglich neu erstellt und gedruckt werden. Dabei verursachte eine erneute Zuweisung des Papierkontingents gelegentlich Probleme, so daß der Verlag aus dem bereits erhaltenem Kontingent das Papier zur Verfügung stellen mußte. Die vermehrten Kosten waren natürlich ohnedies vom Verlag zu tragen, der bei einem Heftpreis von 1,33 Mark überhaupt die Zeitschrift ständig subventionieren mußte.

Die Versuche des Presseamtes, mit Hilfe derartiger Gespräche die Gestaltung der Zeitschrift zu beeinflussen, hielten sich aufs Ganze gesehen in Grenzen. Die Eigenverantwortung und Freiheit des Chefredakteurs wurde respektiert. Das Erscheinen der Zeitschrift wurde niemals durch die Forderung bestimmter Auflagen in Frage gestellt. Dabei wirkten sich zweifellos zwei Faktoren als gewisser Schutz aus: die Tatsache, daß die Zeitschrift bereits vor Gründung der DDR von der Sowjetischen Militäradministration lizenziert worden war, zum anderen das Interesse, mit dem die internationale kirchliche Öffentlichkeit die kirchlichen Vorgänge in der DDR verfolgte. Man war staatlicherseits darauf bedacht, nach außen zu demonstrieren, daß die Kirchen in der DDR volle Freiheit genießen.

Dessen ungeachtet zeigte das Presseamt in den 60er Jahren eine stärkere Aktivität als in der Folgezeit, während Ende der 80er Jahre wieder eine zunehmende Nervosität zu registrieren war. Das dürfte mit dem wachsenden staatlichen Selbstbewußtsein der DDR zusammenhängen, das zum Ende hin wieder durch eine gewisse Verunsicherung abnahm. Während in den 60er Jahren die Beanstandungen und Verbote innerdeutsche und DDR-spezifische Fragen betrafen, ging es danach insbesondere um außenpolitische Aspekte. So wurde 1961 kritisiert, daß keine genügende Abgrenzung gegenüber der Entwicklung der Kirchen in Westdeutschland sowie der Haltung von Bischof Otto Dibelius vollzogen werde, und 1964 die Behauptung, daß die Freiheit der Römischen Kirche „hinter dem eisernen Vorhang“ bedroht sei. 1967 wurde eine zu starke Identifizierung mit der Evangelischen Kirche in Deutschland beanstandet. Der Begriff EKD dürfe nicht mehr verwendet werden. Hierin zeichnete sich ein steigender Druck auf die Kirchen in der DDR ab, der 1969 zur Gründung des Bundes der Evange-

---

<sup>4</sup> ebd., S. 299.

lischen Kirchen in der DDR (BEK) führte. In dieser Epoche wären die oben zitierten Formulierungen zum gesellschaftlichen Standort der Kirchen in der DDR aus dem Jahre 1987 vermutlich zurückgewiesen worden.

Die Gründung des BEK, ein Erfolg der Kirchenpolitik der DDR, brachte dann eine gewisse Beruhigung im Blick auf gesamtdeutsche und gesamtkirchliche Interventionen mit sich. Dagegen gab es bei außenpolitischen Fragen Beanstandungen.

So wurde das Heft 1/1975 verboten, weil in dem abgedruckten „Manifest koreanischer Christen“ von 1973, das sich scharf gegen die politischen Verhältnisse in Südkorea wandte, im Vorspann auch der nordkoreanischen Regierung Verrat am koreanischen Volk vorgeworfen wurde.

Ein glücklicher Umstand verhinderte, daß die von mir bereits zugesagte „Zurückziehung“ des Doppelheftes 1/2 des Jahrgangs 33/1979 realisiert wurde - in einem aus der westdeutschen Ökumenischen Rundschau übernommenem Aufsatz war vom Wetteifern der beiden Großmächte USA und Sowjetunion um bessere Waffensysteme, um den großen atomaren Warnschlag zu führen, die Rede, was die SU verunglimpfe -: In Leipzig waren bereits 700 Exemplare des Heftes ausgeliefert worden!

Schließlich kam es 1985 zu einer Ermahnung anlässlich des Aufsatzes des Schweizer Theologen Ulrich Luz „Israel und sein Land“, wir hätten mit dieser Thematik unsere Kompetenz überschritten und uns in die Außenpolitik der DDR eingemischt. Als allerdings einige Wochen später Professor Luz zu einer Gastvorlesung in Berlin war und im Staatssekretariat für Kirchenfragen empfangen wurde, erhielt er wegen dieses ZdZ-Beitrags ein Lob: Solche Aufsätze müßten auch einmal Theologen aus der DDR schreiben!

Wenn der Vergleich erlaubt ist: Wir starrten nicht etwa wie das Kaninchen auf die Schlange, vielmehr glich unsere Beziehung zum Presseamt eher einem Katz-und-Maus-Spiel. Die Machtfrage war ja ein für alle Mal entschieden - das ließen uns die staatlichen Funktionäre bei jeder Gelegenheit wissen -; aber der Maus gelang es doch ab und an, die Katze zu überlisten! Es muß hinzugefügt werden, daß die umstrittene Kurzformel „Kirche im Sozialismus“ für uns nicht etwa eine Ortsangabe war, schon gar nicht ein Anpassungsmotiv, vielmehr eine Art „Einwanderungsbeschreibung“. Das gesellschaftliche Umfeld war für uns keine Wahlheimat, vielmehr der uns von Gott empfangene Auftrag, dem Sozialismus zu einem menschlichen Gesicht zu verhelfen. Das führt zu der Arbeit des Redaktionskreises.

### 3. Der Redaktionskreis

Obgleich nach dem Pressegesetz der DDR der Chefredakteur eines Presseorgans die volle Verantwortung für dessen inhaltliche Gestaltung hatte, hatte bereits Gerhard Brennecke von allem Anfang an einen Redaktionskreis gebildet, zunächst vor allem mit dem Ziel, der Redaktionsarbeit theologisch wie kirchlich eine möglichst breite Basis zu geben; war doch ZdZ die einzige kirchlich-theologische Zeitschrift in der DDR, die die Breite kirchlicher wie theologischer Arbeit abdecken mußte. Das stellte Chefredakteur wie Redaktionskreis vor die oft nicht leicht zu bewältigende, ständige Aufgabe, trotz dieser Rücksichtnahme der Zeitschrift Linie, Niveau und Profil zu geben. Bei zunehmender Auseinandersetzung mit dem Presseamt gab der Redaktionskreis dem Chefredakteur zugleich die notwendige Rückendeckung für seine Entscheidungen.

Mit den Jahren hatte sich ein bestimmter Arbeitsrhythmus des Redaktionskreises herausgebildet. Einmal im Jahr zog sich der Redaktionskreis zu einer zweitägigen Klausurtagung zurück, um die Jahresplanung zu beraten. Im übrigen traf er sich etwa alle sechs Wochen, um über die eingesandten Hauptartikel zu entscheiden, die vorher den Mitgliedern im Umlauf zur Kenntnisnahme und Votierung zugesandt worden waren. Die Beschlußfassung erfolgte bei manchmal durchaus differierendem Urteil in demokratischer Weise. Trotz der erheblichen Belastung infolge der zahlreichen, in der Mehrzahl unaufgefordert eingesandten Manuskripte wurde diese Arbeit von allen Mitgliedern infolge der offenen und hörbereiten Atmosphäre gern und bereitwillig geleistet.

Allerdings brachte dieses Verfahren zwei Probleme mit sich. Des öfteren war die Zahl der als ungeeignet abgelehnten Manuskripte größer als die der angenommenen. Das den Autoren verständlich zu machen, ohne sie zu verletzen, war nicht einfach. Vor allem aber war die Zeitspanne von der Einsendung eines Manuskriptes bis zu dessen Erscheinen, ganz abgesehen von der in der DDR sehr langwierigen Dauer der technischen Herstellung und Auslieferung jedes Heftes, sehr groß, was eine schnelle aktuelle Publikation unmöglich machte - auch in diesem Fall oft zum Ärger der Autoren.

Der Einfluß des Presseamtes auf die Arbeit des Redaktionskreises bestand darin, daß wir die Manuskripte von unnötigen Provokationen im Blick auf das gesellschaftliche Umfeld freihielten. Bei den den Autoren wenn nötig vorgeschlagenen Veränderungsvorschlägen rückten wir indessen von der sachlichen Aussage des Textes nicht ab, wobei wir damit rechneten, daß unsere Leserschaft verstand, auch zwischen den Zeilen zu lesen (das Presseamt nicht ausgenom-

men). In den meisten Fällen fanden wir dabei bei den Autoren Verständnis. In der vom Redaktionskreis wahrgenommenen Selbständigkeit und Eigenverantwortung wurde dieser sowohl vom BEK als auch von den einzelnen Kirchenleitungen gedeckt. Gegenüber dem Verlag, der meist die uns gesetzten Grenzen enger als wir sah, setzte sich der Redaktionskreis mit dem Ausschreiten des von ihm in Anspruch genommenen Freiraumes durch.

Bei der Konzeption der Zeitschrift ließ sich der Redaktionskreis u.a. davon leiten,

- die Leserschaft - trotz der oben erwähnten Einwände des Presseamtes - über theologische Arbeiten in Westdeutschland zu informieren,
- den Blick auch auf Entwicklungen und Probleme in den evangelischen Minderheitskirchen in den sogenannten Ostblockstaaten zu lenken; wir konnten monatlich weit über 100 Exemplare von ZdZ kostenlos dorthin an Pfarrer und Ausbildungsstätten versenden,
- um die uns auferlegte Isolation zu sprengen, regelmäßig aus der Ökumene zu berichten, nicht allein von den Vollversammlungen des Ökumenischen Rates (ÖRK); diese Berichterstattung nahm, wie die Inhaltsverzeichnisse nachweisen, einen breiten Raum ein - das war nicht immer ohne Risiko, etwa als auf der Zentralauschußsitzung des ÖRK 1971 in Addis Abeba der Dialog mit Menschen anderen Glaubens und verschiedener Ideologien eine zentrale Stellung einnahm und wir bewußt darüber informierten; zu dieser Zeit war in der DDR im Gegensatz zu Westeuropa die Thematik des Dialogs absolut tabu, was uns entsprechende Belehrungen eintrug - ,
- über Thematik und Verlauf der jährlichen Synoden des BEK zu unterrichten - auch das brachte gelegentlich Probleme mit sich, wenn, wie beispielsweise 1972 in Dresden im Hauptreferat von Dr. Heino Falcke unter der Thematik „Christus befreit - darum Kirche für andere“, vom gesellschaftlichen Engagement des Christen in der Freiheit des Glaubens die Rede war und dabei der real existierende Sozialismus als „verbesserlich“ bezeichnet wurde. Das hatte bereits in Dresden unter den Staatsvertretern eine derartige Empörung ausgelöst, daß in der Berichterstattung dieses Reizwort vermieden werden mußte.

Nach dem Ende der DDR wurde die Evangelische Verlagsanstalt von anderen Gesellschaftern übernommen und die Verlagsleitung neu besetzt. Die Zeitschrift geriet zunächst in eine bedrohliche Krise. Zwar gelang es, ihr ernsthaft gefährdetes Erscheinen<sup>5</sup> in veränderter Form weiterhin zu sichern. Das bisherige Vertrauensverhältnis zwischen dem Verlag einerseits und dem Chefredakteur

---

<sup>5</sup> vgl. Martin Uhle-Wettler, Das Ende unserer Zeitschrift, ZdZ 44/1990, S. 293.

andererseits konnte aber nicht erhalten werden, so daß der Redaktionskreis Mitte November 1992 geschlossen zurücktrat.<sup>6</sup>

Damit ging für die Zeitschrift eine im Urteil der Leser mit großer Dankbarkeit quittierte Epoche zu Ende. Eine der letzten Initiativen des Redaktionskreises war es, sofort in die Julinummer 1990 eine Umfragekarte mit der Frage nach Leserwünschen beizulegen. Solche Befragungen waren in den Jahren zuvor untersagt. Die Umfrage hatte ein unerwartet zahlreiches Echo (16% Antworten). Von den zehn angebotenen Schwerpunkten lagen fast gleich „Analysen zu gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Situationen“ und „Theologische Grundsatzartikel“ an der Spitze. Es folgte mit einigem Abstand als dritter Schwerpunkt „Arbeitshilfen für Gottesdienst und Gemeindepraxis“.<sup>7</sup> Besonders überzeugend war das Leserecho, das auf das zunächst angekündigte, dann aber doch abgewendete Ende des Erscheinens der Zeitschrift die Redaktion erreichte. Auszüge aus diesen Briefen von Berlin über Wien bis Japan wurden in Heft 1 des Jahrgangs 45/1991 veröffentlicht (Seite 1-5) - ein bewegender Dank für die geleistete Arbeit.

---

<sup>6</sup> vgl. die Beiträge in ZdZ 47/1993, S. 1.

<sup>7</sup> Annelies Kaminski, Wünsche unserer Leser, ZdZ 44/1990, S. 301.

# Kulturprotestantische Öffentlichkeit in der DDR: Die evangelische Monatszeitschrift *Standpunkt*\*

Günter Wirth

Natürlich war der *Standpunkt* nicht als theologische Zeitschrift intendiert und lizenziert, sondern als ein kirchenpolitisches Organ. Allein schon die Rahmenbedingungen und der Zeitpunkt seiner Gründung machen dies deutlich (1972/73). Tatsächlich war der *Standpunkt* im Rahmen der Kirchen- und Bündnispolitik der DDR gedacht als Versuch, die in der Ulbricht-Ära als Kampforgane begründeten "progressiven" Zeitschriften *Glaube und Gewissen* (1955) und *Evangelisches Pfarrerberblatt* (1959) gleichsam aufzufangen und deren publizistische Ansätze den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Kirchenpolitik in der Honecker-Ära anzupassen - und das hieß vor allem, aus der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1969) und deren alsbald erklärter Grundlinie der "Zeugnis- und Dienstgemeinschaft in der DDR" (1971) die Konsequenzen zu ziehen. Dies schien insbesondere die Vereinigung all jener Kräfte im ostdeutschen Protestantismus zu fordern, die auf der Linie Barmen-Stuttgart-Darmstadt mindestens zur Loyalität gegenüber der DDR bereit waren. Übrigens geschah der publizistische Vereinigungsprozeß nicht ohne den Widerstand der Herausgeberkreise der beiden bisherigen Zeitschriften: Der Herausgeber des *Evangelischen Pfarrerberblatts*, der Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR, ahnte nicht zu Unrecht, daß mit der Einstellung seiner Zeitschrift, die der einzige Ausweis einer produktiven Seite seiner Existenz war und Echo bis in kirchenleitende Kreise, sogar bis in die EKID-Kanzlei Hannover, hatte, sein Ende avisiert war, und es trat denn auch rasch ein.<sup>1</sup> Was einige der Herausgeber und Redakteure von *Glaube und Gewissen* angeht, so boykottierten diese den *Standpunkt* eine Weile, insbesondere auf der Linie denunziatorischer Vorwürfe eines schädlichen Intellektualismus.

In der Rückschau ließe sich generalisierend sagen, daß der *Standpunkt* (seit Januar 1973 erscheinend) - von den Anfängen abgesehen, selten polemisierend

---

\* erstveröffentlicht in hso 1/1996

<sup>1</sup> 1974

- einen publizistischen Grundansatz verfolgte, der kirchenpolitisch auf das hinielte, was dann am 6. März 1978 (Begegnung Honecker - Kirchenbund) zum Ereignis wurde, und in der Folgezeit ging es ihm um die Ausgestaltung dieses '6. März'. All dies erfolgte, wie gesagt, weniger im Polemischen, das ja das kirchenpolitische Klima der Ulbricht-Ära charakterisiert hatte, sondern im Versuch des selektiven 'Nach-vorn'-Interpretierens von Beschlüssen und Positionsbestimmungen der Kirchenleitungen und Synoden, und nur dann, wenn die 'Kirche oben' allzu forsch auf Aktionen der "Kirche von unten" eingegangen war, reagierte der *Standpunkt*, freilich aber auch zurückhaltend, polemisch, so im Januar 1981 unter der Überschrift "Keine Vertauschung der Ebenen", was besagen sollte, daß die Kirche in der DDR Kirche bleiben und sich nicht (was dann ja Charakteristikum der Wende wurde) auf der Ebene des Gesellschaftlichen installieren solle.

Vor diesem prinzipiellen, immer präsenten Hintergrund (präsent auch dort, wo er verbal nicht unbedingt definiert wurde) entfaltete der *Standpunkt* seine eigentlichen publizistischen Aktivitäten, und sie bezogen sich allerdings in starkem Maße auf das Theologische, vor allem deshalb, weil angesichts der theoretisch-weltanschaulichen Rahmenbedingungen des realen, also auch des atheistischen Sozialismus in der DDR dem seinerseits theoretisch-weltanschaulichen Proprium der Kirche, also Theologie und Verkündigung, die besondere Aufmerksamkeit zu schenken war. Das hieße, daß der *Standpunkt* zwar unter den Auspizien dessen, was wir heute wissen, politisch auf der Seite der Verlierer von 1989 stand und mit einer gewissen demonstrativen Geste in dem Monat sein Erscheinen einstellte, in dem (am 18. März 1990) die Volkskammer der DDR frei gewählt wurde. Das hieße aber auch, daß der *Standpunkt* mit seiner Akzentuierung des Theologischen, mit seinem 'Intellektualismus' die ihm vorgegebene Aufgabenstellung, seine 'Lizenz', transzendierte und Positionsbestimmungen, zumal auch im kulturellen Umfeld, vornahm, die ihn letztlich in der Nähe von geistigen Kräften sah, gegen die er sich eigentlich wenden sollte.

\*\*\*

Ehe diese mir aufgebene und auf meine Weise aufgenommene Thematik im einzelnen behandelt wird, müssen wenigstens zwei Bemerkungen eingeschoben werden, die auf das gesellschaftliche und geistige Leben in der DDR bezogen sind und ohne deren Würdigung der Charakter des publizistischen Wirkens im christlichen Milieu der DDR unverständlich bliebe:

Es müßte nämlich 1. mindestens Erwähnung finden, daß in der SBZ/DDR seit 1947 zwei Zeitschriften herausgegeben wurden, die in je eigener Weise geistlich und theologisch profilbestimmend waren, nämlich *Die Zeichen der Zeit* (ZdZ) und die (traditionelle) *Theologische Literaturzeitung* (ThLZ). In den ZdZ spiegeln sich - besonders eindrucksvoll unter der Leitung ihres ersten Chefredakteurs, Gerhard Brennecke - das kirchliche Leben und die auf die Kirche bezogene theologische Arbeit im Osten und im Westen Deutschlands sowie in der Ökumene, während die ThLZ der objektive Beobachter der gesamten theologisch-wissenschaftlichen, der religionswissenschaftlichen Szene blieb. Wie beide Zeitschriften - wiederum auf je eigene Weise - ihre Probleme in der DDR-Gesellschaft hatten und welchen Standort sie, ihrem Auftrag entsprechend, einnahmen, ist wiederholt dargestellt worden: Was die ThLZ angeht, konnte jetzt Siegfried Bräuer bezeichnendes Material zu deren Geschichte beibringen;<sup>2</sup> ich selber habe schon vor 15 Jahren im Verlag der ZdZ, in der Evangelischen Verlagsanstalt, bereits damals sogenannte "vorläufige" Beobachtungen und Wertungen zu den ZdZ vorgelegt.<sup>3</sup> Dabei hatte ich *contre coeur* unterschiedlicher Kräfte - in Gesellschaft und Kirche - herauszuarbeiten versucht, daß diese kirchlich-theologische Zeitschrift authentisch protestantisch war (und dies auf einem Niveau, das den großen westdeutschen protestantischen Zeitschriften adäquat war), dabei aber ebenso authentisch Züge trug, die protestantische Zeitschriften in der alten BRD so nicht aufzuweisen hatten, also das gesellschaftliche und geistige Leben in der DDR sui generis reflektierten.

Dies freilich genügte den Herrschenden in der DDR nicht: Sie wollten eine evangelische Zeitschrift haben, die vordergründig, holzschnittartig zu erkennen gab, daß ihre Autoren "progressiv" seien und sich womöglich expressis verbis gegen die "reaktionären" Kirchenleitungen aussprachen. Dabei wurden Mitte der fünfziger Jahre (ich lasse das früh gescheiterte Unternehmen der in Dresden kurzzeitig herausgegebenen *Verantwortung* beiseite<sup>4</sup>) alle nur möglichen Pläne

---

<sup>2</sup> Siegfried Bräuer, "... daß die Zeitschrift eine progressive Tendenz erhält". Der Herausgeberwechsel bei der *Theologischen Literaturzeitung* 1958-1960. Gründe und Hintergründe, in: ThLZ 7-8/1994 (119. Jahrgang), Sp. 577 ff.

<sup>3</sup> Günter Wirth, "Die Zeichen der Zeit" 1947 bis 1979. Vorläufiger Versuch der Wertung und Würdigung aus der Sicht eines Publizisten, Berlin 1981.

<sup>4</sup> Die *Verantwortung* erschien 1952 in einem Jahrgang in Dresden im Umkreis von Martin Richter, fr. Bürgermeister von Dresden (CDU) und Synodaler, der auch an allen Bekenntnissynoden teilgenommen hatte, und dem reformierten Pfarrer August de Haas (LDP) sowie jüngeren Redakteuren und Mitarbeitern der *Union*. Hier veröffentlichten u.a. Emil Fuchs und Klaus-Peter Hertzsch.



einer solchen Zeitschrift ventiliert; von Bräuer erfahren wir im übrigen, daß es parallel hierzu Varianten auch der Edition einer wissenschaftlichen Zeitschrift in Konkurrenz zur ThLZ gab. Heraus kam dann (*nascetur ridiculus mus*) nach langem Hin und Her (*parturiunt montes*) eine Zeitschrift, die nicht Fisch und nicht Fleisch war, die einen von den Staatsorganen gewollten, betont 'religiösen' Titel (Glaube) erhielt, der die gleichermaßen gewollten, betont kämpferischen Akzente (Gewissen) decken sollte. Überdies sollte die Zeitschrift nicht allzu nahe der CDU operieren: Deshalb wurde der VEB Max Niemeyer Verlag, Halle/S., der eine gewisse theologische Tradition hatte, hierfür aufgeboten.

Um dies wenigstens noch am Rande hinzuzufügen: Versuche der CDU, etwas früher und dann auch etwas später, ihrerseits eine Monatszeitschrift herauszubringen, wurden (was inzwischen auch durch Archivfunde exakt belegt ist) vom Zentralkomitee der SED verhindert.<sup>5</sup> Allerdings gelang es der CDU, den eigentlich für Auslandspropaganda bestimmten und seit 1954 auf hohem Niveau redigierten *UNION Pressedienst* (upd) an kirchliche Adressen in der DDR (kostenlos) zu verschicken.

2. Wenn in den einleitenden Bemerkungen angedeutet war, daß der *Standpunkt* 1973 etwas Neues mit einer genauen Zielstellung war, so täuscht dies allerdings, denn auch seine Herausgabe trug - wie alles im Bereich der DDR-Kirchenpolitik - Kompromißcharakter. Ein Kompromiß war schon, wie angedeutet, daß die bisherigen Herausgeber- bzw. Redaktionskreise von Glaube und Gewissen und Ev. Pfarrerblatt in den Herausgeberkreis der neuen Zeitschrift übernommen werden mußten, wodurch eine, auch vom Personellen her gedeckte Neuorientierung nicht sichtbar werden konnte. Für die Vorbereitung der redaktionellen Arbeit, des Layout, des Vertriebs usw. der neuen Zeitschrift verblieben ganze vier Wochen, was dazu führte, daß die ersten drei Hefte des Jahrgangs 1973 in der äußeren Aufmachung einen geradezu kläglichen Charakter tragen mußten; erst vom zweiten Quartal ab war eine gewisse Konsolidierung möglich. Der hauptsächliche Kompromiß, der besonders typisch für die Verhältnisse in der DDR war und meine Mitarbeiter/innen und mich immerfort belastete, bestand in folgendem: Ich konnte zwar durchsetzen, daß im Impressum als Verlag der Union Verlag ausgewiesen wurde, dessen Cheflektor ich von 1964 bis 1970 gewesen war, aber hinter den Kulissen hatten SED, Nationale Front und CDU ausgehandelt - und es entsprach dies wohl auch den Wünschen der

---

<sup>5</sup> Vgl. die Angaben bei: Martin Reißmann, Kadenschulung in der Ost-CDU 1949-1971, Düsseldorf 1995, sowie meinen Aufsatz hierzu: Günter Wirth, Auf je eigene Weise, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. Oktober 1995.

Verlagsleitung -, daß dies nur nominell, nach außen geschehe; den eigentlichen materiellen Hintergrund, den verlegerischen, wenn man so will, bildete (wie auch für die katholische *begegnung*) die Arbeitsgruppe Christliche Kreise beim Nationalrat. Nur die drei letzten Ausgaben des *Standpunkt*, Januar bis März 1990, erschienen dann tatsächlich im Union Verlag.<sup>6</sup>

Wenn ich vor diesem Hintergrund auf den vorhin gewonnenen Gesichtspunkt zurückkomme und ihn näher zu bestimmen versuche, wird wohl erst recht deutlich, was es bedeutete, diesem 'Verlag' - und das hieß konkret einem Funktionär wie Günther Grewe, der ohne jegliches Eigenprofil war und allein dazu fähig, ihm gegebene Aufträge weiterzuleiten und deren Ausführung blind und rigoros zu kontrollieren - eine solche Linie abzugewinnen.

\*\*\*

Hier ist nun der Ort, auf die Vermittlung von Theologie durch diese Zeitschrift einzugehen, was freilich angesichts von mehr als siebzehn Jahrgängen (= 207 Hefte mit ca. 6.300 Seiten) selbst dort, wo Details angeführt werden, den Charakter des Generalisierenden und Selektiven nicht verleugnen kann.<sup>7</sup> Von vornherein klammere ich ohnehin den Komplex des Ökumenischen aus, d.h. die Behandlung von Fragestellungen (aus) der ökumenischen Bewegung durch Autor/innen dieser, und zu diesen gehörten (in eigenen Beiträgen oder Interviews) deren Protagonisten (die Generalsekretäre von ÖRK, KEK, LWB, RWB,<sup>8</sup> einige ihrer Präsidenten oder leitende Mitarbeiter der Genfer Büros sowie ökumenische

---

<sup>6</sup> Ursprünglich hatte es wohl hinsichtlich der Steuerung des *Standpunkt* Pläne gegeben, die an die von Glaube und Gewissen erinnerten: Herausgeberbesprechungen dieser Zeitschrift fanden, vom Verlag Niemeyer eingeladen, im wesentlichen im Leipziger Hotel "Astoria" im Beisein eines Vertreters des ZK der SED bzw. später der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen statt. Was den *Standpunkt* angeht, waren Vorprüfungen der Manuskripte im Gespräch gewesen. Dem Umstand, daß ich im Herbst 1972 in das Präsidium der CDU und zum Vizepräsidenten des Kulturbundes gewählt worden war, war es zu verdanken, daß ich a) dies abwenden und b) in diesen Eigenschaften eigenständige Beziehungen aufbauen konnte. Administrativen Maßnahmen der Arbeitsgruppe "Christliche Kreise" beim Nationalrat war allerdings - gerade weil deren Vorsitzender Grewe und ich im CDU-Präsidium gleichrangig waren - nicht immer zu begegnen..... Zur 'Systemnähe' des *Standpunkt* und deren Relativierung vgl. die Auseinandersetzung im *Deutschen Pfarrerblatt* 3/1992 und 6/1992.

<sup>7</sup> Die Jahreszahlen, die ich im folgenden in Klammern angebe, beziehen sich auf die Jahrgänge des *Standpunkt*. Im allgemeinen ist der *Standpunkt* in großen Bibliotheken nach Jahrgängen geordnet.

<sup>8</sup> ÖRK = Ökumenischer Rat der Kirchen, KEK = Konferenz Europäischer Kirchen, LWB = Lutherischer Weltbund, RWB = Reformierter Weltbund.

Theologen vom Range des Holländers Hendrik Berkhof). Dieser Gesamtkomplex müßte gesondert untersucht und dargestellt werden. Jedenfalls kann auch heute noch resümierend gesagt werden, daß sich der *Standpunkt* im ökumenischen Diskurs einen Namen durch sachgerechte und weiterführende Beiträge geschaffen hatte.

Wichtiger noch scheint - auch im Kontext der heutigen theologischen Debatten und geistig-politischen Auseinandersetzungen - die Antwort auf die Frage zu sein, welche Themenstellungen der Zeitschrift angemessen waren, jene theoretische Relevanz theologischer Probleme im realen Sozialismus, von der vorhin schon die Rede war, zur Wirkung zu bringen, und wie es ihr gelang, Autor/innen aus dem kirchlichen und aus dem protestantisch-bildungsbürgerlichen Milieu (soweit letzteres überhaupt hatte überleben können) zu gewinnen.<sup>9</sup>

Angesichts der Tatsache, daß mit ZdZ und ThLZ, dann aber auch mit den in den achtziger Jahren ein eigenes, die Kirche zur Welt öffnendes Profil gewinnenden kirchlichen Wochenzeitungen "ein weites Feld" thematisch abgesteckt war, mußte der *Standpunkt* zwar in der Nähe eines Stuhls, letztlich aber "zwischen den Stühlen" seinen eigenen Platz finden, und er fand ihn, auf die theologischen Disziplinen bezogen, weniger im Umfeld der Bibelwissenschaften<sup>10</sup> oder der mehr traditionellen oder konfessionell geprägten Dogmatik, wohl aber in dem der Kirchengeschichte, der Religionswissenschaft, der Praktischen Theologie und nicht zuletzt in dem der Kultur. Ja, es ließe sich lapidar herausstellen und dann auch im einzelnen belegen, daß der *Standpunkt* tatsächlich dort sein Proprium im theologischen Diskurs und in den geistigen Auseinandersetzungen im DDR-Protestantismus gewann, wo er eine 'kultur-protestantische' Position einnahm. (Die Zeitschrift ist daher oft genug mit der *Christlichen Welt* Martin Rades verglichen worden, und indem sie - zu spät - Ende der achtziger Jahre einen Gesprächskreis bildete, stellte sie sich versuchsweise in die Tradition der "Freunde der 'Christlichen Welt'".)

---

<sup>9</sup> Daher klammere ich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch die Originalaufsätze von Persönlichkeiten aus der alten BRD aus. Zu diesen gehörten u.a.: Prof. Dr. Renate Riemeck, Prof. Dr. Eberhard Bethge, der Schriftsteller und Soziologe Prof. Johannes Harder, Pfarrer Gerhard Schmolze, Bremen, Prof. Dr. W. Kreck, Bonn, Prof. Dr. Jürgen Redhardt, Kassel, Herbert Mochalski, zuletzt Hannover, und auch von Walter Dirks wurde ein Aufsatz über Martin Niemöller publiziert. Zu den Autoren gehörten weiter der SPD-Kirchenreferent Rüdiger Reitz (1988), Pfarrer Dr. M. Rohkrämer, Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch und Superintendent Werner Sanss.

<sup>10</sup> Das heißt aber nicht, daß etwa Neutestamentler im *Standpunkt* nicht publiziert hätten: Prof. Dr. Traugott Holtz, Halle/S., Prof. Dr. Hans-Martin Schenke und Prof. Dr. Günther Baumbach, Berlin, Prof. Dr. H.-F. Weiß, Rostock, Prof. Dr. Günter Haufe, Greifswald.

Dies mag, wenn man den (kirchen)geschichtlichen Ort des Kulturprotestantismus kennt, paradox sein: Kulturprotestantismus als Bindestrich-Christentum wird ja heute gewöhnlich als retrograd eingestuft, und er mag es dort tatsächlich gewesen sein und noch sein, wo er einer säkularisierten, aber noch als christlich firmierenden gesellschaftlichen Ordnung den weltanschaulichen Kitt liefert(e). Kulturprotestantismus im Sinne einer theologisch verifizierbaren Bemühung um "Raum für das Evangelium" (so das Thema der außerordentlichen EKID-Synode 1956 in Berlin mit den über die Synode hinaus bekannt gebliebenen Vorträgen von Günter Jacob und Helmut Gollwitzer), um Raum also für Christen und Christliches im kulturellen und geistigen Leben einer radikal säkularisierten Gesellschaft würde demgegenüber als authentisch protestantisch anzusehen sein - zumal auch dann, wenn solcher Kulturprotestantismus Vertreter unterschiedlicher theologischer Richtungen vereinte und den in einer Gesellschaft weitgehend ohne öffentliches Echo bleibenden protestantischen bildungsbürgerlichen Kräften eine Heimat zu geben imstande war. Umgekehrt war der *Standpunkt* in der Gefahr, sein so beschriebenes Proprium zu verfehlen, wo er - etwa in Artikeln zu aktuellen politischen Fragen - allzu vordergründig opportunistisch operierte und vor allem dort, wo er Vertretern einer theologischen Richtung eine (ins Politische und Kirchenpolitische hineinreichende) normative Position überließ. Dies erfolgte (vor allem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre) zugunsten der Exponenten einer sich und diese hermetisch abschließenden Variante dialektischer Theologie; es war daher allerdings auch kein Zufall, daß diese Ideologen nach ihrem eigenen Organ strebten, und als sie es - in Gestalt der *Weißenseer Blätter* - erhalten hatten, drückten ihre Hauptautoren alsbald ihre Aversion nicht zuletzt gegenüber jenen aus, die ihnen im *Standpunkt* zeitweilig allzuviel Raum gewährt hatten.<sup>11</sup>

Wenn es möglich war, solche Einseitigkeiten zu überwinden und tatsächlich das kulturprotestantische Proprium sorgsam herauszuarbeiten, konnte registriert werden, daß sich der Radius des Mitarbeiterkreises des *Standpunkt* (und angesichts des Zuschnitts seiner Interviews müßten die Interviewpartner hierzu gerechnet werden) im Laufe der Zeit beträchtlich ausweitete (was so, nachdem

---

<sup>11</sup> Dies betrifft vor allem Aufsätze von Prof. Dr. Rosemarie Müller-Streisand und Prof. Dr. Hanfried Müller sowie Dr. Dieter Kraft. Erstere hatte 1977 übrigens eine Debatte über die Kirchenkampf-Darstellung Kurt Meiers eingeleitet, die allerdings objektiv relevante Positionsbestimmungen enthielt. In den achtziger Jahren äußerte sich Prof. Dr. Werner Bramke, Leipzig, im *Standpunkt* zu Meier (1985). Vgl. die Polemik von Ulrich Heilmann gegen mich, in: *Weißenseer Blätter* 5/1987.

1973 auf einer provinzsächsischen Synode eine harsche Absage an die Zeitschrift erfolgt war, von vornherein nicht zu erwarten gewesen war).

So ließe sich generell sagen, daß außer den Landesbischöfen Leich und Rathke sowie des letzteren Nachfolgers alle evangelischen Bischöfe, die zwischen 1983 und 1990 in der DDR amtierten, hier mit eigenständigen Aussagen zu Wort kamen; hinzu traten zahlreiche Generalsuperintendenten, Oberkirchen- und Oberkonsistorialräte, Synodale usw.<sup>12</sup> In der Rückschau wird man überdies feststellen, daß sich unter den Autor/innen des *Standpunkt*, zumal in den achtziger Jahren, Persönlichkeiten finden, die in der Bürgerbewegung um 1989/90 eine Rolle spielten und dann womöglich auch parteipolitisch in Erscheinung traten. Ich nenne hier Dr. Reinhard Höppner, den damaligen provinzsächsischen Synodalpräsidenten und heutigen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, der erstmalig 1986 im *Standpunkt* schrieb (über eine ökumenische China-Reise). Ich nenne weiter Manfred Stolpe, dessen großes Interview von 1986 separat nachgedruckt wurde (in der DDR in den "Heften aus Burgscheidungen", in der alten Bundesrepublik vom epd-Pressedienst). Der spätere zeitweilige Vizeaußenminister im Kabinett de Maizière und heutige SPD-Politiker in Potsdam, Dr. Helmut Domke, ist als Interviewpartner wie als Verfasser eines Berichts über eine Moskauer ökumenische Konsultation (1984) in der Zeitschrift ebenso vertreten wie der Alttestamentler Prof. Dr. Zobel, der 1990 Rektor der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald wurde und heute als CDU-Landtagsabgeordneter wirkt. Regelmäßiger *Standpunkt*-Mitarbeiter war Dr. Gottfried Müller, der Chefredakteur der Thüringer Kirchenzeitung *Glaube und Heimat*, der im September 1989 die Initiative zur Erneuerungsbewegung in der CDU ergriffen hatte und Präsident des ersten frei gewählten Landtages in Thüringen war. Auch der Maler Winfried Wolk, der mit Lothar de Maizière im Herbst 1989 um den Parteivorsitz in der CDU konkurrierte, war schon früh im *Standpunkt* zu Wort gekommen. Zur Bürgerbewegung gehörten Hans-Jochen Vogel, damals Karl-Marx-Stadt, Dr. Jens Langer, Rostock, Dr. Walter Bindemann, der Direktor der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, die den Grünen nahestehende Absolventin der Berliner Theologischen Fakultät Ulrike Zoels und der ähnlich orientierte Schriftsteller Ernst-Frieder Kratochwil. Auch Prof. Walter Beltz, theologischer Berater Stefan Heyms, schrieb im *Standpunkt*, u.a. 1975 über Menschenrechte,

---

<sup>12</sup> Gesondert wäre die Mitarbeit führender Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Reformierten Kirche (Pfarrer Horst Greulich, Berlin, trat in den achtziger Jahren in den Kreis der Mitherausgeber), der Herrnhuter Brüdergemeine (P. Helmut Hickel) sowie der Freikirchen (R. Minor, K. Zehrer usw.) zu würdigen.

nicht zuletzt Jörg Hildebrandt von der Evangelischen Verlagsanstalt, der zu den Mitbegründern von "Demokratie jetzt" gehören sollte.

Um einen solchen Radius an einem Jahrgang der Zeitschrift festzumachen und damit recht eigentlich das herauszuarbeiten, was ich in meiner Studie über die ZdZ das "innere Gewese" einer Zeitschrift genannt habe, sei auf den Jahrgang 1987 hingewiesen.

Unter den Verfassern von Meditationen, denen im *Standpunkt* immer eine große Sorgfalt zugewandt wurde, finden wir den damaligen Bautzener Superintendenten und heutigen sächsischen Landesbischof Volker Kreß, seinen Vorgänger Landesbischof Dr. Hempel, den Nordhäuser Propst J. Jaeger, den ebenfalls provinzsächsischen Superintendenten Horst Gaede und den Berliner Superintendenten Werner Krätschell. Interviewpartner waren u.a. der Berlin-Brandenburger Bischof Gottfried Forck, der damalige Heidelberger Ordinarius und heutige Bischof von Berlin-Brandenburg Wolfgang Huber, Dr. Heinz-Joachim Held, Leiter des kirchlichen Außenamts der EKID, der Dichter Albrecht Goes, Stuttgart, Uwe Holmer, der nach der Wende allgemein bekannt gewordene Pfarrer in den Lobetaler Anstalten, Werner Braune, Direktor der Berliner Stephanus-Stiftung, der Quäker Dr. Huth, Berlin, Heidrun Elliger von der kirchlichen Jugendarbeit, Berlin, sowie der Berliner Schriftsteller und Publizist Jürgen Rennert. Weitere Beiträge stammten etwa von Altbischof Albrecht Schönherr, dem Görlitzer Bischof Prof. Joachim Rogge und dem Greifswalder Systematiker Bernd Hildebrandt, der über die "Tragweite christlicher Grundüberzeugungen für die Gestaltung der Gesellschaft" reflektierte. Dr. Götz Planer-Friedrich und Konsistorialrat Gerhard Linn berichteten über ihre Arbeit in der Genfer ökumenischen Zentrale, der Mainzer Juraprofessor Alexander Böhm, Sohn des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Prof. Franz Böhm, schrieb über seine Großmutter Ricarda Huch, der Dozent am Berliner Sprachenkonvikt Dr. Rudolf Mau über seinen theologischen Lehrer Rudolf Hermann, der Leipziger Kirchenhistoriker Kurt Nowak über Paul Braune, den legendären Leiter der Lobetaler Anstalten, der frühere westfälische Präses Ernst Wilm über Martin Niemöller, der damalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Magdeburg, Hans Levi, über Altbischof Werner Krusche. In einer Umfrage äußerten sich die bekannten Kirchenmusiker Christoph Albrecht, Herbert Hildebrandt, Christfried Brödel, Johannes Ernst Köhler und Erich Piastetzki über "Bach in säkularisierter Umwelt". Nicht zuletzt finden wir einen umfangreichen Beitrag "Erwägungen zum konziliaren Prozeß" von Propst Dr. Heino Falcke, Erfurt, der so etwas wie eine Schlüsselgestalt des DDR-Protestantismus vor der Wende und in Richtung

auf sie war. Die Veröffentlichung dieses Vortrags über den konziliaren Prozeß führte seinerzeit zu vielfältigen Fragen: Was, Falcke läßt sich im *Standpunkt* drucken? Wie, der *Standpunkt* bringt einen Falcke-Text? Es war dies offensichtlich Ausdruck der Spannungen und Polarisierungen in der DDR-Gesellschaft, der Differenzen und Differenzierungen im DDR-Protestantismus, in denen sich diese Spannungen und Polarisierungen spiegelten und sie zugleich verstärkten (der konziliare Prozeß als Medium der Veränderungsprozesse in der Gesellschaft). Überdies wurde mit solchen Fragen das Existieren des *Standpunkt* auf und zwischen den Stühlen überdeutlich...

\*\*\*

Von hier aus können wir versuchen, einige Züge des Kulturprotestantischen im *Standpunkt* im einzelnen nachzuzeichnen. Besonders profiliert treten diese aus meiner Sicht in der Behandlung *kirchengeschichtlicher* Themen insofern in Erscheinung, als hierbei fast immer solchen Sachverhalten nachgegangen wurde, die in der traditionellen ekklesiologisch, hierarchisch und konfessionell geprägten Kirchengeschichtsschreibung ebenso vernachlässigt wurden wie in der Historiographie, sei's der bürgerlichen, sei's der marxistischen in der früheren DDR.

Diese Feststellung trifft vor allem auf die Arbeiten des 1984 so früh verstorbenen Kirchenhistorikers und *Standpunkt*-Mitherausgebers Walter Bredendiek zu - handelte es sich dabei um die Analyse von Sachthemen wie Protestantismus und Fürstenenteignung in der Weimarer Republik (1977), die Frage des "klassischen" Pazifismus und dessen Bedeutung für die Anfänge christlicher Friedensarbeit in Deutschland (1984) und um die Frontenbildung im deutschen Protestantismus im Frühsommer 1933 (1984) oder um die "Rettung" von fast vergessenen christlichen Persönlichkeiten (es seien hier nur die Arbeiten Bredendieks über Carl Vogl - 1977/78 - und über den Bauernpfarrer Hermann Kötzschke - 1975 - erwähnt). Im Grunde ist Bredendieks Forschungsansatz, den er zuerst in den fünfziger Jahren in seinem Buch über die "Christlichen Sozialreformer"<sup>13</sup> entwickelt und dann in seinen publizistischen Arbeiten in der Neuen Zeit in den tagespolitischen Auseinandersetzungen kräftig zur Wirkung gebracht hatte (wiederum in der im Sinne Herders betriebenen "Rettung" bedeutender Elemente des christliche Erbes), in pointierter Weise identisch mit dem,

---

<sup>13</sup> Walter Bredendiek, *Christliche Sozialreformer des 19. Jahrhunderts*, Leipzig 1953.

was ich versuchsweise die kulturprotestantische Perspektive des *Standpunkt* genannt hatte.

Analoges gilt - in allerdings je spezifischer, das Eigene der jeweiligen Autor/innen ausdrückender Weise - für reformationsgeschichtliche Arbeiten der Leipziger Forscher Günther Wartenberg (1978, 1979, 1980, 1981, 1989) und Helmar Junghans (1982, 1989), für Gert Haendlers Studien zu Gustav Adolf und zur mecklenburgischen Regionalkirchengeschichte (1985 und 1975), für Gottfried Holtz' Aufsätze zum Hexenwahn und zu Fritz Reuter (1974, 1981), für Wolfgang Gerickes Lessing-Essay (1981), für Othmar Feyls Reflexionen über die christliche Geschichtsphilosophie bei Christian von Bunsen (1982), für die Wiederentdeckung des 48er Edmund Monecke durch Hans-Joachim Beeskow (1973), der auch in einer Serie das geschichtliche Umfeld des Potsdamer Edikts (1985) beleuchtete, während der Prager Kirchenhistoriker Amedeo Molnár den Josephinismus (1981) analysiert hatte, dann auch für Herbert von Hintzensterns Rezeption thüringischer kirchlicher Traditionslinien (1981), für Karl-Johann Reses Porträt Eugen Rosenstock-Huessys (1988), für die gleichermaßen theologie- wie regionalgeschichtlich relevanten Exkurse von Eberhard Pältz über Karl Heussi (1977) sowie vom Verfasser über Friedrich Siegmund-Schultze, Fritz Lieb und Karl Barth in Berlin (1985, 1987, 1988), dann vor allem für die ebenso gründlichen wie weiterführenden Kirchenkampf-Studien Hartmut Ludwigs (u.a. 1981, 1982), für die Bereitstellung von Archivmaterialien zu verschiedenen Seiten des Kirchenkampfes (Friedrich Weißler, Paul Schneider) durch Klaus Drobisch (1981, 1982), für die Erlebnisberichte von Erhard Banitz über Martin Niemöller in Sachsenhausen (1980) und von Bruno Theek über seinen Dachauer Kameraden Walter Gabriel (1977), für Beiträge von Wilhelm Niemöller, Martin Niemöllers Bruder, der sich der Zeitschrift sehr verbunden fühlte. Hierzu würde dann auch gehören, was Sibylle A. Niemöller-von Sell, die zweite Frau Martin Niemöllers, 1989 und Clarita von Trott zu Solz (in einem Interview mit Eberhard Görner über Harald Poelchau) 1988 vorzutragen hatten, nicht zuletzt schließlich das, was Winfried Maechler und Otto Dudzus als Teilnehmer der ökumenischen Konferenz von Fanö 1934, auf der Bonhoeffer den Vorschlag eines ökumenischen Friedenskonzils gemacht hatte, 1984 in einer Umfrage über Fanö, an der auch Bonhoeffers ungarischer Freund, der lutherische Pastor Ferenc Lehel beteiligt war, berichteten.

Von besonderer Bedeutung war der erstmalige Abdruck von Predigten, die in je zugespitzten Situationen gehalten worden waren und daher Zeitgeschichtliches wie Bekennerisches pointiert zum Ausdruck gebracht hatten. 1987 brachte



der *Standpunkt* eine Predigt von Bernhard Heinrich Forck, dem bekannten dalemitischen BK-Pfarrer, aus der Zeit der Herbstkrise 1938; ebenfalls 1987 wurden Predigten von den BK-Pfarrern Gerhard Gloege, dem späteren Jenaer Ordinarius, am 21. Mai 1945 in der Erfurter Predigerkirche, Oskar Meder und Georg Walther eine Woche später in Leipzig (Thomaskirche) sowie Julius Schniewind Anfang Juni 1945 im Hallenser Dom gedruckt. Schon 1985 war es zum erstmaligen Abdruck der Predigt gekommen, die Martin Niemöller am 17. Oktober 1945 in der Markuskirche in Stuttgart gehalten hatte, also kurz vor jener Tagung der EKID mit den Vertretern der Ökumene, die zwei Tage später die Stuttgarter Schulderklärung annahm. Tatsächlich war in Martin Niemöllers Predigt schon das hörbar geworden, was dann zum Eigentlichen der Stuttgarter Erklärung wurde: "So haben wir heute wenig Anlaß, uns auf ein hohes Roß zu setzen... auch mit uns kann Gott der Herr kein Neues beginnen, solange wir als Christen, als Gemeinde, als Kirche nicht eingesehen haben, wie sehr wir schuldig sind, schuldig an dem Weg unseres Volkes."

Damit sind letztlich nur die Umriss der kirchengeschichtlichen Positionsbestimmungen im *Standpunkt* angedeutet,<sup>14</sup> und es ist hierbei noch gar nicht auf mehrere wissenschaftliche Beilagen (u.a. 40 Jahre Barmen - 1974 -, 30 Jahre Stuttgart - 1975 - und, allerdings nicht separat, zum 500. Geburtstag Thomas Müntzers - 1988/89) hingewiesen worden. In diesen Beilagen, die in Zusammenarbeit mit den damaligen Sektionen Theologie an den Universitäten der DDR entstanden, konnten neue Forschungsergebnisse vermittelt werden. Hinsichtlich ihrer Rezeption sollte man vielleicht anmerken, daß diese Beilagen gesondert bestellt und vertrieben werden konnten und auch, wie ich von einem der seinerzeit in der alten Bundesrepublik führenden Kirchenhistoriker, Klaus Scholder (Tübingen), weiß, in dortigen Seminaren Verwendung fanden. Analoges gilt für Hefte der Zeitschrift, die fast ganz in den Dienst der Würdigung be-

---

<sup>14</sup> Dabei ist noch gar nicht auf das Engagement der Zeitschrift im Luther-Jahr, zuvor und danach, hingewiesen worden. Auch dies müßte in einer Spezialstudie analysiert werden. Es sei daher wenigstens eine seinerzeit stark beachtete Umfrage über den Ertrag des Luther-Jahres von Anfang 1984 erwähnt, an der sich bekannte protestantische Lutherforscher wie Hans-Ulrich Delius und Helmar Junghans, marxistische Gesellschaftswissenschaftler wie Jürgen Kuczynski, Max Steinmetz, Adolf Laube und Günter Vogler sowie der Eisenacher Superintendent Herbst beteiligten. Joachim Rogge betonte in seinem Beitrag: "Selbstbestätigung und Ahnherrennachweise dürften für Kirche und Staat ... keine Leit motive werden. Luther, der um Gottes Willen die Sache der Menschen vertritt, bleibt ein Lehrmeister, in dessen Schule auch künftige Generationen ihre Lektionen finden werden." Es wurde auch die Luther-Ehrung in Nordeuropa (Gert Haendler), in Ungarn, in der Slowakei und in Siebenbürgen gewürdigt. Prof. Dr. Karl-Heinz Bernhardt schrieb eine Artikelfolge über "Luther und der Islam".

kannter Persönlichkeiten gestellt wurden, so die Mai-Hefte 1976, 1981 und 1986 für Bruno Theek und die Januarhefte 1977 und 1982 für Martin Niemöller; es ist wohl auch kein Zufall, wenn etwa die Niemöller-Hefte in der Bibliographie neuerer Lexikon-Artikel zu Martin Niemöller erwähnt werden.<sup>15</sup>

In solchen Zusammenhang kirchengeschichtlicher Dimensionen des Kulturprotestantismus im *Standpunkt* gehört die Aufarbeitung christlichen Erbes in den Ländern, auf die die Staatsräson der DDR ihre Bevölkerung mit ebenso starkem wie einseitigem Nachdruck zu orientieren pflegte, also auf die sogenannten Bruderländer in Ost- und Südosteuropa. In ihnen christliches Erbe und christliche Präsenz in der Gegenwart zu entdecken, hielt der *Standpunkt* für besonders wichtig, und dies insonderheit in der Hinwendung zu den dortigen evangelischen Minderheitskirchen, aber auch zu spezifischen theologischen Strömungen in den orthodoxen Mehrheitskirchen. Der erst jetzt in deutscher Übersetzung zugänglich werdende, von den Stalinisten in den dreißiger Jahren in den Tod gejagte russische orthodoxe Theologe Florenskij kam (1974) ebenso zu Wort wie der große bulgarische Ökumeniker und Deutschenfreund Stefan Zankov (1981). Regelmäßig waren die Orthodoxie-Forscher unter den DDR-Theologen, Konrad Onasch und Hans-Dieter Döpmann, im *Standpunkt* vertreten, so Onasch mit Aufsätzen über N.F. Fjodorow, W. Solowjow und K. Leontjew (1976, 1977). Vor allem war es das Luthertum der baltischen Staaten, auch das der Minderheit in Litauen, dem das Interesse der Zeitschrift galt (und es war allerdings charakteristisch genug, daß alle Versuche von mir, eine Reise nach Riga, Tallinn und Tartu = Dorpat machen zu können, scheiterten). Oft wurde im *Standpunkt* auf einen protestantischen Religionswissenschaftler und Dichter hingewiesen, der seinerzeit unter den Bedingungen der Estnischen SSR nicht die Wirkung haben konnte, die er eigentlich verdient hätte, und der daher dankbar war, wenn er ein Echo im *Standpunkt* und in der Prager *communio viatorum* (redigiert von dem scharfsinnigen und weltoffenen Lúdek Broz) fand: Uku Masing.

Schließlich und nicht zuletzt wurde der Blick auf die alten Kirchen in Georgien und Armenien gerichtet. Nicht nur deren Hierarchen schrieben im *Standpunkt*, sondern vor allem auch führende christliche Intellektuelle - aus Georgien etwa Prof. Dr. Reso Karalashwili, ein Freund Erwin Strittmatters; von ihm wurde u.a. ein Vortrag über Albert Schweitzer und Goethe, den er in der Ortsgruppe der Goethe-Gesellschaft in Tbilissi gehalten hatte, gedruckt (1979). Was Armenien angeht, hat mehrfach Hermann Goltz, Halle, das Engagement

---

<sup>15</sup> Niemöller-Artikel im Biographisch-Bibliographischen Kirchenlexikon des Verlags Traugott Bautz, Herzberg 1994.

von Johannes Lepsius für die Armenier im Ersten Weltkrieg gewürdigt, und er hat für die Zeitschrift die Reise von dessen in Potsdam wohnhaft gewesener Tochter Veronika nach Armenien beschrieben und fotografiert (1981).

Eine ebenfalls eindrückliche Instrumentierung des spezifischen Kulturprotestantismus der Zeitschrift ergab sich im Aufwerfen grundlegender Fragen des Verhältnisses von Christentum und Naturwissenschaft - mit der Naturwissenschaft also in dem Bereich, der zur wissenschaftlichen Domäne der die DDR dominierenden Partei zu gehören schien. Es waren vor allem zwei Autoren, die sich hier zu Wort meldeten, ein Theologe und ein theoretischer Physiker, beide aus Greifswalder Universitäts- und CDU-Tradition kommend: Hans-Hinrich Jenssen, der Theologe, schrieb (1973) über Newton als Theologen und zum Kopernikus-Jahr, während der inzwischen an der TU Dresden Ordinarius gewordene Hans-Georg Schöpf, Schüler des 'bürgerlichen' Philosophen Günther Jacobi und des Physikers Rudolf Seeliger, die von Bonhoeffer übernommene Frage nach dem "Etsi deus non daretur" auf die Naturwissenschaften bezog (1985) und der ja gerade gegenwärtig so brisanten Problematik von Gentechnik und Ethik (1988) nachging. Ähnliche thematische Bereiche wurden in einem Interview mit dem Biologen und Agrarwissenschaftler Dr. Scholz, Gatersleben, erörtert (1975), dann aber auch in einem seinerzeit stark beachteten Beitrag des bekannten Berliner Gynäkologen Prof. Dr. Helmut Kraatz zur Problematik künstlicher Befruchtung (1979). Wenn mit Manfred von Ardenne und Klaus Fuchs zwei andere renommierte Naturwissenschaftler im Autorenregister des *Standpunkt* zu finden sind, dann allerdings unter anderen Auspizien: von Ardenne und Fuchs (der "Atomspion" erstmalig auf die theologische Haltung seines Vaters öffentlich eingehend) waren (1985) mit Analysen und Mahnungen zu 40 Jahre Hiroshima vertreten - von Ardenne zuvor (1980) mit einem Vortrag zur Eröffnung einer Caspar-David-Friedrich-Ausstellung in Dresden.

Parallel hierzu ist der in der Zeitschrift immer wieder anzutreffende Rekurs auf religionsphilosophische Themen zu unterstreichen, und es war vor allem die Mitherausgeberin Prof. Dr. Ilse Bertinetti, die etwa über Schelling und über Kant, insbesondere auch über die Kant-Rezeption bei Rudolf Hermann, handelte (1977), und Rudolf Hermann, gleichsam der Religionsphilosoph unter den Systematikern an den DDR-Fakultäten, war auch Gegenstand einer Studie von Bernd Hildebrandt (1974). Religionsphilosophisches wurde, wiederum von Ilse Bertinetti und Jens Langer, im Zusammenhang mit Paul Tillich thematisiert (1986). Zu prinzipiellen Problemen der Weltreligionen äußerten sich wiederholt

Prof. Dr. Gerhard Bassarak, Prof. Dr. Karl-Wolfgang Tröger und Elisabeth Adler. Schließlich schrieb Gustav Erdmann über Moses Mendelssohn (1986).

Allein schon dieser zuletzt gemachte Hinweis legt es nahe, die regelmäßige Beschäftigung des *Standpunkt* mit Judaica, mit jüdischer Religiosität, mit dem Antisemitismus hier einzuordnen, und es war dies alles andere denn ein "kampagne"mäßiges Herangehen, wie es in der DDR allerdings gerade im Hinblick auf diesen Themenbereich zu verzeichnen war. Mit Gerhart Riegner und J. Halperin (1988), mit Peter Kirchner (1974, 1978, 1986) und Hermann Simon (1989) kamen führende jüdische Persönlichkeiten - aus dem Jüdischen Weltbund und aus den Jüdischen Gemeinden in der DDR - zu Wort. Der Berliner Alttestamentler Ludwig Wächter würdigte das beim Union Verlag herausgekommene, so bemerkenswerte Buch "Jüdische Philosophie" von Heinrich und Marie Simon (1988). Dem Leipziger Lokalhistoriker E. Märtin wurde Gelegenheit gegeben, sich über Juden in Leipzig zu äußern (in Leipzig selbst fand er damals - 1987/88 - nicht so viel Resonanz). Vor allem aber wurde in einem großen Interview mit Altbischof Werner Krusche der Gesamtbereich Protestantismus - Judentum - Antisemitismus ausgeleuchtet (1988). Auch sollte in diesem Zusammenhang Beachtung finden, wie Theologen aus dem 19. und dem frühen 20. Jahrhundert, die als Alttestamentler und Religionswissenschaftler für die Judaistik ein- und gegen den Antisemitismus aufgetreten waren, in der Zeitschrift gewürdigt wurden. Ludwig Wächter schrieb etwa über Hermann Strack und Wolfgang Thiel über Hugo Greßmann (1977). Eine besondere Aufmerksamkeit schenkte die Zeitschrift den Berichten von jüdischen Zeitzeug/innen, so (1978) von Sophia Arenknecht und Frieda Lopnow und (1989) von Charlotte Jolles, der bekannten Fontane-Forscherin, die mit Hilfe des Büros Pfarrer Grüber hatte nach England emigrieren können...

Im Zusammenhang mit der Erwähnung des damals jüngeren Berliner Alttestamentlers Wolfgang Thiel sollte an dieser Stelle ein knapper Exkurs insofern eingeschaltet werden, als die oft vorgenommene Identifizierung des *Standpunkt* als eines Organs der 'fortschrittlichen' Universitätstheologen so vordergründig nicht stimmt. Gewiß, viele dieser Theologen schrieben in dieser Zeitschrift, und immer haben wir unserer Verbundenheit mit Emil Fuchs Ausdruck verliehen, bei besonderen Gelegenheiten (wie zu seinem zehnten Todestag 1981), aber auch sozusagen alltäglich. Unter den Autor/innen des *Standpunkt* sind aber eben auch und gerade solche zu entdecken, die in der DDR außerhalb des gleichsam offiziellen Diskurses standen und an der Universität kaum eine Perspektive hatten, sie dann aber nach der Wende tatsächlich erhielten.

Wolfgang Thiel, um auf ihn zurückzukommen, ging nach Marburg. Peter Maser von der Sektion Theologie der Hallenser Universität, der (1974) über Kunsthistorisches schrieb, ist heute Professor an der Universität Münster und mit zahlreichen kirchengeschichtlichen Arbeiten hervorgetreten; er war auch Gutachter der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur Geschichte der DDR. - Um dies hier sogleich hinzuzufügen: Der damalige Berliner Vikar Michael Knoch, der zwischen 1974 und 1976 mit zahlreichen Arbeiten im *Standpunkt* (auch über die Problematik des Fortschrittlichen) vertreten war, ging in die alte BRD, ebenso wie es die Journalisten Roland Mischke, u.a. 1981 Verfasser einer Artikelserie über die Evangelikalen, und Rainer Schmitz, der Buchrezensionen schrieb (1984), taten; Mischke publiziert heute vor allem im Feuilleton der F.A.Z., Schmitz im *Focus*.

Von den Theolog/innen, die nach der Wende eine neue Perspektive erhielten, seien hier (neben Bernd Hildebrandt) Gerlinde Strohmaier-Wiederanders, Autorin vieler Beiträge zu kunstgeschichtlichen Themen, Hans-Gebhard Bethge, der Berliner Neutestamentler, Ernst-Joachim Waschke, der Greifswalder Alttestamentler, heute Halle/S., und der Rostocker Peter Heidrich, der 1975 über Albert Schweitzer als Wissenschaftler schrieb, genannt, dann vor allem Jürgen Henkys und Rudolf Mau vom Berliner Sprachenkonvikt sowie Karl-Heinrich Bieritz, der erst am Missionsseminar Leipzig, dann im Union Verlag und an der Berliner Sektion tätig war und Rostocker Dekan wurde. Während der *Standpunkt* von Henkys wiederholt Beiträge über Bobrowski (1975) und Hymnologisches (1989) brachte, hatte sich Bieritz zum Beispiel über Kirchenlied und geistlichen Volksgesang (1974) und mehrfach über das Erbe praktischer Theologen wie Erich Hertzsch (1982) geäußert.

Analoges wie für akademische Theologen gilt übrigens auch für Pfarrer unter den *Standpunkt*-Mitarbeitern. Auch hier finden wir viele, die so nicht unter dem Rubrum 'fortschrittliche Pfarrer' zu registrieren waren: etwa Günter Geissler, Oederan, einen theologisch-wissenschaftlich arbeitenden Gemeindepfarrer im Sächsischen, Werner Oehme, einen ebenfalls sächsischen Pfarrer, der mit einem bemerkenswerten Buch über christliche Märtyrer im "Dritten Reich" hervorgetreten war und solche Themen auch in der Zeitschrift behandelte, die Berliner Pfarrer Georg Schrem und Julius Schneider, letzterer der konservative Domprediger, Joachim Schlegel, Leipzig, der in einem *Standpunkt*-Interview zu Fragen der äußeren Mission, also einem in der DDR immer von neuem problematisierten Thema, Stellung genommen hatte, Wolf-Gernot Weirich, Weimar, Verfasser von Beiträgen zum Menschenbild, Hans-Christian Diedrich, Groß

Glienicke, Spezialist für den Protestantismus im alten Rußland und in der alten SU (etwa 1982), sowie Dr. Stahl, Altenburg. Nicht zuletzt sei Hildegard Führ, die Witwe des Berliner Generalsuperintendenten, genannt; sie schrieb (nicht nur) 1975, zum UNO-Jahr der Frau. Soweit dieser Exkurs.

Kirchengeschichte und Praktische Theologie hatte ich als relevante charakteristische Züge des spezifischen *Standpunkt*-Kulturprotestantismus ausgegeben - Praktische Theologie gleichsam gemeint als Gerinnung der geschichtlichen Perspektiven in der Gegenwart, als dort zu bewältigende Probleme. Von da aus sind die aus dieser Disziplin behandelten Themen vorrangig zu verstehen, etwa: Berufsbild des Pfarrers heute (1975 behandelt von Ernst-Rüdiger Kiesow, Rostock), Amt und Person in der ethischen Verantwortung (hierüber schrieb 1973 Eberhard Winkler, Halle/S.), Vermittlung theologischer Erkenntnisse an die Gemeinde (Gottfried Kretschmar, Leipzig, 1980) und mehrfach Beiträge über Gemeindezentren in Neubaugebieten, was insofern ein "historisches" und "praktisches" Thema war, als es doch in den fünfziger Jahren die Losung gegeben hatte, in den Neubaugebieten von vornherein alles Kirchliche auszuschließen. Scheinbar charakteristisch nur für die DDR war die 1978 von Gottfried Kretschmar vorgetragene Entdeckung des "Pfarrmannes", also des vielleicht auch, vielleicht aber auch nicht (und wenn ja dann vor allem "säkular") berufstätigen Mannes der "hauptberuflichen" Pastorin; dieser Begriff ist seither in die Umgangssprache aufgenommen. Gar nicht charakteristisch für die damalige DDR erschien ein 1985 abgedruckter Aufsatz eines altbundesdeutschen Theologen, W. Zademach, über Arbeit und Arbeitslosigkeit...

Am Rande nur erwähne ich einen weiteren Bereich der in der Tat Praktischen Theologie, der indes im Zentrum der publizistischen Wirksamkeit des *Standpunkt* stand, nämlich den der Diakonie; es sind hier - um nur Ernst Petzold und Willi Federlein zu nennen - beinahe alle führenden Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Diakonie als Autoren zu finden, und es war zwei-, dreimal möglich, durch Aussagen des damaligen Gesundheitsministers der DDR, Prof. Dr. Ludwig Mecklinger, in *Standpunkt*-Interviews, beispielsweise zu Fragen der Schwestern-Ausbildung, Türen zu öffnen, die bisher verschlossen schienen (u.a. 1975, 1981).

Schließlich standen publizistische und verlegerische Probleme als praktische, angewandte theologische auf der Agenda des *Standpunkt*: Prof. Dr. Heinz Wagner, Leipzig, Rundfunkbeauftragter der DDR-Kirchen, und Dr. Christian Bunnars, dessen Nachfolger, behandelten Fragen aus ihrem Arbeitsgebiet (letzterer 1989); Lutz Borgmann, im DDR-Kirchenbund für TV verantwortlich,

Probleme des erst relativ spät für die Kirchen zugänglichen Fernsehens (1981); der damalige Verlagsleiter der Evangelischen Verlagsanstalt, Hans Laurentius, und Pfarrer Ekkehard Runge von der Evangelischen Hauptbibelgesellschaft zu Berlin und Altenburg (Laurentius 1986, Runge 1984) stellten ihre Arbeitsgebiete vor, während Prof. Dr. Ernst-Heinz Amberg, Leipzig, den Hauptlinien der von ihm verantworteten, damals hundertjährigen ThLZ (1975) nachging. Schließlich äußerte sich der Emil-Fuchs-Schüler Lothar Warneke, der DEFA-Regisseur geworden war, 1988 zu seinem Film "Einer trage des anderen Last", der nicht nur in den letzten Jahren der DDR für Aufsehen sorgte, den man vielmehr auch jetzt, wiewohl mit anderen Augen, nicht ohne Bewegung sieht, wenn ihn der MDR (wie im Oktober 1995) wieder aufführt.

Damit bin ich letztlich dort angelangt, wo der spezifische Kulturprotestantismus des *Standpunkt* gleichsam mit dem alten, dem traditionellen Kulturprotestantismus im Publizistischen zusammenfällt, also etwa mit dem des *Eckart*, und tatsächlich gehörte einer der *Eckart*-Protagonisten der Nachkriegszeit, Heinz Flügel, zuletzt Studienleiter der Evangelischen Akademie Tutzing, zu den Mitarbeitern der Zeitschrift (1990 und zuvor).

Ich kann hier den Radius und die Dimension solchen Kulturprotestantismus nur andeuten, und ich beginne im Umfeld des Kirchenmusikalischen, also dort, wo sich der *Standpunkt* über die DDR hinaus einen Ruf erworben hatte, und es wurde sehr beachtet, daß eine Persönlichkeit wie H. Rilling zu einem Interview (1986) bereit war und Ratschläge gab. Es gibt - daher wohl nicht zufällig - kaum einen bedeutenden Kirchenmusiker, der nicht im *Standpunkt* so oder so - in Interviews und Aufsätzen oder in Würdigungen - vertreten war: von Rudolf Mauersberger und Martin Flämig, Herbert Collum und Michael Christfried Winkler in Dresden über Karl Straube und Günther Ramin, Erhard Mauersberger und Ekkehard Tietze in Leipzig (letzterer dann in Potsdam bzw. in der alten BRD) bis zu Hans Pflugbeil, dessen Frau und Manfred Schlenker in Greifswald, Christoph Albrecht in Berlin, Hans-Günther Wauer in Merseburg, Johannes Ernst Köhler in Weimar und dem Großenhainer Herbert Gadsch, dessen Werkverzeichnis gedruckt wurde - nicht zu vergessen Peter Schreier, dessen Interview seinerzeit höchstes 'amtliches' Interesse und Ärger hervorgerufen hatte, weil er dort nicht ausschloß, sich fürs Kreuzkantorat zu interessieren, und Martinn Hunger Fridriksson, den Kirchenmusiker, den es in den sechziger Jahren aus Leipzig an den Dom im isländischen Reykjavik verschlagen hatte.

Was für die Kirchenmusik gilt, gilt auch für die christliche bildende Kunst, für Hans Jüchser, über den Fritz Löffler schrieb, Rudolf Nehmer und Friedrich

Preß, den berühmten Erwin Hahs und den bei den Quäkern aktiven Eberhard Tacke, also für ältere Künstler, aber auch für jüngere, für die sich die Zeitschrift, oft mit Bildbeilagen, einsetzte: Alexander Alfs (1974), Winfried Wolk (1976), Matthias Klemm (1980), Gert Weber (1988), H.G. Anniès (1989) sowie Friedrich Stachat (1979). Mehrfach war es der Greifswalder Pfarrer Joachim Puttkammer, der gestalterisch in diesem Bereich (auch mit einer Übersichts-Beilage) in Erscheinung trat. Mit Klaus G. Beyer, dem Weimarer Meisterlichtbildner, und dem so früh verstorbenen Alfred Späte, dem einzigartigen Gestalter von Grabmalen, wurden singuläre Persönlichkeiten im *Standpunkt* gewürdigt (natürlich wiederholt auch Fritz Kühn). Was Friedrich Stachat angeht, wurde parallel zu seiner Vorstellung ein Text seiner Schwester, einer Pastorin in der Nähe von Frankfurt/O., und eine Erinnerung an seinen Vater, den früheren brandenburgischen Superintendenten und BK-Kämpfer Kurt Stachat von Pfarrer Schülzgen, Berlin, gedruckt - und dies alles in den Kontext des Wirkens der Samariteranstalten in Fürstenwalde, für die Friedrich Stachat tätig war, gestellt.

Dem Gesamtbereich des Literarischen wage ich mich schon kaum zu widmen, nicht einmal in Annäherungen. Dabei lag es nahe, immer von neuem auf das Werk und auf die Rezeption Johannes Bobrowskis einzugehen und kräftig der weltanschaulich neutralen Interpretation des christlichen Dichters entgegenzutreten. Dann ging es im *Standpunkt* stets darum, an christliche Schriftsteller in der frühen DDR zu erinnern, die damals - oft genug als "Dichterpfarrer" - von sich reden gemacht hatten und heute zu Unrecht zumeist vergessen sind, obwohl sie es gewesen waren, die christliches Bekenntnis und Schöpfertum zu verbinden wußten und so ("kulturprotestantisch") Zeugnis ablegten: Otto Riedel in Härtensdorf bei Zwickau, Karl Hüllweck in Köthen, Joachim Dachsel in Moritzburg bei Dresden, Alfred Otto Schwede erst in Brandenburg/Havel, dann bei Berlin und Johannes Günther in Güstrow. Mit Gottfried Unterdörfer, von Haus aus Förster und Mitglied eines Gemeindegemeinderats in Uhyst, kam ein "Stiller im Lande" (etwa 1980) im *Standpunkt* zu Wort, ein Schriftsteller, dessen Prosa und Lyrik einen besonders eigenen Ton aufwiesen, mit Elisabeth Hering, Leipzig, einer aus Siebenbürgen stammenden Quäkerin, als Verfasserin historischer Romane, mit Joachim Schöne ein Pfarrer aus der damals jüngeren Generation, der eine Art christlichen Schelmenromans vorgelegt hatte, und mit Gerhard Johann, dem früheren Chefredakteur der Berliner *Kirche*, der Autor von Kriminalromanen - auch das gab es in der DDR! Als Heinrich Alexander Stoll starb, wurde die Beisetzungs predigt gedruckt, und Dietrich Mendts, des einflußreichen sächsischen Kirchenmannes, Roman "Umfrage wegen eines Pfarrers" (1977)



wurde seinerseits Gegenstand einer Umfrage (es ging in diesem Roman um den Selbstmord eines Pfarrers!). Mit H. Voß wurde ein "schreibender Handwerker", mit Gottfried Hänisch ein "schreibender (Leipziger) Diakon" porträtiert. Der *Standpunkt* richtete immer auch seinen Blick auf die je nachwachsenden schöpferischen Kräfte des Protestantismus: auf die Pfarrer Hans-Jörg Dost, früher Kipsdorf, und Friedbert Stöcker, Leipzig, die als Hörspielautoren hervortraten, auf den Leipziger Kirchenhistoriker Kurt Nowak, dessen fünf Romane in der DDR leider nicht das Echo fanden, das sie verdient hätten, auf Juliane Bobrowski, die Tochter Johannes Bobrowskis, die Ende der achtziger Jahre eine Thomas-Müntzer-Erzählung veröffentlichte, und Ernst-Frieder Kratochwil, dann vor allem auf den sorbischen protestantischen Schriftsteller und Wissenschaftler Peter Mahling-Malink (von dessen Vater, einem in der NS-Zeit aus der Oberlausitz ausgewiesenen BK-Pfarrer, und von dessen Sohn, wiederum einem Pfarrer und Inspirator der sorbischen Erneuerungsbewegung nach der Wende, die Zeitschrift ebenfalls Texte gebracht hatte). Auch die Nestorin der sorbischen Dichtung, die Katholikin Maria Kubasch-Kubasec, war im *Standpunkt* gedruckt worden, und Peter Mahling hatte 1980 über sie geschrieben. Nicht unberücksichtigt sollte die Mitarbeit Friedemann Bergers (1973 und 1974) bleiben.

Übrigens spielten auch übergreifende literarische Rezeptionsprozesse in der Zeitschrift eine Rolle: So wurde ein Aufsatz von Prof. Dr. Hans Urner, dem früheren Hallenser Ordinarius für Praktische Theologie und in vielfältiger Hinsicht hervorgetretenen kulturellen Anreger, über seine Lektüre von 1949 bis 1966 (1986) veröffentlicht, und ziemlich regelmäßig wurden Umfragen unter den Herausgebern der Zeitschrift über ihre Lektüre veranstaltet.

Wenn ich diesen im engeren Sinne kulturprotestantischen Ansatz des *Standpunkt* an charakteristischen Namen festmachen sollte, dann würde ich zuerst Fritz Löffler und Ingo Zimmermann nennen - und mit ihnen zwei Dresdner Kulturhistoriker und künstlerische Vermittler aus unterschiedlichen Generationen (der um 1905 und der um 1940), dann die Komponistin Ruth Zechlin und den Bildhauer Wieland Förster, und mit ihnen zwei der wenigen Mitglieder der ehemaligen Akademie der Künste der DDR, die aus bildungsbürgerlichen Traditionen kamen (Ruth Zechlin aus einem sächsischen Kantorat) oder auf Umwegen in der DDR in sie hineinwuchsen (Wieland Förster); das 1975 veröffentlichte Interview mit dem Bildhauer - letztlich über Fragen des Menschenbildes - hat dieser schon in der DDR-Zeit in einen Band seiner Texte aufgenommen.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Wieland Förster, Einblicke. Aufzeichnungen und Gespräche, Berlin 1985, S. 57-61.

Ich breche hier ab, obwohl noch manche charakteristische Züge des *Standpunkt*-Kulturprotestantismus anzuführen wären (etwa die Beilagen, die die theologischen Wochen der Leipziger Sektion Theologie mit Beteiligung des Landesbischofs und westdeutscher Kollegen dokumentierten, Aufsätze über die Traditionen der theologischen Fakultäten an den sechs ostdeutschen Universitäten mit der Erinnerung auch an solche Theologenpersönlichkeiten unterschiedlicher Prägung wie Horst Stephan, Albrecht Alt, Alfred Dedo Müller und Johannes Herz in Leipzig, Otto Eißfeldt in Halle/S., Rudolf Meyer in Jena, vor allem Otto Haendler, Erich Fascher und Hans-Georg Fritzsche in Berlin, ferner auch die Veröffentlichung von Bibliographien insbesondere von Theologieprofessoren aus Anlaß von "runden" Geburtstagen - wie umgekehrt auch heute noch in Bibliographien in der ThLZ aus ähnlichen Anlässen immer wieder Publikationen aus dem *Standpunkt* angeführt sind, ein Ausweis für die Präsenz der Zeitschrift innerhalb der theologischen Wissenschaft in der DDR). Ich breche hier ab, will aber wenigstens noch als "kulturprotestantisches" Prinzip des *Standpunkt* anführen, daß es ihm (mit sozusagen weltanschaulich-theoretischer Konsequenz) um das ging, was Albrecht Schönherr im ersten seiner *Standpunkt*-Interviews (1982) die Vermittlung theologischer Erkenntnisse auf allen Ebenen genannt hat: "Je mehr theologisches Profil wir Christen haben, desto wichtiger und hilfreicher sind wir als Gesprächspartner."

Um solche Vermittlung theologischer Kenntnisse im Dialog mit Philosophie und Wissenschaft (darunter vor allem mit den damals in der DDR wenig bekannten Gelehrten wie etwa Niklas Luhmann) ging es in einer 1978/79 publizierten achteiligen Artikelfolge von Jens Langer, dem früheren Sekretär der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, über "Ansätze gegenwärtiger Theologie", in einer weiteren siebenteiligen Artikelfolge von 1979, in der die Ergebnisse von 30 Jahren Forschung im Alten Testament (Gerhard Wallis, Halle/S.), im Neuen Testament (Wolfgang Wiefel, Halle-Leipzig), in der Kirchengeschichte (Gert Wendelborn, Rostock), in der Praktischen Theologie (Gottfried Kretzschmar, Leipzig), in der Religionswissenschaft (Theodor Lohmann, Jena), im Umfeld der Gnosis (Hans-Gebhard Bethge, Berlin) und in christlicher Archäologie und Kunst (Gerlinde Wiederanders, Berlin) resümiert wurden, aber auch in einer kirchengeschichtlichen Studie Kurt Nowaks, Leipzig, über das Konzil von Konstantinopel 381 kam mit der Herausarbeitung des Trinitarischen (Schöpfung, Versöhnung, Erlösung) die direkte Vermittlung von Bekenntnisinhalten zur Geltung.

Sicherlich ist es - um dies hier einzuschieben - problematisch, in einem solchen Überblicksaufsatz, der überdies aus Platzgründen auf Zitate der Verifizierung verzichten muß, so viele Namen zu nennen, von denen die Leser/innen nur jeweils wenige kennen. Andererseits könnte gerade ein solcher *embarras de richesse* andeuten, welch protestantisches bildungsbürgerliches, eben welch kulturprotestantisches Potential letztlich doch in der DDR hat überleben, seine spezifischen Interessen bewahren und diese in einer Zeitschrift wie dieser öffentlich machen können. Insofern ist dieses Tableau an Namen und Themen womöglich ein signifikantes Segment der (wenn man so will) Nebenkultur in der DDR und damit auch ein Kanal, der dann nach der Wende legitim die Verbindung zu anderen Verhältnissen gerade auch des geistigen Lebens herstellen konnte.<sup>17</sup>

Deshalb kommt dem Dezemberheft 1989 (das aus technischen Gründen im wesentlichen schon Ende Oktober fertiggestellt sein mußte) und den drei Heften des Jahrganges 1990 wiederum symptomatische Bedeutung zu, weil sie anzeigten, daß trotz der vom Gründungsprozeß der Zeitschrift her intendierten 'Systemnähe' in ihrem Umfeld genügend personelle und sachliche Ansätze für den Prozeß der Erneuerung des gesellschaftlichen und geistigen Lebens in Ostdeutschland vorhanden waren - und dies unterstreichen heißt gleichzeitig feststellen, daß manche dieser Ansätze sich nicht haben entfalten können angesichts restaurativer Tendenzen unterschiedlicher Art, vor allem der Reduzierung der kulturellen und geistigen Traditionen der Ex-DDR auf utopisch sozialistische Vorstellungen unter Übergehen bzw. Ausschluß des bildungsbürgerlichen Potentials (was so offenbar auch nicht in der alten Bundesrepublik zur Kenntnis genommen worden war).<sup>18</sup>

Was diese letzte Phase des *Standpunkt* des näheren angeht, wurde sie eigentlich im Heft 4/1989 eingeleitet, der eine Beilage über den konziliaren Pro-

---

<sup>17</sup> Es war daher auch ein besonderes Anliegen des *Standpunkt*, bildungsbürgerlichen protestantischen Kreisen einen Ort der Begegnung zu schaffen. Ich erwähne hier nur Prof. Dr. H. J. Gernentz, einen der wenigen nichtmarxistischen Germanisten, der etwa (1980) über Walther von der Vogelweide schrieb, den Greifswalder Kunsthistoriker Prof. Dr. N. Zaske, den klassischen Philologen und Bergbauhistoriker Helmut Wilsdorf, der volkskundliche Aufsätze (1980) publizierte, Eberhard Heubach, den einzigen Protestanten an einer pädagogischen Fakultät der DDR-Universitäten (1974), und Hellmut Döring, einen Freiburger Studienrat, der den früheren Leipziger Historiker Karl Buchheim als sächsischen Föderalisten (1989) porträtierte, schließlich Dr. H.-M. Pleßke, Mitarbeiter der Deutschen Bücherei, Leipzig, und Dr. G. Ising von der Akademie der Wissenschaften. Auch der Völkerrechtler Prof. Dr. Gerhard Reinartz, Halle/S., muß hier erwähnt werden.

<sup>18</sup> Günter Wirth, Wider falsche Alternativen. Überlegungen zu Wegen geisteswissenschaftlicher Neuorientierung, in: *Weimarer Beiträge*, Berlin und Weimar, 5/1991, S. 656 ff.

zeß beigegeben war, und wenn man davon ausgeht, was dieser für die Wende in der DDR bedeutete, kommt der Beilage eine gewisse Relevanz zu, trotz des Versuchs in manchen Beiträgen, das 'Globale' dieses Prozesses in den Vordergrund zu rücken und das 'Lokale', also die endlich fälligen Veränderungen *at home*, zu minimalisieren. Im Dezemberheft des Jahrganges 1989 fällt dann ein Interview mit Manfred Stolpe auf, in dem - viel weitergehend als in den meisten Verlautbarungen dieser Zeit, auch aus Bonn - die Wiedervereinigung als nahe bevorstehend bezeichnet wird.

In den drei Heften des Jahrgangs 1990 finden wir schließlich den Text einer Vorlesung von Richard Schröder, also dem späteren SPD-Fraktionsvorsitzenden in der DDR-Volkskammer, am Berliner Sprachenkonvikt zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution mit der Betonung der Menschenrechtsproblematik, Interviews mit Bischof Dr. Gottfried Forck, Manfred Becker, dem Präses der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und SPD-Politiker, mit Dr. Fischbeck, Physiker an der ehemaligen Akademie der Wissenschaften, Bürgerrechtler und späterem Politiker von Bündnis 90, und dem altmärkischen Tierarzt Dr. Gerd Gies, der in der Kirchentagsbewegung führend tätig war und wenige Zeit später christlich-demokratischer Ministerpräsident Sachsen-Anhalts sein sollte, Aufsätze von Pfarrer Hans-Peter Gensichen, Wittenberg, über die Umweltpolitik, Walter Bindemann über die Entwicklungspolitik, Jürgen Raßbach, einem Literaturwissenschaftler, der heute Lehrer am Evangelischen Gymnasium Potsdam-Hermannswerder ist, über Bonhoeffer und Bobrowski sowie eine Stellungnahme zweier Leipziger Studenten, Thomas Steinhof und Peer Pasternack, zur Bildungsreform (speziell zur Vermittlung von Kenntnissen über Bibel und Christentum).

Im ersten Heft des *Standpunkt* 1973 war eine Meditation von Klaus-Peter Hertzsch abgedruckt worden. Im letzten Heft<sup>19</sup> der Zeitschrift wurden von ihm, der inzwischen Ordinarius für Praktische Theologie in Jena geworden war und manches, u.a. über Brecht, im *Standpunkt* publiziert hatte, zwei Gedichte, zwei Lieder erstmalig gedruckt, von denen das eine inzwischen den Weg ins Gesangbuch gefunden und vielen eine neue Orientierung vermittelt hat:

*Vertraut den neuen Wegen,/ auf die der Herr uns weist... / ... / Vertraut den neuen Wegen, auf die uns Gott gesandt./ Er selbst kommt uns entgegen./ Die Zu-*

---

<sup>19</sup> In diesem letzten Heft fand sich ein redaktioneller Hinweis darauf, daß die *Lutherischen Monatshefte*, Hannover, bereit seien, die Abonnements des *Standpunkt* zu übernehmen. Ohne hier eine Überakzentuierung vorzunehmen, ließe sich immerhin festhalten, daß diese renommierte Zeitschrift, an der ich gelegentlich mitgearbeitet hatte, ihr Renommee jedenfalls nicht gefährdet sah, wenn sie solch ein Angebot machte.

*kunft ist Sein Land./ Wer aufbricht, der kann hoffen/ in Zeit und Ewigkeit./ Uns hat sein Ruf getroffen./ Sein Land ist hell und weit.*

## Nachsätze\*

### Günter Wirth

Nach Veröffentlichung meines Beitrages bin ich von jemandem, auf dessen Urteil ich großen Wert lege, kritisiert worden: Ich hätte, um es mit meinen Worten zu sagen, blauäugig die Systemnähe des *Standpunkt*, seine Position zumal in seinen Anfängen, heruntergespielt, wodurch das, was ich dann durchaus zu Recht vorgetragen hätte, eigentlich überflüssigerweise infragegestellt worden sei. Ich möchte die Redaktion ausdrücklich auf diesen Umstand hinweisen, zumal ich, nach neuerlichem Lesen meines Beitrages mit den Augen meines Gesprächspartners, den Einwand durchaus nachvollziehen kann. Ich hatte beim Abfassen meiner Studie gemeint, mit der einführenden Bemerkung über unsere publizistische Linie in der Honecker-Ära den Platz der Zeitschrift im System der DDR ausreichend festgemacht zu haben. Es hätte sich dies, und das meinte mein Gesprächspartner, kräftiger sagen und mit weiteren Hinweisen auf meine eigene Biographie unterstreichen lassen. (So wäre es mindestens angemessen gewesen, noch ausdrücklich auf mein autobiographisches Zeugnis zu verweisen, in: Günter Wirth, Zeitzeugenbericht, in: Jürgen Frölich, „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR, Köln 1995, S. 125-138.) Möglicherweise hätte ich dies alles allein schon dann getan, wenn mir seinerzeit von der Redaktion vorab mitgeteilt worden wäre, in welchem Kontext welcher Beiträge von welchen Autoren der meine stehen würde. Ich hätte dann übrigens auch hinsichtlich des Verhältnisses von Frauen und Kirche bzw. Theologie sowie hinsichtlich der Frage, inwieweit der theologische Nachwuchs in der DDR vom *Standpunkt* erreicht worden sei, einige zusätzliche Akzente setzen können.

Was die Frauenproblematik angeht, hat der *Standpunkt* früh und auch stark beachtet relativ viel getan, unter dem Oberbegriff „Gleichberechtigung und Partnerschaft“ dem Wirken der Frauen in Kirche und Gesellschaft nachzugehen (und dabei auch rein thematisch Bereiche zu berühren, die von Frau Engelmann

---

\* erstveröffentlicht in hso 3/1996

behandelt worden sind<sup>\*</sup>). Unter den Autorinnen des *Standpunkt*, die etwa 1976/77 (im UNO-Jahr der Frau und kurz danach) dort in Erscheinung traten, gehörten bekannte kritische Persönlichkeiten wie Hildegard Führ von der Zentrale der Evangelischen Frauenhilfe und Pastorin Annemarie Schönherr, Roswitha Wogenstein, Pastorin in der Krankenhauseelsorge, Ruth Zander und Elisabeth Adler, die Quäkerinnen Helga Brückner, eine Arztfrau, und Maria-Theresia Dittrich, eine Dolmetscherin, dann die Komponistin Prof. Ruth Zechlin, die Schriftstellerin und Pastorenfrau Anneliese Probst und die Bibliothekarin Renate Kirchner, schließlich die Universitätstheologinnen Ilse Bertinetti, Käte Gaede und Gerlinde Wiederanders. Hinzu kamen Autorinnen aus der Ökumene, zumal aus der Dritten Welt, und schließlich war es gelungen, einen Originalbeitrag der damaligen stellvertretenden Generalsekretärin der UNO, der Finnin M. Sipilä, zu erhalten. Mit den Beiträgen der Genannten war ein breites Spektrum spezifischer Probleme erfaßt, wobei die Zuordnung gerade auch auf die in Kirche wie Gesellschaft nicht gelösten im Vordergrund stand.

Im Blick auf die Frage nach *Standpunkt* und theologischem Nachwuchs sei wenigstens darauf verwiesen, daß eine Reihe der heute an Fakultäten an den sechs ostdeutschen Universitäten tätigen Theologen und Theologinnen früh mit der Zeitschrift in Verbindung waren (Brigitte Kahl war sogar unmittelbar nach Absolvierung ihres Studiums eine Zeitlang direkt in der Redaktion tätig). Andererseits war mir allerdings klar, daß die Zeitschrift die Studenten und Studentinnen zu wenig erreichte, so daß ich Anfang der achtziger Jahre eine Umfrage plante: Sie hätte darauf zielen sollen zu erkennen, welche thematischen Interessen vom *Standpunkt* bzw. überhaupt in der protestantischen Publizistik der DDR hätten befriedigt werden sollen. Solche Umfragen - im Rahmen eines Fragebogens - bedurften einer gesonderten Genehmigung, die aber nicht gegeben wurde. Immerhin gab es einige Bemühungen, den theologischen Nachwuchs zu Wort kommen zu lassen - am interessantesten war wohl eine Umfrage unter Studenten des 5. Studienjahres 1986 zum 100. Geburtstag von Karl Barth nach der Bedeutung, die die Lektüre von Barths Werken für die Studierenden hätte. Fünf Studenten aus Berlin, Jena und Rostock antworteten (und es war interessant, wie von einigen der Blick über Barth hinaus auf jüngere Theologen gerichtet wurde, etwa auf Eberhard Jüngel).

Da das Stichwort Karl Barth gefallen ist, darf ich mir noch eine zusätzliche Bemerkung erlauben, die sich auf den ebenfalls in *hochschule ost* 1/96 abge-

---

<sup>\*</sup> Vgl. im vorliegenden Band S. 38ff.

druckten Aufsatz von Prof. D. Dr. Wolf Krötke\* bezieht und dazu beitragen soll zu klären, vor welchem Hintergrund die Barth-Bonhoeffer-Rezeption im *Standpunkt* - und das heißt auch: wie sie für mich - stattgefunden hat. Dabei wäre übrigens zu bemerken, daß W. Krötkes Aufsatz sehr wenig mit *Rezeptionsgeschichte* zu tun hat, sondern letztlich allein die allerdings schlüssige *systematische* Darstellung seiner Position zu diesem Problem darstellt, die durch die Polemik mit Hanfried Müller einen pointierten Akzent erhält.

Wenn W. Krötke mit Recht darauf verweist, daß „Barth sich selbst von Basel aus auch mehrfach zur Lage der Kirche in der DDR und vor allem zu ihrem Verhältnis zum Staat“ geäußert habe, so wird aus meiner Sicht (und diese ist die immer für mich prägende gewesen) zur Kenntnis zu nehmen sein, daß Karl Barth in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre nicht nur von Basel aus in die SBZ (und natürlich auch in die Westzonen) hineingewirkt hat, sondern in dramatischer Weise hier direkt aufgetreten war und dabei nicht allein theologische Alternativen aufgestellt, sondern sie auf seine Weise mit gesellschaftlichen verknüpft hatte - und diese liefen freilich nicht auf Restauration, sondern auf Reformation auch *in politicis* hinaus. Dies trifft für Barths Auftreten 1946 in Berlin zu, über das ich als damaliger Freiburger Oberschüler vor allem aus der *Neuen Zeit* informiert war; dabei hatte ich auch in Erinnerung, was Anfang 1946 in dieser Zeitung (aus der Sicht der damaligen CDU-Führung) kritisch zu Karl Barth zur Geltung gebracht worden war (in Zusammenhang mit einem für Januar 1946 - kurz vor Beginn des Vorlesungsbetriebs - angekündigten, dann aber kurzfristig ausgefallenem Vortrag des Baseler Theologen). Daß Barth dann bei seinem Besuch im Sommer 1946 mit Exponenten der SED und der SMAD zusammengetroffen war, wurde - wie ich mich aus Zusammenkünften in der Jungen Gemeinde meiner Heimatgemeinde in Sachsen erinnere - kontrovers diskutiert.

1947 kam es dann zu dem Besuch Karl Barths in Dresden, der ja beinahe den Charakter eines ‘Staatsbesuches’ erhalten hatte und der (Barth hatte mit dem damaligen sächsischen Ministerpräsidenten und Vertretern der SMAD verhandelt) letztlich zur Rückkehr Hugo Hahns nach Sachsen führte. Also auch 1947 war wiederum die Einheit von theologischen und gesellschaftlichen Alternativen in der Haltung Barths in und gegenüber der SBZ und ihren Obrigkeiten präsent, und es mußte damals sehr auffallen, wie gut der Diastase-Theologe Karl Barth mit der Dresdner CDU auskam (später erinnerte er sich daran, daß ein ehemals

---

\* Vgl. im vorliegenden Band S. 28ff.

Barmer Synodaler und dahlemitischer BK-Mann ihm als Dresdner CDU-Bürgermeister - Martin Richter - begegnete).

Nun könnte man nicht zu Unrecht einwenden (ob dies W. Krötke allerdings tun würde, bin ich mir nicht sicher), daß damals noch - bis 1948 - eine gewisse Offenheit, ein gewisser Pluralismus in der SBZ zu verzeichnen gewesen sei, daß die eigentliche stalinistische Verhärtung noch nicht eingesetzt habe. Barth habe also 1946 und 1947 noch unter relativ normalen Verhältnissen in der SBZ auftreten können. Dabei würde aber übersehen, daß der theologisch-gesellschaftliche Impetus des Auftretens Karl Barths damals (wie immer) nicht nur in die eine Richtung wies, sondern auch in die andere, in die der Abwehr der restaurativen Kräfte in der Kirche. Es ging ihm also 1946/47 in der SBZ um beides, erstens einen vernünftigen Kurs im gesellschaftlichen Leben, letztlich einen parlamentarischen Kurs auf eine neue soziale Ordnung, einzufordern und zweitens eine Neuorientierung in der Kirche, jenseits von Restauration, zu sichern.

Leider war letztlich beides nicht so durchzusetzen, so daß es dann eben in den 50er Jahren zu den Interventionen Barths in die Auseinandersetzungen in der DDR kam, wobei 1953 der Brief an Stasi-Minister Zaisser Klartext sprach, andererseits 1958 im Brief an einen evangelischen Pfarrer in der DDR (W. Krötke macht darauf aufmerksam) nicht etwa die Position des Westens schlechthin vertreten wurde. Dies hätte Barth nach dem speziell auch in der DDR viel zitierten Brief an Wolf-Dieter Zimmermann von 1950 zur Frage der Remilitarisierung in Deutschland auch gar nicht schlüssig tun können.

Nun gibt es zwischen 1953 und 1958 noch einen Brief Karl Barths in die DDR, der heute sehr gern übersehen wird (obwohl ihn Diether Koch in den Kanon der Offenen Briefe Karl Barths aufgenommen hat), das Dankschreiben Karl Barths auf die Glückwünsche Otto Nuschkes zu des Baseler Theologen 70. Geburtstag, und dieser Brief, der zeitgenössisch für viel Aufsehen gesorgt hatte, könnte signalisieren, daß sich Hoffnungen Karl Barths in den fünfziger Jahren doch noch auch auf die politische Szene der DDR bezogen, jetzt aber nicht mehr im direkten Umfeld der SED (in dem für Karl Barth die ehemals sozialdemokratischen Gesprächspartner nicht mehr da waren), sondern (soll man sagen: paradoxerweise?) im Umfeld von Nuschkes CDU.

Es ist diese (nun allerdings tatsächlich kritisch anzumahnende) Linie der Rezeption Barths, die dann für die mit der DDR-CDU sympathisierenden Theologen und Bildungsbürger und für deren Publizistik, seit 1973 also auch für den *Standpunkt*, bestimmend wurden, so auch für mich persönlich, der 1956 den Brief Nuschkes an Barth vorbereitet und der in der Zeit seiner Tätigkeit im Uni-



on Verlag dafür gesorgt hatte, daß eine biographische Skizze über Karl Barth früh in die Reihe „Christ in der Welt“ aufgenommen wurde, vor allem aber zum 80. Geburtstag Barths der von W. Feurich betreute Band „Klärung und Wirkung“ herauskam. Für diesen Band (aus dessen Neuauflage W. Krötke zitiert hat) war ja charakteristisch, daß man aus den dort vereinigten Arbeiten die Herausforderung von Barths theologischer und gesellschaftlicher Position autobiographisch (erstmaliger Druck des gesamten Briefwechsels mit Thurneysen), deren Bewährung im Diskurs mit anderen Theologen seiner Zeit (A. v. Harnack u. a.) nachvollziehen und eine Reihe wichtiger Texte in diesem Kontext aufnehmen konnte. Es ergab sich für mich die Möglichkeit, Karl Barth das Buch 1966 in Basel übergeben zu können - eingebettet in die Visite G. Göttings und H. Seigewassers nach Barths 80. Geburtstag, wobei in dreieinhalb Stunden die antinazistischen Traditionen und frühen Gemeinsamkeiten in den Schatten der späteren Entwicklungen, zumal des Mauerbaus, gerieten. Mir ist jetzt erst - nach neuerlicher Lektüre meiner damaligen Aufzeichnungen - bewußt geworden, welche Chance 1966 vergeben worden ist: Denn Karl Barth hatte sich damals bereit erklärt, im Juli 1966 nach Berlin zu kommen, um - etwa in der Evangelischen Akademie - mit Persönlichkeiten aus Ost und West über die friedliche Lösung der deutschen Frage zu debattieren und konstruktive vernünftige Lösungen ins Auge zu fassen. Ich wiederhole: eine von uns, eine von der DDR verpaßte Chance!

Damit sind nur einige Momente der Rezeptionsgeschichte Barths berührt, soweit sie den Diskurs zwischen Theologie und Gesellschaft berühren. Der konfessionelle und theologische, der sozusagen akademische Diskurs ist überhaupt nicht berührt; ich kann aber nicht umhin, wenigstens mit den Namen von Heinrich Vogel, Werner Schmauch und Ernst-Heinz Amberg drei Theologen zu nennen, die für die Barth-Rezeption im Protestantismus der DDR von zentraler Bedeutung gewesen sind.

Was Dietrich Bonhoeffer angeht, so wäre auch im Blick auf ihn unmittelbar auf die Zeit nach 1945 zurückzugehen. Es scheint mir doch nicht unwichtig zu sein, daß sich schon im Heft 2/1945 (November) der damals von Klaus Gysi redigierten Zeitschrift des Kulturbundes *Aufbau* Gedichte Bonhoeffers finden, und tatsächlich nahm ich als Freiburger Oberschüler eine Zeitlang an, Bonhoeffer sei in erster Linie Dichter gewesen. Eines Besseren belehrt wurde ich Anfang 1946 wiederum durch die *Neue Zeit*, in der Eberhard Bethge einen Aufsatz zum 40. Geburtstag Bonhoeffers veröffentlicht hatte, und es war dies nachweislich eine der ersten Arbeiten des Bonhoeffer-Freundes und -Forschers und späteren -

Biographien. Wenn man so sagen kann, bestand also in der SBZ/DDR von Anfang an eine Bonhoeffer-Tradition.

Wenn W. Krötke meint, Bonhoeffer sei „nun“ - und dies ist im Umfeld seiner Polemik mit Müller geschrieben - „als einziger von den Teilnehmern des 20. Juli... in die Reihe der von der SED anerkannten ‘Widerstandskämpfer’“ aufgenommen worden, so ist weder der „einzige“ richtig (mindestens für Stauffenberg und seine Freunde gilt dies, allerdings mit einer noch zu machenden einschränkenden Bemerkung) noch das „nun“ (wir haben ja gesehen, wie früh Bonhoeffer in diesem Traditionsinventar war). Allerdings ist richtig, daß in den fünfziger Jahren auf seiten der SED ein besonders zugespitzter Rigorismus zu verzeichnen war, der auch die Würdigung des 20. Juli betraf, die eigentlich eine Entwürdigung war, und paradoxerweise traf dieser Rigorismus sogar die Arbeit H. Müllers. Ich glaube mich gut zu erinnern, daß mir 1958/59 Dr. Desczyk, der damals für den CDU-Verlag Koehler & Amelang verantwortliche CDU-Kulturpolitiker, klagte, welche Schwierigkeiten er mit diesem Manuskript - eben wegen des 20. Juli - hätte; tatsächlich kam das Buch dann auch erst 1961 heraus.

‘Nun’ dauerte es aber durchaus noch einige Zeit, bis Bonhoeffer jenen Status hatte, von dem W. Krötke gesprochen hat - genauer müßte man rezeptionshistorisch allerdings sagen: wieder hatte. Wichtiger für die Neubewertung des 20. Juli in der DDR als Müllers Buch war nämlich die Monographie K. Finkers, die ich Mitte der sechziger Jahre im Union Verlag betreute und die speziell viel Aufsehen - auch in der alten Bundesrepublik - hervorrief. In beiden Fällen - Müller wie Finker - waren es jedenfalls CDU-Verlage, die solchen Neubewertungen zum Durchbruch verhalfen.

Dem allen war freilich noch dieser Vorgang vorausgegangen: Als bald nach dem Erscheinen von „Widerstand und Ergebung“ in der DDR waren die aufregenden Überlegungen dieses Buches Gegenstand eingehender Debatten im Kreise jener jungen Intellektuellen in der CDU, die damals auf unterschiedlichen Leitungsebenen der Partei, zumeist in Redaktionen oder Verlagen, tätig waren, ich selber war bis 1958, nach dem Tod Otto Nuschkes, in der Parteiführung. Ich faßte damals die Ergebnisse unserer Debatten zusammen und konnte diese, jedenfalls zum Teil und etwas vergrößert, in dem Bericht des damaligen Generalsekretärs an den 9. Parteitag der CDU im Herbst 1958 in Dresden unterbringen. Hierbei war Bonhoeffers Säkularismus-Konzept, sein *Etsi deus non daretur* gewissermaßen als Beschreibung der Situation in der DDR direkt an- und dementsprechend aufgenommen, was ja, mit Günter Jacobs Proklamation des Endes des

Konstantinischen Zeitalters von 1956 im Hinterkopf, so falsch nicht war. Was aber falsch war - allerdings auf andere Weise als das, das mir bei H. Müller immer fremd war -, das war die kurzschlüssige Konsequenz aus solch an- und aufgenommener Situationsbeschreibung, wonach unsere Haltung als von Bonhoeffer womöglich gedeckt oder sogar gewiesen hingestellt wurde. Das hat uns damals schon insofern beschäftigt, als wir mit der Tatsache nicht fertig wurden, daß Freunde Bonhoeffers wie der damalige Wittenberger Propst Stämmeler auf der anderen Seite der „Barrikaden“ standen.

Jedenfalls komme ich an dieser Stelle (aber weniger bei Barth, wo eben in meiner Sicht andere Problemstellungen gegeben waren) bei rezeptionsgeschichtlichen Analysen zu dem Ergebnis W. Krötkes, daß wir auf die angegebene Weise zu einem Mißbrauch der Theologie Bonhoeffers beigetragen hatten. Alles, was wir später nicht ohne intellektuelle Bemühung und mit Engagement zur Bonhoeffer-Rezeption und -Forschung beigetragen haben, steht (auch soweit es positiv zu bewerten ist) in einer Klammer, vor der ich durchaus W. Krötkes negatives Vorzeichen sehe.

Dabei wäre ich übrigens auf Umwegen neuerlich bei der Einleitung angelangt, hierbei die kritische Haltung meines Gesprächspartners vertiefend (vielleicht sogar dort, wo er noch keine Kritik hatte anbringen wollen)...



## **II.**

### **Die Theologischen Ausbildungsstätten**



# **Die Ausbildung des theologischen Nachwuchses an staatlichen Universitäten der DDR Entscheidungen Anfang der fünfziger Jahre**

**Joachim Heise**

In den ersten Jahren nach der Gründung der DDR entschieden die zuständigen staatlichen Stellen und Gremien der SED grundlegende Fragen der Arbeit und der Perspektive der Theologischen Fakultäten an staatlichen Universitäten. Im Kern ging es dabei um die Frage der Fortexistenz der Theologischen Fakultäten an sechs DDR-Universitäten.<sup>1</sup> Es wurde diskutiert, ob der Fortbestand der theologischen Fakultäten mit dem proklamierten Prinzip der Trennung von Staat und Kirche vereinbar sei. Gefragt wurde, ob die Ausbildung des theologischen Nachwuchses der Kirchen nicht zu den inneren Angelegenheiten der Kirche, in die sich der Staat nicht einmischen dürfe, gehöre. Diskutiert wurde, ob die bestehende Regelung nicht dem Grundsatz der rechtlichen Gleichheit aller Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR widerspreche und der Evangelischen Kirche dadurch eine Sonderstellung eingeräumt werde?

Erste Entscheidungen dieser komplizierten Fragen wurden im Zusammenhang mit der Hochschulreform 1951 getroffen. Die 4. Tagung des Zentralkomitees der SED faßte am 19. Januar 1951 den Beschluß „Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen“.<sup>2</sup> Mit ihm entwickelte das ZK der SED die vom III. Parteitag der SED (1950) festgelegte hochschulpolitische Orientierung weiter. Es präziserte die ideologischen, erzieherischen und wissenschafts-

---

<sup>1</sup> Vgl. zur Geschichte der Kirchenpolitik der SED: Frederic Hartweg (Hg.): SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Band 1: 1946 - 1967, bearbeitet von Joachim Heise, Neukirchen-Vllyn 1995; ders.: Kirchenpolitik von SED und Staat. Versuch einer Annäherung. In: Kirchen in der Diktatur, hgg. von Günther Heydemann und Lothar Kettenacker, Göttingen 1993, S. 126-154; ders.: Die Kirchenpolitik der SED zwischen ideologischem Dogma und politischem Pragmatismus. In: „Provisorium für längstens ein Jahr“. Die Gründung der DDR, hgg. von Elke Scherstjanoi, Berlin 1993, S. 344-352. Siehe auch zur Geschichte der Theologischen Fakultät an der Humboldt-Universität: Dietmar Linke: Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank, Neukirchen-Vluyn, 1994.

<sup>2</sup> Entschließung des Zentralkomitees vom 19. Januar 1951 (4. Tagung). In Dokumente der SED, Bd. III, S. 353-362.

organisatorischen Aufgaben für die Entwicklung der Universitäten und Hochschulen, wie sie für den anvisierten „Aufbau des Sozialismus“ für unverzichtbar gehalten wurden. Vor allem ging es um die Heranbildung einer der SED treu ergebenen neuen Intelligenz.

Mit dem vom III. Parteitag beschlossenen Fünfjahrplan, hieß es in dem Beschluß des ZK der SED, beginne für die Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstitute, Bibliotheken, Museen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen „eine neue Etappe in ihrer Entwicklung zu fortschrittlichen, dem Frieden dienenden Einrichtungen“.<sup>3</sup> Um die „bedeutenden Aufgaben bisher unbekanntes Ausmaßes“ lösen zu können und aus diesen Einrichtungen „wirksame Instrumente im Kampf für die Sicherung des Friedens und die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands“<sup>4</sup> zu machen, legte das ZK der SED drei grundlegende Aufgaben der Hochschulreform fest:

1. die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an allen Fakultäten der Universitäten und Hochschulen,
2. die Förderung der Naturwissenschaften,
3. die Vermittlung der Erkenntnisse der Sowjetwissenschaft und der Wissenschaft in den anderen sozialistischen Ländern.

Bei der Umsetzung dieser Ziele setzte die SED-Führung auf die an den Hochschulen, Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen bestehenden Partei- und FDJ-Organisationen sowie auf die als fortschrittlich klassifizierten Kader an den Lehrstühlen. Sie vor allem sollten von nun an einen „unversöhnlichen Kampf gegen die bürgerliche Ideologie“ führen. Sie sollten darum „ringen“, daß alle Lehrkräfte und Mitarbeiter „den Weg zum Marxismus-Leninismus“ finden und sich für die fortschrittliche Erziehung des akademischen Nachwuchses engagierten.<sup>5</sup>

Die angestrebten Veränderungen im Hochschulwesen der DDR berührten unmittelbar die Ausbildung des theologischen Nachwuchses der evangelischen Kirchen an Universitäten der DDR. In dieser Zeit studierten an den Universitäten in Leipzig, Berlin, Jena, Halle, Rostock und Greifswald insgesamt etwa 900 künftige Theologen.<sup>6</sup> Der größte Teil von Ihnen war an der Leipziger Universität immatrikuliert.

---

<sup>3</sup> Ebenda, S. 353.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda, S. 353 und 362.

<sup>6</sup> Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BA) ZPA IV 2/14/177.



Wie alle anderen Fakultäten wurden auch die Theologischen Fakultäten aus Mitteln des Staatshaushaltes finanziert. Jährlich wurden für die Theologischen Fakultäten etwa sechs Millionen Mark aus dem DDR-Staatshaushalt zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die Ausbildung eines evangelischen Theologen wurden damals mit etwa 20 000 Mark beziffert.<sup>7</sup>

Bei der Frage, wie es mit den Theologischen Fakultäten weitergehen sollte, spielte auch die Praxis in der Sowjetunion und den anderen unter sowjetischem Einfluß stehenden Staaten Osteuropas eine nicht unerhebliche Rolle. Die SED-Führung sah nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den sogenannten Volksdemokratien Vorbilder für die eigene Entwicklung. Dies galt Anfang der fünfziger Jahre auch für ihre kirchenpolitischen Entscheidungen. Die in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten getroffenen Regelungen für die Ausbildung von Theologen waren sehr unterschiedlich. In der CSR zum Beispiel existierten theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten weiter. In der Volksrepublik Polen und in anderen Staaten des sich formierenden Ostblocks bildeten die Kirchen ihren theologischen Nachwuchs an kircheneigenen Ausbildungsstätten aus.

Konnte man diese Praxis einfach, wie in vielen anderen Bereichen geschehen, übernehmen? In der DDR dominierten im Unterschied zu allen Ländern des Ostblocks die evangelischen Kirchen, die seit der Reformation ihre Pfarrer an staatlichen Universitäten ausbilden ließen. An dieser Tradition wurde auch nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus festgehalten. Gemeinsam mit den anderen Fakultäten nahmen die Theologischen Fakultäten nach der Wiedereröffnung der Universitäten wieder ihre Arbeit auf. Dies geschah auf Geheiß der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), deren Offiziere vielfach eine große Hochachtung vor der deutschen Wissenschaft und Kultur empfanden. Zudem lag es nicht im politischen Kalkül der SMAD, durch einseitige Eingriffe in die deutsche Universitätstraditionen ihre Option für ein einheitliches Deutschland zu gefährden.

Als die Frage der Zukunft der Theologischen Fakultäten Anfang der fünfziger Jahre auf die Tagesordnung gesetzt wurde, hatte sich im Vergleich zu den ersten Nachkriegsjahren die Situation erheblich verändert. Inzwischen waren zwei deutsche Staaten entstanden, die immer enger in die entstehenden Blocksysteme eingebunden wurden, und die zum Hauptschauplatz des kalten Krieges und der Auseinandersetzungen zwischen den inzwischen zerstrittenen Groß-

---

<sup>7</sup> Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/14/1.

mächten geworden waren. Zwischen dem DDR-Staat und den Kirchen hatte sich das Verhältnis seit 1947/1948 immer deutlicher zugespitzt und nahm mehr und mehr kirchenkämpferische Formen an.

Führende Vertreter der evangelischen Kirchen hatten auch nach der Gründung der DDR ihr Interesse am Fortbestand der Theologischen Fakultäten unterstrichen. So hatte z.B. Bischof Otto Dibelius in einer Stellungnahme zum DDR-Verfassungsentwurf bedauert, daß die Existenz der Theologischen Fakultäten darin nicht verankert worden sei.<sup>8</sup>

An den 1951 verstärkt einsetzenden Diskussionen über die theologischen Fakultäten waren Otto Grotewohl als Ministerpräsident, Otto Nuschke als einer seiner Stellvertreter und Leiter der „Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen“ sowie die für diese Fragen zuständigen Ministerien und Abteilungen des ZK der SED maßgeblich beteiligt. Einfluß auf Entscheidungen in diesen Fragen nahmen auch Pfarrer, die mit der SED und mit der Nationalen Front zusammenarbeiteten. Ihre Meinung äußerten Theologieprofessoren und kirchenleitende Gremien sowie hohe Repräsentanten der evangelischen Kirchen in der DDR.

Bei den Überlegungen der SED und der staatlichen Stellen ging es nicht vorrangig um organisatorische Dinge, sondern darum, welche Organisationsform - theologische Fakultäten oder gesonderte Ausbildungsstätten - am besten geeignet war, eine Veränderung der politischen Haltung unter der Pfarrerschaft zur DDR und zu den Zielen der SED zu befördern. Analysen der politischen Situation in den theologischen Fakultäten in den Jahren 1951/1952 hatten ergeben,<sup>9</sup> daß „fortschrittliche Kräfte“ sowohl innerhalb des Lehrkörpers als auch unter den Studenten zu den Ausnahmen gehörten, der Einfluß „reaktionärer Kirchenführer“ auf sie jedoch stark war. Beklagt wurde, daß sich in den Theologischen Fakultäten „der bürgerliche Stil des Hochschulbetriebes“ besonders hartnäckig gehalten habe. Die theologischen Arbeiten der religiösen Sozialisten hätten in den Theologischen Fakultäten kaum Widerhall gefunden. Ablehnend und skeptisch verhielte sich die Mehrheit der künftigen Theologen gegenüber den politischen Parteien und den Massenorganisationen der DDR. Negative Einflüsse seien von ihnen auf die Studenten anderer Fakultäten ausgegangen. So hätten Studenten der Theologischen Fakultäten 1950 zum Wahlboykott bei den Studententratswahlen aufgerufen. Der theologische Nachwuchs entstammte hauptsächlich

---

<sup>8</sup> Vgl. Schreiben der Kanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 5. Mai 1947 (SAPMO BA ZPA 2/14/6.).

<sup>9</sup> Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/14/176.

aus Pfarrhäusern und aus Familien anderer kirchlicher Mitarbeiter, was ihre Möglichkeiten, neue gesellschaftliche Erfahrungen zu sammeln, einschränke.

Die evangelischen Kirchen klagten zu diesem Zeitpunkt über einen akuten Nachwuchsmangel und gingen deshalb dazu über, Pfarrer aus der Bundesrepublik in der DDR einzusetzen oder Jugendliche der DDR, die keinen Studienplatz an den Theologischen Fakultäten der DDR erhalten konnten, an Hochschulen und Universitäten in Westberlin und der BRD ausbilden zu lassen.

Diese Situation erschwerte aus der Sicht der DDR die Entwicklung einer Pfarrerschaft, die sich gegenüber dem DDR-Staat loyal verhalten sollte.

Mit der Einführung des neuen Studienplanes für das Fach Theologie am 1. September 1951 fiel eine grundlegende Entscheidung über den Fortbestand der Theologischen Fakultäten. Entworfen hatte ihn eine Studienkommission für Theologie unter Leitung von Erich Hertzsch, Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Am 30. Juni 1951 wurde er auf einer „Fachkonferenz“ beraten und am 1. August bestätigt.<sup>10</sup> Im Teil C dieses Studienplanes war erstmals auch für Theologiestudenten ein Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus festgelegt worden. Wie die Studenten anderer Fakultäten sollten sich auch die zukünftigen Pfarrer mit Grundfragen des Marxismus-Leninismus vertraut machen. Der Plan sah in den ersten vier Semestern jeweils vier Wochenstunden zu Grundfragen des dialektischen und historischen Materialismus und im fünften und sechsten Semester die Beschäftigung mit Problemen der politischen Ökonomie vor. Für beide Lehrabschnitte wurden Zwischenprüfungen festgelegt.<sup>11</sup>

Die Einführung des neuen Studienplans verlief nicht ohne Schwierigkeiten.<sup>12</sup> So widersetzte sich der Dekan der Theologischen Fakultät der Universität Halle der Aufnahme der Dozenten und Lehrbeauftragten für das gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium in die Räte der Fakultäten.<sup>13</sup> Während die Teilnahme der Studenten an Vorlesungen und Seminaren des Grundlagenstudiums durchschnittlich 80 Prozent der Studentenschaft betrug, lag dieser Prozentsatz in den Theologischen Fakultäten weitaus niedriger.<sup>14</sup>

---

<sup>10</sup> Studienplan Nr. 62 (Theologie des Staatssekretariats für Hochschulwesen, 1. August 1951). In: Auf dem Wege zur gemeinsamen Verantwortung, Berlin 1967, S. 235-240.

<sup>11</sup> Vgl. ebenda.

<sup>12</sup> Vgl. Überblick zur Geschichte des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1981, S. 55 und 56.

<sup>13</sup> Vgl. ebenda, S. 52.

<sup>14</sup> Vgl. ebenda, S. 55 und 56.

Angesichts dieser und anderer Schwierigkeiten bei der Einführung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums in den Theologischen Fakultäten entwickelte sich bei den zuständigen staatlichen Stellen eine Diskussion, ob die Vorlesungen im Marxismus-Leninismus für Theologiestudenten obligatorisch bleiben oder zu fakultativen Veranstaltungen erklärt werden sollten. Ausgelöst wurden diese Debatten durch einen Vorschlag des Referenten für Philosophie/Theologie des Staatssekretariats für Hochschulwesen, die bisherige Praxis zu ändern.<sup>15</sup>

Dem widersprach entschieden die Abteilung Propaganda beim ZK der SED unter Leitung von Kurt Hager.<sup>16</sup> Sie forderte die unbedingte Durchführung der beschlossenen Maßnahmen und verurteilte jedes „Zurückweichen“ vor auftretenden Schwierigkeiten. Begründet wurde dies damit, daß auf diese Weise nicht alle Theologiestudenten an den entsprechenden Veranstaltungen teilnähmen. Diejenigen, die dies dennoch täten, gerieten bei ihren Kommilitonen in „Verdacht“, sich mit dem Marxismus-Leninismus zu identifizieren. Um diesen Eindruck zu vermeiden, würden auch diese Studenten früher oder später auf eine Teilnahme an den M-L-Veranstaltungen verzichten.

Kurt Hager forderte von den Funktionären der SED und der FDJ, nicht vor der notwendigen weltanschaulichen Auseinandersetzung zurückzuweichen.<sup>17</sup> Er kritisierte, daß manche Mitglieder der SED vielfach Angst vor Diskussionen hätten, so zum Beispiel an der Universität Halle. Auf einem Vortragszyklus der dortigen evangelischen Studentengemeinde über religiöse Fragen hätten Mitglieder der SED mit den Worten reagiert: „Das werden wir zu verhindern wissen!“, „Das muß man verhindern!“. Kurt Hager nahm dieses Beispiel zum Anlaß, um seine Auffassungen über die „politisch-ideologische Arbeit“ mit christlichen Studenten darzulegen. „Unsere Meinung ist“, so Kurt Hager, „daß es, besonders angesichts der Rolle, die die Kirche jetzt in Westdeutschland im Kampf gegen die Remilitarisierung zu spielen beginnt, durchaus nicht fehl am Platze ist, sich mit den Angehörigen dieser Evangelischen Studentengemeinde auseinanderzusetzen, mit ihnen zu diskutieren, ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten darzulegen. Anders kommen wir an der Universität nicht weiter. Dadurch, daß wir mit administrativen Maßnahmen verschiedene Vorträge usw. unterbinden, kommen wir nicht weiter. Was wir unterbinden müssen und sollen,

---

<sup>15</sup> Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/14/176.

<sup>16</sup> Vgl. ebenda; IV 2/14/174.

<sup>17</sup> Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/904/7.

sind offene, feindliche, der Verbreitung amerikanischer reaktionärer Ideologie dienende Veranstaltungen. Gegen Vertreter dieser Auffassungen sollen wir einen entschiedenen Kampf führen. Aber die Diskussionen sind bei uns noch nicht entwickelt. Daran kränken wir. Das ist das Entscheidende, was uns noch fehlt."<sup>18</sup>

Hager sprach sich dafür aus, mehr zu diskutieren und weniger zu administrieren. Gegen die „Feinde des Sozialismus“ müsse man kämpfen, mit allen anderen aber müsse man geduldig „ringen“ und mit ihnen überall dort zusammenarbeiten, wo es gemeinsame Interessen und Berührungspunkte gebe. Darauf komme es an, meinte Kurt Hager.<sup>19</sup> Ob diese Meinung in der damaligen SED-Führung mehrheitlich geteilt wurde, wie Hager suggerierte, darf angesichts der Entwicklung in den folgenden Jahren bezweifelt werden.

Darauf deutet ein anderer Vorschlag hin, der Ende 1951/Anfang 1952 zur Lösung des Problems unterbreitet wurde. Er sah die Herauslösung der Theologischen Fakultäten aus den Universitäten und die Bildung einer „Evangelischen Akademie“ für die Ausbildung evangelischer Pfarrer vor. Dieser Gedanke wurde besonders von einigen Pfarrern aus dem Christlichen Arbeitskreis des Nationalrates der Nationalen Front unterstützt. Eine solche Akademie sollte nach ihren Vorstellungen in Leipzig oder Halle einrichtet werden.<sup>20</sup> Ihre Intentionen liefen darauf hinaus, eine solche Ausbildungsstätte als selbständige, von der Verfügungsgewalt und dem Einfluß der Kirchenleitungen unabhängige Einrichtung aufzubauen. Als Leitung schlugen sie ein vom Staat eingesetztes Kuratorium vor, das aus „fortschrittlichen“ Theologen bestehen sollte. Bei der Besetzung der Lehrstühle der geplanten Akademie sollten ausschließlich Theologen aus ihren Reihen bedacht werden. Eine Internatsunterbringung der Theologiestudenten erschien ihnen wünschenswert. Dort sollten Theologen, die sich loyal zur DDR verhielten, erzieherisch auf die Studenten einwirken.

Den möglicherweise aufkommenden Widerstand gegen einen solche Entscheidung meinten sie, nicht schwer nehmen zu müssen, da die Frage der Kirchenleitungen sowieso „klärungsreif“ wäre.<sup>21</sup> Auf die wenigen, die in den Westen gingen, könne man verzichten.

---

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Vgl. ebenda.

<sup>20</sup> Vgl. IML, ZPA, 2/14/176.

<sup>21</sup> Dahinter steckte der Plan, die unliebsame Kirchenleitung, besonders jene von Berlin-Brandenburg, durch die Wahl einer neuen aus DDR-freundlichen Mitgliedern zusammenge-

Die Pfarrer, die diesen Vorschlag unterbreiteten, setzten - im Gegensatz zu der vorher von Kurt Hager vertretenen Position - auf administrative Maßnahmen des Staates zur Lösung kirchenpolitischer Probleme. Einige dieser Pfarrer erhofften sich von der Verwirklichung dieser Vorschläge auch die Lösung ihrer persönlichen Probleme und die Sicherung ihrer Existenz im Rahmen der „Evangelischen Akademie“.<sup>22</sup>

Der Gedanke, eine „Evangelische Akademie“ zu bilden, wurde von Ministerpräsident Otto Grotewohl aufgegriffen. Am 4. August 1952 wandte er sich in dieser Angelegenheit an Bischof Otto Dibelius.<sup>23</sup> Er schlug ihm vor, in der DDR eine „Evangelische Akademie“ zu gründen und bat ihn um eine Stellungnahme und Erörterung dieses Vorschlages. In seinem Brief teilte er Bischof Dibelius mit, daß die katholische Kirche einen Antrag gestellt habe, in der DDR die Einrichtung einer katholischen theologischen Hochschule zur Ausbildung ihres Theologennachwuchses zuzulassen. Dieser Antrag habe die Regierung veranlaßt, die Frage der Ausbildung von Geistlichen eingehend zu prüfen. Da nach der Verfassung in der DDR keine Staatskirche mehr bestehe und die Kirchen ihre Angelegenheiten nach Maßgabe der Gesetze selbst regelten, widerspreche der 1945 übernommene traditionelle Zustand der Verfassung der DDR. Aus diesem Grunde sollte die Evangelische Kirche auf der Grundlage der an den Universitäten bestehenden Theologischen Fakultäten eine eigene theologische Akademie bilden. Der Ministerpräsident der DDR sicherte der Kirche dabei die bisher den Theologischen Fakultäten gewährten finanziellen Mittel aus dem Staatshaushalt zu. Er versprach, die Kirche bei der räumlichen Unterbringung der geplanten Akademie zu unterstützen. Die Studienprogramme der Akademie sollten von der Kirche selbst bestimmt werden. Studienprogramme und die Tätigkeit des Lehrkörpers dürften jedoch nicht im Gegensatz zu der Verfassung und den Gesetzen der DDR stehen.

Der Vorschlag Otto Grotewohls unterschied sich wesentlich von den Überlegungen, die vorher von einigen Pfarrern geäußert worden waren. Wünschten sie eine weitgehende Verfügungsgewalt des Staates über die vorgeschlagene Akademie, so waren die Gedanken Otto Grotewohls darauf gerichtet, die Ausbildung des theologischen Nachwuchses als eine innere Angelegenheit der evangelischen Kirchen zu behandeln. Wollten einige Pfarrer die Lösung der

---

setzten Kirchenleitung ablösen zu können. Dazu sollte der DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl eine Pfarrerversammlung einberufen.

<sup>22</sup> Vgl. IML, ZPA, 2/14/176.

<sup>23</sup> Vgl. ebenda; *Kirchliches Jahrbuch* 1952, a.a.O., S. 229 und 230.

Probleme mit administrativen Mitteln erreichen, so legte Otto Grotewohl großen Wert auf die Herbeiführung einer Übereinkunft mit der Evangelischen Kirche.

Es war keineswegs ausgeschlossen, daß auch die evangelischen Kirchen an dieser Lösung interessiert waren. Das Schreiben Otto Grotewohls an Bischof Dibelius löste eine lebhafte Debatte innerhalb der evangelischen Kirchen und unter Theologen aus. Die Kirche stand vor einer äußerst komplizierten Entscheidung. „Mußte die Kirche dieses Angebot nicht dankbar annehmen und müßten die Fakultäten es nicht als eine zwar schwerwiegende und notvolle Wandlung ihrer Existenz, aber angesichts der Universitätsreform eben doch als eine unumgängliche Notwendigkeit empfinden“,<sup>24</sup> fragte Joachim Beckmann in seinem Kommentar im *Kirchlichen Jahrbuch* für das Jahr 1952.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Oktober 1952 in Elbingerode beschäftigte sich mit dem Vorschlag der Regierung der DDR. Der Vorsitzende des Rates der EKID Otto Dibelius erklärte in seinem Bericht an die Synode: „Hier wird die Axt an eine Einrichtung gelegt, die mit dem Leben der Kirche immer eng verbunden war. *Es wäre ein Verlust für das gesamte geistige Leben unserer Nation, wenn auch nur in einem Teil Deutschlands die Theologischen Fakultäten verschwinden müßten.*“<sup>25</sup> Erste Fühlungnahmen mit den theologischen Fakultäten und den Kirchenleitungen der Landeskirchen hätten ergeben, teilte Bischof Dibelius mit, daß der Wunsch allgemein sei, die angekündigten Maßnahmen nicht durchzuführen.<sup>26</sup> Daraufhin faßte die Synode einen Beschluß zum Vorschlag Otto Grotewohls und bat den Vorsitzenden des Rates der EKID, sich in den bevorstehenden Verhandlungen mit der Regierung der DDR für den Erhalt der theologischen Fakultäten einzusetzen.<sup>27</sup>

Der Landesbischof von Thüringen, Moritz Mitzenheim, wertete in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten der DDR die Herauslösung der theologischen Fakultäten ebenfalls als Verlust für die anderen Universitätsfakultäten und für die Theologiestudenten selbst. Er erblickte darin einen Bruch mit der deutschen Universitätstradition.<sup>28</sup>

---

<sup>24</sup> *Kirchliches Jahrbuch* 1952, a.a.O., S. 235.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 80.

<sup>26</sup> Die *Neue Zeit* berichtete am 24. August 1952, daß Vertreter der Kirchenleitungen und der theologischen Fakultäten sich auf einer Beratung am 23. August 1952 einmütig für die Beibehaltung der theologischen Fakultäten ausgesprochen hätten. (Vgl. *Neue Zeit*, 24. August 1952).

<sup>27</sup> Vgl. *Kirchliches Jahrbuch* 1952, a.a.O., S. 235.

<sup>28</sup> Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/14/176.

Emil Fuchs, Professor für systematische Theologie an der Universität Leipzig, nahm ebenfalls zu dem Vorschlag Stellung.<sup>29</sup> Er äußerte in einem Schreiben an Otto Grotewohl seine Sorge über die Folgen eines solchen Schrittes. Er würde den Umdenkungsprozeß in den Kirchen behindern und dazu führen, daß die Kirche in „geistiger Enge“ versinken würde. Er ging davon aus, daß die Theologischen Fakultäten in der Geschichte die Kirchenleitungen häufig gezwungen hätten, Entwicklungen zu berücksichtigen, an denen sie vorübergehen wollten. Hoch schätzte er den Wert der Beschäftigung der Theologiestudenten mit dem Marxismus ein. Dadurch würden sie zu „geistig aufmerksamen, ringenden, suchenden Menschen“<sup>30</sup> erzogen, denen das gesellschaftliche Leben nicht als „ein stehendes Wasser“ erscheine.

Die Theologische Fakultät der Universität Leipzig sprach sich ebenfalls in einer Denkschrift für die Beibehaltung der theologischen Fakultäten aus.<sup>31</sup> In ihr wurde besonders auf zwei Aspekte des Problems hingewiesen. Einmal erhalte die Theologie durch die anderen Fakultäten Anregungen, die für die „Weite des Horizonts“ der künftigen Theologen bedeutsam seien. Zum anderen würde die Bildung einer „Evangelischen Akademie“ das „Auseinanderklaffen“ der DDR und der BRD fördern und dem Ansehen der Theologie in der DDR schaden.

In dieser Situation unterbreitete der Theologieprofessor Johannes Leipoldt in einem Schreiben vom 25. September 1952 an Otto Nuschke einen Kompromißvorschlag.<sup>32</sup> Er teilte mit, daß an der Theologischen Fakultät der Leipziger Universität der Gedanke erörtert werde, die Vertreter der geschichtlichen Fächer des Theologiestudiums in die philosophische Fakultät zu übernehmen, die systematische und praktische Theologie jedoch an einer kirchlichen Akademie zu lehren. Er selbst betrachtete diesen Gedanken als „Mittelweg“, der nicht „besonders schön, aber zweifellos gangbar“ sei.

Die Presse in der Bundesrepublik reagierte mit scharfen Kommentaren auf den Grotewohl-Vorschlag. So schrieb die Zeitung *Christ und Welt*, die Evangelische Kirche stehe vor der schwierigsten Entscheidung seit 1945. Die DDR-Regierung verfolge das Ziel, die Heranbildung des geistlichen Nachwuchses der

---

<sup>29</sup> Vgl. ebenda.

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/14/183.

<sup>32</sup> Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/14/179.



evangelischen Kirchen zu verhindern, formulierte das Blatt, und wertete den Regierungsvorschlag als „neuerlichen Anschlag der DDR im Kirchenkampf“.<sup>33</sup>

Wäre es die Absicht der Regierung gewesen, zu einem solchen ‘Schlag’ auszuholen, so hätten die staatlichen Stellen ihre Absicht, die theologischen Fakultäten aus den Universitäten herauszulösen, mit Hilfe eines Gesetzes durchsetzen können, denn Fragen der Arbeit der Universitäten lagen allein im Kompetenzbereich des Staates. Dies ist aber nicht geschehen.

Offensichtlich beeindruckten vor allem die Argumente, wie sie von der Theologischen Fakultät Leipzig, von Emil Fuchs und auch von Bischof Moritz Mitzenheim vorgetragen wurden. Eine Abtrennung der theologischen Fakultäten und ihre Übergabe in die Verfügungsgewalt der Kirche hätte zwar kurzfristig die „negativen Einflüsse“, die von den theologischen Fakultäten auf andere Studenten ausgingen, eingeschränkt, zugleich aber hätte die Verwirklichung des Vorschlages den Einfluß des Staates und die Beeinflussungsmöglichkeiten durch die SED und die FDJ auf die Ausbildung des theologischen Nachwuchses erheblich eingeschränkt. Die Studenten und der Lehrkörper wären auch der Einflußnahme der gesellschaftlichen Organisationen und anderer Lehrkräfte sowie der anderen Studenten entzogen worden. Bei der Kräftekonstellation in den Kirchenleitungen der evangelischen Kirchen in der DDR befürchteten die Regierungsstellen, daß die von ihnen als reaktionär klassifizierten Kirchenvertreter alles daran setzen würden, um die von ihnen favorisierten „progressiven Theologen“ von der zu bildenden Akademie auszuschließen.

Nachdem sich sowohl die Vertreter der evangelischen Kirchen als auch die Theologischen Fakultäten dafür ausgesprochen hatten, die Arbeit der theologischen Fakultäten auch weiterhin zu ermöglichen, wurde nach der Prüfung aller politischen und rechtlichen Folgen der Gedanke fallengelassen, die Theologischen Fakultäten aufzulösen.

---

<sup>33</sup> Vgl. *Christ und Welt*, 28. August 1952.

## **Eine steckengebliebene Ausbildungsreform**

### **Gespräch mit Konrad von Rabenau <sup>\*</sup>**

**Pasternack:** *Herr Rabenau, es gab einmal auch in der DDR ein Streben nach Reform des Theologiestudiums, und Sie waren gleichsam der beamtete Reformmer. Zunächst hatten Sie in Naumburg, wie ebenso an der Theologischen Fakultät in Halle/S., bereits seit 1951 Lehraufträge wahrgenommen und waren dann Dozent am Katechetischen Oberseminar. Sie haben Altes Testament, Hebräisch und Religionsgeschichte gelehrt. 1973 gingen Sie nach Berlin, um eine Arbeit zu übernehmen, die nach landläufigen Vorstellungen an eine Verwaltungsbeamten-tätigkeit denken läßt. Was hatte Sie dort erwartet?*

**Rabenau:** Ich bin nach Berlin gekommen, um Sekretär der Kommission für Ausbildung beim Bund der Evangelischen Kirchen zu werden und um eine Reform der kirchlichen Ausbildung einzuleiten. Das umfaßte mehr als nur die Reform des Theologiestudiums. Die Beamtenfunktion, die damit zusammenhing - dienstlich wurde ich als Oberkirchenrat in der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union angestellt -, war dabei für mich sekundär. Mit der Funktion des Sekretärs der Ausbildungskommission war von vornherein ein Reformansatz verbunden. Ich habe mich deshalb nicht als ein Einzelreferent verstanden, der in seinem Büro sitzt, sich dann noch im Kollegium etwas abstimmen muß und anschließend die Dinge als Referentenentwurf direkt zu den Entscheidungsgremien bringt. Vielmehr hatte der Bund eine Kommission gegründet, in der ausdrücklich die Basis der kirchlichen Arbeit und die Kirchenleitungen miteinander beraten sollten. In den ersten Kommissionen, die der Bund gegründet hat, saßen Bischöfe und Oberkirchenräte ebenso wie Dozenten und interessierte Laien beieinander. Die Einbeziehung von Laien und die Übersetzung der von ihnen mitgebrachten Anliegen erwies sich freilich als schwierig. Sie haben auf jeden Fall die Anfangsinitiative mitgetragen. Aber in dem Prozeß der Ausarbeitung von Vorschriften, von Statuten für neue Ausbildungsstätten, von Lehrplänen ging ihnen meistens die Luft aus. Sie waren durch ihre berufliche Tätigkeit zu stark eingebunden und konnten sich auf die Details nicht ausreichend vorbereiten. Trotzdem sind von ihnen wichtige Anregungen in die Ergebnisse eingeflossen. Ich

---

<sup>\*</sup> Das hier erstveröffentlichte Gespräch wurde im Februar 1996 geführt. Die Fragen stellte Peer Pasternack.

hatte das Glück, in der ersten Ausbildungskommission Bischof Krusche aus Magdeburg als Mitglied und Vorsitzenden zu haben. Er war für Reformbewegungen sehr offen und hat sie stark gestützt. In der Folgezeit fehlten ihm oder einem anderen Bischof Zeit und Kraft für diese Aufgabe; seine Nachfolger im Vorsitz, Folkert Ihmels, Jürgen Henkys, Johannes Althausen und Reinhold Fritz kamen aus dem kirchenleitenden Dienst unterschiedlicher Landeskirchen und haben die Konzepte ihrerseits mitgetragen. Wir haben auch Vertreter aus den theologischen Fakultäten für die Mitarbeit gewonnen, aber deren Auswahl selbst getroffen. Es waren durchgehend Professoren, die mit der kirchlichen Arbeit enger verbunden waren und selbständiger urteilten.

**P.:** *Als Sie 1973 in das Amt gekommen sind, hatten Sie gesagt, wir versuchen den großen Wurf. Der war sodann zu zergliedern: nach Ausbildungsgängen, dienstrechtlichen Statusfragen, Ausbildungen in staatlicher und kirchlicher Trägerschaft, unterschiedlich geprägten Traditionsbindungen usw. Wie hat dabei nun Ihre Kommission gearbeitet? Inwieweit mußten Sie taktieren? Sie hatten eine Vision, die Sie verfolgten - wir kommen noch im Detail darauf. Konnten Sie diese offenlegen, oder hätte das von vornherein ein Scheitern der Sache nahegelegt? Inwiefern ist es schließlich möglich gewesen, das Gesamte einer umfassenden Ausbildungsreform, die über das Theologiestudium hinausreicht, im Sinne Ihrer Vision zusammenzuhalten?*

**R.:** Einige Impulse in der von mir unterstützten Richtung waren schon vorhanden. Mein Vorgänger, lic. Paul Wätzel, hatte damit begonnen, bestimmte Fragen, die in dieser Richtung lagen, zu bearbeiten. Zum Beispiel die Reform des Zweiten theologischen Examens. Das sollte Rückwirkung auf die Gestaltung des gesamten Studiums haben. Ich bin dann einen anderen Weg gegangen und habe sofort mit einer Analyse und der Ausarbeitung eines Gesamtvorschlages angesetzt. Es konnte dann schon 1975 der Synode des Bundes nach einer intensiven Zusammenarbeit mit der Gemeindegemeinschaft unter Leitung ihres Vorsitzenden, Oberkirchenrat Mendt, und meiner Kollegin im Sekretariat des Bundes, Frau Oberkirchenrätin Christa Grengel, ein Grundsatzpapier vorgelegt werden. In ihm waren die sinnvolle Zuordnung der kirchlichen Berufe ausgeführt und als Ziel die Zusammenarbeit und die dienstrechtliche Angleichung fixiert. Dieses Grundlagenpapier ist heftig diskutiert worden, wurde aber ein Jahr später auf der nächsten Synode des Bundes befürwortet. Wir hatten damit freie Bahn, an die Konkretisierung zu gehen. Sie ist nur schrittweise vorangekommen. Wir haben

einen Berufsstand nach dem anderen auf ihre Bedingungen durchleuchtet und versucht, entsprechende rechtliche Regeln und Ausbildungsordnungen zu erarbeiten.

Als Fehler sehe ich es heute an, daß ich das Schwierigste, die Theologenausbildung, zunächst aufgeschoben habe. Der Grund dafür war, daß die Kirche nur auf die Ausbildung der kirchlichen Hochschulen direkten Einfluß hatte, und eine gemeinsame Zielrichtung aller Ausbildungsstätten ließ sich nur mühsam erreichen. Deshalb wurde zunächst mit der Angleichung der Prediger an den Pfarrerstand begonnen. Es folgten die Gemeindepädagogen, die Kirchenmusiker und die Diakone. Die Reform der Theologenausbildung war als letzter Schritt vorgesehen und scheiterte.

Die Fakultäten verhielten sich vorsichtig wohlwollend, die kirchlich-theologische Ausbildung deutlich abweisend. Das lag zum Teil daran, daß eine Ausbildungsstätte wie Naumburg, in der ich gewirkt hatte, meinte, schon genug Reformen eingeführt zu haben und nicht darauf angewiesen zu sein, sich einer gesamtkirchlichen Ordnung einzufügen. Damit begann der Abgang der Ausbildungsreform. Man hat noch versucht, Reste der Reform für die Theologenausbildung in die Wege zu leiten. Zu einer Beschlußfassung in dieser Richtung ist es aber nicht mehr gekommen. Die Novellierung des Diakonendienstgesetzes war weitgehend abgeschlossen, ist aber nicht mehr ratifiziert worden.

Sie fragen nach Diplomatie und Taktik. Mein größter Mangel bei den Bemühungen war, daß ich nicht sehr öffentlichkeitsinteressiert und nicht sehr öffentlichkeitswirksam gewesen bin. Ich habe wenig geschrieben. Ich habe meine Kraft dafür eingesetzt, in den beschlußfassenden und beratenden Gremien das Anliegen voranzutreiben. Die Verhandlungen in den Kommissionen, in den Ausschüssen, in der Konferenz der Kirchenleitungen und den Synoden war außerordentlich mühsam. Viele Vorlagen mußten ständig neu formuliert und ergänzt werden. Ich hatte auch nur selten Gelegenheit, in den Synoden das Anliegen unmittelbar zu vertreten. Ich hatte aber besonders in der Anfangszeit Kollegen, die diese öffentliche Repräsentation nachdrücklich und wirksam geleistet haben. Die Vorbereitungsverhandlungen forderten von mir starke synthetische Bemühungen, um die Einwände genügend zu berücksichtigen. Eigentliche Diplomatie oder persönliche Beeinflussung habe ich nicht versucht. Ich hätte die Reformen der Ausbildung gern durch finanzielle Anreize gefördert. Für Experimente braucht man zusätzliche finanzielle Mittel. Davon habe ich aber nur sehr wenig in die Hände bekommen.

Ich habe zu spüren bekommen, wie tief die Angst sitzt, mit neuen Mitteln und Methoden zu arbeiten. Gerade die Hochschuldozenten, die am stärksten an monologischen Vortrag gewöhnt sind, sind bei der Änderung ihrer Methodik empfindlich. Da sie sehr stark auf die Entwicklung der eigenen Forschung ausgerichtet sind, können sie sich nur schwer daran gewöhnen, die pädagogischen Pflichten gegenüber den Studenten zu übernehmen. Die knappe Bearbeitung von Seminararbeiten oder ihre Rückgabe erst nach längerer Zeit ist ein Beispiel dafür, wie mangelhaft das Studium an vielen Stellen ist.

Ich hätte gern das Ausbildungsmodell der älteren englischen Universitäten, das sogenannte Tutorium, übernommen. Dabei wird nur ein geringerer Teil des Studiums durch das Anhören von Vorlesungen bestritten. Auch die Seminararbeit hat nicht den gleichen Stellenwert wie in unserem Ausbildungssystem. Das Ganze ist darauf ausgerichtet, die persönliche Ausbildung des einzelnen Studenten zu fördern und ihn schrittweise zur Eigentätigkeit zu führen. Dafür müssen die Dozenten zum persönlichen Gespräch und zur gründlichen Kontrolle der Arbeiten der Studierenden bereit sein. Mindestens in der Anfangsphase des Studiums wäre das in unserer Situation ein Gewinn gewesen, weil die Bildungsvoraussetzungen sehr unterschiedlich waren und weil die Begegnung mit dem Christlichen bei den Studierenden ganz verschiedene Art und Tiefe hat.

Früher kam der theologische Nachwuchs zu einem guten Teil aus Pfarrer- oder aus Lehrerfamilien. Das hat sich völlig geändert. Viele der Studierenden stammen aus Familien von Handwerkern oder Eltern mit einem technischen oder medizinischen Beruf. Sie haben ganz individuell ihr Interesse an der Kirche und Theologie entdeckt und stehen nicht in einer längeren Tradition. Früher haben sich die Dozenten der Theologie darauf verlassen können, daß durch langen Schulunterricht Grundkenntnisse der Bibel und Bekanntschaft mit dem kirchlichen Leben vorhanden waren. Den so Vorgebildeten konnte man es noch zumuten, mit lateinischen und griechischen Texten das Theologiestudium zu beginnen. Heute ist es erforderlich, die Aussagen der christlichen Überlieferung am Anfang des Studiums unmittelbar zu behandeln und Bildungserweiterungen erst später hinzuzufügen.

Ein pädagogischer Fehler ist es auch, wenn man den griechischen Sprachunterricht der Theologen mit der Übersetzung von Plato-Texten beginnt. Die Schule bietet heute meist keine Sprachkompetenz mehr, die den Anforderungen eines philosophischen Textes entspricht. Es ist notwendig, durch Übersetzungen oder durch Erweiterung der Sprachkompetenz die Voraussetzung für das Erfassen solcher Texte zu schaffen. Das sind nur Beispiele, die zeigen, wie viele me-

thodische und pädagogische Fragen in der Gestaltung des Theologiestudiums zu lösen sind.

**P.:** *Auch wenn es nicht Ihre unmittelbare Aufgabe war: Hatten Sie als Ausbildungsreferent neben der konzeptionellen Neugestaltung der Ausbildung auch Tagesmanagement im Blick auf die kirchlichen Hochschulen und die theologischen Sektionen zu leisten?*

**R.:** Ja, aber in stark eingeschränktem Maße. Unmittelbar war ich an der Gestaltung der Ausbildung an den Predigerseminaren der EKU beteiligt. Hier hatte ich Dozenten vorzuschlagen und den Ausbildungsgang zu begleiten. An den kirchlichen Hochschulen in Berlin, Naumburg und Leipzig hatte ich gewisse Einwirkung auf Berufungen und Lehrplanfragen als Mitglied der Aufsichts- und Leitungsgremien, freilich in unterschiedlichem Maße. Erschwert wurde dieser Versuch dadurch, daß die kirchlichen Ausbildungsstätten weniger als die Sektionen daran interessiert waren, die theologische Ausbildung zu reformieren. Sie wollten gerne beweisen, daß sie hinsichtlich der Selbstbestimmung der Ausbildungsstätten und der Qualität der theologischen Ausbildung mehr bieten konnten als die Fakultäten. Das hat dazu geführt, daß manche Reformansätze von Professoren der Fakultäten stärker unterstützt wurden als von Dozenten der theologischen Hochschulen.

Auf die Sektionen für Theologie an den Universitäten hatte ich keinen unmittelbaren Einfluß, auch nicht genügend Einblick in die Entwicklung. Ich habe vor allem versucht, Professoren für die Arbeit in der Kommission für Ausbildung und deren Untergremien zu finden und auf diese Weise die Gedanken der Studienreform in die Sektionen hineinzutragen. Ursprünglich wollte ich auch unmittelbar mit den Sektionsdirektoren zusammenarbeiten und alle theologischen Ausbildungsstätten, staatliche und kirchliche, an einem Tisch vereinen. Das ist nur einmal gelungen. Dann wurde mir Professor Bernhardt, der damalige Sektionsdirektor an der Humboldt-Universität, als Gesprächspartner zugeordnet. Er hat von da an die entscheidenden Gespräche mit mir und mit der Kommission für Ausbildung allein geführt. Bei Teilproblemen ist es gelegentlich zu einem Runden Tisch aller Ausbildungsstätten gekommen. Das betraf etwa ein Lateinisches Lehrbuch, das nicht mehr auf den klassischen Texten, sondern auf spezifisch-theologischen aufgebaut war. Auch an der Frage der Ausbildungsvoraussetzungen, der Aufnahmekriterien haben alle Ausbildungsstätten mitgewirkt. Es ist dabei aber zu beachten, daß den theologischen Sektionen die vom Ministeri-

um unabhängige selbständige Beratung untersagt worden war. Das Hochschulministerium wollte mit den einzelnen Sektionen direkt verhandeln und sich nicht der Gesamtmeinung der Theologischen Fakultäten aussetzen. Das Prinzip wurde dadurch abgeschwächt, daß unter Leitung von Professor Bernhardt eine Kommission für Ausbildungsfragen an den theologischen Sektionen gearbeitet hat.

Eine unmittelbare Arbeit zugunsten der verschiedenen theologischen Ausbildungsstätten konnte ich in zweierlei Hinsicht leisten. Einmal habe ich versucht, die Dozenten an internationalen Kongressen zu beteiligen. Das wurde dadurch möglich, daß dem Staat die Mittel fehlten, um auch Theologen zu Kongressen zu entsenden. Es bestand also an den Sektionen ein Interesse, durch die Kirche zu solchen Veranstaltungen entsendet zu werden. Das machte es dann möglich, Delegationen zusammenzustellen, bei denen die gleiche Anzahl der Beteiligten aus den Sektionen und den kirchlichen Hochschulen kamen. Es konnten dann auch Dozenten der Sektionen reisen, die vorher davon ausgeschlossen waren. Darüber mußten natürlich Verhandlungen mit dem Hochschulministerium geführt werden. Es waren auch Kompromisse in Kauf zu nehmen.

Das gleiche gilt für den internationalen Studentenaustausch. Der DDR-Staat war daran interessiert, Theologiestudenten aus dem Ausland zum Studium in der DDR zu gewinnen. Dafür mußten Devisen bezahlt werden. Es standen aber keine Mittel für das Auslandsstudium für Theologiestudenten aus der DDR zur Verfügung. Der kirchliche Weg, an dem dann auch Sektionsstudenten beteiligt werden konnten, war anders. Die Kirche in der DDR hat die Unterhaltsfinanzierung für die Gäste, die kamen, übernommen, und umgekehrt haben die ausländischen Kirchen das Studium für die Studenten bezahlt, die aus der DDR kamen. Auf diese Weise hat sich schrittweise der Anteil der Studierenden, die im Ausland studieren konnten, erhöht.

**P.:** *Über eine Reform von - bspw. kirchlichen und theologischen - Ausbildungen kann man vom Grundsatz her jederzeit nachdenken. Ergab sich im konkreten Fall nun, Anfang der siebziger Jahre, das Nachdenken lediglich aus dem Lauf der Zeit, der fortwährend gelegentliche Anpassung an früher nicht bestehende Erfordernisse nahelegt? Oder gab es einen besonderen benennbaren Anlaß, nachzudenken bzw. nicht nur nachzudenken, sondern über die Installierung Ihrer Kommission das Nachdenken auch mit einem ganz konkreten Initialimpuls zu versehen?*

**R.:** Über die Frage, wie die Theologieausbildung richtig zu gestalten ist, wird in der Tat schon seit langem nachgedacht. Wir haben in Deutschland hauptsächlich das Erbe der Reformation und der Schleiermacherschen Hochschulreform. Beide gehen sehr stark von der Philologie aus: das Verständnis des Wortes, des Wortes Gottes in den Ursprachen, steht im Vordergrund der Bemühungen. Gute Sprachkenntnisse gelten als der eigentliche Ausweis des Theologen. Das hat aber zur Folge, daß im Unterschied zur katholischen Kirche andere Kompetenzen zu kurz kommen: vor allem die systematische Kompetenz, d.h. die Aneignung konstruktiven Denkens. Dadurch fehlt der unmittelbaren Gegenwartsaussage der Theologie die Lebendigkeit und die Deutlichkeit. Es wird zu viel aus dem Gefühl, aus dem Einfall, aus der modischen Anregung heraus geredet und gehandelt. Die katholische Ausbildung stellt daher die philosophische Ausbildung an den Anfang der Theologieausbildung und betont diese Seite der theologischen Arbeit.

Das Problem des Umfangs und der Art der Theologenausbildung hat sich in der Gegenwart noch dadurch verschärft, daß verstärkt die Übermittlung der Inhalte der kirchlichen Aussagen und Handlungen zu bedenken ist. Soll es dem Zufall überlassen bleiben, ob diese Vermittlungskompetenz vorhanden ist oder nicht?

Am Anfang des vorigen Jahrhunderts ist die Disziplin der Praktischen Theologie aufgebaut worden mit der Bemühung um Predigtausbildung, Unterrichtsvorbereitung, Seelsorge. Doch gerade diese Bemühungen greifen während der langen Ausbildungszeit des Theologiestudiums nicht richtig. Es gibt kein angemessenes Übungsfeld. Die Studenten haben zu wenig Berührung mit ihren künftigen Aufgaben. Während der theologischen Ausbildung wird ein- oder zweimal gepredigt. Das soll dann für die gesamte rhetorische Ausbildung genügen?

Es kamen noch andere Anliegen hinzu. Vor allem ist die Kirche herausgefordert durch ihre Situation als Minderheit in der Gesellschaft. Sie kann sich nicht darauf verlassen, daß die Menschen zu ihr kommen und die normierten Angebote akzeptieren. Es ist notwendig, die Christen zum Nachdenken, zum Reden und zum Gespräch mit Andersdenkenden zu führen. Die theologische Ausbildung entwickelt fast nur eine monologische Kompetenz des künftigen Mitarbeiters der Kirche. Das liegt an dem Vorbild, das ihm während des Studiums gegeben wird. Der Professor hält seine Vorlesung, und auch im Seminar redet er überwiegend allein. Es gibt zwar Fragen und Reaktionen, aber in der Regel mündet die Veranstaltung in eine Einzelleistung des Dozenten. Auch für die Eigenleistung der Studierenden in den Seminaren gibt es nicht genügend Aussprachemöglichkeiten zwischen Dozent und Student. Die schriftlichen Ar-



beiten werden ungenügend vorbesprochen. Das Ergebnis ist, daß die Studenten an der Sekundärliteratur hängen und das eigene Urteil nicht schnell genug finden. Das trifft besonders die Leute mit mittlerer Begabung, die auf diese Weise auf ihren Beruf nur ungenügend vorbereitet werden.

Die Theologie ist darüber hinaus herausgefordert durch die anthropologischen Wissenschaften: Soziologie und Psychologie. Sie dringen gewollt oder ungewollt in die Theologie ein. Wenn die Theologie auf diese Auseinandersetzung nicht rechtzeitig und planmäßig eingeht, entwickelt sich ein ungeklärter Selbstlauf: teils übertriebene Abweisung, teils eine kritiklose Einbeziehung in die theologische Arbeit. Der Umgang mit den anthropologischen Erkenntnissen kann aber nicht nur theoretisch geschehen, sondern beruht auf eigener Erfahrung, auf Seelsorge am Krankenbett, Gruppenarbeit in den Gemeinden und so fort. Man kann hier nichts theoretisch verhandeln, wenn man nicht den Prozeß ein Stück weit selbst probiert hat.

Es war unser Anliegen, alle diese Probleme durch ein entsprechendes Modell einer Lösung zuzuführen. Geplant war eine Dreiteilung des Studiums. In den ersten beiden Jahren sollte nur eine Sprache gelernt werden, das Griechische, um das Neue Testament zu verstehen. Gleichzeitig sollten alle Gebiete der Theologie in Einführungs- und Grundkursen vorgestellt werden.

Dabei sollte auch die eigene Erfahrung und das eigene Erkennen der Studierenden und ihr eigenes Handeln in der Gemeinde genügend einbezogen werden. Der lange, schwierige Anlauf des Erlernens von drei alten Sprachen sollte nicht mehr die Hauptaufgabe der Studenten in den ersten Studienjahren sein, wo jetzt die Überlastung und Desorientierung unverkennbar sind.

Dieser Einführungsphase sollte eine Praxiserprobung in einer Gemeinde von einem Jahr folgen, damit der Umgang mit den ersten theologischen Erkenntnissen und die Erprobung der eigenen Möglichkeiten sich entfalten könnten. Für die dritte Studienphase war dann eine Spezialisierung vorgesehen. Das Ziel der Spezialisierung war, daß in der künftigen Tätigkeit nicht nur eine allgemeine Kompetenz notwendig ist, sondern daß theologische Weiterarbeit auf verschiedenen Gebieten durch Zusammenarbeit der Mitarbeiter untereinander und mit den Gemeindemitgliedern die Gemeindegarbeit gefördert werden könnte. An allem weiterzuarbeiten ist dem Theologen angesichts der Fülle seiner Aufgaben zu schwierig. Deshalb die Hinwendung zu bestimmten Teilbereichen der theologischen Arbeit. Der Umgang mit den alten Sprachen sollte deshalb zum Ergebnis haben, daß das Hebräische für die Exegese und das Lateinische für die Systematik wie die Kirchengeschichte nach dem Studium auch wirklich benutzt werden

können und daß in den Pfarrkonventen für sachlich nötige Informationen genügend Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Geschieht diese Akzentuierung nicht, dann besteht die Gefahr, daß der Umgang mit den alten Sprachen ein reines Bildungserlebnis ohne Folgen für die spätere Tätigkeit darstellt.

Bei der Spezialisierung sollte auch eine gute Bearbeitung der systematischen Aufgaben im Studium zum Zuge kommen, wichtig für die Auseinandersetzung mit anthropologischen Themen und dem Marxismus. Dafür sollte die Anleitung zum selbständigen Handeln dienen.

Die systematische Ausbildung ist heute sehr historisch orientiert. Man führt die Hauptfragen der Theologie anhand der Aussagen führender Theologen vor: Augustin, Luther, Barth u. a. Das sind Türme, und auf diese Türme trauen sich viele Studenten nicht. Sie verlieren den Mut, ihr eigenes Türmchen zu bauen und eigene Einsichten systematisch zu verarbeiten. Für diesen Prozeß selbständiger Eignung sollte Zeit und Raum gegeben werden. Das gleiche gilt für den dritten Bereich der theologischen Arbeit, die Praktische Theologie, die sich mit den Umsetzungsprozessen und den methodischen Möglichkeiten der Arbeit des Pfarrers und der Gemeinde beschäftigt. Auch dafür sollte im Kontakt mit den anthropologischen Wissenschaften durch die Spezialisierung mehr Raum geschaffen werden.

Die Schlußphase des Studiums sollte auf der einen Seite der Zusammenfassung des Erlernten und Erkannten dienen und auf der anderen Seite der bewußten Koordinierung der Gedanken. Die theologische Aussprache, die Kontroverse und die Verständigung sollten durch komplexe Seminare gefördert, das Zusammenwirken der Disziplinen, vor allem aber sowohl Kontroverse wie Verständigung gelernt werden. Damit sollte einem Schwachpunkt der theologischen Ausbildung entgegengewirkt werden. Sie ist zu sehr auf die Ausarbeitung eines persönlichen Standpunkts, also auf Individualisierung orientiert. Eine ganz persönliche Position zu gewinnen, gelingt vielen nicht, und sie sind dann geneigt, sich bestimmten Lehrmeinungen und modischen Bewegungen anzuschließen. Trotzdem ist die Grundtendenz zu sagen, „ich bin ich“ in der theologischen Ausbildung und bei den Pastoren sehr stark und wirkt sich in der Gemeinde sehr negativ auf die Verständigungsprozesse aus. Während die christliche Gemeinde auf einem Zusammenfinden der einzelnen beruht, werden die Studenten in der bisherigen Ausbildung darauf hingeführt, sich voneinander zu unterscheiden. Deshalb sollte geübt werden, mit anderen planmäßig und sinnvoll zusammenzuarbeiten, ohne die Eigenständigkeit zu verleugnen. Bisher hat man versucht, diesen Prozeß, nach der theologischen Hauptausbildung im Studium durch Arbeit

an den Predigerseminaren nachzuholen. Das kommt aber zu spät. Das Studium prägt die Absolventen so stark, daß sie sich hinterher nur schwer in ein anderes Ausbildungs- und Verhaltensmodell hineinfinden können.

**P.:** *Gab es neben den internen Defiziten der theologischen Ausbildung auch solche im Verhältnis zum gesellschaftlichen Umfeld, deren Behebung damals intendiert war? Und: Welche der politischen Rahmenbedingungen des Theologiestudiums in der DDR der 70er Jahre meinten Sie für eine Ausbildungsreform in besonderem Maße berücksichtigen zu müssen?*

**R.:** Bei der kirchlichen Ausbildungskonzeption, die die genannten Anliegen zusammenfaßte, hatten wir zu fragen, von welchem Ansatz in der Beschreibung der geistigen Situation auszugehen war. Da bot sich die These von einer voll in den Sozialismus integrierten Theologie an, die damals mit verschiedenem Zungenschlag vertreten worden ist. Hanfried Müller wollte auf der Basis einer dialektischen Theologie und anknüpfend an einen mißverstandenen Bonhoeffer die Ethik ganz der Bestimmung durch die marxistischen Thesen überlassen. Die CDU vertrat das gleiche Anliegen mit der These „Gemeinsame Basis von Marxismus und Christentum basierend auf dem Humanismus“. Sicher hätte der Staat gerne gehört, daß wir als Ausgangspunkt benutzt hätten: „Kirche für den Sozialismus“. Wir haben diesen Ansatz bewußt vermieden und sind ausgegangen von der Minorisierung, der spürbaren Verkleinerung der Kirche, dem Verlust der sogenannten „Volkskirche“. Wir haben angeknüpft an die Fragen der weltweiten Säkularisierung. Wir haben den Sozialismus nicht als Hauptgegner betrachtet, sondern als Teil des geistigen Gesamtprozesses, der menschliche Autonomie und Atheismus zum Ausgangspunkt nimmt. Auf diese Fragen sollten sich auch mit ihrer Ausbildung Kirche und Theologie einstellen. Das hatte auch die praktische Folgerung, daß die kleine Zahl der Christen in der Lage sein sollte, dialogisch und werbend zu wirken und eine überwiegend direktive Verhaltensweise aufzugeben.

Diesen Ansatz haben die westdeutschen Vertreter der Kirche vermutlich als eine gewisse sozialistische Variante von Kirche begriffen. Sie haben das früher zwar nicht so direkt gesagt, heute wird es aber deutlich ausgesprochen. Es handelte sich indessen um einen Reformversuch, der sich als eine Antwort auf die allgemeine Herausforderung durch den Säkularismus und speziell durch den Sozialismus verstand.

Wir empfanden es so, daß die sozialistische Gesellschaft die Kirche daran erinnerte, in welchem Maße sie sich in ihrem Pfarrerstand auf die akademische Ausbildung verließ und in welchem Maße sie Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft auf die Kirche anwendete. Das ist von uns als Belastung empfunden worden und sollte zu einer strukturellen Erneuerung und Verhaltensänderung führen. Die theologischen Fakultäten bzw. Sektionen an den staatlichen Universitäten wurden in die Bemühungen um eine kirchliche Ausbildungsreform einbezogen und konnten deshalb den Versuch einer Umbildung der theologischen Ausbildung durch den sozialistischen Staat leichter ertragen oder bestimmte Zuspitzungen dieses Versuches vermeiden. Die staatliche Studienreform legte den Theologiestudenten allgemein gesellschaftliche Bedingungen auf: Teilnahme am Unterricht in Marxismus-Leninismus und Sport. Angestrebt war aber auch eine Umschichtung in der Theologie durch die besondere Akzentuierung der neueren Kirchengeschichte und die Einführung des Faches Ökumenische Theologie. Bei der Ökumenischen Theologie ging es weniger um Struktur und Geschichte der Ökumene und die innere Verständigung der christlichen Kirchen, sondern um die von der Zeit aufgegebenen Fragen, die im Sinne des Sozialismus beantwortet werden sollten: die soziale Frage, die Loslösung von Kolonialismus, die Frage der Rassen, die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Lehrstühle dieses Fachgebietes wurden deshalb auch in besonderem Maß von Dozenten besetzt, die der staatlichen Politik nahe standen.

**P.:** *Wie sollte nun aber trotzdem das gesellschaftliche System der DDR in dem intendierten Ausbildungskonzept vorkommen bzw., wie Sie einmal sagten, „nicht draußen bleiben“?*

**R.:** Leider hat der sozialistische Staat eine direkte Auseinandersetzung zwischen seinen Grundthesen und den christlichen Ansätzen nicht gewünscht. In der Anfangszeit ist das an den Theologischen Fakultäten manchmal versucht worden. Es wurde aber planmäßig unterbunden. In Halle hat Professor Ernst Barnikol angefangen, über Wilhelm Weitling, den er erforscht hatte, Vorlesungen zu halten und sich dem Thema Christentum und Sozialismus zu widmen. Das wurde ihm verboten. An den kirchlichen Ausbildungsstätten wurden wir vom Staat aufgefordert, Sozialismus durch marxistische Dozenten lehren zu lassen. Das haben wir verweigert, weil wir die kirchliche Arbeit selbständig halten wollten. Nur in Leipzig hatte man versucht, einen mittleren Weg - Kurse an der Volkshochschule durch Marxismus-Dozenten - zu finden. An den theologischen Sek-

tionen ist die Sozialismusvermittlung von Dozenten für Marxismus-Leninismus in eingeschränkter Form geboten worden. Am Anfang hat man auch die philosophischen Grundlagen einbezogen. Ich habe in Halle noch erlebt, wie auch die Theologiestudenten sich darauf eingelassen haben und intensive Dialoge entstanden. Aber schon nach einem oder zwei Semestern wurde dieser Versuch aufgegeben. Die Unterbindung eines echten Dialoges ist meines Erachtens für die ethischen Absichten der DDR ein großer Schaden gewesen. Man hat sich im Denken und Fühlen nicht mehr herausfordern lassen. Die atheistisch-sozialistischen Kräfte hätten eine Chance gehabt, geistig beweglich zu bleiben. Deshalb blieb alles Gespräch an den Hochschulen und in der Gesellschaft oberflächlich und einseitig.

Den Marxismus im theologischen Ausbildungsgang zu verankern, war also schwierig. Die kirchlichen Ausbildungsstätten und wohl auch die Sektionen haben aber an anderer Stelle, etwa in den Vorlesungen über Kirchengeschichte oder Systematik, Berührungs- und Differenzierungspunkte herausgearbeitet. Mutig und entschieden sind diese Versuche allerdings nur selten gewesen. Im Katechetischen Oberseminar hat Herr von Roden die Pariser Manuskripte von Karl Marx in einem Seminar behandelt, um eine undifferenzierte Ablehnung des Marxismus bei den Theologiestudenten abzubauen und sie an die Grundfragen dieser Philosophie heranzuführen. In den letzten Jahren der DDR ist es auch in der Theologie zu einer verstärkten Beschäftigung mit ethischen Generalfragen gekommen. Das war nicht auf die politisch aktiven Gruppen allein beschränkt. Die ethischen Gesamtnöte der Welt haben ihren Platz auch in der theologischen Ausbildung an beiden Formen von Einrichtungen gehabt. Ein Teil der Herausforderung kam durch die Studenten, auf die die Dozenten dann eingegangen sind. An den kirchlichen Ausbildungsstätten waren zum Beispiel die Bewegung des Prager Frühlings und die Studentenbewegung in Berlin mit Rudi Dutschke und anderen stark zu spüren. Thesen, auch radikal-marxistische, wurden vorgebracht, und es ist zu Auseinandersetzungen darüber gekommen. Es wurde gefordert, die Fragen der Soziologie in alle theologischen Fächer, auch in die exegetischen und historischen, einzuführen. Zu einer generellen Umprägung des theologischen Lehrprogramms ist es aber damals nicht gekommen. Eine andere Strömung versuchte, die psychologischen Implikationen der Anthropologie in die theologische Ausbildung hineinzutragen. Das wurde besonders im Westen Deutschlands in großem Maße unternommen. Auch in der DDR sind besondere Ausbildungsgänge nach der theologischen Grundausbildung angeboten worden und fanden großes Interesse. Innerhalb der theologischen Ausbildung blieb es

aber bei vereinzeltten Experimenten. Es kam nicht zu einer durchdachten Einbeziehung in die Gesamtausbildung.

**P.:** *Franz-Heinrich Beyer hat in seiner Untersuchung zur Perspektive „Gemeinde“ in der theologischen Ausbildung der DDR\* dargestellt, daß diese Perspektive sehr zentral war im Unterschied zu Westdeutschland. Wenn ich Ihre Darstellungen dagegen halte, dann hat Beyer entweder unzulässig verallgemeinert von einer Einzeluniversität - er bezieht sich ja vornehmlich auf die Rostocker - auf die gesamte Ausbildung, die es in der DDR gegeben hat, oder ich habe das mißverstanden. Denn was er als Realität beschreibt, das klingt bei Ihnen so, als hätten Sie daran 20 Jahre lang gearbeitet, ohne viel erreicht zu haben.*

**R.:** Wenn man ein großes Ziel hatte und dahinter zurückgeblieben ist, ist man in der Versuchung, zu verkleinern, was tatsächlich erreicht worden ist. Immerhin haben sich im Hochschulbereich mehrere Dozenten für einen Gemeindebezug der Ausbildung eingesetzt und waren generell aufgeschlossen gegenüber dem Anliegen der Gemeinde- und Ausbildungskonzeption. Ich möchte besonders Professor Klaus-Peter Hertzsch in Jena nennen, auch Heinrich Fink in Berlin und schließlich Professor Rüdiger Kiesow in Rostock, der der Lehrer von Franz-Heinrich Beyer gewesen ist. Sie alle haben großen Wert auf die Berührung mit der Gemeinde und Interesse an der Einführung von Praktika gehabt.

Einen entsprechenden Ansatz gab es in Naumburg, der aber nicht voll zur Durchführung gekommen ist. Die Naumburger Arbeit kam ja von der Pädagogik her, wie der Name Katechetisches Oberseminar signalisiert. Ursprünglich sollte es eine Ausbildung sein, die kirchliche Mitarbeiter für den Unterricht in der Oberstufe der Schulen vorbereitet. Man hatte zuerst die Hoffnung, daß die Ausbildung in der Schule durchgeführt werden könnte. Dann versuchte man innerhalb der Gemeinden, einen planmäßigen Unterricht anzusiedeln. Das ist nicht gelungen, und der notwendige Anschluß an offene Formen, wie sie in der Jugendarbeit üblich waren, wurde nicht rechtzeitig gefunden. Von dem Interesse an Unterricht und Jugendarbeit aus haben die Naumburger versucht, ein größeres Praktikum von einem Semester mit guter Begleitung und Vorbereitung in das Studium einzubauen. In Naumburg sind auch häufig Seminare durchgeführt worden, bei denen Theologen und Pädagogen unmittelbar zusammengearbeitet haben, um nicht nur historische und systematische Einsichten zu erreichen, son-

---

\* „Theologiestudium und Gemeinde. Zum Praxisbezug der theologischen Ausbildung im Kontext der DDR“, Göttingen 1994.

dern auch die Vermittlung und Umsetzung zu besprechen und durchzuführen. Diese Ansätze haben leider keine grundlegende Bedeutung für den Studiengang bekommen.

**P.:** *In den 70er Jahren war auch eine staatliche Rahmenstudienordnung für die "Grundstudienrichtung Theologie" erlassen worden. Das war gleichsam auch eine Reform, allerdings von staatlicher Seite, die jedoch Ihr Arbeitsfeld unmittelbar berührte.*

**R.:** Ja, diese Reform ist etwa 1975 zustande gekommen. Wir haben von der kirchlichen Ausbildungsarbeit her aufgrund der bestehenden kirchlichen Ausbildungsgesetze dagegen Bedenken geäußert. Die Ordnung ist vor ihrer Verabschiedung auch noch etwas revidiert worden, um den Abstand zu den kirchlichen Erfordernissen nicht zu groß werden zu lassen. Man ist unserem Einspruch gefolgt und hat die Normalanforderung beibehalten, aber die Spezifika, die ich genannt habe, hinzugefügt. Dieses Ergebnis hat den Professoren, die die Tradition bewahren wollten, die Möglichkeit gegeben, in der konkreten Ausformung des Studienplanes ihre Anliegen durchzusetzen. Das ist aber zum Teil auf Kosten echter Reformbemühungen gegangen.

Wie man mit den staatlichen und kirchlichen Anforderungen umgegangen ist, hing mit der unterschiedlichen Fakultätssituation zusammen. Die Hallesche Fakultät war relativ konservativ. In Jena bildete sich keine deutliche Richtung aus. In Leipzig standen staatsnahe und kirchlich-konservative Kräfte nebeneinander, haben sich aber an ein gewisses Zusammenwirken gewöhnt. Vor allem in Berlin kam es zu Zusammenstößen solcher Gruppen und dann zu mühsamen Entflechtungsversuchen. In dieser Richtung hat besonders Professor Karl-Heinz Bernhardt als ein Pazifikator gewirkt. Sein Nachfolger, Heinrich Fink, hat die Kampfbereiten dadurch auseinandergehalten, daß er durch Gastvorlesungen eine Fülle von aktuellen Impulsen an die Studenten heranbrachte. Diese starke Beteiligung an aktuellen Problemen hat freilich eine kontinuierliche theologische Arbeit erschwert. In Greifswald ist von Traugott Holtz und Hans-Jürgen Zobel eine pragmatische Politik betrieben worden. Auf der einen Seite hat man sich an der Arbeit der CDU beteiligt, auf der anderen deutlich eine eigenständige Position eingenommen und guten Kontakt mit der dortigen Landeskirche gehalten.

Insgesamt habe ich den Eindruck, daß die Fakultäten den staatlichen Studienplan mehr formal einhielten, aber den Neuerungen, so gut es ging, ausgewi-

chen sind. Grundsatzauseinandersetzungen vor den Studenten oder der Öffentlichkeit sind aber nicht oder nicht mehr geführt worden. Am Ende der DDR-Zeit war eine Überarbeitung der Rahmenstudienordnung im Gange. Sie wurde nicht mehr in Kraft gesetzt.

**P.:** *Wie stand es in diesem Zusammenhang um die staatliche Anerkennung der kirchlichen Ausbildungsstätten?*

**R.:** Die theologischen Ausbildungsstätten in Berlin, Leipzig und Naumburg hat der sozialistische Staat nicht anerkannt und hätte sicher gerne einen Weg gefunden, sie auszuschalten. Entsprechende Drohungen hat es gegeben.

Die proklamierte Trennung von Staat und Kirche hat es aber erschwert, an dieser Stelle zu handeln. Die Handhabe des preußischen Kirchenvertrages, der ein Monopol staatlicher Ausbildung von Pfarrern vorsah, konnte nicht mehr in Anwendung kommen. Preußen war aufgelöst, und der Kirche konnte eine eigenständige Tätigkeit im Bereich der Ausbildung nicht gut verwehrt werden. Außerdem war der Kampf der Bekennenden Kirche um eine eigene theologische Ausbildung wohl noch im Hinterkopf. Damals ist es zu einem großen Prozeß gegen die selbständige Ausbildungsarbeit der Bekennenden Kirche gekommen. Heinrich Vogel und Martin Albertz wurden verurteilt. Es gab aber auch den Versuch des sozialistischen Staates, über die Duldung hinaus, auch Einfluß auf die Ausbildungsstätten zu erhalten. Man wünschte die Anstellung von Marxismus-Dozenten an den Bildungsstätten. Das ist von Berlin und Naumburg strikt abgelehnt worden. In Leipzig hat man sich für einen Kompromiß entschieden. Die Studenten waren verpflichtet, an Volkshochschulkursen über Marxismus-Leninismus teilzunehmen. Natürlich sind die kirchlichen Ausbildungsstätten politisch und geheimdienstlich besonders überwacht worden.

**P.:** *Haben die DDR-Kirchen ihre drei theologischen Hochschulen völlig aus eigener Kraft finanzieren können?*

**R.:** Nein. Formal sind alle Gelder aus kirchlicher Hand gekommen. Die von der EKID zur Verfügung gestellten Gelder stammten aber zum Teil aus Mitteln, die das gesamtdeutsche Ministerium der Bundesregierung zur Verfügung gestellt hat. Vielleicht stammten von den Gesamtmitteln 15 oder 20 % aus dieser Quelle. Die EKID hat diese Mittel an die Ausbildungsstätten weitergegeben. Zu einem direkten Kontakt mit staatlichen Stellen in der Bundesrepublik ist es für die



Ausbildungsstätten also nicht gekommen. Die Bundesrepublik wollte mit ihrer Unterstützung noch eine gewisse geistige Öffnung der Gesellschaft der DDR erreichen. Diese Mittel dienten vor allem der Lieferung von aktueller theologischer Literatur und der Ermöglichung von Bauvorhaben. Die Normalversorgung der Ausbildungsstätten, also das Geld für die Dozenten und Angestellten, sind durch die DDR-Kirchen selber aufgebracht worden, aber auch Zuschüsse der westdeutschen Kirchen sind verwendet worden.

**P.:** *Genügten denn die Studienplatzkapazitäten - kirchliche Hochschulen und theologische Universitätssektionen zusammengenommen -, oder gab es Wünsche nach Kapazitätserweiterungen?*

**R.:** Die bei den Fakultäten festgelegte Anzahl von Studienplätzen reichte an einigen Fakultäten nicht aus. Deshalb der Wunsch nach Erhöhung der Studienplätze. An den kirchlichen Einrichtungen gab es keine derartige Festlegung. Die Möglichkeiten der Unterbringung und Unterrichtung sind nicht immer ausgeschöpft worden. Aber auch kleinere staatliche Fakultäten haben die Studienplätze oft nicht nutzen können. Sie waren deshalb daran interessiert, auch Bewerber ohne ausreichende Vorausbildung oder Bewerber, die die kirchlichen Vorausbildungsstätten absolviert hatten, zu übernehmen. Es sind auf diese Weise an die staatlichen Fakultäten auch Studierende gekommen, die nicht die zureichende Befürwortung der erweiterten Oberschulen hatten. Man ist dann den Weg der Sonderaufnahmeprüfungen gegangen und hat die etwa vom Naumburger Proseminar oder vom Kirchlichen Oberseminar in Potsdam-Hermannswerder kommenden Studenten ganz übernommen, ohne den Abschluß dieser kirchlichen Ausbildung formal anzuerkennen. Das ist auch an der Theologischen Fakultät in Leipzig in größerem Maße geschehen, als das Theologische Seminar, das frühere Missionsseminar, die Fakultät zu überflügeln begann. Den Weg der Sonderaufnahmeprüfungen haben aber alle Theologischen Fakultäten der DDR beschritten.

**P.:** *Die Reform der Ausbildung sollte, wie Sie eingangs sagten, nicht allein das Theologiestudium betreffen. Sie sollte vielmehr vom Grundsatz her alle kirchlichen Ausbildungswege einbeziehen.*

**R.:** Ja, der Ansatz war wesentlich weiter gespannt und ist in engem Kontakt mit der Gemeindekommission beim Bund und deren ersten Vorsitzenden, Oberkir-

chenrat Dieter Mendt, entwickelt worden. Es ging darum, die Bedeutung einer lebendigen und aktiven Gemeinde in den Vordergrund zu rücken, die sich in der sozialistischen Gesellschaft zu bewähren hat. Die deutliche Verminderung und Bedrohung der Kirche sollte als Reformansatz genutzt werden, um Ballast abzuwerfen und zur eigentlichen Gestalt der Kirche zu kommen.

In diesem Zusammenhang war es wichtig, daß neben den Theologen andere kirchliche Berufe erhalten wurden und einen genügenden Anteil an der kirchlichen Arbeit erhielten. Das betraf Katecheten, Diakone, Kirchenmusiker. Ihre Stellung in der Kirche war - wie der Dienst der Diakone - höchst unklar oder ernsthaft bedroht - wie die Stellung der Katecheten. Es war auch die nach dem Kriege entstandene Ausbildung und die Dienststellung der Prediger zu bedenken. In Dienst und Ausbildung standen die Prediger den akademisch ausgebildeten Theologen sehr nahe. Ihre Ausbildung enthielt aber Neuansätze, die eine dienstrechtliche Gleichstellung erschwerten. Einmal wurden Bewerber angenommen, die schon eine andere Berufsausbildung hatten, also eine Lebenserfahrung mitbrachten. Zweitens wurde von den Erfordernissen des Abiturs abgesehen und die Sprachausbildung gemindert. Drittens war die Ausbildungsmethode stark seminaristisch und dialogisch angelegt. Die erste ausbildungspolitisch wichtige Aufgabe der Kommission und meine Aufgabe als Sekretär war es daher, die Ausbildungsgestaltung und die Ausbildungsdauer zu klären und den sozialen Unterschied zwischen den Theologen und den Predigern durch ein entsprechendes Gesetz auszugleichen.

**P.:** *Bei der Gleichstellung von Predigern und Pfarrern waren Sie offenkundig erfolgreich gewesen in den 70er Jahren.*

**R.:** Das ist richtig. Der Gehaltsunterschied zwischen diesen beiden Gruppen konnte abgebaut werden. Die Ausbildung wurde auf das gleiche Niveau angehoben, allerdings mit verschiedener Akzentuierung. Die Absolventen beider Ausbildungen wurden in dem zweiten Ausbildungsabschnitt zwischen dem Ersten und dem Zweiten theologischen Examen in der Predigerseminarausbildung zusammengeführt. Bei diesen Kursen konnten die unterschiedlichen Ansätze aufeinander stoßen und das Zusammenwirken im Beruf vorbereiten.

Das alles wird jetzt leider zurückgenommen, und es besteht die Gefahr, daß die Predigerausbildung ganz verschwindet. Die Predigerschule in Erfurt ist beendet worden. In Berlin steht das gleiche bevor. Schon früher wurde eine ähnliche Ausbildung in Celle eingestellt. Alles soll wieder in akademischer Ausbil-

dung geschehen. In den Kirchen der DDR kamen aber zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent von denen, die die Leitung der Gemeinden innehatten, aus der Predigerausbildung. Das hatte für die Struktur der kirchlichen Arbeit Bedeutung. Der Zugang zu verantwortlicher Arbeit war nicht den Absolventen von Oberschulen vorbehalten, sondern auch Menschen mit einer anderen Herkunft und einer anders gearteten Lebensorientierung offen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Gleichstellung der Prediger mit den akademischen Theologen war die Aufhebung des Gehaltsunterschieds. Es ging uns aber nicht nur um die Prediger, sondern auch um die Katecheten. Sie haben in der ersten Nachkriegszeit eine wichtige Rolle in der Gemeindegemeinschaft gespielt, waren aber als Berufsstand zunehmend gefährdet. Ihre Ausbildung fand in Greifswald, Wernigerode, Radebeul und in Eisenach auf dem Hainstein statt. Ich habe versucht, die Katecheten aus ihren sehr ungünstigen dienstlichen Konditionen herauszuführen. Das sollte sowohl in der Ausbildung wie in der Dienstordnung geschehen. Ein Anfang in dieser Richtung war die Einrichtung einer Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogen in Potsdam, die als Modell für andere dienen sollte. Diese Ausbildung entstand um 1980 und sollte für die Gemeinden die Mitarbeiter ausbilden, die sich besonders der Kinder- und Jugendarbeit widmen konnten, aber nicht in der Lage sein sollten, eine Gemeinde zu betreuen. Auch auf dem Hainstein in Eisenach ist diese Richtung der Ausbildung begonnen worden. Die Thüringer waren eigentlich gegenüber der Ausbildungskonzeption sehr reserviert, haben sich dann aber doch zu diesem Schritt entschlossen. Die Diskussion über die Anhebung des Katechetenstandes und die Ausprägung des Gemeindepädagogen hat eine starke Auseinandersetzung hervorgerufen, weil die Absolventen auch ordiniert werden sollten. Nur ein Teil der Kirchen hat sich unserem Weg angeschlossen.

Schließlich war auch der Berufsweg der Diakone zu bedenken. Die wichtigsten Ausbildungsstätten waren Moritzburg, wo die Ausbildung überwiegend katechetisch ausgerichtet war, und das Stephanus-Stift in Berlin-Weißensee, wo die Ausbildung breiter angelegt war und zunächst keine spezifische Ausrichtung hatte. Bei den Diskussionen um die Dienststellung und die Dienstrichtung der Diakone spielte der Verband der Diakone eine große Rolle. Unser Bestreben war, die Diakone ganz auf ihre diakonische Ausrichtung hinzuführen und sie fest in der Gemeinde zu verwurzeln. Die Moritzburger Diakone allerdings hätten am besten in die Ausbildungsrichtung Gemeindepädagogen gepaßt. Auch mit der Neuorientierung der Diakone sollte eine Anhebung des Berufsstandes, eine Angleichung an den Pfarrerstand verbunden sein.

**P.:** *Herr Rabenau, angenommen, Sie wären in Westdeutschland gewesen, hätten dort gelebt und gewirkt: Halten Sie es für wahrscheinlich, daß Sie dort dieselben Thesen entwickelt hätten, weil die Säkularisierung gegenüber der sozialistischen Bewußtseinserziehung das Dominante innerhalb des DDR-Bedingungsgefüges war?*

**R.:** Ich bin mir nicht sicher, aber ich hoffe ja. Ich habe meine Erfahrungen seit der Schulzeit gesammelt, die noch in das Ende der Weimarer Zeit fiel, und dann in der Zeit des Nationalsozialismus. Da waren entscheidende Säkularisierungsschübe zu spüren. Der Sozialismus hat sicher eine prinzipielle Areligiosität und Kirchenfeindlichkeit gefördert, sie wurde aber von der generellen säkularistischen Einstellung unterstützt und begünstigt. Es ist heute zu spüren, daß in Westdeutschland im öffentlichen Leben die antireligiöse Einstellung fast das gleiche Gewicht hat wie im Sozialismus der DDR. Es wäre deshalb kurzsichtig, wenn sich die Kirche darauf nicht einstellte: nicht nur in einzelnen geistigen Gefechten, sondern auch durch eine Strukturreform der Kirche.

**P.:** *Lassen sich in dieser Perspektive die 17jährigen Bemühungen Ihrer Kommission resümieren?*

**R.:** Ich will es versuchen. Unser Konzept hatte zwei Teile: Es sollte auf der einen Seite die kirchlichen Berufe deutlich voneinander abheben, sie aber auf der anderen Seite auch aufeinander beziehen. Die theologische Ausbildung sollte sich in dieses Gesamtmodell sinnvoll einfügen. Die Theologen sollten wesentlich als geistiger Motor wirken, aber nicht die Dominanz behalten, die sie nach der Tradition besaßen. Pädagogen, Diakone und Kirchenmusiker sollten mit ähnlicher Verantwortung und Würdigung ihres Dienstes in der Gemeinde tätig werden. Das war eine weitgefaßte Idee. Die damalige Lage erweckte den Eindruck, daß die Kirche verändert werden könnte und müßte. Doch je schwächer die DDR wurde, umso geringer wurden die Bemühungen um eine Reform. Man hat sich wieder den alten Modellen zugewandt. Den wichtigsten Einschnitt habe ich in dem Lutherjahr 1983 gesehen. Vom sozialistischen Staat wurde Luther jetzt als ein Revolutionär angesehen, der es geschafft hat, seine Sache so zu stabilisieren, daß sie unanfechtbar war. Er galt als der Kirchengründer, als Feind ständiger Veränderung. Es ist unter diesem Gesichtspunkt in der Staatsführung offenbar ein echtes Interesse an seiner Lebensleistung entstanden. In der Kirche

aber entstand das Gefühl, daß die eigentliche revolutionäre Phase des Sozialismus vorüber war und die Kirche in der Gesellschaft aus den größten Anfechtungen heraus wäre. Dadurch entstand auch die Tendenz, eine grundsätzliche Reform der Ausbildung für überflüssig zu halten. Mit den Predigern war es noch gelungen, die geplante Angleichung durchzuführen. Bei der Erneuerung der Ausbildung von Katecheten und Gemeindepädagogen gab es schon erhebliche Hemmnisse, immerhin haben einige Kirchen mitgezogen, so Berlin-Brandenburg und die Kirchenprovinz Sachsen. Wenn die damalige Reformtendenz angehalten hätte, hätte noch mehr gelingen können.

Ich fürchte, daß die Kirche, wenn sie jetzt zu den alten Strukturen zurückkehrt, noch großen Pressionen ausgesetzt sein wird. Ihre Minoritätssituation erlaubt es der Kirche einfach nicht, in den Formen und Institutionen weiterzuarbeiten, die überkommen sind. Es ist zu spüren, daß die Decke zerreißt und daß das neue Gewebe, daß wir herzustellen versuchten, nicht fest genug geworden ist, um in dieser Situation eine Alternative bieten zu können. Die Auseinandersetzung um den Religionsunterricht in Brandenburg ist nach meiner Sicht ein Alarmzeichen. Während die Brandenburgische Regierung aus der religiösen Gesamtsituation eine Folgerung gezogen hat, will das die Berliner Kirchenleitung nicht anerkennen und diskriminiert diesen Versuch. Der Ansatz in einer pluralistischen Gesellschaft, den Brandenburger Weg zu gehen, wäre durchaus verheißungsvoll. Doch müßten sich alle daran beteiligen. Es gäbe dann die Hoffnung, daß die christliche Tradition wenigstens im allgemeinen Bewußtsein erhalten bliebe. Es sollte doch nicht vorkommen, daß Kinder eine Kirche betreten und nicht wissen, was der schmerzgezeichnete Mann am Altar für eine Bedeutung hat. Selbst gebildeten Menschen fehlen heute elementare Kenntnisse der christlichen Überlieferung. Sie treten christlichen Bildern in Museen mit demselben Unverständnis entgegen wie mythologischen Szenen der Antike. Aber auch dies gilt nicht nur für die Entwicklung im Osten, sondern kann im Westen in ähnlicher Weise beobachtet werden. Deshalb liegt mir viel daran, daß Versuche einer Verständigung in der Gesellschaft auf der Grundlage von Kenntnissen, von geistigem Ringen und vom Respekt voreinander gefördert werden.

## „Beitrag zur Klärung der Grundfragen christlicher Existenz“?

Zur Rolle der Ost-CDU an den Theologischen Fakultäten/Sektionen der DDR\*

**Peter Maser**

Ende der vierziger Jahre war die Junge Union besonders an den Hochschulen und Universitäten aktiv. An einigen Universitäten konnten CDU- und LDP-Hochschulgruppen bei den Studentenratswahlen im Wintersemester 1948/49 sogar Mehrheiten bis zu 70 Prozent erreichen.<sup>1</sup> In der SBZ und in Ost-Berlin ergriffen SMAD und SED daraufhin massive Repressionsmaßnahmen gegen die Hochschulgruppen der CDU und LDP, denen Karl Wilhelm Fricke bescheinigt, sie seien „geistige und politische Oppositions- und Widerstandszentren im akademischen Bereich gewesen“.<sup>2</sup> Ab Beginn der fünfziger Jahre mußten die Hochschulgruppen der CDU in der DDR ihre Tätigkeit dann nach und nach einstellen und deren Mitglieder in die Ortsgruppen umregistrieren. 1955 erklärte Günter Wirth, damals Sekretär der Parteileitung in Berlin und bis zum Sturz der SED-Diktatur für ideologische Grundsatzfragen in der Ost-CDU zuständig,<sup>3</sup> „die Christlich-Demokratische Union [sei] keine Volkspartei“ mehr. Sie müsse sich vielmehr als „kleinbürgerlich-demokratische Partei“ begreifen und deshalb die Führungsrolle der SED auch durch den Rückzug aus den Betrieben, Verwaltungen und Hochschulen anerkennen.<sup>4</sup>

---

\* erstveröffentlicht in hso 1/1996

<sup>1</sup> Vgl. M. Richter: Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung = Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19, Düsseldorf 1991, 2. Aufl., S. 80f.

<sup>2</sup> K.W. Fricke: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984, S. 60.

<sup>3</sup> Zu Wirth, 1929 in Sachsen geboren, der neben hohen Parteiämtern vor allem als Hg. des *Evangelischen Pfarrerblatts* und des *Standpunkts* hervortrat, vgl. J. Cerny (Hg.): Wer war wer - DDR. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1992, 2. Aufl., S. 490f.

<sup>4</sup> Vgl. G. Wirth: Über den Charakter der Christlich-Demokratischen Union, in: Zehn Jahre Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Festgabe, Berlin 1955, S. 36-39.

Spätestens also seit Beginn der fünfziger Jahre war die Ost-CDU nur noch ein Faktor - und gewiß nicht der einflußreichste - unter mehreren, die auf die Theologischen Fakultäten der staatlichen Universitäten in der DDR einwirkten. Zu diesen Einflußfaktoren, die in einem komplizierten Wechselspiel von Gemeinsamkeiten und oft unüberbrückbaren Gegensätzen die Wirklichkeit der Fakultäten bestimmten, gehörten die „zuständigen“ Kirchenleitungen, dann die Professoren- und Assistentenschaft, die Studenten, die sich an den Theologischen Fakultäten noch bis weit in die siebziger Jahre hinein eigenständige Organisationsstrukturen (z.B. den „Zehnerrat“ in Halle) erhalten konnten, die verschiedenen Ebenen der Universitätsleitung, der FDGB, die FDJ und im Hintergrund selbstverständlich stets gegenwärtig und aktiv die SED. Für die Ost-CDU jedoch war in diesem Beziehungsgeflecht kein fester Platz mehr vorbehalten.

Vieles hing davon ab, welchen persönlichen Einfluß die „Unionsfreunde“ innerhalb der Fakultät besaßen und in welchem Ausmaß sie bereit waren, diesen für ihre Partei einzusetzen. Dabei wird man davon ausgehen dürfen, daß die Generation der CDU-Mitglieder, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit an die Theologischen Fakultäten in der SBZ/DDR kamen, in aller Regel noch über einen größeren Einfluß verfügte und vielleicht auch deshalb eine größere Standfestigkeit besaß als die jüngeren Kollegen, die dann auch zu einem erschreckend großen Teil erfolgreich vom Ministerium für den Staatsicherheitsdienst der DDR angeworben wurden.<sup>5</sup>

In der Aktenüberlieferung der Abt. Kirchenfragen beim Hauptvorstand der Ost-CDU spielen die Probleme der Theologischen Fakultäten und Sektionen eine erstaunlich untergeordnete Rolle. Insgesamt etwa anderthalb große Aktenordner - mehr ist aus rund vierzig Jahren nicht übriggeblieben! Zwei Drittel dieses Materials sind allein der Humboldt-Universität Berlin zuzuordnen, an deren Theologischer Fakultät die Ost-CDU vergleichsweise stark vertreten war und in ständiger Auseinandersetzung mit dem SED-orientierten Flügel um den Systematiker Hanfried Müller stand.

---

<sup>5</sup> Vgl. G. Besier: „Pfarrer, Christen und Katholiken“. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR = Hist.-Theolog. Studien zum 19. und 20. Jh. (Quellen) 1, Neukirchen 1991, 2. Aufl., Register; Ders.: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993, S. 381-418; D. Linke: Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank = Hist.-Theolog. Studien zum 19. und 20. Jh. (Quellen) 3, Neukirchen 1994, S. 450-511. In der Öffentlichkeit sind noch längst nicht alle Fälle einer IM-Tätigkeit von theologischen Hochschullehrern hinlänglich bekannt. In einzelnen Fällen wird ein sicheres Urteil auch erst abzugeben sein, wenn die einschlägigen Akten des KGB öffentlich zugänglich geworden sind.

Einen ersten größeren Einsatz leisteten die „Unionsfreunde“ unter den Theologieprofessoren im Jahr 1952, als Ministerpräsident Otto Grotewohl die Theologischen Fakultäten als verfassungswidrig bezeichnete und vorschlug, eine „theologische Akademie in der DDR“ als Ersatz zu gründen.<sup>6</sup> Neben zahlreichen kirchlichen Persönlichkeiten meldeten sich auch Mitglieder der Ost-CDU in dieser Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung durchaus eindrücklich und kritisch zu Wort.<sup>7</sup> Bereits am 28.8.1952 verbreitete die Hochschulgruppe Greifswald eine Stellungnahme,<sup>8</sup> in der sich bereits alle Argumente finden, die vor dem Hintergrund der deutschen Universitätsgeschichte für die fortdauernde Einbindung der Theologen in die staatliche akademische Ausbildung sprechen. Wenige Tage später äußerte sich die Hochschulgruppe Rostock in ganz ähnlicher Weise.<sup>9</sup>

Am 10.9.1952 lud dann Günther Wirth einige CDU-Studenten zur Besprechung der Lage ein. Dieses Schreiben ist auch deshalb interessant, weil es zeigt, mit welcher Langzeitperspektive die Ost-CDU-Kader im Bereich der Theologischen Fakultäten in Position gebracht wurden. Als Teilnehmer vorgesehen waren u.a. die späteren Berliner Professoren Hans Georg Fritzsche (IM „Fritz“) und Hans Dieter Döpmann, der spätere Jenenser Praktologe Klaus-Peter Hertzsch, der spätere Hallenser Neutestamentler Traugott Holtz (IMV<sup>10</sup> „Prof. Baum“) sowie Wieland Scharnbeck (damals FDJ-Sekretär der Berliner Fakultät), Bernt Satlow (Halle) und Friederun Milde, verh. Fessen (spätere Hauptreferentin für Theologie im Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, GI<sup>11</sup> „Irene“). In dem Protokoll der Beratung, bei der Herbert Trebs, der spätere

---

<sup>6</sup> Vgl. den Brief Grotewohls an den Berliner Bischof Otto Dibelius vom 14.8.1952, in: *Kirchliches Jahrbuch* 79, 1953, S. 229-235.

<sup>7</sup> Nur der thüringische Oberkirchenrat Gerhard Lotz (als IM „Karl“ seit den frühen fünfziger Jahren tätig) wußte am 9.8.1952 dem Ost-CDU-Chef Götting zu berichten: „Die Trennung der theologischen Fakultäten würde von der Kirche nicht behindert werden, wenn ein Ausbildungsstab für die Kirche gewährleistet werden würde. Er denke hierbei an eine evangelische Universität zur Ausbildung von Pfarrern und besonderen Mitarbeitern der Kirche, wie Katecheten und Schwestern, Vorbild sei ihm hierbei die Katholische Universität in Polen.“ Vgl. F. Hartweg (Hg.): *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen 1*, bearb. von J. Heise = *Hist.-Theol. Studien zum 19. und 20. Jh. (Quellen)* 2/1, Neukirchen 1995, S. 79.

<sup>8</sup> ACDP (= Archiv der Christlich-Demokratischen Politik in Sankt Augustin) VII-013 Nr. 1808.

<sup>9</sup> Schreiben vom 3.9.1952; ACDP VII-013 Nr. 1808.

<sup>10</sup> IM-Vorlauf = Sammlung von Informationen über eine Person, die als IM angeworben werden sollte. (T. Krone et al.: *Wenn wir unsere Akten lesen*. Berlin 1992, S. 45)

<sup>11</sup> Geheimer Informator (IM-Bezeichnung bis 1968). (Ebd., S. 41)



Berliner Ökumeniker (GI „Anton“), die Parteileitung vertrat,<sup>12</sup> wurde festgehalten, daß die „anwesenden Theologiestudenten [...] nur für Staatsfakultäten und gegen kirchliche Akademien sich zu äußern beabsichtigten“.<sup>13</sup>

Auch Johannes Leipoldt, der renommierte und fortschrittliche Leipziger Neutestamentler, meldete sich mit mehreren Briefen an den Generalsekretär der Ost-CDU, Gerald Götting, zu Wort.<sup>14</sup> Direkt an Ministerpräsident Grotewohl schrieb der Leipziger Theologieprofessor Emil Fuchs, der die Theologischen Fakultäten als „Forschungsstätten über Wesen und Bedeutung der Religion im Ganzen des gesellschaftlichen Lebens“ den Universitäten erhalten wissen wollte.<sup>15</sup> In einer bemerkenswert gründlichen und würdigen Denkschrift „über die Bedeutung der Evangelisch-theologischen Fakultäten im Organismus der Universitäten“ vom Oktober 1952 faßte schließlich die Leipziger Theologische Fakultät nochmals alle Argumente gegen die Schließung der Fakultäten zusammen.<sup>16</sup> Aus Berlin wurden am 13.11.1952 sehr scharfmacherische „Bemerkungen zur Neuordnung des kirchlichen Ausbildungswesens“ vorgelegt, die darauf abzielten, „die Universitäten von den von den theologischen Fakultäten ausgehenden schädlichen Einflüssen“ zu befreien, zugleich aber auch sicherstellen sollten, „daß nicht die nunmehrigen kirchlichen Akademien oder wie immer sie genannt werden, Herde der Zersetzung werden“.<sup>17</sup>

Auch Hans-Hinrich Jenssen, damals Praktischer Theologe in Greifswald, wurde zu einer gutachtlichen Äußerung aufgefordert,<sup>18</sup> allerdings läßt sich nicht mehr feststellen, ob der progressive Theologe diesem Wunsch entsprochen hat. Möglicherweise kam es dazu schon nicht mehr, weil die SED-Führung inzwi-

---

<sup>12</sup> Trebs machte sich Anfang Dezember 1952 auch an Prof. Martin Fischer von der Kirchlichen Hochschule in Berlin-Zehlendorf heran, um dessen Meinung zur „Frage der kirchlichen Hochschulen“ zu erfahren. Fischer aber verhielt sich wenig kooperativ, so daß der Berichtstatter zusammenfaßte: „Er (= Martin Fischer) würde schwerlich bereit sein, unmittelbar in einer Weise aufzutreten, wie sie unsere Partei als notwendig betrachtet.“ Vgl. Aktenvermerk Trebs vom 6.12.1952; ACDP VII-013 Nr. 1808.

<sup>13</sup> ACDP VII-013 Nr. 1754 und 1808.

<sup>14</sup> Briefe vom 11. und 15.9.1952; ACDP VII-013 Nr. 1808.

<sup>15</sup> Brief vom 27.8.1952; IfGA ZPA IV 2/14/176.

<sup>16</sup> ACDP VII-013 Nr. 1808.

<sup>17</sup> ACDP VII-013 Nr. 1808. Das sechsseitige Schreiben trägt keine Unterschrift. Es könnte schon von Hanfried Müller (IM „Meier“) stammen, da hier einige Vorstellungen zur Organisation der theologischen Ausbildung auftauchen, die der radikallinke Theologe auch später vertrat.

<sup>18</sup> Vgl. Schreiben Dr. Alisch an Jenssen vom 26.11.1952; ACDP VII-013 Nr. 1808.

schen erkannt hatte, daß die Ausgliederung der Theologischen Fakultäten aus den staatlichen Universitäten das Ende vieler Manipulationsmöglichkeiten bedeutet hätte. Die kircheneigenen Ausbildungseinrichtungen auf Fakultätsniveau in Berlin, Leipzig und Naumburg/S. boten hierfür schon einigen Anschauungsunterricht.<sup>19</sup> Spätestens im Frühjahr 1953 wurde deshalb die ganze Angelegenheit stillschweigend ad acta gelegt, ohne daß sich etwas grundsätzlich verändert hätte.<sup>20</sup>

Insgesamt gesehen hat die Ost-CDU in dieser Überlebensfrage für die Theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten also weder im akademischen noch im kirchlichen Bereich Boden gewinnen können,<sup>21</sup> zumal ihre Aktivitäten, die sich heute aus den Archivfunden heraus nachzeichnen lassen, damals in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden konnten.

Auch in den folgenden Jahren, in denen allmählich immer mehr theologische Hochschullehrer in der DDR ihre Karriere der Ost-CDU verdankten, spielte die Parteizugehörigkeit bei den Kollegen und bei der Studentenschaft in den Theologischen Fakultäten kaum eine Rolle. Entscheidend für das allgemeine Urteil waren vielmehr die persönliche Integrität und die Leistung in Lehre und Forschung des einzelnen Hochschullehrers. Selbstverständlich wußte man in vielen Fällen, daß der Betreffende ohne die diskrete Unterstützung seiner Partei sich kaum an der Universität hätte halten können. Bei anderen wunderte man sich, daß sie glaubten, es überhaupt nötig zu haben, ihre Laufbahn über die Ost-CDU abzusichern. Unverständlich groß war der Anteil an der Zahl dieser wegen ihrer Leistungen respektierten „Unionsfreunde“, die sich als IM von der Staatssicherheit verpflichten und zumindest teilweise auch zu ganz ordinären Spitzeldiensten mißbrauchen ließen.

Das volle Ausmaß der personalpolitischen Aktionen hinter den Kulissen war aber wahrscheinlich überhaupt nur den zuständigen Parteifunktionären der Ost-CDU und natürlich auch der SED bekannt. Von besonderem Interesse sind hierfür die Akten der Abt. Kirchenfragen beim Hauptvorstand der Ost-CDU zur Theologischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität.

---

<sup>19</sup> Das Wirken der der Ost-CDU angehörigen Dozenten in den kirchlichen Hochschulen, die dann gelegentlich auch an die staatlichen Fakultäten überwechseln durften, kann hier nicht näher untersucht werden. Das ACDP in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin scheint dazu kaum Material zu enthalten.

<sup>20</sup> Vgl. Besier, *Der SED-Staat und die Kirche*, a.a.O., S. 381-385.

<sup>21</sup> Dazu trug selbstverständlich auch der alles überschattende Kirchenkampf 1953 bei, der beispielsweise bewirkte, daß im repräsentativen *Kirchlichen Jahrbuch* 80, 1953, das Problem der Theologischen Fakultäten nicht mehr aufgegriffen wurde.

Sie zeichnen ein ungeschminktes Bild von den vielfach einander kontrovers gegenüberstehenden Interessen, die die Berliner Fakultät als in sich zerrissen erscheinen ließen. Der Kampf zwischen dem SED-Flügel um den Systematiker Hanfried Müller und seine Frau, die Kirchenhistorikerin Rosemarie Müller-Streisand, und der auf die Ost-CDU hin orientierten Gruppe beschäftigte die Dienststellen des Staatsapparates, der SED und eben auch der Ost-CDU über Jahre hin.<sup>22</sup> 1967 eskalierten die Konflikte, von wilden Denunziationen hin und her aufgeheizt, in dem Vorschlag des Ehepaars Müller, die Fakultät zu spalten: Die von der Mehrheit vertretene „liberale Theologie“ sollte sich in einem „Theologischen Institut“ organisieren, während für die Müllers ein „Ökumenisches Institut [...] als eine Art Gegen-Bossey“, also als eine Gegenründung gegen das Ökumenische Institut des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, errichtet werden sollte. Weiter verlangte das Ehepaar Müller: „Da die Mitarbeit in diesem Institut eine besondere kaderpolitische Qualifikation erfordere, sollte die Auswahl der Mitarbeiter nur nach vorheriger Abstimmung mit dem ZK [= der SED!], dem Staatssekretariat [für Kirchenfragen] und der Ost-CDU erfolgen. Nach dieser Abstimmung sollten diese Vorschläge dann dem Rat der Fakultät zur Beschlußfassung vorgelegt werden.“<sup>23</sup> Dieser niemals umgesetzte Plan war so dreist, daß die Müllers, die sonst stets gegen die Ost-CDU operierten,<sup>24</sup> in diesem Fall offensichtlich der Meinung waren, hier müsse auch der Parteivorstand der Ost-CDU durch Information und die Perspektive eingebunden werden, daß damit auch für einige von der Ost-CDU favorisierte Nachwuchswissenschaftler verbesserte Aufstiegschancen geschaffen werden könnten.

An der Umwandlung der Theologischen Fakultäten in Sektionen Theologie ab 1971 war die Abt. Kirchenfragen beim Hauptvorstand des Ost-CDU zwar

---

<sup>22</sup> Vgl. dazu Linke, Theologiestudenten der Humboldt-Universität, a.a.O., der allerdings die Akten der Ost-CDU nicht eingesehen hat.

<sup>23</sup> Aktenvermerk des Leiters der Abt. Kirchenfragen beim Hauptvorstand der Ost-CDU, Gerhard Quast, vom 26.9.1967, S. 2f.; ACDP VII-013 Nr. 2113. Vgl. dazu auch den Brief Hanfried Müllers an Quast vom 10.10.1967; ACDP VII-013 Nr. 2113.

<sup>24</sup> Vgl. Aktenvermerk G. Quast vom 11.12.1969, S. 2f.: „Der CDU warf er [= H. Müller] weiter vor, sie würde eine Partei-Theologie pflegen, die in ihrem Wesen katholisch sei. Nur auf evangelische Theologie gestützt, gäbe es auch keine CDU mehr. Im übrigen verglich H. Müller „die CDU mit dem spätantiken Mithras-Kult“, während der Protestantismus der „griechischen Philosophie“ und der Katholizismus dem „griechischen Kultglauben“ zu vergleichen sei. Die CDU-Mitglieder handelten „wie die Deutschen Christen in der Nazizeit“. Ihre immer erneuerte Beschwörung der „gemeinsamen humanistischen Verantwortung“ laufe auf „ideologische Koexistenz“ heraus. ACDP VII-013 Nr. 2113.

informell beteiligt,<sup>25</sup> konnte aber kaum noch Einfluß auf die Ausgestaltung dieses Prozesses nehmen, durch den die universitäre Theologie in der DDR auf völlig neue Grundlagen gestellt wurde.

Welche Rolle die SED künftig der Ost-CDU in den Sektionen Theologie zuzubilligen bereit war, hat Wulf Trende von der Abt. Kirchenfragen in einem Aktenvermerk vom 28.1.1972 festgehalten. Danach stellte im Zusammenhang mit einer von der Ost-CDU für Theologiestudenten geplanten Tagung in Grünheide bei Berlin der im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen für die Sektionen Theologie zuständige Referent, Jürgen Janott, unmißverständlich klar: „Es sei nicht Aufgabe der CDU, gegenüber Theologiestudenten eine Erziehungsfunktion auszuüben. Diese obliege einzig dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen.“<sup>26</sup> Schwierigkeiten mit den Seminaren für Theologiestudenten zeichneten sich für die Ost-CDU offensichtlich jedoch schon 1970 ab. In einem „streng vertraulichen“ Aktenvermerk notierte Gerhard Quast, daß Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe der „Blockpartei“ die kirchlichen Heime in Bad Saarow oder Buckow zur Abhaltung ihrer Veranstaltungen angeboten und hinzugefügt habe: „Mit Kohlen seien sie auch noch für den nächsten Winter reichlich versorgt.“<sup>27</sup>

Ab den frühen siebziger Jahren schwand der Einfluß der Ost-CDU auf die Sektionen Theologie immer stärker. Wollte sie direkt auf die Studentenschaft einwirken, konnte das eigentlich nur noch durch persönliche Kontakte der Assistenten und Hochschullehrer geschehen, die der Partei angehörten. In Einzelfällen mag auch noch eine Kontaktaufnahme über die sogenannten „Arbeitsgruppen Christliche Kreise“ der Nationalen Front möglich gewesen sein, die sich auf regionaler Ebene auch um Theologiestudenten und junge Nachwuchswissenschaftler bemühten. Ansonsten mußte sich die Ost-CDU weithin aber darauf beschränken, indirekt auf die Sektionen Theologie einzuwirken, bei denen der Spruch umzugehen begann: „Wer etwas werden will, sollte sich nicht gerade mit der CDU verbünden.“

Eine gewisse Bedeutung erlangte in diesem Zusammenhang die ab 1973 monatlich erscheinende Zeitschrift *Standpunkt*, die von Günther Wirth herausgegeben wurde. Dieses Blatt hatte zunächst erhebliche Startschwierigkeiten. In einem Brief vom 31.10.1972 an Wolfgang Heyl, den stellvertretenden Vorsit-

---

<sup>25</sup> Vgl. die Schriftstücke ACDP VII-013 Nr. 3053.

<sup>26</sup> ACDP VII-013 Nr. 2121.

<sup>27</sup> Vgl. P. Maser/M. Wilke: Die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR = Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat 7/1994, Dokument 30 (ACDP VII-013 Nr. 2164).

zenden der Ost-CDU, beschwerte sich Wirth beispielsweise: „Ich wollte jedenfalls noch einmal modifizieren, daß die Vorbereitung des STANDPUNKT so ungefähr das Dilettantischste ist, an dem ich mich je beteiligen mußte - und das, obwohl meine (kaum veränderten) Vorschläge seit anderthalb Jahren (z.T. noch länger) vorliegen.“<sup>28</sup>

Trotz dieser offensichtlich mühseligen Anfänge eroberte sich der *Standpunkt* allmählich eine gewisse Position, gab es in ihm neben vielen Beiträgen, die streng an der ‘Parteilinie’ orientiert waren, auch manches zu lesen, was so in der DDR-Einheitspresse sonst nicht zu lesen war. Die gewisse Liberalität, die Wirth seinem Blatt zu geben vermochte, veranlaßte darüber hinaus allmählich auch immer mehr Universitätstheologen und Kirchenvertreter dazu, zumindest gelegentlich dem *Standpunkt* als Autor zur Verfügung zu stehen. In welchem Ausmaß die Zeitschrift auch von der Studentenschaft gelesen wurde, läßt sich schwer einschätzen. Allzu groß dürften die Einflußmöglichkeiten der Ost-CDU dadurch jedoch nicht gewesen sein.

Tiefergehend, wenn auch noch schlechter zu quantifizieren, war die Einflußnahme, die die Ost-CDU über die Produktion ihrer parteieigenen Verlage, den Berliner Union Verlag<sup>29</sup> und den Leipziger Verlag Köhler & Amelang, versuchte. Hierzu bedarf es allerdings noch eingehender Untersuchungen. Im Programm dieser Verlage spielten solche Titel eine erhebliche Rolle, die dazu geeignet schienen, die christlichen Bürger im sozialistischen Staat zu beheimaten. So erbat Gerald Götting beispielsweise im August 1979 vom ZK-Mitglied Kurt Hager die Genehmigung zur Herausgabe eines „repräsentativen Bildbandes über ‘Christliche Kunst in der DDR’“ und begründete seinen Wunsch folgendermaßen: „Auf wissenschaftliche und zugleich massenwirksame Art würde dieses Buch im In- und Ausland zeigen, über welche reiche humanistische Traditionen unsere Republik verfügt und wie auch in dieser Hinsicht die DDR das Werk aller ihrer Bürger ist. Das wiederum würde politisch die Einsicht erhärten, die Sie selbst kürzlich mit der Feststellung kennzeichneten, ‘daß ein dem tätigen Humanismus verpflichteter christlicher Glaube und staatsbürgerliche Verantwortung für den Sozialismus durchaus zu vereinbaren sind’.“<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> ACDP VII-010 Nr. 3338.

<sup>29</sup> Die Lizenz des Union Verlages lautete auf „Politische Literatur der CDU und Konfessionelle Literatur“. 1963 strebte der Verlag eine neue Lizenz für „Politisches Schrifttum, Belletristik, Kunstliteratur und Religions-Philosophisches Schrifttum“ an. Vgl. Schreiben Dr. Faensen an Götting vom 12.9.1963; ACDP VII-010 Nr. 3276.

<sup>30</sup> Brief Göttings an Kurt Hager vom 27.8.1979; ACDP VII-010 Nr. 3262.

Der gewünschte Band erschien dann 1982 tatsächlich in prächtiger, großformatiger Aufmachung unter dem Titel „Christliche Kunst im Kulturerbe der Deutschen Demokratischen Republik“ im Union Verlag Berlin. Die Modifikationen, die das Projekt in der Zwischenzeit erfahren hatte, deuten auch auf die Begrenzungen hin, denen die Ost-CDU durch die SED-Führung bei ihrer Publikationstätigkeit unterworfen war.

Sehr viel unmittelbarer auf die theologische Ausbildung wirkte das seit 1970 vorbereitete, dreibändige „Handbuch der Praktischen Theologie“, das 1975-1978 in der kircheneigenen Evangelischen Verlagsanstalt in Berlin erschien. Die Herausgeber dieses grundlegenden Lehrbuches gehörten keineswegs alle der Ost-CDU an, um so interessanter ist es, in welchem Umfang die Abt. Kirchenfragen der Ost-CDU versuchte, auf den Mitarbeiterkreis und die Textgestaltung einzuwirken.<sup>31</sup>

Zur Kombination von Hochschullehrern an den Sektionen Theologie und kirchlichen Vertretern schrieb der Berliner Praktische Theologe und „Unionsfreund“ Hans-Hinrich Jenssen an den zuständigen Referenten Schneider im Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen mit Ablichtung an die Ost-CDU beispielsweise:

*„Da im Herausgeberkollektiv acht Universitätstheologen von zum größten Teil ausgeprägt progressiver Profilierung neben nur drei Theologen, die von kirchlichen Ausbildungsstätten kommen, mitwirken und zudem von Anfang an eine enge Fühlungnahme mit Ihnen, bzw. dem Ministerium praktiziert und auch von allen Beteiligten anerkannt wird, ist nicht zu befürchten, daß die Konzeption des Lehrbuches durch diese Erweiterung des Herausgeberkollektivs über den Kreis der Universitätstheologen hinaus negativ beeinflusst wird, zumal die drei beteiligten Theologen der kirchlichen Ausbildungsstätten als durchaus abgeschlossen gelten dürfen.“<sup>32</sup>*

In einem „Gespräch mit Ufrd. [= Unionsfreund] Dr. Kretzschmar“ am 1.8.1973 wurde dann darauf gedrungen, daß dieser u.a. die „terminologische Trennung von marxistisch-leninistischer Begrifflichkeit und theologischen Termini“ beachte. Außerdem sollte das ganze Manuskript Kretzschmars mit dem

---

<sup>31</sup> Vgl. dazu das ausführliche Schreiben von Hans-Hinrich Jenssen vom Januar 1970; ACDP VII-013 Nr. 2113: „Die DDR-spezifische Situation sollte ausgeprägte Berücksichtigung finden. So müßten z.B. in den entsprechenden Abschnitten der Poimenik, Katechetik, Kybernetik, Pastoraltheologie usw. konkrete Verweise auf das Familiengesetzbuch, das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, das Gesetzbuch der Arbeit, das Sozialversicherungsrecht usw. erfolgen. Wo es notwendig ist, müßte auch eine Auseinandersetzung mit Versuchen ideologischer Diversion seitens des Imperialismus erfolgen.“

<sup>32</sup> Brief vom 6.1.1970; ACDP VII-013 Nr. 2113.

Ziel überarbeitet werden, „die Aussagen gegen Mißverständnisse zu schützen“. Schließlich solle das Literaturverzeichnis „auf die Aufführung von in der DDR zugänglicher Literatur beschränkt“ werden.<sup>33</sup>

In der gleichen Richtung war auch das mit einer Auflage von 8.000 Exemplaren geplante „Sachwörterbuch THEOLOGISCHE GRUNDBEGRIFFE (Arbeitstitel)“ angelegt, über das der Hauptvorstand der Ost-CDU am 25.5.1971 beschloß. Dieses sollte den Zweck erfüllen, „Erkenntnishilfe zu leisten, wie sich die Kirchen in unserer Republik ‘als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft’ ... in der sozialistischen Gesellschaft der DDR bewähren“. Weiter beschloß die Führung der Ost-CDU zu dem neuen Werk: „Informationen über theologische Tendenzen in kapitalistischen Ländern, vor allem in Westdeutschland, sollen deutlich machen, in welchen theologischen Konzeptionen Einflüsse der imperialistischen Ideologie festzustellen sind.“<sup>34</sup>

Das „Theologische Lexikon. Herausgegeben von Hans-Hinrich Jenssen und Herbert Trebs in Verbindung mit Johannes Althausen, Günter Baumbach, Hans-Dieter Döpman, Hans-Georg Fritzsche, Joachim Rohde, Wulf Trende und Ludwig Wächter“ erschien 1978 im Union Verlag Berlin. Im Vorwort erklärten die Herausgeber: „Auf modische Tendenzen einer von der spätbürgerlichen Ideologie beeinflussten Theologie, die erfahrungsgemäß nur kurzlebig sind und vor allem keinen echten Beitrag zur Klärung der Grundfragen christlicher Existenz leisten, wurde nicht eingegangen. Der theologische Modernismus, jene durch Anpassung von Theologie und Kirche an die politisch-sozialen und geistig-kulturellen Verhältnisse im Spätkapitalismus geprägte Strömung in Theologie und Kirche, besitzt in der DDR keinen Nährboden und hatte im Kreis der Mitarbeiter dieses Nachschlagewerkes keinen Vertreter.“<sup>35</sup> Dieser Selbsteinschätzung der Mitarbeiter am „Theologischen Lexikon“, das 1981 noch eine zweite Auflage erlebte, braucht nichts hinzugefügt zu werden.

Wenn man die Rolle der Ost-CDU an den staatlichen Theologischen Fakultäten bzw. Sektionen Theologie in der DDR umfassend würdigen wollte, müßte natürlich auch noch auf die Bedeutung genauer eingegangen werden, die „Unionsfreunde“ aus der Hochschullehrerschaft im Sinne ihrer Partei bei der Vermittlung bestimmter theologischer Strömungen gespielt haben. Hier besteht aber

---

<sup>33</sup> Vgl. Aktenvermerk vom 1.8.1973; ACDP VII-013 Nr. 3053.

<sup>34</sup> Vgl. den Beschluß des HV. Sekretariat vom 25.5.1971 betr. Union Verlag (VOB); ACDP VII-011 Nr. 652, S. 4.

<sup>35</sup> Theologisches Lexikon, Berlin 1978, S. 5.

noch erheblicher Forschungsbedarf, um die schleichenden Verformungen und Verfälschungen klar herausarbeiten zu können, die dabei stattfanden. Besonders Interesse hatte die Ost-CDU beispielsweise an einer DDR-spezifischen Rezeption Karl Barths, Dietrich Bonhoeffers und Albert Schweitzers sowie der Theologischen Erklärung der Barmer Bekenntnis-Synode von 1934 und des „Darmstädter Wortes“ von 1947. Mit zahlreichen Veröffentlichungen und Symposien versuchte die Ost-CDU hier eine eigenständige „Erberezeption“ zu initiieren. Auch der gesamten sog. „Ökumenischen Theologie“ kam hier eine Schlüsselfunktion zu, sollte diese doch in besonderem Maße an der ideologischen Gleichschaltung der Theologie und der Theologenausbildung in der DDR mitwirken. Gerade die „Ökumenische Theologie“ in der DDR zeigte, wie weit die Ost-CDU zu gehen bereit war, wenn es um die spezifische Förderung und Durchsetzung der von der SED vorgegebenen ideologischen Hauptlinie ging.



# Die Theologische Fakultät der Universität Leipzig in den Auseinandersetzungen um die Universitätskirche St. Pauli<sup>\*1</sup>

Christian Winter

Nach der schweren Beschädigung und Zerstörung der Universitätsgebäude am Augustus- bzw. Karl-Marx-Platz im 2. Weltkrieg stand die Universität nach 1945 notgedrungen vor der Frage, in welchen Gebäuden sie in Zukunft Lehrbetrieb und Verwaltung unterbringen würde.

Das zunächst favorisierte Projekt, zwischen Bayerischem Bahnhof und Messegelände ein völlig neues Universitätsviertel zu bauen, erwies sich bald als undurchführbar. Von der SED-Führung, sowohl SED-Bezirksleitung wie auch Politbüro, wurde dann zunächst das wiederaufgebaute Augusteum als Hauptgebäude der Universität vorgesehen. Doch dagegen regte sich von Anfang an in der Universitätsleitung und im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen Widerstand. Zunächst auch in der Absicht, das Projekt Universitätsviertel doch noch zu retten, wurde argumentiert, ein Wiederaufbau der Gebäude am Karl-Marx-Platz sei weder wirtschaftlich noch für die Universität ausreichend im Hinblick auf die neuen Aufgaben der Hochschulen.<sup>2</sup>

Der V. Parteitag der SED beschloß 1958, der Karl-Marx-Platz in Leipzig solle nach dem Neubau der Oper „sozialistisch“ umgestaltet werden und ein

---

\* erstveröffentlicht in hso 1/1996

<sup>1</sup> Zum Thema Zerstörung der Universitätskirche und Neubau der Leipziger Universität insgesamt vgl. Christian Winter: Die Auseinandersetzungen um die Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig: Vorgeschichte und Umstände der Zerstörung, Diss. theol., Leipzig 1994. Außerdem: Katrin Löffler: Die Zerstörung: Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig, Leipzig 1993. Zur Geschichte und kunsthistorischen Bedeutung der Kirche vgl. besonders Elisabeth Hütter: Die Pauliner-Universitätskirche zu Leipzig: Geschichte und Bedeutung, Weimar 1993.

Verwendete Abkürzungen: BPA: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Bestand Bezirksparteiarchiv der SED; L: Stadtarchiv Leipzig; MfS ZAIG: Ministerium für Staatssicherheit, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe; SAPMO ZPA: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin - Zentrales Parteiarchiv der SED; UAL: Universitätsarchiv Leipzig.

<sup>2</sup> L StVuR 4871.

„einheitliches Gesicht“ erhalten.<sup>3</sup> Diese Entscheidung steht im Kontext der Forderung nach sozialistischer Umgestaltung der Stadtzentren in der DDR. Damit wurden zuvor bestehende Wiederaufbaupläne bewußt aufgegeben. Ziel waren möglichst weiträumige Neugestaltungen, die nicht nur die Kriegsschäden beseitigen, sondern gleichzeitig in neuer Architektur das sozialistische Gesellschaftssystem zum Ausdruck bringen sollten. Eine völlig andere Qualität des Neubaus sollte dabei auch die Zerstörung historischer Bausubstanz rechtfertigen.

Der Entschluß, die Universitätskirche am Karl-Marx-Platz zu beseitigen, war keine spontane Entscheidung Walter Ulbrichts, sondern ein über zehn Jahre hinweg geplantes und weitgehend zielstrebig verfolgtes Vorhaben. 1959 legte das Politbüro der SED fest, die Universitätskirche solle vom Karl-Marx-Platz weg verschoben und an ihrer Stelle neben dem wiederaufzubauenden (!) Universitätsgebäude einen Neubau errichtet werden.<sup>4</sup> Damit wurde das historische Bauensemble aufgegeben.

1959 erarbeitete auch die Universitätsleitung Entwürfe, die aber einen völligen Neubau am Karl-Marx-Platz beinhalteten und - wie der Politbürobeschluß - von der Verschiebung der Universitätskirche ausgehen. Gleichzeitig wurde versucht, das Projekt Universitätsviertel außerhalb des Stadtzentrums doch noch durchzusetzen. Anfangs erfuhr die Universitätsleitung - neben Rektor Georg Mayer war besonders Verwaltungsdirektor Hubert Jusek an den Verhandlungen beteiligt - deutlich Widerstand gegen den Neubauplan durch Vertreter der SED-Bezirksleitung, die den Politbürobeschluß vom Juni 1959 durchsetzen wollten. Schon Ende 1959 setzte aber Paul Fröhlich, 1. Sekretär der Bezirksleitung, eine gemäßigte Linie durch, die zumindest erst einmal alle Möglichkeiten offenhielt.

Als dann auch noch deutlich wurde, daß das von der SED-Führung beabsichtigte Verschieben der Kirche unmöglich ist, war der Damm gebrochen. Man erinnerte sich nun gern der Forderung der Universitätsleitung nach einem Neubau, jetzt aber sollte die bisherige Bebauung einschließlich der unbeschädigten Kirche komplett beseitigt werden!

Im Juni 1960 beauftragte die Leipziger SED-Bezirksleitung unter Paul Fröhlich den Rat der Stadt unter Oberbürgermeister Walter Kresse, Entwürfe ausarbeiten zu lassen, die am Karl-Marx-Platz einen Universitätsneubau konzipieren

---

<sup>3</sup> Vgl. Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1958. Berlin 1958, Bd. 1, 79-83.

<sup>4</sup> SAPMO ZPA I 2/2/628: „Die auf dem Karl-Marx-Platz stehende Kirche ist zurückzunehmen.“ Vgl. Winter: AaO, Dokument 1.

und dabei von der völligen Beseitigung der Universitätskirche ausgehen.<sup>5</sup> Seit 1960 wurde die Zerstörung der Universitätskirche von der SED-Führung und den Leitungsgremien der Stadt kontinuierlich und unbeirrt vorbereitet. Von 1960 an wird auch im Rektorat nicht mehr prinzipiell an der radikalen Abbruchlösung und damit auch an der Zerstörung der Universitätskirche gezweifelt. Eine Forderung von seiten der Universität, die Universitätskirche völlig zu beseitigen, läßt sich für die Zeit vor 1960 und damit vor Beginn der diesbezüglichen Planungen in Rat der Stadt und Bezirksleitung der SED nicht nachweisen. Allerdings gab das unbedingte Interesse der Universitätsleitung an einem Neubau - zunächst gar nicht auf den Karl-Marx-Platz bezogen - gewissermaßen den Anstoß, nachdem sich die Bemühungen zur Verschiebung der Kirche als erfolglos erwiesen. Nur wirtschaftliche Probleme und die Schwierigkeiten des Rates der Stadt bei der Planung brachten nun noch Verzögerung.

Ein Versuch, die Kirche zu bewahren, ist seitens des Rektorats nie unternommen worden, obwohl die Universität als Rechtsträger dazu nach der Denkmalschutzverordnung der DDR sogar verpflichtet gewesen wäre!<sup>6</sup> Auseinandersetzungen wurden von der Universitätsleitung lediglich später um die Belegung der Neubauten, insbesondere des Hochhauses, geführt.

Die Theologische Fakultät verstand sich innerhalb der Universität stets auch als Sachwalterin der Interessen der Universitätskirche. In dieser Kirche fanden die Semesteranfangs- und Semesterabschlußgottesdienste statt und natürlich die Universitätsgottesdienste, die auch stark von den Theologiestudenten besucht waren. Die Kirche war Ausbildungsstätte, in der die Seminargottesdienste des homiletisch-liturgischen Seminars gehalten wurden. So hatte jeder Absolvent der Leipziger Theologischen Fakultät hier gepredigt, was die enge Bindung der sächsischen Pfarrerschaft an die Universitätskirche erklärt.

Seit 1959, als die Pläne, die Universitätskirche am Karl-Marx-Platz zu beseitigen, bekannt wurden, haben sich die Vertreter der Fakultät immer wieder für die Erhaltung der Kirche eingesetzt. So protestierte man im Frühjahr 1960 anläßlich einer Ausstellung zu künftigen Bauvorhaben in Leipzig gegen die dort vorgestellten Pläne, die Kirche zu verschieben. Die Professoren der Theologischen Fakultät wandten sich an Rektor Mayer und warnten vor der ernststen Gefährdung der geschichtlichen Tradition und des gotischen Bauwerks bei der geplanten Neugestaltung des Karl-Marx-Platzes. In der Ausstellung hatten sie im

---

<sup>5</sup> L StVuR 214, 97; L StVuR 4865, 93-95.

<sup>6</sup> Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale (vom 28. 9. 61), Gesetzblatt der DDR, Teil II Nr. 72 vom 23.10.1961.

ausliegenden Buch einen Schriftsatz gemeinsam unterzeichnet, der gegen die geplante Verrückung der Universitätskirche folgende Gründe anführt: 1. Die Kirche ist der älteste Bau der Universität und einziger Zeuge aus den Tagen ihrer Gründung - nicht nur der Bau, sondern auch der Ort ist zu erhalten; 2. Gefahr von Schäden; 3. Kostenaufwand.<sup>7</sup>

Doch die Gefährdung der Universitätskirche nahm weiter zu. Auf einer neuen Bauausstellung im Herbst 1960 war die Kirche nicht mehr in den Modellen des Stadtzentrums enthalten. Diese Bauausstellung wurde zu einem Höhepunkt des Protestes gegen die beabsichtigte Beseitigung der Paulinerkirche. Zahlreiche Leipziger äußerten ihre Ablehnung gegen die vorgestellten Entwürfe. Daß gerade die Studenten eine starke Proteststimme ausmachten, zeigt die scharfe Reaktion des Leipziger Oberbürgermeisters Walter Kresse, der sich bei Rektor Mayer beschwerte, seitens „kirchlicher Kreise“ werde „durch Mißbrauch Gläubiger“ die Bauausstellung zum Forum für Diskussionen gegen die DDR genutzt. „Unter den mißbräuchlich genutzten Gläubigen“ seien besonders viele Theologiestudenten, die durch ihre Professoren während des Gottesdienstes zum Protest aufgefordert worden sein sollen, außerdem Studenten der Kunstgeschichte. Der Rektor, der von Anfang an Gelegenheit gehabt habe, an den Diskussionen der Architekten und Projektanten teilzunehmen, solle „den Standpunkt des Rates der Stadt“ vertreten.<sup>8</sup>

Rektor Mayer bestätigte daraufhin, „vollinhaltlich“ den Standpunkt des Rates der Stadt zur Neugestaltung des Karl-Marx-Platzes zu teilen.<sup>9</sup> In einer „Aussprache“ mit dem Dekan der Theologischen Fakultät, Hans Bardtke, äußerte Mayer, er sei befremdet darüber, daß Studenten der Fakultät in der Bauausstellung gegen die Neugestaltung des Karl-Marx-Platzes aufträten. Mayer versicherte, der Abriß - den er damit bestätigte - richte sich nicht gegen die Theologische Fakultät, sondern sei städtebaulich notwendig, das müsse akzeptiert werden. Außerdem erkundigte er sich nach dem Verlesen einer Abkündigung in der Universitätskirche, die zum Gebet für die Erhaltung aufgefordert habe. Bardtke erwiderte, daß der Rat der Fakultät über die Universitätskirche beraten habe. Er sei seinerseits befremdet, daß man erst über die Ausstellung von den Plänen zum

---

<sup>7</sup> UAL Rektorat 198, 165. Eintrag im Besucherbuch unterschrieben von den Professoren Hans Bardtke, Franz Lau, Kurt Wiesner, Ernst Sommerlath, Dedo Müller, Friedrich Haufe, Christoph Haufe, Marie-Louise Henry und Dozent Heinz Wagner.

<sup>8</sup> BPA IV 4/14/089; UAL Rektorat 198, 168; UAL Rektorat 442, 51 (29.10.1960). Gedruckt: *Universität Leipzig* (1993), H. 1, 26f.

<sup>9</sup> UAL Rektorat 198, 167; UAL Rektorat 442, 51. 7.12.1960.

Karl-Marx-Platz erfahren habe. Die Professoren hätten nicht mit den Studenten gesprochen oder sie zu Äußerungen in der Ausstellung aufgefordert, aber auch Bardtke selbst habe sich kritisch in das Ausstellungsbuch eingetragen und für die Erhaltung der Kirche ausgesprochen. Bei der „Abkündigung“ handle es sich um die Erklärung zur Kollekte für die Universitätskirche.<sup>10</sup> Als letzten Ausweg macht Bardtke den Vorschlag, die Kirche notfalls als Museum der Universität einzurichten, um sie als Gebäude erhalten zu können. Mayer erklärte nur, man wolle gegen die Studenten nicht vorgehen, nur eine Belehrung zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat sei nötig.<sup>11</sup>

Anfang 1961 zeigte sich jedoch, daß wegen erheblicher Schwierigkeiten im Bauwesen ein Neubau am Karl-Marx-Platz zunächst undurchführbar war und die Kapazitäten nicht einmal für einen Abbruch ausreichten. 1963/64 aber, als SED-Bezirksleitung und die Räte von Stadt und Bezirk Leipzig versuchten, die Sprengung der „störenden Altsubstanz“ und den Beginn des Neubaus am Karl-Marx-Platz nun für 1964 durchzusetzen und besonders die Forderung nach einem Hochhaus als „sozialistische Stadtkrone“ in den Vordergrund trat, bewirkten Gerüchte und Teilinformationen über diese Pläne zahlreiche Protestschreiben. Durch die Theologische Fakultät wurde wieder versucht, von der Universitätsleitung eine Zusicherung zu erhalten, daß die Kirche in einen Neubau einbezogen oder zumindest die Fakultät vor einer Entscheidung gehört werde.

Schwierig war es aber bereits, überhaupt sichere Informationen über die geplanten Vorhaben zu erhalten, da sowohl die Universitätsleitung als auch staatliche Einrichtungen dazu schwiegen oder nur ausweichende Antworten gaben. Nach den für die Betreiber des Abrisses sehr negativen Erfahrungen mit den Bauausstellungen 1960 war die Öffentlichkeit völlig ausgeschaltet worden. Vom neuen Rektor Georg Müller wurde der Fakultätsleitung allerdings 1963 versichert, daß die Fakultät die Möglichkeit zu einer Stellungnahme vor einer endgültigen Entscheidung erhalte. Allerdings untersagte er dem Dekan, den Punkt „Universitätskirche“ auf einer Fakultätsratssitzung zu behandeln. Der Punkt wurde dann auch von der Tagesordnung abgesetzt - und der Fakultätsrat spricht unter „Verschiedenes“ über seine Sorge wegen der Universitätskirche!<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> Verlesen durch den Universitätsprediger Alfred Dedo Müller.

<sup>11</sup> UAL Rektorat 442, 52-54; BPA IV 4/14/089. Das Gespräch Mayer - Bardtke am 27.10., die Fakultätsratssitzung am 22.10.1960.

<sup>12</sup> UAL Rektorat 442, 77-81; BPA IV A-2/6/260 (9.12.63). Vgl. *Universität Leipzig* (1993), H. 1, 30f.

Doch auch 1964 wurde - vor allem wegen erneuter ökonomischer Probleme - das Abriß- und Neubauvorhaben aufgeschoben. 1967 begann schließlich die letzte Phase der Vorbereitung. Neue Anstrengung wurden unternommen, um anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR sichtbare Veränderungen in den Stadtzentren zu erreichen. Häufig steht dabei zunächst der Abriß im Vordergrund. Zur Volkskammer- und Bezirkstagswahl im Juli 1967 wurde die Theologische Fakultät aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. Darin sah sie eine der wenigen Möglichkeiten, die Öffentlichkeit zu erreichen. Neben dem bekundeten Vertrauen gegenüber den Kandidaten der Nationalen Front und dem Dank für Lehrfreiheit und finanzielle Mittel sprach sie darin das Anliegen der Erhaltung der Universitätskirche aus: „In der gleichfalls von der Universität unterhaltenen Universitätskirche, deren Erhaltung uns ein entscheidendes Anliegen ist, finden unsere akademischen Gottesdienste statt.“ Die Stellungnahme wurde daraufhin nicht veröffentlicht.<sup>13</sup>

Universitätsleitung und Parteileitung der Universität waren natürlich bemüht, die Situation an der Fakultät zu bestimmen und Einfluß auf sie zu nehmen. Durch die Vertreter der Abteilung Marxismus-Leninismus an der Fakultät, die auch einen Sitz im Fakultätsrat hatten, war die Information über die offiziellen Vorgänge an der Fakultät weithin gewährleistet, wie umfangreiche Berichte und „Einschätzungen der politischen Situation“ belegen.<sup>14</sup> Auch Einschätzungen des Lehrkörpers mit der Unterteilung in „positive“, „negative“ und „schwankende“ Haltung wurden angefertigt. Vom Staatssekretariat für Kirchenfragen wurde auf Berufungen Einfluß genommen.

Besonders in den fünfziger Jahren und Anfang der sechziger Jahre wurde im Staatssekretariat und im ZK der SED, Abteilung Kirchenfragen, versucht, die „Leipziger fortschrittliche Gruppe“ um Kurt Meier, Hans Moritz und Christoph Haufe zu stärken.<sup>15</sup> Durch feste Studienpläne sollte der „Boycott fortschrittlicher Lehrkräfte“ verhindert werden.<sup>16</sup>

Natürlich waren Anpassung und Annäherung an die staatlichen Forderungen unter den Lehrkräften sehr unterschiedlich. Als staatliche Einrichtung, die unbe-

---

<sup>13</sup> Erklärung des Rates der Theologischen Fakultät vom 26.6.1967. BPA IV A-2/14/422; vgl. Winter: AaO, Dokument 7.

<sup>14</sup> Z.B. Monatsberichte von Gertraude Schnelle 1961 in BPA IV 4/14/089, daneben Protokolle nahezu aller Fakultätsratssitzungen.

<sup>15</sup> Hierzu Material in SAPMO ZPA IV 2/14/183; BPA IV 2/14/626; BPA IV 2/14/633.

<sup>16</sup> 1954 wurde z. B. beklagt, daß nur 7-8 Studenten Systematische Theologie bei Emil Fuchs hören, 30-40 dagegen bei Ernst Sommerlath! SAPMO ZPA IV 2/14/183, 18-20.

dingt Teil der Universität bleiben wollte, waren Zugeständnisse der Fakultät unumgänglich. Dabei war man jedoch bemüht, eine eigene Position zu wahren. So bekennt man sich bei der genannten Erklärung zur Wahl 1967 zwar für die Kandidaten der Nationalen Front, fordert aber in diesem Rahmen die Erhaltung der Universitätskirche. Auch die Beteiligung am Tag der Universität in der „Karl-Marx-Woche“ Anfang Mai 1968 ist selbstverständlich, doch findet zunächst ein Gottesdienst in der Universitätskirche statt. Danach werden Vorträge über die „Bedeutung des sozialistischen Staatsbewußtseins für das politische Handeln des Christen“ (Hans Moritz) und zu „Platz und Verantwortung des Pfarrers in der sozialistischen Gesellschaft“ (Gottfried Kretzschmar) gehalten.<sup>17</sup> Beide Vorträge werden durch Gertraude Schnelle, Abteilung Marxismus-Leninismus an der Fakultät, als „gut“ eingeschätzt, allerdings seien die Studenten nur zu 15-20 % anwesend gewesen.

Im Hinblick auf die Universitätskirche war die Position der Fakultät fest. Hier gab es auch keine Unterschiede zwischen den Angehörigen der Fakultät mit unterschiedlichen politischen oder auch theologischen Positionen. Emil Fuchs beispielsweise versuchte - mit einer gewissen Naivität und Überschätzung seines Einflusses -, seine guten Verbindungen zu nutzen, und wandte sich mehrfach brieflich an Ulbricht und Gerald Götting, um die Erhaltung der Universitätskirche zu erreichen.<sup>18</sup> Gerade die Auseinandersetzungen um die Universitätskirche können auch als Beispiel dienen, daß die These von einer „Zentralsteuerung“ der Fakultät durch Staatsmacht und MfS<sup>19</sup> so nicht haltbar sind.

Als die Anzeichen für die bevorstehende Zerstörung der Kirche immer deutlicher wurden, erklärte die Fakultät nochmals am 30.4.1968 ihre unveränderte Haltung, daß die Kirche unbedingt in einen Universitätsneubau einbezogen werden müsse: „Zu einem Zeitpunkt, da neue Pläne zur Bebauung des Karl-Marx-Platzes einer Jury zur Begutachtung vorgelegen haben, erlaubt sich die Theologische Fakultät der Karl-Marx-Universität, als Sachwalterin der Universitätskirche, ihre dringliche Bitte um Erhaltung dieses nationalen Kulturdenkmals erneut vorzutragen. Diese Kirche hat eine überregionale Bedeutung. Innerhalb der mit-

---

<sup>17</sup> UAL Rektorat 442, 138; UAL Rektorat 19, 78.

<sup>18</sup> UAL Rektorat 442, 47-50. Teilweise gedruckt in: *Universität Leipzig* (1993), H. 3, 16-18.

<sup>19</sup> So der Tenor in: Staatssicherheit in Kirche und Theologie: Dokumentation/ hrsg. von Gerhard Besier. *Kirchliche Zeitgeschichte* 4 (1991), 293-312 und Gerhard Besier: Replik, *Kirchliche Zeitgeschichte* 5 (1992), 115-120. Vgl. aber die Kritik in: Michael Beyer: Vergangenheitsbewältigung zu wessen Bedingungen: Gerhard Besier und die Leipziger Theologische Fakultät, *Zeichen der Zeit* 47 (1993), 100-109.

telalterlichen Architekturgeschichte nimmt die 1231 geschaffene Kirche einen bedeutsamen Rang ein. Die erste Universitätskirche auf deutschem Boden - auch als Universitätsaula benutzt - ist Zeuge hervorragender geistesgeschichtlicher Traditionen. Als einziger erhaltener Bestandteil der alten Universität stellt sie die Kontinuität einer 550jährigen Geschichte dar. Dieser Gebäudekomplex hat durch tatkräftiges Eingreifen Leipziger Bürger den angloamerikanischen Bombenterror überdauert. - Die Theologische Fakultät verbindet ihre dringliche Bitte mit folgendem Hinweis: Sollte die Kirche ihre jetzige Fassade nicht behalten sollen, dann würde die Fakultät die Einbeziehung der Vorderfront der Kirche in eine neue architektonische, der gesellschaftlichen Bedeutung des Karl-Marx-Platzes entsprechende Lösung zur Bebauung der Westseite des Karl-Marx-Platzes für sachgerecht halten. In jedem Falle sollte die Kirche der Fakultät als wichtiges Institut der Predigerausbildung, als gottesdienstliche Heimat und als Pflegestätte der *musica sacra* erhalten bleiben. - Wir wissen, mit welcher Freude und Erleichterung eine solche Entscheidung von vielen Bürgern unserer Stadt und unseres Staates aufgenommen würde. Die Gemeinsamkeit des Wollens und Handelns aller Bürger - der Christen und Nichtchristen - würde in diesem verantwortlichen Akt, in dem die Vergangenheit sinnvoll mit der Zukunft verbunden wird, einen überzeugenden, ausstrahlenden Ausdruck erhalten.<sup>20</sup>

Am 16.5.1968 wurde auf einer Sitzung der Ständigen Kommissionen Bauwesen der Stadtverordnetenversammlung und des Bezirkstages, an der auch der Senat der Universität teilnahm, über die im SED-Politbüro seit dem 7.5. bereits beschlossene Gestaltung der Westseite des Karl-Marx-Platzes berichtet und auch „begründet“, warum die Universitätskirche dabei abgerissen werden müsse. Die Vertreter aller Blockparteien gaben ihre Zustimmung, auch die der CDU. Lediglich der Dekan der Theologischen Fakultät, Ernst-Heinz Amberg, erklärte, er könne dem Abriß der Universitätskirche nicht zustimmen, auch auf die Gefahr hin, „als Störenfried zu gelten“. Wenn er auch das Projekt nicht ändern könne, so bitte er doch nochmals, eine Erhaltung der Kirche zu ermöglichen, wenn nicht als Gotteshaus, dann als Museum oder Bibliothek. Sieges-sicher konnte Fröhlich darauf großzügig erklären, er betrachte Amberg nicht als Störenfried und könne dessen Stellungnahme verstehen. Die Beseitigung der „Altsubstanz“ sei keine Kampfansage an Theologie oder Kirche, sondern eine andere Lösung sei schlicht unmöglich! „Auch architektonisch wäre es vor den kommenden Ge-

---

<sup>20</sup> UAL Rektorat 442, 141f.; BPA IV B-4/14/048.



nerationen nicht zu verantworten, eine Lösung mit Erhaltung der Altsubstanz zu beschließen.“<sup>21</sup>

Einen Tag später fand im Senat der Universität die Abstimmung über die „Willenserklärung“ für das Neubauprojekt - und damit die Beseitigung der Kirche - statt. Zuvor hatte Dekan Amberg auf einer Sondersitzung des Rates der Theologischen Fakultät über die Sitzung der Ständigen Kommissionen Bauwesen berichtet. Amberg teilte der Fakultät mit, daß er der vorgesehenen Willenserklärung des Senats nicht zustimmen könne: „Wir haben eine Kirche verloren, wir können nicht die Achtung vor uns selbst verlieren“. Amberg beruft sich auf die von der Verfassung gewährte Gewissensfreiheit, selbst wenn es ihn sein Amt koste - man sei zwar der Verlierer, aber man könne nicht mit den Siegern ja sagen. Außerdem will die Fakultät versuchen, die Erlaubnis für einen Abschlußgottesdienst zu erhalten, um ihren Standpunkt darzulegen. Der Fakultätsrat ermächtigt den Dekan, im Senat die unveränderte Haltung der Fakultät zu betonen und dem Abriß oder der Willenserklärung zum Gesamtprojekt, das den Abriß einschließt, nicht zuzustimmen, sondern ein „unmißverständliches Nein zum Abriß der Kirche“ zu erklären.

Von dieser Fakultätsratssitzung wird sogar bis an das ZK der SED berichtet. Lex Ullmann, Mitarbeiter für Kirchenfragen der SED-Bezirksleitung, betont, die Mitglieder des Fakultätsrats hätten ihren Widerstand gegen den Abriß für später aktenkundig machen wollen.<sup>22</sup>

Vor der Senatssitzung fand auch eine Beratung der Parteigruppe des Senats statt, in der Harry Pawula, 1. Sekretär der Universitätsparteileitung, bereits über die Fakultätsratssitzung der Theologischen Fakultät berichtete.<sup>23</sup> Dabei wird die Linie der Beratung im Senat bestimmt: Die völlige Neugestaltung sei aus strukturell-funktionellen, städtebaulich-architektonischen und Raumgründen erforderlich! Die Willenserklärung bekundet die „uneingeschränkte und freudige Zustimmung“ zum vorgelegten Neubauprojekt.<sup>24</sup> Pawula informiert Fröhlich, auf die Verlesung der Willenserklärung durch Rektor Ernst Werner habe Dekan Amberg in der Senatssitzung „knapp und präzise“ erklärt, die Haltung der Fakultät habe sich seit der Erklärung vom 30.4.1968 nicht geändert, die Fakultät

---

<sup>21</sup> BPA IV B-2/6/409; SAPMO ZPA IV A-2/14/3, 90-94.

<sup>22</sup> SAPMO ZPA IV A-2/14/3, 90-94.

<sup>23</sup> Der Parteigruppe des Senats gehörten alle Senatsmitglieder außer Amberg und dem Dekan der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät Robert Lauterbach an.

<sup>24</sup> UAL Rektorat 7, 105-109; UAL Rektorat 445, 50-52; BPA IV B.4/14/048.

könne zum Abbruch der Universitätskirche nur nein sagen. Er könne deshalb der Willenserklärung nicht zustimmen. In der weiteren Diskussion sprach sich ein großer Teil der Senatoren offen für den Neubau aus. Besonders Altmagnifizienz Mayer, Werner, Jusek und Pawula versuchten, „an Herrn Amberg als Dekan und Erzieher zu appellieren“, es besonders unter den Studenten nicht zu „unüberlegten Handlungen“ kommen zu lassen. Um den Dekan in die Enge zu treiben, wird er „direkt befragt, ob er gegen den Neubau sei“. Amberg erklärte, nicht gegen den Neubau zu sein, aber dem Abriß der Universitätskirche nicht zustimmen zu können, wenn auch seine Gegenstimme den Bau nicht verhindern werde und er politische Reibereien zu vermeiden suche. Bei der Abstimmung stimmten alle Vertreter außer Amberg für die Willenserklärung, Amberg enthielt sich der Stimme.<sup>25</sup>

Am 20.5.1968 berichtete Amberg dem Fakultätsrat über die Senatssitzung, dieser sprach ihm das Vertrauen aus und betonte die Schwierigkeit der Lage und das unermüdliche Eintreten der Fakultät für die Erhaltung der Kirche. Am 21.5. wollten Amberg und die Studienjahresbetreuer mit den Studenten sprechen.<sup>26</sup> Daraufhin wurden „nach Auswertung der Information über die Ratssitzung die festgelegten, aber den Studenten noch nicht bekannten Versammlungen vom Rektor ... untersagt“. Es habe kein Anlaß zu einer Ausnahmeregelung an der Theologischen Fakultät in bezug auf die Bekanntgabe des Beschlusses zur Universitätskirche bestanden.<sup>27</sup> Die Theologiestudenten hatten sich noch am 27.3. mit einem von 102 Studenten unterzeichneten Brief an den Leipziger Chefarchitekten Horst Siegel gewandt und um ein Gespräch gebeten, da über den laufenden Wettbewerb zum Karl-Marx-Platz nicht informiert werde und Gerüchte über den Abriß der Universitätskirche auftauchten.<sup>28</sup> Unter den im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Sprengung „Zugeführten“<sup>29</sup> waren mehrere Theolo-

---

<sup>25</sup> Zur Senatssitzung vgl. BPA IV B-4/14/048; SAPMO ZPA IV A-2/14/3, 90-94. In: Willenserklärung. UZ 12 (1968), Nr. 22 vom 24.5.68, 1, wird Ambergs Stimmhaltung nicht erwähnt.

<sup>26</sup> UAL Rektorat 41, 202f.

<sup>27</sup> BPA IV B-2/6/409 (21.5.1968, „Information über die Reaktion der Theologischen Fakultät und anderer Kräfte“).

<sup>28</sup> Vgl. Winter: AaO, Dokument 8; L StVuR 903, 52; BPA IV B-2/6/409.

<sup>29</sup> Für die Zeit vom 23.-31.5.1968 werden von einer Kommission der SED-Stadtleitung 97 „Zuführungen“ genannt, deren Ergebnis 11 richterliche Strafbefehle, 5 Abgaben an die Konfliktkommission oder Disziplinarbeauftragte, 2 Einweisungen in den Jugendwerkhof, 4 Einstellungen mit Übergabe an die Jugendhilfe, 7 polizeiliche Strafverfügungen (Geldstrafen), 5 Einstellungen des Verfahrens, 2 Übergaben an den Staatssicherheitsdienst und 61 Entlassun-

giestudenten. Daneben waren vier längerfristig in Haft, drei von ihnen zu Bewährungsstrafen, einer zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.<sup>30</sup>

Die Entscheidung Ambergs, nicht gegen die Willenserklärung zu stimmen, sondern sich der Stimme zu enthalten, entsprach der Sorge um das Schicksal der Fakultät und ihrer Angehörigen in einer Situation, da die Kirche nicht zu retten war. Eine Stimme gegen den Neubau der Universität - die Kirche wurde in der Erklärung natürlich nicht genannt - hätte leicht als Position der Trennung der Fakultät von der Universität ausgelegt werden und Interessen, die Theologische Fakultät an der Universität zu beseitigen, Vorschub leisten können. Die Reaktionen der Parteiführung gegen die Fakultät - beispielsweise Fröhlichs Attacken gegen „Bethäuser“ und „klerikales Dunkelmännertum“<sup>31</sup> an der Universität - zeigen, daß diese Sorge nicht unbegründet war.

Unbeeindruckt von den zunehmenden Protesten fand am 23.5.1968 die Akklamation des Politbürobeschlusses durch die Leipziger Stadtverordnetenversammlung statt.

Als Initiatoren der „Diskussionen und der Protestbewegung“ gegen die Zerstörung der Universitätskirche werden vom Staatssicherheitsdienst neben Angehörigen der evangelischen und römisch-katholischen Kirche vor allem Lehrkräfte und Studenten der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität genannt.<sup>32</sup> Dementsprechend erfolgt die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der „Bildungs- und Erziehungsarbeit“ an Theologischer Fakultät und Theologischem Seminar, auf dessen Einsatz für die Erhaltung der Universitätskirche hier nicht eingegangen werden kann. Die Schließung der Fakultät stand mit dieser Untersuchungskommission zwar nicht unmittelbar bevor, sondern es war eher eine Einschüchterung beabsichtigt. Die unausgesprochene Drohung mit Auswirkungen für das Fortbestehen der Fakultät stand aber im Hintergrund. Of-

---

gen nach Belehrung waren. BPA IV B- 5/01/254: Abschlußbericht vom 2.7.68; BPA IV B-5/01/114. - Die sächsische Kirchenleitung berichtet neben vielen Zuführungen von sechs längerwährenden Verhaftungen, Schulentlassungen und Geldstrafen zwischen 250 und 500 Mark. (Archiv des Landeskirchenamtes, 54 Leipzig (Universitätskirche St. Pauli), Lage 2, Band 2, 155-163.

<sup>30</sup> BPA IV B-4/14/089, vgl. Winter: AaO, 198. Nach Rektorentscheid wurden diese Studenten aus der Matrikel gestrichen. UAL Rektorat 41, 211 (16.9.68).

<sup>31</sup> BPA A-2/1/010, 29-31: „Die Existenz von Bethäusern an den Universitäten ist ein Ausdruck dafür, die Wissenschaften unter die Herrschaft des klerikalen Dunkelmännertums zu bringen. Dort produzieren sie das Opium, mit dem die ausgebeuteten Massen botmäßig gehalten werden sollen.“ Fröhlich vor der SED-Bezirksleitung am 28./29.2.1964.

<sup>32</sup> MfS ZAIG 1503 (28.5.1968).

fenbar war jedoch die Universitätsleitung nicht an einer Schließung der Fakultät interessiert! So bleibt der Kommissionsbericht, zunächst in einer zweiten Fassung noch verschärft, weitgehend ohne Folgen.<sup>33</sup> Man war sich in der Parteiführung wohl auch selbst nicht mehr im klaren darüber, was man mit den Ergebnissen der Untersuchungen anfangen sollte, vor allem aber hatte sich durch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR die politische Situation auch an der Universität so verschärft, daß ein weiteres Vorgehen gegen die Theologische Fakultät nicht opportun schien.

Nicht die Verdrängung der Fakultät aus der Universität, wohl aber die Verdrängung aus deren Mitte war mit der Sprengung der Universitätskirche und weiter im Zuge des Universitätsneubaus gelungen.

Es bleibt festzustellen, daß sich die Theologische Fakultät der Leipziger Universität immer dann, wenn die Gefährdung der Universitätskirche deutlich wurde, für deren Erhalt einsetzte. Sie war neben Vertretern der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens und der römisch-katholischen Kirche - von den Kirchenleitungen bis zu den Gemeinden - sowie Denkmalpflegern und Kunstwissenschaftlern eine der wesentlichen Stimmen des Widerspruchs gegen die Zerstörung der Universitätskirche St. Pauli. Zunächst wurde auf dem Dienstweg versucht, über das Rektorat eine Zusage für die Erhaltung der Kirche zu bekommen. Hinzu kamen Versuche, durch Schreiben an Vertreter der Staatsführung eine Änderung der Pläne zu erreichen. Dabei wurde das Vorgehen auch mit der sächsischen Landeskirche abgestimmt. Verbindung wurde ebenfalls mit dem Institut für Denkmalpflege in Dresden aufgenommen. Im Vordergrund der Argumentation auch der Vertreter der Theologischen Fakultät stand der kulturhistorische Wert der Kirche. Als letzte Möglichkeit wurde sogar die Aufgabe der gottesdienstlichen Nutzung angeboten. Jedoch konnten weder die Vertreter der Universitätsleitung noch die des Rates der Stadt oder gar der SED von der Notwendigkeit, die spätgotische Kirche zu erhalten, überzeugt werden.

Bei der Beurteilung des Verhaltens der Fakultät ist aber auch festzuhalten, daß es kaum Möglichkeiten gab, die Öffentlichkeit zu erreichen oder mit der Gegenseite in ein Gespräch zu kommen. Natürlich bestand auch der Wille, es nicht zu einer Eskalation kommen zu lassen. Auch stärkerer Widerstand hätte jedoch 1968 die Sprengung der Universitätskirche nicht verhindern können.

Die Vertreter der SED-Führung behaupteten immer wieder, daß es sich bei der Entscheidung über die Universitätskirche nicht um einen antikirchlichen Akt

---

<sup>33</sup> Die Kommission lud jeden Angehörigen und alle Studenten vor. Zu den Berichten der Kommission vgl. Winter: AaO, 201-204.

handle. Tatsächlich ging es der SED an dieser Stelle weniger um einen Generalangriff auf die Kirchen, wenn auch die Beseitigung des lebendigsten Zentrums kirchlichen Lebens in der Leipziger Innenstadt, das die Universitätskirche in dieser Zeit war, mit ins Auge gefaßt war. Das Vorgehen richtete sich vor allem gegen diese Kirche selbst, die am zentralen Platz der Stadt, der als Ort von Demonstrationen und Kundgebungen dienen sollte, nicht mehr geduldet wurde. Zerstört werden sollte auch die enge Verbindung der Universitätskirche mit der Karl-Marx-Universität, einer Hochschule, die in besonderem Maße der Lehre des Marxismus verpflichtet war. Die neue Universität wurde zudem als architektonische Entsprechung der Hochschulreform von 1968 gesehen. So wurde auch nicht nur die Kirche zerstört, sondern auch die historischen Universitätsgebäude wurden beseitigt! Ziel war die endgültige Zerschlagung „bürgerlicher“ Traditionen und kritischen Denkens an den Universitäten, die gerade im Leipziger Augusteum, besonders in seinem legendären Hörsaal 40, auch 1968 noch lebendig waren. So muß neben der Sprengung der Universitätskirche auch die der alten Universitätsgebäude als bewußter Akt gesehen werden, der nicht allein städtebaulichen Erwägungen folgte oder nur Raumprobleme der Universität zur Ursache hatte.

Die Führung der SED sah in der Entscheidung zur Universitätskirche zunehmend eine „Machtfrage“. Konsequenz ihrer Politik und Ideologie war die völlige Unfähigkeit, andere Meinungen und Argumente auch nur anzuhören. So wurde die Zerstörung der Universitätskirche vollzogen, als dazu die ökonomischen und politischen Voraussetzungen vorhanden waren.

# Existenzweisen institutionalisierter Theologie in der DDR

## Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflußnahme auf die Theologische Fakultät Berlin\*

Dietmar Linke

Im Dezember 1961 wurde M. Schulze, Theologiestudent der Humboldt-Universität im 3. Semester, verhaftet, zu 14 Jahren Gefängnis wegen „staatsgefährdender Hetze“ verurteilt. Der Disziplinarausschuß der Universität beschloß im August 1962: „dauernd vom Studium ausgeschlossen“. Ausschluß hieß, lebenslänglich von allen Universitäten und Hochschulen der DDR. Lebenslänglich hätte diese Entscheidung Gültigkeit gehabt, wäre das System, das dieses Urteil ermöglichte, nicht mit der „Wende“ vorher zusammengebrochen. „Staatsgefährdende Hetze“ faßte die Kritik am Mauerbau, an der Kollektivierung der Landwirtschaft und an den Wahlen, die im September 1961 stattfanden, zusammen.

Einer wird herausgegriffen, ein Schauprozeß wird veranstaltet, unter Ausschluß der Öffentlichkeit. In der Geschichte der Theologischen Fakultät Berlin ist dies kein Einzelfall.<sup>1</sup> Exempel wurden statuiert. Diese hatten ihre Wirkung. Angst breitet sich aus, Grenzen werden markiert, Weichen gestellt, Anpassung befördert, Widerstand im Vorfeld gebrochen. In solchen Situationen ließ der Machtapparat die Maske fallen, zeigte seine Instrumente. Die Machtfrage war entschieden! Wer sich mit der Macht anlegt, wird deren Folgen spüren. Dies hatte Wirkungen auf Studenten und Lehrkörper. M. Schulze: „Wenn jemand eine politische Sache am Halse hatte, dann konnte man sich auf die Disziplinarordnung berufen. Fascher (Dekan) hat seine Hände in Unschuld gewaschen“.<sup>2</sup>

In derartigen Konfliktsituationen wurde blitzlichtartig deutlich, wie groß der Handlungsraum der Funktionsträger der Theologischen Fakultät war. Für Mo-

---

\* erstveröffentlicht in hso 4/1996

<sup>1</sup> Vgl. Linke, Dietmar: Theologiestudenten der Humboldt-Universität - zwischen Hörsaal und Anklagebank, Neukirchen-Vluyn 1994.

<sup>2</sup> Ebd., S. 186.

mente war der „humanistische Ansatz“, den man als Feigenblatt der Gemeinsamkeit von Theologie und Ideologie häufig beschworen hatte, außer Kraft gesetzt, ist dem „Klassenkampfauftrag“ gewichen.

Ich selbst habe 1963 mit dem Studium an der Theologischen Fakultät Berlin begonnen. Im Gepäck brachte ich erste Erfahrungen mit dieser Gesellschaft mit: Bilder der rollenden Panzer am 17. Juni 1953, Konflikte wegen Nichtmitgliedschaft in den Jungen Pionieren und der FDJ, wegen Nicht-Teilnahme an der Jugendweihe, zwei Zulassungsverweigerungen zur Erweiterten Oberschule, aber auch prägende Eindrücke aus der kirchlichen Jugendarbeit. Ich hatte mich für die staatliche Fakultät entschieden, um die Realität einer Universität zu erleben und um ein solides Grundlagenstudium zu absolvieren. Die Fakultät war zahlenmäßig überschaubar; man kannte weitgehend einander.

Für mich war Berlin als Hauptstadt ein Anziehungspunkt, auch vom kulturellen Angebot und der Möglichkeit der Begegnung mit Freunden, die über West-Berlin einreisen konnten.

In dieser Zeit bildete die Theologische Fakultät noch so etwas wie eine Oase in diesem universitären Umfeld. Die Freiheit, eigenständig den Studienplan zu entwerfen, bot die Möglichkeit, zwischen einzelnen Dozenten eine Wahl zu treffen. Einigen ging man aus dem Weg, weil andere da waren, die einem wichtige Impulse gaben. Die Pflichtveranstaltungen im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium (ML) lösten einerseits Frust und Langeweile aus, waren andererseits für uns die Möglichkeit für einen "Schlagabtausch" mit dem ML-Dozenten und somit Probierfeld für spätere Auseinandersetzungen mit Staatsfunktionären. Wir waren Augenzeugen, wie einige sich empordienen wollten, durch Aktivitäten in der FDJ, gerade im Vorfeld der III. Hochschulreform. Dennoch hatte die FDJ zu dieser Zeit kaum eine Chance unter uns. Wir waren bereits sensibilisiert worden, um zu erkennen, wer im Lehrkörper Staatsnähe demonstrierte. Ihre Sprache und ihre Denkmodelle verrieten sie. Einerseits waren es Hanfried Müller (Systematik) und Rosemarie Müller-Streisand (Kirchengeschichte), die ihre SED-Nähe nicht verbargen; andererseits gab es die CDU-Vertreter wie u.a. Herbert Trebs und Hans-Hinrich Jenssen, die den Schaukelkurs der Blockpartei CDU in das Fakultätsgeschäft einbrachten.

Ich wollte, wir wollten eine solide Ausbildung. Das war dennoch möglich geworden. Durch die Sondergenehmigungsnummer war es möglich gewesen, theologische Fachliteratur aus dem Westen zu erhalten. Es gab harte Diskussionen, als einige Dozenten die Schaffung einer eigenständigen DDR-Theologie propagierten mit der Begründung, so könne man sich von den bürgerlichen und

reaktionären Einflüssen westlicher Theologen abgrenzen. Durch die aus dem Westen kommende Literatur und durch Begegnungen mit Studenten, die von der Kirchlichen Hochschule West-Berlin kamen, hatten wir Teil am grenzüberschreitenden Gespräch, das eine unverzichtbare Ergänzung zum Studienbetrieb an der Fakultät darstellte.

Problematisch war in diesen Jahren das Verhältnis zwischen Fakultät und Kirche, bedingt von beiden Seiten. Für Vertreter der Kirche waren wir diejenigen, die an der „roten“ Fakultät studierten. Der Kontakt zu uns als künftige Pfarrer der Landeskirche wurde auf ein Minimum reduziert. Vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen wurde die Fakultät angehalten, den Einfluß der „reaktionären“ Kirchenvertreter zu unterbinden. An dieser Barriere sind etliche zerbrochen, die später nicht ins Pfarramt gegangen waren.

### **Begründung für die Existenz der Theologischen Fakultät**

Die Neuorientierung der Gesellschaft auf der Basis marxistisch-leninistischer Ideologie stellte einen weiteren Verbleib der Theologischen Fakultät an der Universität zunächst in Frage. Es wurde die Gründung kirchlicher Akademien erwogen.

Die Referentin im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Krause, schreibt 1957: „Natürlich sind wir nicht daran interessiert, die Theologischen Fakultäten besonders zu fördern“. Dennoch erkannte sie als Chance, „daß wir auf unsere Theologischen Fakultäten einen gewissen Einfluß ausüben können und auch genügend Kontrollmöglichkeiten haben“.<sup>3</sup> Die Nachfolgerin in dieser Funktion, Friederun Fessen (im Mai 1955 vom MfS angeworben, Deckname „Irene“) schreibt in einem Entwurf für eine Konzeption über die Theologischen Fakultäten: „In der DDR ist eine Trennung der Theologischen Fakultäten von der Universität gegenwärtig nicht zweckmäßig, weil es dann nur im geringeren Umfang möglich wäre, einen positiven Einfluß auf die Studierenden zu üben, während reaktionäre kirchliche Kreise ihren negativen Einfluß intensivieren würden“.<sup>4</sup> Es wird die Möglichkeit erkannt, „günstig auf die zukünftigen Pfarrer einzuwirken, die in den nächsten Jahren noch Einfluß auf einen nennenswerten

---

<sup>3</sup> BA, Potsdam, R-3, 2957.

<sup>4</sup> BA, Potsdam, R-3, 5595, S. 27.



Teil unserer Bevölkerung ausüben werden“.<sup>5</sup> In einem Thesenpapier über die „Rolle und Perspektive der Theologischen Fakultäten“, das als Vorlage für den Ministerrat erarbeitet wurde, heißt es:

*„Jetzt beginnen einige Theologie-Professoren auch verschiedene marxistische gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse zu übernehmen, z.B. die Lehre vom Klassenkampf und der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats. In der Regel aber sind die Lehrer der Theologischen Fakultäten noch völlig an einer bürgerlichen Wissenschaft oder Pseudowissenschaft orientiert.*

*Heute gilt es, die Theologischen Fakultäten weiter zu entwickeln, damit sie nicht zum ausgesprochenen Fremdkörper und Hort bürgerlicher Pseudowissenschaft an unseren Universitäten werden. Allerdings können die Theologischen Fakultäten an einer sozialistischen Fakultät nur eine Sonderstellung einnehmen, denn die Theologie läßt sich nicht auf marxistischen Grundlagen betreiben, sondern kann durch den Marxismus-Leninismus nur aufgehoben werden“.*<sup>6</sup>

Im März 1971 erfolgte im Zusammenhang der III. Hochschulreform die Gründung der Sektion Theologie an der Humboldt-Universität. In diesem Zusammenhang wird als Zielstellung formuliert, „die Theologischen Fakultäten so zu entwickeln, daß in der Mehrzahl staatsbewußte und zur aktiven gesellschaftlichen Mitarbeit befähigte und bereite Absolventen in die kirchlichen Stellen kommen, die in ihrer Tätigkeit vom Prinzip der Mitwirkung und Mitverantwortung der Christen beim Aufbau des Sozialismus ausgehen.

Damit ist ein wirksamer Hebel gegeben, den Einfluß der reaktionären, konservativen Kräfte innerhalb der Kirchen zurückzudrängen und das Verhältnis von Staat und Kirche entsprechend der Bündnispolitik mit den fortschrittlichen Kräften zu entwickeln“.<sup>7</sup>

## **Kaderpolitik**

Um das oben genannte Erziehungsziel erreichen zu können, muß vor allem auf die Auswahl der Dozenten geachtet werden. Die Referentin im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen stellt bereits 1959 fest: "Am meisten können unsere Theologiestudenten durch ihre Professoren und Dozenten beeinflusst wer-

---

<sup>5</sup> Fessen: Thesen über unsere Aufgaben an den Theologischen Fakultäten, BA, Potsdam, R-3, 5595, S. 67.

<sup>6</sup> Ebd., S. 56.

<sup>7</sup> Konzeption zur Weiterführung der Hochschulreform an den Theologischen Fakultäten, 1969, SAPMO-BArch-ZPA IV A2/9.02/512.

den. Daher müssen wir in Besetzungsfragen und bei der Förderung der theologischen Hochschullehrer eine konsequente Kaderpolitik betreiben“.<sup>8</sup> Kontinuierlich fertigte das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen Analysen über die politisch-ideologische Situation unter den Studenten und im Lehrkörper an. Die Mitarbeiter des Lehrkörpers wurden namentlich benannt und verschiedenen Gruppierungen zugeordnet. 1961 heißt es in einer Information:

*„Im Lehrkörper der Berliner Theologischen Fakultät klaffen die Gruppengegensätze zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften. Der Dekan, Prof. Fascher, laviert und paktiert, solange er es nicht für aussichtslos hält, mit gelegentlichen pseudofortschrittlichen Phrasen zugunsten der Reaktionäre. Er scheut dabei nicht vor Intrigen und Verleumdungen des augenblicklich schwankenden aber relativ fortschrittlichen Westberliner Prof. Vogel zurück [...] Die fortschrittlichen Dozenten Dr. Jenssen, Dr. Hanfried Müller und Dr. Rosemarie Müller-Streisand [...] (werden) fast durchgängig boykottiert“.*<sup>9</sup>

In einer Analyse aus 1968 heißt es:

*„Den progressiven Kräften [...] ist es bisher nicht gelungen, eine gemeinsame Basis für ihre Tätigkeit und eine einheitlich abgestimmte Linie für die Erziehungsarbeit der Studenten zu finden [...] Ein Teil der fortschrittlichen Theologen will die Kirche in das Gesellschaftssystem des Sozialismus in der DDR integrieren und ihre Wirkung auf die gemeinsamen Ziele der Christen und Marxisten [...] richten. Dazu gehören die Professoren Jenssen, Trebs, Kehnscherper [...] Eine andere Gruppe geht von der Grundkonzeption der Neutralisierung der Kirche in politischer Hinsicht aus. Dazu gehören die Professoren Müller, Basarak [...], Müller-Streisand [...]. Eine dritte Gruppe stellt sich außerhalb der Probleme der Kirchenentwicklung und geht ausschließlich vom Fachgebiet aus und versucht von der Wissenschaft her [...] auf die Studenten einzuwirken. Dazu gehören die Professoren Bernhardt, Schenke, [...], Dr. Döp-mann u.a.“*<sup>10</sup>

Um auf eine Veränderung des Lehrkörpers hinzuwirken, entwickelte Frau Fessen 1958 folgende Forderungen:

*„a) Reaktionäre Professoren und Dozenten nicht befördern [...], in krassen Fällen disziplinarisch belangen, ggf. entlassen.*

*b) Politisch neutrale Professoren und Dozenten nur nach längerer Zeit befördern, nur in Ausnahmefällen vom Dozenten zum Professor [...]. Ständig mit ihnen gesellschaftlich arbeiten [...], sie allmählich zu einer klaren politischen Entscheidung bringen.*

---

<sup>8</sup> BA, Potsdam, R-3, 5597, S. 67.

<sup>9</sup> SAPMO-BArch-ZPA IV2/14/176.

<sup>10</sup> SAPMO-BArch-ZPA IV A2/9.04/512, S. 7f.

c) *Fortschrittliche und sich fortschrittlich entwickelnde Professoren und Dozenten fördern und befördern, ihnen möglichst große Einflußmöglichkeiten einräumen [...].*

d) *Nur fortschrittliche Kräfte können sogleich zum Professor ernannt werden, gleichviel ob sie habilitiert sind oder nicht. Politisch neutrale Kräfte nur bei erfolgreicher Habilitation und großer fachlicher Dringlichkeit als Dozenten einsetzen, wenn die Aussicht besteht, daß sie sich fortschrittlich weiterentwickeln. Reaktionäre oder keinerlei positive Entwicklung versprechende Kräfte unter keinen Umständen als Dozenten und Professoren ernennen [...].<sup>11</sup>*

Für diese Kaderpolitik seien einige Beispiele genannt:

Nach längeren Zerreißproben an der Universität nahm Prof. *Walter Elliger*, der 1950 das Ordinariat für Kirchengeschichte übernommen hatte, 1963 einen Ruf nach Bochum an.

Dr. *Siegfried Herrmann* kam als Alttestamentler 1961 an die Berliner Fakultät. 1962 stellte der Rat der Fakultät erstmals einen Antrag auf Beförderung zum Professor. Die Ernennung wurde lange verweigert, dann aber im September 1964 ausgesprochen. Zum gleichen Zeitpunkt lag bereits eine Berufung nach Bochum vor. Die Übersiedlung erfolgte 1966.

Dr. *Günter Baumbach* übernahm im September 1965 die Dozentur für Neues Testament. Anträge der Fakultät zur Ernennung zum Professor vom Februar 1966 und Januar 1969 wurden abgelehnt. Ein weiterer Antrag im Frühjahr 1974 wurde durch eine Denunziation erneut zu Fall gebracht.

Im Sommer 1963 wird von der Fakultät der Vorschlag unterbreitet, Dr. *Alfred Raddatz* zum Dozenten für Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst zu ernennen. Im November 1964 schreibt Frau Fessen an den Dekan:

*„Die Haltung von Dr. Raddatz ist m.E. nicht unpolitisch, sondern bewußt restaurativ, natürlich nicht exponiert offen reaktionär, sondern im Rahmen des Möglichen.*

*Der Fakultät ‘droht’, obwohl sie ihrer Zusammensetzung nach die progressivste ist, noch keine chemische Reinheit in politischer Hinsicht, und mit Dr. Raddatz könnten die progressiven Kräfte kaum erzieherisch zusammenspielen, da er von seiner eigenen Haltung abgesehen, von reaktionären kirchlichen Kreisen als ihr Vertreter an der Fakultät gesehen wird. [...] Somit würde Dr. Raddatz mit höchster Wahrscheinlichkeit in die Position des ausgesprochen reaktionären Dozenten hineinmanövriert, also der politischen Erziehungsarbeit abträglich“.<sup>12</sup>*

---

<sup>11</sup> BA, Potsdam, R-3, 5595, S. 9ff.

<sup>12</sup> BA, Potsdam, R-3, 2102/3.

*Hans Müller-Zetzsche* promovierte im September 1961. Die Aushändigung der Promotionsurkunde wurde lange verzögert. Erst im Januar 1962 wurde sie übergeben. Im gleichen Frühjahr wurde Müller-Zetzsche von der Universität „entfernt“.

Ein dezidiertes Interesse des Staates gab es andererseits an der Beförderung von *Hanfried Müller* und *Rosemarie Müller-Streisand*.<sup>13</sup>

## **Professoren und Dozenten als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS**

Auch für die Theologische Fakultät gab es deutliche Zuständigkeiten. Neben der Universitätsleitung war das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen das staatliche Gegenüber. Man konnte davon ausgehen, daß auch an diesen Tischen Mitarbeiter saßen, die zugleich dem MfS verpflichtet waren (u.a. Friederun Fessen [GI „Irene“]; Jürgen Janott [IMV „Student“]; Winkler [OibE „Norbert“]). Doch es hatte eine andere Qualität, wenn jemand sich direkt mit dem MfS einließ, die Ebene der Konspiration betrat oder konspirative Wohnungen aufsuchte.

Mit dieser Problematik wird ein düsteres Kapitel der Theologischen Fakultät offenbar. Die Zusammenarbeit mit dem MfS war nicht automatisch an die Funktion eines Dekans oder Sektionsdirektors gekoppelt. Der einzelne Funktionsträger hatte seine Zustimmung zu dieser Zusammenarbeit gegeben.

*Was mag einen Dozenten zu einer Zusammenarbeit bewogen haben? War es die ideologische Übereinstimmung mit dem System?*

*Hanfried Müller* (IM „Hans Meier“) wurde im November 1954 verpflichtet. Der Führungsoffizier charakterisiert ihn als „aufgeschlossen, gesprächig und zuvorkommend“.<sup>14</sup> Vielfältig sind künftig seine Aktivitäten im Auftrag des MfS: Reisen ins Ausland, Informant über die Theologische Fakultät, über Dozenten und Studenten, über die Studentengemeinde, den „Weißenseer Arbeitskreis“. In Absprache mit dem MfS werden Einmischungen in Sachen Kirchenpolitik vorbereitet und durchgeführt.

*War es die eigene Karriere, die alle Skrupel beiseite schob?*

1956 wurde *Hans-Georg Fritzsche* (IM „Fritz“) angeworben. Im Dezember 1959 notiert der Führungsoffizier: „Der Hauptteil des Treffs wurde dazu benutzt, um mit dem GI ausführlich seine weitere Perspektive zu besprechen. [...]“

---

<sup>13</sup> Zu dem Gesamtkomplex „Kaderpolitik“ vgl. Linke, D.: Theologiestudenten..., a.a.O., S. 30ff.

<sup>14</sup> Ebd., S. 450ff.

Beim ganzen Treffverlauf [...] zeigte sich, daß der GI zwar ganz gern zum Treff kommt, da er sich Anregungen und persönliche Vorteile in bezug auf sein persönliches Fortkommen“ verspricht.<sup>15</sup> Im Februar 1960 heißt es im Bericht: „Es wurde mit ihm zunächst über seine Ernennung zum Professor gesprochen“. Der IM berichtete über Widerstände gegen seine Ernennung im Lehrkörper. Darauf wurde ihm mitgeteilt, „daß er bei verschiedenen staatlichen Stellen in dem Ruf eines verkappten Reaktionärs stünde. Es sei für den GI gut [...], weil es der Arbeit des MfS dient“.<sup>16</sup> Im Juni 1960 wurde Fritzsche zum Professor ernannt.

Auch an der Karriere von *Herbert Trebs* (IM „Anton“), der 1950 und 1954 verpflichtet wurde, war das MfS beteiligt. Das Thema der Dissertation wurde zuvor abgesprochen. Im Oktober 1968 stellt das MfS fest: „In enger Verbindung mit seinem Einsatz für das MfS erreichte er einen hohen wissenschaftlich-akademischen Bildungsgrad (Prof.Dr.Theologie)“.<sup>17</sup>

*War es das Sich-Wiegen in Sicherheit: die DDR hat keine zeitlichen Grenzen; es wird nie offenbar werden? War eine Zustimmung zur Zusammenarbeit in der Persönlichkeitsstruktur begründet? Der Führungsoffizier als Seelsorger, der die eigenen Probleme versteht und auch Auswege finden kann!*

Neben den oben genannten Mitarbeitern an der Theologischen Fakultät/Sektion waren der Alttestamentler Prof. Karl-Heinz Bernhardt (IMS „Jäger“ bzw. „Förster“, angeworben 1959), der Inhaber des Lehrstuhls für Ökumene, Prof. Gerhard Bassarak (IMB „Buss“), der Prof. für Praktische Theologie, Heinrich Fink (IMB „Heiner“, tätig seit 1969), der Schüler von Hanfried Müller, Dieter Kraft (IMS „Michael“), und der ML-Dozent, Prof. Helmut Dressler, als Inoffizielle Mitarbeiter tätig.

Aus der Vielzahl der zusammengetragenen Informationen konnte das MfS sich ein Bild über das Innenleben der Menschen und der Institutionen machen. Daraus wurden Maßnahmepläne abgeleitet, Aufträge formuliert, gezielte Einsätze vorbereitet. Wann wurde einem einzelnen Schaden zugefügt? Erst dann, wenn die Polizei jemand „zugeführt“ hatte? Oder wenn Dozenten als Auftragswerk des MfS über einen Studenten eine vernichtende Beurteilung schrieben? Oder wenn langfristig eine Exmatrikulation vorbereitet wurde? Schaden wurde zugefügt, wenn das Vertrauen des Gegenübers mißbraucht wurde, Informationen ab-

---

<sup>15</sup> Ebd., S. 61.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Ebd., S. 62.

geschöpft wurden, wenn Einschätzungen und Charakteristika dem MfS geliefert wurden, die für eine gezielte Einflußnahme verwendet werden konnten.

Es wurden durch operative Maßnahmen Personalentscheidungen manipuliert, Entscheidungen verhindert oder operativ gesteuert, Seminarveranstaltungen bespitzelt, Unmutsäußerungen und Gespräche protokolliert und weitergeleitet, Unterlagen aus den Studentenakten kopiert und dem MfS übergeben. Es wurden „problematische“ Seminararbeiten einzelner Studenten dem Führungsoffizier zur Verfügung gestellt, die Nichtteilnahme an einer Wahl gemeldet. Es wurden Disziplinierungen angeregt, einzelne inhaftiert oder „lebens-länglich vom Studium ausgeschlossen“. „Progressive“ Vertreter der Fakultät/ Sektion wurden in Untersuchungsvorgängen gegen einzelne Studenten mit eingeschaltet oder sie traten als Belastungszeugen in Gerichtsverhandlungen auf.

Durch Inoffizielle Mitarbeiter der Sektionsleitung erhielt das MfS schon vor der Immatrikulation eine Aufstellung der Studienbewerber. So war die Möglichkeit gegeben, im Vorfeld Immatrikulationen zu verhindern oder einzelne Bewerber umzulenken.

All dieses hat an einer Theologischen Fakultät/Sektion stattgefunden, an der es um die Wahrheit der christlichen Botschaft gehen sollte. Es hat stattgefunden im Zusammenspiel zwischen Mitarbeitern dieser Einrichtung mit dem MfS als „Schild und Schwert der Partei“.

### **Angefragt sind die Dekane der Theologischen Fakultät**

In diesem universitären Spannungsfeld war die akademische Theologie mit den Forderungen des Staates konfrontiert. Die Forderungen und Interessen wurden auf sehr unterschiedlichen Ebenen an die Mitarbeiter der Fakultät/Sektion herangetragen: über das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, teilweise schaltete sich das Staatssekretariat für Kirchenfragen ein. Auf der konspirativen Ebene nahm das MfS über die gewonnenen Inoffiziellen Mitarbeiter Einfluß. Hinzu kamen die unterschiedlichen parteipolitischen Interessen der SED- und CDU-Vertreter. Es gab immer wieder Situationen, in denen die CDU intervenierte, wo sie ihre Positionen gefährdet sah.

An allen Strukturebenen vorbei hatte Hanfried Müller häufig seine Interessen versucht ins Feld zu führen. Dafür seien zwei Beispiele genannt. Im Mai 1966 entwickelte Müller seine Gedanken zur Situation der Fakultät, zur Personalpolitik und zur Errichtung eines Ökumenischen Instituts an der Fakultät in

einem zwanzigseitigen Schreiben an den Abteilungsleiter der Abteilung Kirchenfragen im ZK der SED, Willi Barth. Im August 1978 wurden Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand bei dem Sekretär des ZK der SED, Paul Verner, vorstellig. In einer Information über dieses Gespräch heißt es:

*„Positionen, die von progressiven Kräften an der Sektion errungen wurden, werden scheinbarweise abgebaut. An der Sektion existiert eine Front gegen jedwedes progressive Auftreten von Dozenten und Studenten, die der Erziehung der Studenten außerordentlich Schaden zufügt. Reaktionäre Kräfte, die sich mit verbalen Bekenntnissen tarnen, halten den Fortschritt auf“.*<sup>18</sup>

Um Abhilfe zu schaffen, werden Personalvorschläge unterbreitet. Als besonderes Problem wird der Dozent für ML, Helmut Dressler, benannt. Abschließend wird eine Aussprache erwogen über die Situation an der Sektion, an der vom ZK der SED der Genosse Hüttner, der verantwortliche Genosse der Bezirksleitung der SED Berlin, die Leitung der Universität, der 1. Kreissekretär der SED, der FDJ-Sekretär und die BGL-Vorsitzende der Universität teilnehmen sollen.

Welche Rolle spielte in diesem Spannungsfeld der jeweilige Dekan bzw. Sektionsdirektor? Im Frühjahr 1992 führte ich mit den Professoren Jenssen, Bernhardt und Fink Gespräche, in denen ich sie danach fragte. Auf die Gespräche mit Jenssen und Bernhardt möchte im folgenden eingehen.

1. *Hans-Hinrich Jenssen*, geb. 1927, 1960 Berufung an die Theologische Fakultät Berlin, Professor für Praktische Theologie, 1964-1968 Dekan, Mitglied der CDU seit 1946, 1964-1968 Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, 1964 Vaterländischer Verdienstorden in Bronze.

Jenssen schildert ein Ereignis, das ihn nachhaltig in seinem Handeln geprägt habe. 1949 habe er als CDU-Kreisjugendreferent in Wolgast eine Rede gehalten, nach der dreizehn Schüler in die CDU eingetreten sind. Diese Rede habe Oberschüler ermutigt, illegal zu arbeiten. Es sei zu Verhaftungen gekommen, etliche seien in Sibirien geblieben. „Ich war damals sehr mutig und habe mich der Entwicklung der DDR entgegengestellt [...]. Das ist etwas, was mich am meisten bewegt, diese Schüler und Schülerinnen, die ich damals aufgeputscht hatte, ohne zu ahnen, welche Konsequenzen das haben würde“. Aus diesem Ereignis folgert Jenssen:

*„Ich sagte mir, es hat keinen Sinn, einer Diktatur des Proletariats auf dem politischen Sektor entgegentreten zu wollen. Die Demokratisierung der Gesell-*

---

<sup>18</sup> SAPMO-BArch-ZPA IV B2/14/139.

*schaft erkämpfen zu wollen, ist sinnlos. Ich war der Meinung, daß man den Widerstand dort organisieren muß, wo es für den Staat schwieriger ist, Widerstand politisch zu diskriminieren, auf dem weltanschaulichen Sektor, auf dem Weg der Verteidigung des Glaubens. Den wollte ich verteidigen, das war meine Hauptlinie: Keinen politischen Widerstand leisten, aber den weltanschaulichen Widerstand, die intellektuelle Diakonie, die Apologetik vorantreiben. [...] Das ist das, was mein ganzes theologisches Leben, Schreiben, Reden, Tun durchzieht“.*

Geschrieben und geredet wurde in diesen Jahren viel. „Ich habe geschrieben und geredet, um mir ein Gewicht zu verschaffen“, sagte Jenssen in einem Podiumsgespräch im April 1995. In der Diskussion ging es unter anderem um das Absolventenbild, das die Fakultät im Januar 1970 als grundlegendes Dokument im Zusammenhang der bevorstehenden Sektionsgründung verabschiedet hat. Darin heißt es u.a.:

*„Der Absolvent der Sektion Theologie fühlt sich mit der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, der ersten wahrhaft menschlichen Gesellschaftsordnung in der Geschichte, fest verbunden und sieht in der Deutschen Demokratischen Republik sein Vaterland. [...] (Es) ist ihm klar, daß Sozialismus nur dort verwirklicht wird, wo die Arbeiterklasse im festen Bündnis mit allen Werktätigen durch ihre marxistisch-leninistische Partei die Gesellschaft führt [...]“.*<sup>19</sup>

Dieses Absolventenbild sollte nach der Sektionsgründung die Richtung angeben. „Papier ist geduldig“, so rechtfertigte Jenssen bei der Podiumsdiskussion das Ergebnis. „Der Minister wollte das Papier haben, das haben wir gefertigt“. Meine Rückfrage war in diesem Zusammenhang: „Können wir als Theologen, die mit dem Wort arbeiten, so leichtfertig mit dem geschriebenen Wort umgehen?“

Jenssen ergänzte in diesem Zusammenhang, daß das Absolventenbild künftig keine Rolle mehr gespielt habe. In einer „Analyse der gesellschaftlichen Situation an der Sektion Theologie“ schreibt Prof. Bernhardt als Sektionsdirektor im Januar 1980: „Das Absolventenbild hat bis auf einige inzwischen überholte Formulierungen nach wie vor volle Gültigkeit. Es nennt die Ziele, die in gesellschaftspolitischer und theologisch-fachlicher Erziehung und Ausbildung anzustreben sind mit unmißverständlicher Klarheit“.

Bei der Diskussion im April 1995 sagt Jenssen: „Alles, was ich gesagt habe, ist in der Öffentlichkeit geschehen“. Auch da müssen wir genauer hinsehen und uns zu erinnern versuchen. Es blieb nicht aus, daß in diesen Jahren Gedanken zu Papier gebracht wurden, die mit dem Vermerk „vertraulich“ versehen wurden.

---

<sup>19</sup> Linke, D.: Theologiestudenten..., a.a.O., S. 285.



In der Zeit seines Dekanats wandte sich Jenssen im Juni 1966 mit einem Brief an Willi Barth, Abteilung Kirchenfragen im ZK der SED, und an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser. Zu diesem Schreiben veranlaßte ihn die Sorge über die zurückgehenden Bewerberzahlen zum Theologie-Studium an der Fakultät.

Den Grund sieht er in einem Mißtrauen der Interessenten gegenüber einer Fakultät, die in den letzten Jahren „zunehmend ein gesellschaftlich-progressives Profil gewonnen“ hat. „Da viele der zum Theologiestudium entschlossenen jungen Christen dem Sozialismus nach wie vor mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen, sind sie also auch gegenüber dieser so zusammengesetzten Berliner Fakultät mißtrauisch und wählen von sich aus den Weg zur Borsigstraße“. Die Borsigstraße, das heißt das dortige „Sprachenkonvikt“ als kircheneigene Hochschule, hat größere Anziehungskraft. Es gäbe zahlreiche Pfarrer und Superintendenten, die eine „gezielte Einflußnahme auf zukünftige Theologiestudenten zugunsten des Sprachenkonvikts“ ausüben. Auch die „häufigen Gastvorlesungen von West-Professoren“ seien ein Anziehungspunkt dieses Hauses.

„Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung bitte ich, zu erwägen, ob staatlicherseits Maßnahmen ergriffen werden können, die ihr entgegenwirken.“ Jenssen unterbreitet den Vorschlag: Es müßte „erwogen werden, ob die zuständigen staatlichen Organe eine uferlose Ausweitung der Kirchlichen Hochschulen dadurch verhindern sollten, daß Festlegungen über die Maximalgröße der Kirchlichen Hochschulen getroffen werden“. Im Hinblick auf die Gastvorlesungen sollte „erwogen werden, ob jeder Westdeutsche weiterhin mit dem Erwerb des Tagespassierscheines faktisch auch das Recht erwirbt, öffentlich zu reden. [...] Die Meldepflicht für Versammlungen könnte in dieser Hinsicht vielleicht ergänzt werden. [...] Restriktionsmaßnahmen gegenüber den Kirchlichen Hochschulen sind natürlich nur dann sinnvoll und vertretbar, wenn gleichzeitig Maßnahmen getroffen werden, die den gesellschaftl.-erzieherischen Einfluß der Fakultäten auf ihre Studenten erhöhen“.<sup>20</sup>

Im April 1968 wendet sich der Dekan an den Stadtkommandanten, Generalmajor Poppe. In diesem Jahr sollen 13 Studienbewerber zur NVA eingezogen werden. Dieses könnte erneut ein Abwandern zum Sprachenkonvikt auslösen. Jenssen schreibt: Ich möchte „Ihnen die Bitte vortragen, daß Sie bei den zuständigen zentralen Stellen dafür eintreten, daß auch das sogenannte Berliner Spra-

---

<sup>20</sup> BA, Potsdam, R-3, 1229.

chenkonvikt (Kirchliche Hochschule) mit einer gleichen Einberufungsquote beauftragt wird“.<sup>21</sup>

Ich frage Prof. Jenssen im Frühjahr 1992: „Was würden Sie aus der heutigen Sicht als Fehlentscheidung oder als Irrweg benennen?“ Jenssen nennt in diesem Zusammenhang diesen Brief an den Stadtkommandanten. Er sagt: „Ich hätte natürlich auch anders argumentieren können: Schaut mal die paar Theologen; macht es doch bei uns genauso wie am Sprachenkonvikt. Dann stände ich heute anders da. Oder ich hätte diesen Brief überhaupt nicht schreiben brauchen, denn dieser Umstand war dem Zentralkomitee bekannt. Ich glaube auch nicht, daß ich den Leuten vom Sprachenkonvikt dadurch geschadet habe, denn der Brief ist letztlich erfolglos geblieben“.<sup>22</sup>

Am 9. Februar 1961 war Jenssen Teilnehmer des Gespräches zwischen dem Leipziger Theologie-Professor Emil Fuchs und Walter Ulbricht. Jenssen:

*„Dieses Gespräch hatte einen großen Stellenwert. Alle Teilnehmer an diesem Gespräch waren erst einmal politisch relativ hoch angebunden. Insofern können Sie sagen, hatte ich zunächst eine sehr steile Karriere, die ich dann auch immer in die Waagschale geworfen habe. [...] Ich habe mich auch nicht gescheut, politisch heiße Eisen anzusprechen. Dieses politische Gewicht hatte ich bis zu meinem Auftreten auf der Mitarbeiterkonferenz der CDU 1967. Seitdem habe ich es nie mehr gehabt“.*

Jenssen hatte auf dieser Konferenz die staatlichen Maßnahmen gegen den Stralsunder Kirchentag kritisiert. Diese Kritik führte dazu, daß er aus der zentralen Wahlkommission ausgeschlossen wurde und seine Volkskammerkandidatur niederlegen mußte. „Es wurde auch von Mitgliedern der Fakultät versucht nachzustoßen. Kollege Müller hatte eine Semestereröffnungsandacht 1970 genutzt, um mich anzuschwärzen. Ich wurde bezichtigt, Studenten zum Opportunismus verführen zu wollen. Ich habe immer gesagt: Seelsorgerliche Anpassung ja, aber kein Opportunismus“.

*„Ich habe lange an die Überlegenheit des Sozialismus geglaubt. Nachher sah man, daß es wirtschaftlich so nicht läuft. Mir hat es nie eingeleuchtet, daß der Sozialismus nicht auch mit parlamentarisch-demokratischen Methoden funktionieren soll. Das habe ich für mich behalten und nach außen nie kundgetan.*

---

<sup>21</sup> SAPMO-BArch-ZPA IV A2/14/43.

<sup>22</sup> Linke, D.: Theologiestudenten..., a.a.O., S. 407.

*Wenn ich zurückblicke, muß ich sagen, ich habe meine Einflußmöglichkeiten überschätzt. Wir haben immer gedacht, wenn wir mitmachen, dann kann man dieses und jenes bewegen. Wir haben im Verhältnis viel zu wenig bewegt“.*<sup>23</sup>

2. *Karl-Heinz Bernhardt*, geb. 1927, seit März 1959 Professor für Altes Testament in Rostock, ab November 1966 an der Humboldt-Universität. 1968-1980 Dekan, 1965-1985 Vorsitzender des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz der DDR, 1975 Vaterländischer Verdienstorden in Bronze.

Inoffizieller Mitarbeiter des MfS seit 1959 als IM „Förster“ bzw. „Jäger“; er informierte über Personen und Entwicklungen im universitären Bereich, über Reisen in den arabischen Raum, über Fachtagungen im Ausland und über Gespräche mit Vertretern der Kirchen in der DDR, West-Berlin, der Bundesrepublik und dem Ausland.

Bernhardt begründet seinen Ruf nach Berlin rückblickend: „Das Ministerium sagte: ‘In Berlin gibt es Mord und Totschlag zwischen den beiden Fraktionen. Es müßten dort unbedingt eins, zwei, drei Personen hin, die in der Mitte stehen und das schlimmste verhüten’“. Mit dem Dekanat begann er zu einer Zeit, als die Vorbereitungen zur Sektionsgründung anliefen. Er hat in dieser Zeit als Dekan und Sektionsdirektor wesentlich mit die Weichen gestellt.

Zu den Fraktionskämpfen sagt er: „Ich bin an sich sehr konservativ. Ich muß sagen, daß mir beide Richtungen nicht sehr sympathisch waren, weil sie immer auf Ausschließlichkeit, aber nicht auf Kooperation angelegt waren“.

*„In Berlin gab es eine große Bereitschaft, sich zu gesellschaftspolitischen Fragen zu äußern. Das hängt mit der Situation zusammen. Wenn die eine Gruppe etwas vorschlug, dann konnte man damit rechnen, daß bei nächster Gelegenheit die andere versuchte an der Spitze zu sein. Dies hat einen nachlässigen Umgang mit diesen Dingen mit sich gebracht, von denen man wußte, daß sie wenig Wirkung haben konnten. Für mich war es schwierig, in dieser Situation durchzuhalten. Ich habe mir gesagt, daß es besser ist, ich mach die Dinge selbst, zwar weniger mit Hilfe der Öffentlichkeit, aber doch auch im Sinne einer gewissen Abschirmung vor zusätzlichen Anforderungen“.*

Bernhardt war 20 Jahre lang Vorsitzender des Regionalausschusses der CFK. Dazu sagt er: „Ich habe diese Funktionen sorgfältig zu trennen versucht. Ich habe nur selten in der Fakultät etwas über CFK-Dinge gesagt während meiner Amtszeit und nur mit Widerstreben zugestimmt, daß bei der Lage der Dinge auch Veranstaltungen - etwa seit 1979 - in Zusammenarbeit mit der CFK statt-

---

<sup>23</sup> Gesamtes Gespräch mit Prof. Jenssen vgl. Linke, D.: Theologiestudenten..., a.a.O., S. 405ff.

fanden, aus dem prinzipiellen Grund der Trennung zwischen Staat und Kirche. CFK war Kirche und Fakultät war Staat“.

Bernhardt stimmt der Feststellung zu, daß das Staatssekretariat und die Abteilung Kirchenfragen beim ZK in der CFK ein Instrument der Einflußnahme auf die Kirchen sahen.

Ich frage ihn: „Gab es in Ihrer Zeit als Dekan und Direktor der Sektion Berührung mit dem MfS?“

*„Ja, gab es. Es ging da meistens um Studenten. Was war da zum Beispiel? [...] Es sind drei oder vier Fälle gewesen...“.*

Ich frage: „Hatten sie als staatlicher Leiter Berichtspflicht an das MfS?“

*„Nein. Das gab es nicht, aber wir wußten, daß von unseren Berichten immer ein Durchschlag an das MfS ging. Weil wir so schrieben, daß es von jedem gelesen werden konnte“.*

Dieses Gespräch haben wir im Frühjahr 1992 geführt. Bei meiner Recherche in der Gauck-Behörde mußte ich feststellen, daß eine Zusammenarbeit mit dem MfS bereits seit 1959 stattfand. Vier Akten mit Berichten aus der Zeit 1959 bis 1980 sind archiviert. Die Zusammenarbeit ist bis zum Ende der DDR erfolgt. Auch die HVA war an dem Inoffiziellen Mitarbeiter, der als Alttestamentler häufig auf Tagungen und Forschungsreisen im arabischen Raum und im westlichen Ausland war, interessiert. Aus dem Jahr 1968 ist ein umfangreicher HVA-Bericht über einen Auftrag des IM „Förster“ in Beirut/Libanon erhalten. Es sind erhalten: 250 eigene (mündliche) Berichte, 50 eigene Maschinenberichte, 5 handschriftliche Mitteilungen, ca. 30 offizielle Dienstunterlagen, 170 Treffberichte. Weitere Unterlagen finden sich von dem IM in der Sachakte der Theologischen Fakultät.

Im Dezember 1994 war Prof. Bernhardt zu einem Podiumsgespräch in das Haus am Checkpoint Charlie in Berlin geladen. Er wurde zu konkreten Situationen im Zusammenhang seiner Zusammenarbeit befragt. Das Gespräch war wie eine Zangengeburt. Lange dauerte es, eh' er die Termini MfS oder Führungsoffizier aussprach. Den letzteren nannte er anfangs „Kontaktbeauftragten“.

Stephan Scheidacker, ehemaliger Student der Sektion, fragte: „Ist dieses Bild, daß Sie instrumentalisiert und zielgerichtet eingesetzt wurden, richtig?“

*„Ja, also, Zusammenarbeit ja, aber Mitarbeit im Sinne eines Inoffiziellen Mitarbeiters, das habe ich nie so empfunden; ich bin nie irgendwie verpflichtet worden, auch nicht zum Schweigen, ich habe nie etwas unterschrieben, so weit ich mich entsinnen kann“.*

Frage: „Was war der Beweggrund, daß Sie so regelmäßig mit dem Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet haben?“

*„Ja, erst ist man furchtbar ängstlich, dann merkt man, daß die ganze Sache nichts weiter ist als eine Aktenspielerei, und dann wird man leichtsinnig“.*

Frage: „Sind Sie nie auf die Idee gekommen, noch dazu als Christ, mal zu sagen, ich hör damit auf, wenn Sie schon solche Gewissenskonflikte hatten?“

*„Es ist richtig, es ist ein Fehler gewesen, das seh ich ein. Aber es ist auch so, daß ich der Meinung war, bis in die achtziger Jahre, daß das sozialistische System in Osteuropa lange Aussicht hat zu bestehen“.*

Frage: „Haben Sie die Reise 1968 nach Beirut in Absprache mit der HVA durchgeführt und hat das MfS diese Reise bezahlt?“

*„Ja, ach die hatten so viel Geld zur Verfügung. Man wäre dumm gewesen, dieses nicht anzunehmen“.*

Im Hinblick auf die Aufarbeitung der Geschichte der Fakultät/Sektion sagt Prof. Bernhardt in unserem Gespräch im Frühjahr 1992 abschließend:

*„Es gibt in dieser Geschichte drei Ebenen. Einmal die normale Geschichte als Organisation, als Forschungsstätte. Dann gibt es die politische Geschichte, die immer in Berlin eine betrübliche gewesen ist. Die politischen Einflüsse sind immer bedrängend gewesen auf den Lehrkörper. Das ist das Schicksal einer hauptstädtischen Universität. Und die dritte Ebene, das ist die Geschichte mit der Kirche. Man müßte formulieren, was man aus dem Treiben der Theologischen Fakultät/Sektion lernen könnte. [...] Der Erwartungsdruck, der auf einer hauptstädtischen Fakultät liegt, der führt dazu, daß sich die Dinge noch mehr verschärfen. Darin haben wir alle versagt, die beiden Gruppierungen und die, die sich versuchten in die Bresche zu werfen und zu vermitteln und dabei in die Gefahr gerieten, noch eine dritte Partei zu gründen. Das ist die Lehre aus der jüngsten Geschichte der Theologischen Fakultät, die natürlich dem Bild einer Theologischen Fakultätsgeschichte der Vergangenheit gleicht“.<sup>24</sup>*

---

<sup>24</sup> Gesamtes Gespräch mit Prof. Bernhardt vgl. Linke, D.: Theologiestudenten..., a.a.O., S. 418ff.

# Zu „Kirche & Hochschule. Theologie & Politik“ Ein Brief \*

**Hanfried Müller**

Sehr geehrter Herr Pasternack,

für Ihr Angebot, in *hochschule ost* zu den Parteien Stellung zu nehmen, die in der Artikelfolge „Kirche & Hochschule. Theologie & Politik“ in den Heften 4/95 und 1/96 auch mich betreffen, danke ich Ihnen verbindlich. Es ist erfreulich, einem Herausgeber zu begegnen, der noch etwas von dem Spruch „audietur et altera pars“ hält.

Trotzdem möchte ich es mit diesem Brief, den Sie selbstverständlich als solchen gerne veröffentlichen können, bewenden lassen und zwar aus folgenden Gründen:

Ich habe es mir zur Regel gemacht, gar nicht erst damit anzufangen, auf vorsätzlich oder irrtümlich falsche Behauptungen einzugehen, wenn sie nur mich betreffen. Denn es ist gar nicht möglich, all das, was da aus Akten- und Erinnerungsbruchstücken publiziert wird, zu verfolgen. Richtigstellungen blieben rein zufällig, ein darum ausbleibendes Dementi aber ließe sich leicht als stillschweigende Bestätigung werten, und überdies stünde in fast jedem Fall Zeuge gegen Zeuge, und überzeugen lassen sich viele ja ohnehin nur von dem, was sie hören möchten.

Um trotzdem wenigstens ein Beispiel zu nennen: Natürlich könnte ich die abenteuerliche Verwechslung von Überlegungen zur Gründung eines „Ökumenischen Institutes“<sup>1</sup> (das später in der anderen Form einer Studienabteilung der Christlichen Friedenskonferenz Gestalt gewann und an dem ich nie federführend interessiert war) mit Überlegungen, die ich viele Jahre früher in ganz anderem Zusammenhang zur Strukturierung der Theologischen Fakultäten in der DDR geäußert hatte, dementieren. Dann aber würde man womöglich die Aktennotiz

---

\* erstveröffentlicht in hso 2/96

<sup>1</sup> *hochschule ost*, 1/96, S. 98 samt Anmerkung 23 und 24 - ähnlich 4/95, S. 33. [Vgl. im vorliegenden Band S. 124 bzw. 151f.]

von G. Quast<sup>2</sup> (die jeder, der auch nur einen einzigen theologischen Aufsatz von mir gelesen hätte - wo hätte ich je den Mithraskult erwähnt oder den Protestantismus mit griechischer Philosophie verglichen? -, als Produkt theologischer Ignoranz eines Nichttheologen erkennen müßte) für zutreffend halten, sofern ich sie nicht im gleichen Atemzuge ebenfalls dementierte. Eine komplette Korrekturliste aber würde Bücher füllen.<sup>3</sup>

Nun habe ich glücklicherweise von meinen grundsätzlichen Erkenntnissen und Entscheidungen zumindest so viel publizieren können, daß jeder, der es will, sich ohnehin ein eigenes Urteil darüber bilden kann, was ich wirklich geschrieben und gewollt habe und was Interpretation, Unterstellung oder Unverständnis ist. Im Blick darauf ist es zum Beispiel schade, daß Wolf Krötke für meine „skurrilen Thesen“ keine einzige Stelle als Beleg nennt, obwohl er zu meinen scheint, sie hätten (im Sinne einer „felix culpa“?) dazu geführt, daß „Bonhoeffer ... offiziell - als einziger [das stimmt übrigens auch nicht - HM.] von den Teilnehmern des 20. Juli 1944 - in die Reihe der von der SED anerkannten ‘Widerstandskämpfer’ aufgenommen“ worden sei.

Vor allem aber halte ich eine Filigranarbeit zur Aufspürung all der „falschen Behauptungen tatsächlicher Art“, von Unterstellungen oder Verballhornungen in einigen der in *hochschule ost* zum Thema publizierten Arbeiten für unzumutbar ermüdend und zeitraubend - sowohl für den Leser als auch für mich - und für überflüssig!

Denn um mich zu attackieren, sind die Erfindungen, Unterstellungen und Verfälschungen völlig unnötiges Beiwerk: Ich bin ja in der Hauptsache geständig und bekenne mich - *dies*bezüglich mit desto besserem Gewissen, je deutlicher täglich wird, was mit der DDR verloren gegangen ist - „schuldig im Sinne der Anklage“.

Im Unterschied zu meinen Anklägern, die das Wort Widerstandskämpfer in Führungszeichen setzen, wenn sie damit Antifaschisten meinen, war ich politisch gegen den Faschismus, für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in

---

<sup>2</sup> a.a.O. 1/96, S. 103 in Anmerkung 24 wiedergegeben. [Vgl. im vorliegenden Band S. 124]

<sup>3</sup> Immerhin sei zu der sprachblockartig mit meinem Namen ständig verbundenen Klammer „IM Hans Meier“ auf WBI 5/94, S. 43 verwiesen; dort auch einiges zum tatsächlichen Inhalt des Vier-Augen-Gesprächs mit Paul Verner. Vgl. a.a.O. 4/95, S. 33. [Vgl. im vorliegenden Band S. 151f.] (Rosemarie Müller-Streisand nahm an diesem Gespräch *nicht* teil, außerdem wird es - allerdings nur um etwa zehn Jahre! - falsch datiert. Wer übrigens der Kirchengeschichte in der DDR kundig wäre, hätte schon auf den ersten Blick gesehen, daß es sich kein Politbüromitglied hätte leisten können, im August 1978, wenige Monate nach dem „6. März“, ausgerechnet Hanfried Müller zu empfangen.)

ganz Deutschland und nach der Restauration des Imperialismus in der BRD für die Stärkung und Verteidigung der DDR. Vor allen gesellschaftlichen Zielen aber war ich leidenschaftlich daran interessiert, daß es in der DDR zu einer Begegnung der sozialistischen Bewegung nicht mit einer antikommunistischen Religionsgemeinschaft käme, sondern mit der Gemeinde Jesu Christi, die sich auf seine Zusage und nicht auf ihren gesellschaftlichen Einfluß verläßt.

Die in *hochschule ost* zitierte Analyse aus marxistischer Feder zeigt diesbezüglich mehr Verständnis für solch Haltung eines Christen, als ich sie zeitgenössisch erwartet hätte, und vor allem eine qualifiziertere Fähigkeit, sachlich zu differenzieren, als einige Autoren in *hochschule ost*. Ich meine den Satz: „Ein Teil der fortschrittlichen Theologen will die Kirche in das Gesellschaftssystem des Sozialismus in der DDR integrieren und ihre Wirkung auf die gemeinsamen Ziele der Christen und Marxisten [...] richten. Dazu gehören die Professoren Jensen, Trebs, Kehnscherper [...]. Eine andere Gruppe geht von der Grundkonzeption der Neutralisierung der Kirche in politischer Hinsicht aus. Dazu gehören die Professoren Müller, Bassarak [...], Müller-Streisand. Eine dritte Gruppe stellt sich außerhalb der Probleme der Kirchenentwicklung und geht ausschließlich vom Fachgebiet aus und versucht von der Wissenschaft her [...] auf die Studenten einzuwirken. Dazu gehören die Professoren Bernhardt, Schenke [...] Dr. Döpmann u.a.“<sup>4</sup>

Der Satz in der sonst leider nicht sehr zuverlässigen Studie von Peter Maser, daß an der Berliner Theologischen Fakultät/Sektion „die Ost-CDU vergleichsweise stark vertreten war und in ständiger Auseinandersetzung mit dem SED-orientierten Flügel um den Systematiker Hanfried Müller stand“,<sup>5</sup> trifft hinsichtlich der Kräfteverhältnisse weithin zu;<sup>6</sup> hinsichtlich der SED-Orientierung herrschte wohl eine gewisse Einseitigkeit, jedenfalls ist - keineswegs zu mei-

---

<sup>4</sup> 4/95, S. 29 - Auslassungen dort in der Wiedergabe. [Vgl. im vorliegenden Band S. 147]

<sup>5</sup> a.a.O. 1/96, S. 96. [Vgl. im vorliegenden Band S. 120]

<sup>6</sup> Die Verleumdungs- und Boykott-Kampagnen aus der CDU waren zeitweilig so unerträglich, daß Rosemarie Müller-Streisand und ich dem Minister Engel im MfHuF sagten, wir möchten unsere Stellen kündigen; er belehrte uns jedoch, da wir nicht in einem Arbeitsrechts-, sondern Berufsverhältnis stünden, könnten wir nur um unsere Abberufung bitten: „und einer solchen Bitte werde ich nicht entsprechen.“ - Möglich übrigens, daß einige fälschlich dem Verner-Gespräch zugeordnete Akten-Puzzlestücke (vgl. hier Anm. 3 zu diesem Gespräch gehören - aber so genau kommt es ja auch nicht darauf an, schließlich waren Verner und Engel Kommunisten.



nem Leidwesen - die aus dem ZK kolportierte Maxime, „Müllers sind zu Leitungstätigkeit ungeeignet“, stets angewandt worden.<sup>7</sup>

Ich finde es schade, daß in den in *hochschule ost* publizierten Artikeln die Geschichtsschreibung einen entscheidenden Punkt später einsetzt als die reale Geschichte der sechs theologischen Fakultäten in der DDR; diese nämlich beginnt damit, daß aufgrund der Nichteinmischung der SMAD in innerkirchliche Angelegenheiten (anders als zu Beginn der Nachkriegsgeschichte in den Westzonen) nur die politisch-organisatorische, nicht aber die kirchlich-theologisch-kirchenpolitische Bindung ihrer Lehrkörper an den Faschismus thematisiert wurde. So kam es, um nur zwei Beispiele zu nennen, dazu, daß (vermittelt durch die CDU) Johannes Leipoldt aus dem „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ in Leipzig und der Deutsche Christ Erich Fascher in Berlin fakultätsprägenden Einfluß erhielten. Er wirkte sich zum Beispiel so aus, daß, wie in *hochschule ost* zu lesen, ein ausgewiesener Antifaschist aus den Kreisen des Religiösen Sozialismus wie Emil Fuchs nur sieben bis acht Hörer fand<sup>8</sup> und daß es Heinrich Vogel, als Pfarrer der Bekennenden Kirche von den Nazis verfolgt und eingesperrt, in Berlin nach seinem Konflikt mit Dibelius ebenso erging, während Martin Albertz, ebenfalls Opfer des Faschismus, bereits nach ganz kurzer Lehrtätigkeit in Berlin das Handtuch warf und auf seinen Lehrstuhl verzichtete. Das waren die Bedingungen an den Theologischen Fakultäten, als ich 1952 von der BRD in die DDR übersiedelte.<sup>9</sup> Es gelang nie, die Kontinuität dieser Tradition längerfristig oder umfassend zu brechen, und nicht zuletzt darum wirkt sie bis heute in erbitterter historiographischer Diffamierung nach.

Das schlichte Fazit Christoph Käblers 4/95, S. 17\* spricht für sich, wenn man seinem etwas komplizierten Satzbau entnimmt, was er für „mit dem Jahr 1989 obsolet geworden“ hält: nämlich die „Konzentration auf einige durch die

---

<sup>7</sup> Übrigens deklarierten CDU-Kollegen meine Freunde und mich beim ZK mit Vorliebe als der SED gegenüber politisch unzuverlässig; nicht ohne Vergnügen registriere ich mit Genugtuung, daß ihnen nunmehr daran liegt, das Gegenteil zu behaupten.

<sup>8</sup> a.a.O. 1/96, S. 80, Anm. 16. [Vgl. im vorliegenden Band S. 135]

<sup>9</sup> Zum Boykott gegen mich selbst a.a.O. 4/95, S. 13 und v.a. S. 29 [Vgl. im vorliegenden Band S. 21f. bzw. 147]; vgl. dazu das erfreulich unbefangene Zeugnis von Joachim Rohde, a.a.O. 12/92 S. 66f. [Vgl. im vorliegenden Band S. 236f.] - (Hinter den Gegensätzen zwischen Dreß/Elliger auf der einen, Müller/Müller-Streisand auf der anderen Seite stand übrigens offenkundig das Verhalten Elligers in der Zeit des Faschismus und Dreß's im Kirchenkampf.)

\* Im vorliegenden Band S. 27.

Situation besonders wichtige theologische Denker wie Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer“.<sup>10</sup> Das mag - vorab - für die gesellschaftlich herrschende Ideologie gelten. Aber jeder möge selbst prüfen, ob die Kirche dieser Konzentration nicht heute mehr denn je bedürfte - angesichts der Entfaltung einer *civil religion* mit großem Zapfenstreich und dem Kommando: „Helm ab zum Gebet“, begleitet vom in diesem Zusammenhang lästerlichen Lied: „Ich bete an die Macht der Liebe, *die sich in Jesus offenbart.*“

---

<sup>10</sup> Übrigens hat es - vielleicht abgesehen von einigen Evangelischen Kirchen der Union - solche Konzentration auf Barth nicht einmal in den *Kirchen* in der DDR gegeben, schon mal gar nicht in den *theologischen Fakultäten*. Dort herrschte vielmehr ein oft fanatischer „Antibarthianismus“ vor, in dem deutschnationale Ablehnung Barths oft nicht ungeschickt durch Berufung auf religiös-sozialistische Aversionen gegen ihn „salonfähig“ gemacht wurden. Zeitweilige Versuche der Berliner Sektionsleitung, Barth angemessen zu würdigen, provozierten diesen Antibarthianismus zuweilen mehr, als sie ihn dämpften. Und auch Bonhoeffer wurde gelegentlich schon in DDR-Zeiten zum Schanddeckel der Bosheit, noch bevor der Bundeskanzler und seine Freundinnen und Freunde vom „Bündnis '90“ ihn „entdeckten“.

## **Zwei Pole kontextbezogener Theologie**

### **Zur Korrektur des Mythos von zwei Fraktionen an der ehemals "roten" Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin\***

**Hans-Hinrich Jenssen**

Der langjährige Dekan bzw. Direktor (1968-1980) der Berliner Sektion Theologie, der Alttestamentler Karl-Heinz Bernhardt, verfaßte am 22.9.78 eine achtseitige Darstellung "Die Gruppierungen an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität", die jetzt aus den Akten bekannt wurde.<sup>1</sup> Sie bedarf in mancher Hinsicht einer Richtigstellung. Als besonders problematisch empfinde ich jedoch seine Darstellung der angeblich im Lehrkörper existierenden "Gruppierungen", die er in seinem Papier auch sehr häufig als "Fraktionen" bezeichnet, wobei der Begriff teils mit, meist ohne Anführungszeichen verwendet wird. Bernhardt spricht sogar von den "Chefs der beiden Fraktionen", die für ihn Hanfried Müller einerseits und ich andererseits sind. Neben diesen beiden Fraktionen, deren Stärke er für "Anfang 1978" sogar zahlenmäßig genau beziffert (Jenssen: fester Kern 6, in wesentlichen Punkten konform: 1; Müller: fester Kern 2, in wesentlichen Punkten konform: 2), gibt es noch eine dritte Gruppe, die aus nur zwei Mitgliedern des Lehrkörpers besteht, nämlich offenkundig aus ihm und seinem alttestamentlichen Kollegen Ludwig Wächter, sie charakterisiert er als "neutral" bzw. als eine "vermittelnde Richtung".

Nun gab es zwar eine relativ, aber eben auch nur relativ fest gefügte Gruppierung um das Ehepaar Hanfried und Rosemarie Müller herum, aber eine "Fraktion um Jenssen" (so 5x) bzw. "Mannen um Jenssen" (1x), eine "Gruppierung um Jenssen" (1x) hat es nicht gegeben, obwohl die Staatssicherheit, die mich seit Juni 1971 im Rahmen einer "operativen Personenkontrolle" durch 6 IM ausforschen ließ, in einem Zwischenbericht vom Januar 1974 ebenfalls meint feststellen zu können: "Es heißt nicht zu Unrecht, daß an der Sektion zwei Gruppen bestehen, einmal die Müller-Gruppe (beeinflußt von der BL der SED)

---

\* erstveröffentlicht in hso 4/1996

<sup>1</sup> Bundesarchiv Potsdam: R-3, 1227.

und die Jenssen-Gruppe (beeinflusst von der CDU), die sich heftig bekämpfen". Aber diese mir angedichtete Gruppe gab es nicht als eine Gruppierung, die eine theologisch definierbare Gemeinsamkeit oder eine gemeinsame fakultäts- bzw. kirchenpolitische Orientierung verbunden hätte. Eine bedingte Gemeinsamkeit bestand höchstens in der Ablehnung einer von uns als intolerant und menschlich nicht akzeptabel empfundenen Verhaltensweise des Ehepaares Müller, also nur in der Abwehr, nicht aber in gemeinsamen Zielen.

Übrigens wird die theologische Inhomogenität der Mehrheitsgruppierung von Bernhardt selbst insofern bestätigt, als er in einer neunseitigen Aktennotiz vom 25.7.77 über eine "Beratung mit den Lehrstuhlinhabern" der Sektion am 13. Mai<sup>2</sup> als "theologische Grundsatzposition" dieser Gruppe bezeichnet: "ein gewisser theologischer 'Pluralismus'; 'viele Blumen blühen lassen'; größtmögliche Weite in Gestalt einer Anknüpfungstheologie; Offenheit für Religiöses". Die beiden letzten Punkte sind allerdings zwar für mich, aber kaum für einige andere Kollegen zutreffend.

Obwohl ich also nicht entfernt Sprecher oder gar "Chef" einer auch nur einigermaßen in ihren theologischen Grundlagen oder ihren fakultätspolitischen Zielen übereinstimmenden Gruppierung war - da hätten die Kollegen und Kolleginnen wohl bestimmt nicht mitgespielt -, der dann eine Müller-Gruppierung gegenüber gestanden hätte, ist die polarisierende Gegenüberstellung von Hanfried Müller und mir allerdings in anderer Hinsicht durchaus zutreffend:

Wir verkörperten nämlich zwei sehr entgegengesetzte Pole einer Theologie, die in besonders starkem Maße bestrebt war, auf die Herausforderung einer sozialistischen Umwelt eine positive Antwort zu finden. Wir entwickelten beide, wenn auch als entgegengesetzte Pole, so etwas wie eine kontextuale oder DDR-spezifische Theologie. Bei Hanfried Müller gilt das allerdings nur faktisch; theoretisch wollte er seine Theologie nicht als solche gelten lassen. Denn er verstand sich als in der Tradition der Dialektischen Theologie und der Bekennenden Kirche stehend. In Barmen 3 hieß es nun aber u.a.: "Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen". Auch auf Barmen I wäre zu verweisen. Müller lehnte also das Programm einer kontextualen oder DDR-spezifischen Theologie entschieden ab, was ihn als einen politisch sehr stark engagierten

---

<sup>2</sup> ebenfalls: R-3, 1227.

Theologen jedoch nicht hinderte, faktisch eine solche zu entwickeln, m.E. sogar in extremer Weise.

Ich möchte insbesondere zwei Punkte herausstellen, in denen ich eine ausgesprochen entgegengesetzte Position vertrat:

1) Da war zunächst einmal seine provozierende These, daß man als weltanschaulicher Atheist an Jesus Christus glauben könne.<sup>3</sup> Es liegt auf der Hand, daß diese These in einer sozialistischen Gesellschaft, in der eine materialistisch-atheistische Weltanschauung als die herrschende galt, eine äußerst extreme - nur bedingt überzeugende - Form einer Reduktionsapologetik darstellte. So wurde sie auch von Marxisten verstanden. Man hatte erkannt, daß ein Christusglaube, gepaart mit einem weltanschaulichen Atheismus, dem existentiellen Übergang zum Atheismus u.U. nur wenig Widerstand entgegenzusetzen hatte und jedenfalls wenig missionarische Überzeugungskraft besitzt. Der Greifswalder marxistische Philosoph Gerhard Winter schrieb seinerzeit in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*,<sup>4</sup> daß "Hanfried Müller... u. a. beabsichtigen, den christlichen Glauben im Interesse des Sozialismus umzufunktionieren", daß es Müller "nicht darum" "geht", "weitere Bevölkerungskreise enger an die christliche Religion und Kirche zu binden", und daß es Winter als wesentlich erscheine, "daß alle Theologie hier an eine endgültige Grenze geführt wird. Jeder Schritt weiter wäre ihre Selbstaufhebung". Zwar unterstellte Winter Müller "zweifelloso ein Streben nach ideologischer Koexistenz", also ein in den Augen der Marxisten schlimmes politisch-ideologisches Vergehen, weshalb Müller sich gegen diesen Vorwurf auch heftig wehrte. Aber insgesamt erfreute sich Müller einer ganz offenkundigen, jetzt auch aktenkundigen Wertschätzung durch die SED, was sicherlich mancherlei Gründe hatte, aber m.E. auch u.a. da-rin begründet war, daß die SED - m.E. zu Recht - meinte, sie müsse keine missionarische Überzeugungskraft dieser Theologie fürchten.

2) Zweitens paßte die Müllersche Theologie ausgezeichnet in die sozialistische Gesellschaft der DDR, weil Müller alles, was auch nur entfernt als kirchliche "Selbstbehauptung" zu interpretieren war, als theologisch illegitim brandmarkte. Er folgerte das - m. E. wenig schlüssig und überzeugend - aus an sich durchaus berechtigten theologischen Anliegen wie dem, daß die Kirche im Sinne D. Bonhoeffers für andere dasein sollte, daß sie einer *theologica crucis* und nicht einer *theologica triumphans* verpflichtet sei usw. "Kirche in der Welt sein

---

<sup>3</sup> Vgl. seine Bonhoeffer-Monographie "Von der Kirche zur Welt", Berlin 1961, und seine "Evangelische Dogmatik im Überblick", Berlin 1978.

<sup>4</sup> Heft 8/1969.

heißt Kirche unterm Kreuz sein".<sup>5</sup> "Die Gemeinde Jesu Christi würde sich der Welt gleichstellen..., wenn sie gleich der Welt das Ihre suchte: die Interessen der christlichen Gemeinde, kirchlichen Einfluß und Respektierung christlicher Belange".<sup>6</sup> "Ob die Kirche politisch für den Frieden auf Erden, für Gerechtigkeit für die Armen... eintritt oder aber für die Sicherheit der Kirche, für kirchliche Rechte und kirchliche Freiheiten, das ist das Zeichen, ob sie Kirche des Evangeliums und der Liebe Gottes oder Kirche des Gesetzes und der Liebe zu sich selbst ist".<sup>7</sup> Konkrete Anwendungen solcher Verfemung kirchlicher Selbstbehauptung waren z. B. die These, daß es überflüssig sei, für den Erhalt kirchlicher Gebäude Sorge zu tragen (so 1960), oder daß die Bereitstellung finanzieller Mittel aus der BRD für die Aufbesserung der Pfarrerrbesoldung und dergleichen nicht zu billigen sei (so 1978). Es war bisweilen wirklich "entwaffnend", wie H. Müller Benachteiligungen oder unbefriedigende Zustände, unter denen Christen oder die Kirche in der DDR litten, als gerade dem wahren Wesen der Kirche entsprechend darstellen konnte oder auch als etwas, was über Christen und Kirche komme, weil sie eben für sich selbst sorgten, einer falschen Theologie folgten. In meinen Augen war es so etwas wie ein kirchlich-theologischer Masochismus, den Müller bisweilen von Kirche und Christen einforderte. Auch das gefiel natürlich etlichen SED-Funktionären.

Das Müller trotz der Verwerfungen von Barmen 3 ein eifriger Befürworter der institutionellen und personellen Verselbständigung der Kirchen in der DDR war, sei nur am Rande erwähnt. Denn wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Allerdings war ich eben auch - obwohl ich die historischen Verdienste der BK um die Rettung der Kirche vor verhängnisvollen theologischen Abwegen durchaus nachdrücklich würdige - kein Barmen-Anhänger im engeren Sinne. Vielmehr habe ich bei meinem Ordinationsgespräch 1955 gegenüber Bischof D. Dr. Friedrich Krummacher ausdrücklich meine Vorbehalte gegenüber bestimmten, m.E. mit den Aussagen der Bibel nicht zu vereinbarenden, Interpretationen von Barmen I zur Sprache gebracht. Bischof Krummacher akzeptierte sie uneingeschränkt.

Damit ist nun bereits meine gegenpolige theologische Position berührt. Für mich war es eine Konsequenz neutestamentlicher sog. "Formgeschichte" und

---

<sup>5</sup> Dogmatik, a.a.O., S. 240.

<sup>6</sup> Ebd., S. 241.

<sup>7</sup> Ebd., S. 243.

"Redaktionsgeschichte", daß ebenso wie das Neue Testament die Botschaft jeweils im Gegenüber zu ganz bestimmten, konkreten Adressaten formuliert und dabei zu unterschiedlichen "Theologien" kommt, auch gegenwärtige Theologie und insbesondere "Praktische Theologie", die ich ja vertrat, kontextbezogen sein müsse. Ich bekannte mich daher zu einer DDR-Spezifik der Theologie. Als ich den Begriff freilich 1971 in zwei kleinen Aufsätzen vertrat, wurde er mir von der SED - auf dem Umweg über die CDU - umgehend untersagt. Da ich aus anderen Gründen mit diesen beiden Aufsätzen ohnehin nicht sehr zufrieden war - sie erschienen mir sehr schnell als zu akklamatorisch geraten -, fiel mir der Verzicht auf diesen Begriff nicht schwer. Aber an der Sache selbst hielt ich weiterhin fest.

Ohnehin benutze ich vor allem Begriffe wie "Anknüpfung" und "Anpassung", um mein Anliegen zu verdeutlichen. Der Begriff "Anpassung" war zwar - für sich genommen - mißverständlich, da viele Menschen offensichtlich negative Assoziationen mit ihm verbunden. Ich dachte freilich von der Biologie und Psychologie her, wo dieser Begriff ja eher eine positive Wertung erfährt. Eine Population muß sich einer veränderten Umwelt anpassen, um den Bestand der Art zu sichern. Dabei ist Anpassung ja gerade nicht Preisgabe, sondern ein durchaus aktiver, schöpferischer, reaktiver Vorgang, wenn auch nicht im Sinne des Lamarckismus oder gar Lyssenkoismus. Und Menschen ohne ein Mindestmaß an schöpferischer Anpassungsfähigkeit werden häufig krank und scheitern. Das ist z. B. der Kern der "Individualpsychologie" Alfred Adlers, die ich auf der Kirchlichen Hochschule Berlin-Zehlendorf von Lic. Ernst Jahn vermittelt bekommen hatte. Vor allem aber *interpretierte* ich "Anpassung" stets so, daß ich sie von Opportunismus ausdrücklich unterschied. So heißt es z.B. in meinem Aufsatz "'Anpassung' als Gegenstand praktisch-theologischer Besinnung":<sup>8</sup> "Praktische Theologie als Theorie der richtigen, d.h. strukturgerechten Anpassung der Kirche und ihrer Praxis an die Veränderungen in Kirche und Welt ist alles andere als Gleichschaltungstheologie". "Ganz gewiß ist die christliche Wahrheit nicht situationsbedingt, aber wenn derselbe Wahrheitssinn durchgehalten werden soll, bedarf es angesichts veränderter Situationen der immer neuen Konkretion, der immer neuen Leibwerdung der Wahrheit".

Anpassung war für mich im Hinblick auf Verkündigung, Seelsorge und kirchliches Verhalten die theologisch reflektierte, legitime Berücksichtigung der Zeit- und Ortsumstände, in denen Kirche agiert. Mein Lehrer Otto Haendler

---

<sup>8</sup> *Evangelisches Pfarrerberblatt* 7-8/1965.

schrieb, vor dem Wie stehe das Wo, und wer dies nicht begriffen habe, der habe die ganze Praktische Theologie noch nicht verstanden.

Als Ernst Lange, ein Promovend der Kirchlichen Hochschule und "Schüler" von Martin Fischer, 1966 in seinem Vortrag bzw. Aufsatz "Von der Anpassung der Kirche. Versuchung und Aufgabe", der mich als Vervielfältigungsabzug bald erreichte, in sehr differenzierter, sehr abgewogener, aber zugleich sehr energischer Weise das Barmen-Trauma zu überwinden versuchte, fühlte ich mich in der Verwendung des Begriffes bestätigt.<sup>9</sup>

Kennzeichnend für die von mir vertretene kontextuelle Theologie waren die beiden Stichworte Intellektuelle und Politische Diakonie:<sup>10</sup>

1) Zwar waren auch für mich "Glaube" und "Weltanschauung" durchaus zu unterscheiden. Glaube war und ist für mich, im Anschluß an Ulrich Neuschwanders ausgezeichnete Monographie "Glaube", 1957, "die Seinsweise der von Gott ergriffenen, zu ihm hin geöffneten und auf ihn hin ausgerichteten Existenz".<sup>11</sup> Aber der christliche Glaube schließt für mich unabdingbar ein weltanschauliches Moment ein, und zwar - im Sinne des marxistischen Sprachgebrauchs - Momente einer "objektiv idealistischen Weltanschauung". Es war deshalb für mich - ganz im Unterschied zu Hanfried Müller - eine wichtige Aufgabe von Theologie und Kirche in der DDR, sich apologetisch mit dem weltanschaulichen Atheismus auseinanderzusetzen. Da der Begriff "Apologetik" aus verschiedenen Gründen etwas verbraucht war, sprach ich stattdessen lieber von "intellektueller Diakonie".

Inhaltlich gesehen setzte ich der ersten Seite der sog. "Grundfrage der Philosophie" im marxistischen Sinne, d.h. der Behauptung des Nichtgeschaffenseins und der qualitativen Unerschöpflichkeit der Materie, der Welt, die Selbstkundgabe Gottes in den Werken seiner Schöpfung im Sinne von Römer 1, 18ff., Apostelgeschichte 14, 15ff., und 17, 22ff. entgegen und propagierte nachdrücklich die Pflege einer entsprechenden Naturpredigt und die Anknüpfung der Verkündigung an diese "allgemeine Offenbarung". Eine Verkündigung ohne diese Anknüpfung blieb, so war ich mit Helmut Schreiners "Die Verkündigung des Wortes Gottes", 5. Auflage 1949, überzeugt, "Ghettopredigt".

---

<sup>9</sup> Jetzt in: Ernst Lange: Kirche für die Welt, 1981, S. 161-176, vgl. auch S. 192-194.

<sup>10</sup> Vgl. z. B. mein Referat "Die Predigt als Diakonie" in: *Evangelisches Pfarrerberblatt* Oktober 1961.

<sup>11</sup> Ebd., S. 15.



Eine Semestereröffnungsvorlesung zum Problem der Naturpredigt im Herbst 1963 löste damals eine überaus heftige Polemik gegen mich aus und trug mir den Vorwurf ein, ich sei "roter Deutscher Christ", ein Vorwurf, von dem sich freilich das Konsistorium der Kirche Berlin-Brandenburg ausdrücklich distanzierte, wenn man auch betonte, mit meiner Relativierung von Barmen I keineswegs einverstanden zu sein.

Gegenüber der zweiten Seite der sog. Grundfrage der Philosophie, dem angeblich atheistischen Postulat der "Erkennbarkeit der Welt", vertrat ich, wo immer ich Gelegenheit dazu hatte, das, was man bisweilen den "gnoseo-logischen Gottesbeweis" genannt hat, also die Überzeugung, daß gerade die Erkenntnisfähigkeit des Menschen und die Tatsache, daß die Welt eine erkennbare Struktur besitze, Hinweise auf Gott den Schöpfer seien. Insgesamt bekannte ich mich nachdrücklich zum Programm und zur Tradition einer philosophisch orientierten Theologie. Das verband mich übrigens - trotz mancher sonstiger Unterschiede - mit unserem Systematiker Hans-Georg Fritzsche. Wir schätzten beide Karl Jaspers, Paul Tillich und das große Werk von Arthur Titius "Natur und Gott", 1931. Im engen Anschluß an Albert Schweitzer trat ich für eine "denkende Frömmigkeit denkbaren Dienstes" ein.<sup>12</sup>

2) Im Gegenüber zur sog. "antiklerikalen Propaganda" der SED, d.h. dem Vorwurf gegenüber der Kirche, sich in der Vergangenheit und teilweise bis in die Gegenwart im Klassenkampf auf der falschen Seite engagiert zu haben, vertrat ich eine "Politische Diakonie" im Sinne der Ermutigung von Christen in der DDR zu einer verantworteten - und damit auch teilweise begrenzten - Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus, z.B. als Mitglied der CDU, die ich als Instrument zur Verhinderung einer zu weit gehenden gesellschaftlichen Ausschaltung von Christen - z.B. aus pädagogischen und wissenschaftlichen Berufen - ansah.

Mir lag daran, daß solche Mitarbeit - im Sinne von Jeremia 29, 4-14, insbesondere Vers 7 - nicht opportunistisch mit schlechtem Gewissen geschah. Denn mir war klar, daß sich unter DDR-Verhältnissen andernfalls der Mechanismus des sog. moralischen Selbsterhaltungstriebes leicht im Sinne einer Entchristlichung auswirken konnte.<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Vgl. meine Bibliographie in der *Theologischen Literaturzeitung* 11/1993.

<sup>13</sup> Vgl. dazu meine Thesen zur Vorlesung "Zwischen Widerstand und Gleichschaltung: Pastoraltheologische Aspekte des Wirkens der CDU in der ehemaligen SBZ und DDR in autobiographischer Perspektive", 1993, in: ACDP 01-587.

Von daher war ich daran interessiert, positive Anknüpfungspunkte christlichen Glaubens an offizielle Programmpunkte und auch einige Gegebenheiten des Sozialismus zu benennen. Dies konnte und durfte allerdings m.E. gerade nicht den Verzicht auf die Vertretung berechtigter Interessen von Kirche und Christen bedeuten. Den von Adolf Schlatter und Wilhelm Lütgert vertretenen individualethischen Grundsatz, daß der Christ im Interesse seines Liebesdienstes an anderen Recht und Pflicht zur Ausbildung seiner Fähigkeiten und damit auch zur Selbsterhaltung habe, übertrug ich bewußt auch auf die Sozialethik und damit auf die Kirche.<sup>14</sup> Damit die Kirche im Sinne D. Bonhoeffers für andere da sein kann, darf sie nicht einfach ohnmächtig, besitzlos und geistig-kulturell verarmt sein.

Auch diese Position von mir stand also ganz und gar im Gegensatz zur Theologie Müllers. Meine politische Diakonie unterschied sich damit durchaus charakteristisch von seinem politischen Engagement.

Politische Diakonie und Intellektuelle Diakonie standen für mich dabei stets in einem unabdingbaren, unverzichtbaren, wechselseitigen Zusammenhang. Es war für mich nicht zu vertreten, Christen zu gesellschaftlicher Mitarbeit zu ermutigen, ohne sie gleichzeitig gegenüber dem weltanschaulichen Atheismus des ML argumentativ zu wappnen und zu immunisieren.<sup>15</sup>

Andererseits sicherten mir meine "Politische Diakonie" und mein politischer Einsatz den Freiraum für meine Intellektuelle Diakonie. So sollte z.B. mein an sich politisch harmloser, ja DDR-positiver Beitrag "Seelsorge an Zweifelnden" zum "Handbuch der Seelsorge", 1983, 41990, ursprünglich überhaupt nicht erscheinen, er wurde vom Kulturministerium in seiner Gesamtheit entschieden angelehnt. Nur dem sehr energischen Einsatz des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Wolfgang Heyl, gegenüber dem ZK der SED ist es zu verdanken, daß der Beitrag dann dennoch, übrigens ohne nennenswerte Veränderungen, gedruckt werden konnte.

Ich fühle mich allerdings, um darauf abschließen hinzuweisen, mit der von mir vertretenen und praktizierten "Politischen Diakonie" nicht sachgerecht beurteilt, wenn Rudolf Mau mir in seinem Beitrag "Vom Hinterhof ins Herz der

---

<sup>14</sup> Vgl. A. Schlatter: Das Christliche Dogma, 1911, S. 205; W. Lütgert: Ethik der Liebe, 1938, S. 93, 95, 207, auch S. 85.

<sup>15</sup> Vgl. etwa meine Beschwerdebriefe an den CDU-Bezirksvorsitzenden Heinz Hoffmann vom 3. Juni 1973 und an den Kulturminister der DDR Hoffmann vom 16. November 1981, beide: ACDP 01-587.

Hauptstadt"<sup>16</sup> eine "Linie unbedingten Einverständnisses mit der Politik der DDR... in der CDU-Variante" zuschreibt. "Unbedingt" war dieses Einverständnis keinesfalls. Dagegen sprechen mehrere Konflikte, die ich mit der SED durchzustehen hatte. 1967 führte meine Kritik an staatlichen Repressionen gegen den Stralsunder Kirchentag dazu, daß ich meine Volkskammer-Kandidatur, die mir die CDU dringend nahegelegt hatte, auf Verlangen der SED niederlegen mußte und aus der Zentralen Wahlkommission der DDR entfernt wurde.<sup>17</sup> 1968 erhob die SED-Bezirksleitung erfolgreich gegen meine Wiederwahl in den CDU-Hauptvorstand Einspruch, da ich mehrfach gegen "die Prinzipien der Berliner Kirchenpolitik" verstoßen hatte - es ging um meine Kontakte zum Berliner Generalsuperintendenten Schmidt und zur Kirchenleitung, sowie zum "Sprachenkonvikt" und um meine Auseinandersetzungen mit dem Ehepaar Müller.<sup>18</sup> 1970 gelangte eine Beschwerde von Hanfried Müller gegen eine Semestereröffnungsandacht von mir über 1. Kor. 9, 19-23 u. 10, 32/33 bis auf den Schreibtisch des Politbüro-Mitgliedes Hermann Matern<sup>19</sup> und führte wirklich um Haaresbreite zu meiner Strafversetzung aus Berlin weg.<sup>20</sup> Ich hatte in der Andacht das Thema Theologie zwischen legitimer Anpassung und illegitimem Opportunismus im Hinblick auf die bevorstehende Umwandlung der Theologischen Fakultäten in Sektionen Theologie behandelt. Im Juni 1971 leitete die Staatssicherheit - wie bereits erwähnt - eine Operative Personenkontrolle gegen mich ein. Im April 1978 schreibt ein MfS-Oberleutnant eine Information über mich bzw. über eine von mir seit Ende der 60er Jahre auf "allen Veranstaltungen der NF und der CDU sowie Theologenkreisen vertretene" Theorie, die er so charakterisiert: "Bejahung des Sozialismus als fortschrittliche Gesellschaftsordnung, jedoch harte ideologische Abgrenzung und kritische Distanz zum real existierenden Sozialismus mit dem Ziel 1. die Rolle und Existenz der Christen als besondere Kategorie mit besonderem Status aus weltanschaulicher Sicht zu erhalten; 2. ständig durch die Christen die Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus zuzulassen und auf eine legalisierte Grundlage zu stellen".<sup>21</sup> Auch das klingt wohl kaum nach "unbedingtem Einverständnis".

---

<sup>16</sup> *hochschule ost*, 5/92, S. 11. [Vgl. im vorliegenden Band S. 198]

<sup>17</sup> ACDP 01-587.

<sup>18</sup> ACDP VII-013-3062, AN Quast vom 5.9.68.

<sup>19</sup> SAPMO IV A2/ 15/4 Band 2.

<sup>20</sup> ACDP VII-013-3062, AN Quast vom 2.10.70.

<sup>21</sup> BStU, ZAA, XX/4, Bd.311, Bl.139.

Selbst mein 1963 auf einer Wahlveranstaltung für Pfarrer und Theologen gehaltenes Referat "Politische Diakonie im Sozialismus",<sup>22</sup> das von der SED durchaus positiv akzeptiert wurde, nötigte diese dennoch zu einer Korrektur ihres Verhaltens. Der Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK, der Altkommunist und frühere Funktionär des proletarischen Freidenkerverbandes, Willi Barth, fertigte damals einen zwölf Seiten langen, kommentierten Auszug aus diesem Referat an und übermittelte ihn den Mitgliedern des Politbüros, des Sekretariats der SED und den Mitgliedern der Ideologischen Kommission beim Politbüro. Und zwar deshalb, weil er meinte, dieses Referat habe "einen Maßstab für die Wissenschaftlichkeit in der atheistischen Propaganda" gesetzt.<sup>23</sup> D.h. im Rahmen Politischer Diakonie hatte ich so sehr zugleich Intellektuelle Diakonie treiben können, daß Willi Barth der Meinung war, bestimmte Klischees der bisherigen atheistischen Propaganda müßten nun für die Zukunft doch wohl besser aufgegeben werden. Auch so konnte also "DDR-Spezifika" in der Theologie wirken, jedenfalls in der von mir an der Berliner Theologischen Fakultät vertretenen Variante.

---

<sup>22</sup> *Evangelisches Pfarrerberblatt* 1964, Sonderheft.

<sup>23</sup> SAPMO IV A2/14/4.

## **Die liebeskranke Organisation**

### **Anmerkungen zur Debatte um Stasi, Fink und Universitäten\***

**Ilko-Sascha Kowalczyk**

Das „Editorial“ der Sonderausgabe zum „Fall Heinrich Fink“ dieser Zeitschrift komprimiert erstaunlich präzise die Grundirrtümer der gegenwärtig laufenden Diskussion. Wirklich unterschreiben möchte und kann ich einen Satz: „Die ‘Affäre Fink’ hat mehrere Dimensionen.“ So beginnt diese Vorbemerkung. Was dann aneinandergereiht wird, sind die längst bekannten Schemen der nunmehr monatelangen Auseinandersetzungen, die sich vor allem durch Verknappung und Verkürzung auszeichnen. Im folgenden sollen auch verschiedene Ebenen angeleuchtet werden, wobei sich implizit auf jenes Vorwort bezogen wird.

Das Stasi-Syndrom beherrscht die Gesellschaft. Jeder und jede ist fest davon überzeugt, daß über ihn nicht nur eine Akte, sondern sogleich eine dicke Akte existiert. Das Gemunkel ist manchmal unerträglich und doch ist bald das Ziel, ein janusköpfiges, erreicht: ohne visionär zu erscheinen, kann davon ausgegangen werden, daß schon bald, nachdem endlich das sogenannte Stasi-Aktengesetz in Kraft getreten ist, eine eigenartige Koalition nach der neuerlichen Schließung der Stasi-Archive rufen wird und, dies ist noch schlimmer, ebenfalls schon bald eine Atmosphäre herrschen wird, in der so und so jeder/jede bei der Stasi war. Die Kette der Schnurs, Böhmes, de Maizières wird nicht abreißen, wird sich verlängern und verlängern. Ob da nun auch noch ein Fink eingereiht wird, ist nebensächlich, uninteressant. Sicherlich weniger für ihn. Aber was soll es: wer aus der Nachwende-Geschichte noch immer nicht gelernt hat, dem braucht es auch jetzt nicht mehr ins Stammbuch geschrieben werden: die Zeit der Ehrenerklärungen ist vorbei, bedauerlich oder nicht, sie ist es.

Der Theologe Fink gilt heute als der Kopf der Berliner Universitätsreformer, ja besonders Übereifrige kürten ihn unlängst sogar zum Symbol der deutschen

---

\* erstveröffentlicht in hso 2/1992

Intellektuellen.<sup>1</sup> Vielleicht schadet ein bißchen zuviel Innenansicht, aber ich weiß eigentlich bis heute nicht, warum und wodurch er zu diesen Ehren kam. Mir ist bewußt, jeder Angriff, ja, jede kleinste Kritik an seiner Person wird sofort in eine bestimmte politische Ecke gestellt. Das ist mir mittlerweile egal, denn mit einem Helden haben wir es genauso wenig zu tun wie mit dem Behe-moth persönlich.

Das einzige, was wir heute von ihm verlässlich wissen, ist, daß er in der DDR lebte und nicht daran dachte, daß es sie eines Tages nicht mehr geben könnte. Wie oft wir ihn auch aufgefordert haben, endlich über seine eigene Vergangen-heit zu sprechen, am Ende stand ein Lebenslauf, der interessant und abwechs-lungsreich war - ebenso wie der von meiner Oma. Unsere Fragen nach Struktu-ren an der Universität, nach den Abläufen der Gespräche mit der Stasi und SED usw. blieben stets eintönig unbeantwortet. Jede neue Pressemeldung erfuhren wir in der Regel auch erst aus dieser, von ihm war nur zu vernehmen, daß wohl etwas kommt. Als vorerst letztes Beispiel steht dafür die Information der *Welt*,<sup>2</sup> wonach er 1970 1.450 Ost- und 50 West-Mark von der Stasi bekommen haben soll. Abgesehen davon, daß diese "Zuwendung" aus dem Jahre 1969 stammt, steht dies tatsächlich so in einem Dokument der Staatssicherheit, das als Anlage 6 in der Verwaltungsstreitsache Fink - Land Berlin dem Verwaltungsgericht durch den Rechtsanwalt des Wissenschaftssenators zugegangen ist. Anstatt un-sere Fragen auf Zuwendungen vom Staatssekretariat für Kirchenfragen ernst zu nehmen, ist nach dieser Pressemeldung sofort von ihm zu vernehmen gewesen, daß dieses Geld vom Staatssekretariat für eine Reise nach Finnland war.<sup>3</sup> Hier-mit soll kein neuerlicher Nebenkriegsschauplatz eröffnet werden, sondern ledig-lich angedeutet sein, daß die Zweifel an manchen Aussagen durchaus auch aus Kreisen kommen, die mit Fink in den vergangenen Monaten für eine neue Uni-versität gestritten haben.

Wer jetzt versucht, einen ehemaligen Sektionsdirektor zum Helden zu ma-chen, wer jetzt bemüht ist, den Rektor zur Ausnahme zu küren, irrt. Dies schadet ihm, der Universität, dem Klima in der jetzigen Gesellschaft. Das Vertrauen zu

---

<sup>1</sup> Zu dieser Behauptung verstieg sich ein Podiumsteilnehmer einer vom Europäischen Bür-gerforum organisierten Veranstaltung am 7. Januar 1992 im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin.

<sup>2</sup> "Straffer" Heiner. Neue Dokumente zum Fall des Ex-Rektors Fink. *Die Welt* vom 7. Januar 1992.

<sup>3</sup> An dieser Stelle soll unkommentiert angemerkt sein, daß für dieses Geld 1969 eine Reise nach Finnland nicht zu bestreiten war.

Fink kann sich nicht auf seine DDR-Vergangenheit beziehen, nicht weil dies nicht ginge, sondern weil dies ein theatralischer, noch dazu gänzlich unlogischer Vorgang ist: Wozu?! Wozu Vertrauen für etwas schenken, was physisch vorbei ist?

Es bleibt natürlich die Frage: Was wäre wenn...? Der Berliner Tagesspiegel hat bereits eine Antwort: "Wenn er sie belogen hätte, sagen einem manche im vertrauten Gespräch, bliebe ihm nur 'die Pistole'."<sup>4</sup> Nun, es gäbe wohl noch andere Möglichkeiten, aber wenn, dann hätten wir uns zu fragen, inwieweit wir an diesem Verhängnis mit Schuld trügen, inwieweit wir ihn selbst in diese Sackgasse trieben. Denn dies muß doch auch vergegenwärtigt sein: geleugnet haben sie alle und zwar bis zum bitteren Ende. Meine Hoffnung, daß hier ausnahmsweise nicht geleugnet sondern die Wahrheit gesagt wird, ist zugestandenermaßen nicht besonders groß.

Die Humboldt-Universität zu Berlin stand seit jeher im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Dies galt für alle Zeiten ihres Bestehens. Sie gehörte in den Jahren des SED-Staates zu einer der Säulen der Heranziehung und -bildung eines getreuen akademischen und politisch sich instrumentalisieren lassenden Jüngervolkes. Daß es an ihr wie anderswo bei der Zentralisierung von Massen auch Regungen eines Oppositionsgeistes gab, kann nicht verschwiegen, darf aber nicht überhöht werden. Diese Regungen waren insgesamt so gering, daß es fast peinlich wird, sie überhaupt zu erwähnen, bzw. andersherum, positiv formuliert: die "Reger" könnten postum zu nationalen Ehren, zumindest aber zu universitären gelangen.

Daß die SED und das ihr unterstellte MfS auch diese Universität fest im Griff hatten, ist eine so banale Aussage, daß sie sich fast überflüssig macht, wenn, ja wenn da nicht der Geist da neunziger Jahre wäre, der so tut, als hätte es dies alles nicht gegeben.

Es muß doch an dieser Stelle endlich auch einmal deutlich gesagt sein, daß sich hinter den Schlagworten "Erneuerung", "Selbstreinigung", "integrierter Rektor" eine Universität versteckt, die über Schlagworte kaum hinauskommt. Es gibt ein paar dutzend Menschen, die hier Tag und Nacht gegen die Trägheit, gegen das Desinteresse der überwältigenden Mehrheit mit eigenen Konzepten ankämpfen. Ihnen wird destruktives Geheule entgegengesetzt: es war alles nicht so schlimm.

Anstatt die Chance zu nutzen, endlich wirklich anzufangen, über das zu sprechen, was war und was aus dem Gewesenen in uns werden soll, wird an die-

---

<sup>4</sup> Wenn dieser Mann kein Lügner wäre. *Tagesspiegel* vom 29.11.1991.

ser Universität (auch anderswo) so getan, als würde jetzt zum ersten Mal in der Geschichte dieser Universität ein Angriff auf die Autonomie und die Freiheit der Lehre und Forschung gestartet. Es wurde hier in den vergangenen Monaten viel zu oft der Eindruck erweckt, als hätte es dies bis zum 3. Oktober 1990 gegeben, und danach wären die bösen weißen Kolonialherren gekommen und hätten uns dies alles genommen. Dieser schwellige Unterton regt mich auf, er kotzt mich an. Daß jetzt ein Angriff auf die Autonomie der Universität, auch die Freiheit von Forschung und Lehre erfolgen kann, hat ursächlich damit zu tun, daß erst jetzt seit Jahrzehnten diese zumindest gesetzlich möglich ist. Es wird hier einfach vergessen, daß dies früher nicht nur nicht möglich war, sondern daß der überwiegende Teil dieser Universität, ja, wer kann sich ausnehmen, an der Verhurerung dieser Einrichtung, an der Pervertierung der ganzen Gesellschaft aktiv teilnahm, sich nicht dagegen regte, sondern diese zumeist bewußt mittrug.

Vor diesem Hintergrund muß noch etwas anderes gesagt sein, was völlig unterzugehen droht: Die Geschichte der DDR ist nicht einzig und allein eine Geschichte des MfS. Die Geschichte der DDR ist vor allem erst einmal eine Geschichte seiner einst darin gelebt habenden Menschen. Und diese sind heute nicht danach zu bemessen, diese können sich heute selbst nicht danach einschätzen, ob sie mit dem integralen Bestandteil der DDR - dem MfS - wissentlich zusammengearbeitet haben, ob sie irgendeinen Wisch unterschrieben haben. Wenn wir wirklich wissen wollen, was eigentlich war, dann können und sollten wir nicht irgendeiner Behörde vertrauen, sollten wir unser Handeln nicht davon abhängig machen, ob irgendwer irgend etwas unterschrieben hat. Es gibt Menschen, die nie etwas unterschrieben haben und doch unzumutbar für bestimmte Positionen sind. Aber deutlich muß hier gesagt sein, nur schon allein um es gesagt zu haben: In der Gethsemane-Kirche - und nicht nur dort - wurde im Herbst 1989 gefordert "Stasi in die Produktion", nicht gefordert wurde: "Stasi aus der Gesellschaft". Aber, und dazu stehe ich: Verwickelte und Korruptierte mit dem Ancien régime, die, die anderen zum Nachteil wirkten, haben heute nichts mehr auf Repräsentationsposten zu suchen, können heute nicht Personalentscheidungen treffen. Wie auch immer alles ausgehen mag, dies muß gesagt sein, um wenigstens etwas vom Geist des Herbstes zu retten. Daß die Gesellschaft, in der wir leben, sich dabei ausgerechnet dieser einzigen Forderung des Herbstes annimmt, müssen wir bitter zur Kenntnis nehmen, können aber wegen des eigenen Ganges davor dann nicht zurückschrecken, nur weil man Helfershelfer zur Seite hat, die einem nicht genehm sind.



Andere Stasi-Fälle an der HUB wurden "artgerecht" gelöst.<sup>5</sup> So wie die Diskussionen um die tatsächlichen Verwicklungen von Fink ausblieben, wollte man die Stigmatisierten los sein, um weiter in Ruhe zu hoffen, übersehen zu werden.<sup>6</sup> Die entsprechenden Kommissionen tagten, gaben Empfehlungen und jeder freute sich, die berühmten Bauern gesehen zu haben. Selbst als Betroffene anboten, nun doch endlich die längst fälligen Diskussionen zu eröffnen, schwiegen das Haus, ihr Rektor, die Studierenden. Es wurden zwar nicht viele entlassen, aber immerhin. Auch der gesamte Stamm der Pförtnerschaft mußte gehen. Grotesk bleibt, daß die angeheuerte private Wachfirma ein Sammelsurium ehemaliger Geheimer ist.

Alles schwieg, nur keine Fehlerdiskussionen zulassen. Und dann auf einmal: Heiner soll nicht nur Heiner, sondern auch IM Heiner gewesen sein. Das, was monatelang in Gesellschaft und ihrem integralen Bestandteil HUB nicht geleistet wurde, sollte nun hau ruck binnen Stunden nachgeholt werden. Sturmflutartig entwickelte sich eine Welle des Protestes, die zu einer Koalition eigenartiger Fraktionen führte. So sah es zumindestens eine Zeitlang aus.

Stutzig macht vieles, vor allem aber, daß noch immer nicht gefragt wird. Der Krake wird noch immer nicht zugetraut, daß sie auch einen Menschen wie Heinrich Fink umspannte. Die Staatssicherheit war kein Verein liebeskranker Menschen, sondern eine Vereinigung, die den Querschnitt der Gesellschaft repräsentierte. Und wer wollte schon leugnen, daß auch solche Menschen wie der Berliner Rektor irgendwen repräsentieren.

Das Dilemma bleibt. Den Umgang mit der eigenen Vergangenheit zu lernen, ist ein Prozeß, wie Vergangenheit einer war. Vergangenheit, Geschichte ist abgeschlossen und offen zugleich. Abgeschlossen sind die Geschehnisse, offen sind ihre Auswirkungen und Nachwehen. Wir müssen davon gerade Kenntnis nehmen.

Aber daß eben heute noch immer politische Entscheidungen mit dem Vergangenen getroffen werden können, liegt in unser aller Schuld. Solange wir es dulden, ja durch unsere Diskussionen mittragen, daß das MfS einsam als Behe-

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu u.a. I.S. Kowalczyk: Die Krake oder "Alles was auf zwei Beinen geht, ist ein Feind." *UnAUFGEFORDERT. Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Uni*, Nr. 22, 17. April 1991, S. 12-13.

<sup>6</sup> Dafür legt der Philosoph Arnold Schölzel ein beredtes Beispiel ab. Statt über seine eigene Vergangenheit in der Universitätsöffentlichkeit zu berichten, wofür gerade in diesen Novembertagen viel Raum gewesen wäre, schrieb er munter empörte Artikel, bis er selbst Anfang Dezember durch einen Bericht der *anderen* als IM aufflog. Vgl.: A. Schölzel: Eine Schaufel Sand im Getriebe der Ost-Abwicklung. *Neues Deutschland* vom 2.12.1991, S. 2.

moth losgelöst von der DDR-Gesellschaft dasteht, losgelöst von uns, von den anderen komplexen Strukturen, von den Befindlichkeiten der dort einst und heute hier Lebenden, solange werden wir immer wieder hilflos herumrudern, wenn es einen Nahestehenden trifft. Verflucht noch einmal, wenn wir dort alle lebten, wenn wir dort alle mitmachten, dann müssen es doch immer wieder auch welche von uns gewesen sein, die das Unausprechliche taten.

Es sei am Ende noch darauf hingewiesen, daß sich an der HUB mittlerweile eine studentische Forschungsgruppe konstituierte, deren Hauptziel die Offenlegung der MfS-Strukturen an der Berliner Universität ist. Dabei soll von Anfang an vermieden werden, die Staatssicherheit allein und losgelöst zu betrachten. So wird sich nicht nur auf die "Gauck-Akten", sondern ebenso auf SED-, FDJ-, u-niinterne u. a Akten konzentriert. Denn daß das MfS bis zuletzt der SED strikt unterstellt und ihr erster Befehlsempfänger war, wird heute von keinem, der sich mit der DDR-Geschichte ernsthaft beschäftigt, mehr geleugnet.

Aber natürlich werden die Staatssicherheitsunterlagen einen wichtigen Posten der Arbeit einnehmen, wobei wir hoffen, daß die Kontakte zur Gauck-Behörde ausgebaut werden können. Mit dem Stasiaktengesetz ist für solcherart Forschung gesetzlicher Boden geschaffen worden. Es bleibt zu hoffen, daß die dort in Aufbau befindliche Abteilung zur historischen und politischen Aufarbeitung der Geschichte des MfS sich nicht zur Einschränkung der Freiheit der Wissenschaft hergibt. Daß diese Gefahr existiert, ist zwangsläufig: eine zur wissenschaftlichen Forschung an eine Staatsbehörde angebundene Abteilung hat hier wohl erstmals in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte alleiniges Aktenmonopol. Inwieweit diese Gefahr nur eine Gefahr bleibt, werden die nächsten Monate zeigen.

# Der Fink-Prozeß und der Rechtsstaat

## Für billige Polemik taugt der Prozeß um Finks Entlassung nicht\*

**Christian Füller**

Am Ende war Heinrich Fink wieder auf den ersten Seiten. Fink, der erste demokratische gewählte Rektor der Berliner Humboldt-Universität nach der Wende in der DDR, der dieses Amtes durch den Wissenschaftssenator Manfred Erhardt enthoben worden war,<sup>1</sup> verlor den Berufungsprozeß um eine Entlassung vor dem Landesarbeitsgericht. Keine der überregionalen Zeitungen ließ es sich nehmen, darüber an prominenter Stelle zu berichten.<sup>2</sup> Auch für Kommentierungen des Falles war Anlaß genug. Der Vorsitzende Richter Bernd Preis und seine beiden ehrenamtlichen Beisitzer in der 12. Kammer, Bresche und Ziems, hatten nämlich ein nach neun Verhandlungstagen überraschendes Urteil gefällt. Der Berufung der Humboldt-Universität, die auf Betreiben des Wissenschaftssenators Rechtsmittel gegen die erstinstanzliche Entscheidung eingelegt hatte, wurde stattgegeben:

*"Die von der Beklagten [HUB, cif] am 28.11.1991 ausgesprochene Kündigung ist gemäß Art. 20 Abs. 1 des Einigungsvertrages in Verbindung mit der Anlage I Kapitel XIX, Sachgebiet A, Abschnitt III Nr. 1 Abs. 5 Nr. 2 ... wirksam und hat deshalb das Arbeitsverhältnis des Klägers [Heinrich Finks, cif] mit sofortiger Wirkung beendet."*<sup>3</sup>

Reihenweise hatten die Zeugen der Stasi zuvor die These Heinrich Finks bestätigt: er habe nicht willentlich mit der Stasi zusammengearbeitet. Diese habe ihn ohne sein Wissen als Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) "Heiner" registriert. Ihre von IM "Heiner" kommenden Erkenntnisse müsse sie über "Abschöpfung" erhalten haben. Seine Kündigung sei also nicht rechtens gewesen.

---

\* erstveröffentlicht in hso 4/1993.

<sup>1</sup> Vgl. das *hochschule ost special* "Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit", *hochschule ost*, 1991 [1], Heft Dezember, 24 S.

<sup>2</sup> *FAZ, Frankfurter Rundschau, taz*, 17.12.93, S. 1; *Süddeutsche Zeitung*, 17.12.93, S. 6.

<sup>3</sup> Schriftliche Begründung, Aktenzeichen 12 Sa 32/92, S. 7.

Das Landesarbeitsgericht (LAG) sah es als erwiesen an, daß Heinrich Fink “wissentlich für das MfS tätig gewesen ist.” Diese Feststellung beruhe nicht auf einer Übernahme der Auskünfte durch die Gauck-Behörde oder richtiger: den *Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik*. Das Gericht gründe seine Annahme “auf die eigenständig aus einzelnen konkreten Unterlagen und den Aussagen der dazu vernommenen Zeugen gewonnenen Überzeugung.” Danach habe Fink als IM “Heiner” im Juni 1987 zweimal bei einer aus Anlaß eines Kirchentages gebildeten Lagegruppe der Stasi angerufen und jeweils eine Nachricht durchgegeben. Außerdem habe er im Jahre 1984 die Verdienstmedaille der NVA in Gold einschließlich damit verbundener 750.- Mark “für ihn erkennbar als Auszeichnung des MfS erhalten.”<sup>4</sup> Die 12. Kammer des LAG ließ Rechtsmittel, sprich: die nurmehr verbleibende Revision, nicht zu. Die mit dem Konflikt verbundenen Rechtsfragen seien juristisch “nicht von grundsätzlicher Bedeutung”.<sup>5</sup>

Heinrich Fink unterlag also. Seine Kündigung im November 1991 sah die 12. Kammer als rechtens an: Im Gegensatz zur ersten Instanz, als das Arbeitsgericht unter Richter Bernd Kießling die Humboldt-Universität dazu verurteilt hatte, Heinrich Fink als Professor weiterzubeschäftigen.<sup>6</sup> Die Stasi-Unterlagen, aufgrund derer Heinrich Fink Zuarbeit zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR unterstellt worden war, seien Indizien, aber keine zuverlässigen Beweise. So urteilte Kießling am 1. April 1992, und es mutete wie ein Aprilscherz für die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit an. Die Gauck-Behörde ein Sachwalter wertlosen Materials? Ohne Zeugen sei keine eindeutige Beweisführung möglich, lautete der beweisrechtliche Fingerzeig des Arbeitsrichters der 64. Kammer.

Damit war nicht nur die Aussagekraft und der Wahrheitsgehalt der von der Stasi aufgehäuften Aktenberge erheblich relativiert worden. Gleichzeitig mußte öminöses Personal in den Zeugenstand geholt werden: die hauptamtlichen Mitarbeiter der Stasi, dem Schild und Schwert der Sozialistischen Einheitspartei, die Tschekisten, jene also, die in der Presse mittlerweile mit einem Hauch von Achtung als *Führungsoffiziere* auftauchten. Das Erscheinen der Stasi-Hauptamtlichen versprach freilich auch Spannung. Denn nun bestand die Chance, die Bedingungen der Aktenproduktion vor Gericht, also vor der Öffentlichkeit aufzudecken.

---

<sup>4</sup> ebd., S. 8f.

<sup>5</sup> ebd., S. 44f.

<sup>6</sup> Arbeitsgerichtsurteil vom 1.4.92, Az 64 A Ca 28177/91.

Der Prozeß um die Entlassung des ehemaligen Rektors dieser Universität hat für Heinrich Fink selbst tragische Züge - menschlich, beruflich, familiär. Seine Tochter Miriam etwa leide verstärkt unter epileptischen Anfällen seit "dem Trubel um Vati".<sup>7</sup> Die Kosten für die beiden Prozesse beliefen sich auf 40.000 DM. Der ehemalige Rektor erhielt Unterstützung aus Solidaritätsveranstaltungen, die zu seinen Gunsten abgehalten wurden.<sup>8</sup> Ob der Prozeß die Kardinalfrage beantwortete, nämlich ob Heinrich Fink nun spitzelte oder ob er ausschließlich abgeschöpft wurde, scheint auch nach dem Urteil der 12. Kammer höchst unklar. Das Gericht schätzte sein eigenes Urteil als "argumentativ angreifbar" ein. Und Heinrich Fink selbst hat wenige Tage nach dem Prozeß gegenüber dem Reporter der Berliner Zeitung, Alexander Osang, nicht eindeutig reagiert - wenn man dessen Beobachtungen glauben darf. "Waren Sie wissentlich IM?" fragte der Journalist sein Gegenüber Fink und notierte als Reaktion:

*"Fink denkt nach. Dann sagt er: 'Es ist eine juristische Frage. Sie ist zu einer juristischen Frage geworden. Sie können mich nur über die Stasi kippen. Wissen Sie, es gibt Leute, die raten mir: Mensch gib's doch einfach zu. Dann hast Du Deine Ruhe. Ich kann das nicht. Ich kann die Leute nicht in ihrem Vorurteil, die ganze DDR ist von der Stasi kontrolliert worden, allein lassen. Es stimmt einfach nicht.'"*<sup>9</sup>

Heinrich Fink wird gegen die Nichtzulassung der Revision keine Beschwerde einlegen. Davon hatte er zwar am Tag der Urteilsverkündung, im Dezember letzten Jahres gesprochen. Aber schon damals hatte sein Anwalt, Lutz Seyboldt, abgewunken. Das verspreche keinen Erfolg. Der 58jährige Theologe Heinrich Fink bewertete die schriftliche Urteilsbegründung - laut *Neue Zeit* - als "an den Haaren herbeigezogen." Anstelle einer juristischen Argumentation seien psychologische Wertungen über die Zeugen und seine eigene Person getreten.<sup>10</sup>

\* \* \*

Wenn man einmal von diesen persönlichen Konsequenzen absehen darf, hat der Prozeß noch andere Komponenten. Er sagt etwas über Rechtsstaatlichkeit aus,

---

<sup>7</sup> Alexander Osang, *Berliner Zeitung*, 21.12.92, S. 3.

<sup>8</sup> Mechthild Küpper, *Tagesspiegel*, 22.1.93.

<sup>9</sup> Osang, *Berliner Zeitung*, 21.12.93, S. 3. Osang beendet seine Reportage mit den Sätzen: "Langsam wird mir klar, daß ich keine Antwort auf die Frage brauche. Sie interessiert mich nicht."

<sup>10</sup> *Neue Zeit*, 2.3.93, S. 17.

und er ist ein (deutsches) Lehrstück für das Verhältnis von Rechtsstaat und Demokratie. Es wurden Erkenntnisse über die untergegangene DDR zutage gefördert, und der Prozeß zeigte, mit welchen Problemen die Aufarbeitung der Vergangenheit durch die Dritte und Vierte Gewalt in dieser Republik verbunden ist.

Nachdem Heinrich Fink seinen Prozeß verloren hatte, moserte ein häufiger Zuschauer herum: "Jetzt wissen wir wenigstens, in welchem Staat wir leben!" Der ältere Herr meinte, auf den Rechtsstaat pfeifen zu können. Allerdings zeigte der Rechtsstaat im Prozeß um die Entlassung Heinrich Finks Stärken und Schwächen.

Zum Rechtsstaat gehört notwendig Gewaltenteilung. Sie ist - verkürzt - eine gegenseitige Kontrolle der öffentlichen Gewalten, der Exekutive, der Legislative und Judikative. Ohne Gewaltenteilung ist die Grundfunktion der rechtsstaatlichen Idee nicht möglich. Daß nämlich der Staat seine Eingriffe in die Grund- oder Freiheitsrechte der Menschen per Gesetz begründen muß.<sup>11</sup> Darin versteckt sich freilich ein ideologisches Moment der liberalen Rechtsauffassung, die ökonomische Funktion der Freiheitsrechte: sie ermöglichen eine auf Wettbewerb und Vertrag beruhende Gesellschaft.<sup>12</sup> Dennoch lassen sich die drei staatlichen Ebenen logisch ableiten: daß die Exekutive auf der Grundlage von Gesetzen handelt, die - im besten Fall - die Bürger im Parlament beschließen haben. Zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Gesetzen braucht es eine weitere unabhängige Instanz: die Richter.

Es spricht einiges dagegen, die DDR unter der Perspektive ihrer Rechtsstaatlichkeit zu betrachten. Aber einige wollen das unbedingt tun, und bisweilen kommt man nicht darum herum, wenn man die DDR und die BRD vergleicht. Die DDR war danach vielleicht nicht pauschal ein *Unrechtsstaat*. Aber sie hatte gewaltige Mängel, was die Kontrolle etwa der Stasi anlangte. Und zwar von der Grundkonstruktion her. Wer kontrollierte die Stasi? Im Maximalfall die Partei, deren Schild und Schwert sie sein sollte. Der sie also untergeordnet war. Im allgemeinen gehen auch Stasi-Experten davon aus, daß "die Firma" jedenfalls gegen den Willen der Partei nichts unternahm. Spätestens der Blick auf die mafiosen Strukturen, die sich um die Kommerzielle Koordinierung herum bildeten,

---

<sup>11</sup> Vgl. etwa Christian Füller/Christof Hamann, *Stichwort: Bundesrepublik Deutschland* (München: Heyne, 1992), S. 28.

<sup>12</sup> Franz Neumann, "Zum Begriff der politischen Freiheit", *Demokratischer und autoritärer Staat: Studien zur politischen Theorie*, hg. Herbert Marcuse (Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, Wien: Europa, 1967), S. 110.

relativiert auch diese Aussage. Dort dürfte das ökonomisch-staatliche Machtkartell vollends unkontrollierbar geworden sein.

Auf welcher Grundlage hätte man die Stasi kontrollieren können? Es gibt zwar ein Gesetz zur Errichtung des MfS vom 8.2.1950.<sup>13</sup> Aber es ist nur wenige lapidare Sätze lang. Eine Definition von Aufgaben und Zuständigkeiten der Stasi enthielt dieses Gesetz nicht. Die Stasi operierte also gut 40 Jahre lang mit einem Wust interner Dienstanweisungen; eine gesetzliche Grundlage gab es aber nicht. Für deutsche Verhältnisse ist das bemerkenswert.

Die Möglichkeit, sich auf offiziellem Wege gegen die Stasi und ihre Machenschaften zu wehren, bestand nicht. Wie sollte man sich vor einer politischen Geheimpolizei schützen? Es gab natürlich Gerichte in der DDR. Aber keine Verwaltungsgerichtsbarkeit, die eine Beschwerde gegen einen hoheitlichen Akt der "mit exekutiven Befugnissen ausgestatteten Untersuchungsbehörde für politische Strafsachen"<sup>14</sup> ermöglicht hätte. Erst Ende der 80er Jahre begann die DDR, die Möglichkeit der Beschwerde und die gerichtliche Überprüfbarkeit von Verwaltungsakten einzurichten. Aber das ist nicht der Rede wert, wenn man die weitverbreitete Praxis des Eingabeschreibens betrachtet. Das ist, mit Verlaub, ein der Feudalzeit entstammendes Instrument.

Im Umgang mit der Stasi gab es wohl, wenn man Aussagen von Menschen aus der DDR folgen soll, die in der DDR lebten, nur eine Art der Wehr: Zivile Courage und das entschiedene Nein. Möglicherweise genügte auch etwas Geschick. Jens Reich sprach davon, sich mit totaler Dekonspiration zur Wehr gesetzt zu haben. Wer offen und mit vielen darüber sprach, daß die Firma Kontakt aufgenommen hatte, der blieb vom Zwang zur Mitarbeit verschont. Vielleicht.

Die öffentliche, mündlich vor einem unabhängigen Richter geführte Prozeß - das ist das *sine qua non* des Rechtsstaates. Heinrich Fink hat zwei solcher Prozesse führen können. Das ist zunächst einmal ein Gewinn und sollte nicht übersehen werden. Ob dabei Gerechtigkeit erzeugt werden kann, ist eine andere Frage. Die Art und Weise, wie mit dem anliegenden Fall umgegangen wird, regeln die Prozeßordnungen, das sogenannte Verfahrensrecht. Es unterscheidet sich für den Strafprozeß, das verwaltungsgerichtliche Verfahren und das hier vorliegende Recht des Arbeitsprozesses.<sup>15</sup> Prinzipiell hat vor Gericht "jeder-

---

<sup>13</sup> GBl. S. 95, zit. nach DDR-Handbuch, II (Köln: Wissenschaft und Politik, 1985), S. 909.

<sup>14</sup> ebd.

<sup>15</sup> Vgl. Füller/Hamann, a.a.O., S. 50ff.

mann Anspruch auf rechtliches Gehör".<sup>16</sup> Die Entscheidung wird von einem durch das Gesetz bestimmten<sup>17</sup> unabhängigen Richter<sup>18</sup> durchgeführt. Die Verhandlung ist öffentlich. Artikel 104 des Grundgesetzes enthält spezielle Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehung, die auf die *habeas-corpus*-Akte von 1679 zurückgehen. Darin heißt es, daß niemand ohne richterlichen Haftbefehl, also willkürlich verhaftet oder festgehalten werden dürfe. Man kann nicht sagen, daß die Stasi einem solchen uralten Grundsatz unterworfen gewesen wäre.

\* \* \*

Betrachtet man den Fink-Prozeß näher, so kann man nicht eben von einer juristischen Glanznummer sprechen. Er hatte es schwer, schwerer noch als sonst, Gerechtigkeit zu erzeugen. Das lag an der Komplexität des Falles, auf die sich die zu Gericht sitzenden Westdeutschen manchmal nicht recht einlassen wollten oder konnten. Hilflos stocherte etwa der Anwalt der Humboldt-Universität bzw. des Wissenschaftssenators, Thomas Kunze, im Nebel aus Abschöpfung, Konspiration und inoffizieller Mitarbeiterschaft. Er streckte schließlich die Waffen und erklärte pauschal: die Stasi-Zeugen sagen die Unwahrheit. Das war strenggenommen ein doppelter *faux pas*. Zum einen demontierte Kunze damit seine Zeugen, die er doch brauchte in der Logik des ersten Prozesses, um Fink wissentlicher Stasi-Mitarbeit zu überführen. Zum anderen zeigte Kunze ein zweifelhaftes Verständnis vom rechtsstaatlichem Prozeß und seiner, Kunzes, Funktion darin. Der Anwalt hätte in öffentlicher Verhandlung, also für jedermann einsichtig, das vermeintliche Lügengespinnst von immerhin einem knappen Dutzend Stasi-Zeugen entwirren sollen. Das schaffte er keinesfalls.

Dennoch sah das Gericht Heinrich Fink der Stasi-Zuarbeit überführt. Aus der Perspektive des ersten Prozesses verstieß es damit gegen den Grundsatz *in dubio pro reo* - im Zweifel für den Angeklagten. Es begründete dies explizit.

*"Die Berufungskammer hat in dem komplizierten Prozeß der Wahrheitsfindung den Grad an Gewißheit erlangt, der Zweifeln Schweigen gebietet, ohne sie - die Zweifel - vollkommen auszuschließen."*<sup>19</sup>

---

<sup>16</sup> Art. 103 GG.

<sup>17</sup> Art. 101 GG.

<sup>18</sup> Art. 92, 97 GG.

<sup>19</sup> Schriftliche Begründung, Aktenzeichen 12 Sa 32/92, S. 42; das Gericht verwies zu dieser Formel auf BGHZ-53, 245, 256; BGH NJW 1989, 2948, 2949.



Das Landesarbeitsgericht erwiderte damit eine Formulierung des Fink-Anwaltes. Seyboldt hatte in seinem Plädoyer auf die Logik der beiden Prozesse im Bezug auf die entscheidende Frage des Aussagegehaltes der Stasi-Unterlagen gezielt. "Ihre Partei ist beweisbelastet", sagte Seyboldt zu seinem anwaltlichen Gegenüber Thomas Kunze. Der nämlich hatte nach dem ersten Prozeß, den Fink ja gewonnen hatte, die Zeugen der Stasi benannt. Seyboldts juristische Argumentation lautete - zusammengefaßt -:

*"Die Stasi-Akten reichen nicht aus, um Finks Schuld zu beweisen (so der - sensationelle - Tenor des ersten Prozesses). Nun mußte im zweiten Prozeß die Schuld Finks mit den Stasi-Zeugen nachgewiesen werden. Deren Glaubwürdigkeit wird in Zweifel gezogen, und zwar pauschal. Das aber reicht natürlich nicht aus, um Finks Schuld zu beweisen."*

Seyboldts Resümee, das er vielleicht eine Spur zu sicher vortrug, lautete. "Wir rütteln an den Grundlagen des Rechtsstaates, wenn wir keinen vollständigen Beweis führen." Das Gericht antwortete: Unser Beweis ist nicht vollständig, aber die Indizien gebieten allen Zweifeln Schweigen.

Inhaltlich begründete das Gericht seine These, "daß der Kläger [Heinrich Fink, cif] wissentlich für das MfS tätig gewesen ist", auf eine Art, die man als eigenwillig ansehen kann; souverän war sie allemal, souverän von der ersten Instanz, von den Auskünften der Gauck-Behörde, von den im Gerichtssaal 610 des Landesarbeitsgerichts in der Berliner Lützowstraße erhobenen Erkenntnissen. Von all dem hat sich das Gericht, jedenfalls in Teilen, distanziert. Es nimmt für sich in Anspruch, die objektive Aktenlage und die Aussagen eigenständig gewürdigt zu haben; daraus habe es die Überzeugung gewonnen,

*"der Kläger sei nicht lediglich abgeschöpft worden, sondern habe direkt konspirative Kontakte zum MfS gehabt und diesem Informationen geliefert."*<sup>20</sup>

Ausdrücklich distanziert sich das Gericht vom Bundesbeauftragten und insbesondere von seiner Ursprungsauskunft im Jahre 1991. Fink sei seit 1969 als IM des MfS "unter dem Decknamen 'Heiner' tätig gewesen", hieß es im Schreiben vom 25.11.91 an die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung.<sup>21</sup> "Sie steht dieser Wertung und ihren einzelnen Schlußfolgerungen eher skeptisch gegenüber."<sup>22</sup> In der mündlichen Urteilsverkündung hatte Richter Bernd Preis ungewöhnlich scharf formuliert, er und seine Beisitzer hätten teilweise den Ein-

---

<sup>20</sup> ebd., S. 14.

<sup>21</sup> abgedruckt in *hochschule ost special*, 1991 [1], Dezember, S. 6/7.

<sup>22</sup> 12 Sa 32/92, S. 10.

druck gehabt, der Bundesbeauftragte wolle ein “Denktabu” er-richten.<sup>23</sup> Die Ausführungen der Gauck-Behörde hätten “durchgängig den Eindruck [vermittelt], als sei die Abschöpfungsversion ‘undenkbar’ (im doppelten Sinne des Wortes) und bedürfe gar keiner rationalen Widerlegung.”<sup>24</sup>

*“Denn auch bei einer langjährigen Registrierung einer Person als IM kann nicht ohne weiteres ausgeschlossen werden, daß diese Person überhaupt keine direkten Kontakte zum MfS gehabt hat, sondern lediglich ‘abgeschöpft’ worden ist.”*<sup>25</sup>

Gleichzeitig hat das Gericht die Glaubwürdigkeit sowohl der Zeugen der Stasi als auch einer Reihe von Aussagen Heinrich Finks in Zweifel gezogen. Es begründete dies ausführlich.<sup>26</sup> “Die Berufungskammer konnte den Aussagen dieser Zeugen im wesentlichen keinen Glauben schenken und ist darüber hinaus in mehreren entscheidungserheblichen Punkten vom Gegenteil ihrer Bekundungen überzeugt.”<sup>27</sup> Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft beim Landgericht gegen die beiden ehemaligen Stasi-Leute Joachim Wiegand und Klaus Roßberg.<sup>28</sup>

Dennoch hat das Gericht für jene beiden Gelegenheiten, an denen es Fink des direkten Stasikontaktes überführt sah, ausdrücklich die Aussagen der Hauptamtlichen verwendet. Und zwar ganz unterschiedlich. Der zweimalige Anruf eines IM “Heiner” an zwei verschiedenen Tagen bei der Lagegruppe der Stasi im Jahr 1987 konnte von keiner dritten Person getätigt worden sein. “Denn angesichts der von *sämtlichen Zeugen insoweit einleuchtend geschilderten Konspiration* im Zusammenhang mit IM ist davon auszugehen, daß anderen Personen der Deckname ‘Heiner’ nicht bekannt gewesen ist.”<sup>29</sup>

Im Falle der Überreichung des NVA-Ordens an “Heiner” schätzte das Gericht die Aussagen des Stasi-Offiziers Klaus Roßberg als “abstrus” ein. “Sie hält diese Aussage im Gegenteil für frei erfunden.”<sup>30</sup> Auch die Auskünfte des Offiziers im besonderen Einsatz, Bernd Winkler, hielt das Gericht “in einem ent-

---

<sup>23</sup> taz, 17.12.93, S. 1; siehe dazu auch die Stellungnahme des Direktors beim Bundesbeauftragten, Hansjörg Geiger: taz, 18.12.93, S. 22.

<sup>24</sup> 12 Sa 32/92, S. 12.

<sup>25</sup> ebd., S. 10.

<sup>26</sup> Punkt 6, 7 und 8 der schriftlichen Begründung, 12 Sa 32/92, S. 27-39.

<sup>27</sup> ebd., S. 9.

<sup>28</sup> Neue Zeit, 2.3.93, S. 17.

<sup>29</sup> 12 Sa 32/92, S. 15, Hervorhebungen cif.

<sup>30</sup> ebd., S. 22.

scheidungserheblichen Punkt für unzutreffend”.<sup>31</sup> Das Gericht war sich anscheinend der Angreifbarkeit dieses Indizienbeweises bewußt, gerade bei der angeblichen Überreichung des NVA-Ordens. Zumal die Aussagen der Stasi-Leute ja nicht etwa die Indizien stärkten, sondern als nicht verwertbar, weil “erfunden” eingestuft wurden. Bernd Preis, der Richter, sagte zum Urteil, es sei “argumentativ angreifbar”: “Unsere Auffassung kann nicht als letzte Wahrheit gelten.” Was das ist: billiges Trostpflaster oder ehrliches Eingeständnis von Zweifeln, das mag jeder selbst beurteilen.

Diese sehr auf die juristischen Details gehenden Beobachtungen verleiten aber allzuleicht zu einer Verschiebung der Prioritäten. Die Frage des älteren Herrn, in welchem Staat wir leben, wird auf den Rechtsstaat verengt. Der aber ist nur ein Teil der Demokratie, um die es eigentlich gehen sollte. Vor lauter Suche nach möglichst perfekt erzeugter Gerechtigkeit, geht der Blick auf das wesentliche verloren: daß die Freiheit von staatlichem Zwang, die durch rechtsstaatliche Verfahren gewährleistet werden soll, nur *einen Teil* der politischen Freiheit darstellt, zu deren Verwirklichung die politische Demokratie am ehesten in der Lage ist. Zur politischen Freiheit gehört genauso ein kognitives, ein intellektuelles Moment. Wir sind erst frei, wenn wir verstehen.

Die Gerichtsverhandlung im Saal 610 des Landesarbeitsgerichts Berlin hatte *in diesem Sinne* eine aufklärerische Funktion. Sie legte eine Seite des in der DDR praktizierten Herrschaftsmechanismus offen: die Stasi als Zwangsapparat, die den staatlich verwalteten Wahrheitsanspruch der marxistisch-leninistischen Ideologie zu überwachen und notfalls durchzusetzen hatte. Die Zeugen der Stasi mochten lügen, daß sich der massive Stützfeiler im Saal 610 des Landesarbeitsgerichts bog - die Skrupellosigkeit und Perfidie ihrer Arbeit trat jederzeit zutage.

Etwa wenn *Heiners* Führungsoffiziere schilderten, wie die Aktenproduktion vonstatten ging. Danach waren quasi alle Berichte von fremder Hand verfaßt. In der Regel schrieb sich der Führungsoffizier seine Akten aus dem Gespräch zusammen, das er mit dem Geheimen Informanten, dem IM führte. Bei den sogenannten Abschöpfungen waren es gar drei und mehr Stationen, die eine Information mündlich transportiert wurde, ehe sie schwarz auf weiß aktenkundig wurde. Die Stasi veranstaltete ein monströses Stille-Post-Spiel. “Es gibt Dinge”, sagte Joachim Wiegand, Chef der Stasi-Kirchenabteilung XX/4, “die klingen ganz großartig, wenn sie aufgeschrieben werden. In der Realität waren sie ganz

---

<sup>31</sup> ebd., S. 26.

klein.“ Oder schlicht falsch. Die Stasi kreierte in ihren Akten unter den genannten Produktionsbedingungen bisweilen eine neue, papierene Realität. Das soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Regelfall wohl die ordinäre Spitzelei von rund 100.000 hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern der unterschiedlichsten Kategorien gewesen ist.

Der Prozeß führte dieses Personal vor, das an wesentlichen Funktionsstellen in der DDR agiert hatte. Den schlurfenden Ganges vor den Richtertisch tretenden Wolfram Laux, den ersten für “Heiner” zuständigen Führungsoffizier. “Bleistift” hätten sie ihn genannt, weil er immer bloß mitschreiben durfte, was die Kollegen von den Spitzeln erfahren hatten. Das verriet der spätere Führungsoffizier, Klaus Roßberg, die Spitzmaus als Tschekist, die in mümmelnden Backen die Informationen bearbeitete und sich wichtig dabei vorkam. Sichtlich stolz berichtete Roßberg, er selbst habe bereits im Sommer 1989 entschieden, die Akten “Heiners” zu vernichten. Es seien seine Akten gewesen. “Das waren alles meine persönlichen Aufzeichnungen, die wollte ich nicht in dritte Hände fallen lassen.” Der elegante Paul Kienberg, Leiter der Hauptabteilung XX, trat in den Zeugenstand. Sichtlich genervt war der ehemalige Generalleutnant und be-  
teuerte immer wieder “grundsätzlich, ich habe keine konkrete Kenntnis.”

Joachim Wiegand, der Chef der Kirchenabteilung XX/4, bat Heinrich Fink um Verzeihung. “Ich sehe Herrn Fink zum ersten Mal. Ich möchte mich bei Ihnen entschuldigen.” Wiegand, ursprünglich in einer Spionageabteilung der Stasi eingesetzt, berichtete von seinem Interesse für Arbeit in “abgedeckter Form”, der Grundlage für Abschöpfung. Daher habe er unter anderen den Stasi-Mitarbeiter Bernd Winkler zum Offizier im besonderen Einsatz (OibE) gemacht. “Er wurde gezielt durch uns eingesetzt”, und zwar als Referent im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF). Von dort aus telefonierte Winkler als der für die theologischen Sektionen zuständige Referent mit Heinrich Fink. Und dann gab er als Stasi-Mitarbeiter die dabei gewonnen Erkenntnisse an die Stasi selbst weiter. Bernd Winkler, 43 Jahre und seinen Beruf mit Jurist angehend, sagte selbst zu seiner Funktion als OibE: Es habe sich “aus finanziellen Gründen” ergeben, daß man ihn beim Wechsel vom MfS ins MHF als OibE einstuft. “Mir ist nie so richtig erklärt worden, was ein OibE ist”, so Winkler wörtlich vor Gericht.

Der Prozeß machte die perfide Praxis der Stasi deutlich, aus den erhaltenen Informationen eine Art staatlich organisierten Gerüchts zu konstruieren. Zersetzung hieß das dann im Jargon. Wer während des Fink-Prozesses den Informations-Buchhaltern zuhörte, auch Führungsoffiziere genannt, der mußte Angst be-

kommen. So wie sie die ideologische Überwachungsmaschinerie der DDR, die Stasi, systematisch verbreitete. *Big Brother* - das dürfte für jeden DDR-Bürger gegolten haben - überwacht Dich, und er zersetzt Dich im Zweifelsfall.

# **Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin\***

**Irene Klank**

## **1. Vorgeschichte und institutioneller Rahmen**

Zum Zeitpunkt der Maueröffnung gab es in Berlin vier theologische Ausbildungsstätten mit Hochschulcharakter: die Kirchliche Hochschule in Zehlendorf, die Kirchliche Hochschule Ost in der Borsigstraße (ehemals Sprachenkonvikt), die Sektion Theologie der Humboldt-Universität und das Institut für Evangelische Theologie an der Freien Universität.

Im Jahr 1991 fusionierten die KiHo Ost und die Sektion Theologie zur Theologischen Fakultät an der Humboldt-Universität. Zum Sommersemester 1993 wurden die Theologische Fakultät und die Kirchliche Hochschule Zehlendorf zusammengeführt. Die so entstandene Fakultät soll einmal die Ausbildung von insgesamt ca. eintausend StudentInnen (incl. Religionspädagogik) leisten.

Auf diese "große Fusion" hatte seit Herbst 1991 eine Struktur- und Berufungskommission (SBK) unter Vorsitz eines auswärtigen Professors, in unserem Fall eines Münchner Systematikers, hingearbeitet. Die SBK mußte eine "vorgegebene Sollstruktur" von 22 Professuren auf die vorhandenen Professoren und DozentInnen beider Hochschulen zuordnen. Dafür hatte sie einen Strukturplan übernommen, der gemeinsam von der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und der Kirchliche Hochschule Zehlendorf bereits im Frühjahr 1991 ausgearbeitet worden war. In diesem Strukturplan fand sich ein traditionelles Wissenschafts- und Lehrprofil angelegt, in dem u.a. Feministische Theologie nicht vorgesehen war.

Zur Koordinierung des feministisch-theologischen Lehrangebotes in Berlin hatte sich seit dem Herbst 1989 eine Gruppe von Theologinnen aus dem Studien- und Lehrbetrieb aller Berliner Ausbildungsstätten zusammengefunden. Diese Koordinierungsgruppe versuchte sich in die Fusionsverhandlungen ein-

---

\* erstveröffentlicht in hso 4/1995

zumischen, um auch feministisch-theologische Forschung und Lehre an der künftigen fusionierten Fakultät zu verankern.

## **2. Hintergründe und Vorgänge - Anträge und Ablehnungen**

Die Koordinierungsgruppe stellte im Dezember 1991 an die Struktur- und Berufungskommission einen Antrag auf Institutionalisierung feministischer Theologie an der künftigen fusionierten Fakultät.<sup>1</sup> Beantragt wurde eine C4-Professur als Voraussetzung für angemessene Arbeitsbedingungen in diesem Bereich theologischer Forschung und Lehre.

In seinen Anlagen gab der Antrag detailliert Auskunft über stattgefundenene Lehrveranstaltungen im Bereich feministischer Theologie an allen beteiligten Hochschulen seit 1989.<sup>2</sup> Es wurde deutlich, daß im bis dahin möglichen Rahmen eine qualifizierte, kontinuierliche Arbeit mit feministisch-theologischen Ansätzen und Erkenntnissen für Studierende und Auszubildende (d.h. vor allem Vikare) nicht möglich ist. Die meisten dieser Veranstaltungen waren auf studentische Initiative und Mitarbeit zurückzuführen gewesen. Für die durchführenden Mitarbeiterinnen bedeuteten diese in der Regel ein zusätzliches Engagement, das über ihre obligatorischen Lehr- und Forschungsaufgaben in den traditionellen Disziplinen hinausreichte. Die Formen des Angebotes waren an allen Orten ähnlich: Blockseminare, Gastvorträge, einführende Seminare wie z.B. Proseminare, und alle Formen abhängig vom Engagement der StudentInnen und dem Interesse der Auszubildenden.

Die SBK lehnte den Antrag mit der Begründung ab, daß keine Frau aus den zu fusionierenden Einrichtungen für einen Lehrstuhl Feministische Theologie hinreichend qualifiziert sei.<sup>3</sup> Der Hinweis auf die Möglichkeit einer öffentlichen

---

<sup>1</sup> Koordinierungsgruppe Feministische Theologie: Antrag zur Institutionalisierung Feministischer Theologie. Berlin, 30.12.1991. 2 S.

<sup>2</sup> Anlage 1: Lehrveranstaltungen zu Feministischer Theologie. 4 S.

<sup>3</sup> Vgl. Koordinierungsgruppe Feministische Theologie: Offener Brief vom 1.4.1992; Brief Vorsitzender der SBK Theologie an Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität vom 6.4.1992.

Ausschreibung<sup>4</sup> wurde mit einem Verweis auf die "vorgegebene Sollstruktur", über die man im Moment nicht hinausgehen könne, erwidert.<sup>5</sup>

Die Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität machte sich das Anliegen der Koordinierungsgruppe zu eigen und ersuchte den Wissenschaftssenator des Landes Berlin um Unterstützung.<sup>6</sup> Außerdem legte die Frauenbeauftragte im Akademischen Senat Einspruch gegen die zu verabschiedende Struktur ohne Berücksichtigung einer Stelle mit feministisch-theologischer Spezialisierung ein.<sup>7</sup>

Der Wissenschaftssenator hatte grundsätzlich nichts gegen einen Lehrstuhl für Feministische Theologie einzuwenden, schloß sich nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden der SBK jedoch dessen Argumentation an:<sup>8</sup>

- a) Feministische Theologie stelle kein eigenes und selbständiges Fach- und Lehrgebiet im Fachbereich Theologie dar;
- b) die Institutionalisierung eines Spezialgebietes "Feministische Theologie" würde dem hermeneutischen und historisch-wissenschaftlichen Interesse, das sich gegenwärtig in der Theologie artikuliert, gerade nicht entsprechen;
- c) die bestehenden Bestrebungen zur Förderung feministischer Fragestellungen sollen ihren Ort in Verbindung mit klassischen Disziplinen finden;
- d) die SBK befände sich darin auch in weitgehender Übereinstimmung mit den Ergebnissen des EKD-Hearings in Arnoldshain;
- e) noch keine Wissenschaftlerin habe sich in einer wissenschaftlichen Maßstäben für eine Berufung auf eine Professur genügenden Weise für feministische Theologie/Frauenforschung in Verbindung mit einer Disziplin der Theologie qualifiziert.<sup>9</sup>

Die ehemalige Dozentin für Ökumenik und Feministische Theologie der Humboldt-Universität soll auf einer Qualifizierungsstelle als Assistentin ihr wis-

---

<sup>4</sup> Vgl. Brief Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität an Senator für Wissenschaft und Forschung vom 9.3.1992.

<sup>5</sup> Brief Vorsitzender der SBK Theologie an Senator für Wissenschaft und Forschung vom 30.3.1992.

<sup>6</sup> Vgl. Brief Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität an Senator für Wissenschaft und Forschung vom 9.3.1992.

<sup>7</sup> Einspruch der Frauenbeauftragten zur Vorlage Nr. 38/92 im Akademischen Senat, 18.3.1992.

<sup>8</sup> Vgl. Brief Senator für Wissenschaft und Forschung an Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität vom 27.4.1992.

<sup>9</sup> Brief Vorsitzender der SBK Theologie an Senator für Wissenschaft und Forschung vom 30.3.1992.



senschaftlich-feministisches Qualifizierungsdefizit durch entsprechende Publikationen und Lehrveranstaltungen in Anbindung an das Neue Testament aufholen. Mit dieser C1-Stelle sei, so teilte die SBK dem Wissenschaftssenator mit, den Forderungen nach angemessenen Rahmenbedingungen für feministisch-theologische Forschung und Lehre an der künftigen Fakultät genügend nachgekommen.<sup>10</sup>

Im Mai 1992 gab es ein Gespräch zwischen dem Dekan der Fakultät, der Frauenbeauftragten der Universität und der Koordinierungsgruppe. Konsens dabei war, daß im Bereich von Qualifizierungsarbeiten mit feministischem Ansatz Bedingungen für eine Kontinuität in der wissenschaftlichen Arbeit geschaffen werden müssen. Diese Übereinstimmung entsprach auch einem Beschluß der EKD-Synode in Bad Krozingen 1989: "Die Synode hält es für notwendig, die Perspektive von Frauen in theologischer Forschung und Studienarbeit aller Disziplinen einzubeziehen sowie neue Ansätze theologischer Frauenforschung zu fördern."<sup>11</sup> Entsprechend hatte dann auch eine EKD-Anhörung zum Thema in Arnoldshain 1991 u.a. formuliert: "Die bisher übliche Praxis der Erteilung von Lehraufträgen für theologische Frauenforschung und feministische Theologie ist ein notwendiger, jedoch bei weitem nicht ausreichender Schritt zur Institutionalisierung."<sup>12</sup>

So stellte die Koordinierungsgruppe im Juni 1992 an die SBK den Antrag, eine Strukturbeschreibung für den mittleren wissenschaftlichen Bereich an der künftigen Fakultät so vorzunehmen, daß in jedem klassischen theologischen Fach eine Theologin die Möglichkeit erhält, sich durch eine Arbeit mit feministisch-theologischem Ansatz im jeweiligen Fach zu qualifizieren. Dabei sollte immer jeweils eine dieser Arbeiten eine Habilitation zum Ziel haben.

Die Antwort des Vorsitzenden der SBK an die Koordinierungsgruppe war kurz, ablehnend und deutlich: "Eine Festlegung auf eine bestimmte inhaltliche Ausrichtung durch eine Strukturplan würde der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung nicht entsprechen." Und: "Die Besetzung dieser Stellen ist... Angelegenheit der jeweiligen Fachvertreter, denen diese Stellen zugewiesen werden."<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Beschluß der EKD-Synode 1989 zum Schwerpunktthema "Die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche".

<sup>12</sup> Arnoldshainer Stellungnahme zur Förderung theologischer Frauenforschung und feministischer Theologie", S. 2.

<sup>13</sup> Brief Vorsitzender der SBK Theologie an Irene Klank (f.d. Koordinierungsgruppe Feministische Theologie) vom 28.7.1992.

Weiterhin beantragte die Koordinierungsgruppe, feministische Inhalte in die neu zu gestaltenden Prüfungsordnungen aufzunehmen: "Feministische Theologie kann in Verbindung mit einem der Hauptfächer geprüft werden, wobei die in diesem Fach Lehrenden zur Prüfung hinzuzuziehen sind." Nachdem dieser Passus vom Fachbereichsrat beschlossen worden war, strich ihn die SBK wieder aus der neuen Ordnung.

Im Gespräch war dann, einer promovierten feministischen Theologin auf einer C1-Stelle in Anbindung an einen der Lehrstühle eine Habilitation zu ermöglichen. Dies ist allerdings im Zuge der weiteren Strukturplanungen nicht umgesetzt worden.

Schließlich sollte es an der neuen Fakultät eine Stiftungsgastprofessur für "unterrepräsentierte Spezialgebiete" geben. Eine solche ist zwar mittlerweile auch eingerichtet worden, finanziert vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft im Rahmen seines Programms "Wissenschaftsunion". Allerdings hat die entsprechende Kommission, u.a. besetzt mit dem SBK-Vorsitzenden, entgegen der ursprünglichen Intention durchgesetzt, daß diese Stiftungsgastprofessur gerade keine Denomination "unterrepräsentierte Spezialgebiete" erhält, sondern wiederum dem klassischen Fächerkanon vorbehalten bleibt. Die Koordinierungsgruppe hatte sich von Beginn an bemüht, für diese Gastprofessur - die auf fünf Jahre begrenzt ist und jährlich mit einem neuen Fach zu besetzen ist - eine feministische Theologin für ein Jahr nach Berlin einzuladen. Die Präsidentin der Humboldt-Universität setzte sich zugleich nachdrücklich dafür ein, die Professur den Fächern zu widmen, die im Stellenplan nicht vorkommen, und unterstützte die Koordinierungsgruppe in ihrem Streben nach einer zeitweisen feministischen Besetzung. Für diese Bemühungen kann nun wenigstens ein Teilerfolg festgehalten werden: Im Sommersemester 1997 wird Elisabeth Schüssler-Fiorinza, in den Vereinigten Staaten lehrende, katholische feministische Theologin, die Stiftungsgastprofessur wahrnehmen. Indessen wurde sie, wie angemerkt werden muß, von der Fakultät nicht als feministische Theologin, sondern ausdrücklich als Neutestamentlerin eingeladen.

### **3. Fazit**

Die Bemühungen der Koordinierungsgruppe waren auf Institutionalisierungsmöglichkeiten innerhalb des deutschen Wissenschaftsbetriebes gerichtet. Wir stellten den ersten Antrag auf Bewilligung einer C4-Professur nicht, weil wir das

Modell einer Sonderstellung Feministischer Theologie besonders glücklich fanden, sondern weil uns dies in der gegebenen Situation als die angemessenste Möglichkeit erschien - hinsichtlich der Akzeptanz in der Wissenschaftshierarchie und der nötigen Ausstattung der Stelle. Die Koordinierungsgruppe hätte durchaus jede gleichberechtigte Arbeitsform von feministischen Theologinnen innerhalb der theologischen Disziplinen begrüßt. Im Idealfall der vorbehaltlosen Akzeptanz könnte solches zu einem nur wünschenswerten innerdisziplinären und wissenschaftstheoretischen Austausch führen. Die isolierte, unterprivilegierte und immer wieder Rechtfertigungszwängen ausgesetzte Arbeits- und Forschungssituation feministischer Theologinnen hingegen stellt eine andauernde Diskriminierung dar.

In unserem Falle wurden wir entweder vertröstet ("wir würden ja gern, aber wir können nicht") oder nicht ernst genommen ("wer sind die überhaupt? Koordinierungsgruppe Feministische Theologie?"). Hätte sich unsere Gruppe nicht selbst zur Anwältin ihrer Sache gemacht, wäre das Thema "Feministisch-theologische Forschung und Lehre" im ganzen Fusionsprozeß überhaupt nicht zur Sprache gekommen.

Die uns entgegen gehaltenen Argumente bestätigten schließlich ungewollt und nachdrücklich unser Anliegen. Feministische Theologie als eigenes theologisches Fach entspreche nicht dem gegenwärtig sich in der Theologie artikulierenden hermeneutischen und historisch-wissenschaftlichen Interesse, hieß es. Eben deshalb schien es uns zunächst allein über die Einrichtung einer Professur möglich, dauerhaft zu sichern, daß feministische Theologie bereits angemessen betrieben werden kann, bevor sich das gegenwärtige Theologieverständnis geändert hat. Doch diesem (inhaltlichen) Einwand war vorgebeugt worden: Auch die vorgegebene Sollstruktur verhindere die Einrichtung einer zusätzlichen Professur. Dann also, so unser nächster Vorstoß, in allen Bereichen die Sicherung feministischer Forschung und Lehre über Assistenzstellen. Doch nein, so wurde uns beschieden, dies würde die Wissenschaftsfreiheit der Lehrstuhlinhaber beeinträchtigen, die über die Stellenvergabe an wissenschaftliche Mitarbeiter zu entscheiden hätten - und die, wie hinzuzufügen wäre, im Normalfall dem "gegenwärtig sich in der Theologie artikulierenden hermeneutischen und historisch-wissenschaftlichem Interesse" folgen. Darauf hätten wir nur wieder antworten können: Also, wie die Dinge liegen, benötigt die feministische Theologie unbedingt einen eigenen Lehrstuhl, um überhaupt stattfinden zu können.

Daß wir mit unserem Anliegen auch an die Öffentlichkeit gegangen waren, wurde von den verantwortlichen Herren mit Irritation und Unmut zur Kenntnis

genommen. Letztendlich geht es darum, sich auf einen Machtkampf einzulassen und diesen auszuhalten. Ratlosigkeit macht sich angesichts so ungleicher Ausgangspositionen aber immer wieder breit.

# Vom Hinterhof ins Herz der Hauptstadt

## Der Beitrag des „Sprachenkonvikts“ zur Erneuerung der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin\*

**Rudolf Mau**

### **I. Die Fusionen 1991/92 und ihre Partner**

(1) Seit dem 1. März 1991 bietet die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität ein stark verändertes Bild: In ihr verbinden sich seither zwei akademische Körperschaften, die im früheren Ost-Berlin mit zwar gleichartiger wissenschaftlicher Grundorientierung und Aufgabenstellung, aber institutionell ohne Verbindung und unter stark unterschiedlichen Bedingungen existiert hatten. Mit der ehemaligen „Sektion Theologie“ wurde die „Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg“ fusioniert. Bis 1990 hatte sie unter dem Gründungsnamen „Sprachenkonvikt“ (seit 1950), d.h. ursprünglich eines Heimes für Theologiestudenten vor allem der ersten Semester, die sich schwerpunktmäßig dem Erlernen von Hebräisch, Griechisch und Latein zu widmen haben, existiert. Bei dieser - ersten - Fusion wird es nicht bleiben. Ab Herbst dieses Jahres wird auch die im früheren West-Berlin existierende „Kirchliche Hochschule Berlin“ zur Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität gehören. Die praktische Kooperation ist bereits im Gange.

Was verbindet sich da miteinander? Was besagt überhaupt „Fusion“? Welche Erfahrungen machen evangelische Theologen - Lehrende und Studierende - mit dem Experiment „Einheit“? Um es vorweg zu sagen: Als gravierendstes Problem der schon vollzogenen und auch der noch bevorstehenden Fusion erweist sich das unterschiedliche Geprägtsein durch Geschichte und Tradition bei den drei genannten Institutionen. Schon die Erfahrungstrecke eines Jahres macht neben der Bewältigung äußerer Probleme eine wichtige innere Aufgabe der Fusion dringlich: die gegenseitige Bereitschaft zur Kenntnisnahme, zum Fragen in Bezug auf die eigene Vergangenheit und die der anderen, zu ge-

---

\* erstveröffentlicht in hso 5/1992

rechter Urteilsbildung - und die innere Bejahung eines nun gemeinsamen Weges, für dessen Gelingen menschliches Respektieren und Akzeptieren auch bei partiell noch fortbestehenden Verständnisbarrieren sehr wichtig sein wird.

(2) Es sind drei verschiedene Geschichtsläufe, die nun in ein gemeinsames Flußbett einmünden. Da ist zunächst - mit einer großen Tradition seit der Universitätsgründung 1810 - die *Theologische Fakultät*: Zu ihren herausragenden Gestalten gehörten Friedrich Schleiermacher als einer der Gründerväter der Berliner Universität und Adolf von Harnack als Koryphäe kirchen- und dogmengeschichtlicher Forschung und Lehre, Gelehrter mit weitreichender Ausstrahlung während der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Republik. In der NS-Zeit bekamen dann in Berlin wie auch an anderen theologischen Fakultäten die "Deutschen Christen" das Sagen, die das Dritte Reich samt Hitlerkult als "christliches" Gebot der Stunde proklamierten.

Nach 1945 gelang in überzeugender Weise ein Neuaufbau der Theologischen Fakultät durch die Berufung kompetenter Lehrer, die sich nicht im "deutschchristlichen" Sinne kompromittiert hatten. Für geraume Zeit konnte sich die erneuerte Fakultät in starker Solidarität von Lehrkörper und Studentenschaft abermaligen massiven Politisierungsversuchen widersetzen. Besonders mutig und entschieden und für eine geraume Zeit identitätsstiftend war die Haltung des Kirchenhistorikers Walter Elliger.

Seit etwa 1960 aber fand eine SED-orientierte Fraktion mit unmittelbarer Beziehung zum Zentralkomitee der Partei Eingang in den Lehrkörper der Theologischen Fakultät. Hauptakteure waren die Dozenten und späteren Professoren Hanfried Müller (Systematische Theologie) und seine Frau Rosemarie Müller-Streisand (Kirchengeschichte). Der vormalige Widerstand der Theologischen Fakultät gegen diese Berufungen war in unbegreiflicher Blauäugigkeit ausgerechnet durch den zugleich an der westberliner Kirchlichen Hochschule lehrenden und während der NS-Zeit im kirchlichen Widerstand gegen die "Deutschen Christen" bewährten Systematiker Heinrich Vogel unterlaufen worden. Fortan bestimmte die Präsenz der Genannten und ihr permanentes - sowohl offenes als auch zugleich konspiratives - Agieren im Sinne der SED-Ideologie und -Politik in zunehmend bedrückender Weise das Klima an der Fakultät.

Die Linie unbedingten Einverständnisses mit der Politik der DDR, der Parteinahme für den hier repräsentierten "historischen Fortschritt" war an der Fakultät und späteren Sektion auch in der CDU-Variante vertreten. Vor allem Hans-Hinrich Jenssen, Praktischer Theologe und Mitglied des Hauptvorstandes

der CDU, suchte permanent - mit nur bescheidenem Erfolg - in diesem Sinne auf Pfarrerschaft und Theologiestudenten einzuwirken. In praktischen, vor allem Berufungsfragen vertrat er eine im Vergleich zur SED-orientierten Müller-Fraktion positiv zu wertende Linie.

Eine moderate Tonart in Bezug auf Christentum und Kirche trat der von H. Müller und Gefolgsleuten vertretenen schroffen, dialektisch-aggressiven "Theologie" entgegen, die die Totalität des politischen und auch des ideologischen Anspruchs der SED (samt marxistischem Wissenschaftsbegriff!) proklamierte und "im Namen Jesu" die Kirche als öffentlich sich zeigende und sprechende Gemeinschaft verdammen zu müssen meinte. Die Gegensätzlichkeit beider Fraktionen bestimmte nach außen hin und in internem Kräfteressen das Bild der Fakultät bzw. Sektion seit den 60er Jahren. Daneben gab es eine größere Zahl derer, die sich von keiner der genannten Ideologien überzeugen ließen, aber den Anpassungs-Zumutungen in verschiedenen Abstufungen *nolens volens* nachkamen, um im Rahmen der jeweiligen Fachspezifik solide und fachlich anerkannt theologisch forschen und lehren zu können.

(3) Die *Kirchliche Hochschule Berlin* war 1935 als Antwort der Bekennenden Kirche auf die massiven Gleichschaltungsversuche von Theologie und Kirche seitens des NS-Regimes und der "Deutschen Christen" gegründet worden. Nach illegaler Existenz und Gestapoverfolgung fand sie 1945 aufgrund einer Lizenz der Alliierten Kommandatur für alle vier Sektoren der Stadt den Ort ihres Wirkens in Zehlendorf (US-Sektor). Während der ersten anderthalb Jahrzehnte der Nachkriegszeit erwies sich die Kirchliche Hochschule als attraktive Bereicherung des Theologie-Angebotes auch für Studierende aus der sowjetischen Besatzungszone und nachmaligen DDR.

Seit dem Mauerbau versah sie die Funktion der Evangelisch-Theologischen Fakultät des Landes Berlin, das dann auch zu 70 % die Kosten der Institution übernahm. Im Zusammenhang mit dieser Funktionsbestimmung veränderte sich auch das Selbstverständnis der Hochschule und ihres Lehrkörpers: An die Stelle der vom Ursprung her gegebenen spezifisch kirchlichen Bindung und Orientierung (wie sie noch für andere, auch in den alten Bundesländern bestehende kirchliche Hochschulen kennzeichnend ist) trat das Selbstverständnis als Theologische Fakultät, wenn auch eine in den 80er Jahren geplante institutionelle Verbindung mit der Freien Universität schließlich nicht zustande kam. Ungeachtet dieser internen Umorientierung wurde aber seitens der Kirchlichen Hochschule während der gesamten DDR- und Mauer-Zeit das gute Verhältnis zur öst-

lichen Tochtergründung, dem Sprachenkonvikt, aufrechterhalten und unter Vermeidung jeglichen Aufsehens vielfältig unter Beweis gestellt.

(4) Von der Kirchlichen Hochschule aus war 1950 in Ostberlin das *Sprachenkonvikt* als Heim und Ausbildungsstätte für Studienanfänger ins Leben gerufen worden. Während seiner ersten Phase, bis zum Mauerbau, bestand es in enger institutioneller Verbindung mit der Kirchlichen Hochschule. Angesichts der Ost-West-Spaltung aber war das Sprachenkonvikt zugleich genötigt, sich den Behörden gegenüber als selbständige Institution darzustellen. Eine Anerkennung seitens der DDR-Behörden beschränkte sich aber bis 1990 strikt auf die vor allem durch die Sprachenausbildung gekennzeichnete viersemestrige Anfangsphase des Theologiestudiums. Der Ausbau des Sprachenkonvikts zur vollen kirchlichen Hochschule nach 1961 änderte daran nichts.

Daraus ergab sich das Faktum einer partiell illegalen Existenz dieser Hochschule. Das hatte Folgen bis in die Gestaltung des Lehrbetriebes hinein. Dieser mußte während der Jahrzehnte der Zuzugsbeschränkung für Berlin zeitlich stark zusammengedrängt werden. Denn Studenten der höheren Semester, die nicht aus Berlin stammten, konnten die Lehrangebote "legal" nur während je dreitägiger "besuchswaiser" Aufenthalte jede Woche am Konvikt wahrnehmen. Der Fortbestand der Institution konnte - zumal in Zeiten sich verstärkender Spannungen - keineswegs als gesichert gelten.

Die materielle Existenzbasis des Sprachenkonvikts war und blieb im Verhältnis zu vergleichbaren Institutionen in staatlicher Verantwortung relativ schmal. Sie mußte ausschließlich aus kirchlichen Mitteln (überwiegend der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, bei der auch die institutionelle Trägerschaft lag) bestritten werden, nahm hier aber einen beträchtlichen Teil der Finanzkraft in Anspruch. Gerade angesichts der immer stärkeren Politisierung der staatlichen Fakultäten bzw. Sektionen war es für die Kirche wichtig, eigene Hochschulen - neben Berlin auch in Leipzig ("Theologisches Seminar") und Naumburg ("Katechetisches Oberseminar") - zu unterhalten, die den Vergleich mit theologischen Fakultäten nicht zu scheuen brauchten, ja ihrerseits angesichts der rigoroser werdenden staatlichen Hochschulpolitik das traditionelle Leitbild theologischer Fakultäten unverkennbar zur Geltung brachten.

Hier ergab sich also die paradoxe Situation, daß gerade durch kirchliche Hochschulen, die als solche nicht anerkannt wurden, innerhalb der DDR das Modell der theologischen Fakultät mit wichtigen Elementen traditioneller akademischer Freiheit bewahrt wurde.



## II. Zum Profil des Sprachenkonvikts als kirchlicher Hochschule

### 1. Rechtsstellung, Studienziel und Studiengestaltung

(5) Eigenart und Selbstverständnis des Sprachenkonvikts als Hochschule mit den Merkmalen einer theologischen Fakultät kamen schon durch die *Rechtsstellung* dieser Institution zum Ausdruck. Die durch die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg erlassene Ordnung intendierte eine weitreichende akademische Selbstbestimmung und suchte Ansatzpunkte für Reglementierungen von außen - auch seitens kirchlicher Instanzen - von vornherein auszuschalten. Lehrplan und Studiengestaltung waren Sache des Dozentenkollegiums, seit den 70er Jahren unter Mitwirkung studentischer Gremien. Ein Kuratorium, dem auch Vertreter anderer Landeskirchen angehörten, vertrat die Belange des Sprachenkonvikts nach außen. Die vom Dozentenkollegium nach Maßgabe fachlicher Qualifikation und persönlicher Integrität erarbeiteten Berufungsvorschläge machte sich das Kuratorium, wie ein Rückblick auf zahlreiche Berufungsvorgänge zeigt, nach sorgfältiger Prüfung in jedem Falle zu eigen. Das Dozentenkollegium des Sprachenkonvikts nahm in kirchlichem Auftrag die Prüfungen zum 1. theologischen Examen vor. Absolventen der Sektion wurden erst aufgrund eines Übernahmegesprächs in den kirchlichen Dienst übernommen.

(6) Die Zusammensetzung des Lehrkörpers des Sprachenkonvikts entsprach dem hier vertretenen *Theologieverständnis*. Es ging stets darum, den Studentinnen und Studenten nicht nur einige "praktische" Fähigkeiten und Fertigkeiten im Hinblick auf künftige kirchliche Aufgaben zu vermitteln (auf sie bezieht sich eine anschließende kirchliche Ausbildungsphase), sondern das Ganze des christlichen Glaubens und der Kirche zum Gegenstand von Erkenntnis und immer auch kritischer Befragung zu machen. Das Studium am Sprachenkonvikt intendierte nicht primär pragmatisch-berufsbezogen die Ausbildung von "Spezialisten" für kirchliche Tätigkeiten, sondern thematisierte den christlichen Glauben selbst anhand seiner geschichtlichen (biblischen) Grundlage als existenzbestimmendes Verhältnis zur Wirklichkeit, reflektierte die dem Glauben eigene Wahrheitsgewißheit im Gesamthorizont wissenschaftlicher Arbeit an der Wahrheitsfrage.

(7) Essentielles *Studienziel* war es, geistige Selbständigkeit und Urteilsfähigkeit in bezug auf Grundfragen des Glaubens und Lebens, die Wahrnehmung von

Wirklichkeit überhaupt, zu entwickeln. Gemäß evangelischer Tradition ging es um den freien Blick des Glaubens auf die Wirklichkeit.

Dieser Zielstellung, die eine Unterwerfung unter doktrinaire Fremdbestimmung, etwa das Diktat des marxistischen Wissenschaftsbegriffs (s.o. H. Müller!) ausschloß, diente die Konzentration auf die klassischen fünf Hauptfächer der Theologie, d.h. auf die historischen Disziplinen (Altes Testament, Neues Testament, Kirchengeschichte), die Systematische Theologie (Dogmatik, Ethik) - mit der hier zuzuordnenden Philosophie (einschl. Philosophiegeschichte) als besonderem Fach - und die auf die Aspekte kirchlichen Handelns bezogene Praktische Theologie. Besonders wichtig war die sowohl theologische (auf die Quellschriften des Glaubens bezogene) als auch philosophische Arbeit am Wahrnehmen von Wirklichkeit und an der Klärung des Wahrheitsbegriffs. Gründliche philosophiegeschichtliche Kenntnisse, die quellenmäßige Beschäftigung auch mit den Grundlagen der marxistischen Ideologie (seit 1977 unter Anleitung von Richard Schröder als Philosophiedozent) gehörten zum Standard der Ausbildung am Sprachenkonvikt.

Über die Hauptfächer hinaus gab es im Rahmen von Lehrbeauftragungen Angebote vor allem aus dem Bereich humanwissenschaftlicher Disziplinen (Sprache und Literatur, Psychologie, Soziologie u.a.). Im Unterschied zu der an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität verfolgten Tendenz, die theologischen Hauptdisziplinen noch mit einem Kranz von angrenzenden Spezialfächern zu umgeben, die im Spektrum der Studienleistungen z.T. auch an die Stelle der theologischen Hauptfächer treten konnten, war und blieb das Studium am Sprachenkonvikt aus den genannten theologisch-grundsätzlichen Erwägungen heraus ganz auf die gründliche Beschäftigung mit den Hauptfächern und das Erbringen eigener Leistungen in jedem von ihnen ausgerichtet.

**(8)** Die *Studiengestaltung* am Sprachenkonvikt sollte den sonst in der DDR, vor allem seit der III. Hochschulreform, zu beobachtenden Tendenzen zur pragmatisch-berufsbezogenen Verschulung des Studiums entgegenwirken. Für Absolventen des DDR-Schulsystems, die "Lernen" und "Leistung" fast nur als rezipierenden und reproduzierenden Umgang mit ideologisch-politisch geleiteter Indoktrination kannten, bedeutete der auf geistige Selbständigkeit zielende Lernprozeß die Herausforderung zum Sich-Bewegen in einer *terra incognita*. Sich darin zu üben, die Fähigkeit zu kritisch fragendem Umgang mit Wissensinhalten und Problemstellungen, eine Grundbereitschaft zur Offenheit angesichts denkbar konträrer steinerner Verhältnisse zu entwickeln, war im Hinblick auf

die künftige selbstverantwortliche Stellung von Pfarrern und Pastorinnen unerläßlich. Deshalb waren auch die selbständige Studiengestaltung in den höheren Semestern und der freie Studienplatzwechsel zwischen Berlin, Naumburg und Leipzig wichtig.

Das Studium am Sprachenkonvikt unterschied sich auch hierin von dem an der Sektion Theologie. Für die dortige Studienorganisation waren die DDR-übliche Studienjahresbindung und die Aufgliederung auch der einzelnen Disziplinen in Spezialbereiche jeweils zuständiger Professoren und Dozenten charakteristisch. Das Moment von Konkurrenz und Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenartiger Behandlung des gleichen Stoffes war dort weitgehend ausgeschlossen. Präsenzpflcht auch bei Kollegs sollte gewährleisten, daß auch diejenigen Professoren, die wegen ihrer Haltung und Lehrweise überwiegend auf Ablehnung stießen, stets eine Mindestzahl frustrierter Hörer vor sich hatten.

## 2. *Dozenten, Studenten, wissenschaftlicher Nachwuchs*

(9) Die *Dozenten* des Sprachenkonvikts kamen - vor allem in der Phase des Aufbaues des Lehrkörpers - überwiegend von den staatlichen Fakultäten. Mehrere hatten an der Humboldt-Universität studiert, dort auch promoviert und sich habilitiert, blieben aber angesichts der zunehmend politisch orientierten Berufungspolitik ohne Chance auf eine Universitätslaufbahn. Eine solche erschien aber auch unter den gegebenen Verhältnissen je länger um so weniger erstrebenswert. In einzelnen Fällen gab es zwar Berufungen von Dozenten einer kirchlichen Hochschule an eine staatliche Fakultät (von Naumburg nach Jena), während der Aufbauphase des Konvikts auch eine Berufung von dort (damals zwischen den oben genannten Gruppierungen - wie neuerdings aktenkundig wurde - umstritten unter der Alternative: willkommene Schädigung des Konvikts oder Selbstschädigung der Fakultät durch eine politisch nicht "zuverlässige" Person?).

Bei gelegentlichen weiteren Berufungsanfragen fiel aber je länger um so mehr auch der Gesichtspunkt ins Gewicht, ob es erstrebenswert sein könne, die Dozentur an einer kirchlichen Hochschule mit einer Universitätsprofessur zu vertauschen. Zwar winkten dort anstelle des unscheinbaren Dozententitels und des bescheidenen Pfarrergehalts der immer noch hoch angesehene Professorentitel mit sehr ansehnlichem Gehalt. Aber die Einbußen - der Tausch von nach DDR-Maßstäben einzigartig freien Arbeitsbedingungen gegen ein durch permanente Zumutungen z.T. entwürdigender Art bestimmtes Dasein - wogen

schwer. Zu den Vorzügen der Arbeit wie auch des Studiums am Sprachenkonvikt gehörte die für DDR-Verhältnisse einmalige, großzügige Ausstattung mit Fachliteratur auch westlicher Herkunft. Das war der Unterstützung seitens der westlichen Kirchen zu verdanken. In einem begrenzten Rahmen profitierten hiervon auch die theologischen Fakultäten in der DDR.

Eine Reihe von Dozenten des Sprachenkonvikts waren vor allem in den 70er Jahren in kirchenleitende Ämter berufen worden (u.a. Kirchenpräsident Winter und die jetzigen Bischöfe Demke und Rogge). Eberhard Jüngel, einer der führenden evangelischen Theologen der Gegenwart, war schon 1967 einem Ruf nach Zürich und dann nach Tübingen gefolgt. Gerade den eben Genannten hatte das Sprachenkonvikt in seiner Aufbauzeit viel zu verdanken. Jüngel (Systematik), Demke (Neues Testament), J. Henkys (Praktische Theologie) wirkten beispielgebend und normsetzend hinsichtlich einer zu aktuell-brisanter Einsicht führenden konzentrierten, textbezogenen theologischen Arbeit.

**(10)** Die theologischen Hauptfächer waren am Sprachenkonvikt mit *je zwei Dozenten* versehen. Das entspricht der Ausstattung theologischer Fakultäten (die aber z.B. an den kleineren DDR-Fakultäten - Jena, Greifswald, Rostock - nicht die Regel war) und hat vor allem den Sinn, innerhalb des gleichen Faches unterschiedliche Sichtweisen und methodische Ansätze zur Geltung zu bringen und für die Studenten erfahrbar zu machen. Aus diesem Grunde wurde auch (anders als an der Sektion) auf eine Unterteilung der Fächer in nicht zu überschreitende Kompetenzbereiche der einzelnen Dozenten verzichtet. Jeder Dozent vertrat als Lehrender und Prüfender grundsätzlich das ganze Gebiet seiner Disziplin. Daneben hatte er natürlich auch Gelegenheit für die Behandlung spezieller Themen und Forschungsgebiete in Vorlesungen und Seminaren.

Die in der Ordnung des Sprachenkonvikts festgelegte *Lehrverpflichtung* der Dozenten belief sich auf sechs Wochenstunden. Die Festsetzung dieser relativ niedrigen - aber in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen auch keineswegs ungewöhnlichen - Norm war durch den Gedanken an ein hochqualifiziertes Lehrangebot auf der Basis eigener Forschungstätigkeit geleitet. Die Praxis von Lehre, Forschung, Publikationen, Studentenbetreuung, Verantwortung im Rahmen der Institution, vielfältiger Beteiligung an wissenschaftlichen und kirchlichen Aufgaben unterschiedlicher Art machte auch einen Zustand mangelnder Beschäftigung undenkbar. Ohnehin ergab sich aus dem Bedarf eines hinreichenden Lehrangebots häufig oder teilweise auch regelmäßig eine Überschreitung der genannten Mindeststundenzahl. Die an der Sektion aufgrund einer reichli-

cheren Ausstattung mit Lehrkräften nicht selten geübte Praxis von Professoren, sich durch Dozenten oder Oberassistenten vertreten zu lassen, war am Sprachenkonvikt undenkbar.

Zusammen mit der Lektorin für Alte Sprachen (Griechisch, Latein) bestand das Dozentenkollegium des Sprachenkonvikts aus zwölf hauptamtlichen Lehrkräften. Dazu kam der vor allem für den Bereich der Verwaltung des Hauses und die äußere Gewährleistung des Studienbetriebes verantwortliche Ephorus. Einer der Fachdozenten versah für jeweils ein Jahr das Amt des Rektors und anschließend das des Prorektors. Diese Ämter hatten nichts mit zentralistisch-hierarchischer ('sozialistischer') "Leitungstätigkeit" zu tun. Es handelte sich vielmehr um die geschäftsführende, vor verschiedenen Wahlgremien rechen-schaftspflichtige Verantwortung im Rahmen der gesamt-kollegialen Leitung der Hochschule. An ihr war durch entsprechende Vertretungen auch die Studentenschaft beteiligt.

(11) Die *Zulassung von Studienbewerbern* erfolgte durch einen Ausschuß des Kollegiums unter Beteiligung von Studenten, ohne ein Mit- oder Hineinwirken irgendeiner anderen Instanz. Die Immatrikulation war mit der schriftlichen Verpflichtung verbunden, jeden Versuch einer Spitzelwerbung sofort der Leitung des Hauses zu melden und diese Verpflichtung auch dem obskuren Anwerber zur Kenntnis zu geben. Das war der bestmögliche Schutz vor Stasi-Präsenz im Hause.

Das Sprachenkonvikt hatte während der gesamten Zeit seiner Existenz - anders als manche staatliche Fakultäten, auch die Theologiesektion der Humboldt-Universität - niemals das Problem eines bedenklichen Rückgangs von *Studentenzahlen*. Lange Zeit hatte das Konvikt im Durchschnitt einhundert Immatrikulierte, in den 80er Jahren auch noch beträchtlich mehr (130 bis 140). Für die ursprünglich stark frequentierte Theologische Fakultät (um 1960 noch über 200 Studierende) erwies sich das Sprachenkonvikt bald als existenzbedrohende Konkurrenz. Die Fakultät/Sektion erlebte einen rapiden Schwund und suchte dem u.a. durch Aufnahme auch erkennbar ungeeigneter Studienbewerber entgegenzusteuern. Da die besorgniserregende Situation auch durch den als Immatrikulationsbedingung geforderten NVA-Dienst mitbedingt war, suchte die Fakultät durch eine Initiative in Richtung NVA deren anfangs großzügige Rückstellungspraxis gegenüber Konviktsabsolventen zu unterbinden. Auch anderweitige Aktivitäten mit der Zielstellung, dem Konvikt zu schaden (u.a. eine von der Sektion her versehene Zensurtätigkeit), sind aktenkundig.

Es waren wohl vor allem innere Gründe, die trotz Erweiterung des Lehrkörpers in einer Reihe von Nebenfächern einen unübersehbaren Rückgang an der Sektion Theologie verursachten: Einbußen an gesamt-theologischer Kompetenz und Ausstrahlung (ungeachtet fachlicher Spezialisierungen) im Vergleich zur ersten Nachkriegszeit; das Umsichgreifen teils deklamatorisch-politischer, teils auch repressiver Aktivitäten mehrerer Mitglieder des Lehrkörpers - und ein (nach eigenem Zeugnis bei öffentlicher Aussprache zur Vergangenheit) angstbesetzt-angepaßtes bis politisch-beflissenes Verhalten der meisten anderen. Ein gerade in Sachen Theologie bedenklicher Glaubwürdigkeitsschwund war unausbleiblich. Studierende erfuhren in der für ihr weiteres Leben und für ihr berufliches Wirken im kirchlichen Dienst entscheidenden Bildungsphase statt starker Impulse aus der befreienden Wahrheit des Evangeliums nun auch an der Stätte zu erwartender diesbezüglicher Kompetenz eine Atmosphäre von Unfreiheit und Angst. Wer das Pech hatte, einem Studienjahresbetreuer der Müller-Fraktion zugeordnet zu sein, erlebte, wie es persönliche Zeugnisse bekunden, u.U. damit auch den Lehrkörper als ganzen als unzugänglich-bedrohliches Gegenüber.

(12) Eine am Sprachenkonvikt als selbstverständlich erkannte Aufgabe war die Förderung *wissenschaftlichen Nachwuchses*. Dafür standen eine Reihe von Repetenten- und Assistentenstellen, gelegentlich auch kirchliche Forschungsstipendien, zur Verfügung. Durch ein *kirchliches Promotions- und Habilitationsverfahren*, das wegen der staatlichen Nichtanerkennung der kirchlichen Hochschulen im Rahmen eines gesamt-kirchlich verantworteten gemeinsamen Verfahrens der drei kirchlichen Hochschulen praktiziert wurde, qualifizierten sich seit Mitte der 60er Jahre über zwanzig Absolventen. Das Verfahren entsprach der traditionellen Promotion bzw. Habilitation an einer theologischen Fakultät, erreichte aber trotz wiederholter kirchlicher Bemühungen niemals die staatliche Anerkennung. Sie erfolgte durch offizielle Verleihung der erworbenen Titel ebenso wie die Ernennung der Dozenten der kirchlichen Hochschulen zu Professoren erst 1990 durch die Regierung de Maizière.

### 3. *Außenbeziehungen. Theologie und Politik am Sprachenkonvikt*

(13) Dozenten und Studenten des Sprachenkonvikts wurden zwar DDR-intern absichtsvoll minderbewertet; der Name der Institution blieb obskur und stets erläuterungsbedürftig; kirchlich graduierte Dozenten erschienen Unkundigen mangels Titel als solche, die 'akademisch' nichts aufzuweisen hatten. Anderer-

seits gab es in verschiedenen Forschungs- und Publikationsunternehmungen - vor allem bei der Evangelischen Verlagsanstalt unter finanzieller Mitverantwortung der Kirche - eine selbstverständliche Zusammenarbeit zwischen Theologen der Sektionen und der kirchlichen Hochschulen. Im weiteren Horizont der *Außenbeziehungen* spielten die erwähnten Diskriminierungen ohnehin keine Rolle. Man fand sich anerkannt bei westdeutschen und ausländischen Fachkollegen; es fehlte nicht an Einladungen zu Kongressen und Gastvorlesungen, die seit Mitte der 70er Jahre in vielen Fällen auch realisierbar waren, da die Kirchenleitung, die für jede Reise die Befürwortung an die Adresse "Staatssekretär für Kirchenfragen" beschließen und formulieren mußte, kein Privilegiensystem von "Reisekadern" praktizierte.

Es gab Gastvorlesungen namhafter Theologen (zwecks Unabhängigkeit gegenüber behördlicher Zulassung anfangs als "Diskussionsbeiträge" privat einreisender Personen deklariert). Das Sprachenkonvikt diente im übrigen als gern besuchter Tagungsort, u.a. für Fachkonsultationen der einzelnen theologischen Disziplinen (firmiert als Veranstaltungen des Evangelischen Kirchenbundes). Mit den Theologen des deutschen Sprachbereiches gab es hier einen auch von den Nicht-DDR-Kollegen stets als wichtig empfundenen wissenschaftlichen Austausch. Darüber hinaus gab es Beziehungen u.a. zu einer theologischen Hochschule in Boston/USA. In den 80er Jahren gelang es mehrmals, Gastdozenten herüber und hinüber zu realisieren.

**(14)** Unbestreitbar partizipierte das Sprachenkonvikt an der *relativ geschützten Stellung*, die die Staatsführung der DDR aus mancherlei Gründen der Kirche - zwar nicht den Christen überhaupt, aber in der Regel den Institutionen und Personen der Amtskirche - zubilligte. Diese Feststellung gewinnt heute gelegentlich den Unterton eines Vorwurfes. Dozenten und Studenten der Sektionen sahen sich unmittelbarer mit der DDR-Realität konfrontiert, obwohl man auch sehen muß, daß die Universitätstheologen wegen ihrer exzentrischen Stellung und Kirchnähe für die Herrschaftspraxis von SED-Instanzen im Vergleich zu Angehörigen anderer Fakultäten schwer handhabbare "Objekte" waren.

War das Sprachenkonvikt ein Wolkenkuckucksheim und eine Insel der Seligen? Konnte man sich dort das wirkliche Leben in der DDR "oft gar nicht vorstellen", wie jüngst behauptet wurde? Gewiß, eine relative Abgeschirmtheit gegenüber den ja auch sehr unterschiedlichen Varianten des ("wirklichen"!) DDR-Alltags war möglich, sofern das keineswegs mit der Konviktsexistenz identische persönliche Umfeld jedes einzelnen dies zuließ. Es gab ein intensive-

res internes Leben (den gemeinsamen Mittagstisch, Andachten, Exkursionen, Semesterfeste und andere Feiern), freilich mit recht unterschiedlicher Beteiligung (vor allem seitens der extern Wohnenden, über die Hälfte der Immatrikulierten). Nicht wenige hatten Familie mit Partnern in 'normalen' Berufen. Im übrigen: Die Biographien mancher Konviktler waren durch staatliche Repressionen bis hin zur Hafterfahrung gekennzeichnet. Immer wieder gab es auch das Überwechseln hochqualifizierter Leute zur Theologie nach sattsam frustrierenden Erfahrungen in anderen Tätigkeiten (z.B. in Ingenieurberufen). Solchen blieb die Universität ohnehin verschlossen.

1974 führte eine lächerlich harmlose Bekundung studentischer Nichtangepaßtheit zu von heute her schon absurd anmutenden Aktivitäten einer "Schadensbegrenzung". Eine stille Prozession vom Konvikt in Richtung Stadtzentrum ("Kerzenmarsch") bedrohte aus der Sicht staatlicher Instanzen das Gefüge der sozialistischen Ordnung. Das beschäftigte das Kollegium in einer Serie spät-abendlicher Sitzungen: Von der Staatsseite erwartete Maßnahmen gegen die beteiligten Studenten kamen nicht in Betracht; diese wiederum mußten ihre Mitverantwortung für eine Weiterarbeit der Hochschule begreifen; den Staatsfunktionären aber war zu erklären, daß man Studenten nicht als aktuell manipulierbare Objekte von Erziehung und Indoktrination betrachten und behandeln könne und wolle - eine wiederum fast chancenlose "Überzeugungsarbeit".

Aufgrund der erwähnten Immatrikulationsverpflichtung der Studenten (s.o. Nr. 11) meinte man relativ gewiß sein zu können, den Stasi nicht im Hause zu haben. Die jüngst bekannt gewordenen Stasi-Kontakte von Generalsuperintendent Günter Krusche, die auch während seiner Dozententätigkeit am Sprachenkonvikt (1974-1983) bestanden, bezogen sich, wie Krusche betonte, niemals auf Angelegenheiten des Konvikts. Dennoch scheinen die Tatsache selbst und der Umstand, daß Krusche niemanden ins Vertrauen zog, im nachhinein als eine Belastung des stets vorausgesetzten und praktizierten Vertrauensverhältnisses.

Außer den normalen Behördenkontakten (Wohnungsamt u.a.) gab es seitens des Konvikts in der Regel nur einmal jährlich eine Visite des jeweils neuen Rektors mit dem Ephorus im Roten Rathaus beim Referenten für Kirchenfragen. Hier vernahm man bekannte politische Deklamationen und die Erwartung politischen Wohlverhaltens der Studenten. Vergleichsweise selten wurde man mit Anfragen, die auf internen Informationen (Stasi im Hause oder in der Eckkneipe?) beruhten, konfrontiert.



(15) Das Sprachenkonvikt - Dozentenkollegium und Studentenschaft - betrachtete es niemals als seine Aufgabe, eine *politische Opposition* zu formieren und in einem irgendwie prinzipiellen Sinne Widerstand gegen den Staat "DDR" zu organisieren. Für die junge und mittlere Generation war die DDR, wie frustierend und beklemmend auch immer, eben der Staat, in und mit dem man leben mußte, wenn man nicht doch schließlich (bei Konviktuale relativ selten) einen Ausreiseantrag stellen wollte. Ältere, für die sich biographisch DDR-Erfahrung an die vorangegangene des "Dritten Reiches" anschloß, verbannten die gänzlich unreal erscheinende Hoffnung auf fundamentale Veränderungen aus dem Bereich lebenszeitlich noch erfüllbarer Träume.

Weitgehend war man sich einig, daß auch innerhalb der ungeliebten und nicht gewählten Ordnung das biblische "Suchet der Stadt Bestes!" gelten müsse - aber auch darin, daß angesichts der Kluft zwischen Realität und propagandistischer Fassade die Verantwortlichen (mit Bezug auf die faktischen und festgeschriebenen Koordinaten des Staatsgefüges, aber auch auf die hochtrabende Phraseologie der Staatsziele) in geeigneter Weise (z.B. durch Leserbriefe ans *Neue Deutschland*) beim Wort zu nehmen seien. Manche Formen studentischen Protestes besonders seit 1988 weckten innerhalb des Dozentenkollegiums Besorgnis, wenngleich die Änderung der politischen Situation gegenüber der frühen massiv stalinistischen Praxis und auch im Vergleich zu den 70er Jahren unübersehbar war. Das Dozentenkollegium wußte sich nach wie vor primär verpflichtet, auf das ordentliche Studieren zu achten. Darüber konnte es gegenüber manchen Studenten zu Prioritätenkonflikten kommen.

Auch in der Zeit der sich anbahnenden und dann in rasantem Tempo sich vollziehenden Wende war und blieb die Theologie als Aufgabe des Sprachenkonvikts wichtig - dies gerade unter dem sich verstärkenden Eindruck von brisanter Transparenz theologischer Einsicht und kirchengeschichtlicher Situationen und Ereignisse. Eine genaue stoff- und textbezogene Arbeit konnte unerhört aussagekräftig werden und ist es bis heute.

Es war kein ad-acta-Legen von theologischer Einsicht und Überzeugung, kein Hinüberwechseln in eine total 'andere Welt', wenn wichtige Aktivitäten im Zusammenhang der Wende auch vom Sprachenkonvikt ausgingen und sich un schwer erkennbar einer dort vermittelten theologischen Kultur (genaues, differenziertes Wahrnehmen; 'beim-Wort-Nehmen' von Texten, Aussagen, Zusagen; situationsbezogenes und zugleich -transzendierendes Denken) mitverdankten. Das Wiedererstehen der SPD (SDP) (mit den Namen Gutzeit, Meckel, Seifert) und die Initiative "Demokratie jetzt" (mit Wolfgang Ullmann) verweisen auf die

Adresse Sprachenkonvikt. Theologische und philosophische Grundlagenarbeit, klärende Analysen (z.B. zum Verhältnis von Staat und Recht angesichts täglich erfahrbarer Realität oder zur Formel "Kirche im Sozialismus"; R. Schröder 1988/89) gehörten zur geistigen Vorbereitung der Wende. In den dramatischen Tagen des Oktober 1989 erschien das Sprachenkonvikt zeitweilig als ein Zentrum von Aktion und Konspiration - auch gerade prominent werdende Nicht-Konviktuale gingen ein und aus.

### III. Die Fusion als Problem und als Chance

(16) Warum studierten die einen an der Fakultät bzw. Sektion, die anderen am Sprachenkonvikt? Schon bei einer ersten gemeinsamen Klausurtagung von Lehrkörper und Studentenschaft beider Institutionen im Januar 1991 (noch vor der Fusion) und seither mehrfach wieder (z.B. im Zusammenhang mit Diskussionen um die Person und Funktion von Heinrich Fink) bekundete sich ein deutliches *Legitimationsinteresse* der einen wie der anderen Seite. Vor allem aus den Reihen der Studenten und auch des wissenschaftlichen Nachwuchses kommen affektive bis explosive Meinungsäußerungen.

Humboldtianer sagen: "Ihr Konviktualen hieltet euch in einem kirchlich geschützten Raum auf. Uns aber war es wichtig, unter den gleichen Bedingungen zu existieren und zu studieren wie diejenigen, mit denen wir es als künftige Pfarrer und Seelsorger zu tun haben würden." Sprachkonviktler wiederum fragten die Humboldtianer: "Wie konntet Ihr, sofern es euch ernst ist mit dem christlichen Glauben und einem Dienst an der Kirche, an dieser Sektion studieren?" - d.h. an einer Institution, an der die essentiell das Thema bestimmende befreiende Wahrheit des Glaubens in beklemmender Weise überlagert und verdeckt werden konnte durch eine Totalität politischer Agitation, Beflissenheit und Angepaßtheit?

Das Argument vom "geschützten Raum" hat relative Geltung, kennzeichnet aber weder generell noch individuell-biographisch in der gemeinten Pauschalität die Situation der Konviktler (s.o. Nr. 14). Der von Studenten wie auch von Professoren wiederholt betonte Gesichtspunkt einer mit der universitären Existenz gegebenen solidarischen Teilhabe an der generellen Situation von DDR-Bürgern klingt bestechend, erweist sich aber bei näherem Hinsehen als problematisch. Einmal: Die Situation von Theologen - Studenten wie Dozenten - war und blieb exzeptionell. Bei Relegierungen aus politischen Gründen (es gab

sie nicht nur in den 50er, sondern auch noch in den 80er Jahren - kaschiert als Exmatrikulation auf eigenen Antrag wegen Nonkonformität in der Zivil- bzw. Wehrdienstfrage) oder bei "Aufhebung" des Dienstverhältnisses (mit unverhohlenen kaderpolitischen Begründung; so mehrfach Anfang der 60er Jahre, danach m.W. nicht mehr) brauchte wegen der unabhängigen Stellung der Kirche bei hinreichenden Fähigkeiten niemand besorgt zu sein, ins berufliche und soziale Nichts zu geraten.

Dann aber fällt alles Gewicht auf die Frage, *wie* in solcher (partiell-)solidarischen Situation Theologie gelehrt und studiert wurde. Ein beklemmendes Defizit zeigte sich hinsichtlich dessen, was Theologie - die mehr ist als ein Konglomerat von 'Fächern' - eigentlich ausmacht: das sowohl historisch als auch situativ-aktuell deutliche Benennen der biblisch bezeugten, von totalitären Ansprüchen jedweder Art befreienden Wahrheit. Wo nicht dies, sondern namens der Staatsraison als oberstem Gebot angepaßt oder gar ideologisch-programmatisch (wie z.B. im Bereich systematischer und praktischer Theologie) das Gegenteil vertreten wurde, da geriet Fachgelehrsamkeit zur Alibifunktion und wurde aus der Situations-Teilhabe als ermutigender Präsenz im Zeichen von Glaubenserkenntnis eine im besseren Falle (*sit venia verbo!*) masochistische Verhaltensweise.

Wenn eine ehemalige Sektions-Studentin, die durch den Pankower Friedenskreis der 80er Jahre bekannte Pastorin Misselwitz, betont, ohne die Erfahrungen an der Berliner Sektion Theologie hätte sie ihren weiteren Weg nicht in gleicher Entschiedenheit beschritten, so kennzeichnet das die Reaktion des Zorns auf genau zu benennende Erlebnisse - im Zeichen von selbständig anderweitig gewonnener theologischer Klarheit. Eine solches gegenläufig produktives 'Lernen' war und ist aber nicht jedermanns Sache und als hochschulpädagogisches Leitbild kaum diskutabel!

(17) Die seit dem 1. März 1991 rechtskräftige *Fusion* der Kirchlichen Hochschule Berlin-Brandenburg (ehem. Sprachenkonvikt) mit der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität bedeutete die völlige Integration beider Lehrkörper und beider Studentenschaften zu einem Gesamtverband. Seitens der Universität übernommen wurde auch die Bibliothek des Sprachenkonvikts samt Fachkräften (jetzt lokalisiert im Dom). Das Studentenheim bleibt samt Stammpersonal als "Theologisches Konvikt" bestehen.

Die Kollegien beider Institutionen hatten sich von Anfang an (nachdem sich ein Zusammengehen des Sprachenkonvikts allein mit der westberliner Mater als

unrealistisch erwiesen hatte) für den gemeinsamen Weg entschieden. Für den Lehrbetrieb und die Dienstfunktionen stehen die ursprünglich für das Sprachkonvikt ausgebauten Räume des Doms und das vis-à-vis rechts der Spree gelegene bisherige Gebäude der Fakultät zur Verfügung.

Die Zusammenarbeit in den verschiedenen Gremien läßt das Bemühen um ein gutes kollegiales Verhältnis erkennen. Die Struktur- und Berufungskommission hat kürzlich ihre Arbeit beendet. Es gibt einen großzügig bemessenen Stellenplan. Für die Mehrheit der bisherigen Mitglieder beider Lehrkörper liegen Berufungsempfehlungen vor; bei einigen erwies sich die wissenschaftliche Qualifikation trotz des bei der ehemaligen Sektion erworbenen "Dr.sc."-Titels als unzureichend. Politische Kriterien kamen in solchen Fällen nicht zur Anwendung. (Das Ehepaar H. Müller und R. Müller-Streisand befindet sich bereits im Ruhestand, sucht aber weiterhin frühere Überzeugungen durch die Privatpublikation der *Weißenseer Blätter* zu propagieren.)

Am 1. Oktober 1992 wird auch die Kirchliche Hochschule (unter Berücksichtigung der beamtenrechtlichen Stellung des dortigen Lehrkörpers) mit der Theologischen Fakultät fusioniert werden. Soweit durch die Hinzukommenden die Zahl der Sollstellen überschritten wird, übernimmt die Kirche bis zur Pensionierung die Personalkosten. Die Durchführung eines gemeinsamen Lehrbetriebs wird vor allem aus Raumgründen erhebliche Probleme mit sich bringen. Die mit einer guten Bibliothek und räumlich für den bisherigen Bedarf vorzüglich ausgestattete Hochschule liegt eine Verkehrsstunde von der Theologischen Fakultät entfernt. Diese soll aber ihren bisherigen Standort in Berlin-Mitte behalten. Eine zufriedenstellende Gesamtlösung wird erst auf längere Sicht möglich werden.

Die Erfahrungen von einem Jahr Fusion sind z.T. widersprüchlich, aber insgesamt nicht entmutigend. Eine ursprünglich stark spürbare Fremdheit zwischen beiden Teilen der Studentenschaft, die sich z.T. auch darin zeigte, daß man sich überwiegend an die jeweils "alten" Dozenten hielt, dürfte im Zuge gemeinsamer Arbeit und zunehmender Fluktuation zurücktreten. Schon jetzt gibt es (z.T. von der Kirchlichen Hochschule her) einen beträchtlichen Studentenanteil aus den alten Bundesländern. Ein starkes Anwachsen der Studentenzahlen ist zu erwarten. Die Aufarbeitung der eigenen neueren Geschichte soll, wie schon im zurückliegenden Semester im Rahmen einer Sozietät und einer weiteren Arbeitsgruppe begonnen, fortgesetzt werden. Probleme der Vergangenheit dürften in der Lebenspraxis der sich verändernden Fakultät nach den ersten z.T. kontrover-

sen Klärungsversuchen aus Gruppen-Phänomenen zunehmend zu solchen der persönlichen Biographien werden.

Für die Übergangszeit allerdings verspricht das Zusammenwirken der drei auch je in sich keineswegs homogenen Lehrkörper recht 'interessant' und keineswegs unkompliziert zu werden. Die Inhaber von Leitungsämtern werden noch weniger als jetzt schon zu beneiden sein. Aber - an der Berliner Theologischen Fakultät wird das Abenteuer 'Einheit' zu erleben und zu studieren sein wie sonst fast nirgends. Und Studierende werden ein Lehrangebot antreffen, das im Zeichen der Qual der Wahl die frühere Situation am gleichen Ort unvorstellbar erscheinen lassen wird.

## Replik zu Rudolf Mau\*

Joachim Rohde

Rudolf Mau hat im *hochschule ost*-Maiheft einen Artikel unter der Hauptüberschrift "Vom Hinterhof ins Herz der Hauptstadt" geschrieben, in dem er sich dem Untertitel nach mit dem "Beitrag des Sprachkonvikts zur Erneuerung (!) der theologischen Fakultät der HUB" befassen will.\*\* Nach der Lektüre dieses Beitrags vor der Auseinandersetzung im einzelnen zunächst zwei Thesen: 1. Das Interessanteste an einer historischen Abhandlung ist meist das, was ausgelassen wird. 2. Es gibt vier Arten von Lügen: die grobe Lüge, die Notlüge, die Statistik und die maßvoll entstellte Wahrheit. Letztere ist besonders schwer zu durchschauen. Gerade sie hat Maus Darstellung deutlich geprägt. Ich werde mich nicht mit allen Einzelheiten auseinandersetzen, denn hier gilt *mutatis mutandis* Joh.-Evangelium, Kap.21, V.25, aber ich werde auf eine Reihe der unterschweligen Andeutungen und Verdächtigungen unter Nennung von Zeit, Personen und Umständen eingehen.

Bekanntlich hat Luther in seiner Erklärung zum 8. Gebot im Kleinen Katechismus das "Afterreden" und den "bösen Leumund" untersagt. Im Großen Katechismus wird Luther in seiner Erklärung zum 8. Gebot noch weit ausführlicher. Ich zitiere auszugsweise nach der Druckausgabe von 1955, passe den dortigen Wortlaut aber heutiger Orthographie und heutigem Wortverständnis an:

*"... Zum dritten, was uns alle betrifft, ist in diesem Gebot verboten alle Sünde der Zunge, dadurch man dem Nächsten mag Schaden tun oder ihm zu nahe treten. Denn 'falsch Zeugnis reden' ist nichts anderes denn Mundwerk: Was man nun mit dem Mundwerk wider den Nächsten tut, das will Gott gewehret haben, es seien falsche Prediger mit der Lehre und Lästern, falsche Richter und Zeugen mit dem Urteil oder sonst außerhalb des Gerichtes mit Lügen und Übelreden. Dahin gehört sonderlich das leidige, schändliche Laster: Afterreden oder verleumden, womit uns der Teufel reitet, davon viel zu reden wäre. Der es ist eine gemeine schädliche Plage, daß jedermann lieber Böses als Gutes vom Nächsten höret sagen. Und obwohl wir selbst so böse sind, daß wir nicht leiden können, daß uns jemand ein böses Stück nachsage, sondern jeder gern möchte,*

---

\* erstveröffentlicht in hso 7/1992

\*\* Im vorliegenden Band S. 197ff.

*daß alle Welt das Beste von ihm redete, doch können wir nicht hören, daß man das Beste von anderen sage... Das heißt nun afterreden, die es nicht bei dem Wissen bleiben lassen, sondern weitergehen und dem Urteil vorgreifen, und wenn sie ein Stücklein von dem anderen wissen, tragen sie es in alle Winkel, kutzeln und krauen sich (haben ihre Freude daran), daß sie mögen eines anderen Schmutz aufwühlen wie die Säue, die sich im Kot wälzen und mit dem Rüssel darin wühlen... Denn wenn du auch nicht das Schwert (der Obrigkeit) führst, so brauchst du doch deine giftige Zunge dem Nächsten zu Schand und Schaden. Darum will Gott gewehret haben, daß niemand den anderen übel nachrede, wenn er gleich schuldig ist, dieser nicht davon weiß, aber es nur durch Hörensagen vernommen hat. Sprichst du aber: 'Soll ichs denn nicht sagen, wenn es die Wahrheit ist?' 'Ja, ich kann es nicht öffentlich bezeugen, man könnte mir vielleicht über das Maul fahren und mich übel abwehren'. Ei, Lieber, du riechst wohl den Braten und traust dich nicht, dich an die dazu eingesetzten Personen zu wenden und dich zu verantworten. Halte also lieber das Maul! ... Denn man soll niemand seine Ehre und seinen Ruf nehmen, sie seien ihm denn öffentlich genommen. Folglich heißt also alles falsch Zeugnis, was man nicht, wie sichs gehöret, beweisen kann. Darum, wenn für etwas nichtgenügend Beweise vorliegen, so soll es niemand an die Öffentlichkeit bringen und als Wahrheit ausgeben... Darum, wenn dir ein unnützes Maul begegnet, das einen anderen ins Gerede bringt und verleumdet, dann rede es von Angesicht zu Angesicht an, daß es schamrot werde. Dann wird mancher das Maul halten, der sonst einen armen Menschen ins Gerede bringt, daraus er schwerlich wieder kommen kann. Denn Ehre und guter Name ist bald genommen, aber nicht so bald wiedergegeben".*

Soweit Luther.

Da Mau etwa im Jahr 1960 den "Sündenfall" der Fakultät diagnostizierte, will ich zunächst auf die staatliche Berufspolitik gegenüber der Fakultät bzw. Sektion eingehen. Welche Berufswünsche von Seiten der Fakultät/Sektion durchsetzbar waren, hing in starkem Maße von den jeweiligen Fachreferenten/innen ab, der/die für den Minister die Unterlagen für seine Entscheidung vorbereitete. Dabei redete je länger je mehr auch noch die Bezirksleitung der SED, der Staatssekretär für Kirchenfragen und die Abt. Kirchenfragen beim ZK der SED ein wichtiges Wort mit; trotzdem ist der Einfluß der genannten Fachreferenten/innen nicht zu unterschätzen.

Nun war es so, daß auf diesem Posten seit Anfang der 50er Jahre etwa alle 5-8 Jahre die betreffenden Personen ausgewechselt wurden und zwar nach folgendem Schema: Auf sehr zugängliche und tolerante SED-Genossen folgten jeweils gescheiterte Theologen, die infolge von Eheschließung mit Genossen/ Genossinnen zu Renegaten/innen und daher besonders theologiefreundlich geworden waren.

In dieser Hinsicht gab es in den 50er Jahren unter den Dekanen Rost, Elliger, Schneider und Vogel eine erträgliche Zusammenarbeit. Sehr schwierig war die Zeit des sechsjährigen Dekanats von Erich Fascher (1958-1964); erheblich leichter hatte es Hans-Hinrich Jenssen während seines Dekanats 1964-1968, und Mau bescheinigt ihm auch, er habe in Berufungsfragen eine positiv zu wertende Linie vertreten. Erhebliche Schwierigkeiten hatte wieder Karl-Heinz Bernhardt (1968-70 Dekan, danach Sektionsdirektor bis 1980) mit dem damals zuständigen Fachreferenten. Gerade in dieser Zeit war es besonders deutlich, daß politische Kräfte von außen in die Sektion hinein Einfluß nahmen. Von dem Gespräch Erich Honeckers mit der Konferenz der Kirchenleitungen im März 1978 hat auch die Sektion profitiert. Heinrich Fink als Sektionsdirektor (ab 1980) hat die nunmehr ihm möglichen Kontakte zum Hochschulministerium kaderpolitisch durchaus positiv im Interesse der gesamten Sektion auszunutzen gewußt.

Eine schwierige Periode begann zunächst 1968 dadurch, daß der tolerante und in jeder Hinsicht gesprächsbereite M/L-Beauftragte Dr. Dressler auf dem Höhepunkt des Prager Frühlings durch den stalinistischen "Politkommissar" Dr. Hinrich Römer ersetzt wurde. Römer brüstete sich bereits bei seinem ersten Auftreten im Fakultätsrat damit, welchen Anteil er an der Ausschaltung des "Revisionisten" Havemann habe. Er sollte nun an der Fakultät in Vorbereitung der Sektionsgründung "Ordnung" schaffen. - Das Ehepaar Müller/Müller-Streisand hat zwar in der Vorbereitungszeit der Sektionsgründung nachweisbar versucht, wie aufgefundene private Memoranden der SED beweisen, die zukünftige Sektion in Müllers Sinn zu gestalten, aber ebenso nachweisbar ist, daß diese Anregungen so gut wie keine Berücksichtigung gefunden haben. Vielmehr sind die Erfordernisse eines normalen Theologiestudiums stets erhalten geblieben und in stärkerem Maße praxisorientiert profiliert worden, als dies an den kirchlichen Ausbildungseinrichtungen der Fall war (Integration eines Diakonie- und Gemeindepraktikums in den Ausbildungsgang).

Es ist zwar richtig, daß Heinrich Vogel als Prodekan in einer Zeit, als Erich Fascher lebensbedrohlich krank in der Charité lag (Herbstsemester 1958), in seiner Vertretung die Berufung des Ehepaars Müller/Müller-Streisand zu Dozenten zugelassen hat. Frau Müller-Streisand hatte 1958 eine Habilitationsschrift über den jungen Luther vorgelegt und Herr Müller bereits einige Jahre vorher mit einer Arbeit über Dietrich Bonhoeffer promoviert. Tatsache ist aber auch, daß Angehörige der Fakultät durch politisch motivierte und nur notdürftig theologisch-wissenschaftlich kaschierte Gutachten deren Promotion bzw. Habilitation zu behindern versucht haben. Man kann das unschwer an den Gutachten von



Dreß, Elliger und Rudolf Hermann erkennen, wobei das Gutachten von Dreß, der in Westberlin wohnte, dies recht ungeschützt deutlich werden läßt, während Elliger und Hermann doch noch darauf Rücksicht nehmen mußten, daß sie DDR-Bürger waren. Bekanntlich war das Scheitern der Promotion von Hanfried Müller vor 1953 in der Bundesrepublik auch mehr politisch und weniger theologisch-wissenschaftlich motiviert.

Wenn ein mit wenig konkreten Kenntnissen, aber umso mehr mit ideologischen und politischen Vorurteilen belasteter 'Wessi' den Artikel von Mau liest, muß er unweigerlich den Eindruck gewinnen, die Sektion Theologie sei ein ideologisches rotes Kloster zur politischen Indoktrination zukünftiger Pastoren gewesen, aber die Leser dieses Artikels mögen beruhigt sein: Wir haben vor allem und in erster Linie Theologen für den Dienst in den evangelischen Landeskirchen der DDR ausgebildet und zugerüstet, und wenn man in den Pfarralmanachs der Berlin-Brandenburgischen und anderer östlicher Landeskirchen nachschlägt, wird man feststellen, daß eine beachtliche Anzahl der Amtsträger einschließlich der Superintendenten, Konsistorial- und Oberkonsistorialräte aus der Ausbildungsstätte an der HUB hervorgegangen ist. Jedenfalls braucht die Fakultät/Sektion in dieser Hinsicht den Vergleich mit dem Sprachenkonvikt nicht zu scheuen.

Mau behauptet unter Pkt. 11, die Fakultät habe um 1960 noch über 200 Theologiestudenten gehabt, und danach sei ihre Studentenzahl stark zurückgegangen. Diese Behauptung ist in mehrfacher Hinsicht zu korrigieren und zu relativieren.

Zunächst einmal hat die Fakultät nach 1945 zu keiner Zeit über 200 Studenten gehabt. Mehr als 150-160 sind wir nie gewesen. Die Zahl 200 stammt lediglich aus dem in bekannter DDR-Manier übertreibenden Rechenschaftsbericht des Dekans Erich Fascher aus Anlaß des 150jährigen Universitätsjubiläums 1960. Nur im Herbst 1952, 1954, 1955 und 1956 wurden 40-45 Studenten neu immatrikuliert. Der Anfängerjahrgang 1953 war von vornherein durch die staatlichen Aktionen gegen die Junge Gemeinde an den Oberschulen im Winter 1952/53 stark dezimiert, und ab 1957 wurde die Zulassungszahl durch das Hochschulministerium erheblich reduziert. Das war damals die Antwort der DDR-Regierung darauf, daß gerade die EKD-Synodalen aus der DDR in politischer Verblendung die Annahme des unseligen Militärseelsorgevertrages (MSV) ermöglicht hatten. Eine weitere Antwort der DDR-Regierung auf den MSV war es, die vor allem die Schüler der 8. Klasse und deren Eltern ausbaden mußten,

daß die Teilnahme an der Jugendweihe mit brachialen Mitteln im Schuljahr 1957/58 durchgesetzt wurde.

Darüber hinaus hatte der Rückgang der Studentenzahlen besonders zwischen 1968 und 1973 mehrere weitere Ursachen: das Wirken des schon erwähnten Dr. Römer als M/L-Beauftragter; die Einführung von Zivilverteidigung und militärischer Qualifizierung (MQ) für die Studenten an allen Hochschulen und Universitäten, d.h., eine Zulassung von wehrtauglichen Studenten erfolgte prinzipiell erst nach Ableistung des Militärdienstes, und am Ende des 2. Studienjahres stand ein sechswöchiges Lager für ZV (für Studentinnen und wehr-untaugliche Studenten) bzw. ein Lager zur MQ unter militärischem Befehlsregime (für Studenten, die zum Wehrdienst eingezogen waren). Das war der Grund dafür, daß ein großer Teil der Männer, die Theologie studieren wollte, nicht an die staatlichen Sektionen kam, sondern die kirchlichen Ausbildungsstätten bevorzugte. Zeitweise waren wir daher eine ausgesprochene Studentinnen-Sektion (bis zu zwei Dritteln Mädchen).

Es ist das unstreitige Verdienst von Heinrich Fink, daß er die strengen militärischen Vorgaben nach und nach auflockern konnte und gegen erheblichen Widerstand im Hochschulministerium durchgesetzt hat, daß alle männlichen Theologiestudenten, also nicht nur die gewesenen Bausoldaten, sondern auch die, die sich an der Waffe hatten ausbilden lassen, während des Studiums nur noch am ZV-Lager teilnehmen mußten.

Ein weiterer Grund für die geringen Studentenzahlen um 1970 waren auch die geburtenschwachen Jahrgänge der ersten Nachkriegsjahre. Man sehe sich daraufhin einmal die Pyramide des Lebensbaumes der DDR an, überprüfe aber auch einmal die Studenten/innen-Zahlen um 1970 am Sprachenkonvikt. Jedenfalls begann nach der Abberufung von Dr. Römer und der Rückkehr von Helmut Dressler ab 1973 die Zahl unserer Studienbewerber wieder kontinuierlich zu steigen, und bis zum Ende der 80er Jahre hatten wir etwa mit dem Sprachenkonvikt gleichgezogen. Die Anstrengungen von Sektionsangehörigen, den Herrn Römer wieder loszuwerden, werden sich vermutlich kaum schriftlich belegen lassen, weil sie mündlich konspirativ über legitime Kanäle gelaufen sind. (Zur Beruhigung für mißtrauische Leser: Es waren keine Stasi-Kanäle!)

Unter Punkt 13 erwähnt Mau, daß die Dozenten des Sprachenkonvikts bei westlichen und ausländischen Kollegen anerkannt gewesen wären und es an Einladungen zu Gastvorlesungen und Kongressen nicht gefehlt habe.

Sollte er es nicht wissen, daß auch Sektionsangehörige solche Einladungen erhalten haben? Ferner sollte er der Vollständigkeit halber auch hinzufügen, daß

eine Teilnahme an Kongressen im "Devisenausland" für Sektionsangehörige weit schwerer zu realisieren war als für Konviktsdozenten. Für uns war es fast aussichtslos, die benötigten Reisedevisen von der Universität bewilligt zu bekommen, denn alle Bahn- oder Flugkosten ins westliche "Devisenausland" mußten prinzipiell in harter Währung bezahlt werden, und das bedeutete, daß die Einladenden nicht nur für unsere Aufenthaltskosten aufkommen, sondern auch unsere direkten Reisekosten tragen mußten. Dies Problem hatte das Sprachenkonvikt nicht. Infolge zentraler kirchlicher Vereinbarungen mit dem Finanzministerium (welche Rolle spielte KoKo dabei?) konnten alle kirchlichen Dienstreisenden ihre Bahnfahrkarten hin und zurück in DDR-Mark bezahlen und außerdem pro Reise 100 DDR-Mark bei der Staatsbank in 100 DM umtauschen. Als Angehöriger der Sektion konnte man froh sein, wenn man für eine Reise einen sog. Sicherungsbetrag in harter Währung erhielt, der aber nur in Notsituationen in Anspruch genommen werden durfte und im allgemeinen nach der Rückkehr zurückzuzahlen war.

Ich selbst kann aus eigener Erfahrung nur sagen, daß das 'Geschäftsgebaren' der Reiestelle beim Kirchenbund in der Augustusstraße höchst dubios war und beispielsweise für Angehörige der Evangelischen Verlagsanstalt ebenfalls recht undurchsichtig. Ich brauche nicht zu betonen, welcher Kampf um Reisedevisen unter Sektionsangehörigen ausgetragen wurde: Jeder ein Einzelkämpfer und jeder gegen jeden, wobei niemand dem anderen einen Tip zu dessen Vorteil gab, weil in dieser Frage jeder sich selbst der Nächste war.

Was Mau in Bezug auf Gastvorlesungen an der Sektion verschweigt, weil er nur das Sprachenkonvikt nennt, möchte ich hiermit ergänzen: Infolge der Abgrenzungstendenz in der DDR-Regierungspolitik bis mindestens zur KSZE-Schlußkonferenz 1975 in Helsinki war es bis zu dieser Zeit für die Sektion recht schwierig, die für Gastvorlesungen nötigen Geldmittel und Genehmigungen zu erhalten. Vom Ende der 70er Jahre bis 1989 wurden regelmäßige Gastvorlesungen auch an der Sektion zur Selbstverständlichkeit. Zu den unstreitigen Verdiensten von Heinrich Fink gehört die Erweiterung von Einladungen zu Gastvorlesungen von Professoren aus der Bundesrepublik und dem deutschsprachigen westlichen Ausland. Nicht unerwähnt bleiben sollen Gastvorlesungen im Zusammenhang mit ökumenischen Kolloquien, Symposien und anderen Anlässen, beispielsweise zum 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges mit Vorlesungen in brechend vollen Hörsälen zu Füßen von Ernst Käsemann und Walter Jens.

In einem Fall möchte ich das Engagement von Fink zur Ermöglichung einer Gastvorlesung besonders hervorheben, weil ich daran selbst direkt beteiligt war.

Seit etwa 1970 stand ich mit dem Herausgeber des Festung-Breslau-Tagebuches, das der katholische Geistliche Paul Peiker während der Belagerung der Stadt 1945 geführt hatte, dem polnischen Rechtshistoriker Karol Jonca, in regelmäßigem Briefwechsel. Bei einem Betriebsausflug nach Wroclaw 1973 hatte er uns in die Aula Leopoldina des Universitäts-Hauptgebäudes und durch das Rathausmuseum geführt. Etwa 1976 hatte ich ihn im Auftrag der Sektionsleitung gefragt, ob er uns eine Gastvorlesung über die Kirchenpolitik des Nazistaates in den 1939 okkupierten polnischen Gebieten halten könnte. Da er aber als Dekan mehrere Jahre nicht abkömmlich war, wurde diese Gastvorlesung auf das Frühjahrssemester 1981 verschoben. Zu diesem Zeitpunkt war die polnische Krise ein halbes Jahr alt, und die Solidarnosc beherrschte weitgehend das öffentliche Leben in Polen. Die SED-Führung hatte kurz vor ihrem X. Parteitag größte Befürchtungen, die polnischen Unruhen könnten auf die DDR übergreifen und steuerte mit verleumderischen Mitteln zur Schürung alter deutscher Vorurteile gegenüber den Polen bei.

Die Universitätsleitung in Gestalt des Rektors trug größte Bedenken, in dieser Situation einen polnischen Gast reden zu lassen, dessen politischer Haltung sie nicht sicher war und zögerte daher die Zustimmung lange hinaus. Fink konnte ihren Widerstand durch ein Umgehungsmanöver brechen, indem er der Universitätsleitung vorschlug, er würde in meiner Begleitung (auf Grund meiner polnischen Sprachkenntnisse) den Kollegen Jonca besuchen, um seine Haltung zu Solidarnosc und eine mögliche Gefahr für die innere Sicherheit der DDR zu erkunden.

Wir haben also eine zweitägige Dienstreise nach Wroclaw angetreten, unseren Auftrag aber keineswegs im Sinne der Universitätsleitung ausgeführt: Natürlich hatten wir Plauderstündchen mit Jonca zu seinem zukünftigen Besuch; im übrigen unternahmen wir eine Besichtigungsfahrt zu dem Barockkloster auf den Trebnitzer Höhen nordöstlich von Wroclaw und besichtigten in der Stadt eine Ausstellung über die Morde an den polnischen Offizieren im Walde Katyn.

Fink hat nach unserer Rückkehr die Universitätsleitung in einer Weise beruhigt, daß sie ihren Widerstand gegen die Gastvorlesung aufgab. Ich bin einige Tage nach der Gastvorlesung zum Fachreferenten für die theologischen Sektionen im Hochschulministerium bestellt und von ihm eingehend über meine Einschätzung der inneren Situation in Polen befragt worden. Dabei habe ich mir ein Vergnügen daraus gemacht, ihn gezielt zu desinformieren. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt meine Sympathie für Solidarnosc noch recht groß. Das änderte sich Ende Juli nach persönlichen Erlebnissen in Polen und am Grenzübergang,

als ich ihr Hasardspiel nach dem Motto "Je schlimmer die Situation in Polen, je besser für uns" durchschaute.

Mau hebt auf unter Punkt 14 das intensive interne Leben der Studenten und Dozenten des Sprachenkonvikts hervor (Mittagstisch, Andachten, Exkursionen, Semesterfeste und andere Feste). Darin unterschied sich das Sprachenkonvikt aber kaum von der Sektion. Ein gemeinsamer Mittagstisch war für uns aus technischen Gründen nicht möglich. Gleichwohl war es aber möglich, daß sich Studenten und Lehrkräfte in der Universitätsmensa sehen und treffen konnten, wenn sie wollten. Semesteranfangs- und Schlußgottesdienste mit Fachvorlesungen waren ein integraler Bestandteil des inneren Lebens der Sektion; dazu gehörten auch Adventsfeiern, Bälle, Betriebsausflüge und studentische Exkursionen. Mehr geistliches Leben, also wöchentliche Andachten, sind von den Studenten zwar immer wieder gefordert und von der Sektion auch eingerichtet worden, nur glänzten nach einer kurzen Anlaufphase gerade die Studenten durch Abwesenheit.

Es war auch keineswegs das Privileg des Sprachkonvikts, daß dorthin hochqualifizierte Angehörige aus anderen Berufen wechselten, um Theologie zu studieren, weil ihre bisherige Tätigkeit sie frustriert hätte. Mau meint, ihnen sei die Universität in einem solchen Fall sowieso verschlossen geblieben. Nun, wir hatten auch Studenten, die vorher bereits in einem anderen Beruf ausgebildet worden waren und in ihm gearbeitet hatten.

In einem Halbsatz (Punkt 11) stellt Mau die Behauptung auf, die Sektion habe an Aktivitäten mit dem Ziel mitgewirkt, dem Konvikt zu schaden, u.a. durch die von der Sektion versehene Zensurtätigkeit. Gemeint ist mit dieser Andeutung, die Sektion habe zu eingereichten Manuskripten für die Evangelische Verlagsanstalt dem Amt für Literatur und Verlagswesen innerhalb des Kulturministeriums politisch bestimmte Gutachten zugeliefert, von denen die Druckgenehmigung abhängig gewesen sei. Ich schließe nicht aus, daß sich einzelne Sektionsangehörige dazu hergegeben haben könnten, aber dann als Privatpersonen und ohne Auftrag der Sektionsleitung. Wenn schon diese Andeutung in den Raum gestellt wird, dann bitte Name und Vorgang im einzelnen!!! Die Akten des DDR-Kulturministeriums im Bundesarchiv in Potsdam müßten dazu Auskunft geben können, aber auch nur sie, nicht irgendwelche Behauptungen und Gerüchte.

Unter Punkt 10 hebt Mau für das Sprachenkonvikt hervor, daß die Hauptdisziplinen doppelt besetzt waren, so daß wissenschaftliche Konkurrenz zwischen den Fachvertretern durch ihre je eigene Stoffbehandlung und damit Wahl-

möglichkeiten für die Studenten bestanden hätten. Das gilt auch für die Berliner Sektion, allerdings mit einigen Abweichungen, die ich nicht verschweigen möchte.

Im Fach Altes Testament haben alle Fachvertreter die in Betracht kommenden Vorlesungen gehalten. Im neuen Testament haben sowohl Schenke als auch Baumbach die exegetischen Vorlesungen Synoptiker, Johannes und Römerbrief sowie die neutestamentliche Theologie gelesen. Den 1. Korintherbrief und die Zeitgeschichte hat nur Baumbach vorgetragen, die Apostelgeschichte und die Einleitung nur Schenke.

Komplizierter war es mit den Fächern, die auch vom Ehepaar Müller/Müller-Streisand vertreten wurden (Kirchengeschichte und systematische Theologie). Dazu muß man zur Vorgeschichte wissen, daß sie seit ihrer Berufung über ein halbes Jahrzehnt einem faktischen Boykott ausgesetzt waren. Symptomatisch war ein studentischer Sketch auf dem Fakultätsball im Februar 1960. Frage: Was ist der Unterschied zwischen Müller und einem Telefon? Antwort: Das Telefon hat wenigstens *einen* Hörer. Das war nicht nur eine Feststellung, das war auch Programm. Seit der Berufung der Müllers 1958 bis zu Elligers Weggang nach Bochum (Ende 1963) standen Studenten, die bei ihnen hörten oder hören wollten, unter erheblichem politisch motivierten Druck ihrer Kommilitonen. Daher war es menschlich verständlich, daß das Ehepaar bei der Sektionsgründung und der Neugestaltung des Vorlesungsablaufes alles daransetzte, etliche Vorlesungen zugesprochen zu bekommen, um sich dadurch einen festen Hörerkreis zu sichern. In der Kirchengeschichte kam es zu einer weitgehenden Aufteilung des gesamten Stoffgebietes zwischen Frau Müller-Streisand und Herrn Döpmann bis zu ihrer Emeritierung 1983.

Ansätze zu einer solchen Teilung gab es auch in der systematischen Theologie: Hanfried Müller las Dogmatik im Überblick und Hans-Georg Fritzsche Ethik im Überblick. Bei den ST-Spezialvorlesungen war diese Aufteilung weniger deutlich (Trinitätslehre, Schriftlehre, Christologie, Sakramentslehre, Eschatologie usw.). In dieser Hinsicht waren beide Fachvertreter relativ selbständig und unabhängig, aber sie hatten auch recht unterschiedliche Konzeptionen: Während Fritzsche sehr starkes Interesse an ethischen Fragen hatte (siehe seine publizierte Evangelische Ethik), wollte Müller eigentlich keine spezifisch christliche Ethik gelten lassen. Die von Müller vorgetragene Dogmatik war durch seine Rede in sehr komplizierten Sätzen für die Studenten nicht ohne weiteres verständlich. Er hatte in der Evangelischen Verlagsanstalt eine Dogmatik publiziert, die grün eingebunden war und von Studenten gelegentlich etwas ironisch als das "grüne

Ungeheuer" bezeichnet wurde. Gleichwohl war Müller gegenüber Fritzsche beim mündlichen Staatsexamen der bessere Prüfungspädagoge, der auf Grund seiner ganzen Konzeption aber lieber Dogmatik als Ethik prüfte, wenn aber Ethik, dann mehr sozialetische als individualethische Fragen.

In der praktischen Theologie war infolge der in letzter Zeit ungemein angewachsenen Stoff-Fülle die Aufteilung stärker: Jenssen las Liturgik, Homiletik und Seelsorge, Fink über Gemeindeleitung und Katechetik/Religionspädagogik. Im großen und ganzen war für die Studenten während ihres Studiums eine Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Hochschullehrern also durchaus gegeben. Eine ausgesprochene Verschulung strebte um 1970 der Assistent für Erziehung und Ausbildung, Michael Glombitza, an. Er hatte für die Gestaltung des Studienablaufes sich viel zu viele Vollmachten herausgenommen und sie auch erhalten. Nach seinem Abgang in die "sozialistische Produktion" ohne Fertigstellung seiner Dissertation wurde nach 1973 vieles von dem wieder korrigiert, was unter seinem Einfluß installiert worden war, z.B. die Trimestereinteilung.

In dem Artikel von Mau zeigt sich auch das Unverständnis gegenüber einer an der Berliner Theologischen Fakultät traditionsreichen Disziplin, nämlich der Missionswissenschaft. Auch nach der offiziellen Annullierung dieser Bezeichnung durch die DDR-Hochschulreform wurden ihre Anliegen im Fachbereich Ökumenik in der Weise aufgenommen, daß der traditionelle Kanon der klassischen theologischen Disziplinen um ein sechstes Hauptfach erweitert wurde. Das war durchaus *Universitas litterarum* auf kleiner Flamme.

Aus der Luft gegriffen ist die Behauptung Maus, an der Sektion wäre es eine nicht selten geübte Praxis gewesen, daß sich Professoren durch Dozenten oder Oberassistenten hätten vertreten lassen. Bitte dazu Name und Adresse! Ist damit vielleicht gemeint, daß Karl-Heinz Bernhardt in der Zeit als Sektionsdirektor die Alttestamentlichen Lehrveranstaltungen durch den langjährig ausgewiesenen Dozenten Ludwig Wächter und den Dozenten des kirchlichen Lehramtes Herbert Peucker in der Dienststellung eines Oberassistenten hat halten lassen? Jedenfalls hat die Qualität der alttestamentlichen Ausbildung darunter nicht gelitten.

Was meint Mau mit "Einbußen an gesamt-theologischer Kompetenz und Ausstrahlung (ungeachtet fachlicher Spezialisierung)" (Punkt 11)? Ich finde es unberechtigt, daß Mau den Prof. Elliger als *die* theologische Identifikationsfigur der Zeit 1960 heraushebt (Punkt 2). Das waren Heinrich Vogel, Otto Haendler, Rudolf Hermann, Fritz Maass und Leonhard Rost mindestens im gleichen Ma-

ße. Außerdem hat Elliger mit den schweren Aufbaujahren nach 1945 gar nichts mehr zu tun: Er hat sich in das gemachte Nest gesetzt, als er 1950 aus Greifswald berufen wurde.

Eine Identifikationsfigur für mindestens zwei Jahrzehnte bis zu seinem frühen Tod 1987 war Hans-Georg Fritzsche, den Mau nicht der Erwähnung für Wert hält. Leider war er persönlich nicht sehr kommunikativ, sondern etwas schwerfällig und unzugänglich. Seine Lehrbücher und Vorlesungen waren jedoch von internationalem Rang, und er war auch philosophisch eindeutig ausgewiesen. Weshalb kommt er bei Mau überhaupt nicht vor? Rechnet er ihn unter die "angstbesetzt Angepaßten" oder "politisch Beflissenen"? Es sei nicht verschwiegen, daß Fritzsche in der Gorbatschow-Zeit für ein Gastsemester nach Münster eingeladen war, ebenfalls Hans-Hinrich Jenssen für ein Gastsemester nach Wien.

Mau erwähnt ohne Namensnennung die Berufung von Baumbach vom Sprachenkonvikt an die Fakultät. Das geschah am 1. September 1965. Ich gebe zuvor eine Kurzbiographie von Baumbach: Studium Anfang der 50er Jahre in Berlin und Basel, dann Aspirant und Promotion 1956. Ein Jahr Vikariat in Thüringen, zum 1. September 1957 von Fascher als Assistent nach Berlin geholt, Habilitation im Herbstsemester 1961 für Neues Testament.

Da 1960 schon Schenke auf eine neu eingerichtete Dozentur berufen worden war, die am 1. September 1961 durch Emeritierung freigewordene Professur von Johannes Schneider aber aus Sparsamkeitsgründen im DDR-Hochschulwesen nicht gleich wieder besetzt werden sollte, Faschers Emeritierung aber noch einige Jahre in der Zukunft lag, hatte Baumbach zu diesem Zeitpunkt keine Chance zur Dozenturierung. Deshalb schied er zum 1. September 1962 aus der Fakultät aus und übernahm eine Dozentur am Sprachenkonvikt. Die Fachreferentin im Hochschulministerium hatte ihm angedroht, an eine Universitätskarriere wäre für alle Zukunft nicht zu denken, wenn er zum Sprachenkonvikt gehen würde, Baumbach tat es aber dennoch. Nachdem diese Person von ihrem Posten abgelöst worden war (siehe Anfang dieses Aufsatzes), war 1965 die Situation für Baumbach wieder hoffnungsvoller. Fascher war 1964 emeritiert worden. An seine Stelle war zunächst Traugott Holtz aus Halle getreten, der aber nur ein halbes Jahr blieb, sondern auf den durch den plötzlichen Tod von Werner Schmauch verwaisten Lehrstuhl in Greifswald berufen wurde. Damit war der Weg für Baumbachs Rückkehr an die Fakultät, die er auch selbst wünschte, frei. Jenssen als Dekan hat sie beantragt und durchgesetzt.



Wo aber sind die von Mau angesprochenen "aktenkundigen Belege", daß Jenssen diese Berufung bei den staatlichen Stellen als begrüßenswerte Möglichkeit zur Schädigung des Sprachenkonvikts bezeichnet habe, dem die Müller-Fraktion mit der Begründung widersprochen habe, Baumbach sei keine politisch zuverlässige Person?

Wenn diese Belege überhaupt existieren sollten, dann hat Mau sie zumindest in ihrem historischen Kontext nicht richtig zu interpretieren verstanden. Zusammen mit Döpmann sollte Baumbach zum 1. September 1968 ordentlicher Professor werden. Die Berufungsurkunden waren bereits vom Minister unterschrieben, da kam durch die staatliche Finanzrevision zutage, daß der damalige Rektor in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsdirektor es verstanden hatte, durch Jonglieren mit den Begriffen Stellenplan und Arbeitskräfteplan das Finanzvolumen der HUB erheblich zu überziehen. An mehreren Fakultäten waren dieser Manipulation bereits ausgesprochene Berufungen zum Opfer gefallen. Auch der damalige Rektor mußte seinen Hut nehmen. Mit Mühe und Not konnte erreicht werden, daß Döpmann Anfang der 70er Jahre wenigstens zum a.o. Professor ernannt wurde. Die ebenfalls beantragte Ernennung von Baumbach scheiterte 1974 an einem von Studenten verursachten politischen Zwischenfall, der Baumbach angelastet wurde, weil er sie hatte gewähren lassen. Darüber in Einzelheiten zu gehen, würde über den Rahmen dieses Artikels hinausführen.

Am Sprachenkonvikt und seinem Lehrangebot hebt Mau hervor (Punkt 7), es habe über die fünf Hauptfächer hinaus noch Angebote von Lehrbeauftragten in humanwissenschaftlichen Disziplinen gegeben (Sprache und Literatur, Psychologie, Soziologie usw.), während er an der Sektion mit negativ wertendem Unterton die Tendenz kritisiert, die Hauptfächer "mit einem Kranz von Spezialdisziplinen zu umgeben", deren Studienleistungen auch an die Stelle derer in den Hauptdisziplinen hätten treten können.

Wo sollte dies wohl geschehen sein? Ich könnte als jahrzehntelanger Sekretär der Prüfungskommission mich an keinen entsprechenden Beleg für diese Behauptung erinnern. Oder meint er damit, der Lehrinhalt der sektionsspezifischen Fächer Religionsgeschichte, Ökumenik, Kirchenkunde der Orthodoxie, Judaistik und Christliche Archäologie und kirchliche Kunst sei nur Allotria gewesen und habe für zukünftige Pfarrer keine Bedeutung?

Mau konstatiert zwar die selbstverständliche Möglichkeit eines Studienplatzwechsels zwischen den drei kirchlichen Ausbildungseinrichtungen in Naumburg, Leipzig und Berlin, erwähnt aber nicht, daß es auch zwischen den sechs theologischen Sektionen der DDR diese Möglichkeit gab, auch die Mög-

lichkeit, von einer kirchlichen Ausbildungsstätte zu einer Sektion zu wechseln und umgekehrt. Davon ist Gebrauch gemacht worden, allerdings nicht in ausgedehntem Maße.

Unter Punkt 16 deutet Mau an, Anfang der 60er Jahre habe es mehrfach "Aufhebungen des Dienstverhältnisses mit unverhohlener kaderpolitischer Begründung" gegeben. Ich kann mir denken, wen und was er damit meint und will diese "Fälle" etwas entmythologisieren und die richtigen Relationen herstellen:

Fall 1: Joachim Rogge, heute Honorarprofessor und Bischof in Görlitz. Er hatte nach seinem Fakultätsexamen in außerordentlich kurzer Zeit Promotion und Habilitation abgeschlossen (1953-59). Da 1959 der kirchengeschichtliche Lehrstuhl von Elliger und die Honorarprofessur mit Dreß besetzt war, bestand zu diesem Zeitpunkt für Rogge keine Aussicht auf Beförderung. Es ist mir aber auch nicht bekannt geworden, daß Elliger sich um Rogge besondere Mühe gemacht habe. Es ist im Gegenteil zu vermuten, daß er in ihm mit sicherem Gespür einen möglichen Konkurrenten gesehen hat, kein Wunder bei Rogges wissenschaftlichen Fähigkeiten und rhetorischer Begabung.

Jedenfalls wollte Elliger als Nachfolger für Rogge einen zukünftigen Verwandten haben und wünschte dessen Einstellung als Assistent. Natürlich war Elliger auf Grund seiner politischen Haltung bei den staatlichen Stellen der DDR nicht beliebt, und da er sich bei diesem Versuch zu Nepotismus eine Blöße gegeben hatte, war es ein Leichtes, einen Grund für die Ablehnung von Elligers Wunschkandidaten zu finden. Jedenfalls blieb die Assistentenstelle nach Rogges Ausscheiden und Übergang zum Sprachenkonvikt längere Zeit unbesetzt, bis sich Elliger zu einem anderen Kandidaten durchgerungen hatte: Heinz Hoffmann. Dieser konnte zwar noch seine Promotion bei Elliger abschließen, bis dieser nach Bochum berufen wurde (Ende 1963), aber da Rosemarie Müller-Streisand danach Elligers Professur erhielt, war für ihn als Elliger-Schüler keine Perspektive an der Fakultät mehr vorhanden. Er ging in den kirchlichen Dienst.

Das kaderpolitische Unrecht, das 1959 an Rogge geschehen ist, hat die Sektion auf Finks Initiative hin in gewisser Weise wieder gut zu machen versucht: Er wurde Honorarprofessor und erhielt einen Lehrauftrag für sein Spezialgebiet der Reformationsgeschichte. Die Verleihung des theologischen Ehrendoktors, den Rogge im Herbst der Wende (1989) erhielt, ist auch bereits vor der erkennbaren Umwälzung in der DDR in die Wege geleitet worden.

Fall 2: Hans-Georg Müller-Zetzsche. Er war seit 1956 Assistent und hatte im Herbstsemester 1961 eine Dissertation über ein kirchenrechtlich-philosophisches Thema verteidigt, sich aber im Zusammenhang der Disputation in der

äußerst brisanten Situation des Herbstes 1961 nach dem Bau der Mauer unvorsichtigerweise politisch sehr weit 'aus dem Fenster gelehnt', so daß die beiden Gutachter, der Kirchenjurist Prof. Strasser und die Religionsphilosophin Prof. Lieselotte Richter, in politischer Hinsicht 'kalte Füße bekamen' und in ihrer Sorge um ihre eigene Position einen rückhaltlosen Einsatz für Müller-Zetsche vermissen ließen. Die Anerkennung der Dissertation konnten sie mit Unterstützung des Dekans Fascher zwar gegen den anfänglichen Widerstand der Universitätsleitung nach einigen kleineren Korrekturen am Text der Arbeit durchsetzen, aber für den Verbleib an der Universität setzten sie sich jedenfalls nicht mit dem notwendig gewordenen Nachdruck ein. Müller-Zetsche schied im Frühsommer 1962 aus der Fakultät aus und übernahm ein Pfarramt.

Fall 3: Rudolf Mau selbst: Rudolf Hermann hatte ihn bei seiner Berufung aus Greifswald 1953 als Assistenten mit nach Berlin gebracht. Hermann wurde 1957 70 Jahre alt. Obwohl schon emeritiert, hielt er mit Lehraufträgen unverdrossen weiter gut besuchte Vorlesungen und Seminare. Ganz überraschend starb er im Frühsommer 1962, zu einem Zeitpunkt, als Mau dann zwar schon promoviert war, aber seine Habilitationsschrift noch nicht fertiggestellt hatte. Damit geriet er in eine häufig vorkommende und persönlich tragische Situation: Er hatte zu einem entscheidenden Zeitpunkt seinen wissenschaftlichen Förderer verloren. Der Hauptgutachter seiner abgeschlossenen Habilitationsschrift wurde der Hermann-Schüler Erdmann Schott aus Halle. Aber an der Fakultät setzte sich keiner der zuständigen Fachvertreter für ihn ein, die aus einem anderen theologischen 'Stall' kamen, so daß Mau 1964 aus der Fakultät ausschied und zum Sprachenkonvikt ging.

In Anbetracht des geschilderten Hintergrundes würde ich mit der pauschalisierenden Wertung vorsichtig sein, es habe sich um unverhohlene kaderpolitische Begründungen gehandelt. Außerdem würde ich nicht den herabsetzenden Ausdruck "Totalität politischer Agitation, Beflissenheit und Angepaßtheit" gebrauchen und mir eher die Zunge abbeißen, als so pharisäerhaft über Kollegen zu reden.

Total verschwiegen wird von Mau auch Finks Engagement in der Berufungspolitik während der 80er Jahre. Ohne seinen Einsatz hätte weder die Beförderung von Ludwig Wächter, Günther Baumbach, Hans-Dieter Döpman, Gerlinde Strohmaier-Wiederanders, Stephan Schreiner und wohl noch einiger anderer kaum geklappt. Dabei ist die wissenschaftliche Qualifikation der namentlich genannten unstrittig, doch das allein genügte bekanntlich zu DDR-Zeiten nicht. Das war damals auch deutlich und wurde von jedem gewußt, nur

für die Gegenwart unternimmt Mau den mißglückten Nachweis, daß es jetzt anders ist, nämlich bei seiner Wertung der durchgeführten Evaluierung durch die Struktur- und Berufungskommission. Sie hat bekanntlich in den Fällen Carl-Jürgen Kaltenborn, Heinrich Fink, Dieter Kraft und Brigitte Kahl geurteilt, daß ihre wissenschaftliche Qualifikation trotz des erworbenen Titels Dr.sc. unzureichend sei.

Mau meint, daß politische Kriterien in diesem Fall nicht zur Anwendung gekommen seien. Formal betrachtet ist das nicht falsch. Niemand der Genannten hat es schriftlich bekommen, daß hinter der negativen Evaluierung politische Vorgaben stehen.

Bei der Evaluierung hat es seltsamerweise gerade die getroffen, die sich in besonderer Weise in der Christlichen Friedenskonferenz engagiert hatten. Dabei sollten die Kritiker wissen, daß die CFK nun einmal die Organisation für die staatliche Sektion und dadurch auch die ökumenische Öffnung des Theologiestudiums zu bewerkstelligen war. Angesichts der jetzt entstandenen Situation merkt jeder Kenner die Absicht und ist verstimmt. Hinter dem vorgeschobenen Grund der unzureichenden wissenschaftlichen Qualifikation verbirgt sich der getarnte politisch-ideologische Knüppel, der nur mühsam durch ein vertrocknetes Feigenblatt verhüllt ist.

Ist die heutige neue Situation der Fakultät wirklich eine so unvorstellbar viel bessere geworden, wie Mau meint? Die evangelische Kirche im "Beitrittsgebiet" steht doch in der außerordentlich großen Gefahr, einem neuen, allerdings geschickt getarnten Totalitätsanspruch anheim zu fallen. Was wird angesichts staatlicher Großzügigkeit gegenüber einer wohlgelittenen Kirche und Fakultät von uns an neuen Anpassungsgesten erwartet? Diese Erwartung wird kaum so deutlich wie zu DDR-Zeiten artikuliert werden, aber die Versuchung durch das "goldene Kalb" ist umso gefährlicher. Man will deutlich eine staatsstützende, wenn nicht gar staatstragende Kirche: Religionsunterricht an den Schulen, Einziehung der Kirchensteuer durch die Staatsmacht und Militärseelsorge sind die einstweiligen Versuche der Korruption. Die SED wollte die Kirche eindämmen und zurückdrängen, als Fernziel sie ausschalten; heute läuft auf verschiedenen Schienen der Versuch zur Gleichschaltung. Die Zeit der NSDAP mit den DC als ihren ideologischen Helfershelfern liegt doch noch gar nicht lange zurück. Die heutigen Versuchungen sind deshalb soviel gefährlicher, weil getarnter und undurchschaubarer.

Mau erweckt den Eindruck, als sei seitens der Sektion überhaupt nichts geschehen, um die Wende zu ermöglichen und ihre ursprünglichen Anliegen poli-

tisch und gesellschaftlich zu fördern. Heinrich Fink jedenfalls stand insofern mit in den vordersten Reihen, als er sich für diejenigen Studenten/innen und Mitarbeiter/innen der Sektion einsetzte, die sich an der Vorbereitung und Durchführung der ökumenischen Versammlungen für "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" beteiligten und sich so gegenüber dem Staat exponierten. Wenn diese eingeforderten Veränderungen mit dem DDR-Staat versucht werden wollten, aber doch nur gegen ihn auf den Weg der Verwirklichung gebracht werden konnten, war das ein politischer Irrtum, den sich die Reformkräfte des Ostens gleichermaßen wie die Politiker des Westens eingestehen müssen.

Mein Gesamturteil über Maus Aufsatz kann nur folgendermaßen lauten: Er ist gekennzeichnet durch eine penetrante Selbstbeweihräucherung des Sprachkonvikts und einen weithin leichtfertigen Umgang mit den Quellen. Dabei schöpft er bei seinen Pauschalurteilen weithin aus den trüben Quellen zweiter Hand, d.h. aus der Gerüchteküche der mündlichen Tradition. Für einen Zeithistoriker ist das ein besonders unverzeihliches Verfahren: Von seinen unterschwelligsten Unterstellungen können angesichts der heutigen schwarzen politischen-ideologischen Inquisition Lebensschicksale abhängen. Ich sehe eine große Versuchung für die theologischen Fakultäten darin, das Triumphgewand einer *Regina* angeboten zu bekommen. Mir war ihr fleckiges Aschenputtelgewand der *Ancilla* in der DDR-Zeit das angemessenere Ehrenkleid.

## **Kaderpolitische Barriere in der Theologie 1961**

**Richtigstellung zu Joachim Rohdes Darstellung des „Falles“ Müller-Zetzsche\***

**Hans Müller-Zetzsche**

---

\* erstveröffentlicht in hso 12/1992

Auf die Darlegungen von Rudolf Mau erhebt Rohde schwere Vorwürfe, besonders wegen "eines weithin leichtfertigen Umgangs mit den Quellen", bei dem Mau "aus den trüben Quellen zweiter Hand, d.h. aus der Gerüchteküche der mündlichen Tradition" schöpfte. Rudolf Mau wird für sich selbst das Nötige sagen. Ich muß den eben zitierten Vorwurf als Betroffener, dessen "Fall" Rohde darstellt, auf Rohdes eigene Arbeitsmethode beziehen.

Rohde hat nicht einmal das Titelblatt der für die SED so anstößigen theologischen Dissertation „Rechtlich handeln als christliche Maxime“ aufgeschlagen, sonst hätte er am Untertitel („Gedanken zur Rechtstheologie...“) gemerkt, daß es keine "kirchenrechtlich-philosophische" Arbeit ist.

Auch die Akten der Universität hat Rohde offensichtlich nicht eingesehen. Wie kommt er sonst zu der Behauptung, es seien "kleine Korrekturen am Text der Arbeit" vorgenommen worden? Das war das erklärte Ziel des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften Robert Naumann (Mitglied des ZK der SED) und des Dekans Erich Fascher, der mir sagte: "Herr M.-Z., seien Sie nicht so starrköpfig und ändern Sie nach den Forderungen des Prorektors." Aber ich habe unerschütterter die Ansicht vertreten, daß eine Dissertation, die von der Fakultät bereits angenommen und *magna cum laude* bewertet worden ist, nach dem feierlichen Vollzug der Promotion nicht mehr geändert werden kann. Auch von der inhaltlich vertretenen Position her war ich nicht zur Streichung oder Veränderung eines einzigen Wortes bereit. Es ging besonders um den Begriff des "Wächteramtes" der Kirche, der zum Ausdruck bringt, daß die Kirche zu ungerechten Vorkommnissen in der Welt nicht schweigen darf. Insofern muß ich mich gegen Joachim Rohde verwahren, der mir nach 31 Jahren noch eine moralische Niederlage gegenüber der SED nachsagt, wo ich widerstanden habe.

Nicht verschweigen möchte ich, daß ich dem Prorektor zu dieser Stelle zwei kleine Erläuterungen in den Anmerkungen (auf S. 12 u. 15 der Diss.) angeboten und diese auch angebracht habe. Aber sie waren das Gegenteil von einer Änderung des dargelegten Standpunktes. Wahrscheinlich folgt Rohde mit der Behauptung von "kleinen Korrekturen am Text" der "Gerüchteküche der mündlichen Tradition".

Dasselbe tut er auch bei der "Unterstützung des Dekans Fascher". Es ist naheliegend, daß Fascher dem Assistenten Rohde erzählt hat, was für Gespräche er wegen der Aushändigung der Doktor-Urkunde für Müller-Zetzsche geführt hat. Bei den Verhandlungen um die längst unterschriebene Urkunde mußte der De-

kan, um nicht sein Gesicht zu verlieren, für die Aushändigung eintreten und sie schließlich während der Krankheit des Prorektors selbst vollziehen.

In der Frage meines Verbleibs an der Universität fiel mir der Dekan jedoch in den Rücken. Das ist aktenkundig. Obwohl in meinem Perspektivplan vom 21.9.1959 festgehalten war (auch von Fascher unterschrieben!), daß ich mich nach einer erfolgten Promotion durch die Habilitation für Kirchenrecht weiterqualifizieren sollte, erklärte Fascher gegenüber dem persönlichen Referenten des Rektors, Dr. Richter, daß ich von der Fakultät einen Antrag an das Staatssekretariat auf Habilitation erwarte, aber “die Fakultät gehe nicht auf diesen Leim, sie habe genug” mit mir erlebt. (Vgl. Aktennotiz von Dr. Richter vom 28.11.61) Eine Notiz in den Sitzungsprotokollen der Fakultät gibt es jedoch nicht. Fascher sprach von sich aus für die Fakultät, ohne diese zu fragen.

Für meinen Verbleib an der Universität setzte sich aber wirklich niemand mit Nachdruck ein. Darin hat Rohde recht. Doch es war kein bei wissenschaftlichem Nachwuchs öfter vorkommender Zufall. Es geschah, weil (was Rohde nicht wahrhaben will) eine kaderpolitische Mauer so deutlich war wie die eben am 13.8.1961 in Beton erbaute.

Deutlich wird dies aus folgenden SED-Stellungnahmen, über die manche Professoren vielleicht etwas gehört hatten, die ich 1961 aber nicht zu sehen bekam, sondern erst nach der Wende von 1989 in den Akten einsehen konnte:

1. Die Hauptreferentin für die theologischen Fakultäten Dr. Friderun Fessen schrieb eine “Information” vom 22.9.61, die sich im zentralen Partei-Archiv (und, da es sich nur um einen Durchschlag handelt, auch an anderer Stelle!) befindet: “Die Arbeit von Müller-Zetzsche enthielt Angriffe auf die marxistische Philosophie und Rechtstheorie.”

2. Der Jurist Dr. Karl Mollnau gab ein Gutachten zur Dissertation, das der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften am 10.10.1961 angefordert hatte: “Die Dissertation von Müller-Zetzsche enthält eine gegen die Verfassung und Rechtsordnung der DDR gerichtete Konzeption.”

3. Der Jurist Dr. Sellnow, der schon in der Disputation am 13.9.1961 aufgetreten war und dabei die Pfiffe der Theologie-Studenten einstecken mußte, schrieb ein ähnliches Gutachten, das ich nie gesehen habe, auf das sich aber Mollnau beruft bei der Feststellung, der Disserent stimme “in allen grundsätzlichen theoretischen Positionen mit der politisch-klerikalen Staats- und Rechtstheorie Westdeutschlands überein.”

Wenn diese Phrasen schon zu schwach waren, um die bereits vollzogene Promotion zurückzunehmen, wenn die Genossen also insofern schließlich ‘klein

beigegeben' hatten, wie Frau Fessen auf der SED-Parteisitzung über die "Linie der weiteren politischen Arbeit an der Theologischen Fakultät" im Rektorat am 5.2.1962 sagen mußte, so tönte sie doch auf dieser Sitzung weiter gegen "die reaktionäre Position Müller-Zetzsches". Ich mußte gehen.

Da kann Herr Rohde diese "Fälle" gern weiter "entmythologisieren und die richtigen Relationen herstellen": Meine zweite Entfernung von der Universität war genauso politisch wie die erste durch den stalinistischen Prorektor Robert Havemann zur Zeit des Vorgehens gegen die Studentengemeinde im Frühjahr 1953.

## **Duplik zur „Replik“ von Joachim Rohde\***

**Rudolf Mau**

Meiner Darstellung über den Beitrag des ehem. "Sprachkonvikts" zur Erneuerung der Theologischen Fakultät der HUB ist Joachim Rohde mit schwerem moralischen Geschütz zu Leibe gerückt: der Unterstellung von "Lüge" durch "Weglassen" und "unterschwellige Andeutungen". Dazu ist folgendes zu sagen:

1. Mein Beitrag hatte, wie jeder aus dem Titel ersehen konnte, nicht die Geschichte der Theologischen Fakultät der HUB zum Gegenstand, sondern (unter dem Gesichtspunkt der Fusion von 1991) die Eigenart des "Sprachkonvikts" (= während des SED-Regimes nicht anerkannte kirchliche Hochschule). Der Vorwurf von "Lüge" durch "Weglassen" ist somit schon im Ansatz problematisch. Geradezu absurd wird er im Zusammenhang mit Rohdes Unterstellung, ich hätte durch "Weglassen" der Namen wichtiger Lehrer das Ansehen der Theologischen Fakultät schmälern wollen. Erst vor wenigen Monaten habe ich zum Beispiel

---

\* erstveröffentlicht in hso 10/1992



die Bedeutung Rudolf Herrmanns (von R. in jenem Zusammenhang genannt) durch eine Vorlesung bei der Semesterabschlußveranstaltung gewürdigt. Beinahe albern wirkt auch die durch Rohdes Sehfehler (Nichtbeachtung meines Themas!) resultierende Unterstellung absichtsvollen “Weglassens” im Zusammenhang meines Hinweises auf trotz staatlicher Nicht-Anerkennung ergangene Einladungen von Sprachkonvikts-Dozenten zu Gastvorlesungen und Kongressen.

2. Nicht nur die Nichtbeachtung meines Themas, sondern auch entstellende Wiedergabe des von mir Gesagten veranlaßte Rohde zu wortreichen Darlegungen. Ich habe nicht behauptet, Prof. Elliger sei “*die* theologische Identifikationsfigur” gewesen, sondern habe seine “Haltung” als “identitätsstiftend” hinsichtlich des mutigen Widerstandes gegen massive Politisierungsversuche bezeichnet. Wer wie Herr Rohde *ex officio* mit genauem Lesen und Interpretieren von Texten zu tun hat, sollte ein voraussetzendes handwerkliches Können gerade in polemischem Zusammenhang nicht in Zweifel ziehen lassen!

3. Rohde verunklart, was nach dem Urteil der ganz überwiegenden Zahl Betroffener (sowohl der Studenten als auch der Mitglieder des Lehrkörpers der alten Theologischen Fakultät bzw. Sektion) als geradezu evident bei jeder Gelegenheit geäußert und bestätigt wird: die unheilvolle Rolle insbes. des Ehepaares H. Müller/R. Müller-Streisand, die die Situation an der Berliner Sektion (im Unterschied zu derjenigen an den meisten anderen Theologischen Sektionen) auf stärkste belastete. Will er dies - und das vor allem hiermit zusammenhängende dringende Desiderat einer “Erneuerung” der Theologischen Fakultät (vgl. Rohdes “!” zu diesem Begriff) - nicht wahrhaben, so mag er sich mit alten Kollegen und einer großen Zahl früherer Studenten darüber auseinandersetzen!

4. Rohdes Unterstellung, ich würde bei meinen Ausführungen “weithin aus den trüben Quellen zweiter Hand” schöpfen, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Was mit großem Ernst im Rahmen einer öffentlichen Sozietät (WS 1991/92) von Angehörigen der Sektion Theologie in Bezug auf die zurückliegende Zeit ausgesprochen wurde, sollte nicht in dieser Weise abqualifiziert werden, und ein zugleich von W. Barth (Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED) und dem Staatssekretär für Kirchenfragen zwecks “staatlicherseits” gegenüber dem Sprachenkonvikt zu ergreifenden “Maßnahmen” (sowie “Restriktionsmaßnahmen gegenüber den Kirchlichen Hochschulen”) gerichteter Brief vom 15.6.1966 ist nicht Produkt einer “Gerüchteküche”, sondern liegt schwarz auf weiß vor.

5. Meine Bemerkungen über “Aufhebungen” des Dienstverhältnisses an der Theologischen Fakultät der HUB mit “unverhohlen kaderpolitischer Begrün-

dung" nimmt R. zum Anlaß längerer Ausführungen. R.s Schilderung des "Falles" Müller-Zetzsche bestätigt ungewollt, was sie offenbar widerlegen sollte, und seine Darbietungen über meinen eigenen "Fall" bezeugen Unkenntnis (ich unterstelle nicht: bewußtes Verschweigen) hinsichtlich der bereits in einem frühen Stadium ergangenen kaderpolitischen Entscheidung (Frau Fessen/Staatssekretariat für Hochschulwesen), die mein Verbleiben an der Fakultät nach der Habilitation ausschloß.

6. Verschiedene Behauptungen Rohdes erweisen sich als z.T. plumpe Unterstellungen. R. gibt vor zu wissen, die Promotions- bzw. Habilitationsgutachten von Elliger und Herrmann zu den Arbeiten von H. Müller und R. Müller-Streisand seien "politisch motiviert" und "nur notdürftig theologisch-wissenschaftlich kaschiert" gewesen, und durch entsprechende Unterstellungen desavouiert er auch die Urteilsbildung der Struktur- und Berufskommission über den "Dr. sc."-Titel einiger Mitglieder des Lehrkörpers der ehem. Sektion Theologie.

Eine sorgfältige Darstellung und Würdigung des Weges der Theologischen Fakultät bzw. Sektion in der Zeit der SED-Herrschaft bleibt ein dringendes Desiderat. Darbietungen wie die von J. Rohde können dieser notwendigen Arbeit nur sehr bedingt dienlich sein.

## Antwort auf Rudolf Maus „Duplik“ zu meiner „Replik“\*

Joachim Rohde

Auf meine "Replik" im Juliheft hat Mau im Oktoberheft geantwortet und geschrieben, ich sei ihm "mit schwerem moralischem Geschütz zu Leibe gerückt". Da ich nie Soldat gewesen bin, liebe ich bildhafte Vergleiche aus dem militärischen Bereich überhaupt nicht, sondern bevorzuge die des sportlichen Gebietes. Das heißt: Ich habe meine Einwände gegen Mau nur als leichtes Florett verstanden, auch nicht als schwere Säbel. Ich bleibe dabei: Eine maßvoll entstellte Wahrheit, zu der auch Verschweigen gehört, ist eine besonders schwer durchschaubare Art und Weise der Unwahrheit. Mit Absicht habe ich daher Luthers Erklärung zum 8. Gebot ("Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten!") im Großen Katechismus so ausführlich zitiert und gesondert das "Afterreden" und das "bösen Leumund machen" aus der Erklärung des 8. Gebotes im Kleinen Katechismus genannt.

Wenn auch der Artikel von Mau nicht die Geschichte der Theologischen Fakultät bzw. der Sektion zum ausschließlichen Gegenstand hat, so wurde die Fakultät bzw. Sektion gegenüber dem Sprachenkonvikt doch ständig direkt oder indirekt negativ abgehoben. Ich habe ihm nicht vorgehalten, daß er die *Eigenart* des Sprachenkonvikts als einer staatlich nicht anerkannten kirchlichen Hochschule dargestellt hat. Das hätte er auch durchaus in einer anderen Art und Weise tun können, ebenso wie Martin Onnasch und Christoph Kähler über die beiden anderen kirchlichen Ausbildungsstätten in Naumburg und Leipzig im gleichen Heft von *hochschule ost* in sachlicher und unpolemischer Weise.\*\*

Es ist keine absurde Unterstellung zu sagen, Mau habe durch Weglassen der Namen wichtiger theologischer Lehrer das Ansehen der Theologischen Fakultät schmälern wollen (so scharf hatte ich es auch nicht formuliert). In diesem Zusammenhang habe ich den Namen von Hans-Georg Fritzsche genannt, der in Maus Artikel nicht vorkommt, nicht dagegen den Namen Rudolf Hermanns. Von Hermann schrieb ich vielmehr, er habe zusammen mit Vogel, Rost, Haend-

---

\* erstveröffentlicht in hso 12/1992

\*\* Vgl. im vorliegenden Band S. 251ff. bzw. 241ff.

ler und Maas genauso zu den Identifikationsfiguren der Fakultät gehört wie der von Mau besonders hervorgehobene Walter Elliger. Außerdem rechne ich Rudolf Hermann in Übereinstimmung mit Mau zu den bedeutenden Lehren der Fakultät nach 1945. Ich habe bei ihm nicht nur die vier vierstündigen Hauptvorlesungen gehört, sondern darüber hinaus noch weitere 8 Semesterwochenstunden besucht.

Im übrigen zitiert sich Mau in der "Duplik" (Punkt 2) selber ungenau, denn zuerst schreibt er allgemein von einem erfolgreichen Widerstand der Fakultät nach 1945 gegenüber abermaligen massiven Politisierungsversuchen, und dann nennt er die Person Elligers als für geraume Zeit identitätsstiftend, ohne zwischen beiden Sätzen einen direkten Zusammenhang herzustellen. Im übrigen vermag ich keinen gravierenden Unterschied zwischen einer identitätsstiftenden Haltung und einer Identifikationsfigur zu erkennen. Mein Ausrufezeichen hinter dem Wort "Erneuerung" stellt nicht deren Notwendigkeit überhaupt in Frage, schon aus biologischen Gründen nicht, sondern ist als eine kritische Anfrage an den gesamten Untertitel zu verstehen, weil dieser gar nicht das hält, was er erwarten läßt.

Daß ich die Rolle des Ehepaares Müller/Müller-Streisand an der Fakultät verunklare, muß ich entschieden zurückweisen. Mau sollte meine "Replik" noch einmal sorgfältig lesen. Dort habe ich ausdrücklich die kürzlich aufgefundenen privaten Memoranden im Parteiarchiv der SED aus der Zeit der Vorbereitung der Sektionsgründung (zwischen 1966 - 68) benannt, habe aber auch *Behinderungsversuche* ihrer Promotion bzw. Habilitation durch Fakultätsangehörige erwähnt (den Ausdruck *Verhinderungsversuch* habe ich bewußt vermieden). Zur Untermauerung meiner These muß ich also deutlicher werden: Dreß nennt in seinem Gutachten zur Dissertation Hanfried Müllers über Bonhoeffer den Promovenden ein "Kuckucksei" und warnt davor, es in die Fakultät aufzunehmen. Bei der Habilitationsschrift von Frau Müller-Streisand über den jungen Luther müßte Mau in den eingereichten Exemplaren die Stellen kennen, die sie infolge der Forderungen von Elliger und Herrmann überkleben mußte, und außerdem die maschinenschriftliche und die Druckfassung sorgfältig miteinander vergleichen.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß wir alle (Lehrkörper, Assistenten und Studenten), wobei ich mich selbst nicht ausnehme, unseren Anteil daran haben, daß das Ehepaar Müller/Müller-Streisand das geworden ist, was es schließlich war, indem wir sie in ihren Anfängen an der Fakultät isoliert und dadurch in die linke Ecke gedrückt haben. Eine Erscheinungsform dessen war der Boykott ihrer

Lehrveranstaltungen als Programm während des ersten Halbjahrzehnts ihrer Dozententätigkeit. Ich fühle mich dem Ehepaar gegenüber also nicht auf einem Auge blind, widerspreche aber der Einäugigkeit auf der anderen Seite. Man muß auch wissen, daß die linke Radikalität von Frau Müller-Streisand z.T. darin begründet war, daß sie aus rassistischen Gründen auch schon zwischen 1933 und 1945 ausgegrenzt und benachteiligt worden ist.

Unter Punkt 4 seiner "Duplik" beruft sich Mau auf ein vorliegendes gleichlautendes Schreiben an die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED und den Staatssekretär für Kirchenfragen mit der Anregung von staatlicherseits zu ergreifenden Maßnahmen gegenüber dem Sprachenkonvikt und Restriktionsmaßnahmen gegen kirchliche Hochschulen, nennt aber nicht den Verfasser. Wie schon oben aufgeführt: Die Existenz von schriftlichen Eingaben des Ehepaars auf privater Basis an staatliche und Parteistellen wurde von mir ausdrücklich benannt. Das schließt aber nicht aus, daß es über das hinaus, was sich aus schriftlichen Quellen belegen läßt, in Vergangenheit und Gegenwart eine üppig wuchernde mündliche Überlieferung an der Fakultät bzw. Sektion gegeben hat und noch gibt, die aber nicht als sprudelnde Quelle reiner Wahrheit gelten kann, die vielmehr auch recht trübe Bestandteile enthält, deren angemaßter 'Sitz im Leben' eine angeblich objektive Aufarbeitung der DDR-Geschichte und -Kirchengeschichte zu sein beansprucht.

Von der öffentlichen Societät der Fakultät im Wintersemester 1991/92 habe ich nicht den Eindruck gewonnen, als sei dort nur mit großem Ernst über die Fakultätsgeschichte gesprochen worden, und als seien dabei nun unfehlbar Wahrheiten und Beurteilungskriterien ans Licht gekommen; vielmehr gab es recht kontroverse Standpunkte über richtiges Verhalten in gegebenen Situationen.

Was etwa Müller-Zetsche über sich vorgetragen hat, entsprach zwar der Darstellungsart und Denkweise des Jahres 1991/92, wurde aber nicht der Situation des Jahres 1961 gerecht. Ich kann mich noch genau an einen Wutausbruch des damaligen Dekans Fascher erinnern, weil Müller-Zetsche zu seiner Disputation ausgerechnet Angehörige der juristischen Fakultät eingeladen hatte und dies in der Situation kurz nach dem 13. August 1961. Er hatte die Juristen wohl auch direkt auf den Dissens in der Rechtsfassung aufmerksam gemacht.<sup>1</sup> Das

---

<sup>1</sup> Dazu nahm Müller-Zetsche brieflich am 26.1.1993 folgenderweise Stellung (ausdrücklich ohne auf einer weiteren Fortsetzung des für Außenstehende nur noch schwer nachvollziehbaren Disputs in *hochschule ost* zu bestehen, weshalb es seinerzeit unveröffentlicht blieb): "Das stimmt nicht. Ich hatte vor der Disputation keinen Kontakt zu den Juristen der Uni und habe sie auch nicht eingeladen. Eingeladen hatte ich nur den Professor Schröter, Professor für mathematische Logik und Vorsitzender des Kulturbundes. Nur auf diese Einladung kann sich der

trug ihm von ihnen den Vorwurf ein, er vertrete ein kirchliches Wächteramt gegenüber dem Staat. Die von Seiten der Juristen angefochtenen Formulierungen in der Dissertation Müller-Zetzsches wären von der Fakultät stillschweigend gedeckt worden, wenn er die Juristen nicht auf seine Situation aufmerksam gemacht hätte.

Er hat sich zwar sehr mutig, aber nicht klug verhalten. In der brisanten Situation des Herbstes 1961 wäre ein Verhalten nach Matth. 10,16: "Seid klug wie die Schlangen und ohne falsch wie die Tauben" angemessener gewesen. Daß angesichts der entstandenen Situation die beiden Gutachter der Dissertation aus Sorge um die eigene Position sich nicht rückhaltlos vor ihn gestellt haben, habe ich ausdrücklich erwähnt. Ich habe damals die Chance für sein Weiterkommen an der Fakultät nicht für gänzlich aussichtslos gehalten: Gotthilf Strassner, der als Gastprofessor das Fach Kirchenrecht vertrat, war schon älter als 75 Jahre; außerdem hatte Müller-Zetzsche als Vorsitzender und Gründer einer Gewerkschaftsgruppe an der Fakultät auch einen politischen Bonus, der seine nicht gegebene Zustimmung zur Fakultätserklärung zum Mauerbau hätte kompensieren können.

Wenn Mau zum Fall Müller-Zetzsche meint, meine Schilderung bestätige ungewollt die unverhohlenen kaderpolitische Begründung zur Aufhebung seines Dienstverhältnisses, was ich offenbar habe widerlegen wollen, so kann ich dazu nur sagen, daß mein Anliegen der Nachweis war, daß jeder Fall anders gelagert und nicht einlinig bestimmt, sondern von einer Vielzahl von Faktoren abhängig war:

Günther Bambach hat m.W. der Fakultätserklärung zum Mauerbau auch nicht zugestimmt und konnte trotzdem 1965 an die Fakultät zurückkehren, obwohl Frau Fessen vom Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen dies ausdrücklich und für alle Zeit für den Fall ausgeschlossen hatte, daß er nach seiner Habilitation zum Sprachenvikar gehen würde. Aber 1965 war Frau Fessen von ihrem Posten abgelöst, und ihr Nachfolger, Dr. Schneider, war für die Fakultät ein weit angenehmerer Verhandlungspartner.

Daß Frau Fessen dagegen bei Maus Abschluß seiner Habilitation noch ihre Funktion innehatte und sein akademischer Lehrer R. Hermann zu einem für Mau entscheidenden Zeitpunkt gestorben war, gehört zu den unglücklichen Verkettungen, die oft eine Biographie entscheidend beeinflussen. Ich will den Einfluß

---

Wutausbruch des damaligen Dekans Fascher bezogen haben. Ich bin mir noch heute bewußt, korrekt gehandelt zu haben (denn die Disputation war öffentlich) und auch nicht unklug (denn die Einladung war natürlich vor dem 13. August 1961 herausgegangen)." (hso-Archiv 12-92)

von Frau Fessen nicht in Abrede stellen, aber Entscheidungsgewalt hatte sie letztlich nicht.

Auch den Einwand, ich hätte durch Unterstellungen die Urteilsbildung der Struktur- und Berufungskommission (SBK) über den Dr.-sc.-Titel einiger Mitglieder der ehemaligen Sektion desavouiert, kann ich nicht unwidersprochen lassen.

Die Merkwürdigkeit, daß gerade diejenigen Angehörigen des Lehrkörpers ein negatives Urteil der SBK erhalten haben, die sich stark in der Christlichen Friedenskonferenz engagiert hatten, wurde von mir schon erwähnt. Hier ist auf weiteres hinzuweisen: Eine SBK ist im Falle einer negativen Evaluierung nicht zur ausführlichen schriftlichen Begründung verpflichtet. So hat niemand der vier negativ Evaluierten etwas Schriftliches in die Hand bekommen. Wohl aber tauchte am 20. August 1992 in der *Frankfurter Allgemeinen* der Wortlaut eines angeblich einstimmig gefaßten Beschlusses der SBK über Heinrich Fink auf:

*”Nach Sichtung der wissenschaftlichen Qualifikation von Herrn Fink, insbesondere seiner Dissertation A und Dissertation B, und nach der von ihm vorgelegten Liste von Publikationen sowie des von ihm eingereichten wissenschaftlichen Werdeganges und unter Berücksichtigung der Aufstellung seiner Lehrveranstaltungen kommt die SBK zu dem Ergebnis, daß Herr Fink nicht die Voraussetzungen erfüllt, um ihn für eine Berufung nach dem Berliner Hochschulgesetz vorzuschlagen”.*

Ich frage mich, wer an sich strikt vertraulich zu behandelnde Beschlüsse der Presse zugänglich macht und damit Vorverurteilungen Vorschub leistet: Sind die Weitergeber in der SBK selbst, in der Universitätsleitung oder in der Wissenschaftsverwaltung beim Senat von Berlin zu suchen? Das Auftauchen des Wortlautes des Beschlusses der SBK ausgerechnet in dem Bericht der FAZ über die Verhandlung der 2. Instanz vor dem Landesarbeitsgericht am 18. August 1992 zur Arbeitsrechtsklage Heinrich Finks erfüllt eindeutig den Tatbestand eines Eingriffs in ein schwebendes Verfahren, das bekanntlich jetzt im November 1992 immer noch nicht abgeschlossen ist.

Hier möchte ich den Betroffenen auch selbst zu Worte kommen lassen,<sup>2</sup> der in diesem Zusammenhang zwar nicht zu sich selbst Stellung nimmt, sondern ganz allgemein formuliert:

*”Wenn es das Ziel ist, möglichst viele Stellen mit westdeutschen Wissenschaftlern zu besetzen, dann soll das offen gesagt werden und nicht über den Umweg der Demütigung von Kolleginnen und Kollegen geschehen, die jahre-*

---

<sup>2</sup> Interview H. Finks mit Bernhard Maleck in der Broschüre *”Sich der Verantwortung stellen”*, Berlin 1992, S. 87.

*lang gute Arbeit unter zum Teil unzumutbaren Arbeitsbedingungen geleistet haben... Evaluierung ohne ausführliche persönliche Anhörung und Gespräch ist für mich eine merkwürdige Maßnahme zur Neuordnung des akademischen Arbeitsmarktes mittels Geheimbündelei...*

Eine ähnliche Feststellung wird übrigens in dem durch ein Diskussionsangebot erweiterten "Appell zur Gründung von Komitees für Gerechtigkeit" getroffen (Teil II, Abs. 4,5 und 6b), der im Juli der Öffentlichkeit übergeben, von den Medien aber weitgehend verschwiegen wurde:

*"Politische Ausgrenzung erfolgt in der Regel ohne Nachweis individueller Schuld. Fachliche Ausgrenzung vollzieht sich anmaßend. Professoren aus den alten Bundesländern, die niemand auf ihre fachliche Eignung überprüft, entscheiden willkürlich, ob Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR heruntergestuft oder gekündigt werden... Soweit Persönlichkeiten aus der ehemaligen DDR öffentlich wirksam sind, eigenständig und nicht unterwürfig auftreten, werden sie häufig demontiert und verleumdet".*

Als es um die Stasi-Vorwürfe gegen Heinrich Fink ging, publizierte Mau am 30. Januar 1992 im Tagesspiegel einen Artikel unter dem Titel "Wege und Irrwege der Humboldt-Theologen". Über Fink findet sich u.a. folgender Satz:

*"Auf der Strecke wissenschaftlicher Leistungen entdeckt man freilich nur Spärliches, und die spezifische Qualifikation für das von ihm vertretene Fach Praktische Theologie ist nicht gerade überzeugend".*

Diesen Satz konnte der Wissenschaftssenator in der Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses noch am gleichen Tag wohlgefällig zitieren.<sup>3</sup> Die Bewertung eines solchen Satzes unter kollegialem Aspekt überlasse ich dem Urteil der Leser.

Soweit es mir nötig erschien, habe ich meine Einwände gegen Maus Artikel im Aprilheft näher erläutert und präzisiert. Aber auf die Wahrheit meiner Einwände ist er überhaupt nicht eingegangen, so daß ich mich nicht widerlegt, sondern eher bestätigt fühle.

---

<sup>3</sup> Vgl. G. Karau, Die Affäre Heinrich Fink, Berlin 1992, S. 82.



# Kirchliche Hochschulen in der DDR\*

**Christoph Kähler**

Wolfgang Ullmann und Richard Schröder waren Dozenten der Kirchlichen Hochschule in Berlin, Markus Meckel, erster Außenminister im Kabinett de Maizière, und weitere Väter der SPD in der DDR ihre Studenten. Auch aus Leipzig und Naumburg lassen sich ähnliche Namen und Geschichten erzählen. Wie kommt es, daß die Kirchlichen Hochschulen der DDR, die sich allerdings nur wenige Monate so nennen durften, offenbar nicht ganz zufällig zu Sammelpunkten der Geister wurden, die nicht nur im Herbst 1989 eine Rolle spielten?

An dieser Stelle kann ich die Rolle der evangelischen Kirchen nicht im Einzelnen würdigen und kritisch beschreiben. Nur soviel scheint mir wichtig: Weder waren die Kirchen die Verursacher des Zusammenbruchs des sozialistischen Systems, dafür gibt es angebbare externe und interne Gründe, noch waren sie zufällige Elemente in dem erstaunlicherweise weitgehend gewaltfreien Spiel um die Macht. Wenn ich den verbreiteten technischen Metaphern für die Revolution des Herbstes 1989 eine weitere hinzufügen darf, dann legt sich als Bild für die evangelischen Kirchen am ehesten das eines Katalysators nahe, der die Energie der ablaufenden Prozesse nicht erzeugt, aber die Richtung und Geschwindigkeit der Reaktionen beeinflußt. Das aber hat auch etwas mit der inneren Verfassung solcher 'Faktoren' zu tun. Dafür jedoch sind die Kirchlichen Hochschulen ein wesentliches und höchst charakteristisches Element.

Die folgende Darstellung schreibe ich als ein Beteiligter. Insofern sollte der Leser mit Eifer und auch mit Zorn rechnen.

## **Protest gegen den herrschenden Geist**

Während die theologischen Fakultäten als der erste und lange Zeit wichtigste Teil der Universität zugleich die mittelalterliche Herkunft der *universitas lit-*

---

\* erstveröffentlicht in hso 5/1992.

*terarum* repräsentieren, sind evangelische Kirchliche Hochschulen zumindest in Deutschland erst in diesem Jahrhundert in drei Perioden als Protest im doppelten Sinn entstanden: Zum einen sollte der Widerstand gegen herrschende Strömungen in Theologie (und Kirche) auch bei der Ausbildung institutionalisierte Formen finden, zum anderen sollte die genuin kirchliche Aufgabe einer Theologie wieder so übernommen werden, daß sie ihren Namen verdient: als die kritische Selbstprüfung, die untersucht, ob das, was in den Kirchen gepredigt wird, der verpflichtenden Herkunft angesichts des methodisch geleiteten Zweifels der Wissenschaft noch entspricht.

Die erste Kirchliche Hochschule wurde 1905 von dem bekannten Pfarrer und "Sozialarbeiter" Friedrich von Bodelschwingh als "freie theologische Schule zu Bethel bei Bielefeld" gegründet. Sie sollte die erkennbare Gedankenblässe und Erfahrungsarmut der bisherigen universitären Ausbildung durch eine stärkere Bindung an eine konkrete Ortsgemeinde und an die diakonischen Anstalten (Pflegerstationen und Krankenhäuser) Bodelschwinghs ersetzen. Nach eher bescheidenen Anfängen erlebte sie ihre eigentliche Bewährungsprobe am Beginn des Nationalsozialismus, als die staatlichen evangelisch-theologischen Fakultäten sich in unterschiedlichem Ausmaß der braunen Ideologie öffneten, die bisherige und einige weitere neue Kirchliche Hochschulen (Berlin-Zehlendorf; Wuppertal) aber Zentren der Bekennenden Kirche wurden. Das hieß: ihre Studenten und Dozenten (die den staatlichen Titel Professor nicht führen durften, obwohl sie zu den führenden wissenschaftlichen Theologen gehörten) bauten illegale Strukturen in den evangelischen Kirchen gegen die braune Gleichschaltung auf und trugen sie bis zur Verhaftung und bis sie durch die Gestapo verboten wurden.

Aus diesen Erfahrungen heraus wurden die Kirchlichen Hochschulen in Westdeutschland fortgeführt und auf dem Gebiet der DDR neu begründet. Dabei dominierten vielfach Frauen und Männer des kirchlichen Widerstands im Dritten Reich. Die Berliner Kirchliche Hochschule in Zehlendorf bildete bis 1961 Theologen auch für den Pfarrdienst u.a. in Berlin-Brandenburg aus. Nach dem Mauerbau übernahm ersatzweise das bereits 1935 gegründete und in Ostberlin liegende "Sprachenkonvikt", das zunächst nur Wohnheim und Sprachschule für die Hochschule gewesen war, die vollen Aufgaben einer akademischen Ausbildung für Theologen. 1949/50 wurde in Naumburg durch die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen das sogenannte Katechetische Oberseminar eröffnet, das zunächst für die wissenschaftliche Ausbildung von Religionslehrern an Oberschulen gedacht war, aber zunehmend ein klassisches Studium für künftige

Pfarrer bot. Als letzte der drei Kirchlichen Hochschulen entwickelte sich in den 60er Jahren aus dem früheren Missionsseminar der Evangelisch-Lutherischen Mission zu Leipzig das sogenannte Theologische Seminar Leipzig zu einer Ausbildungsstätte mit vollem wissenschaftlichen Niveau.

Unterschiedliche Nuancen der drei Institute lassen sich grob schematisierend wohl so beschreiben: In Naumburg und vor allem in Berlin war die Herkunft von einer Offenbarungstheologie besonders spürbar, wie sie in diesem Jahrhundert vor allem Karl Barth eindrücklich vertreten hat. In Leipzig wurde Theologie in lutherischer Tradition stärker als Aufarbeitung von menschlicher Erfahrung betrieben und verstanden.

### **Für die Freiheit der Theologie**

In der DDR gab es außerdem sechs evangelisch-theologische Fakultäten. Die ideologischen Eingriffe in das Lehrprogramm und institutionelle Verflechtung mit der in das System fest eingebundenen CDU bzw. die direkten Kontakte zu entscheidenden Stellen des Partei- und Staatsapparates wechselten von Universität zu Universität, von Fach zu Fach und natürlich von Kollege zu Kollege. Eine ganze Reihe von Professoren hat unter schwierigsten Bedingungen die Theologie als eine auf die kirchliche Aufgabe bezogene Wissenschaft verstanden und betrieben. Im Allgemeinen war bekannt, wo die größere (oder geringere) Nähe zur staatlich verordneten Ideologie zu finden war. Sie war in aller Regel auch reziprok zum kirchlichen Engagement. So ist es kein Zufall, daß die als Mitarbeiter der Stasi beschuldigten Theologieprofessoren keine ordinierten Geistlichen waren. Eine Berufung zum Theologieprofessor setzte in jedem Fall eine kaderpolitische Entscheidung in Berlin voraus. Dabei war der Versuch unübersehbar, die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fakultäten bzw. Sektionen vor allem nach dem Kriterium der gesellschaftlichen Aktivität und der politischen Zuverlässigkeit auszuwählen und dafür auf wissenschaftlichem Feld auch Abstriche hinzunehmen.

Dafür wurden die kirchlichen Hochschulen zu Sammelbecken von qualifizierten Wissenschaftlern - unter ihnen einige mit internationalem Ruf -, die aber in den Augen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen kaderpolitischen Bedenken unterlagen. Angesichts der seit 1962 betriebenen Militarisierung der DDR und der noch an der Universität veranstalteten militärischen Ausbildung wanderten viele pazifistisch eingestellte Studierende an die Kirchli-

chen Hochschulen, die in den 50er Jahren etwa ein Drittel der künftigen Pfarrer und später fast die Hälfte ausbildeten (300 bis 400 von durchschnittlich 800 bis 900 Studierenden in der DDR, die den Nachwuchs für 4000 bis 5000 ev. Pfarrer bildeten). Die Rekrutierung erfolgte auch über kirchliche Vorausbildungen, die die Benachteiligung von jungen Christen bei der Aufnahme in die EOS dadurch ausglich, daß sie die notwendige Allgemeinbildung in zwei- bis dreijährigen Kursen vermittelten. Auch die drei klassischen Sprachen Griechisch, Latein und Hebräisch wurden dort in einer sonst kaum erreichten Qualität vermittelt. Das erste dieser sogenannten Proseminare entstand im Frühjahr 1953, als Mitglieder der Jungen Gemeinde als Agenten des Imperialismus kurz vor dem Abitur aus den Oberschulen entfernt wurden.

Die von staatlichen Einflüssen weithin abgeschirmten Forschungs- und Ausbildungsstätten hatten den großen Vorzug, in ihrer Themenwahl und Argumentation erstaunlich frei agieren zu können, was den Nachteil fehlender interdisziplinärer Anregung weithin ausglich. Allerdings gab es hier und da auch Anzeichen einer Gettomentalität, die aufgrund traumatischer Erfahrungen der Studenten in Schule, Armee und durch Stasipressionen verständlich (wenn auch nicht wünschenswert) waren.

Die Inselstellung wurde allerdings auch dadurch gefördert, daß die Hochschulen keine staatliche Anerkennung besaßen. Lediglich in Leipzig gab es so etwas wie eine offizielle Kenntnisnahme - aber auch nicht mehr. Sie bewirkte im Zusammenhang mit der Krise bei der Sprengung der Universitätskirche 1968, daß sich die damalige Leitung des Theologischen Seminars zwar nicht auf die staatlichen Forderungen nach einem "gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium" mit marxistischem Dozenten im Kollegium der Hochschule, aber auf eine entsprechende Unterrichtung der Studierenden im Rahmen der Volkshochschule einließ. Spätestens als bei der Rückgabe von schriftlichen Leistungskontrollen versehentlich eine numerierte Fotokopie auftauchte, war der Stasikontrollzweck dieser Veranstaltung so offensichtlich, daß eine fruchtbare Auseinandersetzung mit dem Marxismus dort nicht stattfinden konnte. Wenn, dann erfolgte diese in den hauseigenen philosophischen Veranstaltungen. So wie wohl überhaupt in der DDR die interessanteren philosophischen Gedankengänge nicht unbedingt dort erfolgten, wo Mann oder Frau für "Phi-losophie" bezahlt wurde.

Leider haben wir die Inselstellung nicht ausnutzen können, um in den Studienreformdebatten das 19. Jahrhundert hinter uns zu lassen. Bis auf wenige und kostbare Ansätze andersartigen Studierens wurde in Form und Inhalt dasselbe Programm an diesen Häusern traktiert, dem auch die Universitäten verpflichtet

waren. Etwas bösertig läßt es sich als die stete Repristinatio des deutschen Kathedergelernten bezeichnen. Formen erfahrungsbezogenen Lehrens und Lernens sind bei uns zwar diskutiert und punktuell getestet, aber nicht in einem breiten Versuch durchgeführt worden.

Der Zwangslage und der fehlenden staatlichen Anerkennung der Abschlüsse entsprach nun auch ein in dieser Weise einmaliges wissenschaftliches Qualifizierungsverfahren, das, dem Promotions- bzw. Habilitationsverfahren nachgestaltet, zwar keine obligatorische Marxismus-Leninismus-Ausbildung kannte, aber von seinen Anforderungen her eher strenger gehandhabt wurde. Jede Quasi-Promotion mußte jeweils von einem Ausschuß mit Mitgliedern aus allen drei Kollegien verantwortet werden. Dabei zeigen einige Arbeiten, wie unbefangen auch Grenzbereiche zu den Nachbardisziplinen der Theologie untersucht wurden. So z.B. in der auch erziehungs- und philosophiegeschichtlich wichtigen Studie von Rainer Bohley über "Die Christlichkeit einer Schule. Schulpforte zur Schulzeit Friedrich Nietzsches", oder in der militär- und ideologiegeschichtlich aufschlußreichen Untersuchung "«Mit Gott für König und Vaterland!» Ermittlungen zur Funktion und Interpretation einer klassischen preußischen Devise in ihrer frühen Geschichte" von Gerhard Graf in Leipzig. Beides waren Themen, die damals an den Universitäten kaum möglich waren. - Vor allem in Leipzig bürgerte es sich aber mehr und mehr ein, daß die "Repetenten", d.h. die kirchlichen Forschungsstudenten, ihre Dissertation mit freundlicher Hilfe der Fakultätskollegen an der Universität einreichten und dadurch einen bürgerlich verwertbaren Titel erhielten.

Unverkennbar eroberten die drei Kirchlichen Hochschulen nicht nur für sich selbst einen in der DDR sehr seltenen Freiraum in Forschung und Lehre, sondern durch ihre bloße Existenz und die Möglichkeit, die theologisch-wissenschaftliche Ausbildung zur Not ganz in kirchliche Hände nehmen zu können, trugen sie zu dem Freiraum bei, den auch die theologischen Fakultäten mit Hinweis auf die Alternative mehr oder auch weniger in Anspruch nehmen konnten.

Eine ganze Reihe von Aktivitäten im internationalen wissenschaftlichen Austausch wie der Besuch von Kongressen, die Teilnahme an Weiterbildungen im Ausland und der Studentenaustausch wurde fast durchgehend von den kirchlichen Dienststellen in Berlin paritätisch für die drei Kirchlichen Hochschulen einerseits und die sechs Sektionen Theologie andererseits ermöglicht. So haben seit Jahren Gaststudenten aus den USA, der CSSR, den Niederlanden und schließlich auch aus der alten Bundesrepublik in Leipzig studieren können, während etwa Studierende aus Leipzig in Prag, Dublin, Chicago über ein Jahr zu

Gast waren. Dabei galten solche Privilegien gegenüber normalen DDR-Bürgern intern als nicht unproblematisch und mußten sehr sorgfältig gehandhabt werden, um nicht politische Erpressungen zu begünstigen.

## **Hochschulen und Opposition**

Wie wir inzwischen auch aus veröffentlichten Stasi-Dokumenten belegen können, galten die kirchlichen Hochschulen in den Augen der verunsicherten Staatsmacht als Sammelpunkt für unruhige Geister. Dabei unterschieden sich Lehrer und Studenten weniger in ihren grundsätzlichen politischen Optionen, die differierten zwischen konservativen und sozialökologischen Positionen hier wie dort, als vielmehr in der Wahl der Mittel und in der Prognose für das politische System. Während die Älteren, durch 1953, 1961 und 1968 geprägt, die repressive Kraft des Systems zu fürchten gelernt hatten, waren die Jüngeren durch die zunehmende Reisefreiheit, die wachsende Ausreise und den desolaten Zustand von Ökologie und Ökonomie zu radikalerer Opposition bereit. Die Auseinandersetzungen darüber sind bis heute nicht verstummt und werden uns noch lange begleiten.

Immerhin galten bestimmte Regeln des fair play als selbstverständlich: Wo immer es uns bekannt wurde, haben wir Studenten vor der Stasi zu schützen gesucht. Die Offenlegung der Kontakte, die sogenannte Dekonspiration, genügte meist, um den Betreffenden vor weiteren Anwerbungsversuchen zu schützen. Zugleich gab es keine Exmatrikulationen aus politischen Gründen, auch nicht, als sie von uns faktisch verlangt wurden. Einzige, sehr spät gelockerte Ausnahme bildete dazu der Ausschluß derer, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten (und bei uns dann als Angestellte bis zur Ausreise überwintern konnten). Die Exmatrikulation begründeten wir mit der Verletzung des schriftlich abgegebenen Versprechens, die Ausbildung(skosten) für einen späteren Dienst in den Kirchen der DDR in Anspruch zu nehmen.

Einen Beleg für den wissenschaftlichen Diskurs auch bei diesen heißen Thema des politischen Engagements der Kirche stellen Thema und Referenten der Theologischen Tage von 1988 in Leipzig dar, wo u.a. Wolfgang Ullmann und Heino Falcke zum Thema "Kirche von unten" referierten und diskutierten.

## **Kirche und Demokratie**

Sicher haben sich demokratische Bestrebungen der Neuzeit vielfach gegen den erheblichen Widerstand kirchlicher Vertreter durchsetzen müssen. Dennoch kann man mit wenigen Einschränkungen sagen, daß die formalen Prinzipien der Demokratie: geheime Wahlen, Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Jurisdiktion sowie der freie Meinungsstreit in mündlicher und schriftlicher Form am ehesten in den Verfassungen und im Leben unserer evangelischen Kirchen in der DDR galten. Das hatte auch Auswirkungen auf die akademische Selbstverwaltung der Kirchlichen Hochschulen. In ihr standen sich vor allem Dozenten und Studenten gegenüber, denn einen ausgeprägten Mittelbau hat es kaum gegeben. Die Lehrstuhlinhaber mußten sowohl die Einführungsveranstaltungen wie die Oberseminare halten, was durchaus auch überdurchschnittliche Stundenbelastungen mit sich brachte. Immerhin gab es in größeren Abständen dann auch einmal die Möglichkeit zu einem Freisemester, das eigene Publikationen förderte.

Grundsätzlich hatte sich das Prinzip der Hochschulautonomie für wesentliche Beschlüsse, die den innerakademischen Bereich betrafen, an allen drei Standorten durchgesetzt. Ihre Gremien, die aufgrund von zähen Diskussionen nach 1968 auch Studierenden geöffnet wurden, erarbeiteten nahezu alle Regeln und Grundsatzentscheidungen bis hin zu den Berufungsvorschlägen. Sie wurden dann vom jeweiligen Rektor einem Kuratorium zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt, das aus Vertretern der Kirchen (in Naumburg und Berlin auch aus kirchlich aktiven Wissenschaftlern) bestand und das in etwa die Aufgaben eines Senats wie zugleich die eines Ministeriums erfüllte.

Unterschiedlich gestaltete sich lediglich die Zuordnung der jeweiligen Hochschule. In Berlin und Naumburg unterhielt je eine Landeskirche ihre eigene Hochschule. In Leipzig beteiligten sich die Mecklenburger, Thüringer und Sachsen gemeinsam an der größten akademisch-theologischen Ausbildungsstätte der DDR.

In der Berufungspolitik hatte es sich - als gute Regel - eingebürgert, nach Möglichkeit wissenschaftlich ausgewiesene und durch praktische, d.h. Pfarramtserfahrungen erprobte Kollegen zu wählen, wobei die jeweiligen Kollegien in der Wahl der Bewerber von außen nicht beeinflußt wurden. Auch wenn einzelne Kollegen provokante Thesen vertraten, gab es m.W. keinen Fall, in dem Kirchenleitungen auf Grund dessen maßregelnd eingegriffen hätten. Nach den Statuten hätten sie es so auch nicht vermocht. Allerdings unterlagen alle Dozenten als ordinierte Geistliche der kirchlichen Disziplin, so daß es aufgrund von Ehescheidungen hin und wieder eine Entlassung aus der Dozentur gegeben hat.

Wenn man von Einflüssen sprechen will, dann sind vor allem Anregungen von den Hochschulen in die betreffenden Kirchen ausgegangen. Dozenten des kirchlichen Lehramtes waren Synodale (Parlamentarier), gehörten als Mitglieder zu den Kirchenleitungen (präsidialratsähnliche Gremien) bzw. übernahmen selbst hohe kirchliche Leitungämter. Sie hielten Vorträge und lieferten wissenschaftliche Gutachten. Der Bezug zur Praxis, auf die sich die wissenschaftliche Arbeit bezog, war bei ihnen naturgemäß enger als an manchen Fakultäten, wo man wenigstens teilweise zu größeren Rücksichten auf Staat und Partei verpflichtet war.

Immerhin bleibt festzuhalten, daß die drei Kollegien kaum Hausberufungen vornehmen mußten, sondern mit wenigen Ausnahmen Auswärtige zu Lehre und Forschung verpflichten konnten, obwohl das Angebot an wissenschaftlichem Nachwuchs für die vielen relativ kleinen Ausbildungsstätten kaum ausreichte. So erhielten die meisten Kollegen ihre theologische Ausbildung an den verschiedenen Fakultäten, während erst in jüngerer Zeit der eigene Nachwuchs für Berufungen an kirchliche Hochschulen in Frage kam. Immerhin brauchte es ja etwa 20 Jahre nach dem Abitur, bis man (frau?) die nötigen wissenschaftlichen Weihen erlangte.

## **Materielle Grundlagen**

Wer sich für Institutionen interessiert, wird natürlich auch nach ihren Finanzen fragen - müssen. Darauf gibt es zunächst eine sehr einfache Antwort: Die kirchlichen Hochschulen wurden sowohl in den sächlichen wie in den Personalausgaben von den jeweiligen Kirchen getragen, die ihre Mittel wiederum als Spenden von den Gemeinden erbat. In diesem Rahmen erhielten die Studenten ein mageres kirchliches Stipendium, die Dozenten und Angestellten die entsprechenden knappen Pfarrgehälter, die durch eine jährliche Westgeld-Spende leicht aufgebessert wurden.

Die für die Lehre und Forschung notwendigen Bücher allerdings waren davon nicht zu beschaffen. Dafür gab es viele verschlungene Wege, auf denen durch offizielle und private Aktionen die benötigten und z.T. in der DDR indizierten Bücher beschafft wurden. Ohne den Erfindungsreichtum und die Großzügigkeit unserer westdeutschen und ausländischen Freunde wären wir noch stärker vom wissenschaftlichen Austausch abgeschnitten worden, als es sowieso der Fall in der theologischen Enklave DDR war. Übrigens profitierten auch die



arg beschnittenen Bibliotheken der Sektionen Theologie von diesen verschlungenen Wegen, da sie nur so auf die dringend benötigte Westliteratur zurückgreifen konnten. Erst jetzt, wo wir selbst die Preise zahlen, wissen wir, was das im Lauf der Jahre gekostet haben mag.

Auch besondere Maßnahmen, wie Bauvorhaben und Technik, ließen sich bekanntlich nicht über Mark der DDR realisieren, sondern bedurften der Spendenmittel, die aus deutschen und internationalen Kirchenbünden zur Verfügung gestellt - und kontrolliert wurden. Daß dabei viele Kanäle, private, offiziöse und offizielle eine Rolle spielten, versteht vor allem der, der die Verflechtungen der DDR-Bürokratie kennengelernt hat.

### **Das Ende - ein Übergang**

Die wirtschaftliche Katastrophe, in der die DDR endete und die uns noch Jahrzehnte anhängen wird, ging natürlich auch an den Kirchen nicht spurlos vorüber. Wie der Freistaat Sachsen nur ca. 20 % seiner Ausgaben selbst einnimmt, gilt gleiches auch für die finanziell stabilste Kirche der neuen Bundesländer, die Sächsische Landeskirche. Das erzwingt einen Sparkurs, der zumindest für Berlin und Leipzig die Schließung der Kirchlichen Hochschulen nahelegte, da die politischen Umstände ihrer Entstehung weggefallen sind. Für Naumburg steht eine Entscheidung im Zusammenhang mit der Gründung der Erfurter Universität noch aus. Es ist zu hoffen, daß die Unabhängigkeit der theologischen Fakultäten wieder hergestellt wird und die Personalpolitik dort keinen fremden Einflüssen unterliegt. So wurden in Ostberlin Theologische Fakultät und Kirchliche Hochschule (das Sprachenkonvikt) vereinigt, für Leipzig ist das geplant. Daß dabei auf allen Seiten nicht nur eitel Freude herrscht, sondern die Konkurrenz um die knappen Stellen auch zu erheblichen Verständigungsschwierigkeiten führt, wird jeder verstehen, der ähnliche Prozesse aus der Zusammenführung von anderen Institutionen kennt, z.B. aus der Integration Pädagogischer Hochschulen in die Universitäten.

Ich selbst bedaure, daß die sachlich fruchtbare Konkurrenz zwischen Kirchlichen Hochschulen und theologischen Fakultäten nun auf den Westen Deutschlands beschränkt bleibt. Dafür werden im Osten die einzelnen Fakultäten wie die in Halle und in Leipzig in Wettstreit treten. Letztlich aber ist die theologische Ausbildung nur so gut, wie das jeweilige Fragen nach der Wahrheit, die im Le-

ben und im Sterben hilft, zur gemeinsamen Anstrengung von Kommilitonen (Mitkämpfern) führt. Das aber meint Studierende und Professoren zugleich.

# **Kirchliche Hochschule in Naumburg\***

## **Martin Onnasch**

Wie auch die anderen beiden Kirchlichen Hochschulen in Berlin und Leipzig ist die Naumburger geboren aus den Umständen der deutschen Geschichte nach 1945. Sie spiegelt in ihrer Entwicklung die besonderen Verhältnisse in der DDR wider. Davon wird zu reden sein. Die Absicht, die Kirchliche Hochschule in eine neue Universität Erfurt als Theologische Fakultät zu überführen, ist nach dem Votum des Wissenschaftsrates so kaum zu verwirklichen; denn die Universität wird danach erst in fünf bis zehn Jahren Gestalt annehmen können. Deshalb ist ihre Zukunft nicht mehr ungewiß: sie wird verschwinden. Das läßt sich rational begründen, aber es bleibt ein Gefühl von Verlust, auch Schmerz und Bedauern.

Die Naumburger Hochschule hat eine bewegte Entwicklung genommen. Sie konnte nie ganz das werden, was sie nach Absicht ihrer Gründer sein sollte; jetzt kann sie nicht mehr sein, was sie geworden ist. Das zu beschreiben ist die Aufgabe dieses Beitrages.

## **„Katechetisches Oberseminar Naumburg“**

Das „Katechetische Oberseminar“ - ein Name, der so schwierig ist, daß er zu den abenteuerlichsten Verunstaltungen geradezu einlädt - entstand 1949 auf Initiative der Magdeburger Kirchenleitung. Zunächst in Wittenberg für wenige Monate beheimatet, hatte es seit Anfang 1950 in Naumburg die Aufgabe, Religionslehrer für die Oberschulen der DDR auszubilden. Das 1945 festgestellte Prinzip, daß Schule und Kirche zu trennen sind, machte die Kirchen für den Religionsunterricht verantwortlich. Sie hatten für den Lehrplan und die Lehrkräfte selbst zu sorgen. In unglaublich kurzer Zeit ging der Aufbau von Ausbildung und Einsatz geeigneter Frauen und Männer vonstatten. Ein Zentrum in der Kirchenprovinz Sachsen entstand dafür in Naumburg, weil Otto Güldenber

---

\* erstveröffentlicht in hso 5/1992

Theologe und Pädagoge zugleich - hier konzeptionelle und praktische Arbeit leistete.

Für die Oberschulen brauchte man jedoch Lehrer mit Hochschulausbildung in Theologie und Pädagogik. An den Universitäten der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gab es wegen des Trennungsprinzips keine Studienzulassungen für diese Fachkombination. Während andere Landeskirchen sich auf die damals noch bestehende Möglichkeit verließen, entweder aus dem Schuldienst entlassene Studienräte einzustellen oder auf die Ausbildung an den westdeutschen Universitäten setzten, richtete die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen das "Oberseminar" ein. Sie rechnete also nicht mit damals leidenschaftlich ersehnten Veränderungen im geteilten Deutschland und gab sich nicht mit Provisorien ab.

Unter unglaublich primitiven Bedingungen bei der räumlichen und technischen Ausstattung nahmen die Studenten und Lehrkräfte ihre Arbeit auf. Die Ansprüche waren hoch, die an sie gestellt waren. Nur die Qualität der Ausbildung konnte den Studenten die Anerkennung in ihrem künftigen Beruf verschaffen. Der erste Rektor des Oberseminars Dr. Ernst Kähler gewann nach und nach Lehrkräfte von Kompetenz, die z.T. ihre Aufgabe neben der Arbeit als Pfarrer erfüllten. Die räumliche Enge erzwang eine Lebensgemeinschaft, die über den Unterricht hinaus den Tagesablauf bestimmte und geistige und geistliche Prägung unverwechselbarer Art schuf.

Die Absicht bei der Einrichtung des "Oberseminars", Lehrkräfte für die Oberschulen auszubilden, ist wegen der Schulpolitik der SED und wegen der verschärften Verdrängung der Kirchen aus der Öffentlichkeit seit 1952 nie wirksam geworden. Unterricht in "Christenlehre" - wie Religionsunterricht im östlichen Teil Deutschlands seit Kriegsende konsequent genannt wurde - fand nicht mehr in Schulen, sondern nur noch in Räumen der Kirchengemeinden statt. Für Oberschüler gab es dieses Angebot auch, aber immer weniger nahmen es an, weil sie für ihren Bildungsweg Nachteile befürchten mußten, wenn sie sich als Christen erkennbar machten. Seit 1957 erhielten Schüler aus bewußt christlichen Elternhäusern oft gar nicht erst die Zulassung zur Oberschule.

Für die Ausbildung in Naumburg bedeutete das: die Absolventen - die ersten beendeten 1955 ihr Studium - mußten neben ihrer pädagogischen Kompetenz so ausgebildet sein, daß sie als Pfarrer eingestellt werden konnten; sie hatten mit der Fähigkeit, als "Lehrer" ausgebildet zu sein, eine zusätzliche Aufgabe im kirchlichen Dienst zu erfüllen. Das war schwierig und reizvoll zugleich. Erst 1970 regelten die Kirchen die zusätzliche Ausbildung zum Theologiestudium in

der Weise, daß eine Erweiterung der Lehrveranstaltungen mit einer Prüfung für die Theologisch-pädagogische Qualifikation abgeschlossen werden konnte. Insgesamt haben etwa 100 Absolventen des Katechetischen Oberseminars die Möglichkeit genutzt, die Befähigung für pädagogische Aufgaben zu bekommen.

Noch einmal zurück zu den ersten Jahren. Nicht nur die Bildungspolitik hat in die Entwicklung des "Oberseminars" eingegriffen, sondern ebenso die Konfrontation der beiden deutschen Staaten. Im Zuge der ersten Hochschulreform der DDR 1952 schloß die Regierung der DDR alle Studenten vom Zugang an den Universitäten aus, die zeitweise an westdeutschen oder schweizerischen Hochschulen studiert hatten. Davon waren in besonderen Maße solche Theologiestudenten betroffen, die ihren Dienst in den Landeskirchen der DDR tun wollten und nicht den konfliktfreieren Weg in den 'Westen' nahmen. Zielscheibe der politischen Angriffe war die Kirchliche Hochschule in Berlin-Zehlendorf. Zeitweise bedeutete ein Nachweis von dort gehörten Lehrveranstaltungen ausreichenden Grund, die Immatrikulation an einer der Theologischen Fakultäten der DDR zu versagen.

Die Bischöfe baten in dieser Zeit öffentlich Studenten und Vikare, in den Dienst der öffentlichen Kirchen zu kommen, um den Pfarrermangel nicht noch größer werden zu lassen. Das Naumburger "Oberseminar" übernahm es, für solche Studenten den Abschluß des Studiums zu ermöglichen, die ihn anders nicht erreichen konnten. Das führte zu Berufungen von geeigneten Lehrkräften - nun mit besonderer Kompetenz in den theologischen Disziplinen.

Der Weg zu einer "Kirchlichen Hochschule" ergab sich also aus den Verhältnissen der DDR - nicht aus einem Programm. Er fand Unterstützung und Förderung zuerst von der Kirchenprovinz Sachsen; aber auch Professoren der Theologischen Fakultät in Halle übernahmen Lehrveranstaltungen, bis ihnen das offen oder verdeckt verboten wurde. Trotzdem hat seit der Bildung des "Kuratoriums" - ein von den Landeskirchen gebildeter Ausschuß zur Leitung des "Oberseminars" - diesem immer auch ein Fakultätsmitglied aus Halle angehört. Seit der Mitte der fünfziger Jahre waren alle theologischen Disziplinen mit Dozenten besetzt, und in den sechziger Jahren bewilligte das Kuratorium eine Doppelbesetzung. Wegen des pädagogischen Auftrages lehrten dann sogar zwei pädagogisch qualifizierte Theologen für alle Arbeitsgebiete - angefangen von der Kinderarbeit bis hin zur Erwachsenenbildung.

War in den sechziger Jahren eine vollständige Hochschule entstanden, so kamen spezielle Aufträge hinzu: die Bearbeitung der Geschichte und Theologie der orthodoxen Kirchen, insbesondere der russisch-orthodoxen Kirche, die von

Theologen zu leisten war, die gleichzeitig als Slawisten qualifiziert sein mußten. Die beiden Vertreter, die diesen Auftrag wahrgenommen haben - Fery von Lillienfeld und Günther Schulz -, leisteten wesentliche Hilfe bei den Kontakten zu den orthodoxen Kirchen und bei den theologischen Gesprächen, die auf einem hohen Niveau seit den siebziger Jahren geführt worden sind.

Seit 1985 ist mit dem Katechetischen Oberseminar eine vom "Bund der Evangelischen Kirchen der DDR" eingerichtete "Forschungsstelle für kirchliche Zeitgeschichte" verbunden. Sie hatte den Auftrag, die Geschichte der Kirchen der DDR zu dokumentieren und an wichtigen Punkten Studien anzufertigen. Bereits in den siebziger Jahren gab es wissenschaftliche Arbeiten zur Zeitgeschichte, wie z. B. die leider ungedruckt gebliebene Studie von Axel Noack zur Geschichte der Evangelischen Studentengemeinden seit 1945. Hier geschah eine Arbeit, die sonst von niemandem in Angriff genommen wurde, um politischen Konflikten auszuweichen.

Bis an die Grenze der räumlichen und personellen Möglichkeiten kam das "Oberseminar", als 1966 ein Kurs zur Ausbildung von Juristen für den kirchlichen Dienst eingerichtet wurde, dem aber nur noch ein zweiter folgte. Der Mangel in den kirchlichen Verwaltungen an qualifizierten Juristen mußte behoben werden, zumal für kirchliche Zwecke keine Ausbildung an den Universitäten und Hochschulen möglich war. Unter Leitung des Freiburger Rechtsanwalts Dr. Friedrich bekamen ca. 30 Studenten eine Ausbildung von solcher Qualität, daß sie nicht nur in den kirchlichen Dienststellen, sondern weit darüber hinaus gesuchte Leute geworden sind.

In der Fortbildung von Pfarrern und Katecheten leisteten besonders die pädagogisch qualifizierten Dozenten zusammen mit den anderen Vertretern theologischer Disziplinen erhebliches. In unterschiedlichen Formen, wie z. B. einem einjährigen "Kontaktstudium" oder einem "Aufbaustudium", erhielten die Teilnehmer Kenntnisse, um Leitungsaufgaben übernehmen zu können.

Ein Fundus besonderer Art ist die Bibliothek des "Katechetischen Oberseminars". Sie ist die größte kirchliche Bibliothek in der DDR gewesen und hat auch jetzt noch ca. 150.000 Bände, nachdem einige kostbare, alte Bibliotheken an die Leihgeber zurückgegangen sind.

Die Verdienste um ihren Aufbau kommen neben anderen Mitarbeitern dem Alttestamentler Dr. Konrad von Rabenau zu, der mit Leidenschaft und Phantasie Bücher beschafft und in systematische Ordnung gebracht hat. Ohne die von ihm organisierten Spenden der westdeutschen Kirchen hätte die Bibliothek allerdings kaum den berechtigten Ruf gewonnen, auf dem aktuellsten Stand der theologi-

schen Literatur zu sein. Seit 1978 beherbergt eine im Inneren umgebaute Kirche in Naumburgs Innenstadt ein Magazin, den Lesesaal und die Arbeitsräume der Bibliothekare. Die Freihandbibliothek ermöglicht den Studenten und Dozenten, selbst die benötigten Bücher zu suchen und in dem Bestand Entdeckungen zu machen. Spezielle Sammelgebiete sind bei Anschaffungen pädagogische, philosophische, zeitgeschichtliche und exegetische Literatur. Was aus dem kostbaren Bestand einmal gemacht werden kann, bedarf sorgfältiger Überlegung.

### **Bildung und Ausbildung am “Katechetischen Oberseminar”**

Im Immatrikulationsbuch der Kirchlichen Hochschule sind bis jetzt ca. 1250 Studenten verzeichnet. Nicht alle haben das Studium beendet. Die Anforderungen - zuerst bei den Sprachprüfungen in Hebräisch, Griechisch und Latein, dann aber auch bei den Seminararbeiten - waren hoch. Das Scheitern an diesen Hürden hat sicher manchen verletzt, aber das Dozentenkollegium hat seine Aufgabe darin gesehen, hohe Ansprüche zu stellen und sie festzuhalten, weil es im kirchlichen Raum auch noch andere Ausbildungsmöglichkeiten gab, die andere Begabungen erforderten als die hier gefragten. Die Wechselmöglichkeiten zwischen den drei Kirchlichen Hochschulen und ein Übergang an stärker praktisch orientierten Predigerschulen sind von Studenten zeitweise lebhaft genutzt worden.

Naumburg ist eine Kleinstadt in reizvoller Landschaft, die Umgebung der Stadt voller Zeugen deutscher Geschichte. Das kulturelle Angebot jedoch fehlte. Theologie aber kann nur zusammen mit relativ breiter Allgemeinbildung fruchtbar studiert werden.

Den Studenten stand in der Bibliothek reichlich vorhandene belletristische Literatur zur Verfügung. In den Lehrveranstaltungen boten Dozenten und Lehrbeauftragte Themen aus der Germanistik, der Kunst und der Naturwissenschaft an. Einen Höhepunkt stellte das “studium universale” am Beginn des Sommersemesters dar, bei dem Gäste aus allen Gebieten - angefangen von der Archäologie über Theaterwissenschaften, Dichterlesungen bis hin zur modernen Physik - Vorträge hielten. “Offene Abende”, zu denen Interessierte aus der Stadt eingeladen waren, erweiterten während des Semesters die allgemeinbildenden Veranstaltungen. Im “Oberseminar” waren z.B. Reiner Kunze zu Gast, als er Publikationsverbot hatte, Bettina Wegner, Rainer Kirsch, Stephan Hermlin, Franz Fühmann, Heinz Knobloch, Christa Wolf, aber auch Walter Jens. Mit diesen

Angeboten konnte zwar nicht dem Traditionsbruch in der Bildung Einhalt geboten werden, aber es trat ins Bewußtsein, welche Reichtümer vorhanden waren und genutzt werden konnten.

Die Leitbilder der Ausbildung haben sich während der vierzig Jahre des Bestehens der Hochschule erheblich gewandelt. Waren im ersten Jahrzehnt Disziplin und Sachlichkeit leitende Werte, denen Studenten und Dozenten gleichermaßen verpflichtet waren, so brachten das zweite und dritte Jahrzehnt die Mündigkeit und Mitverantwortung von Studenten an der Gestaltung und Leitung der Ausbildung in den Vordergrund.

1970 übernahm der "Konvent" - ein aus fünf gewählten Studenten und Dozenten sowie einem Vertreter der Assistenten zusammengesetzter Ausschuß - für die Studiengestaltung und -ordnung und für die Berufung neuer Dozenten wesentliche Kompetenzen, die zuvor allein beim Dozentenkollegium gelegen hatten. Der "Konvent" war wohl das erste Mitbestimmungsgremium aller Kirchlichen Hochschulen und eine echte Schule demokratischer Verhaltensweisen. Er befaßte sich intensiv mit Problemen der Studienreform - radikalen Konzepten und behutsamen Änderungen. Die Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Lehrkörper waren nicht selten scharf und verletzend für beide Seiten. Zu einschneidenden Veränderungen kam es nicht, aber erst im Rückblick wird klar, daß sich mit kleinen Schritten und mit manchen mühsam errungenen Kompromissen viel geändert hat. Am wichtigsten und kostbarsten ist jedoch das fest verankerte Bewußtsein bei Studenten und Dozenten, daß diese Mitbestimmung verläßlich ist, und daß nach demokratischen Regeln geführte Konflikte zu sinnvollen und tragfähigen Ergebnissen führen. Wenn in Naumburg irgendwo eine "Schule der Demokratie" bestanden hat, dann war sie der "Konvent".

Bei aller Kontinuität zu dem eben beschriebenen Abschnitt haben die achtziger Jahre einen neuen Akzent durch die friedensethischen Konflikte bekommen. Die Studentengemeinde Naumburg, deren Pfarrer Edelbert Richter war, und die "Junge Gemeinde" Naumburg mit ihrer Pastorin Andrea Richter waren mit dem "Oberseminar" eng verbunden, weil sich Studenten in beiden Gemeinden engagierten. Beide haben den Protest gegen die Nachrüstung in der Aktion "Schwerter zu Pflugscharen", mit dem demonstrativen "Schweigen für den Frieden" in der Öffentlichkeit gefördert; sie haben sich für einzelne Gemeindeglieder, die als "Unangepaßte" staatlichen Repressionen ausgesetzt waren, aktiv eingesetzt; unter Edelbert Richters Verantwortung haben Zusammenkünfte von Antragstellern auf Ausreise stattgefunden. Studenten des "Oberseminars" haben sich nicht nur mit ihnen engagiert, sondern sich auch auf eigene Verantwortung Konflikten



ausgesetzt. Dadurch geriet die Hochschule natürlich in Turbulenzen. Die jährlich wechselnden Rektoren bekamen vom Rat des Kreises deutliche Signale, daß die Vorgänge nicht folgenlos bleiben würden.

Zu Disziplinierungen von Studenten, die sich in Konflikte verwickelt sahen, ist es von seiten der Hochschule in keinem Fall gekommen. Es hat aber z.T. heiße Debatten um die Zweckmäßigkeit und Eindeutigkeit von Aktionen wie Eingaben an Synoden, Teilnahme an einer Mai-Demonstration mit selbstgefertigten Plakaten, Protest gegen die fehlende Meinungsfreiheit in der DDR von Studenten und Mitgliedern der "Jungen Gemeinde" auf dem Naumburger Markt gegeben. Aus dem Kollegium ist auch das Argument gebraucht worden, der unsichere rechtliche Status der Hochschule gebiete Behutsamkeit. Solche Auseinandersetzungen waren schwierig - besonders für die engagierten Studenten, die auch von ihren Kommilitonen hart angenommen worden waren, aber sie haben auch zur gegenseitigen Klärung beigetragen.

Im Dozentenkreis hat Richard Schröder - der seit 1979 als Philosophiedozent dazugehörte - mit seinen kritischen Reflexionen gesellschaftlicher Zustände wesentliche Anstöße gegeben, wie auch die Studenten nach dem Wechseln von Edelbert Richter nach Erfurt ihm besonders viel verdankten.

Die Konflikte der achtziger Jahre berührten die Ausbildung an der Kirchlichen Hochschule auch dadurch, daß der Anteil von Studenten mit einer nur kurzen eigenen Erfahrung von Gemeinde und Kirche erheblich anstieg und zeitweise ein Drittel der Gesamtzahl ausmachte. Durch staatliche Eingriffe in ihrer Biographie Geschädigte wünschten, in der Kirche arbeiten zu können oder eine breite Grundausbildung zu erhalten, die sonst nicht zu erhalten war. In den Lehrveranstaltungen mußte darauf Rücksicht genommen werden. Die Einübung in christliches Leben - sei es als Einzelner oder als Gruppe - bekam ein großes Gewicht, zumal die Mittagsandacht während der Semester zum Tagesablauf der Hochschule gehörten. Dabei sind alle an Grenzen gekommen, die zu überschreiten nicht gelungen ist.

Zu den Naumburger Eigenarten gehört es, daß die Hochschule nicht nur Ansehen genossen hat, sondern auch umstritten geblieben ist. Ursache ist nicht nur das Milieu der kleinen Hochschule - die Höchstkazität lag bei 90 Studienplätzen, wegen des Wohnraum Mangels mit sinkender Tendenz -, die auf Freiheit und Anonymität bedachte Studenten in die größeren Städte getrieben hat; sie ist auch wegen der Strenge angefragt worden, mit der in ihr die Theologie als Wissenschaft, als eine nicht auf den praktischen, kirchlichen Bedarf reduzierbare

Aufgabe betrieben worden ist. Das macht die Hochschule angreifbar, vielleicht sogar in kirchlichen Kreisen als "konservativ" denunzierbar.

Unter den Naumburger Theologen bestehen durchaus Meinungsverschiedenheiten über theologische Methoden und Konzeptionen. Darüber gibt es öffentliche und nichtöffentliche Streitgespräche; aber das Kollegium hat es von der Gründergeneration des "Oberseminars" gelernt und bis heute bewahrt, daß die Zusammenarbeit und vor allem die auf formulierbare Ergebnisse zielenden Aufträge einen Ausgleich forderten. So kommt es, daß auch in theologischer Hinsicht die Naumburger als ein Block erscheinen, ohne daß Solisten hervortreten. Die Verhältnisse sind in Wirklichkeit jedoch viel lebendiger, als das Klischee glauben machen möchte. Man könnte den Nachweis dadurch führen, daß einzelne Mitglieder des Lehrkörpers genannt und vorgestellt werden, die in der wissenschaftlichen Welt und in den Kirchen sowie in der breiten Öffentlichkeit einen Namen und ein unverwechselbares Profil besitzen, aber das würde über den hier eng begrenzten Rahmen hinausführen.

### **Kirchliche Hochschule - ihre Zukunft**

Die Gründe für ein Verschwinden der Hochschule in Naumburg lassen sich in zwei Kategorien einteilen: rationale und situationsbedingte. Da in Naumburg nie eine Konzeption für eine längerfristige Entwicklung - vor allem hinsichtlich der räumlichen Möglichkeiten - verfolgt werden konnte, wären für eine lebensfähige Hochschule ungeheure Investitionen nötig: Die Studenten brauchten Wohnraum, weil die Sanierungen in der Stadt ihre kümmerlichen Behausungen schon jetzt spürbar betrifft. Wenn für etwa 200 Studenten Unterkunft gebaut werden muß, kann sich jeder die benötigten Mittel selbst überschlagen. Der Stolz der Hochschule - die Bibliothek - ist am Ende ihres Stellplatzes angekommen; für eine Fortführung müßte neuer Raum geschaffen werden. Die Miete für das Gebäude der Hochschule mit ihren Räumen für Lehrveranstaltungen, Küche und Verwaltung ist erheblich gestiegen, und es gibt zahlungskräftige Interessenten an dem günstig gelegenen Haus. Auch in dieser Hinsicht müßte man an andere Lösungen denken. Die vorhandenen kirchlichen Gebäude reichen für eine mittlere Entwicklungsperspektive nicht aus. Sie werden im Augenblick dringend für das "Pädagogisch-Theologische Institut" gebraucht, das für Pfarrer und Lehrer Qualifizierung und Fortbildung leisten soll und muß. Das Argument

“Geld” ist schlagend, wenn man es braucht, um weiter existieren zu können; verächtlich abtun läßt es sich nur, wenn man es brauchen könnte.

Die situationsbedingten Gründe für das Aus sind viel komplizierter als die rationalen, denn über ihr Gewicht und ihr Recht kann es durchaus heftigen Streit geben. Es kommt darauf an, wie die Analyse und die Prognose der ‘Situation’ ausfällt. Es können auch hier nicht alle Gesichtspunkte erörtert werden, wie z.B. die Frage, ob kleine Hochschulen der theologischen Ausbildung nicht nur besser bekämen, sondern sogar Bedingung für die Dienstfähigkeit eines Pfarrers sind. Die entscheidende Frage ist, ob die Kirchlichen Hochschulen - geboren aus den sozialen, den weltanschaulich-politischen und den gesellschaftlichen Konflikten dieses Jahrhunderts - die zukunftsweisende Gestalt theologischer Ausbildung sind und nicht lediglich Notbefehle in kritischer Zeit.

Freilich: Theologie kann nur dann ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie mit der “universitas litterarum” verbunden bleibt, und das geschieht am unmittelbarsten in der Universität. Die Kirchen brauchen selbst diese Konfrontation mit der Wissenschaft, um in der Zeit präsent bleiben zu können. Wie die Dinge zur Zeit stehen, könnte man sich eine Entwicklung vorstellen, in der die Kirchen selbst entscheiden, ob sie den Stachel “Wissenschaft” im eigenen Fleisch haben wollen oder - angesichts der allzu verständlichen Scheu vor Schmerzen - ihn lieber ansehen wollen. Gerade weil von einer nicht zu erhaltenden Hochschule aus bedacht wird, was werden soll, ist umso dringender zu sagen: die Kirchen brauchen eine Hochschule, für die sie verantwortlich sind. Ihr Profil könnte deutlicher, eigenwilliger geprägt sein, als die jetzt verschwindenden Hochschulen es sein konnten. Aber sie müßte die innere Spannung zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen Zweckfreiheit und Handlungsanweisung, zwischen intellektuellem Training und auf die Förderung der Bildung eines ganzen Menschen ertragen können.

Die Kirchlichen Hochschulen in der DDR haben dies nicht bewältigen können, sonst würden sie nicht so aufgegeben werden können, wie es geschieht. Sie haben aber Erfahrungen gesammelt, die fruchtbar werden könnten, wenn die Aufgabe angefaßt wird. Die Aufgabe selbst steht bereits jetzt!

# **Die Ausbildung an der Evangelischen Predigerschule der Kirchenprovinz Sachsen in Wittenberg und Erfurt 1948 - 1993**

## **Ein Beispiel für den Zugang zum Pfarramt auf dem zweiten Bildungsweg<sup>\*</sup>**

**Hans-Joachim Kittel**

Die Geschichte der Predigerschule spiegelt die Zeitgeschichte und Kirchengeschichte im Deutschland der Nachkriegszeit in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR.

Die Gründung der Schule im Juni 1948 erfolgt in der Not der unmittelbaren Nachkriegsjahre. Sie verdankt sich dem Willen, aus den Erfahrungen der Bekennenden Kirche und den Erlebnissen von Krieg und Gefangenschaft zu lernen und diese in den Dienst von Neuordnung und Wiederaufbau zu stellen.

Der Umzug nach Erfurt im Spätherbst 1960 und die Umgestaltung der Ausbildung fällt zeitlich nahezu zusammen mit dem Bau der Berliner Mauer am 13.8.1961 und der damit beginnenden totalen Abschottung der DDR. Die Kirchen reagieren darauf mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und den damit einhergehenden Bemühungen um Zusammenführung des kirchlichen Handelns der acht evangelischen Landeskirchen - auch im Blick auf die Ausbildung. Denn der real-existierende Sozialismus verlangt ein gegenüber den Jahren nach dem Krieg verändertes Leben der Kirchen, auf das vorzubereiten die Ausbildung Hilfen geben muß. Das in der Predigerschule Erfurt erarbeitete und praktizierte gemeindepädagogische Konzept ist Ausdruck dessen.

Mit dem Ende der DDR ab Herbst 1989 und der schrittweise wiedergewonnenen Einheit der Deutschen in ihrem Land und ihrer Kirche ist leider das Ende der Predigerausbildung nicht mehr fern, da die Landeskirchen der "alten" EKD den Zugang zum Pfarramt auf dem zweiten Bildungsweg längst abgeschafft haben. Auch die Zusammenführung der beiden Predigerschulen Erfurt und Paulinum in Berlin im "Theologischen Seminar Paulinum" im Herbst 1993 hat bedauerlicherweise diese Entwicklung nicht aufzuhalten vermocht.

---

<sup>\*</sup> erstveröffentlicht in hso 3/1996

## Wittenberg 1948 - 1960

Der Beginn der Arbeit der Evangelischen Predigerschule am 1. Juni 1948 in Räumen des Augusteum in Wittenberg ist der Initiative von Propst D. Wolfgang Staemmler zu danken. Erst im Laufe der Zeit und zögerlich wird vom Konsistorium und von der Kirchenleitung bestätigt und anerkannt, daß für sogenannte "Spätberufene" auf dem zweiten Bildungsweg ein Zugang zum Pfarramt eröffnet werden soll. Voraussetzung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung und die erkennbare Eignung der Bewerber für den Zweitberuf.

Anfangs handelt es sich häufig um ehemalige Kriegsteilnehmer oder auch Heimatvertriebene, die einen neuen Anfang machen und den Beruf wechseln möchten. Viele von ihnen haben Familie. 1951 nehmen die ersten Prediger nach bestandenem Examen ihre pfarramtliche Tätigkeit auf. Aber erst nach dreißig Jahren sind sie denen gleichgestellt, die die traditionelle Universitätsausbildung durchlaufen haben; die EKV-Ostregion verabschiedet 1978 das Predigergesetz, das in der Praxis von den lutherischen Landeskirchen anerkannt wird und für Prediger und Pfarrer die einheitliche Dienstbezeichnung "Pfarrer" einführt.

Hintergrund für die Gründung der Schule ist einmal die große Not, die überall herrscht, nach Abhilfe schreit und neue Wege beschreiten läßt, speziell der Pfarrermangel mit den zahlreichen Vakanzen; andererseits die Hoffnung vieler Menschen, in der Verkündigung der Kirche Trost und Stärkung für Glauben und Leben zu finden, weswegen in dieser Zeit Gottesdienst und Bibelstunden gerade von Heimatvertriebenen und vom Krieg Gezeichneten gut besucht sind. Gebraucht werden Menschen, die bereit sind, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Ziel der Ausbildung sind also - nach einem häufig zitierten Wort des ersten Rektors der Schule Erich Reusche - "schlichte Prediger des Wortes, ganze Pastoren", nicht "halbe Theologen".

Das theologische Fundament der Schule wird von Männern der Bekennenden Kirche gelegt. Das ist kein Zufall, denn in dieser sind "in ganz eigentümlicher Weise Gemeinde und Theologie einander ganz nahe gekommen" (E. Wolf in RGG). So steht mit der stillen Zeit am Morgen und der ersten Arbeitseinheit "Bibelarbeit" die Beschäftigung mit der Schrift an jedem Unterrichtstag im Vordergrund und im Mittelpunkt der Ausbildung. Die kleine Zahl der Teilnehmer - in der Regel zwölf in einem Kurs - erlaubt, verlangt aber auch das intensive Gespräch. Das Zusammenleben auf engem Raum und unter sehr bescheidenen äußeren Bedingungen - außerdem ist Schmalhans oft Küchenmeister - lassen

keine Zeit für allzuviel Theorie und Spekulation. Jeder sieht die *praxis pietatis* des anderen, und das ist nicht nur hilfreich, wahrscheinlich aber eine heilsam-nüchterne Vorbereitung auf den angestrebten Beruf.

Die Bewerber sind in aller Regel hoch motivierte und engagierte Leute. Das nach dem ersten Ausbildungsjahr fällige Praktikum von wieder einem Jahr fordert sie in erstaunlichem Maße. Die von Bischof Müller herausgegebene Richtlinie für Praktikanten besagt: der Tagesablauf des Seminars mit stiller Zeit am frühen Morgen, dem Schwerpunkt eigener theologischer Arbeit zwischen 9 und 11 Uhr sowie Hausbesuchen bei Gemeindemitgliedern am Vormittag und der Mitarbeit bei Christenlehre und Junger Gemeinde am Nachmittag werde auch für das Praktikum empfohlen; eine Überlastung der Brüder solle ausdrücklich vermieden werden; aber das zu leistende Pensum: eine Predigt aller drei Wochen, später aller zwei Wochen, Führung eines Jugendkreises, vier Stunden Christenlehre pro Woche, von Zeit zu Zeit Übernahme einer Bibelstunde, gelegentliche Übernahme einer Trauung und Beerdigung - ist allerdings enorm! Die vorhandenen Berichte sowohl der Praktikanten als auch der Praktikumsleiter bezeugen, daß den Erwartungen durchaus entsprochen wurde.

Auf das Praktikum folgt ein weiteres Jahr in der Schule, nach drei Ausbildungsjahren dann die Prüfung. Für weitere fünf Jahre ist der Besuch der immer im April stattfindenden Predigerrüste für alle verbindlich (letztmalig im Jahr 1981 durchgeführt). Die Lehrenden sind Rektor Reusche (ab 1950 mit der Leitung beauftragt), Propst D. Staemmler (Propst des Kurkreises und ab 1951 zugleich wieder Direktor des Predigerseminars im Augusteum) und ab 1950 Dr. Horst Orphal als Inspektor, dazu einige nebenamtliche Dozenten, die als Pfarrer in der unmittelbaren Umgebung von Wittenberg Dienst tun, aber auch der Leiter der Lutherhalle Prof. Thulin und KMD Aps. Eine Arbeitseinheit "Sprechübungen" gehört von Anfang an zum Programm, ebenso eine diakonische Aufgabe für jeden Schüler im Paul-Gerhardt-Stift in Wittenberg.

Typisch für die Predigerausbildung ist (so Inspektor Michael, seit 1956 Nachfolger von Dr. Orphal, brieflich) von Anfang an:

- a) der Praxisbezug durch die tägliche Bibelarbeit und die katechetischen und homiletischen Aufgaben in den Gemeinden,
- b) die Mühe um geistliches Leben in den täglichen Morgen- und Abendandachten und die *vita communis* im Internat mit großer Nähe zu Rektor und Inspektor,
- c) das Einbeziehen der Verlobten oder Ehefrauen der Schüler in der jährlich stattfindenden Rüstzeit am Ende des Sommersemesters.

## **Erfurt 1960 - 1993**

Der Wechsel der Schule nach Erfurt in das im Wiederaufbau befindliche Augustinerkloster wurde notwendig, weil das in Wittenberg im Augusteum seit 1871 untergebrachte Predigerseminar der Preußischen Landeskirche inzwischen wieder eröffnet worden war und seinen angestammten Platz selbst benötigte. Gleichzeitig erwies sich eine Veränderung der Strukturierung der Ausbildung als erforderlich, die Zeiten hatten sich im Vergleich zu den "Gründungsjahren" nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erheblich geändert. Infolgedessen gab es auch in Erfurt bezeichnende Unterschiede. In Stichworten: In der Theologie herrschte anfangs die Dominanz der exegetischen Wissenschaft mit dem Wiederaufleben der historischen Fragen ("*postbultmannian situation*") - aufgenommen durch die Akzentuierung der Schule von dem 1963 dahin berufenen Rektor Gutjahr, damit verbunden der Ausbau des Griechischunterrichts mit dem Ziel, das NT im Urtext lesen zu können, das auch weithin erreicht wurde. Später folgte der Einfluß der Humanwissenschaften - besonders Psychologie und Soziologie - auf die Theologie, der zu den "horizontalen Tendenzen" führte, sowie das Herüberschwappen revolutionärer Ideen der "Achtundsechziger", die von einem Teil der Studenten lebhaft aufgegriffen wurden und so das Gesicht der Schule, nicht aber ihr eigentliches Profil veränderten. Die Probleme des Lebens und der Gesellschaft - Fragen nach Autorität, Sexualität, die Rolle der Frauen - verlangten ihr Recht und damit eine stärkere Berücksichtigung im Lehrprogramm. So kamen neben den vorhandenen Praktika (katechetisches nach dem dritten, homiletisches nach dem sechsten Semester) verstärkt Praxisbezüge in den Semesterablauf in Gestalt von regelmäßigen Einsätzen in der Erfurter Stadtmission, von Kurzpraktika und Arbeitseinsätzen von allen zu Semesterbeginn.

Schließlich ist die für die Schule in Erfurt verbindlich gemachte gemeinpädagogische Konzeption zu nennen als Folge der von der Bundessynode in Auftrag gegebenen Arbeit der Ausbildungskommission, die eine Reform für die gesamte von der Kirche verantwortete Ausbildung (nicht nur der Theologen) vorbereiten sollte - daran aber leider scheiterte.

Unter dem Rektorat von Pfarrer Ammer und im Fach Gemeinpädagogik von Propsteikatechet Köstlin wurde dies alles in die Tat umgesetzt. Dem diente auch der seit 1983 geltende Dekadenrhythmus (s.u.).

Andere Zeiten, andere Fragen, andere Aufgaben, andere Studenten, immer aber das gleiche Ziel: Ausbildung für die Arbeit in der Kirche und Gemeinde, die in der Umgebung DDR mehr und mehr zur Minderheit wird und immer weniger mit traditionellen Formen von Glauben und Frömmigkeit rechnen kann. Aus diesem Grund wird Modell für den Theologen/die Theologin in der Gemeinde nicht so sehr ein Träger/eine Trägerin eines "Amtes" (mit vornehmlich monologischer Verkündigung), sondern eher der Fachmann/die Fachfrau für Theologie im Gespräch mit anderen Mitarbeitern und Gemeindemitgliedern im Dialog auf der Suche nach den besten Argumenten und den am ehesten gangbaren Wegen: der Gemeindepädagoge/die Gemeindepädagogin. Seit "Predigerschüler" und Theologen der sechs Sektionen der Universitäten nach bestandenen ersten Examen und ihrem Lehrvikariat gemeinsam die Predigerseminare besuchen und auch in der zweiten theologischen Prüfung (dem Examen *pro ministro*) gemeinsam antreten, zeigt sich, daß das von der Predigerschule verfolgte Konzept durchaus sinnvoll ist und eine gute, in Teilen vielleicht sogar dem universitären Studium überlegene Ausbildungsform darstellt. Denn hier wird - nach einer humorvollen, aber treffenden Formulierung von Rektor Dr. Henschel - unterrichtet und gelernt "möglichst wenig von dem, was man später ohnehin nicht braucht."

Die Bewerber sind in den Erfurter Jahren meist jüngere Leute (zwischen 22 und 30 Jahren alt). Viele von ihnen stammen aus christlichen Elternhäusern, sind Glieder der Jungen Gemeinde und werden deshalb nicht zur Erweiterten Oberschule (die allein zum Abitur führt) zugelassen, weil sie nicht an der Jugendweihe teilgenommen haben und/oder nicht Mitglieder des Jugendverbandes FDJ sind. Sie alle haben einen Beruf erlernt (die Planwirtschaft in der DDR hat es möglich gemacht), diesen aber häufig nicht gewünscht und wechseln daher gern. Ohne Abitur ist für sie der Weg zu den drei kirchlichen Ausbildungsstätten mit akademischen Level in Berlin, Leipzig und Naumburg (alle drei werden erst von der letzten Regierung der DDR als Kirchliche Hochschulen anerkannt) nicht offen. Oft haben gerade sie eine starke geistliche Motivation, und es wäre bedauerlich, wenn sich die Kirche dieses Potentials begäbe, nur weil es bisher nicht üblich war, ohne Abitur und akademisches Studium zum Pfarramt zu gelangen (Argument OKR Dr. von Rabenau für die Predigerschulausbildung). Weiterhin ist nicht einzusehen, warum in einer Zeit, in der viele ihren erlernten Beruf nicht (mehr) ausüben, sondern in einen anderen wechseln, dies beim Pfarrberuf nicht möglich sein soll - zumal der Entschluß zum Berufswechsel in einem höheren Lebensalter in der Regel gut überlegt ist und stabil bleibt.



Als junge Menschen, die von der charismatischen Bewegung erfaßt sind, zur Predigerschule kommen, bedeutet dies eine Bereicherung, zugleich aber auch eine Belastung für das gemeinsame Leben und Theologisieren. Gibt es doch gleichzeitig auch Bewerber und Studierende, die aus einer atheistischen oder völlig kirchenfremden Umgebung kommen, durch Kirchentage oder neuerdings in der Kirche vorfindliche "Gruppen" zu Glauben und Gemeinde gefunden haben und deswegen wenig Verständnis für charismatisch orientierte Frömmigkeit oder Theologie aufbringen. Dennoch werden die Spannungen im allgemeinen verkraftet. Bis zum Ende der Schule gibt es einige Bewerber, die nahe an den für die Aufnahmemöglichkeit als Altersgrenze gesetzten 40 Jahren stehen und so bereits reiche Lebens- und Berufserfahrungen mitbringen.

Aufs Ganze gesehen kann man sagen, im Vergleich zu Wittenberg hat bei den Studierenden ein Generationswechsel stattgefunden. Der Lehrkörper besteht ausnahmslos aus Leuten, die aus dem Pfarramt kommen (erst drei, dann vier hauptamtliche Dozenten). Was sie lehren, haben sie selbst erprobt, ihre Theologie ist bestimmt von ihrer pfarramtlichen Arbeit und diese wiederum wird geprägt von den theologischen Erkenntnissen und Entscheidungen ihrer Lehrtätigkeit. Die Studenten haben jederzeit die Möglichkeit, die Gemeinden ihrer Dozenten zu besuchen und die ihnen vorgetragene Theorie praktisch zu erleben.

Das gemeinpädagogische Profil soll den Studenten ein Mitspracherecht bei der Auswahl und Gestaltung des Stoffes ermöglichen - in der DDR mit ihren parteiamtlichen Restriktionen in allen Bereichen eine seltene Ausnahme. Der seminaristische Stil mit festen Unterrichtsgruppen, -zeiten und -plänen (wie schon in Wittenberg) wird beibehalten. Der seit 1983 geltende Rhythmus von acht Dekaden pro Semester mit etwa 50 Unterrichtsstunden (Dienstag 8h bis Donnerstag der folgenden Woche 13h) schließt den gemeinsam erlebten Sonntag ein. Jede Dekade wird mit einer Abendmahlsandacht eröffnet. An jedem Tag findet mittags eine Andacht statt, die von Studenten gestaltet wird, und zu der die Besucher des Augustinerklosters eingeladen sind. Das in der Mitte der Ausbildung angesiedelte gemeinpädagogische Praktikum im 5. Semester wird im 4. gut vorbereitet und im 6. intensiv ausgewertet. Es bedeutet eine erste Bewährungsprobe in der Gemeinde. Im Vordergrund steht die Arbeit mit Kindern und ihren Eltern, mit Jugendlichen und Jungen Erwachsenen bei Familiengottesdiensten, Familientagen, Rüstzeiten, Hausbesuchen. Es gibt aber auch traditionelle Gemeindegarbeit, allerdings ohne Predigtaufgaben. Dieses halbe Jahr läßt Stärken und Schwächen der Praktikanten erkennen und bedeutet immer einen

starken Motivationsschub für die folgenden Semester, nicht selten auch für den Wunsch nach dem späteren Einsatz in der Gemeindearbeit.

Durch die Zwischenprüfung nach dem vierten Semester in den Fächern Griechisch, Bibelkunde, Philosophie und Kirchengeschichte (bis 1900) ist ein gutes Fundament gelegt und sind die höheren Semester entlastet, wobei aber Dogmatik und Gemeindepädagogik von Anfang unterrichtet werden.

Auch Elemente der studentischen Selbstverwaltung schließt die gemeindepädagogische Konzeption ein. Sollten doch bereits die Studierenden den in der Gemeindearbeit so dringend benötigten Dialog und die Bereitschaft und Fähigkeit zu Zusammenarbeit mit anderen und oft recht unterschiedlichen Begabungen und Besonderheiten kennen und aushalten lernen.

Wichtig ist schließlich die Bindung aller Studenten an eine bestimmte Kirchgemeinde in der Stadt oder Umgebung für die Dauer der gesamten Ausbildung. Hier werden die homiletischen Aufgaben als Lektor, Liturg und Prediger erfüllt und - wenn es gut geht - Kontakte zu Kreisen und Mitarbeitern dieser Gemeinde hergestellt. Gottesdienst der Schule zu Beginn und Ende jeden Semesters sowie ökumenische Besuche an je einem Sonntag im Semester vertiefen die geistliche Komponente. Gastvorlesungen, Studienfahrten, Feste und Feiern runden das Konzept ab, Theologie, Kirche, Glauben, Alltag, Leben und Frömmigkeit möglichst nahe aneinander zu bringen.

Gute Kontakte bestehen zu Kirchenleitung und Konsistorium in Magdeburg, aber auch zu allen anderen Kirchen des Bundes, die Studierende in der Schule haben. Durch regelmäßige Besuche aus dem Predigerseminar der EKHN in Herborn sowie aus der Patengemeinde Dortmund-Kirchhörde (durch persönliche Bekanntschaften entstanden) kommen Hilfen in Gestalt von Büchern, dem in der DDR stets als Engpaß bestehendem Büromaterial, zu aller Freude auch Kaffee, vor allem aber die Erfahrung, nicht allein gelassen zu sein. Nach dem Fall der Mauer werden Besuche auch in Richtung Ost nach West möglich und dankbar genutzt.

Jährliche Treffen mit dem Paulinum und aller zwei Jahre stattfindende Begegnungen mit den Kollegien der Seminare der Methodisten in Klosterlausnitz und der Baptisten in Buckow bringen interessante Akzentuierungen der jeweiligen Ausbildungsformen zur Kenntnis. Kontakte zum KOS Naumburg sind selbstverständlich und regelmäßig.

Schriftverkehr, Gespräche und Verhandlungen mit städtischen und staatlichen Dienststellen ergeben sich bei Wohnungsfragen, Anträgen auf Freistellung vom Wehrdienst, den Anträgen auf Ermäßigung für Reichsbahnfahrkarten. Sie

unterscheiden sich nicht von denen, die diese mit anderen kirchlichen Organen oder Dienststellen führen.

Das MfS beobachtet die Schule, wie sich inzwischen aus den Unterlagen ergibt, greift aber nicht in ihr Leben ein. Eine besondere Akte „Predigerschule“ gibt es (bis jetzt) nicht.

Fragt man abschließend noch einmal nach dem Proprium dieser Ausbildungsform, so ist zu antworten:

1. für die Bewerber als Voraussetzung das höhere Lebensalter (zwischen 20 und 40 Jahren), eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine mindestens einjährige Erfahrung in diesem Beruf; die persönlich vertretene Motivation für den Berufswechsel,
2. für die Ausbildung die geistliche Komponente als integrativer Bestandteil, verbunden mit Praxiselementen von Anfang an, einem gemeindepädagogischen Praktikum in der Mitte der Studienzeit, einer Zwischenprüfung nach dem vierten Semester sowie der Bindung eines jeden Studenten an eine Kirchengemeinde für die gesamte Dauer der Ausbildung,
3. die Möglichkeit der *vita communis* im Internat der Ausbildungsstätte für alle, die das wünschen; Einüben in das Leben der Gemeinde und Gemeinschaft durch Studienfahrten, Feste und Feiern; Mitbestimmung des Semestergeschehens in der Schulvollversammlung,
4. der enge Kontakt zwischen Predigerschule und Kirche(n), der für Lernende und Lehrende gleichermaßen gilt - kein erhaltenswertes Erbe?

# Die Theologische Hochschule Friedensau

## Eine freikirchliche Hochschule\*

**Baldur Ed. Pfeifer**

### **Allgemeine historische Entwicklung**

Mit der staatlichen Anerkennung der Theologischen Hochschule Friedensau (ThHF) 1990 durch die freie und demokratisch gewählte Regierung der ausgehenden DDR erhielt die Hochschullandschaft in Deutschland eine weitere Hochschulvariante. Historisch gesehen war es bislang nur den großen Kirchen möglich, private Hochschulen zu unterhalten. Erst in der jüngsten Geschichte konnten auch Religionsgemeinschaften Hochschulen gründen.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die 1876 in Deutschland gegründet wurde, unterhielt während des letzten Jahrhunderts drei theologische Seminare (Friedensau, Marienhöhe und Neandertal), konnte diese aber nicht zu einer staatlichen Anerkennung führen. In den Vereinigten Staaten von Amerika beteiligte sie sich wie alle anderen Freikirchen an der Entwicklung einer Hochschullandschaft mit zahlreichen Colleges und Universitäten, die in Forschung und Lehre den europäischen staatlichen Hochschulen nichts nachstehen. Der Anteil der Freikirchen an der Entwicklung des freien und unabhängigen Hochschulwesens Amerikas ist hierzulande nur ungenügend bekannt.

In Deutschland dagegen führten die freikirchlichen theologischen Seminare ein Schattendasein. Im Kaiserreich war an eine staatliche Anerkennung überhaupt nicht zu denken. Unter der Weimarer Reichsverfassung standen die Chancen schon besser, doch die Zeit bis 1933 war zu kurz, um Rechte einzuklagen. Die Kluft zwischen dem Anspruch der Verfassung und derer realer Durchsetzbarkeit war zu groß. Schon allein die Beantragung des Status der Körperschaft des öffentl. Rechts erwies sich als eine unzumutbare Tortur. Die Adventisten beantragten sie 1919, unmittelbar nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung, erhielten sie aber erst 1950. In der deutschen Geschichte mußten eben be-

---

\* erstveröffentlicht in hso 4/1995

stimmte Staatsformen erst untergehen, bevor Minderheiten ihre Rechte erlangen konnten.

Die Adventisten regelten zunächst die Entwicklung ihrer Seminare intern. Diplome waren deshalb nicht anerkannt. Wer sich als Freikirchler um einen Titel bemühen wollte, absolvierte eben noch ein Zusatzstudium an einer deutschen Hochschule oder besuchte unter hohem Kostenaufwand eine freikirchliche Hochschule in den USA. Dann bahnten sich aber auch schon in den 70er Jahren Lösungen an, wobei von Fall zu Fall einzelne Absolventen an staatlichen Hochschulen über eine Einstufungsprüfung zugelassen wurden. Später wurden sogar Vereinbarungen mit Fakultäten angestrebt. Für die adventistischen Seminare in Ost- und Westdeutschland löste sich aber das Problem durch eine Kooperation mit der Andrews University, Michigan. Danach bestimmte die amerikanische Hochschule das akademische Niveau und garantierte dafür die Anerkennung von Leistungen. Nach einem vorgeschriebenen Mindestaufenthalt an der amerikanischen Einrichtung konnte ein Kandidat sein Studium mit einem anerkannten Grad abschließen, der dann in der Bundesrepublik dank einer Gleichwertigkeitsbescheinigung zur Berechtigung der Titelführung führte, ein recht umständlicher und kostspieliger Umweg.

Das Schattendasein der deutschen freikirchlichen Seminare hatte auch zur Folge, daß sie sich nicht in dem gesamten Spektrum ihres Selbstverständnisses wissenschaftlich entwickeln konnten. Das brachte natürlich wesentliche Nachteile mit sich. Einwirkungen auf nichttheologische Gebiete waren so gut wie ausgeschlossen. Vor allem eine Beteiligung an der Gestaltung von Demokratie und Frieden, an der sie in den Vereinigten Staaten maßgeblich beteiligt waren, war nicht gegeben. Der Anteil an der Forschung blieb gering, wobei in den Americas und in der Dritten Welt beispielhafte Leistungen in den Forschungsbereichen Menschenrechte, Pädagogik, Gesundheitswissenschaft und Medizin erzielt werden konnten.

## **Die Entwicklung der ThHF**

Die Adventisten gründeten zunächst 1893 ein Seminar in Hamburg. Zunehmender Platzmangel sowie eine zukunftsorientierte pädagogische Ausrichtung veranlaßten 1899 die Verlegung nach Friedensau bei Magdeburg. Der derzeitige Campus von 153 ha umfaßt den Ort Friedensau, der außer einem Altenheim hauptsächlich aus der Hochschule besteht. Der Ort ist auch zugleich eine politi-

sche Gemeinde. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges kamen Studenten aus Deutschland, Osteuropa und dem Nahen Osten nach Friedensau. Sie waren später als Pastoren und Missionare in Europa, Afrika und Asien tätig. Seine internationale Bedeutung erlangte Friedensau erst wieder nach dem Krieg. Doch schon im „Dritten Reich“ mußten neue Einschränkungen der Lehrtätigkeit hingenommen werden.

*„Auch nach dem zweiten Weltkrieg blieb das Seminar Beschränkungen seitens der DDR- Regierung unterworfen. Dennoch konnte die theologische Arbeit fortgesetzt werden. Hinzu kamen eine kirchenmusikalische Ausbildung sowie ein einjähriger Lehrgang für Diakone und Sozialhelfer, den z. T. auch Studierende des Theologischen Seminars belegten. Ein Praktikum in den Anstalten Neinstedt, in denen geistig und körperlich Behinderte leben und vorbildlich betreut und ausgebildet werden, ermöglichte auch in der Zeit der DDR engagierte Sozialarbeit“.<sup>1</sup>*

Eine Öffnung nach außen erlebte Friedensau erst wieder, als zu Beginn der 80er Jahre Studenten aus Osteuropa, der Sowjetunion und den afrikanischen Ländern Angola und Mocambique zum Studium in Friedensau zugelassen werden konnten. Jedoch erst die politische Wende 1989 eröffnete Friedensau neue und unvorhersehbare Perspektiven. 1990 erfolgte die staatliche Anerkennung durch die demokratisch gewählte Regierung der DDR. Dies hatte zur Folge, daß die beiden noch bestehenden theologischen Seminare in West- und Ostdeutschland zusammengelegt wurden, so daß in Friedensau eine gemeinsame Hochschule der Adventisten in Deutschland entstand.

Als Hochschule in privater Trägerschaft stehen Friedensau derzeit keine staatlichen Zuschüsse zur Verfügung. Studiengebühren werden erhoben; das Trimestersystem ermöglicht eine optimale Ausnutzung der Studienzeit. Der Lehrkörper besteht größtenteils aus Teilzeitdozenten, von denen wegen dem hohen Ausländeranteil der Studierenden (50%) Auslandserfahrungen erwünscht sind.

Im Fachbereich Theologie haben 80% der Lehrenden im Ausland studiert oder gelehrt, im Fachbereich Christliches Sozialwesen sind es 40%. Die Studentenschaft besteht aus 24 Nationen.

---

<sup>1</sup> Die Theologische Hochschule Friedensau, Studium und Forschung in Sachsen-Anhalt. Landesrektorenkonferenz Sachsen- Anhalt, 1993. S. 58.

## Die Ausrichtung der ThHF

*„Die Theologische Hochschule Friedensau fühlt sich dem christlichen und besonders dem protestantischen Erbe verpflichtet. Sie dient der Freikirche der Siebenten-Tages-Adventisten in Deutschland, in Europa und in den Entwicklungsländern. In einer Zeit ökumenischer Kontakte ist sie offen für Studierende anderer Glaubensgemeinschaften und Weltanschauungen, die eine christliche Ausbildung suchen.“<sup>2</sup>*

*„Das Studium an der ThHF hat das Evangelium von Jesus Christus zum Mittelpunkt, wie es in der Heiligen Schrift bezeugt ist. Die Bibel gilt als zentrale und verbindliche Offenbarung Gottes. Das inspirierte Wort gibt dem christlichen Leben Wegweisung und der Geschichte der Menschheit ihren Sinn.“<sup>3</sup>*

Der Pädagogik liegt ein ganzheitliches Menschenbild zugrunde, das Körper, Seele, Soziales und Geist umfaßt und dem Motto „Kopf, Hand, Herz“ Rechnung trägt. Eine einseitige akademische Ausbildung soll deshalb vermieden werden. Körperliche Betätigung durch handwerkliches Arbeiten und Sport sind ebenso Bestandteil des Studiums wie musische, kulturelle und gemeinschaftsbildende Aktivitäten.

Die Studierenden werden zum Dienst am Nächsten vorbereitet und nehmen Anteil an den Problemen der säkularen Gesellschaft mit ihren globalen Herausforderungen in Ökologie, Wirtschaft und Politik. Sinnggebung und Diakonie sind die zentralen Aufgaben der Pädagogik.

## Lehre und Forschung

Die ThHF unterhält die Fachbereiche Theologie, Christliches Sozialwesen, das Institut für Sprachen, das Institut für Musik und weitere fünf Forschungseinrichtungen.

Der Fachbereich Theologie besteht aus sechs Abteilungen: Altes Testament, Neues Testament, Historische Theologie, Systematische Theologie, Pastoraltheologie und Weltmission/Gemeindeaufbau. Das Studium führt zu den Abschlüssen Dipl.-Theol. und Magister der Theologie.

---

<sup>2</sup> Rektorat der Theologischen Hochschule Friedensau (Hg.), Theologie, Personen und Studienverzeichnis. Friedensau: 1994. S. 11.

<sup>3</sup> ebda.

Zunächst werden die klassischen theologischen und praktischen Fächer sowie wissenschaftliche Methoden angeboten, die den Theologen in die Lage versetzt sollen, Fragen des heutigen Menschen bezüglich der christlichen Botschaft zu beantworten und das Evangelium in Predigt und Lehre, Gemeinschaft und Dienst zu vermitteln. Darüber hinaus sollen die Belange der Weltmission gefördert sowie das Verständnis und der interkulturelle Dialog zwischen den verschiedenen Weltanschauungen, Religionen und Konfessionen vertieft werden. Dazu ist es erforderlich, die Zusammenhänge der modernen Welt und ihre Beziehungen zu Gemeinde und Mission zu verstehen, die kulturellen Einflüsse und gesellschaftlichen Faktoren zu analysieren und die Möglichkeiten und Wege zeitgemäßer Evangelisation in einer säkularisierten, entkirchlichten und urbanisierten Gesellschaft zu erforschen.

Der Fachbereich Christliches Sozialwesen bietet folgende Schwerpunkte an: Gesundheits- und Familienpflege, Sozialarbeit in den Entwicklungsländern, Diakonie und Allgemeine Sozialarbeit. Er führt zum Grad Dipl.-Soz.-Arb.

*„Ziel der Ausbildung ist nicht nur die professionelle Qualifizierung durch berufsbezogene Techniken und Fertigkeiten, sondern vor allem die Verdeutlichung der Verantwortung für den Einzelnen und die Gesellschaft. Der Studiengang betont die enge Verknüpfung von wissenschaftlicher Theorie und persönlicher Kompetenz. In der modernen Gesellschaft rückt die Arbeit im sozialen Bereich immer mehr in den Mittelpunkt. Zum einen soll damit Personen und Gruppen, die am Rande stehen, ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden; zum anderen geht es darum, diejenigen, die ihre persönliche Aufgaben im sozialen Engagement sehen, auszubilden und zu unterstützen.“<sup>4</sup>*

*„Das Christliche Sozialwesen möchte dazu seinen besonderen Beitrag leisten, indem es interessierten Menschen zu einer positiven Sinndeutung des eigenen Lebens verhilft. Darüber hinaus will es Orientierungshilfen geben, wie man den Nöten und Problemen der Menschen in der westlichen Wohlstandsgesellschaft wie auch in den Entwicklungsländern aus christlicher Verantwortung heraus wirksam begegnen kann.“<sup>5</sup>*

Das Institut für Sprachen bereitet ausländische Studenten, die akademisch zugelassen sind, auf die deutsche Sprache vor, damit das Studium reibungslos verlaufen kann. Zugleich führt es die Theologiestudenten zum Graecum und Hebraicum. Das Institut für Musik unterstützt zusätzlich die beiden Fachberei-

---

<sup>4</sup> Rektorat der Theologischen Hochschule Friedensau (Hg.), Christliches Sozialwesen, Personen- und Studienverzeichnis. Friedensau: 1994. S. 13.

<sup>5</sup> ebda.



che mit unterschiedlichen musikalischen Angeboten oder bereitet sie auf ein Musikstudium vor.

An der Theologischen Hochschule Friedensau sind fünf Forschungseinrichtungen angesiedelt:

1. *Archiv für Europäische Adventgeschichte*

Hier stehen Themen der Adventistika zur Diskussion; Forschungen werden in der Reihe „Archives of International Adventist History“ veröffentlicht.

2. *Institut für Religionsfreiheit*

Dieses Institut beschäftigt sich mit dem gesamten Spektrum der Religionsfreiheit. Ausgehend vom Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, bemüht sich dieses Institut, die Religionsfreiheit aus der historischen, theologischen, rechtlichen und politischen Perspektive zu bedenken. Das Institut wird von der Deutschen Vereinigung für Religionsfreiheit gefördert. Veröffentlichungen erscheinen in der Fachzeitschrift *Gewissen und Freiheit*.

3. *Institut für Altes Testament und Archäologie*

Die Forschungen dieses Instituts beschäftigen sich hauptsächlich mit der Moabitik. Ausgrabungsstätten werden in Jordanien unterhalten.

4. *Institut für Gemeindeaufbau und Weltmission*

Dieses Institut bemüht sich um eine integrierte Kinder-, Jugend- und Gemeindepflege.

5. *Institut für Entwicklungszusammenarbeit*

Die wissenschaftliche Begleitung von Projekten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit stehen im Vordergrund und werden in Kooperation mit der University of Eastern Africa (Baraton, Kenia) durchgeführt. Die Schwerpunkte liegen in Osteuropa und Ostafrika.

# **Katholische Theologie in der DDR**

## **Chance, Grenze, Selbstverständnis\***

**Konrad Feiereis**

### **Die Gründung von Hochschule und Priesterseminar in Erfurt**

Bis zum Ende des II. Weltkrieges besaß die katholische Kirche im Osten Deutschlands zwei theologische Fakultäten: in Breslau und in Braunsberg/Ostpreußen. In Mitteldeutschland - dem Territorium der späteren DDR - gab es nach der Reformation lediglich in Erfurt eine katholisch-theologische Fakultät; sie hörte mit der Schließung der Universität durch Preußen im Jahre 1816 auf zu existieren. In diesem Territorium bildeten die Katholiken bis 1945 nur einen geringen Anteil - etwa 6% - an der Bevölkerung; etwa 85 bis 90% der Einwohner gehörten vor dem Kriegsende einer der evangelischen Landeskirchen an.

In Breslau wurde seit dem Jahre 1703 katholische Theologie gelehrt. Die dortige Universität „Leopoldina“ besaß daneben nur eine philosophische Fakultät; der Jesuitenorden übte die Leitungsfunktion aus. Im Oktober 1810 wurde die Universität in Berlin eröffnet. Obwohl Wilhelm von Humboldt die Regierung zur Zurückhaltung mahnte, wurde dennoch die Universität Frankfurt/Oder - die Viadrina - mit der Breslauer Universität durch Kabinettsordre vom 24.4.1811 vereinigt und nach Breslau verlegt. Die neue „Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität“ wurde schon am 19.10.1811 als Volluniversität mit fünf Fakultäten eröffnet. Hier errichtete der preußische Staat neben der katholischen auch eine evangelische Fakultät; bisher galt es in Deutschland als ungewöhnlich, daß eine Universität zwei theologische Fakultäten besaß: nur in Erfurt - bis 1816 - und in Heidelberg - in der Form reformierter Theologie - waren beide Kirchen vertreten.<sup>1</sup>

Am Ende des II. Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren strömten Millionen von Heimatvertriebenen in das Gebiet der Sowjetischen Besatzungs-

---

\* erstveröffentlicht in hso 4/1995

<sup>1</sup> Vgl. dazu E. Kleineidam. Die katholisch-theologische Fakultät der Universität Breslau 1811-1945. Köln 1961, 9-19.

zone ein. Um 1949/50 lebten auf dem Territorium der soeben gegründeten DDR 4 300 000 Flüchtlinge. Davon waren 1 900 000 katholisch. Die Katholiken machten in dieser Zeit mit einer Gesamtzahl von 2 800 000 etwa 14% der Bevölkerung aus.<sup>2</sup> Die Errichtung von Ausbildungsstätten, besonders einer theologischen Fakultät, wurde für die Kirche zu einer Frage des Überlebens. Der „kalte Krieg“, die Unterbrechung der Verbindungswege nach Berlin und die Gründung zweier deutscher Staaten ließen deutlich werden, daß die christlichen Kirchen im ostdeutschen Staat auf sich allein gestellt bleiben würden. Von 1945 an ging, wer im Osten Deutschlands, der SBZ, wohnte und katholische Theologie studieren wollte, an eine Fakultät in den drei Westsektoren. Eine Rückkehr in die SBZ schien zunächst - wenn auch oft mit Schwierigkeiten - prinzipiell möglich. Am 1. Oktober 1951 aber sprach die Regierung der DDR ein generelles Verbot der Rückkehr in die DDR aus. Damit war die katholische Kirche von ihrem Nachwuchs bei der Theologenschaft und vielen Mitarbeitern im kirchlichen Dienst völlig abgeschnitten. Dieses Rückkehrverbot machte zugleich alle Versuche zunichte, die begonnenen Verhandlungen über die Errichtung einer Fakultät zum erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Der katholische Episkopat in Deutschland hielt bis zum Ende der DDR an seiner Einheit fest. Die Bischöfe in Ostdeutschland blieben Mitglieder der „Fuldaer Bischofskonferenz“, auch als ihnen die Teilnahme an den Sitzungen nicht mehr möglich war. Zur Lösung der in der DDR anstehenden Probleme schlossen sie sich aber seit Juli 1950 zu einer eigenen Bischofskonferenz zusammen, die fast über die ganze Zeit unter dem Vorsitz des Bischofs von Berlin tagte. Dieser bestellte Vertrauenspersonen, welche mit den Vertretern des Staates, der Regierung, der Ministerien - auch mit denen des MfS - Verhandlungen zu führen hatten.

Unter ihnen nahm der Leiter des Caritasverbandes in Berlin und 1951 zum Bischof des Bistums Meißen ernannte Heinrich Wienken eine herausragende Stellung ein. Er vertrat die Angelegenheiten der Kirche nicht nur bei den Dienststellen der DDR, sondern auch beim Alliierten Kontrollrat und bei der sowjetischen Besatzungsmacht, von der er annahm, daß gegen deren Willen nichts durchgesetzt werden könne. Er stellte den Sowjets die Frage, ob sie zu einer

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu J. Pilvousek: Flüchtlinge, Flucht und die Frage des Bleibens. Überlegungen zu einem traditionellen Problem der Katholiken im Osten Deutschlands. In: Die ganz alltägliche Freiheit. Christsein zwischen Traum und Wirklichkeit. Erfurter Theologische Studien Bd. 65. Leipzig 1993, 9-23.

langfristigen Duldung des Christentums in der DDR bereit wären; hiervon hänge ab, ob es der Kirche gestattet würde, ihren eigenen Nachwuchs auszubilden. Wienken muß von den Sowjets positive Signale erhalten haben, denn es gelang ihm sogar, im selben Jahr 1951 die Zustimmung der Rektorenkonferenz der Universitäten und Hochschulen der DDR für die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät zu erhalten. Diese schlug der Kirche die Universitäten von Halle oder Leipzig vor. Wienken nahm an, daß das ökumenische Klima in Halle weniger günstig sei und entschied sich für die Universität Leipzig. Damit wäre zu den sechs evangelisch-theologischen Fakultäten an den Universitäten in der DDR eine theologische Fakultät der katholischen Kirche hinzugekommen. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch kurz vor seiner Realisierung.<sup>3</sup>

Denn nach dem Tod von Kardinal Preysing übernahm am 4. Juni 1951 Wilhelm Weskamm die Leitung des Bistums Berlin und bald danach den Vorsitz der Berliner Ordinarienkonferenz. Das Verbot einer Rückkehr in die DDR von Bürgern, die nach dem Westen gegangen waren, wie auch die unverkennbaren Anzeichen eines immer militanteren Atheismus bewogen Weskamm dazu, die Gründung einer vom Staat völlig unabhängigen kirchlichen Hochschule anzustreben. Auch in der evangelischen Kirche wurden drei völlig in der Verantwortung der Kirche stehende Hochschulen in Berlin (Ost), Leipzig und Naumburg errichtet.

Am 4. Dezember 1951 beschloß die Berliner Ordinarienkonferenz die Gründung einer „gemeinsamen philosophisch-theologischen Lehranstalt in Konviktsform“; sie sollte ihren Sitz in Berlin-Biesdorf haben. Auf ein Protestschreiben der Kirche hin sicherte der damalige Ministerpräsident Grotewohl zu, daß die in der DDR beheimateten, im Westen studierenden Theologen „auf Antrag zum Studium an der katholischen theologischen Hochschule in der DDR zugelassen werden“. Noch im Dezember 1951 begannen alle erdenklichen Vorbereitungen für die Gründung der Hochschule in Berlin-Biesdorf. Die Räumlichkeiten - teils in der Obhut der Kirche, teils aber auch in der des Staates -, wurden bereitgestellt und renoviert. Als Rektor der Hochschule und Regens des Priesterseminars war Prof. Dr. E. Kleineidam, der die gleiche Tätigkeit an der Hochschule und im Priesterseminar in Königstein/Taunus ausübte, berufen worden, ebenso die ers-

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu E. Kleineidam: Vorgeschichte, Gründung und Aufbau des Regionalpriesterseminars Erfurt. Eine fragmentarische Chronik. In: Denkender Glaube in Geschichte und Gegenwart. Festschrift aus Anlaß der Gründung der Universität Erfurt vor 600 Jahren und aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt. Erfurter Theologische Studien Bd. 63, 97-116.

ten Professoren und Dozenten. Die staatlichen Stellen legten kaum Hindernisse in den Weg.

Am 7. April 1952 teilte Bischof Weskamm dem Ministerpräsidenten mit, daß in Berlin-Biesdorf eine kirchliche Lehranstalt errichtet werde, für welche die Hochschulen in Deutschland den wissenschaftlichen Maßstab bilden sollten. Im Mai würden die ersten drei Semester mit dem Studium beginnen; im Oktober 1952 rechne man mit 300 Theologiestudenten, jährlich mit 60 bis 70 neuen Immatrikulationen. Weskamm schrieb an Grotewohl: „Von diesem Plan der Errichtung einer kirchlichen akademischen Lehranstalt... bitten wir, zustimmend Kenntnis zu nehmen“. Für den 6. Mai war die feierliche Eröffnung angesetzt. Der stellvertretende Ministerpräsident Nuschke (CDU) hatte sein Erscheinen und ein Grußwort der Regierung zugesagt.

Doch am 2. Mai ließ Grotewohl der Kirche mitteilen, daß die Regierung keinesfalls der Errichtung dieser Hochschule in Berlin zustimmen werde; mögliche Zuwiderhandlung würde als „casus belli“ betrachtet. Das Verbot wurde damit begründet, daß das Staatssekretariat für Hochschulwesen nicht in die Verhandlungen einbezogen und daß von Staat und Kirche vorausgesetzt worden sei, die neue Lehranstalt werde auf dem Boden der DDR errichtet; Berlin aber gehöre nicht zum Territorium der DDR.<sup>4</sup>

Die Bischöfe suchten nach Ausweichmöglichkeiten im Berliner Raum, in Neuzelle an der Oder, in Magdeburg, in Ohrdruf, in einem Kinderheim in Leipzig-Engelsdorf, schließlich im Ursulinenkloster in Erfurt, zu dem ein großes Schulgebäude gehörte, welches von der Stadt benutzt wurde. Die evangelische Kirche war bereit, im Magdeburger Gebiet Gebäude zu verpachten. Am 12. Mai 1952 bot der Erfurter Propst und Generalvikar Häuser in Erfurt an, die bisher als Schülerkonvikt, Waisenhaus, bischöfliche Verwaltung und Caritas der Diözese genutzt wurden. Dank dieser Hochherzigkeit konnte die Entscheidung gefällt werden, die Hochschule in Erfurt zu gründen. Noch aber fehlte die Zustimmung des Staates.

Das Verbot der Regierung der DDR hatte großes Aufsehen in ganz Deutschland erregt. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Frings von Köln, protestierte in aller Schärfe und nannte das Verbot „eine Knechtung des Gewissens und eine Knebelung der Rechte der katholischen Kirche“. Grotewohl antwortete darauf in einer besonderen Rede vor der Volkskammer am 23. Mai 1952. Er unterstellte der Kirche, daß sie sich nicht an das geltende Recht

---

<sup>4</sup> Über den Ablauf dieser turbulenten Tage und Wochen informiert E. Kleineidam, *Denken-der Glaube*, 100-109.

der DDR gehalten habe, ließ aber erkennen, daß die Regierung prinzipiell zu einer Genehmigung bereit sei.

Bischof Weskamm setzte inzwischen die Gründungsfeier in Erfurt für den 5. Juni fest, da die Studenten bereits mehr als ein halbes Jahr auf die Eröffnung des Semesters warteten. Am 31.5.1952 jedoch kam es zu einer harten Konfrontation zwischen dem Staatssekretär für Hochschulfragen, Prof. Harig, und dem Vertreter der Kirche, Prälat Zinke. Der Kirche wurde mitgeteilt, nur der Staat habe das Recht, Hochschulen zu eröffnen und Professoren zu ernennen. In dieser ausweglosen Situation suchte Otto Nuschke zu vermitteln. Er legte das Gesuch dem in diesen Tagen amtierenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht vor - Grotewohl war in Urlaub -, der wohl wußte, in welchem Dilemma er sich befand: erneutes Verbot oder Preisgabe eigener Grundsätze. Ulbricht teilte mit, daß er keine Einwände gegen die Eröffnung am folgenden Tag habe; die fehlenden Unterlagen sollten nachgereicht werden, „die Erlaubnis“ werde „bis zum 30.6.1952 erteilt“. Die neue Hochschule war also von Ulbricht für 26 Tage genehmigt worden!

Der feierliche Gründungsakt fand wie vorgesehen am 5. Juni statt. Prof. Kleineidam hatte am 23. Mai die DDR verlassen müssen, Prälat Zinke erhielt ebenfalls keine Genehmigung für eine Teilnahme in Erfurt. So nahm Bischof Weskamm selbst die Immatrikulation der ersten Theologen - es waren 38 an der Zahl - vor.

Er zog aus dem Konflikt mit dem Staat die schwerwiegende Konsequenz, endgültig auf die bisherige Konzeption einer öffentlichen, staatlich genehmigten Hochschule zu verzichten. Die neue Institution wurde als „Katholisches Priesterseminar Erfurt“ bezeichnet. Damit sollte gegenüber dem Staat deutlich gemacht werden, daß es sich um eine rein kirchliche Einrichtung handle. Am 13.8.1952 erklärte Grotewohl in einem Schreiben: „Auf dieser Rechtsgrundlage erkläre ich mein Einverständnis mit der Weiterarbeit des Katholischen Priesterseminars in Erfurt“; die Tätigkeit des Lehrkörpers dürfe nicht im Gegensatz zur Verfassung und den Gesetzen der DDR stehen.

Von jetzt an entfaltete sich das „Priesterseminar“ in zwei selbständig strukturierten Institutionen: dem eigentlichen Seminar, das als Alumnat bezeichnet wurde, welchem der Regens vorstand, und dem „Philosophisch-Theologischen Studium Erfurt“, welches die Fakultät mit Rektor, Professorenkollegium und Studentenschaft bildete. Beide blieben bis zum Ende der DDR von jeglicher Einflußnahme durch den Staat unberührt. Der Name „Studium“ knüpfte bewußt an die Tradition des „Studium Erfordense“ und somit an die Universität Erfurt

an und erschien nach außen hin als neutral gegenüber dem Ministerium für das Hochschulwesen. Studium und Alumnat unterstanden allein der Berliner Bischofskonferenz.

Bis zum Ende des Jahres 1952 erhielten außer Prof. Kleineidam, der im Juli mit Schwierigkeiten seitens der Behörden sein Amt als Rektor und Regens antreten konnte, weder ein Professor noch ein Student die Genehmigung zu einer Übersiedelung in die DDR. Erst zu Beginn des Jahres 1953 hörten diese Restriktionen für einige Zeit auf. Ende 1953 war der Aufbau des Professorenkollegiums abgeschlossen. Im Wintersemester 1953 studierten in Erfurt mehr als 200 Studenten Theologie, im Sommersemester 1959 waren es 278, eine Zahl, die erst wieder nach der Wende durch die zusätzliche Lehrerausbildung erreicht und übertroffen werden sollte. Der Propst von Erfurt stellte der Fakultät die Räume der Domgebäude mit dem herrlichen Kreuzgang zur Verfügung; so setzt sich hier eine jahrhundertealte Tradition fort, da diese Räume zuerst eine Domschule und seit 1392 die theologische Fakultät der alten Universität Erfurt beherbergt hatten.

### **Strukturen und Bedingungen des Theologiestudiums**

In der Sicht des Staates existierte in Erfurt ein Priesterseminar, in welchem die Kirche die Ausbildung ihrer Priester in eigener Kompetenz regelte. In dem Bewußtsein der Kirche dagegen war in Erfurt eine theologische Hochschule entstanden, welche sich an den Bedingungen und Strukturen der deutschen Hochschulen ausrichtete. Hier entstand bereits die Konfliktsituation, ob auch Studentinnen zum Studium zugelassen werden sollten. Im Jahre 1962 wurde für sie das „Edith-Stein-Seminar“ gegründet, welches für Frauen im kirchlichen Dienst bestimmt war und eine eigene Studien- und Prüfungsordnung besaß. In Ausnahmefällen wurden auch Studienkurse für Theologen eingerichtet, die nicht Priester wurden, aber von ihrem Bischof zum Studium delegiert worden waren. Diese prinzipielle Vorsicht hielten die Bischöfe für geboten, da sie dem Staat keine Handhabe für eine Einflußnahme bieten wollten. Die heute mögliche Einsichtnahme in die Akten von MfS, Regierung und Partei zeigt, welche Aufmerksamkeit die staatlichen Stellen stets den Institutionen in Erfurt zuteil werden ließen. Beispielsweise heißt es in dem Quartalsbericht 1/1988 des Leiters der BV des MfS Erfurt: „Es sind verstärkte Anstrengungen zur inoffiziellen Durchdrin-

gung des Priesterseminars Erfurt als einziger Ausbildungsstätte katholischer Amtsträger in der DDR zu unternehmen.“<sup>5</sup>

Voraussetzung für ein Studium in Erfurt war das Abitur. Wer das staatliche Abitur erworben hatte, mußte sich danach einem einjährigen Kurs unterziehen, um Latein und Griechisch zu lernen. Erst danach war die Immatrikulation in Erfurt möglich. Im „Norbertinum“ in Magdeburg besaß die Kirche aber auch eine Schule, die - zuerst in einem vierjährigen Kurs, dann in drei Jahren - zu einem ‘innerkirchlichen’ Abitur führte. Dieses Abitur wurde von der DDR nie anerkannt, dagegen ausnahmslos von den Bundesländern im Westen. Das kirchliche Abitur befähigte sofort zum Studium in Erfurt. Dieses Studium dauerte zunächst neun Semester, denen sich eine dreisemestrige Ausbildung zur unmittelbaren Vorbereitung auf die Priesterweihe anschloß. 1967 wurden die Studien neu strukturiert und die Dauer in Erfurt auf zehn Semester ausgedehnt. Die Studenten waren verpflichtet, während ihrer Ausbildung Praktika in einem Betrieb, in einer Sozialeinrichtung und in der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit zu absolvieren.

Der größte Teil der Studenten besaß eine abgeschlossene Berufsausbildung. Sie war im Normalfall eine Vorbedingung, um das Abitur am Norbertinum erwerben zu dürfen. Für Bürger der DDR, die sich offen zum christlichen Glauben bekannten, war es meist sehr schwer, ein Abitur an der EOS ablegen zu können. Die Studenten, welche nach einem staatlichen Abitur das Theologiestudium aufnehmen wollten, hatten überwiegend den Weg der „Berufsausbildung mit Abitur“ gewählt oder die Volkshochschule besucht. Da nur etwa jeder zweite Theologiestudent am Ende auch Priester wurde, war es für die anderen von Vorteil für den weiteren Lebensweg, einen erlernten Beruf vorweisen zu können. Ein Wechsel von der kirchlichen Hochschule in Erfurt zu einer anderen Ausbildung an einer staatlichen Fakultät gelang nur in seltenen Fällen.

Ein besonderes Problem stellte die Einberufung zur NVA dar. Ich schätze, daß bis 1989 die knappe Hälfte der Erfurter Studenten zur Armee gezogen wur-

---

<sup>5</sup> Das Dok. Nr. 1198 enthält folgende Bemerkung des Leiters: „1988 sind die Anstrengungen zu erhöhen, um die politisch-operative Lage im Bischöflichen Amt Erfurt-Meinungen einschätzen zu können. Hier sowie im einzigen katholischen Priesterseminar der DDR beherrschen wir die Lage aufgrund einer unzureichenden inoffiziellen Basis nicht.“ Die „politisch-operative Abwehrarbeit in diesem Sicherheitsbereich“ müsse „endlich mit Leben“ erfüllt werden. Weiter heißt es: „IM unter katholischen Geistlichen existieren im Verantwortungsbe- reich der BV Erfurt nicht.“ Das MfS stütze sich auf „hauptamtliche Angestellte der handwerklichen kircheneigenen Werkstätten bzw. caritativer Dienste in den Kreisen sowie auf katholisch engagierte Laien“.



de. Befreit wurde nur, wer nachweisen konnte, daß seine Ausbildung noch nicht abgeschlossen war oder nach dem Abschluß der Studien in Erfurt sofort in das Pastoralseminar ging. Der weitaus größte Teil der Einberufenen leistete seinen „Dienst“ bei den Bausoldaten. Allerdings gab es auch vereinzelt Studenten, die sich zuvor für drei Jahre bei der NVA verpflichtet hatten, sich danach zum Theologiestudium entschieden und als „Leutnant der Reserve“ in das Priesterseminar eintraten. Es gab Zeiten - auch noch wenige Jahre vor dem Ende der DDR -, da wurden Studenten, die bereits hier studierten, willkürlich mitten im Semester einberufen, andere dagegen nicht. Gründe dafür waren nicht zu erkennen, wohl aber mußte eine gezielte Schikane hinter diesem Vorgehen vermutet werden.

Jede Hochschule wird auch danach beurteilt, ob sie eine Bibliothek besitzt, die modernen wissenschaftlichen Ansprüchen entspricht. Jeder, der mit den damaligen Verhältnissen vertraut ist, weiß, mit welch immensen Schwierigkeiten der Erwerb und Besitz von Literatur aus dem ‘Westen’ verbunden war. Die Deutsche Bischofskonferenz und das Bonifatiuswerk in Paderborn stellten alle von Erfurt erbetenen finanziellen Mittel für den Aufbau einer Bibliothek und für Lehrmaterial zur Verfügung. Um den Transport hat sich besonders die Berliner Zentralstelle der Caritas verdient gemacht. Sie suchte immer nach verborgenen Wegen, um Büchersendungen sicher in die DDR gelangen zu lassen. Mit der internationalen Anerkennung der DDR kamen Botschaftsmitglieder nach Berlin, welche uns hierin große Dienste erwiesen haben, manches blieb bis heute im Verborgenen. Nachdem in den 80er Jahren die Grenzkontrolle immer stärker von Angehörigen des MfS ausgeübt wurde und letzteres die geheimen Wege der Kirche enttarnt hatte, wuchsen die Schwierigkeiten der Bücherbeschaffung. In den letzten Jahren der DDR bot sich nur der mühselige Weg der Beantragung für jedes einzelne Buch an, das eingeführt werden sollte. Im allgemeinen zeigten sich die Behörden aber in den letzten Jahren unerwartet großzügig in der Genehmigung. Mit weit über 100 000 Bänden und 100 Periodica, die regelmäßig zu uns gelangten, kann unsere Fakultät jedem Vergleich mit einer entsprechenden Institution im Westen standhalten.<sup>6</sup>

Seit 1955 besitzt unsere Hochschule zwei wissenschaftliche Reihen, die „Erfurter Theologischen Studien“ für größere Monographien und die „Erfurter Theo-

---

<sup>6</sup> Vgl. dazu L. Ullrich: Dankbare Erinnerung. Festvortrag zur Vierzigjahrfeier des Philosophisch-Theologischen Studiums am 11. Juni 1992. In: Die ganz alltägliche Freiheit, 129-143.

logischen Schriften“ für Arbeiten mit geringerem Umfang. In der Reihe der Studien erschienen bisher 67 Bände, überwiegend Dissertationen, Habilitationsschriften und Festgaben; die „Schriften“ weisen bisher 23 Bände auf. Sie erschienen stets im Leipziger St. Benno-Verlag. Seit 1958 wurde ferner regelmäßig ein „Theologisches Jahrbuch“ herausgegeben; das letzte erschien 1991. In ihm waren wichtige theologische Beiträge enthalten, die entweder aus westlichen Zeitschriften entnommen waren oder - zum geringeren Teil - von Autoren aus der DDR oder anderen sozialistischen Ländern stammten. Dieses Jahrbuch fand über konfessionelle und Staatsgrenzen hinweg stets große Beachtung.

Autoren, Herausgeber und Lektoren suchten in diesen drei Publikationsreihen den schmalen Weg zu finden, der am Ende die Drucklegung ermöglichte. Kritik an den Verhältnissen in der DDR zu üben, war ausgeschlossen. Es durfte nichts geäußert werden, wodurch sich ein Marxist oder Atheist abgewertet fühlen konnte. Viele Personen durften nicht genannt werden; dazu gehörten wenigstens zeitweise u.a. Ernst Bloch, Martin Heidegger, Helmut Thielicke, Paul Tillich. Wer sich kritisch zur DDR geäußert hatte, galt als verfemt, so z.B. Hans Küng und Jörg Zink. Die wissenschaftliche Arbeit dieser Zeit sollte im Rückblick auf unsere Geschichte nicht in Vergessenheit geraten, ebensowenig die Mühsal der Drucklegung.<sup>7</sup>

Mit großen Schwierigkeiten verbunden war für die katholische Kirche in der DDR die Heranbildung eines eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses. Sie besaß keine staatlich anerkannte Fakultät. Die Reise- und Paßgesetze verhinderten ein Studium an einer anderen Fakultät. Die Fakultät in Erfurt existierte aus der Sicht der Machthaber nicht, also war es ihr unmöglich, das Promotionsrecht zu erlangen. Dennoch wurden schon seit 1953 in Erfurt Assistentenstellen eingerichtet, damit der wissenschaftliche Nachwuchs in Ruhe ein Aufbaustudium absolvieren konnte. In Kooperation mit den theologischen Fakultäten an den Universitäten in München, Mainz, Freiburg und Würzburg konnten bis 1970 zwölf Promotionen zum Abschluß gebracht werden. Die Doktorarbeiten wurden bei den westdeutschen Fakultäten eingereicht und das Kollegium in Erfurt mit der Abnahme des Examen rigorosum beauftragt.

Im Jahre 1970 erließ die DDR ein neues Gesetz, in dem es hieß, jeder Erwerb eines akademischen Grades im „Ausland“ - dazu zählte die Bundesrepublik - sei genehmigungspflichtig, auch die Entgegennahme von Dokortiteln ho-

---

<sup>7</sup> Vgl. dazu P. Kokschal: Veröffentlichungen unter staatlicher Zensur. In: Theologisches Jahrbuch 1991. Leipzig 1992, 11-22.

noris causa. Als letzter Ausweg bot sich die Päpstliche Universität Gregoriana in Rom an. Mit ihr war dank weiser Voraussicht von Bischof Bengsch seit 1962 vereinbart worden, daß gegebenenfalls die Erfurter Fakultät bevollmächtigt werden könne, ein Aufbaustudium nach der römischen Ordnung durchzuführen, welches mit den akademischen Graden des Lizentiaten bzw. des Doktors der Theologie abschloß. Von 1970 an wurde von dieser Vollmacht Gebrauch gemacht. Der Titel des Lizentiaten konnte auf diesem Wege 46mal vergeben werden, zum Doktor wurden 32 Kandidaten von der römischen Universität promoviert. Merkwürdigerweise scheint es bei den Meldestellen der Volkspolizei niemals Schwierigkeiten gegeben zu haben, wenn der Dokortitel unter Vorlage der Urkunde in den Ausweis eingetragen werden sollte; der Staat, der natürlich von diesen Wegen *praeter legem* wußte, wollte deshalb wohl keinen Streit entfachen.

Zu erwähnen ist ferner, daß mehrere Mitglieder des Professorenkollegiums z.T. mehrfach zum Doktor h.c. ernannt wurden: von Fakultäten in der Bundesrepublik, aber auch von solchen in Österreich, England und Polen. Die Entgegennahme dieser Ehrungen bei öffentlichen Feiern ließen Verantwortliche unserer Kirchenleitung nicht zu, um nicht in Konflikte mit dem Staat zu geraten; so wurden die dafür erforderlichen Reisedokumente gar nicht erst beantragt. Die Geehrten nahmen die Urkunde meist ohne Beachtung seitens der Öffentlichkeit entgegen; trotz staatlichen Verbotes verweigerte keiner die Annahme des Ehrendoktors.

Für die Besetzung eines Lehrstuhls war es erforderlich, wissenschaftliche Arbeiten nachzuweisen, die dem Rang einer Habilitation gleichkamen. Eine aus Professoren, Dozenten, Studenten und Mitarbeitern bestehende „Erweiterte Konferenz“ mußte ein Votum über die Fähigkeiten des Bewerbers in der Lehrtätigkeit abgeben. Die Berufung auf den jeweiligen Lehrstuhl und die Ernennung zum Professor sprach der Vorsitzende der Berliner Bischofskonferenz aus.

Erst nach 38 Jahren hat die - nunmehr durch freie Wahlen legitimierte - Regierung der DDR mit Datum vom 15.9.1990 dem Philosophisch-Theologischen Studium Erfurt den Status einer staatlich anerkannten wissenschaftlichen Hochschule zuerkannt und ihr das Recht erteilt, die akademischen Grade des „doctor theologiae“ und des „doctor theologiae habitatus“ zu erteilen.

## Theologie im atheistischen Staat

Die wissenschaftliche Theologie steht stets in Wechselwirkung mit der Gesellschaft, in der Lehrende und Lernende leben. Die sozialistische Gesellschaft hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß eines ihrer Ziele in der Verbreitung des Atheismus bestand. Theologie in der DDR zu treiben bedeutete deshalb auch, sich intensiv mit der herrschenden Ideologie auseinanderzusetzen, wenn nötig im Streit, wenn möglich im Dialog. Beides wurde dadurch erschwert, daß sich die Vertreter dieses Staates und der in ihm herrschenden Weltanschauung grundsätzlich jeder geistigen Auseinandersetzung entzogen. Erst mit dem Machtantritt Gorbatschows waren Dialogveranstaltungen auch in der DDR möglich, aber nur im Raum der Kirche. Mehrfach habe ich an solchen Begegnungen mit Marxisten teilgenommen, die dazu aus eigener Verantwortung bereit waren und damit wohl auch ein Risiko für ihre eigene Person eingingen. So war beispielsweise der führende Religionssoziologe der DDR, Prof. Olof Klohr, am 21.4.1988 zu einem Podiumsgespräch in Erfurt geladen, welches von beiden Kirchen veranstaltet wurde. Laut Bericht der MfS-Abteilung XX/4 nahmen daran ca. 400 Personen, vorwiegend im Alter von 20-30 Jahren teil. Kennzeichnend für solche Begegnungen war die Offenheit, mit der die Situation der Bürger in der DDR angesprochen werden konnte, das große Interesse gerade junger Menschen und das Fehlen einer feindseligen Atmosphäre.

Ähnliches gilt für die Erwartungen, welche die Studenten gegenüber den Lehrveranstaltungen hegten. Das Theologiestudium bot die einzigartige Chance, auch Disziplinen wie Philosophie, Anthropologie, Psychologie, Geschichte, Pädagogik und Ethik in einer Form kennenzulernen, die jeder marxistischen Interpretation entzogen war, also in Freiheit gelehrt und gelernt werden konnten. Dazu stand eine reichhaltige Literatur zur Verfügung, die für einen Bürger der DDR im allgemeinen unerreichbar war. Bei den Studenten zählte nicht Polemik, sondern nur ernsthafte Auseinandersetzung. Daher rückten alle Fragen, die mit der christlichen und nichtchristlichen Anschauung von der Welt und vom Menschen zusammenhingen, besonders in den Vordergrund des Interesses. Im Diplomstudiengang „Katholische Theologie“ waren und sind 20 Semester-Wochenstunden in Philosophie verpflichtend. Wer sich daran erinnert, welche Bedeutung der Lehre des dialektischen und historischen Materialismus im Bildungswesen der DDR eingeräumt wurde, wird ermessen, welches Interesse junge Menschen den hier totgeschwiegenen philosophischen Sichtweisen entge-

genbrachten; auch denen von nichtchristlichen Philosophen wie Nietzsche, Heidegger, Bloch und Horkheimer.

Probleme der Gesellschaft waren nicht selten auch Gegenstand der Diplomarbeiten. So wurde beispielsweise im Fach Religionspädagogik die Darstellung von Religion und Kirche in den amtlichen Lehr- und Schulbüchern der DDR thematisiert. Diese Untersuchungen waren insofern wertvoll, als sie Grundlage für Interventionen bildeten, wenn Schulbücher neu konzipiert wurden. Versuche einer Einflußnahme durch beide Kirchen scheiterten stets an der Verweigerung jeder Gesprächsbereitschaft auf Seiten des Bildungsministeriums, das Margot Honecker leitete.

Je enger die äußeren Grenzen des Staates DDR gezogen wurden, desto wichtiger wurde die Weite des geistigen Horizontes. So suchte unsere Fakultät offizielle und enge Beziehungen zu den drei „Geschwistern“ in der evangelischen Kirche, den kirchlichen Hochschulen in Berlin, Leipzig und Naumburg. Der gegenseitige Austausch von Dozenten gehört bis heute zur Normalität. Offizielle Kontakte zu den sechs staatlichen theologischen Fakultäten bestanden bis 1989 nicht, wohl aber Beziehungen zu einzelnen Professoren und Dozenten; wechselseitige Gastvorlesungen waren möglich. Ständige ökumenische Arbeitskreise bestanden von Anfang an und wurden nach der Vereinigung Deutschlands erweitert.

Um nicht in einem geistigen Ghetto zu verkümmern, wurden Kontakte auch über die Staatsgrenzen hinaus genutzt und zahlreiche Vertreter der Theologie, anderer Wissenschaften und der Ökumene zu Gastvorlesungen eingeladen. So seien stellvertretend folgende Namen genannt: Karl Rahner, der mehrfach und gern nach Erfurt kam, ebenso Hans Urs von Balthasar und Josef Pieper, Walter Kasper, Karl Lehmann, Josef Ratzinger. Unvergessen ist auch bis heute der Besuch von Carl Friedrich von Weizsäcker und der des Erzbischofs von Canterbury, Michael Ramsey.

Die Mitglieder des Lehrkörpers wurden bis zum Rand ihrer Kräfte auch in der kirchlichen Bildungsarbeit gefordert. Besondere Schwerpunkte stellten die katholischen und evangelischen Studentengemeinden dar, ferner die Jugendhäuser und die Akademikerarbeit. Die christlichen Kirchen boten über ihre Grenzen hinaus jedem interessierten Bürger gleichsam eine „Gegenkultur“ zu der vom Staat verordneten „sozialistischen Lebensweise“ an, die sich über ein großes geistiges Spektrum erstreckte und viele Gebiete der Kunst, Kultur und Literatur umfaßte. Bedeutende Schriftsteller der DDR haben in kirchlichen Räumen Lesungen abgehalten, Musiker Konzerte in den Kirchen gegeben. Die Theologie

besaß im geistigen Leben, das es in der DDR auch außerhalb staatlicher Reglementierung gab, ihren eigenen Platz und erfüllte so die ihrem Wesen eigentümliche Aufgabe: Grenzen zu sprengen, den Blick zu weiten, Brücken zu schlagen, dem Menschen zu dienen.

### **III.**

## **Die Studentengemeinden**





# Die Arbeit der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR\*

**Klaus-Dieter Kaiser**

## 1. Zur Geschichte

Die christliche Studentenarbeit hat in Deutschland eine lange Tradition. Die Evangelischen Studentengemeinden (ESGn) verstehen sich als Rechtsnachfolger der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung (DCSV) und haben sich mit dieser wechselvollen Geschichte auseinanderzusetzen. Diese Geschichte ist bestimmt von Mission, nationalistischen Irrwegen, dem Suchen des Verhältnisses zu Kirche und Gesellschaft, dem politischen Engagement für die Benachteiligten und Entrechteten in unseren Gesellschaften und der ganzen Welt. 1895 wurde die DCSV gegründet, im gleichen Jahr auch der Weltverband (World Student Christian Federation - WSCF). Nachdem 1938 die DCSV durch das NS-Regime verboten wurde, fand die christliche Studentenarbeit weiter unter dem Dach der Bekennenden Kirche statt. Mit der Wiedereröffnung der Universitäten und Hochschulen in Deutschland nahmen sofort die Evangelischen Studentengemeinden ihre Arbeit auf, und es wurde die Evangelische Studentengemeinde in Deutschland gegründet (ESGiD).

Die Trennung in die beiden deutschen ESGn 1967 (entsprechende Mitteilung an den WSCF) war die organisatorische Konsequenz einer theologischen Erkenntnis. Die Einheit des christlichen Zeugnisses kann sich niemals von einer nationalen Einheit her begründen, wie sie andererseits auch niemals durch staatliche Abgrenzungen zerstört werden kann. Schon vor der Trennung in die zwei Verbände (ESG in der BRD und Berlin (West) und ESG in der DDR) wurde betont, daß Einheit aber nicht Gleichheit bedeutet, sondern daß sich das einheitliche Zeugnis von Jesus Christus in der Arbeit der jeweiligen ESG konkretisieren muß; und zwar im jeweiligen, unterschiedlichen Kontext. Die konkrete Arbeit der ESG in der Gesellschaft wurde gegenseitig als das notwendige Korrektiv

---

\* erstveröffentlicht in hso 2/1993

gesehen, um zur eigenen Umgebung und Arbeit die erforderliche kritische Distanz zu bekommen (Vertrauensrat, Sept. 1964). Diese Einsicht aus unserer Geschichte sollten wir bei dem neuen Aufeinanderzugehen der beiden ESGn (i.U. zur vorherigen engen Zusammenarbeit) beachten.

Innerhalb des WSCF ist die enge Beziehung zwischen den ESGn und den protestantischen Kirchen eine Ausnahme. Begründet ist sie in der Geschichte der christlichen Studentenarbeit während der Zeit des nationalsozialistischen Terrors. Die guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Bekennender Kirche und Studentenarbeit waren ausschlaggebend, diese Struktur beizubehalten und ab 1945 ESGn ins Leben zu rufen. Trotzdem ist festzuhalten, daß sich die ESGn (auch in der ehemaligen DDR) in ihrer Arbeit als überkonfessionell verstehen (unbeschadet der Arbeit der KSGn). Die unmittelbare Nähe zur Kirche ermöglichte der ESG erst ihre kritische Solidarität der Kirche gegenüber!

## **2. Die ESG-Struktur**

Auf der Ortsebene sind die ESGn spezielle Gemeinden der entsprechenden Landeskirche; geregelt ist dies unterschiedlich je nach gliedkirchlichem Recht. So wird der offizielle Gemeindestatus in den Landeskirchen der Evangelischen Kirche der Union (EKU) stärker betont als in den lutherischen Landeskirchen, wo sich im Verständnis der Kirche nur Studierende um den Studentenpfarrer bzw. die Studentinpfarrerin sammeln. In der DDR gab es ca. 30 ESGn an den Hoch- bzw. Fachschulorten. ESGn an den Hochschulen selbst konnte es nicht geben. Auch hatte die ESG keine Möglichkeit, an die Hochschule zu gehen (z.B. mit Werbung für ihre Arbeit). Kontakte zwischen der Hochschule und der Kirche oder der ESG gab es offiziell überhaupt nicht. So verstand sich die ESG-Arbeit als Arbeit mit Studierenden. Überlegungen zur Konzeption einer Hochschulgemeinde wurden überhaupt nicht angestellt. In der ehemaligen DDR gab es 10 hauptamtliche Studentinpfarrerinnen bzw. Studentinpfarrer (an größeren Hochschulstandorten) und ca. 20 Studentinpfarrerinnen und Studentinpfarrer im Nebenamt (entweder mit einer anderen übergemeindlichen Arbeit betraut oder im Gemeindepfarramt).

Die Größe der Gemeinden ist dabei natürlich auch sehr unterschiedlich. So gibt es sehr kleine Gemeinden, wo ca. 10 Studierende zum engeren Kern der ESG gehören, und wo ca. 50 Leute erreicht werden. In großen ESGn sind es vielleicht 50, die zum engeren Kreis gehören, und 300 werden erreicht.

Die ESG-Gesamtarbeit ist ein eigenständiger Zusammenschluß der einzelnen Orts-ESGn und war somit kein Werk des Bundes der Evangelischen Kirchen (ebenso die ESG-West und Evangelische Kirche in Deutschland). Die Kontaktstelle zwischen dem Kirchenbund und der ESG-Gesamtarbeit war die Kommission Kirchlicher Jugendarbeit (KKJ). So wurde der Sekretär der KKJ in das Leitungsgremium der ESG berufen und umgekehrt der Generalsekretär bzw. die Generalsekretärin der ESGn durch die Kirchenleitung des Bundes in die KKJ. Neben dieser Verbindung gibt es keine weitere institutionalisierte Form (wie im Westen der Gesprächskreis), wohl aber vielfältige Kontakte, besonders im Bereich der Jugendarbeit (z.B. stellt die ESG-Gesamtarbeit zwei Jugendsynodale der Bundessynode).

Bis vor drei Jahren wurde die ESG-Gesamtarbeit vom Beirat verantwortet. Diesem gehörten vier Vertreter des Studentengemeinderates (also des studentischen Leitungsgremiums), zwei Studentenpfarrer bzw. Studentenpfarrerinnen (von der Studentenpfarrerkonferenz gewählt), ein Jurist, der Vertreter des Bundes Evangelischer Kirchen/KKJ und drei Absolventinnen bzw. Absolventen an.

So gab es insgesamt drei Leitungsgremien (Studentengemeinderat, Studentenpfarrerkonferenz und wo beides zusammenkam: Beirat). Dies war letztlich nicht sehr effektiv. Hinzu kam, daß ein richtiges Gremium studentischer Mitbestimmung fehlte, da einzelne Kommissionen (Finanzen und Delegierungen) und die Studentenpfarrerkonferenz gebildet wurden (zuletzt wenigstens unter Beteiligung von Studierenden). Positiv an der ehemaligen Struktur war die Beteiligung von jungen Absolventinnen und Absolventen (Akademikern), die vorher schon (als Studierende) in verschiedenen Gremien der ESG-Gesamtarbeit mitgewirkt hatten. Dies gewährleistet wenigstens ein kleines Stück Kontinuität in der Arbeit und hat gerade gegenüber den Studentenpfarrern und Kirchenleuten die Studierenden gestärkt, ohne daß dies mit einem ständigen Wechsel der Personen nur rein äußerlich erkaufte wäre.

So kam es zur Einrichtung der Vollversammlung der ESG-Gesamtarbeit (VV), die mit der Delegiertenkonferenz (DK) der ESG-West vergleichbar ist. Mandate für die VV haben je ein Vertreter der Orts-ESGn, 15 Vertreter der Studentenpfarrerkonferenz (von dieser gewählt), ein Vertreter des Bundes Evangelischer Kirchen (KKJ). Dazu beruft die VV noch einen Juristen bzw. eine Juristin und drei mit der ESG-Arbeit noch verbundene Jungakademiker. Zur Sicherung der Rechtsstellung wurde das gleiche Modell wie in der West-ESG angestrebt (geschäftsführender Verein). Dies geschah erst 1990, da es in der DDR nicht nötig und vor allem nicht möglich war. Die ESG existierte allein inner-

kirchlich als eigenständige Arbeit mit entsprechenden Strukturen. Nach außen war sie nur Teil der Jugendarbeit der Kirche ohne eigene Struktur (vgl. Communiqué von 1953). Auf Drängen der FDJ wurde so auch immer wieder versucht, die Arbeit der ESG als illegal hinzustellen und zu erschweren (dies betraf besonders die Mitarbeit im Christlichen Studentenweltbund [WSCF] und bestimmte gesellschaftlich kritische Themen, denen sich die ESG zuwandte).

Die VV trug die Verantwortung für die ESG-Gesamtarbeit und tagte einmal im Jahr. Um die Arbeit dazwischen zu bewältigen, wählte sie einen Arbeitsausschuß (AA) (fünf Studierende, zwei Studentenpfarrer, ein Jurist, ein Kirchenvertreter, drei Jungakademiker). Daneben gab es von der VV berufene Kommissionen (Finanzen und Delegierungen bei Reisen).

Die Studentenpfarrerkonferenz ist somit immer stärker zu einem Konvent geworden und dient neben der thematischen Arbeit vorrangig dem Erfahrungsaustausch der Studentenpfarrer. Der Studentengemeinderat ist weiterhin wichtig, da er neben der Vorbereitung von vier Konferenzen pro Jahr (in diesem Sinne ist er ähnlich einer Kommission der West-ESG) auch ein rein studentisches Gremium ist, wo Gesamtarbeit und Arbeit der Orts-ESG zusammenkommen. Sonst geschieht dies eigentlich nur auf der Ebene der Studentenpfarrerkonferenz und der Geschäftsstelle (GS). In der VV und im AA geht es vorrangig nur um die Gesamtarbeit, die Probleme von einzelnen Gemeinden und der Zusammenhang zwischen beiden Bereichen kommt kaum zur Sprache. Dies zu leisten ist nun Aufgabe des SGR, wo möglichst viele Gemeinden vertreten sein sollen.

Die Geschäftsstelle nimmt die Aufgaben der Gesamtarbeit wahr. Dies geschieht in Form von Seminaren, Konferenzen und dem Organisieren der Gesamtarbeit. Dies betrifft dann auch die Verbindung unter den einzelnen ESGn wie ebenfalls die Außenvertretung im WSCF, Staat, Kirche, neuerdings auch gegenüber der Hochschule. In der GS arbeiten ein Generalsekretär, eine theologische Mitarbeiterin, eine jährlich wechselnde studentische Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter und eine Sachbearbeiterin. In besonderen Fällen entstehen ad-hoc-Arbeitsgruppen, die dann von einem der beiden hauptamtlichen Mitarbeitern der Geschäftsstelle begleitet werden. So gab es 1989/90 eine Arbeitsgruppe, die zu Hochschulfragen gearbeitet hat, und seit 1989 arbeitet eine Gruppe dem Osteuropa-Projekt des WSCF zu. Solche Gruppen sind mit den Kommissionen der West-ESG vergleichbar.

Die Gesamtarbeit ist einerseits eine Art Föderation der einzelnen ESGn, besonders was die Koordinierung bestimmter Arbeitsbereiche (z.B. WSCF, Osteuropa-Arbeit) betrifft. Zum anderen versucht sie, Impulse aus einzelnen Ge-

meinden aufzunehmen oder selber welche zu geben (z.B. Beschäftigung mit dem Hochschulthema). Andererseits gibt es auch so etwas wie eine eigene ESG-Gesamtarbeits-Gemeinde: Studierende, die immer wieder zu unseren Veranstaltungen kommen und in den Entscheidungsgremien mitarbeiten. Diese sind, und das ist wichtig, meistens aber auch in ihren Orts-ESGn sehr aktiv und gehören dort zum Kern.

Finanziert wurde unsere Arbeit bisher ausschließlich aus kirchlichen Mitteln (außer Spenden von Altfreunden), die uns in Form von Beihilfen gewährt wurden. Seit 1990 können wir auch staatliche Gelder (bes. Bundesministerium für Frauen und Jugend) für Projekte in Anspruch nehmen. Seit 1991 sind wir auf Beihilfen seitens der EKD angewiesen, wenn wir unsere Arbeit weiterführen sollen. Die einzelnen ESGn stärker an der Finanzierung der Gesamtarbeit zu beteiligen, scheitert an deren z.Z. sehr schlechten Finanzlage, da weder die Landeskirchen noch die Kommunen über ausreichende Mittel verfügen.

### **3. Thematische Schwerpunkte**

ESG-Arbeit hat m.E. vier Aspekte. Zum einen will die ESG den Studierenden am Studienort ein Stück Heimat, Geborgenheit geben, den Raum für Gespräche. Hierbei ist es besonders wichtig, daß sich die ESG in unmittelbarer Nähe der Unis befindet. In verschiedenen Aktivitäten und Arbeitskreisen kommt dieses Bedürfnis der Studierenden auch immer wieder zum Ausdruck.

Zum zweiten hatte die ESG in der ehemaligen DDR eine wichtige Bildungsaufgabe. Im sehr sensiblen Bereich der Hochschulen (oftmals weniger Bildungsstätte der Gesellschaft als Kaderschmiede der Partei/des Staates) waren die ESGn das einzige alternative Bildungsangebot (Kultur, Philosophie, Ethik, Geschichte, Theologie). Deshalb waren auch die Vortragsabende das Zentrum des Gemeindelebens. Hier ist noch offen, wie es weitergeht, da an der Universität nun Möglichkeiten der Allgemeinbildung bestehen. Ich denke aber, daß auch die ESG hier wieder etwas alternativ zu- bzw. gegenzusetzen hat: ein Wissen und Wissenschaftsverständnis, welches nicht allein an Effektivität orientiert ist, sondern an Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Auch ist (an der Abwicklungsmechanik wird dies ebenfalls deutlich) die Gestaltung der zukünftigen Hochschulpolitik sehr einseitig auf Deutschland konzentriert. Hier kann und sollte die ESG mit ihrer Arbeit im ökumenischen Horizont die Internationalität von Lehre und Forschung einklagen.

Drittens hat die ESG auch immer eine gesellschaftliche Komponente. Obwohl wir keine politische Organisation sein durften, waren wir doch ein Politikum, allein schon durch unsere Existenz. So war gesellschaftskritische Arbeit immer ein Schwerpunkt in den ESGn. Von unseren Teilnehmern her stand dabei die theoretische Auseinandersetzung im Vordergrund. In den Umwälzungen 1989 spielten die ESGn als Institution keine bedeutende Rolle (i.U. zum Beginn der Friedensbewegung in der DDR Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre, die sich gegen die Militarisierung der Gesellschaft richtete und wo die ersten Impulse von den ESGn ausgingen). Auf der anderen Seite waren sehr viele Studierende aus den ESGn in Bürgerbewegungen aktiv und versuchten sich in den Studentenräten an der Demokratisierung der Hochschulen.

Es ist sicher wichtig (wie in der Kirche der DDR überhaupt) zu fragen, ob wir unsere Kritik an der Gesellschaft in der DDR immer deutlich genug öffentlich artikuliert haben, und ob wir nicht zu sehr von Verhältnis Staat-Kirche eingeengt waren und dabei die Gesellschaft als etwas drittes vergessen haben. In der letzten Zeit haben wir uns beschäftigt und werden wir uns stärker beschäftigen mit der DDR-Vergangenheit (Stalinismus, Ost-West-Konflikt), mit Fragen der Ökonomie (welche Rechtsinstitutionen sind möglich, die die Wirtschaft wirksam kontrollieren können, auf welchen Grundlagen baut die neue Gesellschaft auf (Universalität der Menschenrechte oder nationalistische Bewegungen in Osteuropa).

Ein vierter Aspekt unserer Arbeit war die dialogische Vermittlung von Glaubensinhalten, die Auseinandersetzung mit der Bibel und der christlichen Tradition in unserer doch sehr stark säkularisierten Gesellschaft. So gab es Erwachsenenunterricht, Taufen und Konfirmationen von Studierenden bei den dann von diesen auch gemeinsam gestalteten Gottesdiensten. Wir verstehen uns in kritischer Solidarität mit der Kirche, wobei unser Verhältnis zur Kirche zwar nie frei von Reibungspunkten war (wenn es z. B. um Fragen der Taktik bei gesellschaftlichen Problemen ging, oder beim Abendmahlsverständnis), aber im ganzen war es ein gutes Verhältnis, zumal viele Leute, die in der Kirche an leitenden Stellen Verantwortung tragen, selbst aus der ESG kamen. Dieses die sachliche Auseinandersetzung nicht scheuende gute Verhältnis hoffen wir, in den Vereinigungsprozeß der beiden ESGn mit einzubringen.

In der ESG-Arbeit der Orts-ESGn war bisher der Gemeindeabend (= Vortragsabend) die zentrale Veranstaltung und Mittelpunkt des Gemeindelebens. Hier traf sich der Großteil der sich zur ESG zählenden Studierenden. Daneben gab es Semesteranfangs- und -schlußgottesdienste, verschiedene Arbeitskreise,

Möglichkeiten der nicht themengebundenen Begegnung, Wochenendseminare und in einigen Gemeinden vor den Vorträgen kurze, von den Studierenden verantwortete und gestaltete Andachten.

Auf Gesamtarbeitsebene waren es hauptsächlich die Konferenzen und Seminare, sowie Gemeindebesuche seitens der GS-Mitarbeiter und die Zeitschrift *Kontakt*, wo wir inhaltlich arbeiteten. Die Themen und Schwerpunkte sind auf Orts- und Gesamtarbeitsebene ähnlich. Im Groben könnte man sie mit den Schwerpunkten bzw. Begriffen des konziliaren Prozesses umschreiben: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Eine stärkere theologische Arbeit wäre m.E. wünschenswert, d.h. das Zusammenbringen von Theologie und politischen Zeitfragen. Auf der Generalversammlung des WSCF 1990, wo es um unseren Zeugendienst ging, wurde dies so umschrieben: "Wir müssen nachdenken und diskutieren mit der Bibel in der einen Hand und mit der Zeitung in der anderen."

In verstärkter Form wenden wir uns jetzt hochschulpolitischen Fragestellungen zu (vgl. unsere Erklärung vom Sommer 1990 zur Demokratisierung und Internationalisierung des Studiums und zum Wissenschaftsverständnis und unsere Erklärung zum Hochschulstreit vom Januar 1991). Ein weiterer Schwerpunkt ist die Osteuropa-Arbeit und die Lateinamerika-Arbeit, besonders Kuba, da in diesem Land ebenfalls ein SCM (Mitgliedsverband des WSCF) arbeitet, zu dem wir schon länger Kontakte haben und Kuba in doppelter Weise (vom Westen und von den Kommunisten her) in die Isolation gerät.

#### **4. Perspektiven**

Die immer engere Zusammenarbeit der beiden deutschen ESGn bis zu ihrer organisatorischen Vereinigung, die im Herbst 1992 vollzogen wurde, bestimmt sich zum einen von der in Jesus Christus vorgegebenen Einheit her. Zum anderen ist sie deren Konkretion. So sollten die anstehenden Aufgaben unsere Strukturen bestimmen (wie 1967 dies zur organisatorischen Trennung geführt hat). Weder Einheit noch Trennung ist eine ideologische Entscheidung. War die Trennung 1967 ein politischer Akt, so ist die Zusammenführung in dieser Zeit etwas Pragmatisches. Politisch ist dabei nur das Wie.

Christliche Existenz ist immer konkret und ökumenisch zugleich, sprengt alle nationalen Begrenzungen. Da wir in den gleichen Strukturen leben, ist eine einheitliche Bewegung (besser als Organisation) sinnvoll, wenn wir unsere Auf-

gaben angehen wollen. Andererseits wirken sich die gleichen Rechts- und Wirtschaftsstrukturen noch unterschiedlich in Ost und West aus. Auch bestimmen uns noch tradierte Denk- und Handlungsmodelle. Deshalb wird es auch über der Vereinigung der beiden ESGn hinaus verschiedene Arbeitsbereiche mit einigen Institutionen geben müssen, wobei diese Institutionen mit Leuten besetzt sein müssen, die ihre Umgebung (und Vergangenheit) kennen. Desweiteren gilt zu beachten, daß es hier nicht vorrangig um die Vereinigung von zwei Strukturen geht, sondern daß auch die Gesamtarbeit immer mit und von einer konkreten Gemeinde aus konkreten Menschen mit ihrer Geschichte lebt. Hier müssen wir den (langen) Weg des Kennenlernens gehen und dazu die entsprechenden Möglichkeiten durch unsere Institutionen zur Verfügung stellen.

Entsprechend unseres Ortes in der Kirche und an der Hochschule als den Institutionen sowohl der christlichen Existenz als auch des Vollzuges von Wissenschaft wollen wir als ESG Raum bieten für einen doppelten Dialog: Zum einen zwischen Wissenschaft und christlichen Glauben und zum anderen zwischen Lehrenden und Studierenden unterschiedlichster Fachrichtungen und Spezialisierungen.



# Gemeinsame Verantwortung

## Zur Geschichte der Trennung der Evangelischen Studentengemeinden 1967\*

**Klaus-Dieter Kaiser**

### 1

Damit die Vereinigung der beiden ESGn im Osten und im Westen Deutschlands nicht nur ein pragmatisches Nachvollziehen der staatlichen und kirchlichen Vereinigung wird, ist es m.E. unerlässlich, noch einmal die Geschichte der Trennung in die beiden ESGn im Jahre 1967 zu reflektieren. Die folgenden Ausführungen verstehen sich dabei als Diskussionsanstoß und beanspruchen nicht, die Trennungsgeschichte der beiden ESGn nachzuzeichnen. Vielmehr möchte ich einige Eckpunkte für unsere Diskussion setzen.

Bei der Beschäftigung mit den Protokollen, Gesprächsnotizen und ähnlichem aus den Jahren 1966/67/68 ist mir deutlich geworden, daß es sinnvoll ist, drei Ebenen zwar nicht zu trennen aber wohl zu unterscheiden. Zum einen ist das der pragmatische Aspekt, der zur Trennung der beiden ESGn 1967 führte. Zweitens politische Überlegungen und Konzeptionen, die dahinter standen, und zum Dritten die damit verbundenen theologischen Implikationen.

### 2

Nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur entstanden 1945 an den verschiedenen Hochschulen bzw. Hochschulorten Studentengemeinden. Diese schlossen sich bald zur Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland (ESGiD) zusammen. Mit den immer stärkeren Polarisierungen zwischen den Besatzungszonen und dem fortschreitenden kalten Krieg nach der Gründung der beiden deutschen Staaten wurde der vorher selbstverständliche Kontakt zwischen den einzelnen Studentengemeinden in Ost und West immer schwieriger.

---

\* erstveröffentlicht in hso 2/1993

Schon bald stellte sich heraus, daß eigene Organisationsformen in Ost und West neben dem gesamtdeutschen Vertrauensrat notwendig wurden.

Dies führte 1956 zur Gründung des Beirates für die ESGn im Osten und Groß-Berlins. Ein entsprechendes Gremium im Westen wurde 1962, also nach dem Bau der Mauer und damit der doch vorerst endgültig scheinenden Teilung Deutschlands geschaffen. Kurz vorher hatte 1954 in Heidelberg der dritte deutsche evangelische Studententag stattgefunden, welcher unter dem Thema: "Das Reich Gottes und das Reich der Deutschen" stand. Hier wurde erstmals im Bereich der ESG theologisch über die deutsche Frage reflektiert. Dies geschah insbesondere in der Auseinandersetzung mit der gemeinsamen nationalsozialistischen Vergangenheit - ein Thema, das die ESG-Arbeit bis heute mit Recht weiter beschäftigt.

### 3

Ein wichtiger Markstein in der Ost-West-Geschichte der ESGn ist dann das sogenannte "Einheitsmemorandum" der ESGiD: "Die Einheit der Evangelischen Studentengemeinden in Deutschland" von 1960. In vier Grundsätzen, die anschließend jeweils kommentiert werden, wird die Einheit der ESG-Arbeit in ihrer Vielfältigkeit begründet.

Die erste These geht von der historischen Identität und Existenz einer einheitlichen christlichen Studentenbewegung in Deutschland aus, die sich besonders während des Kirchenkampfes zur Zeit des Nationalsozialismus bewährt habe. In dieser Tradition möchte die Evangelische Studentengemeinde in Deutschland stehen und fühlt sich ihr verpflichtet. Dies geschieht unbeschadet der sich wandelnden Formen der gemeinsamen Arbeit bis heute, wird formuliert.

In der zweiten These wird nochmals auf den geschichtlichen Kontext hingewiesen, aber gleichzeitig betont, daß dieser nicht ausreicht.

*"Jede säkulare Begründung der Einheit der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland, in der diese nationalen, geistlichen, politischen oder emotionalen Gemeinsamkeiten und Bindungen, Vorstellungen und Ideen zur tragenden Voraussetzung unserer Gesamtarbeit gemacht werden, lehnen wir ab, weil auf diese Weise die Einheit der Evangelischen Studentengemeinden in Deutschland verfälscht wird. Die Einheit der Gemeinde gründet in dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn Jesus Christus und seinem Auftrag zum Zeugnis in der Welt."*

Damit wird betont, daß sich zwar die Einheit der Evangelischen Studentengemeinden aus ihrer Ökumenizität her ergibt, aber es noch eine besondere deut-

sche Gemeinschaft gibt, die sich aus der Tradition und Geschichte herleitet, diese aber nicht die tragende Komponente sein kann. Ein Zitat aus dem Kommentar belegt dies:

*“Darum erscheint uns alles Reden von der Kirche oder von der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland als einer der ‘letzten Klammern deutscher Einheit’, als ‘sichtbare Hoffnung auf die Wiedervereinigung’ oder ähnliches zur Begründung unserer Einheit unzulässig, denn diese Einheit ist unabhängig von unseren irdischen Wünschen und Hoffnungen, sie verpflichtet uns nicht zu einer einheitlichen politischen Konzeption.”*

In der dritten These wird die Einheit der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland von ihrer Arbeit her beschrieben. Sie nimmt in einem Verantwortungsbereich in Deutschland gemeinsame Aufgaben wahr und betrachtet dabei die Spaltung Deutschlands in Ost und West als Herausforderung. Gleichzeitig wird betont, daß es auch verschiedene Aufgaben im jeweiligen Kontext gibt, daß “wir auch die Grenzen gemeinsamen Redens und Handelns erkennen, bejahen und wahrnehmen” müssen. Im Kommentar zu dieser dritten These heißt es weiter:

*“mit dem Wort Deutschland in unserer Selbstbezeichnung verbinden wir als Evangelische Studentengemeinde nicht ein politisches oder nationales Programm. Wir meinen damit den Aufgabenbereich, soweit er uns gemeinsam und zwar nur uns gemeinsam gegeben ist.”*

Dies wird in der vierten These präzisiert, wenn die gemeinsamen Aufgaben in den ökumenischen Kontext der christlichen Studentenweltbewegung gestellt werden und speziell Kirche und Theologie, Hochschule, Gesellschaft und politische Verantwortung benannt werden.

Innerhalb dieser für die ESG in Deutschland maßgeblichen Formulierungen muß auch eine Bewertung des Trennungsbeschlusses bzw. besser des Trennungsprozesses vom 1967 gestellt werden. Meines Erachtens sind hier Aussagen getroffen worden, die auch heute bei der Zusammenführung der beiden Verbände Geltung beanspruchen. Dies gilt unbeschadet der Tatsache, daß zunächst das Einheitsmemorandum, obwohl sehr wichtig, in den Orts-ESGn sowohl im Osten wie im Westen nur wenig beachtet und rezipiert wurde.

#### 4

Mit der völligen Abschottung der DDR durch den Mauerbau 1961 waren praktische Änderungen nötig. Dabei ging wiederum, wie bei der Gründung des Beirates Ost 1956, die Initiative stärker von den östlichen ESGn aus. Schon im De-

zember 1961 wurde auf einer außerordentlichen Beiratssitzung festgestellt, daß angesichts der gegenwärtigen Situation die Verantwortung für die Gesamtarbeit der ESGn in der DDR durch den Beirat geschieht. Und gleichzeitig wurde eine Aufwertung der Geschäftsstelle in Berlin beschlossen, welche es zwar schon seit Ende der 40er Jahre gab, jetzt aber wird aber wird ihre Eigenständigkeit stärker betont. Auf Vorschlag der Beirates wurde 1962 eine Kommission eingerichtet, die aus Ost- und Westmitgliedern zusammengesetzt war, die eine neue Konzeption der Gesamtarbeit im institutionellen Bereich erarbeiten sollte. Ergebnis war, daß der Vertrauensrat künftig paritätisch aus Ost- und Westmitgliedern zusammengesetzt werden sollte, der Beirat für die ESG in der Bundesrepublik und Westberlin gegründet wurde, und daß der Vertrauensrat (gesamt-deutsch) und die beiden Beiräte in gegenseitiger Verantwortung und Kooperation verbunden sein sollten. Die Mitglieder des gesamtdeutschen Vertrauensrates sollten vom jeweiligen Beirat gewählt werden.

Damit ist deutlich, daß die Trennung der ESGn 1967 nicht abrupt erfolgte, sondern daß es ein längerwährender Prozeß war. Denn ab 1962/63 war der gesamte deutsche Vertrauensrat eigentlich nur noch ein Organ der Zusammenarbeit zweier in sich geschlossener Gruppen, nämlich der ESG Ost und der ESG West, sozusagen ein Dachverband, der diese beiden Gruppen zu einer Bewegung zusammenführen sollte.

Ab Mitte der 60er Jahre wird die Arbeit des Vertrauensrates immer schwieriger. Einerseits kommt es zu Einreiseverboten für den gesamtdeutschen Generalsekretär der ESGn zu Tagungen in Ostberlin. Damit war auf der pragmatischen Ebene eine Zusammenarbeit kaum noch möglich. Gleichzeitig nimmt in den ESGn das politische Engagement Ende der 60er Jahre einen immer breiteren Raum ein. So kommt es von 1965 bis 1968 zu intensiven Gesprächen um die Einheit der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland. Festgehalten wird nach wie vor am Einheitsmemorandum. So schreiben die beiden Vorsitzenden Schröter und Hoffmann über ein Gespräch der Mitglieder des Vertrauensrates vom Februar 1965:

*“Wir sagten Einheit und hatten damit etwas ganz anderes im Sinn als man allgemein darunter verstand. Wir jedenfalls hatten nichts Statisches vor Augen, keine vorgegebene Größe und keinen sich daraus ergebenden Anspruch im Sinn. Wir verstanden die Zusammengehörigkeit der verschiedenen Studentengemeinden innerhalb der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland als eine Aufgabe, als eine spezielle Aufgabe, weil die politische Lage speziell war.”*

Zu einer Namensänderung, die schon diskutiert wurde, kam es jedoch 1965 noch nicht. Gleichzeitig werden aber konkrete Aufgaben benannt: zum einen

daß Informationen weitergegeben werden müssen - also eine Art Brückenfunktion im Kalten Krieg -, zum anderen daß der Dialog mit den Marxisten und dem Marxismus in den Gemeinden und über die Grenzen der Gemeinden hinweg gepflegt werden soll, und zum dritten daß die Studentengemeinde als kirchliche Bewegung eine innerkirchliche politische Aufklärungsarbeit zu leisten hat, schließlich als viertes, daß die "Friedensarbeit theologisch, politisch und in praktischen Diensten aufzunehmen ist." Hier ist festzuhalten, daß im Unterschied zu vorherigen Bemühungen aus den Ost-ESGn bei der Frage des marxistischen Dialogs, der später in den 70er Jahren auch in den Ost-ESGn eine wichtige Rolle spielte, maßgebliche Impulse jetzt vom Westen kamen. Dies bezieht auch den WSCF mit ein.

1966 kam es dann zum Einreiseverbot für den Generalsekretär der ESGiD Heiko Rohrbach. Auf einer Sitzung des Vertrauensrates im November 1966 bildete dies einen Schwerpunkt der Diskussion.

Es wird einerseits betont, daß für das neuerliche Nachdenken über die Einheitsfrage die eigentliche Ursache nicht das Einreiseverbot für Heiko Rohrbach sei, wohl aber der letztere äußere Anlaß (Impuls). Es wird "von beiden selbständigen Bewegungen" gesprochen, die aber "nicht Ausdruck des Entlassens aus der gemeinsamen Verantwortung ist, sondern nur im Zusammenhang mit dem klar ausgesprochenen Willen gesehen werden darf, auch in Zukunft wie bisher eng zusammen zu arbeiten, d.h. alle wichtigen Entscheidungen in gegenseitiger Übereinstimmung zu treffen".

Es geht also nicht darum, die Zusammenarbeit generell infrage zu stellen, "sondern es geht um einige Strukturveränderungen aus pragmatischen Überlegungen heraus." Deshalb wird auch diskutiert, ob der Begriff "Trennung" zutreffend sei. Vielmehr handelt es sich nur um pragmatische Namensänderungen, d.h. es soll nur noch von Evangelischer Studentengemeinde (ohne "in Deutschland") gesprochen werden und in Zukunft von zwei Generalsekretären. Begründet wird dies mit der (nicht erfüllten) Hoffnung, daß dadurch die Evangelischen Studentengemeinden in der DDR ein Gesprächspartner für staatliche Stellen werden könnten, da kein Anschein einer Bevormundung durch bundesrepublikanische Organisationen oder Gremien und damit einer Abhängigkeit vom Westen her vorhanden wäre. Weiterhin strittig bleibt die Frage der Kompetenz bzw. Abgrenzung zwischen den Beiräten und dem Vertrauensrat. Ebenfalls wie in dem Brief von Schröter und Hoffmann wird das Einheitsmemorandum als Grundlage genommen, mit seinem dynamischen Verständnis der Einheit und der Ablehnung aller national motivierten Einheitsvorstellungen und Bestrebungen.

Bei einem Gespräch im November 1966 vor der Sitzung des Vertrauensrates mit Vertretern der ESG und der Kirchenleitung wird noch einmal deutlich gemacht, daß die pragmatischen Überlegungen der ESG das Wesen der gemeinsamen Verantwortung und Zusammenarbeit der beiden Bereiche der ESG unverändert lassen. Trotzdem ist auffällig, daß hier schon von zwei Bereichen gesprochen wird. Bischof Krummacher macht noch einmal deutlich, daß die EKID für eine einheitliche Bewegung bessere Chancen der politischen Verantwortung sieht als für zwei getrennte.

Im April 1967 tagte in Berlin-Spandau und in Fürstenwalde die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, in der noch einmal die Einheit betont wurde. Es wäre in einem Zeitalter, in dem die Kirchen in der ganzen Welt auch über politische, rassische, soziale und gesellschaftliche Unterschiede hinweg immer mehr zur Gemeinschaft streben, ein Anachronismus und ein Rückfall in überwundene Zeiten des Staatskirchentums, wenn wir auf die Gemeinschaft, auf die institutionelle und sichtbare Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland lediglich aus säkularen und tagespolitischen Gründen verzichten würden, wird betont.

Auf der Vertrauensratssitzung vom 26./27.05.1967 werden folgende Beschlüsse gefaßt: Die Bezeichnung der "ESG in Deutschland" wird geändert in "ESG", die Funktion des Generalsekretärs wird von den beiden Geschäftsstellenleitern wahrgenommen, die den Titel Generalsekretär tragen, und als wichtigster "Trennungsbeschluß" werden die beiden Generalsekretäre beauftragt, einen Brief an das WSCF-Büro in Genf zu schreiben, in dem diese neue Regelung erläutert wird und daß unter dem "Germany" die beiden ESGn - ESG DDR und ESG BRD - als selbständige Bewegungen geführt werden sollen.

Auf einer Partnerreferentenkonferenz im Januar 1967 war zuvor ebenfalls ausgehend vom Einheitsmemorandum von 1960 die Trennung in zwei Bewegungen diskutiert worden. Sie wird auf der Grundlage des Einheitsmemorandums als der Situation glaubwürdiger, klarer und auch effektiver angesehen. Zudem bietet die Trennung in die zwei ESGn die Möglichkeit zu einer "besseren Zusammenarbeit als gleichwertige Partner und die Möglichkeit einer kritischen Neuorientierung zum eigenen Staat". Dabei wird betont, daß die Möglichkeit für verbindliche gemeinsame Entscheidungen bleiben muß, d.h. der Vertrauensrat muß weiterhin als koordinierendes Gremium existieren.

Schwerpunkt der Begründung für die weitere Existenz in zwei Evangelischen Studentengemeinden ist die christliche Verantwortung für "Versöhnung und Frieden, daß Deutschland aufhört, ein Spannungsherd in Europa zu sein".

Dabei wird davon ausgegangen, daß Verständigung und Entspannung nur in der faktischen Anerkennung der Gegebenheit zweier deutscher Staaten möglich ist. “Wir meinen jedoch, daß es heute nicht mehr möglich ist, eine organisatorische Einheit der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR und der BRD von nationalistischen Mißverständnissen zu schützen”. Auch hier wieder ein Hinweis auf die theologische Argumentation des Einheitsmemorandums von 1960. Gleichzeitig wird aber eine enge Zusammenarbeit befürwortet.

*“Jede Seite braucht den Rat und gegebenenfalls die verbindliche Stellungnahme der anderen Seite, weil beide in der Gefahr des Konformismus im eigenen Bereich stehen und nur in Abstimmung mit der jeweiligen anderen Seite bestimmen können, was der politischen Entspannung nützt.”*

Einerseits wird hieran deutlich, daß einer der wichtigsten Gründe für den Trennungsprozeß und die vollzogene Aufspaltung in zwei Bewegungen 1967 die Verantwortungsübernahme in Bezug auf politische Entspannung in Europa war. Auf der anderen Seite wird klargestellt, daß dies nur im gegenseitigen Einverständnis und ständigen Gesprächskontakten wahrgenommen werden kann. Ob dies uns in den 25 Jahren der Trennung wirklich gelungen ist, ist m.E. sehr fragwürdig.

Mein Eindruck ist, daß gerade in der Partnerarbeit, die weitgehend diese Kommunikation untereinander absichern sollte, gerade diese Themen im Ost-West-Verhältnis tabuisiert worden sind. Dies lag m.E. daran, daß sich beide ESGn in einem kritischen Verhältnis zu ihrem jeweiligen Staat verstanden und von daher in ihren Aufgaben auch zu Recht legitimierten. Da auf der anderen Seite aber die beiden deutschen Staaten sich nur im Gegenüber legitimieren konnten, bestand für die Arbeit und die Erfüllung der Verantwortung der Evangelischen Studentengemeinden eine problematische Situation.

## 5

Schon im Oktober 1967 machte die Evangelische Studentengemeinde deutlich, daß sie ihre Trennungsentscheidung als vereinbar mit den Beschlüssen der Synode von Berlin-Spandau und Fürstenwalde sieht, da sie sich in der Tradition des Einheitsmemorandums von 1960 verstand. Sie betonte in einer Pressemitteilung, daß institutionelle Einheit nicht zum Selbstzweck werden darf. Um der Aufnahme konkreter Verantwortung im jeweiligen Kontext willen war für die ESG eine Trennung nötig. “Die Gefahr..., die nur allzuleicht entsteht, ist offenkundig. Die Kirche muß gemeinsam schweigen, weil sie nicht gemeinsam auf Fragen antworten kann, die sich in Ost und West radikal verschieden stellen.”

Und die ESG fragt weiter: "aber ist die EKID wirklich nur eine Klammer? Verbindet sie die evangelischen Christen noch? Es mag uns noch so sehr schmerzen, aber wir müssen uns eingestehen, daß die EKID die institutionelle Einheit heute nur noch in ihrem Anspruch aber nicht mehr in der Wirklichkeit verkörpert."

In einem Brief an die Kirchenleitungen wird noch einmal betont:

*"In voller Übereinstimmung mit den Brüdern in der Bundesrepublik ging es bei unseren eingeleiteten Schritten einzig und allein darum, unseren gemeinsamen Auftrag in beiden deutschen Staaten noch wirksamer und konkreter wahrnehmen zu können. Für das geistliche Anliegen, das die Gemeinsamkeit des Auftrags unsere Studentengemeinden in Ost und West für uns darstellt, schien uns die Schaffung sinnvoller partnerschaftlicher Arbeitsstrukturen nur gut und förderlich. In brüderlicher Verbundenheit mit den Studentengemeinden in der Bundesrepublik haben wir nach Möglichkeiten gesucht, die Verantwortung jeweils für den eigenen Bereich, die gemeinsame Verantwortung und die Verantwortung des einen für den anderen deutlich und wirksam werden zu lassen."*

Es ging also um die Konkretion der je eigenen Arbeit im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext. Im Dezember 1967 wird nochmals festgestellt, daß durch die Änderungen der Selbstbezeichnung die Identität der jeweiligen Arbeitsbereiche im Osten und Westen der ESG gewahrt bleiben. Institutionell wird die gesamtdeutsche Identität durch die Weiterexistenz und Arbeit des Vertrauensrates gewahrt. Gleichzeitig wird an der "Zweckbestimmung der ESG" weiterhin festgehalten. Zugleich wird betont, daß "die enge gegenseitige Zuordnung von Studentenfarrern und Studentengemeinde" nicht geändert werden sollte, unter Beibehaltung der ökumenischen Strukturen und im Rahmen der Verantwortung der verfaßten Kirche. Dabei sollte die Information zwischen Kirchenleitung und Studentengemeinden über ihre Arbeit intensiviert werden.

Immer wieder wird betont, daß es bei dem Trennungsprozeß und der Aufspaltung in zwei Bewegungen 1967 nicht um einen Verzicht oder um politischen Opportunismus geht. "Von beidem kann in Wahrheit nicht die Rede sein, es ging uns - und muß in Zukunft gehen! - um die relativ bessere Form unserer gemeinsamen Arbeit als ESG in der BRD und DDR! Es ist klar, daß wir uns bei der Festlegung der Formen irren können aber bei neuer Einsicht Irrtümer auch revidieren können." So in einem Kommentar zur neuen Struktur der Studentengemeinden in der BRD und der DDR von 1967, vermutlich von Martin Schröter. Dort heißt es weiter:

*"Wir haben mit unseren Entscheidungen nicht auf unsere Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit verzichtet, wir haben nicht gegenüber irgendwelchen Schwierigkeiten resigniert. ... Wir haben nämlich zugleich mit den strukturellen Veränderungen die Funktion des Vertrauensrates neu hervorgehoben und bestä-*



*tigt und haben die Bedeutung der Partnerschaftsarbeit neu unterstrichen. In beiden geschieht die 'Einheit' praktisch. ... Diese Veränderungen im Reden und Handeln, also auch in der Ordnung der Kirche, haben nichts mit opportunistischen Anpassungen zu tun. ... Was wir brauchen ist Frieden - Frieden zwischen BRD und DDR, Frieden in der Mitte Europas, Frieden überhaupt. Die Kirche soll dem Frieden dienen, aber nicht nur, indem sie den Frieden predigt, ihn den anderen beschreibt und anrät, sondern indem sie Frieden hält in ihrem eigenen Haus. ... Zuletzt will ich eine gemeinsame Aufgabe der ESG nennen, die freilich in den beiden Arbeitsbereichen auf unterschiedliche Weise, weil auch in unterschiedlichen aktuellen Auseinandersetzungen, wahrgenommen werden muß. Diese Aufgabe hängt m.E. zusammen mit der Streichung des 'in Deutschland'. Ich meine die Entnationalisierung, um nicht zu sagen: Entprovinzionalisierung unseres allgemeinen Bewußtseins und unseres Verhaltens. Hier liegt vielleicht eine der wichtigsten Friedensaufgaben der Zukunft".*

## 6

Aber es gab auch auf ESG-Seite Kritik am Trennungsbeschluß von 1967, indem ihm vorgeworfen wird, daß er nur vom Augenblick her argumentiert und eine größere Dimension vernachlässigt. So schreibt z. B. Martin Fischer vor der Vertrauensratssitzung im Mai 1967:

*“Ich halte den Vorgang für einen späten Sieg der Kräfte, die seit 1945 (statt den Zusicherungen der Potsdamer Konferenz entsprechend auf Einheit und entspannende Verantwortung zu halten) Deutschland als Brücke zerstören und es statt dessen in die ideologisch auseinandergeteilten Blöcke der Welt hinein integrieren und die durch Bürgerkriegsideologien bestimmt Deutschland zumuten, daß es seine geschichtliche und folglich - natürliche - Einheit vergißt. Seit langem wird den Deutschen empfohlen, ihre Zweistaatlichkeit als Beitrag zum Frieden zu bejahen. In Wirklichkeit versagen sie damit ihrem Verantwortungsbereich den Dienst, den sie als Brücke zwischen Ost und West zu leisten hätten. Man wird sich weiter staatskirchlich arrangieren..., aber gerade da, wo es darauf ankäme, ökumenisches Leben zu bewähren, bestätigt man die Selbstherrlichkeit derer, die provisorische Staaten nicht für ihre Menschen dasein lassen, sondern Menschen für die Staaten in Anspruch nehmen... Wir täuschen der Welt vor, daß sie auf diese Weise ihren Nationalismus überwunden hätten. In Wirklichkeit melden sie sich für nationale Verantwortung je in ihrem Bereich ab und bereiten die nationalistischen Orgien vor, die unter der Decke sich längst abzeichnen.”*

Liest man dies heute im Bezug auf die deutsche Vereinigung und deren Folgen beim Umgang mit AusländerInnen, möchte man fast von einem prophetischen Wort Martin Fischers sprechen. Fischer wurde in seinem Votum auch von linken Theologen, die der ESG nahestanden, wie z. B. Helmut Gollwitzer, Kurt

Scharf, Martin Niemöller, ausdrücklich unterstützt. Fischer äußerte sich nach dem Trennungsbeschuß 1967 noch schärfer, wenn er diesen Beschuß mit dem Eingehen der alten DCSV-Leitung auf die nationalsozialistische Erneuerung vergleicht.

## 7

Insgesamt zieht sich durch das Jahr 1967/68 eine ständige Diskussion um die Interpretation der Beschlüsse vom Mai 1967. In der Dezembersitzung des Vertrauensrates wird zum Beispiel der Begriff "selbständige Bewegung" vom Mai 1967 im Protokoll ausdrücklich gestrichen. Gegenüber der EKID wird argumentiert, daß es viele Mißverständnisse bei der Interpretation der ESG-Beschlüsse gegeben haben. Es folgt eine erneute Interpretation:

*"Die Evangelischen Studentengemeinden in der BRD und der DDR wissen sich gegenseitig partnerschaftlich verbunden und zu gemeinsamen Dienst gerufen. In diesem Sinne haben die Studentengemeinden in Ost und West mit der Synode von Fürstenwalde und Spandau gute Gründe, an der Gemeinschaft festzuhalten ..."*

Bis Mitte 1968 ist davon auszugehen, daß in vielen Bereichen noch Unklarheit über den weiteren Weg der beiden ESGn herrschte. Durch die Studentenunruhen in der Bundesrepublik Deutschland und das starke Engagement der ESGn dabei, gerät der ständige Kontakt zwischen beiden Geschäftsstellen und Verbänden immer mehr in den Hintergrund. Die Auflösung des Vertrauensrates 1970 ist deshalb viel eher in den Horizont der Demokratisierung der ESG-Strukturen zu stellen als in den unmittelbaren Beziehungen des Trennungsprozesses bis 1967. Mit dem Wegfall dieser gesamtdeutschen Klammer wurde es aber auch immer schwieriger, die im Einheitsmemorandum 1960 und in den verschiedenen Interpretationen und Statements des Trennungsprozesses festgehaltene gegenseitige Verantwortung im jeweiligen Kontext zu realisieren.

## 8

Festzuhalten ist, daß der Trennung in die beiden ESGn 1967 ein längerer Prozeß des theologischen und politischen Nachdenkens vorausging. Der Zeitpunkt der Trennung war bedingt durch pragmatischen Entscheidungsdruck durch das Einreiseverbot des Generalsekretärs seitens der DDR-Regierung. Damit war die ESG in Zugzwang geraten und mußte reagieren. Viel wichtiger als dieser pragmatische Hintergrund ist m.E. die politische und theologische Diskussion. Fest-

gehalten worden ist an der Ökumenizität und kirchlichen Verbundenheit der ESG-Arbeit in beiden Teilen Deutschlands. Einheit wie Trennung sollten nicht nationalstaatlich orientiert sein. Daß dies beim Trennungsbeschluß 1967 im Unterschied zum Einheitsmemorandum 1960 mißverständlich war, zeigt die harte Reaktion von linken Berliner Theologen. Sie sahen hier einen Verstoß gegen die Barmer Theologische Erklärung, wo auch die äußere Gestalt der Kirche, mit ihren Institutionen und Strukturen, Zeugnis geben muß von der Einheit in Jesus Christus und sich nicht diese Ordnungen durch staatliche Grenzen festlegen lassen sollte.

Auf der anderen Seite muß man sehen, daß es den Evangelischen Studentengemeinden gerade um dieses Zeugnis in gegenseitiger Übernahme der Verantwortung ging. Die dritte von mir angesprochene Ebene ist die politische Diskussion. Hier wurde immer wieder betont, die entscheidende Frage sei, was dem Frieden in Deutschland und Europa mehr dient. Zwei ESGn oder eine, d.h. dahinter stand die Frage, zwei Deutschlands oder ein Deutschland. Ich bin der Meinung, daß gerade in den 60er/70er Jahren hier die ESG eine richtige Entscheidung getroffen hat. In dieser Zeit war eine Betonung der Existenz zweier deutscher Staaten friedensfördernd. Ob dies noch für die achtziger Jahre, angesichts der immer stärkeren Verkrustung des real existierenden Sozialismus galt, ist fraglich und muß auch an die Arbeitsbereiche der beiden ESGn gefragt werden.

M.E. ist die theologische und politische Analyse, wie sie im Einheitsmemorandum von 1960 ihren Ausdruck gefunden hat, auch für den Zusammenschluß der beiden ESG 1992 wegweisend. Wir müssen uns fragen, wie wir Zeugnis geben können, auch mit unseren Strukturen, von dem Evangelium Jesu Christi. Wir müssen uns fragen, wie wir unsere politische Verantwortung im vereinigten Deutschland für Gerechtigkeit Frieden und Bewahrung der Schöpfung am effektivsten, klarsten, ausdrücktesten wahrnehmen können. Und wir müssen uns fragen, wie das am praktischsten zu verwirklichen ist.

# **Die evangelische Studentengemeinde in der DDR im Blickfeld des MfS\***

**Axel Noack**

Will man die zahlreichen Unterlagen des MfS über die Evangelischen Studentengemeinden (ESG) in der DDR richtig einordnen, wären zweierlei Voraussetzungen nötig:

Zum einen müßte man über die Bedeutung, die die ESG für die SED-Kirchenpolitik hatte, berichten. Es müßte über die offensive Verfolgung der ESG und ihrer studentischen Mitglieder in der ersten wilden Phase des Versuchs des Aufbau des Sozialismus nach der I. Parteikonferenz der SED (Juli 1952) und über den Schauprozeß gegen den Leipziger Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler (1956/57) im Umfeld der „Entstalinisierungsdiskussion“ nach dem XX. Parteitag der KPdSU an den Hochschulen der DDR (Ernst Bloch, Wolfgang Harich) und auf dem Felde der Kulturpolitik (Aufbau-Verlag, Walter Janka) berichtet werden. Schließlich wären auch die einschlägigen Politbürobeschlüsse zur Evangelischen Studentengemeinde heranzuziehen. Darüber hinaus wäre es nötig, sich die besonderen strukturellen und praktischen Eigenheiten der ESG im Vergleich mit ‘normalen’ Kirchengemeinden und die besondere Rolle der ESG in der Evangelischen Kirche zu vergegenwärtigen.

Dies kann hier aus Platzgründen nicht in der nötigen Ausführlichkeit erfolgen, und so soll im folgenden nur versucht werden, auf besonders ‘MfS-relevante’ Eigenheiten der ESG-Arbeit einzugehen.

## **Strukturelle Besonderheiten der ESG in der DDR und die Bearbeitung durch das MfS**

Die „Evangelische Studentengemeinde“ meint einerseits immer die konkrete einzelne Studentengemeinde am Hochschulort. Auf dieser Ebene ist sie über ih-

---

\* erstveröffentlicht in hso 1/1996

ren Studentenpfarrer, der in landeskirchlichem Lohn und Brot steht, stark an die jeweilige Landeskirche gebunden, obwohl die Studenten einer Hochschule in aller Regel aus ganz verschiedenen Landeskirchen kommen. Sie sind aber auch - nicht zuletzt wegen der Aufnahme alter Traditionen aus der Zeit der „Deutschen Christlichen Studentenvereinigung“ (DCSV) mit ihrer Vereins-struktur - durch die Geschäftsstelle der ESG über die Landeskirchengrenzen hinweg in der „Gesamtarbeit“ miteinander verbunden.

Dieser Struktur entsprach auch eine zweifache Bearbeitungsrichtung durch das MfS:

1.) Die Studentengemeinde bzw. ihre Geschäftsstelle (GS) konnten als eine zentrale kirchliche Einrichtung angesehen werden. Entsprechend taucht die Gesamtarbeit der ESG dann in den operativen Maßnahmeplänen der Hauptabteilung (HA) XX/4 auf, wenn es darum ging, größere politische Ereignisse wie Jahrestage, Wahlen, Parteitage oder etwa den Besuch E. Honeckers in der Bundesrepublik „operativ abzusichern“.<sup>1</sup>

Basierend auf der Zuarbeit durch die Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen des MfS erstellte die HA XX/4 zusammenfassende „Analysen“ des Standes der Aufklärung. Das ist in regelmäßigen Abständen, etwa alle zwei Jahre, erfolgt.<sup>2</sup>

2.) Auf Bezirks- und Kreisebene waren für das MfS dann die einzelne Studentengemeinde bzw. deren regionale Verbindungen von Interesse. Hier haben die landeskirchlichen Bezüge den Vorrang vor der Gesamtarbeit, wie die einschlägigen Kapitel über die Studentengemeinden in den für nahezu alle Landeskirchen (mit fast gleichlautenden Titeln) angefertigten MfS-Analysen belegen. So zum Beispiel: „Die Kenntnis der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen - Voraussetzung für eine wirksame politisch-operative Arbeit“.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Beispiele für derartige Maßnahmepläne sind wiederholt veröffentlicht worden. Vgl. z.B. die Anlagen zur abweichenden Meinung der Abgeordneten Dr. Markus Vette und Manfred Walther (beide CDU) zum Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3 des Landtages Brandenburg vom 29.4.1994, Drucksache 1/3009, veröffentlicht als Drucksache des Landtages, Maschinenschrift, vervielfältigt 3. Bd. Zu vergleichen wären besonders die Anlagen 19.8. (btr. Besuch Helmut Schmidts in der DDR 1980); 19.9. (btr. „Kampfkurs X:“ = X. Parteitag der SED, 1981) und 19.14 (btr. „Nelke 88“ = Feier des 1. Mai 1988).

<sup>2</sup> Hier sei nur der letzte der bisher aufgefundenen ausführlichen „Auskunftsberichte“ nachgewiesen: Analyse des Standes der operativen Aufklärung und Bearbeitung der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) in der DDR, vorgelegt von der Hauptabteilung XX/4 am 31.5.1984, Maschinenschrift 26 Seiten zzgl. Anlagen, BStU MfS ZA HA XX/4 - 489.

<sup>3</sup> Jonak, Rudibert: Die Kenntnis der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen - Voraussetzung für eine wirksame politisch-operative Arbeit, MfS Hochschule JHS VVS o001

## Die Studentenpfarrer waren besonders im Blick

Die Pfarrstellen für die Studentenpfarrer wurden - jedenfalls in den Studentengemeinden der größeren Hochschulorten - als landeskirchliche Stellen geführt. Nur in kleinen Studentengemeinden war das Studentenpfarramt mit einem Gemeindepfarramt verbunden. Bis in die achtziger Jahre hinein galt (innerkirchlich wie auch in der Sicht der staatlichen Stellen) ein Studentenpfarramt als „Sprungbrett“ für die Übernahme kirchenleitender Funktionen. So hat z.B. die Mehrzahl der gerade in den Ruhestand verabschiedeten Bischofsgeneration der östlichen (aber auch einiger westlichen) Landeskirchen in ihrem früheren Berufsleben einmal ein Studentenpfarramt innegehabt bzw. war in der kirchlichen Ausbildung tätig.

Möglicherweise liegt hierin eine Erklärung dafür vor, warum das MfS den Pfarrern und Pfarrerinnen im Studentenpfarramt prozentual eine höhere Aufmerksamkeit schenkte als ihren Kollegen im Gemeindepfarrdienst. Die Zahl der in OVs<sup>4</sup> bzw. OPKs<sup>5</sup> bearbeiteten Studentenpfarrer ist überdurchschnittlich hoch. So nennt die Analyse der HA XX/4 aus dem Jahre 1984 namentlich 14 Studentenpfarrer (zzgl. des Leiters der GS in Berlin), für die von der HA XX/4 bzw. von Bezirksverwaltungen oder Kreisdienststellen OVs bzw. OPKs eingeleitet worden seien.<sup>6</sup> Dabei rechnet die Analyse zu diesem Zeitpunkt mit 34 existierenden Studentengemeinden an Hoch- und Fachschulorten der DDR.<sup>7</sup>

---

- 230/83, BStU MfS JHS 22139 Bl. 1-131, zzgl. Dokumentenanhang (Anhang: BStU MfS JHS 23507). Der Abschnitt „Die Evangelischen Studentengemeinden“ umfaßt die Seiten 43 bis 47.

<sup>4</sup> OV = Operativer Vorgang.

<sup>5</sup> OPK = Operative Personenkontrolle.

<sup>6</sup> Vgl. HA XX/4, Analyse: Die namentliche Aufzählung der OV bzw. OPK erfolgt in den Anlagen Nr. 1 und Nr. 9. Vgl. auch MfS, HA XX/4: „Konzeption zur politisch-operativen Bearbeitung und vorbeugenden Bekämpfung des politischen Mißbrauchs der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) in der DDR“ vom 17.9.1984 (Maschinenschrift 4 Seiten), unterzeichnet: Bartnitzek (Major, Referatsleiter) und Jaschke (Oltm.), BStU, ZA HA XX/4 Bl. 193-196. Vgl. weiter: „Kurze Einschätzung der gegenwärtigen Zusammensetzung der Evangelischen Studentenpfarrerkonferenz“, o.Vf., o.Jahr [ca. 1982]; Maschinenschrift 3 Seiten, BStU ZA HA XX/4.

<sup>7</sup> Die ESG selbst zählte damals 36 Studentengemeinden. Vgl. vervielfältigtes Verzeichnis „Anschriften der Studentenpfarrer der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR (Stand: November 1984)“, in: Akten der Geschäftsstelle der ESG: ESG-GS 84/41-80.

## Die ESG als „Kirche auf Zeit“

Evangelische Studentengemeinden mußten und müssen immer in begrenzten, überschaubaren Zeiträumen denken. Im schnellen Generationswechsel bei den Studierenden, aber auch bei den Studentenpfarrern, liegen bestimmte Schwierigkeiten wie auch der besondere Reiz der ESG-Arbeit. Ämter und Verantwortungen werden in den Studentengemeinden schnell übernommen und weitergereicht. Neuwahlen und die Änderungen von Zuständigkeiten finden im Semesterturnus statt, und mindestens jede zweite Studentengeneration hat die Chance, sich an der Neuwahl eines Studentenpfarrers zu beteiligen. Für das MfS boten sich damit allerdings gute Ansätze für die Durchdringung und die Einschleusung vom IM. Eingeschleuste IM waren, ohne Verdacht zu erregen, schnell in wichtige Positionen der ESG, aber auch der Gesamtkirche zu lancieren.

Ein Beispiel: Der spätere provinzsächsische Konsistorialpräsident Detlef Hammer, der vermutlich im Herbst des Jahres 1970 erstmals Kontakt zur evangelischen Kirche aufnahm und im Auftrag des MfS die Studentengemeinde in Halle besuchte,<sup>8</sup> konnte schon im Februar 1973, also nur zwei Jahre später zur Einschleusung in das Evangelische Konsistorium als juristischer Mitarbeiter vorgeschlagen werden. Innerhalb dieser kurzen Zeit hatte er „das volle Vertrauen der Studentenpfarrer“ erreicht und eine - aus Sicht des MfS - beachtliche Zahl von Ämtern und Funktionen innerhalb der ESG eingenommen:<sup>9</sup>

*„Abteilung XX/4: Halle, den 15.2.1973.  
Vorschlag zur Einschleusung des IMV 'Detlef', Reg.-Nr. VIII 809/70 als Jurist in das Konsistorium der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen  
... Neben dieser Vorgangsarbeit arbeitet IMV inoffiziell im Auftrage des MfS in der evang. Studentengemeinde Halle. Er besitzt das volle Vertrauen der Studentenpfarrer sowie zu verantwortlichen und führenden Mitgliedern der ESG Halle. Durch diese Funktionen in der ESG Halle erhielt der IMV ein sehr großes Einsatzfeld:  
z.B.*

---

<sup>8</sup> Vgl. die ausführliche Darstellung der Stasi-Mitarbeit des ehemaligen Konsistorialpräsidenten Detlef Hammer und der Konsistorialrätin Marion Staude in: Schultze, Harald und Waltraut Zachhuber: Spionage gegen eine Kirchenleitung - Detlef Hammer - Stasi-Offizier im Konsistorium Magdeburg, Maschinschrift vervielfältigt, Magdeburg November 1994, S. 12.

<sup>9</sup> Schultze/Zachhuber, Spionage, S. 90.

- *Leiter des Arbeitskreises Soziologie der ESG - und damit Verantwortlicher für die Partnerschaftsarbeit*
- *Mitglied des Kant-Kreises der ESG Halle*
- *Mitglied des Mitarbeiterkreises der ESG*
- *ständige Teilnahme an Regionaltreffen und Veranstaltungen der AK Kirche und Gesellschaft*
- *Jugendsynodaler der evang. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. [...] gezeichnet: Jonak, Oberleutnant“.*

Wer sich in der ESG engagierte, konnte überall dabei sein und hatte Zugang zu allen Informationen.

### **Lebens- und Arbeitsstil evangelischer Studentengemeinden**

Auch das alltägliche Leben und Arbeiten der Studentengemeinden unterscheidet sich in sehr starkem Maße von dem Leben in der normalen Ortskirchengemeinde. So hat die ESG ihren Lebensmittelpunkt nicht im sonntäglichen Gottesdienst, sondern im wöchentlichen Gemeindeabend. Dazu kommen die Arbeit in Kleinkreisen zu bestimmten Themen (Philosophie, Literatur, Geschichte etc.), zahlreiche gemeinsame Fahrten („Rüstzeiten“), Ausflüge und Ferienreisen. Schon von daher muß die ESG mit ihrem Arbeitsstil dem MfS viel interessanter als Ortsgemeinden erschienen sein. Dies nicht zuletzt deshalb, weil es hier natürlich immer wieder um Texte, Bücher, Zeitschriften und Vervielfältigungen ging, was unter den Bedingungen der DDR-Zensur von besonderem sicherheitspolitischen Interesse war. Auch der spezifische Lebensstil der Studentengemeinden war von „operativem“ Interesse. In aller Regel verfügte eine Studentengemeinde über räumliche Möglichkeiten und technische Voraussetzungen (Küche, Sessel-ecke, Möglichkeit zum Spiel und Musikhören), die wirklich gemeinsames Leben möglich machten. In den Räumen der Studentengemeinden kam man nicht nur zu „Veranstaltungen“ zusammen. Hier wurde einfach auch gelebt, was von den Studierenden in den oft sehr beengten Internatsverhältnissen der DDR-Universitäten gern angenommen wurde. Auch die Wohnung der Studentenpfarrer (und damit deren gesamte Familie) waren oft einbezogen, und Studierende hatten relativ freien Zugang zu Kühl- und Bücherschrank der Pfarrerrfamilien. Nicht selten wurde brisante (d.h. „West-“)Literatur beim Studentenpfarrer verwahrt und dort gelesen, weil man sich nicht getraute, sie ins Internat mitzunehmen. Einige ESGn verfügten über eigene kleine Bibliotheken, die oft Bücher



enthielten (z.B. aus Geschenken westdeutscher Partnergemeinden), die in öffentlichen Bibliotheken nie hätten gelesen werden können.<sup>10</sup>

### **„Offenheit“ als zentraler Punkt im ESG-Selbstverständnis**

In der ESG wird in „Selbstverständnisdebatten“ immer wieder die Frage gestellt, wie „christlich“ (oder wie „kirchlich“) die ESG einerseits und wie „offen“ sie andererseits ist. Dabei geht es um Offenheit gegenüber Nichtchristen, anderen Religionen und Konfessionen genauso wie um die Offenheit für Themen aus dem säkularen Raum. Die Offenheit der Studentengemeinden war nicht nur inneres Thema, sondern immer auch Problem der staatlichen Kirchenpolitik. Mindestens ein Ziel dieser Politik war es, kirchliche Arbeit und damit auch die ESG-Arbeit strikt auf den innerkirchlichen Raum (und innerkirchliche Themen!) zu beschränken und zu begrenzen. Die Beschäftigung mit politischen (bzw. parteipolitischen) Themen, mit Wehrdienstfragen und Ökologie oder Philosophie wurde immer als Einmischung verdächtigt und kritisiert. Einen besonderen Kritikpunkt bildeten dabei ESG-Veranstaltungen mit eingeladenen Schriftstellern. Solche Abende zogen zahlreiche Studenten an und provozierten gesteigerte Aktivitäten des MfS.<sup>11</sup>

Die Studentengemeinden haben - vermutlich stärker noch als Ortskirchengemeinden - betont und bewußt an der „Offenheit“ festgehalten, ohne den Anspruch aufzugeben, christliche Gemeinde sein zu wollen. Gerade diese Offenheit erregt den Argwohn des MfS:

*„Durch den offenen Charakter der Studentengemeinden, in der auch Nichtchristen und Jugendliche aus anderen Bereichen mitarbeiten können, finden sich in der Regel politisch-negative Kräfte zusammen. Die Evangelischen Studentengemeinden sind in ihrer Gesamtausrichtung als ein ständiges Sammelbecken für feindlich-negative Kräfte einzuschätzen. (Inoffiziell wurde eingeschätzt, daß eine*

---

<sup>10</sup> Im „Giftschrank“ der Merseburger ESG zählten z.B. Rainer Kunzes „Wunderbare Jahre“, Rudolf Bahros „Die Alternative“ und Erich Fromms „Haben oder Sein“ zu den „Rennern“ meiner eignen Studentenpfarrerzeit.

<sup>11</sup> Vgl. Bericht Rainer Kunzes über die Einsicht in „seine“ MfS-Akte: Kunze, Rainer: Deckname „Lyrik“, Frankfurt/Main 1990, Fischer-Taschenbuch 10854. Vgl. auch HA XX/4, Analyse, Bl.17: „Obwohl sogenannte Schriftstellerlesungen mit politisch-negativen Personen gegenüber Vorjahren zurückgegangen sind, wurden wiederholt Lesungen mit solchen feindlich-negativen Kräften, wie Lutz Rathenow und Rolf Schneider, durchgeführt. Weiterhin traten in den Räumlichkeiten der Studentengemeinden die Schriftsteller bzw. Lyriker Hans Cibulka, Adolf Endler, Detlef Opitz und Uwe Kolbe mit feindlich-negativen Diskussionen auf.“

*Reihe christlich gebundener Studenten eine Mitarbeit in der Studentengemeinde ablehnt, weil diese ihnen zu reaktionär sei.)“<sup>12</sup>*

Wenn nun einerseits die ESG-Arbeit gerade wegen dieser Offenheit beargwöhnt werden konnte, so konnte andererseits das MfS diese Offenheit auch bewußt zur Einschleusung von IM ausnutzen. Die nachgelassenen Dokumente belegen eindeutig, daß dem MfS durchaus bewußt war, daß kirchliches Hinterland bzw. religiöse Sozialisation keine Bedingung dafür war, um als IM in eine Studentengemeinde eingeschleust zu werden. Selbst die Gefahr, bei „Kulthandlungen“ innerhalb der ESG als ungeschickt und ahnungslos aufzufallen, wurde vom MfS als gering betrachtet. Die Erwartung der „Entwicklung“ eines Glaubensbekenntnisses bleibe bestehen:

*„Generell wird kein Glaubensbekenntnis gefordert. Für einige kirchliche Amtsträger und Angestellte, die in Verbindung mit feindlich-negativen, pseudo-pazifistischen Personenzusammenschlüssen stehen, erscheint es jedoch erstrebenswert, im Laufe der ‘Mitarbeit’... ein solches Glaubensbekenntnis zu entwickeln.“<sup>13</sup>*

## **Jugendsynodale**

Von hohem Interesse für das MfS war eine besondere „kirchliche Einrichtung“: Als Ergebnis basisdemokratischen Neuaufbruchs nach 1968 war in fast allen Landeskirchen der DDR das Amt der „Jugendsynodalen“ eingeführt worden. Die Evangelische Jugend- bzw. Studentenarbeit erhielt damit die Möglichkeit, unbeeinträchtigt durch das ansonsten geltende komplizierte Wahl- und Delegationsverfahren über Gemeindegemeinderäte (Kirchenvorstände) und Kreissynoden (Bezirkssynoden) direkt und unmittelbar Vertreter in die Landessynoden bzw. durch Delegation über die ESG-Gesamtarbeit in die Bundessynode und damit in die höchsten kirchlichen Entscheidungsgremien zu entsenden. Sie hatten dort in der Regel mit Ausnahme des Stimmrechtes alle anderen Rechte und Pflichten

---

<sup>12</sup> HA XX/4, Analyse, Bl. 17.

<sup>13</sup> Vgl. Körner, Thomas: Spezifische Anforderungen an die Auswahl und den Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern, die in feindlich-negative, pseudopazifistische Personenzusammenschlüsse eingeschleust werden sollen. MfS JHS VVS o001 - 411/87 : BStU ZA MfS JHS 21096, Zitat: Bl. 18. Vgl. weiter: Schulze, Hans-Peter: Die zielgerichtete Entwicklung und Qualifizierung eines IM bei der Heranführung an den Leiter einer kirchlichen Gruppe mit der Vorbereitung des perspektivischen Einsatzes als hauptamtlicher Mitarbeiter der Kirche zur Verhinderung des Mißbrauchs durch den Gegner, MfS JHS GVS o0001 - 80/85 : BStU ZA MfS JHS 20286.

von Synodalen, konnten also das Wort ergreifen, Anträge einbringen und an den geschlossenen Sitzungen der synodalen Ausschüsse und Arbeitsgruppen teilnehmen.

Synodaltagungen erzielten, wie die zahlreichen Berichte, Einschätzungen und Maßnahmepläne, aber auch die zu ihren Tagungen eigens gebildeten staatlichen Arbeitsgruppen belegen, die besondere Aufmerksamkeit der staatlichen Kirchenpolitik und damit des MfS. Es ist also nicht verwunderlich, daß auch das Interesse des MfS an den Jugendsynodalen erheblich war.<sup>14</sup> So nahmen bspw. auch die beiden, bis in die Leitung meiner eigenen Landeskirche eingeschleusten IM, Marion Staude und Detlef Hammer, die ihre „Karriere“ in den Studentengemeinden Halle bzw. Merseburg begonnen hatten, ihren Weg über das Amt der Jugendsynodalen.

### **Partnerbeziehungen zu Studentengemeinden West**

Partnerbeziehungen zu Kirchengemeinden in den westlichen Landeskirchen (bzw. Kontakte zu den „Patengemeinden“) hatten wohl die meisten Kirchengemeinden in der DDR. Die Studentengemeinden gehörten zu dem Teil der evangelischen Kirche, der die intensivsten und vor allem geordnet regelmäßige Kontakte zu den Partnergemeinden im Westen unterhielt. Die Studentengemeinden hatte nahezu flächendeckend regelmäßig in jedem Semester ein Partnertreffen in Berlin. Darauf hatte man sich vorbereitet und ein gemeinsames Thema für das Treffen war verabredet worden. Die ESG konnte also trotz ansonsten strikter Abgrenzung „normalen“ Studenten regelmäßige Kontakte zu Studenten in Westdeutschland vermitteln, während etwa die FDJ bestenfalls Treffen von Funktionären ermöglichte. Entsprechend bildet das Thema Partnerarbeit eindeutig einen besonderen Schwerpunkt in den Analysen des MfS zur ESG-Arbeit. Dies wird auch durch zahlreiche Arbeiten, angefertigt an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche, belegt.<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> Jugendsynodale werden vom MfS z.B. als „Jugendliche mit perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten“ beschrieben. Vgl. Heinrich, Kenntnis, S. 76.

<sup>15</sup> Vgl. Heinrich, Kenntnis, S. 39-53 und HA XX/4, Analyse, S. 21-23. Vgl. Materialsammlung der HA XX/4 vom 26.7.65 : „Die Rolle Westberlins zur ideologischen Beeinflussung der Jugend Westdeutschlands im Rahmen der psychologischen Kriegführung des Bonner Staates“. Vgl. auch Floth, Karl-Heinz: Politisch-operative Hauptaufgaben, Erfahrungen u. Erkenntnisse zu feindl.-negativen Aktivitäten reaktionärer klerikaler Kräfte im Rahmen sogenannter Partnerschaftsbeziehungen unter besonderer Beachtung der kirchlichen Jugendarbeit,

Auffällig, aber wohl erklärlich ist die veränderte Funktion, die das MfS für sich selbst in Bezug auf die Partnerarbeit der ESGn sah. Gewöhnlich wird die kirchenpolitische Rolle des MfS als Arbeit zur „Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung... des Mißbrauchs der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen, inneren Opposition in der DDR“ verstanden und beschrieben.<sup>16</sup> Im Blick auf die Partnerarbeit geht es dann nicht nur um die „Verhinderung des Mißbrauchs“, sondern die „Bearbeitung und Kontrolle (der Partnerschaftsbeziehungen) erfolgt mit folgender Zielstellung:“

*„... Zielgerichtete Unterbindung bzw. Einschränkung bestehender Partnerschaftsverbindungen bzw. sich anbahnender Kontakte.*

*Die Realisierung dieser Zielstellung ist im wesentlichen nur durch unsere Hauptmittel, die inoffiziellen Kräfte[,] zu erreichen. Überlegungen in unserer Arbeit müssen dahin gehen, dort IM zu schaffen, wo sich entsprechende ‘Schaltstellen’ der Partnerschaftsarbeit befinden.“<sup>17</sup>*

Mit der Partnerarbeit sind allerdings noch weitere MfS-relevante Aspekte verbunden. So waren natürlich auch die Studenten der Partnergemeinden aus dem Westen Deutschlands im Blickfeld des MfS. Wenn man bedenkt, welche Aktivitäten das MfS für die Arbeit im „Operationsgebiet“ entfaltet hat, wird erklärlich, warum auch die Partnerarbeit unter diesem Aspekt betrachtet worden ist. Dabei registriert das MfS, daß zu diesen Treffen aus dem Westen vor allem Studenten anreisen würden, die „links“ bzw. „DDR-“ oder doch wenigstens „sozialismusfreundlich“ seien:

*„Insgesamt muß jedoch eingeschätzt werden, daß durch die BRD-Teilnehmer in den meisten Fällen realistische Positionen bezogen werden. Hingegen mehrfach von DDR-Teilnehmern bei diesen Treffen die Politik von Partei und Regierung der DDR verleumdet und verunglimpft wurde.“<sup>18</sup>*

---

MfS JHS VVS o001 - 309/83. Vgl. weiter: Bergmann, P.: Subversive Bestrebungen im kirchlichen Gruppentourismus aus nichtsoz. Staaten und WB und Methoden ihrer Aufdeckung. MfS JHS VVS o0001 - 387/84. Jänisch, D. : Das operative Zusammenwirken ausgewählter Kräfte und Mittel des MfS zur Kontrolle und Verhinderung des politischen Mißbrauchs kirchlicher Partnerschaftsarbeit, MfS JHS VVS o0001 - 303/88.

<sup>16</sup> Vgl. das von einem Forscherkollektiv vorgelegte „Schulungsmaterial“ (November 1983, 311 Seiten Manuskriptdruck) mit dem Titel: „Grundorientierung für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Mißbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen, inneren Opposition in der DDR“. MfS JHS VVS o001 - 147/83.

<sup>17</sup> Heinrich, Kenntnis, S. 54f.

<sup>18</sup> HA XX/4, Analyse, Bl. 22.

## Die Arbeit des MfS mit inoffiziellen Mitarbeitern innerhalb der ESG

Daß das MfS auch im Bereich der Kirchlichen Studentenarbeit nicht auf seine „Hauptwaffe“, den Einsatz von „Inoffiziellen Mitarbeitern“, verzichten würde, liegt auf der Hand. Dennoch gibt es einige Auffälligkeiten: Die MfS-Experten schienen jedenfalls darin übereinzustimmen, daß es bei der beschriebenen besonderen Lage der Studentengemeinden praktisch leichter ist, IM in Studentengemeindegruppen „an-“ bzw. „einzuschleusen“ als aus solchen festgefügt Gruppen „herauszubrechen“. Diese Eigenschaft teilen die Studentengemeinden mit anderen Gruppen, z.B. Friedensgruppen, Ökogruppen etc., aber auch mit solchen festen Gemeinschaften wie Gruppen von Bausoldaten, die in der Sprache des MfS unter die „feindlich-negativen, pseudopazifistischen Personenzusammenschlüsse“ gezählt wurden.

*„Es zeigte sich, daß der Erkenntnisstand zum Persönlichkeitsbild ... einzelner Mitglieder der feindlich-negativen, pseudopazifistischen Personenzusammenschlüsse, vor allem zu Ansatzpunkten für ein gezieltes ‘Herausbrechen’ von Personen, unzureichend war. Gleichzeitig mußte festgestellt werden, daß meist verhärtete Positionen bei diesen Personen vorlagen, die eine erfolgreiche Werbung für die inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS nicht zuließen. Sehr schnell wurde deshalb im Verantwortungsbereich die Aufgabe der Einschleusung geeigneter IM... in den Mittelpunkt der politisch-operativen Arbeit gerückt.“<sup>19</sup>*

In Auswertung eines Erfahrungsberichtes eines IMB,<sup>20</sup> der in der ESG Rostock tätig war, wird festgehalten:

*„Wie auch im Erfahrungsbericht des IMB ‘Bernd Kästner’ sichtbar, wurden in der Bezirksverwaltung Rostock gute operative Arbeitsergebnisse über die Einführung zuverlässiger IM in die Bearbeitung feindlich-negativer pazifistischer Personenkreise erzielt. Obwohl auch die Möglichkeit des Herausbrechens einzelner Personen ständig geprüft wird, müssen doch die hohen Gefahren für die Gewährleistung der Konspiration immer in Rechnung gestellt werden.“<sup>21</sup>*

---

<sup>19</sup> Körner, Anforderungen, S. 13f.

<sup>20</sup> IMB = IM zur „Beurteilung im Verdacht der Feindseligkeit stehender Personen, feindlicher Stellen und Kräfte“ (Krone, Tina u.a.: Wenn wir unsere Akten lesen, Berlin 1992, S. 44).

<sup>21</sup> Schimnick, Rainer: Die Hauptaufgaben des Einsatzes inoffizieller Mitarbeiter bei der Aufspürung und Bekämpfung unter dem Deckmantel des Pazifismus vorgetragener subversiver Angriffe, dargestellt am Beispiel der ESG Rostock. MfS JHS VVS o001- 395/83 : BStU, ZA, K 436.

In Potsdam-Eiche, wo man über einen großen Fachbereich „Psychologie“ verfügte,<sup>22</sup> entstanden spezielle Arbeiten zu dieser Thematik. Darin werden die besonderen Anforderungen analysiert und problematisiert, die an die IM zu stellen sind, da sie sich noch in einem jugendlichem Alter, in ihrer Ausbildung und im Aufbau von Partnerbeziehungen befinden. Auch wenn das MfS sich große Mühe zu geben scheint, berufliche und persönliche Nachteile, die sich für die jungen Menschen aus ihrer MfS-Tätigkeit ergeben können, zu minimieren, hat der „Kampfauftrag“ des MfS immer Vorrang. Ein bildhaftes Beispiel:

*„2.1. Welche Anforderungen sind - ausgehend von den aktuellen und zu erwartenden Aktivitäten des Mißbrauchs der ESG durch feindlich-negative Kräfte - an die inoffiziellen Mitarbeiter zu stellen? ...*

*Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Tätigkeit eines IM in der ESG ist die unbedingte Treue zum MfS und ein hohes marxistisch-leninistisches Grundwissen, um die offen und verbrämt häufig unter dem Deckmantel des Pazifismus vorgetragenen Angriffe richtig erkennen und operativ werten zu können. Weiterhin ist stets zu beachten, daß die inoffiziellen Mitarbeiter, wenn sie aus dem studentischen Bereich kommen, über eine gute Allgemeinbildung verfügen und gute Studienergebnisse erreichen. Schlechte Studienleistungen können bei Bekanntwerden des aktiven Mitwirkens in der ESG schnell zu vorzeitigen Exmatrikulationen führen. ... ESG-Veranstaltungen finden vorwiegend in den späten Abendstunden und an Wochenenden statt, also zu einer Zeit, in der ein Student einer Universität Studienaufgaben zu lösen hat. Um die Teilnahme an den Veranstaltungen absichern zu können, ist demzufolge eine konzentrierte Studienarbeit erforderlich.*

*Eine konkrete kirchliche Bindung vor dem Einsatz in der ESG erwies sich bisher als nicht erforderlich. In der Regel konnte die Einführung inoffizieller Mitarbeiter in die ESG über dritte Personen, die bereits Veranstaltungen der ESG besuchen oder zu einem der bereits genannten Arbeitskreise gehören, realisiert werden.*

*Hohe Anforderungen sind auch an die persönliche Opferbereitschaft des in der ESG zum Einsatz kommenden IM zu stellen.*

*Bei dem IM handelt es sich in der Regel um Jugendliche bzw. Jungerwachsene, die sich in einem Alter befinden, in dem bereits häufig feste Partnerschaftsbeziehungen eingegangen werden. Verkehrt der Partner nicht in der ESG bzw. lehnt eine religiöse Betätigung gänzlich ab, kann es zu persönlichen Konflikten bis in die jeweiligen Elternhäuser führen.*

---

<sup>22</sup> An der MfS-Hochschule mit einem Personalbestand von 761 Mitarbeitern (1989) gab es an der Sektion „Politisch-operative Spezialdisziplin“ einen besonderen Lehrstuhl für Psychologie. Vgl. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 - Vorläufiger Aufriß nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993. Hrsg. v. Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Reihe A Nr. 2/93.

*Zum Beispiel steuert die Abteilung XX einen weiblichen IMB, dessen Freund fordert, die kirchlichen Aktivitäten einzustellen. Im Interesse der zu lösenden bedeutsamen operativen Aufgabenstellungen wird durch den IM-führenden Mitarbeiter eine Lösung des Verhältnisses angestrebt.*

*Hier wird deutlich, daß es so früh wie möglich darauf ankommt, die operative Arbeit hemmende Partnerschaftsbeziehungen zu erkennen, um vor deren Festigung eine Trennung erreichen zu können.*

*Um bestimmte Schlüsselpositionen in der ESG besetzen zu können, müssen bereits unter den Oberschülern auch aus traditionell christlichen Elternhäusern IM gewonnen werden, die im Rahmen der kirchlichen Jugendarbeit, insbesondere der Jungen Gemeinde, zum Einsatz kommen.*<sup>23</sup>

Die Zahl der vom MfS mit der Ausspähung des ESG-Umfeldes beauftragten IM ist hoch gewesen. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor. Schätzungen müssen vage bleiben. So gibt die Analyse der HA XX/4 von 1984 allein für den Bezirk Halle (und die dort vorhandenen fünf Studentengemeinden) die Zahl von „20 IM zur ständigen operativen Kontrolle der Evangelischen Studentengemeinden“ an. Damit sei „zur Führung operativer Grundprozesse“ eine „operative inoffizielle Basis“ „überwiegend“ vorhanden. Gleichzeitig wird „eingeschätzt“, daß „die inoffizielle Basis in den Leitungsgremien der Gesamtarbeit der Evangelischen Studentengemeinden (Beirat, Studentenpfarrerkonferenz, Studentengemeinderat) und in der Aufklärung und operativen Kontrolle der sogenannten Partnertreffen und ökumenischen Konferenzen“ „unzureichend“ sei.<sup>24</sup>

In den Studentengemeinden selbst ist mit solch großer Zahl von Spitzeln nie gerechnet worden. Allerdings wurden die Studenten alljährlich von den Studentenpfarrern auf die mögliche Kontaktaufnahme durch Mitarbeiter des MfS vorbereitet. Die Empfehlung für diesen Fall lautete, dem Stasi-Mitarbeiter sofort mitzuteilen, man werde über dieses Gespräch umgehend den Studentenpfarrer informieren. Die Bestimmungen über das Beichtgeheimnis gäben dafür die

---

<sup>23</sup> Schimnick, Hauptaufgaben, S. 20ff. Vgl. auch den ausführlichen Bericht über die Fürsorge des MfS für den IMB „Karin“, in Völker, M.: Praktische Erfahrungen und Erkenntnisse der Vermittlung eines realen und aufgabenbezogenen Feindbildes an IM. Untersucht und dargestellt an einem IM der Linie XX/4, MfS JHS VVS o0001 - 285/89 : BStU ZA JHS 21451, (Der Text ist ohne Nennung des Verfassers veröffentlicht in: *Zwie-Gespräch. Beiträge zum Umgang mit der Staatssicherheits-Vergangenheit*, hrsg.v. Ulrich Schröter und Dieter Mechtel, 4.Jg. Heft 24/25 [Dezember 1994], S. 14-45). Die ausführlichste Beschreibung der Anforderungen an einen IM im Bereich der ESG bietet: Schnitzer, Eberhard: Die Entwicklung von Inoffiziellen Mitarbeitern unter der studentischen Jugend für den Einsatz in der Evangelischen Studentengemeinde Greifswald und die Gewährleistung ihres gesellschaftlich effektiven Einsatzes zur wirksamen Aufklärung und Bekämpfung von Erscheinungsformen der politischen Untergrundtätigkeit, MfS JHS VVS 458/88 : BStU MfS JHS ZA 201/6.

<sup>24</sup> Vgl. HA XX/4, Analyse, S. 24.

rechtliche Grundlage ab. Auch Spitzelberichte belegen derartige Belehrungen durch die Studentenfarrer. Als Beispiel soll aus einem IM-Bericht einer Studentin über die Belehrung der ESG-Gruppe nach einem brisanten Wochenende mit einem Schriftsteller (2.4.1977) zitiert werden:

*“Man sollte im Gespräch vielleicht den Psalm 73 erwähnen. Das schult gleich ein bißchen. Ihr könnt auch sagen, daß hier eine Billardplatte steht, das interessiert. Die interessieren sich nicht so sehr für das Programm, sondern für Dinge, die so nebenbei passieren. Ihr wißt von nichts. Es ist ratsam, nach dem Gespräch bei (dem Studentenfarrer) vorbeizugehen, ihm alles erzählen. Meist soll man etwas unterschreiben, daß man über das Gespräch niemanden und nichts erzählt. Das braucht ihr nicht zu unterschreiben. Das Beichtgeheimnis wird davon nicht berührt. Wir brauchen uns keine Angst zu machen, die wollen uns nur Angst machen. Sie sprechen Drohungen aus, die sie aber so leicht nicht verwirklichen. In letzter Zeit sind einzelne angesprochen worden, von denen aber keiner etwas erzählt hat. F.S. sagte, daß das etwas Grundsätzliches sei. Das braucht heute und morgen nicht zu passieren - dies sei gleichzeitig für künftige Veranstaltungen gedacht.“<sup>25</sup>*

### **Zusammenfassung: Die ESG in der Sicht des MfS**

Versucht man, aus den verschiedenen analytischen Texten verallgemeinernd eine Sichtweise des MfS auf die ESG zu rekonstruieren, so lassen sich folgende Punkte und Übereinstimmungen festmachen:

1.) Auch wenn die Analysen, Auskunftsberichte etc. von unterschiedlicher Länge und Dichte sind, findet sich wiederholt ein mehr grundsätzlicher Teil, der die Geschichte der ESG zu würdigen sucht. Das kann von einer knappen Aufzählung eines Datengerüsts bis zu ausführlichen Darstellungen geraten. Dabei kann als Regel gelten, daß die Beschreibung der DCSV-Zeiten und die Verbindung zur Bekennenden Kirche in der NS-Zeit präziser ausfällt als etwa die Wer-

---

<sup>25</sup> Zitiert nach Schorlemmer, Friedrich: Worte öffnen Fäuste, Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland, München 1992, S. 151. Vgl. auch den von Schimnick wiedergegebenen IM-Bericht des IMB „Bernd Kästner“: „In den regelmäßigen ESG-Mittwochsabenden (die ich hin und wieder besuchte) wurde oftmals (aber auch im Friedenskreis) Vorsicht gegenüber dem MfS erzeugt. Studentenfarrer K[leemann] ist sich sicher, daß Aktivitäten des MfS in dieser Richtung laufen. ... Hauptsächlich ist man der Meinung, daß das MfS Personen/Studenten anspricht (umwirbt), um diese für Mitarbeit/Informationsgewinnung zu gewinnen. Mehrfach betonte K., für den Fall, daß man vom MfS angesprochen wird und man in einen Gewissenskonflikt gerät, sich sofort an ihn zu wenden, er wird den Konflikt bereinigen.“ Schimnick, Hauptaufgaben, S. 36.



tung der Neubegründung nach 1945. Mindestens Erwähnung findet dabei das Kommuniqué über ein Staat-Kirche-Gespräch vom 11.7.1953. Es sollte die Probleme des Frühjahres 1953 zwischen FDJ und ESG klären.<sup>26</sup> Darin heißt es u.a.:

*„... Da in letzter Zeit verschiedene Unklarheiten über den Charakter der Jungen Gemeinde auftauchten, wurde im Verlauf der Aussprache klargestellt, daß es sich bei der Jungen Gemeinde und der Evangelischen Studentengemeinde nicht um Organisationen handelt, sondern um eine Lebensäußerung im Raum der Kirche und ihrer Gemeinden.*

*Für die Durchführung der kirchlichen Jugendarbeit tragen die Leitungen der Landeskirchen und ihre hierfür eingesetzten Organe die Verantwortung mit dem Bestreben, die eindeutig kirchliche Zielstellung zu sichern.“*

2.) In der weiteren Beschreibung der ESG-Geschichte werden weder die Ereignisse der Jahre 1957/58 (Prozeß gegen Pfarrer Schmutzler) noch die einschlägigen Beschlüsse von Politbüro und SED-Sekretariat erwähnt. Es darf fast bezweifelt werden, daß letztere von den Stasi-Mitarbeitern der achtziger Jahre überhaupt gekannt wurden.

3.) Übereinstimmung herrscht in der Wertung der inneren Entwicklung der ESG als eine Absatzbewegung von den Festlegungen der als „Statut“ bezeichneten „Grundsätze“ von 1953. Kritisch wird vermerkt, die ESG haben sich entgegen ihrer Selbstverpflichtung „politisiert“ und sich nicht-religiösen Themenkreisen zugewendet:

*„Fand dieses Statut in den ersten Jahren noch Beachtung, lassen sich im Laufe der Zeit wesentliche Veränderungen feststellen, so unter anderem das Abgehen von bisheriger Passivität zum gesellschaftlichen Engagement. Seitens der Kirchenleitung erfolgt für die Studentenpfarrer eine Orientierung[,] sich in ihrer Arbeit mit der sozialistischen Umwelt zu befassen, den Marxismus-Leninismus zu analysieren und sich kritisch mit diesen Fragen auseinanderzusetzen.“<sup>27</sup>*

---

<sup>26</sup> Ein Teil eines Wortprotokolls dieses Gespräches in Köhler, Günter (Hg.): Pontifex nicht Partisan. Kirche und Staat in der DDR von 1949 bis 1958. Dokumente aus der Arbeit des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Regierung der DDR, Propst Heinrich Grüber, Stuttgart 1974, S. 121-126.

<sup>27</sup> Heinrich, Kenntnis, S. 53f., vgl. auch Jonak, Kenntnis, S. 44: „Entsprechend des Statutes der ESG von 1953 hat die ESG die Aufgabe kirchliche Themen und Probleme (‘Verkündigung des Evangeliums’) zu behandeln und sich mit diesen auseinanderzusetzen. Wurde zu Beginn der ESG-Arbeit das Statut beachtet, so hat sich jedoch im Laufe der Jahre eine wesentliche Veränderung der Arbeit der Evangelischen Studentengemeinden ergeben. Daraus ist ersichtlich, daß es zwischen Staat und Kirche in Fragen Evangelische Studentengemeinde keine juristischen Vereinbarungen gab und gibt und sie an den Hoch- und Fachschulen illegal existieren und somit geduldet werden.“

4.) Gesehen wird auch vom MfS, daß sich seit etwa 1984 eine Entwicklung abzeichnet, daß die Friedens- und Menschenrechtsgruppen sich von den ESG separieren, und daß unter den Studierenden die Sorgen um den Studienplatz stärker Engagement und spektakuläre Aktionen verbieten. Gruppenaktivitäten wie z.B. die Bewegung für einen „Sozialen Friedensdienst“ (SOFD) haben an den „Hoch- und Fachschulen keine Massenbasis gefunden“.<sup>28</sup>

5.) Die ESG kommt schließlich immer stärker als ein Ursprungs- und Ansatzpunkt für die Entstehung „feindlich-negativer, pseudopazifistischer Personenzusammenschlüsse“ in den Blick. Das gesteigerte Interesse des MfS gilt zunehmend diesen „Personenzusammenschlüssen“ selbst.

In einer eigenen ausführlichen Anlage benennt eine Analyse von 1984 „Operativ relevante Arbeitskreise in den Evangelischen Studentengemeinden der DDR“. Es werden darin namentlich dreizehn Friedenskreise, vier Ökologiekreise, ein Schauspielkreis und zwei Arbeitskreise „Homosexualität“ genannt.<sup>29</sup>

6.) Auffällig in allen Analysen ist das Interesse des MfS an der finanziellen Lage der ESG-Arbeit. Nicht nur im Blick auf die Partnerarbeit, wo das Herausfinden der Mitfinanzierung durch die Bundesregierung als Fahndungserfolg verbucht wird, sondern auch im Blick auf die finanzielle Lage der einzelnen Studentengemeinden registriert das MfS aufmerksam Geldquellen, Kontostände und sogar EKD-Unterstützung für kirchliche Mitarbeiter in der DDR („Bruderhilfe“).<sup>30</sup>

7.) Breiten Raum nimmt der Versuch ein, die Rechtslage der ESG-Arbeit in der DDR zu beschreiben. Den MfS-Autoren sind die Schwierigkeiten und die dürftige Ausgangslage wohl bewußt. Die kirchenrechtliche Problematik wird so nicht gesehen. Auch die ESG kann als Beispiel dafür gelten, das die Kirche in der Sicht des Staates und also auch des MfS viel zentralistischer erscheint, als sie es tatsächlich ist. Auch im Blick auf die ESG-Arbeit werden rechtliche Kompetenz und Durchsetzungsvermögen zentraler kirchlicher Stellen (Ostkonferenz, Konferenz der Kirchenleitungen) überschätzt. Daß z.B. wiederholt auf einen „Artikel“ der Ordnung des Kirchlichen Lebens der Evangelischen Kirche

---

<sup>28</sup> Heinrich, Kenntnis, S. 64.

<sup>29</sup> Vgl. Anlage 7 zu HA XX/4, Analyse.

<sup>30</sup> Vgl. Heinrich, Kenntnis, S. 33-35 = Kapitel 3: „Materielle und finanzielle Grundlagen der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR“.

der Union (EKU) von 1955 verwiesen wird, zeigt die ganze Schwäche der Argumentation deutlich an.<sup>31</sup>

Unter Verweis auf die DDR-Verfassung, das Strafgesetzbuch und das geltende Vereinsrecht: „Studentengemeinden existieren als Vereine, die vom Staat entsprechend der ‘Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen’ vom 6.11.1975, nicht anerkannt sind (§ 2(1) - Vereinigungen bedürfen zur Ausübung ihrer Tätigkeit der staatlichen Anerkennung)“<sup>32</sup> wird zusammenfassend festgestellt:

*„Somit kann eindeutig gesagt werden, daß die Evangelischen Studentengemeinden in der DDR entsprechend des geltenden Rechts der DDR keine juristischen Objekte/Personen sind und somit keinerlei Pflichten und Rechte innehaben. Die werden durch den sozialistischen Staat lediglich geduldet.“*<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> Vgl. Heinrich, Kenntnis, S. 13. Heinrich zitiert Artikel 31 der Lebensordnung. Nicht gesehen wird dabei, daß die Landeskirchen der DDR ja nur zum Teil zur EKU gehören und diese Ordnung formal also gar nicht in der ganzen DDR gilt. Abgesehen davon, daß eine „Lebensordnung“, rechtlich betrachtet, ein schwaches Instrument ist.

<sup>32</sup> Heinrich, Kenntnis, S. 12.

<sup>33</sup> Heinrich, Kenntnis, S. 15.

# Evangelische Studentengemeinden im Osten Deutschlands

## Gestern, heute - und morgen?\*

**Andreas Hoff**

Um es gleich klarzustellen: Es geht hier weder um eine peinlich genaue Auflistung von historischen Daten noch um eine detaillierte Analyse von strukturellen Besonderheiten. Ich möchte den Schwerpunkt meiner Ausführungen vor allem auf die Beschreibung inhaltlicher Gesichtspunkte legen.

### **1. Kurzer „Abriß der Geschichte“ der ESGn in der DDR**

Im folgenden werde ich nur kurz auf das Selbstverständnis und inhaltliche Schwerpunkte einerseits sowie organisatorische und strukturelle Veränderungen andererseits in den 50er, 60er und 70er Jahre eingehen und mich statt dessen etwas ausführlicher mit der Entwicklung in den 80ern auseinandersetzen.

#### *1.1. Selbstverständnis und inhaltliche Arbeit der ESGn im Wandel der Zeiten*

Die ESGn der 50er Jahre verstanden sich als „Lebensform im Rahmen und im Raume der Kirche“. Nachdem es bis Anfang der 50er Jahre noch so etwas wie eine Kooperation mit der FDJ gegeben hatte, fand diese mit dem Beschluß der FDJ, nunmehr den Aufbau des Sozialismus zu betreiben, ein jähes Ende. Daraufhin erfolgte innerhalb der ESGn der DDR eine stärkere Orientierung am Westen. Man bedenke dabei, daß sich zu diesem Zeitpunkt die evangelischen Gliedkirchen auf dem Territorium der DDR nach wie vor mit den westlichen evangelischen Landeskirchen unter einem Dach, nämlich dem Dach der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) befanden.

Von außen, sprich: von staatlicher Seite, wurde das allerdings als „Verrat am Sozialismus“ und „Anbiederung an den Klassenfeind“ interpretiert, was Hetz-

---

\* erstveröffentlicht in hso 2/1993

kampagnen in der Tagespresse (hier war vor allem die *Junge Welt* federführend) und Verfolgung von ESG-Besuchern zur Folge hatte. Der Höhepunkt dieser Kampagne war der Schauprozeß gegen den Leipziger Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler, der auf Anweisung des Politbüros wegen angeblicher Spionagetätigkeit für die NATO zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.<sup>1</sup>

Im Verlauf der 60er Jahre setzte sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß sich das Leben der ESGn in der DDR in sehr starkem Maße von dem der ESGn in der BRD unterschied. Es reifte der Entschluß, daß der Anerkennung des Daseins in zwei völlig verschiedenen gesellschaftlichen Systemen die organisatorische Trennung als logische Konsequenz folgen müsse. Diese erfolgte dann im Jahre 1967, also zwei Jahre bevor sich auch die evangelischen Landeskirchen auf dem Gebiet der DDR zu diesem Schritt entschlossen.

Die Verbindung zu den westlichen ESGn wurde jedoch nicht abgebrochen, sondern in der sogenannten Partnerarbeit weitergeführt (d.h. jede DDR-ESG hatte mindestens eine Partner-ESG in der BRD).

Zu Beginn der 70er Jahre war das Wirken der ESGn an den Hochschulen praktisch unmöglich geworden. Äußerer Ausdruck dafür, daß Kirche und Christsein nach Auffassung der Herrschenden an der Universität nichts mehr zu suchen hatten, war die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig am 30. Mai 1968.

Die ESGn zogen sich mehr in sich selbst zurück und sahen ihren Auftrag darin, geistliche und geistige Heimat für christliche Studierende zu sein. Implizierte ersteres vor allem, die Möglichkeit des Erfahrens christlicher Gemeinschaft zu geben, so verbarg sich hinter letzterem u.a. der Bildungsauftrag, Wissen, das an der Universität nicht oder nur höchst unzureichend vermittelt wurde (etwa über Ethik, Religion, Philosophie, Soziologie...) weiterzugeben.

Der Rückbesinnung auf christliche Werte, die mit einer gewissen Entpolitisierung einherging, stand andererseits die stärkere Sensibilisierung für die Idee der "Verantwortung in der Gesellschaft" gegenüber, die ihrerseits einen gegenläufigen Prozeß, also eine Politisierung, bewirkte. In dieser Zeit entstanden die ersten Behinderten- und Homosexuellen-Arbeitskreise (in Leipzig).

In den 80er Jahren gewann der Gedanke, als Christ für die Aufdeckung und Beseitigung von Mißständen in der gesellschaftlichen Umwelt verantwortlich zu sein, immer mehr Raum. Dies geschah vor allem im Zusammenhang mit dem konziliaren Prozeß und der Forderung von Millionen Christen weltweit nach

---

<sup>1</sup> siehe dazu Interview mit Dietrich Mendt in der *Leipziger Volkszeitung* vom 29.04.1992, S. 4.

“Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung”. Anders ausgedrückt verbarg sich hinter dieser Formulierung die Einsicht in die existentielle Notwendigkeit der Lösung der drei großen globalen Probleme: nuklearer Rüstungswettlauf, Nord-Süd-Konflikt und Umweltkatastrophe.

So entstanden in mehreren ESGn Ökologie-Arbeitskreise (z.B. Naumburg, Weimar, Ilmenau) und Friedens-Arbeitskreise (z.B. Rostock, Karl-Marx-Stadt, Naumburg, Leipzig). Letztere widmeten sich dabei zunehmend auch der Gerechtigkeits-Problematik, was u.a. aus der Erkenntnis resultierte, daß ohne Gerechtigkeit kein Frieden möglich ist. Zusätzlichen Auftrieb bekamen diese Aktivitäten durch aktuell-politische Ereignisse.

Ich denke, die auf “Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung” ausgerichteten Aktivitäten in den ESGn der 80er Jahre standen vor allem im Zeichen von drei politischen Ereignissen dieser Zeit. Zu Beginn der 80er Jahre kam das Stichwort “Frieden” ‘dank’ der Stationierung von Pershing-2 und SS-20 in besonders starkem Maße zur Geltung. Der Super-GAU von Tschernobyl 1986 bewirkte einen gewaltigen Schub für diejenigen, die sich primär die “Bewahrung der Schöpfung” auf die Fahnen geschrieben hatten.

Das Ende dieses Jahrzehnts stand ganz im Zeichen von Michail Gorbatschows “Glasnost & Perestroika”, die die Perspektive auf die Lösung aller globalen Probleme eröffnete. Nicht vergessen werden darf dabei, daß Gorbatschows Ideen vor allem auch jenen Mut machten, die sich mit dem “real existierenden Sozialismus in den Farben der DDR” nicht abfinden wollten und auf eine Veränderung des Systems drängten - und davon gab es nicht wenige in den ESGn.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich möchte keinesfalls einen neuen Mythos von der ESG als Keimzelle der “friedlichen Revolution” von 1989 verbreiten. Eines der Kennzeichen der Situation der 80er Jahre war, daß die ESGn - ähnlich wie die evangelische Kirche - eine ganze Reihe von Freiheiten genießen konnten, solange sie mit ihrem Tun nicht an die Öffentlichkeit traten. Versuche, soziale Phänomene öffentlich zu kritisieren, wurden durch staatliche Stellen strikt unterbunden bzw. durch drakonische Strafen sanktioniert. Trotz der Tatsache des Vorherrschens der Meinung, daß Engagement für die Gesellschaft zwangsläufig zur Konfrontation mit dem Staat führen mußte, ging man dieser so oft wie nur möglich aus dem Weg. Auch die ESGn waren nicht frei von der in der DDR weit verbreiteten Haltung, berufliches Vorankommen durch öffentliches Wohlverhalten gegenüber dem Staat zu erkaufen - und sei es auch

nur dadurch, daß an Stellen, an denen Kritik angebracht gewesen wäre, geschwiegen wurde.

Nichtsdestotrotz, eine Folge der Hinwendung zu gesellschaftspolitisch auf der Tagesordnung stehenden Themen war, daß sich die ESGn zunehmend auch für Nicht-Christen und Nicht-Studierende öffneten. Ebenso wie die Evangelische Kirche boten sie Raum für die Beschäftigung mit gesellschaftskritischen Themen (s.o.).

Die gesamte Zeit über wurde an dem bereits oben erwähnten alternativen Bildungsauftrag festgehalten. Das zu vermittelnde Spektrum an Themen wurde durch die Beschäftigung mit dem konzilianen Prozeß natürlich bedeutend erweitert.

Neben den oben ausführlich beschriebenen drei großen Schwerpunktbereichen waren noch einige andere Themen von größerem Interesse, wie z.B. die Frage nach den Konsequenzen von Christsein im Sozialismus, Nicaragua, Kuba, Wehrdienstverweigerung, Demokratie, Neo-Faschismus in der DDR.

## *1.2. Struktur und Organisatorisches*

Ursprünglich gab es in der DDR ca. 25 ESGn. Diese unterschieden sich in ihrer Größe zum Teil erheblich. Während die großen Gemeinden wie Dresden, Leipzig oder Berlin von bis zu 300 Leuten besucht wurden, waren es in kleinen Gemeinden wie Köthen, Cottbus oder Nordhausen kaum mehr als 10 bis 20.

Strukturell gibt es Ähnlichkeiten mit 'normalen' Kirchengemeinden der Evangelischen Kirche. Das Amt des Pfarrers übt (natürlich) der Studentenpfarrer aus. Das Pendant zum Gemeinde-Kirchenrat stellt der Kreis der Vertrauensstudenten (V's) dar. Den Vertrauensstudenten in den größeren Gemeinden wurde später ein Gemeinderat oder ein MAK (= Mitarbeiterkreis) zur Seite gestellt, der die V's bei der Organisation des Gemeindelebens unterstützen sollte.

Ein Problem, das hin und wieder für Mißtöne zwischen Landeskirchen und ESGn sorgt, ist, daß die ESGn nur in den unierten Landeskirchen kirchenjuristisch als "Personalgemeinden" voll akzeptiert werden. Im Verständnis der lutherischen Landeskirchen (also Thüringens, Sachsens und Mecklenburgs) gibt es nur die kirchenjuristische Person des Studentenpfarrers, die ESGn dort haben lediglich den Status von "Freundeskreisen" des Pfarrers.

Allen ESGn gemeinsam ist, daß wöchentlich ein Vortragsabend stattfindet, an dem die ESGn einerseits ihrem Bildungsauftrag gerecht werden und andererseits die christliche Gemeinschaft gepflegt wird. In den größeren Gemeinden

gibt es eine Vielzahl von Arbeitskreisen (AK's) (von Friedens- über Behinder- ten- bis zu Bibel- und Tauf-AK's oder Chören). Kleinere Gemeinden, die nicht über die Personaldecke für die Einrichtung von vielen AK's verfügen, haben oft in jedem Semester ein spezielles Thema, mit dem sie sich dann intensiv ausei- nandersetzen. Allerdings gibt es in beide Richtungen Überschneidungen, d.h. auch in einigen kleinen Gemeinden gibt es AK's und in einigen großen Semes- terthemen. Zum Gemeindeleben der ESGn gehören selbstverständlich auch Got- tesdienste, wobei die Semestereröffnungs- und Semesterabschlußgottesdienste sowie ökumenische Gottesdienste (gemeinsam mit den Katholischen Studenten- gemeinden (KSG)) einen besonderen Stellenwert haben.

Überregional haben sich die einzelnen Orts-ESGn in der ESG-Gesamtarbeit (GA) organisiert.<sup>2</sup>

## **2. Die Evangelischen Studentengemeinden in der BRD (Ost) zwischen Herbst '89 und der Vereinigung mit den West-ESGn 1992**

Die alles umwälzenden Veränderungen, die dem Zusammenbruch der DDR im Herbst 1989 und der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 folgten, haben auch in den ESGn deutliche Spuren hinterlassen.

Vielorts waren stark schwindende Besucherzahlen im Herbst 1989 und im Frühjahr 1990 die ersten Vorboten einer neuen Zeit für die ESGn. Eine ganze Reihe von vormaligen ESG-Besuchern nahmen nun aktiv an der Umgestaltung der Gesellschaft teil. So wirkten z.B. ESGler beim Aufbau des Studentenrates in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz mit. Es gab auch Studentenpfarrer, die plötzlich dem Ruf der Politik folgten. Edelbert Richter und Konrad Elmer fanden in der SPD eine neue politische Heimat, Heiko Lick war und ist im Bündnis '90 aktiv, und Heinz Eggert hat in der CDU eine steile Karriere hinter (und vor?) sich. Außer- dem wurden in diesem Zeitraum eine Vielzahl von neuen Organisationen ge- gründet bzw. Ableger von schon bestehenden Organisationen aus der Bundesre- publik dehnten sich auf das Gebiet der DDR aus, kurz, der oben mehrfach er- wähnte Bildungsauftrag der ESGn war hinfällig geworden.

Seitdem befinden sich die Ost-ESGn auf der Suche nach einer neuen Identi- tät und damit nach neuen Inhalten. Viele Alt-ESGler trauern wehmütig den "gu- ten, alten Zeiten" nach, als man in der ESG noch Geborgenheit und Ruhe finden

---

<sup>2</sup> vgl. dazu den Beitrag von K.-D. Kaiser. [Im vorliegenden Band S. 289ff.]



konnte. Der rauhe Wind der Leistungsgesellschaft hat auch vor den Türen der ESGn nicht halt gemacht. Die aktuellen ESGler befinden sich fast immer im Streß, hetzen zwischen Vorlesungen, Seminaren, Bibliotheken, BAföG-Amt, Wohnungs-Amt, Jobs und eben der ESG hin und her. Da bleibt kaum Zeit für ein Gespräch.

Der Rückgang an Besuchern hat natürlich auch noch den Effekt, daß, “wenn immer mehr immer weniger machen (bzw. immer weniger überhaupt da sind), dann müssen immer weniger immer mehr machen”. Erschwerend kommt die im Vergleich zu früheren Jahren viel schnellere Fluktuation der Studierenden hinzu.

“Back to the roots” - in diesem Sinne haben einige Gemeinden zur eingehenderen Beschäftigung mit der Bibel und mit dem christlichen Glauben zurückgefunden. Andere haben einen neuen Auftrag entdeckt: Menschen, die von der kapitalistischen Gesellschaft vergessen werden, wie Behinderte oder Ausländer, eine Zuflucht zu bieten. Es kristallisiert sich zunehmend heraus, daß die ESGn auch im kapitalistischen System einen Bildungsauftrag haben: sei es nun der Versuch, ein Denken zu vermitteln, das nicht primär an Verwertbarkeit orientiert ist, oder sei es, darauf hinzuweisen, daß wir nach wie vor, wenn nicht mehr denn je, Verantwortung für unsere Umwelt und für die Menschen in den Entwicklungsländern tragen.

Die inhaltlichen Veränderungen auf der Gesamtarbeitsebene standen zum einen im Zeichen der Entwicklung in den Ortsgemeinden. Zum anderen war spätestens ab der Vollversammlung im Oktober 1991 in Jena klar, daß sich die ESGn Ost mit den ESGn West vereinigen würden und zwar aller Voraussicht nach im September/Oktober 1992. Die Zeit bis dahin wurde dann ausgiebig dazu genutzt, die ‘andere Seite’ kennenzulernen und sich Gedanken über zukünftige, gemeinsame Strukturen und Inhalte zu machen. Mit welchem Erfolg, dazu später mehr.

Strukturell und organisatorisch hat es kaum Veränderungen gegeben. Auf Gesamtarbeitsebene hatte es mit der Einrichtung der Vollversammlung (VV) und des Arbeitsausschusses (AA) gerade erst einschneidende Reformen gegeben, die zudem (wenn auch damals ungewollt) eine Annäherung an das westdeutsche Modell darstellten.

### 3. Die Vereinigung der ESG (Ost) mit der ESG (West) - Traum oder Alptraum?

Die Trennung der beiden Verbände im Jahre 1967 war erfolgt, weil sich beide Seiten aufgrund der unterschiedlichen Lebenswelten, die sie umgaben, völlig unterschiedlichen Problemen ausgesetzt sahen und aus diesem Grunde realistischlicherweise nicht mehr von einem Verband gesprochen werden konnte. Da sich die Lebenswelten nun wieder einander annäherten, lag der Gedanke nahe, eine Vereinigung der 25 Jahre zuvor getrennten Verbände ernsthaft ins Auge zu fassen.

Wie bereits kurz erwähnt, ging der Vereinigung ein Jahr mit vielen Begegnungen zwischen Ost und West voraus. Die beiden Arbeitsausschüsse (AA-West und AA-Ost) trafen sich zu zwei gemeinsamen Arbeitssitzungen, und zu anderen Terminen wurden Gäste ausgetauscht (auch zwischen den anderen Gesamtarbeits- und Bundesarbeits-Gremien). Es war eine sogenannte "Gemeinsame Kommission" (GeKo) gebildet worden, die sich paritätisch aus Vertreterinnen und Vertretern beider Verbände zusammensetzte, und die die Aufgabe hatte, eine neue Satzung für den neuen, gemeinsamen Verband zu erarbeiten. Diese wurde vor dem 'Vereinigungsparteitag' vom 28.09. bis 03.10.1992 in Biedenkopf/Lahn (bei Marburg) in allen überregionalen Gremien und in den Ortsgemeinden diskutiert.

Trotz der vielen Begegnungen und Gespräche sollte sich in Biedenkopf herausstellen, daß beide Seiten einander offenbar nicht richtig zugehört hatten. Im nachhinein erscheint es so, als wären all diese Gespräche zu sehr an der Oberfläche geblieben, als wäre man den wirklichen Streitpunkten tunlichst aus dem Wege gegangen (mit Ausnahme der GeKo vielleicht), um sich nicht gegenseitig zu verletzen.

Wie auch immer, auf jeden Fall entlud sich in Biedenkopf die Spannung des nicht früher ausgetragenen Streites. Die näheren Umstände des großen Krachs am Ende der "Delegiertenversammlung" (DV - D von "Delegiertenkonferenz" und V von "Vollversammlung") möchte ich hier nicht näher ausführen.<sup>3</sup> Fakt ist jedenfalls, daß die Gräben, die sich nach Vollzug der formalen Vereinigung zwischen einigen West-Delegierten einerseits und den Ost-Delegierten sowie einigen anderen West-Delegierten andererseits auftaten, tiefer waren, als die Mauer in den 25 Jahren der Trennung jemals hat hoch sein können.

---

<sup>3</sup> Wer an Details interessiert ist, dem oder der seien die ESG-Nachrichten *Ansätze* Nummern 9 und 10/92 zur Lektüre empfohlen.

Was waren die Streitpunkte, die es zu einer solchen Eskalation kommen ließen? Im wesentlichen gab es vier Dinge, bei denen man sich nicht einigen konnte.

*(1.) Der Name des neuen Verbandes:*

Die Vertreterinnen und Vertreter des sog. "linken Flügels" des West-Verbandes bestanden auf der Beibehaltung des großen "I" in "StudentInnen", weil es für sie die Errungenschaften aus jahrelangem Kampf gegen die patriarchalischen Strukturen der bundesrepublikanischen Gesellschaft symbolisierte und sie diesen "Stachel im Fleisch des Patriarchats" auch in Zukunft nicht missen wollten.

Der Osten und der sog. "rechte Flügel" des West-Verbandes wollten sich auf das große "I" auf keinen Fall einlassen, da sie in ihm lediglich einen formalen Akt sahen, der in keiner Weise zur Lösung des Problems beiträgt. Delegierte aus dem Osten sprachen auch davon, daß sie sich durch das große "I" vereinnahmt fühlten, wenn es ihnen als alte West-Tradition einfach übergestülpt würde, zumal es auch den Verdacht an einen Beitritt der Ost-ESGn zu den West-ESGn nahelegen würde, wenn der neue Verband den alten Namen des West-Verbandes trüge. Deshalb schlugen sie als ganz neuen Namen "Evangelische Studentinnen- und Studentengemeinde" vor.

*(2.) Die Frauenquote im Arbeitsausschuß:*

Die Argumentation der "Linken" für die Frauenquote war der für das große "I" ähnlich. Solange die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft nicht praktiziert wird, muß Frauen, wo immer es möglich ist, die Chance zur gleichberechtigten Wahrnehmung ihrer Interessen über Quotierungen eröffnet werden.

Auch die Argumente der "Rechten" und des Ostens glichen denen zum großen "I". Zum einen sind auch Quotierungen letzten Endes formale Akte, die die Probleme nicht lösen. Zum anderen äußerten mehrere Frauen die Auffassung, daß sie aufgrund ihrer Kompetenz gewählt werden wollen und nicht, um irgendeine Quote zu erfüllen.

*(3.) Die Ausländermandate. Jede Ortsgemeinde ist berechtigt, zusätzlich zu ihrem Delegierten noch ein weiteres Mandat an einen ausländischen Studierenden zu vergeben:*

Die hierzu geäußerten Argumente von Seiten der "Linken" sind unter anderen Vorzeichen schon unter Punkt 2 erwähnt. Der Osten wehrte sich zunächst gegen diese Regelung, weil es im gesamten Osten nur eine Gemeinde mit Ausländerarbeit gibt (Leipzig), während Ausländerarbeit in den westlichen Gemein-

den sehr verbreitet ist. Man befürchtete also eine de facto-Verdoppelung der Stimmen der West-Gemeinden.

*(4.) Die "-ismen":*

Während es zur Identität vieler West-ESGn gehört, sich in ihrem Selbstverständnis "... gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus, Militarismus..." zu positionieren, legen die Ost-Gemeinden großen Wert auf Formulierungen wie "... für eine multikulturelle Gesellschaft, Gleichberechtigung von Frau und Mann, Abrüstung..." und lehnen "-ismen" mit Blick auf ihre DDR-Vergangenheit ab.

Vorläufig durchgesetzt haben sich in den Punkten 1 bis 3 die Vorstellungen der "Linken", zu Punkt 4 wurde ein Kompromiß gefunden.

#### **4. Ausblick - oder wie geht's weiter?**

Die große Aufgabe, die nun vor uns (im Osten wie im Westen) steht, ist, die wiedergewonnene Einheit mit Leben zu füllen. Zugegeben, das klingt sehr pathetisch und ist im Zusammenhang mit der staatlichen Vereinigung auch viel zu oft als hohle Phrase mißbraucht worden. Dennoch läßt sich kaum eine bessere Formulierung für den augenblicklichen Zustand der gesamtdeutschen "Evangelischen StudentInnengemeinde" finden. Wie anspruchsvoll diese Aufgabe ist, verdeutlicht die Tatsache, daß sich im Osten wie im Westen die Generation gegenüber steht, die in der Normalität zweier deutscher Staaten aufgewachsen ist.

Der erste Schritt ist m.E. die schonungslose Aufarbeitung der Gründe für das Versagen bei der Vereinigungsversammlung. In den vergangenen Wochen und Monaten hat sich in dieser Richtung schon einiges bewegt. Eine erste Zäsur dürfte die außerordentliche DV zur erneuten Beratung der Satzung Ende Februar 1993 in Windischleuba (bei Altenburg) sein. Bis zum heutigen Zeitpunkt haben sich als entscheidende Fehler herauskristallisiert: 1. Es wurde zu viel taktiert, zu wenig der Mensch im jeweiligen Gegenüber gesehen. 2. Es wurde zu wenig gestritten. Grundlage eines solchen Streits muß allerdings die Devise "Vertrauen wagen" sein. 3. Die eigene terminliche Zielvorgabe führte dazu, daß zu wenig Zeit für die inhaltliche Diskussion blieb. 4. Durch die Vereinigung sind neue Kräftekonstellationen entstanden. Ein alter Streit innerhalb der West-ESGn wurde so auf das Ost-West-Verhältnis projiziert, was zu einer unnötigen Polarisierung führte.

Für die Zukunft hoffe ich, daß die ESGn sich über kurz oder lang von der Beschäftigung mit sich selbst lösen können und sich wieder in stärkerem Maße

gesellschaftlichen Problemen zuwenden werden. Das heißt vor allem, daß sie ihrem 'Wappentier', dem roten Hahn als Symbol der Wachsamkeit, als Mahner, als 'Rufer in der Wüste' der am Geld orientierten Gesellschaft, alle Ehre machen.

Im Kleinen wäre es zudem wünschenswert, wenn die Ortsgemeinden sich zu Inseln der Ruhe und der Zeit füreinander im Strome hektischer Betriebsamkeit entwickeln könnten.

# Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR\*

**Peter-Paul Straube**

## **1. Vorgeschichte**

Zu Beginn unseres Jahrhunderts wurde in verschiedenen Universitätsstädten von Studierenden die Forderung nach einer speziellen Seelsorge laut. Ihm scheint eine tiefgreifende Verunsicherung der Studenten vor allem hinsichtlich ihres persönlichen Glaubenslebens sowie ihrer Welt- und Wertorientierung insgesamt vorausgegangen zu sein. Die Kirchenbehörden einiger Diözesen reagierten und beauftragten Seelsorger für die Betreuung von Studenten. Nach dem Ersten Weltkrieg konstituierte sich eine Vereinigung von katholischen Studenten- und Studentinnenseelsorgern für das deutsche Sprachgebiet, die heute noch aktiv ist.

Carl Sonnenschein, der vor allem durch soziale Projekte in den 20er Jahren in Berlin bekannt gewordene Priester, forderte ein umfassendes Bildungsprogramm für die Studentenseelsorge: 1) Kultur-, 2) Sozial-, 3) National-, 4) Lebens- und 5) Hochschulprogramm. Primär legt Sonnenschein Wert auf ein Kultur- und Sozialprogramm. Das Lebensprogramm, womit vor allem die seelsorgliche Betreuung gemeint ist, folgt erst an vierter Stelle.

Mit der Machtübernahme der Nazis in Deutschland rückte die Arbeit der Studentengemeinden in den Mittelpunkt der kirchlichen Arbeit mit Studierenden, weil die katholischen Studentenvereine und -verbände verboten wurden. Neben religiös-theologischen Themen wurden in den Studentengemeinden Fragen der Allgemeinbildung sowie gesellschaftspolitisch relevante Probleme behandelt, letztere auch beim Wandern in den Alpen "oberhalb der Vegetations- und Gestapogrenze".

Kurzes Fazit: Aus der mehr individuellen Studentenseelsorge in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts entwickelte sich insbesondere in der Nazizeit Studentengemeinde zu einem Ort der persönlichen Begegnung und einer umfassenden Bildungsarbeit.

---

\* erstveröffentlicht in hso 2/1993

## 2. 1945 - 1961

2.1. In der SBZ konnte es nach dem 2. Weltkrieg nicht zur Wiederbelebung der katholischen Studentenvereine und -verbände kommen. Studentengemeinde blieb - wie in der Nazizeit - bis 1989 die einzige Möglichkeit der kirchlichen Arbeit mit Studierenden. Jedoch gab es Anzeichen für eine größere Öffentlichkeit der Studentengemeinden an den Universitäten und Hochschulen, die eine freies und gleichberechtigtes Tun versprachen. Mitglieder der Studentengemeinden arbeiteten in den ersten 2 bis 3 Jahren nach dem 2. Weltkrieg - wie berichtet wird - ohne das Gefühl der weltanschaulichen Vereinnahmung oder fauler Kompromisse in studentischen Vertretungen, Jugendausschüssen oder auch der FDJ mit, welche ja von einem katholischen und einem evangelischen Pfarrer mitgegründet worden war. Ein über alle weltanschauliche Grenzen hinwegwirkender antifaschistischer Impuls machte dies möglich.

Bis Ende der 40er Jahre wurden z.B. die Evangelische und die Katholische Studentengemeinde Leipzig im Vorlesungsverzeichnis der Universität ganz selbstverständlich aufgeführt. Noch im Oktober 1949 wurde der Leipziger katholische Studentenpfarrer persönlich zum Rektoratswechsel eingeladen. Auch zu einer Universitätsveranstaltung zum Thema "Zweijahresplan und Hochschule" im November 1948 ist eine Einladung an den Studentenpfarrer nachweisbar.

2.2. Im Zuge der 1948/49 verstärkt einsetzenden Stalinisierung in der SBZ kam es immer häufiger zu Konflikten der Studentengemeinden mit universitären und staatlichen Behörden. Diese hatten nun das Ziel, die Studentengemeinden aus dem offiziellen universitären Alltag - sie standen der Erziehung einer sozialistischen Intelligenz im Wege - in den Raum der Kirche, "unter das Dach der Kirchen", zu verbannen, denen man unter sozialistischen Verhältnissen grundsätzlich kein langes Überleben in Aussicht gestellt hatte.

Die FDJ hatte Anfang der 50er Jahre alle studentischen Vertretungen aus den Universitäten und Hochschulen verdrängt oder zur Unbedeutsamkeit degradiert. Den verantwortlichen SED-Funktionären für die DDR-Hochschulpolitik war die Arbeit der Studentengemeinden schon deshalb grundsätzlich suspekt, weil diese gesamtdeutsch organisiert war und weil man keinen direkten Einfluß darauf nehmen konnte. Man vermutete in den Studentengemeinden Aktivitäten des Feindes, wer auch immer damit gemeint war, und versuchte deshalb, durch Funktionäre der FDJ oder durch Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes die

Aktivitäten der Studentengemeinden nicht nur auszuspionieren, sondern auch zu behindern und zu stören.

Bereits Ende 1948 war es zur Verhaftung des Rostocker katholischen Studentenseelsorgers Hermann Jansen gekommen. Er wurde unter dem Vorwurf der Spionage zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nach 8 Jahren kam Jansen frei und ging in den Westen. Der eigentliche Grund seiner Verhaftung dürfte in seiner Arbeit als Studentenpfarrer zu suchen sein. Jansen hatte in Rostock eine kirchliche Mensa organisiert und war den Behörden durch seine Vorträge zu literarischen und philosophischen Themen unangenehm aufgefallen - so ehemalige Mitglieder der Katholischen Studentengemeinde Rostock.

Aus Unterlagen des DDR-Volksbildungsministeriums, Abteilung Hochschulen, geht hervor, daß noch 1949/50 Überlegungen angestellt wurden, die Studentenpfarrer an den Universitäten und Hochschulen offiziell anzustellen. Man verfolgte damit insbesondere ein Ziel: eine bessere Kontrolle der Arbeit der Studentengemeinden. Von diesem Ansinnen nahm man jedoch Abstand. Vom 1951 gegründeten Staatssekretariat für Hochschulwesen wurden nur wenige Jahre später Juristen beauftragt, Gutachten zu erstellen, in denen der Nachweis versucht werden sollte, daß "Studenten"-Pfarrer ihre Titel zu Unrecht trügen, weil dadurch in der Öffentlichkeit die Meinung entstehen könne, es handle sich bei ihnen um Universitätsangehörige.

Das radikale Auftreten der SED Anfang der 50er Jahre an der Basis zeigt ein Bericht über eine Parteiversammlung der SED-Betriebsgruppe der Pädagogischen Fakultät der Leipziger Universität vom 9.6. 1950:

*"Als Hort der Reaktion und der grundsätzlichen Ablehnung, der FDJ beizutreten, werden hauptsächlich die katholische und evangelische Studentengemeinde bezeichnet... Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß ein Ausschuß der Nationalen Front gebildet werden wird. Sodann werden alle Studierenden, die der FDJ nicht angehören, gezwungen, vor diesem Ausschuß Stellung zu beziehen. Es gäbe nur 2 Möglichkeiten: Eintritt in die FDJ oder Exmatrikulation und sei es auch 14 Tage vor dem Staatsexamen".*

Eine besondere Rolle hinsichtlich der Kontrolle und Bespitzelung der Studentengemeinden spielte nach deren Gleichschaltung mit der SED Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre die Ost-CDU. In einem CDU-internen Papier aus dem Jahre 1952 heißt es:

*"In Auswertung des 6. Parteitages<sup>1</sup> sind auf dem Gebiet des Hochschulwesens Maßnahmen durchzuführen, die in der Lage sind, die Position der christli-*

---

<sup>1</sup> dieser fand vom 16.-18.10 1952 statt



*chen Studenten an den Universitäten und Hochschulen in der Deutschen Demokratischen Republik genau zu bestimmen und die aktive Beteiligung der christlichen Studenten am sozialistischen Aufbau zu gewährleisten.“*

Deshalb seien vor allem mit den Vertrauensstudenten und den Studentenfarrern Diskussionen mit dem Ziel zu führen, “ihre Argumente zu hören, sie entweder zu zerstreuen oder zu entlarven”. Desweiteren wird in diesem Aufgabenkatalog gefordert: “Auf Vollversammlungen sollten Vertreter der SED und der CDU vorher genau abgesprochene Erklärungen abgeben.” Bis Ende der 80er Jahre sind derartige Aktivitäten nachweisbar. Dies erklärt auch die grundsätzliche Distanz der Katholischen Studentengemeinde zur Ost-CDU.

Besonders kompliziert waren für die Studentengemeinden die Jahre 1952 und 1953. Sie wurden in diesen Jahren durch staatliche Stellen, durch den Stasi und die FDJ immer wieder provoziert und u.a. als Agentenzentralen, als illegal und ungenehmigte Organisation diffamiert. Über diese Auseinandersetzungen 1952/53 kann man in der in Ost-Berlin herausgegebenen Zeitschrift *Forum* ausführlich nachlesen. - Bis zum Mauerbau kam es nicht zuletzt aufgrund verschiedener Provokationen beim Studium zum Weggang eines nicht geringen Teils der katholischen Studentenschaft und ebenso der katholischen Intelligenz in den Westen.

2.3. Standen in den 40er Jahren grundlegende Lebens- und Sinnfragen im Mittelpunkt der Semesterprogramme der Katholischen Studentengemeinden, so waren es in den 50er Jahren Grundfragen der Philosophie, ausgelöst durch die II. Hochschulreform und die Einführung des Marxismus-Leninismus als Pflichtfach für alle Studienrichtungen. Publikationen von Gustav A. Wetter, dem Begründer der bundesdeutschen philosophischen Sowjetologie, standen z.B. hoch im Kurs und dienten als Grundlage für die geistige Auseinandersetzung mit dem Marxismus/Leninismus.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre verhielten sich universitäre und staatliche Stellen gegenüber den Studentengemeinden im Vergleich zu 1952/53 moderater, taktisch anders. Man griff die Studentengemeinden als Institution nicht mehr öffentlich an, ging aber weiter gezielt gegen deren Mitglieder vor - dies führte nicht selten zur Exmatrikulation. In einer Aktennotiz des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom Juni 1958 wird zum Problem der “Ausschlüsse vom Studium aufgrund der Zugehörigkeit zur ‘Studentengemeinde’” Stellung genommen. Darin wird festgelegt, “solche Ausschlüsse nicht auf die Argumente der Zugehörigkeit zur ‘Studentengemeinde’ aufzubauen, sondern exakt den Nachweis zu führen, in welchen Fragen die betr. Studierenden gegen das Statut

der Hochschule, die Disziplinarordnung und die Forderungen an den sozialistischen Studenten verstossen haben.”

### **3. 1961 - 1989**

3.1. Neben kirchlichen Entwicklungen - ich denke da insbesondere an das II. Vatikanische Konzil - scheint vor allem die durch den Bau der Mauer 1961 sich ergebene Getthoisierung die Hauptursache dafür zu sein, daß in den 60er Jahren - wie sonst in keinem anderen Jahrzehnt - in den Katholischen Studentengemeinden intensiv über den geschichtlichen Ort, die gesellschaftspolitische Situation nachgedacht wurde. Es wurde bewußt nach einem Platz als katholischer Student und Akademiker in der real-existierenden Gesellschaft des DDR-Sozialismus gesucht, ohne faule Kompromisse, ohne bloßes Überwintern, in verantwortlichem Tun. Politische Bildung stand hoch im Kurs, man wollte auf die ideologischen Auseinandersetzungen an den Universitäten und Hochschulen nicht nur theoretisch vorbereitet sein - wie in den 50er Jahren durch Philosophie-Seminare -, sondern sich einerseits den Diskussionen offen und bewußt stellen und andererseits die aktive Mitarbeit als Katholik in der Gesellschaft suchen.

Ein Ergebnis dieser Aktivitäten war der AKH, der Aktionskreis Halle, welcher 1969 von katholischen Studenten und Akademikern in Halle gegründet wurde und der bis zur Wende neben dem Leipziger Theologen Wolfgang Trilling die einzige kirchen- und gesellschaftskritische Stimme in der von Kardinal Bensch und seiner Kirchenpolitik dominierten Katholischen Kirche in der DDR war.

Die intensive Suche nach Möglichkeiten gesellschaftlicher Aktivitäten aus christlicher Verantwortung schlug Anfang der 70er Jahre in Resignation um, wofür es eine Vielzahl von Gründen gibt: zunächst einige Ereignisse aus dem Jahr 1968, die ich nur nennen möchte, ohne sie ausführlicher zu diskutieren, dann Entwicklungen in der Katholischen Kirche sowie die III. Hochschulreform Ende der 60er Jahre.

Die Ereignisse aus dem Jahre 1968 sind:

1) das Inkrafttreten der 2. Verfassung der DDR am 6. April, in der im Unterschied zu 1. Verfassung von 1949 den Kirchen nur ein Artikel gewidmet ist - 1949 war es noch ein ganzer Abschnitt mit mehreren Artikeln. Diese formale

wie inhaltliche Verkürzung sollte letztlich die gesellschaftliche Irrelevanz der Kirchen auch optisch unterstreichen,

2) in Leipzig: die Sprengung der Universitätskirche,

3) der Einmarsch des Warschauer Pakts in die CSSR.

Die Hoffnungen, die das Zweite Vatikanische Konzil insbesondere unter katholischen Studenten und Akademikern geweckt hatte, wurden nur ansatzweise erfüllt. Der Berliner Kardinal Bengsch, der Vorsitzende der Berliner Ordinarienkonferenz, hatte beim Konzil gegen "Gaudium et spes", die Pastorkonstitution "Kirche in der Welt von heute", gestimmt, und zwar mit der Begründung, dadurch werde die Hierarchie in der Katholischen Kirche gefährdet. In dieser Konstitution wird u.a. dazu aufgerufen, die 'Zeichen der Zeit' zu erkennen und die gesellschaftlichen Konditionen bei der Verkündigung stärker zu berücksichtigen. Die Position der Laien sollte in der Kirche aufgewertet werden, auf deren besondere Verantwortung hinsichtlich ihres Tuns in der Welt, in der Gesellschaft, wird immer wieder verwiesen - diesem Anliegen waren die Studentengemeinden schon längst nachgegangen.

Bei der III. Hochschulreform in der zweiten Hälfte der 60er Jahre wurde die Struktur der Universitäten und Hochschulen völlig verändert, so wurden die alten Fakultäten und Institute abgeschafft und durch Sektionen ersetzt. In Abstimmung mit dem "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem" aus dem Jahre 1965 verfolgte man das Ziel, insbesondere die marxistisch-leninistische Erziehungsarbeit zu verbessern.

Aus einer Tonbandabschrift aus dem Archiv der Stasibezirksbehörde Rostock geht hervor, daß sich - wie der IM "Konrad Walter" berichtet - die Katholische Studentengemeinde Rostock 1969 mit der III. Hochschulreform auseinandergesetzt hat. Man habe nach Wegen und Möglichkeiten gesucht, wie Einfluß auf Entscheidungen der Sektions- oder FDJ-Gremien genommen werden könne. Nach diesem IM-Bericht wurden auf diese Fragen keine die Studenten befriedigenden Antworten gefunden.

Für die 60er Jahre insgesamt muß konstatiert werden, daß in diesem Zeitraum die Stasiaktivitäten besonders intensiv waren. Das veranlaßte den Leipziger Studentenpfarrer Trilling bereits 1963, einen "Offenen Brief" zu verfassen, der in den Räumen der Studentengemeinde ausgehängt und an die anderen Katholischen Studentengemeinden weitergereicht wurde. Trilling selbst brachte ihn zur Leipziger Bezirksbehörde des Stasi.

In diesem "Offenen Brief" erklärt Trilling u.a.:

*"Es kommen immer wieder Fälle vor, in denen der Staatssicherheitsdienst Mitglieder der Studentengemeinde auffordert und zum Teil drängt, sich für seine*

*Aufgaben... zur Verfügung zu stellen. Dazu möchte ich folgendes erklären: Die Veranstaltungen der Studentengemeinde sind öffentlich... Über private Auffassungen und Gesinnungen von einzelnen Mitmenschen planmäßig Nachrichten zu sammeln und staatlichen Organen weiterzugeben, ist sittlich nicht erlaubt. ... Sofern es sich nicht um die Aufklärung eines Verbrechens handelt, ist jedem An-sinnen auf eine oben beschriebene Mitarbeit entschlossener Widerstand entgegenzusetzen. ... Als Motiv genügt der Hinweis, daß sich eine solche Tätigkeit nicht mit dem Gewissen vereinbart”.*

3.2. Die eben beschriebene Resignation hinsichtlich der Suche nach einem verantwortlichen Mittun als Christ in der DDR-Gesellschaft führte in den 70er Jahren zu einer Abstinenz hinsichtlich der Behandlung und Diskussion gesellschaftspolitischer oder universitärer Problem- und Fragestellungen in den Katholischen Studentengemeinden. Man wandte sich mehr der eigenen Psyche zu, Freud oder Erich Fromm waren 'in'. Der Studentenpfarrer war wieder verstärkt als Vaterfigur gefragt, man wollte weniger diskutieren, eher konkrete Anweisungen für eigene Handlungsweisen vorgesetzt bekommen - diese Tendenzen sind für die 70er Jahre eindeutig festzumachen.

In diesem Zusammenhang muß man bedenken, daß die Studentengeneration der 70er Jahre bereits den größten Teil oder ihre gesamte Schulzeit nach dem Mauerbau absolviert hatte. Sie verhielt sich angepaßter, ängstlicher, sie schien sich mit dem Ghetto-Dasein abgefunden zu haben. Ab Mitte der 70er Jahre sind z.B. in den Protokollen der Arbeitssitzungen des Zentralen Arbeitskreises der Katholischen Studentengemeinden in der DDR keine Namen der Teilnehmer mehr zu finden; es wurden nur noch die Städte aufgeführt, aus denen die Teilnehmer kamen.

Anfang der 80er Jahre ist wieder ein Wandel in der Bildungsarbeit erkennbar, Friedens- und Umweltfragen treten z.B. stärker hervor, ebenso werden Themen wie "Die Stellung der Kirche im sozialistischen Staat" oder "Christsein in einer sozialistischen Gesellschaft" öffentlich, d.h. an den Hauptabenden, diskutiert. Diese Neuorientierung wird auch an den Themen der Vorträge von Wolfgang Luckhaupt deutlich, der in Leipzig Studentenpfarrer war. Dieser befaßte sich in den 70er Jahren mit Themen wie "Alternativer Lebensstil", mit Fragen der Psychoanalyse oder der modernen Theologie. In den 80er Jahren lauteten seine Themen: Neue Chancen der Kirche in der DDR, oder: Wie politisch darf Kirche sein?

Ein besonderes Kennzeichen der 70er und 80er Jahre ist die enge Zusammenarbeit zwischen den Evangelischen und Katholischen Studentengemeinden.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Katholischen wie der Evangelischen Studentengemeinden standen die wöchentlichen Haupt- oder Offenen Abende. Bibelarbeit, thematische Arbeitskreise, Bildungswochenenden, soziale Aktivitäten, die Partnerarbeit mit Studentengemeinden in der Bundesrepublik sowie gesellige Aktivitäten prägten gleichfalls beide Studentengemeinden. Die Studentengemeinden wurden von haupt- oder nebenamtlichen Studentenpfarrern, mancherorts unter der Mitwirkung von Assistenten, geleitet. Der von der Gemeinde gewählte Gemeinderat bestimmte zwei bis vier Sprecher oder Vertrauensstudenten, je nach Größe der Gemeinde. Auf DDR-Ebene traf man sich zu verschiedenen Konferenzen der Studenten und der Studentenpfarrer.

Wo kann es bei so vielen Gemeinsamkeiten noch gravierende Unterschiede zwischen der Evangelischen und der Katholischen Studentengemeinde geben? Es gab sie, man kann sie am besten am Staat-Kirche-Verhältnis der beiden Kirchen festmachen. Auf der einen Seite die Evangelischen Kirchen, die - nicht zuletzt aufgrund ihrer landeskirchlichen Verfaßtheit - versuchten, sich als Kirche im Sozialismus, als Dialogpartner des Staates zu verstehen, und die Katholische Kirche, die sich darauf berief, Teil einer Weltkirche zu sein, und auf ihre Überwinterungstaktik setzte.

Evangelische Studentengemeinden gingen intensiver auf gesellschaftliche Probleme ein, angefangen von Umwelt- oder Friedensfragen bis zur Arbeit mit aus der Gesellschaft und z.T. auch aus der Kirche ausgegrenzten Menschen, mit Homosexuellen, Alkoholikern oder auch den Ausreiseantragstellern. Die Katholischen Studentengemeinden verhielten sich diesen Problemstellungen gegenüber reservierter, sie setzten sich dagegen z.B. intensiver mit philosophischen Grundfragen auseinander. Das änderte sich aber spätestens 1987 mit der Ökumenischen Versammlung zum Thema "Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung", an der die Katholische Kirche in der DDR - nach langem Zögern - als Vollmitglied teilgenommen hat, und in die auch die Studentengemeinden involviert waren.

#### **4. Abschließendes Resümee**

Die Katholischen - wie die Evangelischen - Studentengemeinden in der DDR haben überwiegend, aber nicht ausschließlich, christlichen Studenten nicht nur die Möglichkeit zu einem kirchlichen Gemeindeleben und zu religiöser Weiterbildung, sondern auch zu philosophischer, literarischer oder geschichtlicher Bil-

dung, die über den ideologisch normierten Rahmen an den Universitäten und Hochschulen hinausführte, geboten - diese Bildungsarbeit kann unter den gegebenen Konditionen als eine Form eines außeruniversitären Studium generale angesehen werden.

Die Studentengemeinden waren für Studierende in der DDR - vor allem aufgrund des Mauerbaus von 1961 an - die einzigen öffentlichen "Loci libertatis, veritatis et communitatis", an denen - unabhängig vom marxistisch-leninistischen Weltanschauungsdiktat - bei Vortragsveranstaltungen, in Seminaren oder in kleinen Gesprächsgruppen echte Kritik- und Dialogprozesse erprobt und eingeübt werden konnten. Die Organisation dieser Bildungsarbeit war für viele Studenten eine "Grund"-Schule der Demokratie.

# **Katholische Studentengemeinden vor und nach dem Herbst 1989\***

**Eberhard Tiefensee**

Die Geschichte der Katholischen Studentengemeinden (im folgenden: KSGn) in der SBZ und in der DDR ist noch nicht geschrieben, die Archive auf nichtkirchlicher Seite sind erst allmählich zugänglich. Meine begrenzte Perspektive ist die des Studentenpfarrers in Leipzig von 1987-91 und ab 1988 auch des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der KSGn auf DDR-Ebene. Die Entwicklung nach 1991 habe ich nur noch sporadisch verfolgen können. Wenn im folgenden die Leipziger Sicht auf das Ganze vorherrscht, so ist das insofern vertretbar, als Leipzig in der Regel zugleich den Vorsitz unter den ostdeutschen KSGn hatte.

## **Zur Geschichte von 1945 bis 1989**

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gibt es 22 KSGn an fast allen Orten, wo sich Universitäten, Hoch- und Fachschulen befanden. Nur die größeren Gemeinden haben einen hauptamtlichen Seelsorger, sonstige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind kaum vorhanden. Während in Westdeutschland neben den Studentengemeinden die durch die nationalsozialistische Gleichschaltung aufgelösten katholischen Hochschulverbände und Studentenverbindungen wiedererstand, war im Osten nur die Fortsetzung der schon im Dritten Reich bewährten Studentenseelsorge auf Gemeindebasis möglich. Mit zunehmendem SED-Einfluß mußte die anfängliche Hoffnung auf eine direkte Präsenz an den Hochschulen aufgegeben werden.

Anfangs wurde der Leipziger Studentenpfarrer noch zu den akademischen Feiern offiziell eingeladen. Nun sollte der Titel "Studentenpfarrer" als hochschulpolitisch bedenklich verboten werden; es war unmöglich, wie in der Zeit der Weimarer Republik Räume der Hochschulen für akademische Veranstaltungen

---

\* erstveröffentlicht in hso 2/1993

gen, die die Gemeinden organisierten, zu nutzen; öffentliche Werbung war unerlaubt. KSGn galten als "Hort der Reaktion", der sich z.B. der erstrebten 100%igen FDJ-Mitgliedschaft aller Studierenden entgegenstelle; KSG-Mitglieder mußten mit Nachteilen bis hin zu Exmatrikulationen rechnen.

Der Rostocker Studentenpfarrer Hermann Jansen kam 1949 für fast acht Jahre wegen angeblicher Spionagetätigkeit ins Zuchthaus. In den 60er Jahren protestierte der Leipziger Studentenpfarrer Wolfgang Trilling in einem auch allen KSGn zugesandten Offenen Brief an den Staatssicherheitsdienst gegen zunehmende Versuche, KSG-Mitglieder als Inoffizielle Mitarbeiter anzuwerben: Die Denunziation von Gemeindemitgliedern widerspreche sowohl humanistischen als auch christlichen Maßstäben des Miteinanders, außerdem seien die Veranstaltungen öffentlich; Angeworbene sollten um ihrer eigene Sicherheit willen mit den Seelsorgern Kontakt aufnehmen. Jedoch noch 1986 standen die Studentengemeinden beider Kirchen auf einer Leipziger Stasi-Liste der zu observierenden kirchlichen Gruppierungen an erster Stelle. Dies voraussehend gaben die KSGn allen neuen Mitgliedern zu Studienbeginn entsprechende Verhaltensregeln für mögliche Stasi-Kontakte. In den Gemeinden selbst galt die Regel: "Vorsicht, aber nicht Mißtrauen".

### **Gemeinden als Schulen der Demokratie**

Die KSGn regeln ihre internen Probleme selbst auf demokratischer Basis durch die von den Studierenden gewählten und geleiteten Gemeinderäte. Die entsprechenden Gremien auf überregionaler Ebene sind die Konferenzen der aus den Gemeinden gewählten Sprecher und Sprecherinnen einerseits und der Pfarrer und Mitarbeiter andererseits. Ihnen ist ein Zentraler Arbeitskreis aus Mitgliedern beider Konferenzen als exekutives Instrument zugeordnet. Alle diese Gremien organisieren auf ihren jeweiligen Ebenen die Programmgestaltung, regeln Personalfragen und erarbeiten nötigenfalls Strategiepapiere zu anstehenden Themen (die vor 1989 meist innerkirchliche Fragen behandelten).

Entsprang dieses Vorgehen zunächst mangels hauptamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und aufgrund ständiger Fluktuation der Notwendigkeit, das Leben der Gemeinden beständig regeln und leisten zu müssen, so gab es einen weiteren Grund: Diese Gremien waren bewußt auch als Schule der Demokratie gedacht. Deshalb wurden die demokratischen Verfahren oft sehr genau eingehalten und die Mitgliedschaft z.B. im Gemeinderat zeitlich begrenzt, damit



möglichst viele im Laufe ihres Studiums mitarbeiten konnten. Dieses *Learning by doing* trug nach dem 1989er Umbruch unverhoffte Früchte (Wolfgang Thierse/SPD sei als prominentes Beispiel genannt).

### **Programm: “Kirche an der Hochschule”**

Die Studentengemeinden konnten bis 1989 ihre eigentliche Aufgabe, Kirche an der Hochschule zu sein, nur ausschließlich über ihre Mitglieder leisten. Aber sie waren Orte, an denen sich vorrangig, jedoch nicht nur Studierende katholischen Glaubens zusammenfanden. Für manche waren sie zunächst Fluchtburgen, in denen sie unter Gleichgesinnten den zuweilen notwendigen Rückhalt angesichts der Situation in Hochschule und Wohnheim fanden. Das entspricht dem ursprünglichen Impuls, der zum Aufbau einer kirchlichen Studentenseelsorge Anfang des Jahrhunderts führte: Studenten soll außerhalb ihres gewohnten Milieus ein ihrer Situation angemessener Zusammenhalt gegeben werden. Versuche, auch nicht-studierende Universitätsangehörige einzubeziehen, waren selten erfolgreich. Die Schwerpunkte der Tätigkeit blieben auch nach 1945 das gemeinsame Leben als Christen am Hochschulort, die Reflexion des bisherigen Glaubens auf einem der Studiensituation entsprechendem Niveau durch Vorträge und Arbeitskreise, und - soweit möglich - das Engagement an der Hochschule und in der Gesellschaft, hier besonders im sozialen Bereich (durch Nachbarschaftshilfe, Krankenhauseinsätze u.ä.).

Unter den Bedingungen einer auf möglichst totale Gleichschaltung gerichteten SED-Hochschulpolitik ergaben sich zusätzliche Akzente. Viele Studierende suchten zu Beginn ihres Studiums in den Gemeinden Rat und Rückhalt, wenn sie in Entscheidungssituationen und Gewissenskonflikte gerieten, z.B. durch die Reserveoffizier-Anwärter-Werbung. Die KSGn suchten den Ausfall des Studium generale an den Hochschulen durch wöchentliche Abendvorträge mit anschließenden Diskussionen und Arbeitskreise zu kompensieren. Sie behandelten auf Wunsch ihrer Mitglieder daher mehr Fragen aus Kunst und Literatur, Philosophie und Geschichte, Psychologie und Soziologie als theologische und kirchliche Themen. Als Referenten wurden Künstler und möglichst kompetente Fachleute eingeladen; sie kamen aus kirchlichem Hintergrund oder standen ihm nahe, doch gelang es zuweilen auch, nichtchristliche Hochschulkräfte anzusprechen. Der marxistisch-christliche Dialog kam in den Studentengemeinden in Gang, als sich die marxistische Seite besonders in den 80er Jahren zu öffnen begann.

Die Veranstaltungen in den Gemeinden waren öffentlich und wurden trotz eingeschränkter Werbemöglichkeit auch von nichtchristlichen Studierenden genutzt. Anziehend wirkte, daß staatlicherseits tabuisierte Themen angesprochen und ausgegrenzte Referenten eingeladen wurden. In den 80er Jahren kam es örtlich zu rückläufigen Teilnehmerzahlen, wenn die Studentenklubs zunehmend ein den KSGn ähnliches Veranstaltungsprofil entwickelten. Inwieweit diese darin Vorbild waren, wäre zu prüfen. Die KSGn beheimaten auch Arbeitskreise und Initiativen auf sozialem Gebiet und zur Dritte-Welt-Problematik, z.B. die "Action Five", deren Mitglieder sich zu einer regelmäßigen fünfprozentigen Spende ihres Stipendiums verpflichten.

Obwohl sie sich zuweilen bis in die Gemeinderäte hinein einbringen, bleiben ausländische Studierende doch relativ seltene Veranstaltungsgäste. Das liegt wohl an der dort vorherrschenden verbalen Kommunikation und an der Sprunghaftigkeit studentischer Kontakte. Die familiäre Atmosphäre, die gesucht wird, ist so schwer zu finden. Früher wirkten auch gezielte Desinformation und Furcht vor Repressionen im Hochschulbereich erschwerend. Neue Kontakte entstehen jetzt dadurch, daß die KSGn Stipendien für ausländische katholische Studenten vermitteln können und zuweilen in Geldnöten aushelfen.

### **Zusammenarbeit mit anderen Studentengemeinden**

Die Evangelischen und Katholischen Studentengemeinden arbeiten vor Ort und überregional zusammen. Das örtliche Programm wird überall gemeinsam veröffentlicht, regelmäßig finden gemeinsame Vortragsveranstaltungen, Wochenenden, Arbeitskreise, Gottesdienste und Feste statt. Dazu halten auf allen Ebenen die entsprechenden Gremien durch Konferenzen die notwendigen Kontakte. Die Motivation für dieses Miteinander ist der gemeinsame christliche Glaube, aber auch die gemeinsame Situation, Christen in der Minderheit am Hochschulort zu sein.

Eine schwerlich zu überschätzende Komponente der angestrebten Horizont-erweiterung waren die Kontakte zu den weit über 60 westdeutschen Hochschulgemeinden (die Fachhochschulgemeinden nicht gerechnet), die alle DDR-KSGn hatten. Beiderseitige Partnerkreise bereiteten die in der Regel halbjährlichen Treffen (meist während der Leipziger Messe) vor, bei denen über die persönliche Kontaktaufnahme hinaus auch thematisch gearbeitet wurde. Dabei wurden selten reine Ost-West-Fragen, sondern die auch sonst in den KSGn präsenten

Themen behandelt; so bekamen diese Treffen zuweilen einen Hauch des Alltäglichen, auch wenn im Unterschied zu anderen Gemeindeveranstaltungen konspirative Regeln eingehalten werden mußten, um die DDR-Teilnehmer vor möglichen Folgen in der Hochschule zu schützen. Die Partnergemeinden versorgten bei dieser Gelegenheit die Bibliotheken, die alle Gemeinden haben, mit sonst unzugänglicher Literatur.

Auch auf überregionaler Ebene gab es feste Kontakte mit ähnlichem Programm zwischen den gleichrangigen Gremien. An Veranstaltungen außerhalb der DDR konnten nur die Studentenseelsorger im begrenzten Umfang teilnehmen.

### **Der Herbst 1989**

Zwar gab es zuweilen politische Aktionen wie z.B. 1968 anlässlich der Sprengung der Universitätskirche Leipzig, was Anfang der 70er Jahre zu Verhaftungen auch im Bereich ehemaliger KSG-Mitglieder führte. Die rigide Zulassungspraxis hatte jedoch kaum aufmüpfige Querdenker an die DDR-Hochschulen und damit auch in die KSGn gebracht.

Die katholischen Studierenden reagierten daher 1989 zunächst wie ihre Kommilitonen, die im Unterschied zu China und zur CSSR anfangs wenig in Erscheinung traten. In den Gemeinden ging in der DDR-spezifischen Weise dieser "Revolution" zunächst der Alltag weiter. Doch trotz Exmatrikulationsandrohungen nahmen auch katholische Studenten und Studentinnen an den Friedensgebeten und an den gefährlichen Demonstrationen im September/Oktober 1989 teil. Später bildete sich in der Leipziger KSG ein spezieller Arbeitskreis, und waren es zuerst KSG-Demonstrationsteilnehmer, die die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Vormachtstellung der SED forderten. KSG-Mitglieder wurden in die neuen Gremien der Hochschulen gewählt; KSG-Kontakte zu den neuen Rektoren, öffentliche Werbung und das Anmieten von Räumen wurden ermöglicht. Am Runden Tisch der Jugend in Berlin waren die Gemeinden beider Kirchen vertreten, die KSG-Vertreterin saß auch als Beobachterin am Zentralen Runden Tisch. Durch schriftliche Interventionen und Gespräche mit Regierungsmitgliedern beider deutscher Regierungen versuchten Vertreter der KSGn auf Studenten betreffende Entwicklungen Einfluß zu nehmen.

Die Partnerkontakte mit westdeutschen Gemeinden, die nun ergänzend in Ost-West-Richtung ausgebaut werden konnten, halfen entscheidend bei der Ori-

entierung in den neuen Verhältnissen. Waren sie schon vor der Maueröffnung für die Studenten, die seltene Nutznießer der Verwandtschaftsreise-Regelungen der DDR wurden, gastfreundliche Orte, so verstärkte sich das um ein Vielfaches. Das katholische Cusanus-Studienförderwerk ermöglichte es unbürokratisch noch vor der Wiedervereinigung, daß fähige KSG-Mitglieder zeitweise außerhalb der DDR studieren konnten. Studentengemeinden luden ostdeutsche Studierende ein, für kurze Zeit bei ihnen mitzustudieren, um ihre Verhältnisse kennenzulernen.

Die Aufnahme ostdeutscher Vertreter in die überregionalen deutschen und europäischen Gremien der hauptamtlichen Mitarbeiter als auch der Studierenden wurde als längst fälliger Akt vollzogen, bald waren sie auch in den Wahlgremien repräsentiert. Mit Hilfe westdeutscher Erfahrungen konnte Licht in die unterschiedlichen kirchlichen und staatlichen Förderungsmöglichkeiten gebracht werden; bisher war die Finanzierung der Studentenseelsorge allein über die Berliner Bischofskonferenz und die Ortsbischöfe erfolgt.

Ein besonders beachtetes Signal war nach der Wiedervereinigung der sofortige Beitritt der Westberliner Hochschulgemeinde zur "Region Ost", wie sich der Bereich der Berliner Bischofskonferenz jetzt nennt.

## **Neue Entwicklungen**

Inzwischen gibt es hauptamtliche Mitarbeiter aus Westdeutschland in den ostdeutschen KSGn - und umgekehrt. Das Verhältnis gestaltet sich wie überall auch in den KSGn nicht unproblematisch, was besonders solche Wanderer zwischen den Welten erfahren müssen. Die westdeutschen Gemeinden haben einen informelleren Charakter und legen mehr den Akzent auf Arbeits- und Interessenkreise als auf den Gemeindegemeinschaft; die studentische Mitbestimmung und Mitarbeit sind aufgrund der besseren personellen Ausstattung von geringerer Bedeutung; soziales und politisches Interesse und Engagement der Studierenden sind ausgeprägter als im Osten, der dafür zuwenig Raum gab. Aufgrund ihrer zumeist volkkirchlichen Sozialisation ist die Stellung westdeutscher Christen zu ihren Kirchenleitungen spannungsreicher als die der Minderheitschristen im Osten.

Die frühere Ost-West-Partnerarbeit auf Gemeindeebene reduziert sich zunehmend auf die Fortsetzung persönlicher Kontakte. Einschneidende Veränderungen sind aber in den KSGn selbst bisher nicht zu bemerken - das betrifft die

Strukturen, die Programmgestaltung, die personelle Ausstattung sowie die Quantität und Zusammensetzung der KSG-Mitglieder. Die Veränderungen liegen eher im Bereich des Atmosphärischen: Es gibt das Gefühl der Befreiung von einer vorher latenten, durch vielseitige Bedrängungen bewirkten - stimulierenden und kräftezehrenden - Anspannung bei nun gleichzeitig schwindender Gemeinsamkeit durch den Verlust der Besonderheit.

Die KSGn, durch ihren genuinen Auftrag aufgefordert zur Öffnung gegenüber einem nun unbegrenzt breiter gewordenen Publikum an den Hochschulen, herausgefordert durch die Anfragen und Anregungen in einer weiter gewordenen Welt, stehen vor der Entscheidung, ob diesen Herausforderungen zu folgen oder dem Drang nachzugeben ist, denen einen Ort intimen Miteinanders zu retten, die vornehmlich Harmonie und Gleichgesinnte suchen.

Sich politisch engagierende Studierende sind auch unter Katholiken dünn gesät. Umstritten ist, ob die Gemeinden als solche einen politischen Auftrag haben. Tendenziell läßt sich eine Annäherung an westdeutsche Muster ausmachen: mehr Kreise und weniger Großveranstaltungen, weniger Gemeindebewußtsein und mehr interessengelenkter Gemeindegemeinschaft, weniger Engagement in Gremien und stärkere Fluktuation durch Studienplatzwechsel u.ä. Andererseits besteht der ausgeprägte Wunsch, den auch nach dem Herbst 1989 unverändert gebliebenen Minderheitsverhältnissen Rechnung zu tragen und die diesen angepaßten und bewährten 'Ost'-Strategien und Strukturen beizubehalten: Betonung eines christlichen Eigenprofils, stabile Zusammenarbeit mit der evangelischen Seite, Zusammenhalt in den Gemeinden, angesichts der ostdeutschen Lage besondere Beachtung weltanschaulicher Fragen im Veranstaltungsprogramm. Die zukünftige Gestalt der Katholischen Studentengemeinden ist noch nicht abzusehen.

# **Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale\***

**Peter-Paul Straube**

Die theoretische wie praktische Problematik des Studium generale existiert, seitdem es hohe Schulen gibt.<sup>1</sup> “Stets war es eine hohe und schwierige Bildungsaufgabe, wie sich die wissenschaftliche Spezialisierung mit einer guten Allgemeinbildung, mit dem geistigen Werden der Persönlichkeit, den Pflichten eines Staatsbürgers und sittlichen Menschen vereinigen lasse.”<sup>2</sup> Für die Evaluation der Bildungsarbeit der katholischen Studentengemeinden in der DDR als Studium generale ist es notwendig, in einem ersten Punkt auf die bildungspolitische und -historische Entwicklung des Begriffes Studium generale und dessen Anwendung einzugehen. Anschließend wird in einem zweiten Punkt der Frage nachgegangen, inwieweit die Bildungsarbeit in den katholischen Studentengemeinden unter den universitären und gesamtgesellschaftlichen Konditionen in der DDR eine spezifische Form eines außeruniversitären Studium generale darstellt und in welcher Hinsicht diese für die konzeptionelle Gestaltung sowie die praktische Umsetzung des Studium generale an den Universitäten und Hochschulen eine Vorbildfunktion haben kann.

## **1. Studium generale - Geschichte und Gegenwart**

Studium generale diente zunächst als Bezeichnung für die mittelalterliche Universität an sich. Des weiteren wird damit ein besonderes Ordensstudium benannt. Zum ersten Mal taucht der Ausdruck Studium generale in einer päpstlichen Bulle aus dem Jahre 1233 als Bezeichnung für die Hochschule von Paris

---

\* erstveröffentlicht in hso 4/1995

<sup>1</sup> Grundsätzliches dazu bei Papenkort, U.: Studium generale. Geschichte und Gegenwart eines hochschulpädagogischen Schlagwortes. Eichstätt 1991 (Manuskript).

<sup>2</sup> Fueter, E.: Das studium generale. Bedeutung - Notwendigkeit - Entwicklung. Zürich 1954, S. 3

auf.<sup>3</sup> Bedeutende Generalstudien existierten u.a. in Magdeburg, Leipzig und Erfurt; deren Vorlesungen waren in der Regel öffentlich. Außerdem steht Studium generale für eine von den Alliierten in den Westzonen nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge der Reeducationsbemühungen initiierte Universitätseinrichtung bzw. -bewegung, die vor allem durch Seminare, Gast- und Ringvorlesungen, interfakultative Zusammenarbeit sowie studentische Wohngemeinschaften geprägt war. An Stelle des Begriffes “Studium generale” lassen sich heutzutage in den Vorlesungs- und Veranstaltungsverzeichnissen weitere Verbindungen des Substantivs “Studium” mit anderen Attributen als “generale” ausmachen, die einen besonderen inhaltlichen Aspekt des Studium generale betonen: “Studium fundamentale” - dadurch soll die Notwendigkeit eines philosophischen Diskurses hinsichtlich der Grundlagen eines Faches sowie der Wissenschaft an sich deutlich werden -, “Studium integrale” - hier wird die integrative Einbindung eines Faches in die Wissenschaft sowie der interdisziplinäre Dialog betont - und “Studium universale” - dieses richtet den Blick vor allem auf die allgemeine universitäre Bildung.

Auf einem Studententag der 1947 gegründeten Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE), die sich als Repräsentantin der katholischen Studierenden in Ost und West verstand, wurde im Jahre 1953 in Würzburg eine Resolution zu Fragen der Hochschulreform verabschiedet.<sup>4</sup> Darin geht es insbesondere “um Ansatzpunkte und Wege zu einer echten, ganzheitlichen Bildung”.<sup>5</sup> Es sei notwendig, die Begrenztheit des Fachwissens in geistiger Aufgeschlossenheit und Offenheit auf das Ziel einer Gesamtschau der Wirklichkeit hin auszuweiten.<sup>6</sup> Aus der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Befähigung der Studierenden zu trans- und interdisziplinärer Kommunikation drängte man auf die Förderung des Anliegens des Studium generale. “Stellt es doch eine uns gegebene Möglichkeit

---

<sup>3</sup> Vgl. Zollinger, M.: Universität, Gymnasium und “Studium generale”. In: Festschrift zu Ehren von Alt-Rektor Dr. Hans Fischer. Veröffentlicht anlässlich des 50jährigen Bestehens des Gymnasiums Biel. Zürich 1952, S. 45-66, hier S. 49.

<sup>4</sup> Vgl. Neuhaus, R.: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959. Wiesbaden 1961, S. 563-569.

<sup>5</sup> Ebd., S. 564.

<sup>6</sup> Unter Punkt 2 der Resolution heißt es: “Wir bejahen die Pflege des philosophischen Denkens und dringen auf philosophische Grundlegung und Fragestellung in den Einzelwissenschaften, weil wir darin die Möglichkeit sehen, im Vorstoß zur Sinnfrage von einem zusammenhangslosen Kenntnisnehmen von Tatsachen zu echter Einheit der Bildung zu gelangen.” Ebd.

dar, in der Begegnung mit allen Erscheinungsformen menschlichen Geistes ein gültiges Weltbild zu erarbeiten und gleichzeitig die Universität von einer Stätte der bloßen Wissensvermittlung umzuwandeln in einen Raum ganzheitlicher Persönlichkeitsformung in charakterlicher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht.”<sup>7</sup>

Fünf Jahre später wurde in einem Diskussionsbeitrag der KDSE zum 5. Deutschen Studententag in Karlsruhe die praktische Umsetzung des Studium generale an den Universitäten und Hochschulen als gescheitert angesehen.<sup>8</sup> Es stehe isoliert neben dem Fachstudium und erscheine daher als “schöngestige” Zutat. Ein auf dem Universalismus der Bildungsidee des Idealismus aufgebautes Studium generale hätte sich als problematisch und unter den gegebenen universitären und wissenschaftlichen Bedingungen als nicht praktikierbar erwiesen. Deshalb forderte man die Fachwissenschaften dazu auf, durch das Aufzeigen der Grundlagen ihres Faches den Bezug zum Allgemeinen deutlich zu machen, und sich dann den Fragen, die sich aus der gesellschaftlichen Bezogenheit des Menschen ergeben, zu stellen. Dazu wurden insbesondere Fragen der Ethik und der Soziallehre gezählt. “Der Mensch ist es seiner Würde als Person schuldig, daß er sich denkend um seine Stellung zu sich selbst, zu seiner Umwelt und zum Transzendenten bemüht.”<sup>9</sup>

In der SBZ/DDR wurde der Begriff *Studium generale* explizit kaum verwendet, dessen Anliegen jedoch in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg partiell verfolgt. Auf einem Kongreß der Vertreter von Studentenräten der SBZ vom 19.-21. Juni 1947 in Halle erreichte man erst nach äußerst kontrovers geführten Diskussionen insbesondere zur Frage einer möglichen Wiederholung der Verabsolutierung einer Philosophie oder Weltanschauung an den Universitäten und Hochschulen - der Marxismus/Leninismus wurde in dieser Hinsicht als sehr anfällig eingeschätzt<sup>10</sup> - einen Konsens darüber, “daß die permanente philosophische Diskussion und die Auseinandersetzung um weltanschauliche Fra-

---

<sup>7</sup> Ebd., S. 565.

<sup>8</sup> Vgl. Diskussionsbeitrag der KDSE zum 5. Deutschen Studententag vom 01.-04. Mai 1958 in Karlsruhe. In: Ebd., S. 571-579, hier S. 576.

<sup>9</sup> Ebd., S. 577.

<sup>10</sup> Vgl. Jackstel, K.: Zur Bedeutung eines fachübergreifenden Lehrens und Lernens in der Diskussion des Studentenkongresses der Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone vom 19.-21.06. 1947 in Halle. Ein historischer Exkurs zur Geschichte des Studium generale. Mai 1991, S. 6 (Manuskript).



gen über das Fachliche hinaus immanenter Bestandteil des Studiums sein müsse.“<sup>11</sup>

In der Zeitschrift *Forum* heißt es in einer Denkschrift der deutschen Studenten, die anlässlich der ersten interzonalen Studententagung Anfang 1948 in Berlin verfaßt wurde: “Allgemeinbildende Vorlesungen und staatspolitischer Unterricht scheinen das einzige Mittel zu sein, Staatsbürger zu bilden.”<sup>12</sup> Lehrveranstaltungen politischen und allgemein-bildenden Charakters forderte auch der ostzonale Studentenrat.<sup>13</sup> Gleichzeitig wurden die auf Anweisung der SMAD eingeführten und in der Regel im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie determinierten Pflichtvorlesungen zu politischen und aktuellen Fragestellungen kritisch beurteilt. “Die zur Zeit abgehaltenen Pflichtvorlesungen tragen nicht den gegebenen Forderungen Rechnung, sondern sind eher geeignet, den Studenten vom politischen Leben abzustößen, da in ihnen zu den Problemen der heutigen Zeit fast ausnahmslos einseitig Stellung genommen wird.”<sup>14</sup> Deshalb verlangte man, daß sich Vertreter verschiedener politischer Richtungen an den Pflichtvorlesungen beteiligen sollten und dabei auch die gesamte Bandbreite der Philosophie zur Sprache kommen müßte.

Im Zusammenhang mit der Transformierung des Hochschulwesens nach sowjetischem Vorbild - insbesondere bei der Zweiten Hochschulreform 1951/52 - wurde der Marxismus-Leninismus auf administrativem Wege zur alleinigen Grundlage der Auseinandersetzung mit Wissenschafts-, Weltanschauungs- oder Lebensfragen an den Universitäten und Hochschulen bestimmt. Alle anderen Denkansätze wurden als überholt, spätbürgerlich und unwissenschaftlich abgetan. Öffentliche Diskussionen um ein pluralistisches Studium generale im Hochschulwesen sind bis zum Herbst 1989 nicht mehr nachweisbar. Erst während der sog. Wende 1989 wurde “Studium generale” zu einer Art Zauberformel für die anstehende Hochschulreform in der DDR.<sup>15</sup> Dadurch kam es auch in den

---

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Vgl. Denkschrift der deutschen Studenten. In: *Forum. Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen*. Berlin (Ost) 2/1948, S. 22-27, hier S. 26.

<sup>13</sup> Vgl. *Forum* 7/1948, S. 23f.

<sup>14</sup> Ebd. S. 24.

<sup>15</sup> Vgl. dazu z.B. Jackstel, K.: Studium Generale - die alte neue Herausforderung. In: Ermert, K./Huber, L./Liebau, E. (Hgg.): *Humboldt, High-tech und High-culture. Was heißt “Hochschulkultur” heute? Loccumer Protokolle* 14/1990, Loccum 1990, S. 236-247 sowie Papenkort 1991, a.a.O., S. 237-247.

alten Bundesländern zu einer Belebung der Diskussion hinsichtlich des Studium generale.<sup>16</sup>

## 2. Bildung und Gemeinschaft

Das Hochschulwesen in der DDR wurde von der Zweiten Hochschulreform 1951/52 bis zum Jahre 1989 von der SED kontrolliert. Die an zentralistischen und vereinheitlichenden Grundsätzen orientierte Gestaltung des universitären Prozesses hatte für die Studierenden weitreichende Folgen, die zu einer freien und demokratischen universitären Kultur in fundamentalem Widerspruch stehen. Dazu zählen vor allem:

- Zulassung zum Studium und zum Forschungsstudium primär nach ideologischen Auswahlkriterien, welche zu Anpassung und Subalternität führten; der Kreis, aus dem sich die Studierenden und die Vertreter der Wissenschaft rekrutierten, war demzufolge viel kleiner als das real in der Gesellschaft vorhandene Potential; somit wurde nicht nur der Einzelne in seiner beruflichen Entwicklung, sondern die Entwicklung von Wissenschaft und Gesellschaft insgesamt behindert.

- Einteilung der Studierenden in Seminargruppen nach Fachrichtungen und Immatrikulationsjahrgängen, die in der Regel auch den Rahmen für Vorlesungen, Seminare und Übungen bildeten; eine jahrgangsübergreifende Kommunikation in den einzelnen Fachwissenschaften wurde durch diese kollektivistische Verschulung des Studiums de facto unterbunden.

- Regelung des Studienablaufes nach festen Plänen - bis hin zu einem vorgegebenen Wochenstundenplan - und fachliche Kontrolle durch regelmäßige Zwischenprüfungen sowie Kontrolle der Anwesenheit; dadurch wurde die Teilnahme an Veranstaltungen anderer Fächer fast unmöglich gemacht.

- Obligatorische Durchführung des Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums für alle Fachrichtungen zum Zwecke einer systematischen ideologischen Erziehung der Studierenden im Sinne der atheistisch und religionsfeindlich determinierten Lehre des Marxismus-Leninismus; dadurch kam es an den

---

<sup>16</sup> Vgl. z.B. Reisinger, K./Huber, L.: Weder „Studium“ noch „generale“ - zum gegenwärtigen Erscheinungsbild fächerübergreifender Lehrangebote. In: *Das Hochschulwesen* 3/1992, S. 107ff. sowie Huber, L. u.a. (Hg.): *Über das Fachstudium hinaus. Berichte zu Stand und Entwicklung fachübergreifender Studienangebote an Universitäten.* Weinheim 1994.

hohen Schulen zu einer eindimensionalen und verengten Sicht der Wissenschaft, der Gesellschaft und des Menschen.

- Studentische Aktivitäten an den Universitäten und Hochschulen waren allein über die FDJ möglich, die offiziell als Kaderreserve der SED galt; unabhängige Gruppierungen wurden nicht geduldet; eine freie, pluralistische und demokratische Teilnahme der Studierenden am universitären Prozeß war nicht möglich.

Die katholischen Studentengemeinden in Deutschland entstanden in den 20er bis 40er Jahren unseres Jahrhunderts als Reflex auf spezifische universitäre und gesellschaftliche Entwicklungen. Der universitäre Prozeß wurde immer stärker von Technisierung und Individualisierung bestimmt; die säkularistischen Tendenzen in der Gesellschaft hatten Defizite hinsichtlich der geistig-geistlichen Orientierung der Studierenden zur Folge. Aus einer mehr individuellen Standesseelsorge entwickelten sich eigene Gemeinden von Studentinnen und Studenten, die sich insbesondere einer religiösen und allgemeinen Bildungsarbeit und der sozialen Hilfe widmeten. Abgesehen von den ersten Nachkriegsjahren, in denen Vertreter der Studentengemeinden am öffentlichen universitären Leben beteiligt waren, sowie aufgrund der Beibehaltung des in der Zeit des Nationalsozialismus ausgesprochenen Verbotes unabhängiger und konfessioneller studentischer Vereine und Verbände waren die Studentengemeinden in der DDR bis 1989 die einzigen vom unmittelbaren staatlichen Erziehungseinfluß unabhängigen studentischen Gruppierungen.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Studentengemeinden stand eine umfassende philosophische, theologische und allgemeine Bildungsarbeit, die inhaltlich von den Studierenden weitestgehend selbst bestimmt und organisatorisch mitgetragen wurde. In den 40er und 50er Jahren setzte man sich in den katholischen Studentengemeinden insbesondere mit den Folgen des Zweiten Weltkrieges sowie der Theorie des Marxismus-Leninismus und den aus dessen verbindlicher Einführung auf allen Wissenschaftsgebieten resultierenden Konsequenzen für das Studium auseinander. Nach dem Bau der Mauer wurde in den 60er Jahren nach Möglichkeiten eines verantwortlichen Engagements in der DDR-Gesellschaft unter christlichen Vorzeichen und eines Dialoges mit Andersdenkenden - letztlich ohne Erfolg - gesucht, weil der Staat an einer unabhängigen Mitarbeit der Christen nicht interessiert war. Ab Mitte der 70er Jahre treten die Psy-

choanalyse und die Friedensproblematik als besondere Akzente der Bildungsarbeit hervor.<sup>17</sup>

Analog zu den fünf o.g. wichtigsten Folgen der Transformierung der hohen Schulen in der DDR in Erziehungsanstalten für die Studierenden können hinsichtlich der Bildungs- und Aktionsmöglichkeiten der Studierenden in den katholischen Studentengemeinden zusammenfassend folgende Charakteristika konstatiert werden:

- Die katholischen Studentengemeinden in der DDR waren Gemeinschaften überwiegend katholischer Studierenden der Universitäten, Hoch- und Fachschulen eines Studienortes, die auch evangelischen und kirchlich nicht gebundenen Studierenden zugänglich waren; sie waren kirchenrechtlich gesehen als Personalgemeinden konstituiert und wurden von den Aktivitäten ihrer Mitglieder sowie der Person des Studentenseelsorgers entscheidend geprägt.

- Die Zusammensetzung der Gemeinden richtete sich nach den Fachrichtungen, die am jeweiligen Studienort angeboten wurden; dadurch war - entsprechend dem lokalen Studienangebot - ein fächer- und jahrgangsübergreifender Dialog möglich.

- Von den Studierenden wurde die inhaltliche Planung und die Durchführung der verschiedenen Bildungsveranstaltungen auf gemeindlicher Ebene - Sprecherkreis/Gemeinderat - und regionaler Ebene - Sprecherkonferenz/Zentraler Arbeitskreis - wesentlich mitbestimmt; vorbereitet auf diese Tätigkeiten wurden die Studierenden durch Schulungen in Rhetorik und Gesprächsleitung.

- Ganzheitliche - d.h. an der Transzendenzfähigkeit und Kontingenz des menschlichen Seins orientierte - philosophische, theologische und allgemeine Bildungsarbeit wurde als Ergänzung und Relativierung der ideologisch eindimensionalen Erziehung und Bildung im Hoch- und Fachschulwesen, insbesondere im Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, angeboten; diese diente der Vorbereitung auf mögliche Auseinandersetzungen an den Bildungseinrichtungen und fand auch in sozialer Betätigung ihren Ausdruck.

- Bei Vortragsveranstaltungen, in Seminaren oder in kleinen Gesprächsgruppen konnten Kritik- und Dialogprozesse geübt, eigenständiges Denken und Verantwortung erprobt werden; die Organisierung dieser Bildungsarbeit war für die aktiven Gemeindemitglieder eine "Grund"-Schule der Demokratie.

---

<sup>17</sup> Vgl. Straube, P.-P.: Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR. In: *hochschule ost* 2/1993, S. 26-32 [im vorliegenden Band S. 334ff.] sowie Tiefensee, E.: Katholische Studentengemeinden vor und nach dem Herbst 1989. In: Ebd. S. 33-37 [im vorliegenden Band S. 343ff.].

Die Bildungsarbeit der katholischen Studentengemeinden in der DDR, die von den religiösen, wissenschaftlichen und kulturellen Interessen (Literatur, Theater, Musik) der Studierenden bestimmt war, wurde in verschiedenen Veranstaltungsformen wie Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Seminaren, Wochenendtagungen, Exkursionen, Festen sowie Theater- und Musikaufführungen durchgeführt. Sowohl die formalen wie die inhaltlichen Ausprägungen dieser Bildungsarbeit gehören nach der von Papenkort vorgenommenen Klassifizierung des modernen Studium generale nach Veranstaltungsformen<sup>18</sup> sowie nach Veranstaltungsinhalten<sup>19</sup> zu deren möglichen Varianten.

Aufgrund der Tatsache, daß die Studentengemeinden in der DDR mit der Zweiten Hochschulreform 1951/52 aus dem universitären Bereich ausgegrenzt und unter das "Dach der Kirche" gedrängt worden sind, sowie auf der Basis der inhaltlichen, strukturellen und organisatorischen Momente ihrer Bildungsarbeit erscheint es gerechtfertigt, diese als eine spezifische Form eines außeruniversitären Studium generale zu charakterisieren. Denn diese studienbegleitende "Bildung und Gemeinschaft", die sich inhaltlich primär an den Bildungsbedürfnissen der Studierenden orientierte und von diesen organisatorisch mitgetragen und -verantwortet wurde, hatte - neben einem pastoraltheologischen Aspekt - vor allem das Ziel, den Studierenden über den auf Ausbildung und marxistisch-leninistische Erziehung reduzierten Studienprozeß hinaus Orientierungswissen zu vermitteln, welches die Voraussetzung für eine verantwortliche ethische und soziale Kompetenz darstellt. Die Teilnahme an dieser Bildungsarbeit beruhte auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und war mit persönlichen Risiken verbunden, weil es dadurch mitunter zu Benachteiligungen im Studium sowie bei der Bewerbung zum Forschungsstudium oder für einen bestimmten Arbeitsplatz gekommen ist.

Die Erfahrungen in der Bildungsarbeit der Studentengemeinden - insbesondere bezüglich der Verbindung von "Bildung und Gemeinschaft", der selbstverantwortlichen Organisation von Bildungsveranstaltungen durch die Studierenden, der Zusammenarbeit von Studierenden unterschiedlicher Fächer und Semester

---

<sup>18</sup> Dazu werden u.a. gezählt: Arbeitsgemeinschaft, Bildungswoche, Diskussionsreihe, Exkursionsveranstaltung, Fest, Kolloquium, Spielgemeinschaft, Tagung sowie Vortragsveranstaltung. Vgl. Papenkort 1991, S. 150-177.

<sup>19</sup> Diese ordnet Papenkort folgenden Inhaltsbereich zu: Wissenschaft, Kunst, Sport, Sprache, Technik, Spiel und Bildung. Vgl. ebd., S. 190-214.

sowie der sozialen Aktivitäten - sollten in die konzeptionellen Überlegungen der universitären *Studia generalia* einfließen. Denn Studium generale ist mehr als nur intellektuelle Auseinandersetzung mit fachspezifischen, philosophischen oder interdisziplinären Problemstellungen. Die bloße Aneignung von Wissen darf nicht letztes Ziel dieses Bildungsstrebens sein, sondern dessen Anwendung beim Umgang mit und in der Wissenschaft und der Gesellschaft. ‘Reine’ Bildung bietet keine Garantie für eine daraus resultierende versittlichende Aktivierung der einzelnen Individuen. Erst eine umfassende dialogische Kommunikation zwischen allen am universitären Prozeß Beteiligten sowie der Gesellschaft insgesamt ermöglicht einen finalen Qualitätssprung von der akademischen Bildung zum akademischen Ethos.

Die Verwirklichung der Idee des Studium generale, die eindimensionale fachliche universitäre Ausbildung durch eine ganzheitliche Bildung aufzubrechen und die Studierenden für Zukunftsprobleme angesichts der Grenzen des Wachstums zu sensibilisieren, wird jedoch primär nicht davon abhängen, inwieweit es gelingt, organisatorische, inhaltliche und methodische Fragen fächerübergreifender Lehrveranstaltungen zu lösen und diese in prüfungsrelevante Angebote für die Studierenden einzubinden. Vielmehr sollte das wissenschaftliche Arbeiten nicht primär quantitativ-extensiv und monologisch ausgerichtet sein, sondern bereits im Prozeß des Forschens und Lehrens qualitativ-intensive Verantwortungs- und Folgenreflexion in dialogischer Kommunikation betrieben werden. Um ein einigermaßen bewußtes Überleben der menschlichen Gattung zu garantieren, müsse nach Daxner die Wissenschaft aufgrund der globalen ökologischen Krise neben der Erkenntnissuche weitere Funktionen wahrnehmen: Kritik, Kommentierung, Warnung, Unterstützung, Legitimation usw. Er fordert deshalb grundsätzlich: “Hauptaufgabe aller Wissenschaften ist es, den Prozeß der menschlichen Selbstvernichtung rückgängig zu machen”.<sup>20</sup>

---

<sup>20</sup> Daxner, M. u.a. (Hgg.): Entstaatlichung und Veröffentlichung. Die Hochschule als republikanischer Ort. Eine neue Hochschulpolitik: ökologisch, demokratisch, sozial. Köln 1991, S. 42.

# Anhang





**Peer Pasternack**

**Kirche & Hochschule, Theologie & Politik in der DDR und Ostdeutschland**  
**Annotierte Bibliographie**  
**Erscheinungszeitraum Herbst 1989 - 1996**

**Gliederung:**

I. Selbständige Publikationen & unveröffentlichte Graduierungsarbeiten	S. 361
II. Aufsätze	S. 370

**I. Selbständige Publikationen & unveröffentlichte Graduierungsarbeiten**

1

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit (Hg.): *Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit* (Special der Zs. *hochschule ost*). Leipzig 1991. 24 S. Dokumentation der die Fink-Entlassung wegen des Vorwurfs der inoffiziellen Mitarbeit für das MfS betreffenden Briefe der Gauck-Behörde, Finks Erklärung dazu, die entsprechenden Beschlüsse der Humboldt-Universitätsgremien sowie Auszüge aus einer diesbezüglich durchgeführten Podiumsdiskussion in der Humboldt-Uni am 28.11.1991 (u.a. mit Rudolf Bahro, Christoph Hein, Stephan Heym, Jens Reich, Walter Romberg, Christa Wolf).

2

Beyer, Franz-Heinrich: *Theologiestudium und Gemeinde. Zum Praxisbezug der theologischen Ausbildung im Kontext der DDR* (Arbeiten zur Pastoraltheologie Bd. 26). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1994. 200 S.

In der "lange vor 1989" begonnenen - und von daher kontextuell geprägten - und 1990 abgeschlossenen Dissertation-B-(Habilitationen-)Arbeit untersucht der Autor die zentrale Rolle, welche die Perspektive Gemeinde in der Diskussion zum Theologiestudium in der DDR einnahm. Der häufigen und betonten Verwendung des Gemeindebegriffs habe zunächst eine völlig unzureichende Klärung seines Inhalts gegenübergestanden. Dabei werde eine Grundfrage des Theologiestudiums deutlich: "Das unauflösliche Miteinander von *reflektierter Theologie* und von *gelebter Theologie* muß in seiner existentiell gegebenen Vermengung und in seiner aufgegebenen (theoretischen) Unterscheidung Bestandteil des Theologiestudiums sein." Davon ausgehend werden insbesondere Rolle, Möglichkeiten und Grenzen des Gemeindepraktikums behandelt, u.a. anhand der Auswertung von Praktikumsberichten Rostocker Theologiestudenten. Eingebettet ist dies in eine ausführliche Darstellung des Theologiestudiums unter den Bedingungen der DDR und einen historischen Abriß der evangelischen Theologenausbildung.

3

Bräuer, Siegfried/ Vollnhals, Clemens (Hg.): *"In der DDR gibt es keine Zensur". Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954 - 1989*. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1995. 422 S.

Wesentlicher Bestandteil der in der DDR üblichen Praxis der Druckgenehmigung, verantwortet durch die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel beim Kulturministerium, war die Einholung von Gutachten zu den beantragten Publikationsprojekten. Die Herausgeber haben aus den Gutach-

ten zu ca. 3.000 Veröffentlichungen der Evangelischen Verlagsanstalt 57 repräsentative Beispiele ausgewählt, deren Dokumentation den Hauptteil des Bandes bilden. In einer 100seitigen Studie "Die staatliche Kontrolle der verlegerischen Arbeit für die evangelische Kirche und Theologie in der DDR" erläutern die Hrsg. eingangs deren Alltag und Mechanismen.

4

Elm, Kaspar (Hg.): *Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin N.F. 2 XXXII.-XXXIII. Jg. 1992/1993*. Morus Verlag, Berlin 1993. 197 S.

Im hiesigen Kontext interessieren einige Beiträge zu katholischer Kirchengeschichtsschreibung in der DDR und deren Neuorganisation nach 1989: "Erfahrungen mit der Herausgabe einer wissenschaftlichen Festschrift zum 1000jährigen Jubiläum der Gründung des Erzbistums Magdeburg" (Franz Schrader), "Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft für Bistumsgeschichte Berlin 1968-1990" (Gottfried Ostermay/Heinz Teichmann), "Bericht über die Tätigkeit des überregionalen Arbeitskreises für Katholische Kirchengeschichte in Berlin" (Gottfried Ostermay), "Die Tätigkeit des Diözesangeschichtsvereins Berlin in den Jahren 1990 bis 1992" (K. Elm).

5

Ernst, Wilhelm/ Feiereis, Konrad (Hg.): *Denkender Glaube in Geschichte und Gegenwart. Festschrift aus Anlaß der Gründung der Universität Erfurt vor 600 Jahren und aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Philosophisch-Theologischen Studiums* (Erfurter Theologische Studien Bd. 63). St. Benno Verlag, Leipzig 1992. 460 S.

Im hiesigen Kontext interessieren drei Beiträge in diesem Band: "Vorgeschichte, Gründung und Aufbau des Regionalpriesterseminars Erfurt. Eine fragmentarische Chronik" (Erich Kleineidam), "Ansprache anlässlich der Immatrikulations-Feier des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt am 20. September 1959. Rückerinnerung aus aktuellem Anlaß" (Heinz Schürmann) und "'Nicht die Bekämpfung des Kommunismus, sondern der Aufbau des Leibes Christi...' Zur Pastoraltheologie des Erfurter Bischofs Hugo Aufderbeck (1909 - 1981)" (Franz Georg Friemel).

6

Ernst, Wilhelm/ Feiereis, Konrad/ Hübner, Siegfried/ März, Claus-Peter (Hg.): *Theologisches Jahrbuch 1991*. St. Benno-Verlag, Leipzig 1992. 520 S.

"Zum ersten Mal kann ein Band des Theologischen Jahrbuches frei von früheren Zwängen und Beschränkungen erscheinen. Er lädt dazu ein, in der neugeschenkten Freiheit nicht den Rückblick zu vergessen, ohne den die Zukunft nicht gewonnen werden kann. Deshalb werden hier in einer Nachlese solche Beiträge vorgelegt, die in früheren Jahren für die Veröffentlichung vorgesehen waren aber unter kommunistischer Zensur nicht gedruckt werden durften..." (Editorische Vorbemerkung) Es sind dies Beiträge aus den Jahren 1973 - 1988. Die seinerzeitigen Ablehnungsgründe werden in einem Eingangsbeitrag von P. Kokschal referiert und erläutert.

7

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.): *Ehrenpromotion Manfred Stolpe am 14. November 1989 an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald* (Greifswalder Universitätsreden N.F. H. 54). Greifswald 1989. 20 S.

Auf Antrag der Theologischen Fakultät unter dem Dekanat des späteren Rektors der Greifswalder Universität, Hans-Jürgen Zobel, war der Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg "in Würdigung seines bedeutenden Anteils an der Konstituierung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, seines Engagements für die Standortfindung der Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft unseres Landes und seines Beitrags für einen konstruktiven Dialog zwischen Christen und Marxisten" ehrenhalber promoviert worden. Die Broschüre enthält die während des akademischen Festakts gehaltenen Ansprachen.

8

Europäisches Bürgerforum (Hg.): *Die Entlassung des Rektors der Humboldt-Universität zu Berlin, Professor Heinrich Fink. Bericht über den Besuch der internationalen Delegation von Parlamentariern und Universitätsvertretern*. Berlin 1992. 40 S.

Eine internationale Delegation hatte nach der fristlosen Kündigung des Humboldt-Rektors Fink wegen des Vorwurfs einer informellen Mitarbeit beim MfS zahlreiche Gespräche mit politisch Verantwortlichen und Insidern in Berlin geführt. Auf einer Pressekonferenz stellte die Gruppe ihre Rechercheergebnisse vor.

9

Evangelische StudentInnengemeinde in der BRD (Hg.): *ansätze & kontakt 9/1992*. 51 + 19 S.

In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1992 hatten die bis dahin getrennten west- und ostdeutschen Evangelischen Studentengemeinden ihre Vereinigung vollzogen. Der nicht schmerzfreie Vorgang wird in der Zeitschriftennummer, die gleichfalls zwei verschiedene Zeitschriften vereint, in zahlreichen Beiträgen beleuchtet, kommentiert und interpretiert.

10

Friemel, Franz Georg (Hg.): *... wie die Träumenden. Katholische Theologen zur gesellschaftlichen Wende*. St. Benno-Verlag, Leipzig 1990. 143 S.

Der Band vereinigt Stellungnahmen, Zeitdeutungen und Predigten, die im Umkreis des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt in der Zeit vom 8. Oktober 1989 bis zum 1. Juli 1990 entstanden waren - "durch die Umstände provozierte Verlautbarungen". Die Autoren - zumeist an der Erfurter Hochschule tätig - sind Hans-Andreas Egenolf, P. Thomas Gertler SJ, Franz Georg Friemel, Gerhard Feige, Michael Gabel, Bernhard Dittrich, Wilhelm Ernst, Karl-Heinz Ducke, Jutta Brutschek, Joachim Wanke, Lothar Ullrich, Claus-Peter März und Christoph Kähler.

11

Hartweg, Frédéric (Hg.): *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*. Bd. 1: *SED 1946 - 1967*. Bearb. v. Joachim Heise. 592 S. Bd. 2: *SED 1986 - 1989*. Bearb. v. Horst Dohle. 708 S. Neukirchener Verlag, Neukirchen-Vluyn 1995.

Die Quellenpublikation enthält auch einige Dokumente, die im hiesigen Kontext von Interesse sind. Bd. 1: zum "Verbot der Tätigkeit von Studentenfarrern" (16.7.1952), zur "Unterbindung der Tätigkeit sog. Studentenfarrer und Studentengemeinden" (18.12.1957), zu den "Ausführungen von Werner Eggerath auf dem 'Mittwoch-Gespräch' der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität" (4.5.1959). Bd. 2: zu "Vorkommnissen in Verbindung mit dem Abriß der Universitätskirche Leipzig" (29.5.1968), "Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 13.2.1979 über die Errichtung einer Moschee und eines islamischen Forschungszentrums in der DDR", zur "Vorbereitung und Durchführung der Martin-Luther-Ehrung der DDR 1983" (16.5.1979), "Schreiben des Vorstandes der KKL vom 1.7.1980 an Klaus Gysi über die ideologisch-weltanschaulichen Erziehungsziele für Studenten".

12

Heydemann, Günther/ Kettenacker, Lothar (Hg.): *Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Diktatur*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1993. 369 S.

Darin u.a. Beiträge zum Weg vom Wissenschaftlichen Atheismus zu einer Marxistischen Religionswissenschaft in der DDR (Olof Klohr) und zur Frage einer theologischen Rechtfertigung der "Obrigkeit" in der DDR (Ulrich Kühn).

13

Hütter, Elisabeth: *Die Pauliner-Universitätskirche zu Leipzig. Geschichte und Bedeutung*. Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger, Weimar 1993. 179 S.

Erstveröffentlichung der 1961 fertiggestellten einzigen kunsthistorischen Darstellung von Geschichte und Bedeutung der Kirche.

14

Janitz, Dörte: *Die Planungsstufen des Leipziger Universitätsneubaus von 1945 bis zum Jahr 1968*. Diplomarbeit. Universität Leipzig, Institut für Kunstgeschichte. Leipzig 1991. 96 S.

Architektur- und baugeschichtliche Arbeit, die in unserem Kontext insoweit relevant ist, als die Diskussion und Planung des Leipziger Universitätsneubaus immer zugleich eine Debatte um Erhalt oder Abriß der Universitätskirche gewesen war. In der Darstellung des Architekturwettbewerbs werden die städtebaulichen wie administrativen Vorgänge mit Beachtung des Schicksals der Universitätskirche erhellt. Im Anhang ein Nachweis des Verbleibs wichtiger Kunstwerke aus der Kirche.

15

Karau, Gisela: *Die "Affäre" Heinrich Fink*. Spotless-Verlag, Berlin 1992. 99 S.

Von Sympathie für H. Fink getragene Darstellung der Vorgänge um die fristlose Kündigung des Humboldt-Rektors und Theologieprofessors wegen des Vorwurfs einer inoffiziellen Mitarbeit beim MfS.

16

Köckert, Matthias (Hg.): *Der Wahrheit Gottes verpflichtet. Theologische Beiträge aus dem Sprachenkonvikt Berlin für Rudolf Mau*. Wichern-Verlag, Berlin 1993. 310 S.

Der Band stellt insofern eine Novität dar, als er die einzige gemeinsame Publikation namhafter Wissenschaftler ist, die zwischen 1950 und 1990 am Ost-Berliner Sprachenkonvikt gelehrt hatten. Unter anderem mit dem Beitrag von R. Mau: "Das 'Sprachenkonvikt'. Theologische Ausbildungsstätte der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg ('Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg') 1950 - 1991" und Nachträgen zur Bibliographie Maus.

17

Krötke, Wolf: *Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft. Theologische Orientierungen im Übergang vom 'real existierenden Sozialismus' zur demokratischen pluralistischen Gesellschaft*. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1994. 285 S.

Der Sammelband faßt 20, z.T. zuvor bereits andernorts publizierte Aufsätze und Vorträge aus den Jahren 1989 - 1993 zusammen, mit denen der Autor der "Gefahr einer theologischen Sprachlosigkeit..., die in erkennbarem Kontrast zu den theologisch-konzeptionellen Bemühungen steht, die in den Kirchen der DDR lebendig waren", gegensteuern möchte. Unter den Beiträgen sind folgende im hiesigen Kontext interessierende, die zum einen Beiträge zur Geschichte der Theologie in der DDR liefern und zum anderen Erfahrungen des Autors als Dekan der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität verarbeiten: "Karl Barths Lehre von 'Evangelium und Gesetz' als Einübung der Freiheit der Kirche. Von den Möglichkeiten und Grenzen dieser Einübung unter den Bedingungen der DDR"; "Dietrich Bonhoeffer als 'Theologe der DDR'. Ein kritischer Rückblick"; "Profile der Theologie in der DDR"; "Die Funktion der Theologie an der Universität. Zur Auseinandersetzung mit den atheistischen Vorgaben der sich erneuernden Universität in den neuen Bundesländern"; "Die Theologische Fakultät im Wandel der Gesellschaft".

18

Linke, Dietmar: *Theologiestudenten an der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank. Darstellung der parteipolitischen Einflußnahme auf eine*

***Theologische Fakultät in der DDR anhand von Dokumenten*** (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert Bd. 3). Neukirchener, Neukirchen-Vluyn 1994. 529 S.

Der Verfasser, 1971 - 1983 Gemeindepfarrer in der DDR, 1983 ausgebürgert, hat Archive der Humboldt-Universität, der SED, der Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen und für Staatssicherheit ausgewertet. Desweiteren kommen ehemalige Studierende und die einstigen Dekane zu Wort.

19

Löffler, Karin: ***Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig***. St. Benno Verlag, Leipzig 1993. 234 S.

Beitrag zum 25. Jahrestag der Sprengung der Universitätskirche am 30. Mai 1993. Auswertung der Literatur, der Zeitungen und wichtiger Aktenbestände. Befragung von etwa 30 Akteuren. Die Darstellung umfaßt den gesamten Diskurs und die Entscheidungsprozesse: von den ersten Überlegungen zum Universitätsbau nach dem 2. Weltkrieg über die verschiedenen Ansätze zur Neugestaltung (seitens der Universität, der Partei- und Staatsorgane, Ulbrichts) bis zur Sprengung der Kirche. Auf Nachwirkungen wird kurz eingegangen. Am Schluß stehen zwei Aufsätze: Die Baugeschichte der Universitätsgebäude am Augustusplatz (B. Engelmann) und: Wie konnte das geschehen? Die Fragen nach den geistigen Ursachen (K. Feiereis). Zahlreiche Bilder, Zeittafel, Anmerkungen und Personenregister.

20

Maleck, Bernhard/ Fink, Heinrich: ***Sich der Verantwortung stellen***. Dietz Verlag, Berlin 1992. 128 S.

1992 mit Heinrich Fink, erster nach dem Herbst 1989 frei gewählter Rektor der Humboldt-Universität, geführte Gespräche zur Biographie, DDR, Sozialismus und Kirche, CFK, Humboldt-Universität vor und nach 1989, zur Theologischen Fakultät, zu Marxismus und Christentum, zum 41. Jahr der DDR, zu den Stasi-Akten und den Vorgängen um seine Entlassung. Daneben sind drei ältere Texte von Fink sowie seine Rede zur Rektoratsübernahme am 3. Mai 1990 dokumentiert. "Statt eines Nachwortes" ein Gespräch mit Finks Gattin, Ilseget Fink.

21

März, Claus-Peter (Hg.): ***Die ganz alltägliche Freiheit. Christsein zwischen Traum und Wirklichkeit*** (Erfurter Theologische Studien Bd. 65). St. Benno Verlag, Leipzig 1993. 158 S.

In dem Band interessieren im hiesigen Kontext ein Beitrag von L. Ullrich: "Dankbare Erinnerung. Festvortrag zur Vierzigjahrfeier des Philosophisch-Theologischen Studiums am 11. Juni 1992" und der vom Herausgeber dazu zusammengestellte Anhang (S. 144-158). Dieser enthält das Approbationsdekret der Studienkongregation vom 7.10.1959 mit dem dazugehörigen Schreiben des Präfekten der Studienkongregation an Kardinal Döpfner als Vorsitzender der Berliner Ordinarienkongferenz; ein Verzeichnis der Professoren und Dozenten des Philosophisch-Theologischen Studiums 1952 - 1992; zwei Urkunden des Bildungsministeriums der DDR vom 10.9.1990: die Verleihung des Status einer staatlich anerkannten Hochschule und die Erteilung des Rechts, die akademischen Grade Dr. theol. und Dr. theol.habil. zu verleihen; eine Liste der Promotionen zum Dr. theol., an denen die Erfurter Professorenkonferenz beteiligt war, aus den Jahren 1959 - 1969; schließlich ein Verzeichnis der (seit 1971) im Auftrag der Pontificia Universitas Gregoriana in Erfurt durchgeführten theologischen Promotionen.

22

Ders. (Hg.): ***Kirchen- und Zeitgeschichte im Spiegel der Weißenseer Blätter. Nachdrucke aus den Jahren 1982 - 1992***. Bd. 1: ***Wider die Resignation der Linken. Stim-***

***Stimmen gegen Antikommunismus, Konterrevolution und Annexion.*** GNN-Verlag, Köln 1994. 256 S.

Der Band (weitere vier sind geplant) bietet die authentischen Stimmen einer Richtung innerhalb der in der DDR betriebenen Theologie, die sich durch eine standortbegründete Merkwürdigkeit auszeichnete: Sich in theologischen Traditionen verortend, die sich mit Bonhoeffer und Barth, Barmen, Darmstädter Bruderratswort und Stuttgarter Schulderklärung markieren lassen, optierte diese - wesentlich durch die Humboldt-Universitätsprofessoren Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand repräsentierte - Richtung politisch für den Sozialismus, unterschied sich dabei von westlichen Gleichgesinnten dadurch, daß die ihr Zugehörigen eben diesen Sozialismus unmittelbar erlebten und bewußt mitgestalteten, dabei Nähe zur Macht keineswegs scheuend, mit der Folge gesteigerter Sensibilität in einer anderen als der üblicheren Richtung, die hier in einer Kritik der SED-Politik von links resultierte: Eine so nur in der und durch die DDR möglich gewordene Art weltbezogener theologischer (oder politischer - darüber streiten sich Autoren und Interpreten) Reflexion.

23

Nowak, Kurt: ***Jenseits des mehrheitlichen Schweigens. Texte von Juni bis Dezember des Jahres 1989*** (pro vocation Bd. 2). Union Verlag, Berlin 1990. 67 S.

Die Sammlung enthält ursprünglich nicht für den Druck vorgesehene "mündliche Äußerungen für den Tag". Sie dokumentiert öffentliche politische Einmischungen des Autors, Kirchengeschichtspräsident an der Leipziger Theologischen Sektion/Fakultät, aus einer Zeit, in der andere solcherart Öffentlichkeit mieden.

24

Paulinerverein/ Mitteldeutscher Rundfunk/ Bild-Zeitung Leipzig/ Verlag Kunst und Touristik Leipzig (Hrsg.): ***Universitätskirche Leipzig. Ein Streitfall?*** Inklusive einer CD: ***"Bleibet hier und wachet..."***. Die Universitätskirche zu Leipzig 1240 - 1968. Eine Dokumentation. Hrsg. vom Mitteldeutschen Rundfunk MDR. Verlag Kunst und Touristik, Leipzig 1992. 168 S.

Die Herausgeber gehören zu den Befürwortern des Wiederaufbaus der 1968 gesprengten Leipziger Universitätskirche. In verschiedenen Beiträgen werden Erinnerungen an die seinerzeitigen Vorgänge festgehalten und Aktivitäten zu der Kirche seit 1990 dargestellt.

25

Pilvousek, Josef (Hg.): ***Kirchliches Leben im totalitären Staat. Seelsorge in der SBZ/DDR 1945 - 1976. Quellentexte aus den Ordinariaten.*** Verlagsgesellschaft Benno-Bernward-Morus, Hildesheim 1994. 577 S.

Im hiesigen Kontext interessieren drei in dem Band abgedruckte Dokumente zur (1968 gesprengten) Leipziger Universitätskirche: Ein Einspruch des Dresden-Meißner Bischofs Otto Spülbeck vom 7.11.1960 gegen den geplanten Abriß, eine Eingabe desselben vom 29.5.1968 für den Erhalt der Kirche und eine Vermeldung in allen katholischen Kirchen Leipzigs zu Pfingsten 1968 zur erfolgten Sprengung der Kirche.

26

***Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation*** (Heft Januar 1992 der Zs. *U-TOPIE kreativ*). Berlin 1992. 189 S.

Die wesentlichen Dokumente (Kündigungsschreiben, öffentliche Erklärungen der Verfahrensbeteiligten, Dokumentation einer Podiumsdiskussion usw.) zu den Vorgängen um die fristlose Kündigung des Humboldt-Rektors Fink wegen des Vorwurfs einer informellen Mitarbeit beim MfS

sind neben zahlreichen Solidaritätsschreiben an H. Fink in diesem Heft zusammengestellt. Größtenteils im Faksimile.

27

Pollack, Detlef: *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln 1994, 515 S.

Der Autor behandelt in eigenständigen Unterkapiteln "Die marxistisch-leninistische Religionsauffassung in den sechziger Jahren", "Theologische Entwicklungen in den sechziger Jahren", "Das theologische Selbstverständnis des Bundes" der Evangelischen Kirchen, "Die marxistisch-leninistische Religionsauffassung in den siebziger und achtziger Jahren" und "Theologie zwischen Ernüchterung und Anspruch" in den 70er/80er Jahren in der DDR.

28

Rendtorff, Trutz (Hg.): *Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR: Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien. Vorträge und Diskussionen eines Kolloquiums in München, 26. - 28.3.1992* (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen Bd. 20). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1993. 357 S.

U.a. mit folgenden in unserem Kontext interessierenden Beiträgen: "'Wir mußten alle Kompromisse schließen.' Integrationsprobleme theologischer Fakultäten an staatlichen Universitäten der DDR" (Bernd Hildebrandt), "Dietrich Bonhoeffer als Theologe der DDR. Ein kritischer Rückblick" (Wolf Krötke), desweiteren zwei Beiträgen zu aktuellen Problemen der kirchlichen Zeitgeschichtsschreibung: "Zwischen Zeitgenossenschaft und Archiven - Methodologische und methodische Probleme der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung. Eine Standortskizze" (Gerhard Besier), "Die Evangelischen Kirchen in der DDR als Aufgabe der kirchlichen Zeitgeschichtsschreibung" (Kurt Nowak).

29

Rosner, Clemens (Hg.): *Die Universitätskirche zu Leipzig. Dokumente einer Zerstörung*. Forum Verlag, Leipzig 1992. 112 S.

Der Band rekonstruiert die Ereignisse um die Sprengung der Universitätskirche 1968 von 1960 an. Ein Anhang enthält zahlreiche Zeitdokumente.

30

Schmutzler, Georg-Siegfried: *Gegen den Strom. Erlebtes aus Leipzig unter Hitler und der Stasi. "... es war tatsächlich möglich..."*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1992. 232 S.

Schmutzler war von 1954 bis 1957 Leipziger Studentenfarrer und von 1957 bis 1961 wegen "Boykotthetze" inhaftiert. Er legt mit diesem Band seine Lebenserinnerungen vor.

31

Schnelle, Udo (Hg.): *Reformation und Neuzeit. 300 Jahre Theologie in Halle*. Verlag de Gruyter, Berlin/New York 1994. 450 + VIII S.

Der Band, Beitrag der Theologischen Fakultät zum Jubiläum der Hallenser-Wittenberger Universität, trägt zu unserem Thema nicht viel bei außer die Erkenntnis, daß die Geschichte der hallesischen Theologie in ihrem letzten Sechstel, also seit 1945, offenkundig nicht so interesseheischend ist. Abgesehen von einem Artikel (Karl-Wilhelm Niebuhr: Der Neutestamentler Gerhard Delling [1905-1986] als Erforscher des Frühjudentums), widmen sich die 17 anderen Beiträge des

Bandes der Erörterung weiter zurückliegender halescher Theologiegeschichte bzw. fachlichen Problemstellungen ohne expliziten Bezug auf Halle.

32

Schröder, Richard: *Denken im Zwielficht. Vorträge und Aufsätze aus der Alten DDR*. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1990. 219 S.

Der Band dokumentiert (teils zuvor unveröffentlichte) Texte, die der am Ostberliner Sprachkonvikt tätig gewesene Philosoph in der DDR verfaßt hatte. Bei der Bestimmung des Entstehungskontextes bezieht sich Schröder im Vorwort insonderheit auf den "Theologisch-Philosophischen Studienkreis" beim Bund der Evangelischen Kirchen. U.a. mit einem Beitrag zu "Religion und Gesellschaft. Über einige Versuche, der Kirche in der sozialistischen Gesellschaft der DDR durch Religionssoziologie aufzuhelfen" (Mai 1989) und den Antworten auf eine Umfrage der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* vom Januar 1990: "Welchen Platz kann die Philosophie künftig in unserem Lande beanspruchen, und vor welchen Aufgaben steht sie?"

33

Schulze, Rudolf: *Nach der Wende. Wandlungen in Kirche und Gesellschaft. Texte aus der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirche in der DDR*. Wichern-Verlag, Berlin 1990. 117 S.

Die Theologische Studienabteilung war "in der Krisenzeit der 'Kirche im Sozialismus' als eine Institution gegründet worden, die der Orientierung der evangelischen Kirchen dienen soll." (Vorwort) Sie war gleichsam ein kleines nichtstaatliches Soziologie-Institut. Der Band dokumentiert ihre Arbeitsergebnisse in auf die aktuelle Situation nach dem Herbst '89 fokussierten Studien.

34

Sedler, Karin/ Schumann, Frank/ Schurich, Frank-Rainer: *Glaubenskrieg. Kirche im Sozialismus. Zeugnisse und Zeugen eines Kulturkampfes*. edition ost, Berlin 1995. 320 S.

Der Band enthält, neben anderen, ein Gespräch mit dem Direktor der Evangelischen Haupt-Bibelgesellschaft zu Berlin, Ekkehard Runge, über die Arbeit seines Verlages in der DDR (S. 99-109) und in einem 170seitigen Dokumentenanhang u.a. zwölf Zeitzeugnisse zu den Evangelischen Studentengemeinden (ausschließlich aus den fünfziger Jahren) aus offenbar vornehmlich Staats- und Parteiakten (ohne Quellennachweise): Berichte der FDJ-Leitungen verschiedener Hochschulen über die Tätigkeit der ESGn, Briefe an Zeitungen und Staatsorgane, einen "Bericht einer Brigade des ZK der SED über die Tätigkeit der ESG" u. dgl.

35

Stengel, Friedemann: *Die DDR-Situation im Blickfeld universitätstheologischer Stellungnahmen in den siebziger Jahren*. Diplomarbeit. Theologische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle/S. 1992. 70 S.

Die Theologie an den DDR-Universitäten habe Theologie im Sozialismus sein müssen, stellt der Autor fest, um sich im weiteren folgenden Frage zu widmen: "Gab es eine spezifische DDR-Theologie? Wie hat sich ihre Sprache angehört? Wie hat sich Theologie vereinnahmen, vielleicht mißbrauchen lassen, und wo ist sie Theologie geblieben, die *trotz* aller gesellschaftlichen Umstände, Umbrüche und Stagnationen sich immer wieder auf ihre Wurzel rückbesinnen konnte?"

36

Straube, Peter-Paul: *Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR als Ort eines außeruniversitären Studium Generale 1945 - 1989* (Erfurter theologische Studien Bd. 70). St. Benno-Verlag, Leipzig 1996. 397 S.



Die Arbeit, 1994 als Dissertation vom FB Pädagogik der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg angenommen, geht davon aus, daß die katholischen Studentengemeinden in der DDR "einen - sowohl an den... Hochschulen wie in der Gesellschaft insgesamt bewußt und zielgerichtet vor-enthaltenen - Raum der Freiheit und des Geborgenseins, in dem der Einzelne als Person gefragt war" geboten hätten. Neben dem Gemeinschaftsleben habe insbesondere philosophische, historische und kulturelle Bildung im Mittelpunkt ihrer Arbeit gestanden - unabhängig vom ansonsten üblichen ideologisch normierten Rahmen. Die Untersuchung widmet sich den universitären, gesellschaftlichen und kirchlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Studentengemeinden in der Zeit von 1945 bis 1989 sowie deren Auswirkungen auf die inhaltliche und organisatorische Entwicklung der Bildungsarbeit in den Studentengemeinden. Ein umfangreicher Dokumentenanhang ergänzt die Darstellung.

37

Theologische Fakultät der Universität Leipzig (Hg.): *Semestermittelungen*. Leipzig 1993ff.

Seit Mai 1993 semesterweise erscheinendes Periodikum, das die aktuellen Entwicklungen der Fakultät incl. ihrer Ergebnisse in Forschung und Lehre dokumentiert.

38

Theologische Hochschule Friedensau, der Rektor (Hg.): *Theologische Hochschule Friedensau. Bericht des Rektors 1990 - 1994*. Friedensau 1995.

Darstellung der ersten Phase der Hochschulentwicklung nach der offiziell erfolgten staatlichen Anerkennung.

39

Theologische Hochschule Friedensau, der Rektor (Hg.): *Theologische Hochschule Friedensau. Bericht des Rektors Oktober 1994 - September 1995*. Friedensau o.J. (1996), 24 S.

Darstellungen der Entwicklung, Projekte und Veröffentlichungen der Fachbereiche Theologie und Christliches Sozialwesen sowie der Institute für Kirchenmusik und für Sprachen im Berichtszeitraum. Im weiteren auch der Bericht der Bibliothek und des Kanzlers.

40

Vogler, Werner (Hg.): *Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig*. Hrsg. in Verb. m. Hans Seidel und Ulrich Kühn. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1993. 148 S.

Rückblick auf die 1992 mit der theologischen Fakultät der Leipziger Universität vereinigte Kirchliche Hochschule (bis 1990: Theologisches Seminar). Sie wurde 1964 aus dem Missionsseminars zu Leipzig gebildet und sollte einen Freiraum schaffen, in dem die theologische Ausbildung nicht dem Zugriff des Staates ausgeliefert war. Das Seminar war die größte kirchliche (= nicht staatlich anerkannte) Hochschule. Es bildete insbesondere auch Nichtabiturienten zu Pfarrern aus. Der erste Abschnitt ist der Geschichte gewidmet (1879-1964: W. Vogler, 1964-1970: K. Blaschke, 1970-1988: C. M. Haufe, 1988-1992: U. Kühn). Das durchaus eigentümliche akademische Leben beleuchtet der zweite Teil (vortheologische Ausbildung: E. Fischer, theologisches Studium: J. Ziemer, Studentenschaft: E. Koch, Lehre und Forschung: H. Seidel, Leitung und Mitbestimmung: Ch. Kähler, kirchliche und ökumenische Bezüge: R. Stahl). Die sich aus der unsicheren Situation ergebenden Spannungen machten provisorische und verwickelte, ja illegale Regelungen erforderlich. Der letzte Teil enthält die in allen staatlichen amtlichen Statistiken fehlenden Zahlen (sie fehlen also auch in allen späteren daraufbauenden Studien) nicht nur der Studenten, sondern auch der Lehrkräfte und anderen Mitarbeiter.

41

Vollnhals, Clemens (Hg.): *Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz*. Christoph Links Verlag, Berlin 1996. (Im Druck)

Der Band faßt die Beiträge einer Tagung der Abt. Bildung und Forschung bei der Gauck-Behörde zusammen. Drei davon interessieren im hiesigen Kontext: "'Politische Reifeprozesse'. Zum Engagement des MfS an den theologischen Fakultäten bzw. Sektionen" (Gerhard Besier); "Feindobjekt: Evangelische Studentengemeinde" (Axel Noack); "Zur Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht durch das MfS" (Ehrhardt Neubert).

42

*Vom Menschen. Die letzte Ringvorlesung der Kirchlichen Hochschule Naumburg mit einem Rückblick auf ihre Geschichte 1949 - 1993*. Naumburger Verlagsanstalt, Naumburg 1993. 152 S.

Mit dem Ende des Sommersemesters 1993 mußte die Kirchliche Hochschule Naumburg (vormals Katechetisches Oberseminar) ihre Arbeit einstellen. Aus diesem Anlaß wurden die Beiträge der letzten Ringvorlesung, gehalten im Wintersemester 1991/92, publiziert. Martin Onnasch ergänzt dies um einen geschichtlichen Rückblick auf die Hochschulgeschichte. In den Anlagen des Bandes werden auszugsweise drei Beschlüsse der provinzsächsischen Kirchenleitung dokumentiert: zur Gründung des Katechetischen Seminars in Wittenberg 1949, zur Verlegung des Katechetischen Oberseminars nach Naumburg 1950 und zur Auflösung der Kirchlichen Hochschule 1993; desweiteren werden Übersichten der Rektoren, der hauptamtlichen Dozenten/Professoren und der Gastdozenten/nebenamtlichen Dozenten/Lehrbeauftragten geliefert.

43

Wartenberg, Günther (Hg.): *Herbergen der Christenheit. Jahrbuch für deutsche Kirchengeschichte Band 18 (1993/94)*. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1994. 176 S.

Drei Beiträge des Bandes interessieren im hiesigen Kontext: "Die 'Herbergen der Christenheit' während und nach der DDR" (Helmar Junghans), "Das Zensurverfahren bei der Festschrift zur Tausendjahrfeier des Bistums Meißen 1968" (Siegfried Bräuer) und "Veröffentlichungen zur Vernichtung der Leipziger Universitätskirche St. Pauli 1968. Literaturbericht" (Christian Winter).

44

Winter, Christian: *Die Auseinandersetzung um die Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig. Vorgeschichte und Umstände der Zerstörung*. Theol. Dissertation. Leipzig 1994.

## II. Aufsätze

1

Aehnlich, Kathrin: *Die Kirche starb stolz. Mitglieder der Propsteigemeinde erinnern sich*. In: Paulinerverein et al. (Hg.), *Universitätskirche Leipzig. Ein Streitfall?*, Leipzig 1992, S. 133-142.

Schriftliche Wiedergabe eines Rundfunk-Features, produziert und gesendet vom Mitteldeutschen Rundfunk.

2

Bayer, Jens: *Freiräume für Minderheiten. Portrait der Evangelischen Studentengemeinde in der DDR*. In: *Kirche im Sozialismus* 1/1990, S. 31-34.

Der Beitrag befriedigt aktuelle Informationsbedürfnisse im Westen zu den Existenzweisen der ESG in der DDR. Daneben beschreibt er sich abzeichnende und zu erwartende Änderungen, die sich aus veränderten Handlungsbedingungen ergeben (könnten).

3

Beintker, Michael: *Der gesellschaftliche Neuaufbau in den östlichen Bundesländern. Herausforderungen an die Theologie*. In: *Theologische Literaturzeitung* 4/1991, 241-254.

Der Autor reflektiert vier zentrale Problemfelder, die dadurch Herausforderungen für die Theologie würden, daß sie es für die Kirchen bereits sind: das Säkularisierungsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland, das Öffentlichkeits- und Organisationsgefälle der Kirchen, die Frage nach einer gerechten Wirtschaftsordnung im Anschluß an die Implosion des Realsozialismus, schließlich die Aufgabe einer selbst-/kritischen Bearbeitung der DDR-Vergangenheit in Gesellschaft, Kirche und Theologie.

4

Berg, Thomas: *Theologiestudium und Studienreform*. In: *Zeichen der Zeit* 1/1990, S. 25-28.

Kritische Betrachtung der aktuellen Studiengestaltung an ostdeutschen Theologie-Sektionen aus studentischer Sicht. Vermutlich vor dem 89er Herbstumbruch verfaßt, da auf diesen keine Bezugnahme.

5

Besier, Gerhard: *Staatssicherheit in Kirche und Theologie*. In: *Kirchliche Zeitgeschichte* 1/1991, S. 293-312.

Dokumentation dreier Planungspapiere des MfS (eines der Bezirksverwaltungen Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig, zweier der BV Leipzig). Wesentliche Aufklärungs- und Aktivitätsgegenstände in diesen sind die Sektion Theologie der Karl-Marx-Universität Leipzig und die ESG Leipzig.

6

Ders.: *Replik [auf die Gegendarstellung des Rates der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig, KZG 1/1992, zu G. Besier: Staatssicherheit in Kirche und Theologie, KZG 1/1991]*. In: *Kirchliche Zeitgeschichte* 1/1992, S. 115-120.

Der Autor nutzt seinen Vorteil, Herausgeber der KZG zu sein und folglich Kritik (in diesem Falle die voranstehend abgedruckte zweiseitige Gegendarstellung der Leipziger Theologischen Fakultät auf einen im vorletzten Heft abgedruckten Artikel) unmittelbar sechsseitig beantworten zu können. Er untermauert mit zahlreichen Aktenverweisen seine These: "Die Leipziger Sektion Theologie wurde - in der Wahrnehmung des Staates - mittels langfristiger Kaderperspektivpläne in ihrem personellen Bestand... wie in Bezug auf die Besetzung der Funktionsstellen 'zentral' gesteuert", und folgert: "Sollte sich diese Basisstruktur im wesentlichen als zutreffend erweisen, dürfte nach der 'Wende' eine 'Erneuerung von innen' eher als schwierig erscheinen...".

7

Ders.: *Die kaderpolitische Entwicklung an den theologischen Fakultäten (1952 - 1963)*. In: ders., *Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*, C. Bertelsmann, München 1993, S. 381 - 418.

Auf Aktenauswertungen beruhende Darstellung der Entwicklung der sechs theologischen Fakultäten in der DDR im genannten Zeitraum. Am Anfang hätten die Fakultäten noch "das Bild eines

Reservoirs bürgerlicher Denkformen" geboten. Mitte der sechziger Jahre habe es dann starke Brückenköpfe sog. progressiver Theologen gegeben, die indessen, zum Ärger des Staates, nicht von einer gemeinsamen Basis aus operiert hätten.

8

Ders.: *Protestantische Kaderbildung - Zur Geschichte der Theologischen Sektionen (1969 - 1989)*. In: ders., Der SED-Staat und die Kirche 1969 - 1990. Die Vision vom "Dritten Weg", Propyläen, Berlin/Frankfurt a.M. 1995, S. 548-589.

Im einzelnen geht es um die "Rolle des MfS bei der Kaderentwicklung an den theologischen Fakultäten der DDR", die "dritte Hochschulreform, die Bildung von Sektionen und die konzeptionellen Bedingungen von Lehre und Forschung", "Einflußnahme auf die theologische Forschung", die "Entwicklung der theologischen Sektionen in den 70er und 80er Jahren aus der Sicht des Staates", "Unruhe unter den Theologiestudierenden in den 70er und 80er Jahren", zwei Einzelbeispiele: Halle und Greifswald sowie um die "Einflußnahme durch Ost-West-Wissenschaftskontakte". Die Untersuchung verarbeitet umfangreiches Aktenmaterial, wobei gelegentlich dessen Einordnung in die reale Lebenswirklichkeit nicht im Vordergrund der Darstellung steht.

9

Ders.: *Theologische Universitätslehrer als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS: Einige ausgewählte Fälle*. In: Deutscher Bundestag (Hg.), Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Materialien. Bd. VI "Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur", Suhrkamp Verlag/ Nomos Verlagsgesellschaft, Frankfurt a.M./Baden-Baden 1995. S. 540-544.

In aller Kürze schildert der Autor einige Personalbeispiele.

10

Ders.: *'Politische Reifeprozesse'. Zum Engagement des MfS an den theologischen Fakultäten bzw. Sektionen*. In: C. Vollnhals (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1996. (Im Druck)

11

Beyer, Michael: *Vergangenheitsbewältigung zu wessen Bedingungen? Gerhard Besier und die Leipziger Theologische Fakultät*. In: *Zeichen der Zeit* 3/93, S. 100 -109.

Die Kontroverse zwischen Besier und der Leipziger Theologischen Fakultät in der Zeitschrift *Kirchliche Zeitgeschichte* H. 1/91 und 1/92 fortsetzend, unternimmt der Autor, Leipziger Kirchenhistoriker, eine quellen- und stilkritische Auseinandersetzung mit den einzelnen Punkten der Besierschen Argumentation. Er kommt zu gegenteiligen politischen Einordnungen und Bewertungen der verwendeten Aktenfunde und merkt an: "Wer sich mit Akten wappnet und sie öffentlich wie Keulen benutzt, wird außer dem Unmut, den er erzeugt, eher Mäuler verschließen als öffnen."

12

Blaschke, Karlheinz: *Die Anfangsjahre des Theologischen Seminars (1964-1970)*. In: W. Vogler (Hg.), Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig, Leipzig 1993, S. 21-32.

Geschichtliche Darstellung der inneren Konsolidierung des Leipziger Seminars als kirchlicher Hochschule und zu bewältigender Konflikte mit dem Staat.

13

Blauert, Heinz: *Kirchliche Publizistik in der DDR: "Die Zeichen der Zeit"*. In: *hochschule ost* 4/1995, S. 20-25.  
Im vorliegenden Band.

14

Blühm, R.: *Überlegungen zum Theologiestudium auf dem Hintergrund der theologischen Ausbildung in der ehemaligen DDR*. In: *Theologische Beiträge* 21/1990, S. 285ff.

15

Bräuer, Siegfried: *Das Zensurverfahren bei der Festschrift zur Tausendjahrfeier des Bistums Meißen 1968*. In: *Herbergen der Christenheit* Bd. 18 (1993/94), S. 131-146.  
Für die im Titel genannte Festschrift war eine von den staatlichen Stellen bereits erteilte Satzgenehmigung wieder zurückgezogen worden, was "auch in den konfliktreichen sechziger Jahren ein ungewöhnlicher Vorgang" gewesen sei. Der Band konnte dann in einer veränderten Fassung erst 1973 erscheinen. Der Beitrag erhellt an diesem Beispiel, gestützt auf die einschlägigen Akten, exemplarisch die Zensurmechanismen, insbesondere deren Abhängigkeit von jeweiligen politischen Situationen und das Zusammenwirken der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Kulturministerium, des Staatssekretariats für Kirchenfragen und der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED. Im Anhang sind einige Dokumente aus dem Vorgang abgedruckt.

16

Ders.: *"In der DDR gibt es keine Zensur!" Das Druckgenehmigungsverfahren für die Titel der Evangelischen Verlagsanstalt bis 1989*. In: *Zeichen der Zeit* 6/1994, S. 222-226.  
Mit Beispielen illustrierte Darstellung der Druckgenehmigungs- resp. Zensurpraxis.

17

Ders.: *"... daß die Zeitschrift eine positivere Tendenz erhält" Der Herausgeberwechsel bei der Theologischen Literaturzeitung 1958 - 1960. Gründe und Hintergründe*. In: *Theologische Literaturzeitung* 7-8/1994, S. 577-600.  
Gründlich quellengestützte und ausführlich den Kontext einbeziehende Darstellung des sich über zwei Jahre hinziehenden (erzwungenen) ThLZ-Herausgeberwechsels von Kurt Aland zu - ein Kompromiß zwischen Verlag und Staat - Ernst Sommerlath.

18

Bund der Ev. Kirchen, Prüfungsamt für theologisch-wissenschaftliche Qualifikationen, der Vorsitzende, Dr. Friedrich Winter: *Mitteilung [über theologische Qualifikationen am Kirchlichen Oberseminar Naumburg, Sprachenkonvikt Berlin und Theologischen Seminar zwischen 1967 und 1990]*. In: *Theologische Literaturzeitung* 10/1991, 797-798.  
Nach einer innerkirchlichen Ordnung waren an den drei kirchlichen Hochschulen in der DDR promotions- und habilitationsgleiche Verfahren durchgeführt worden, ohne daß diese staatliche Anerkennung erlangt haben. Durch eine Regelung des letzten DDR-Bildungsministers vom 1.9.1990 konnte den Qualifizierten nachträglich der Titel Dr. theol. bzw. Dr. theol.habil. verliehen werden. Die Mitteilung listet die davon Betroffenen mit den Titeln ihrer Qualifizierungsschriften auf.

19

Cunow, Dietlinde: *Begegnungstagungen des Theologinnenkonvents in Berlin (Ost) 1965 - 1990*. In: *Deutsches Pfarrerberblatt* 1/1991, S. 18-20.

Schilderung der Tagungen des Konvents insbesondere unter dem Aspekt des beständigen Versuchs des Erhalts eines Zusammenhangs zwischen dem seit 1965 und bis 1990 getrennten gesamtdeutschen Konvent. Mit einer Auflistung der Themen der jährlichen Begegnungstagungen in Ost-Berlin.

20

Czok, Karl: *Stationen der Zerstörung. Auf dem Weg der Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1945 bis 1968*. In: Paulinerverein et al. (Hg.), *Universitätskirche Leipzig. Ein Streitfall?*, Leipzig 1992, S. 143-147.

Schriftliche Wiedergabe eines Rundfunk-Features, produziert und gesendet vom Mitteldeutschen Rundfunk.

21

Demke, Christoph/ Falkenau, Manfred/ Zeddies, Helmut (Hg.): *Theologische Gespräche mit anderen Kirchen*. In: *Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR*, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1994, S. 434-454.

Zur innerhalb des BEK geleisteten theologischen Arbeit gehörte auch das theologische Gespräch mit anderen Kirchen. Der Band dokumentiert solche mit der Russischen Orthodoxen Kirche, der Evangelisch-methodistischen Kirche und der Kirche von England in - jeweils kurz eingeleiteten - offiziellen Briefen, Gemeinsamen Erklärungen und dgl.

22

*Dokumente zum IMB "Fritz". Dr. Hans-Georg Fritzsche, Theologieprof. in Leipzig. Seit 1960 IM-Tätigkeit bis zur Wende - zuletzt unter Führungsoffizier Kullik HA XX/4*. In: Tina Krone/ Reinhart Schult (Hg.), "Seid untermant der Obrigkeit". Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4, Berlin 1992, S. 179-184.

Faksimilierte Dokumentation dreier Treffberichte von MfS-Mitarbeitern über Gespräche mit Fritzsche vom 8.6.1956, 11.2.1957 und 19.4.1962.

23

Engelmann, Angelika: *Feministische Theologie in der DDR*. In: *hochschule ost* 1/1996, S. 63-70.

Im vorliegenden Band.

24

ESG-West & ESG-Ost: *Vorläufiges Beschlußprotokoll der 27. ordentlichen Delegiertenkonferenz in Biedenkopf; Vorläufiges Beschlußprotokoll der Konstituierenden Versammlung in Biedenkopf; Vorläufiges Beschlußprotokoll der 1. ordentlichen Delegiertenversammlung in Biedenkopf*. In: *ansätze* 1/1993, S. 37-58.

Im Oktober 1992 hatten sich in Biedenkopf ESG-Ost und ESG-West vereinigt.

25

Evangelische Studentengemeinden der DDR: *Erklärung (Auszüge)*. In: *Junge Kirche* 11/1989, S. 663.

Erklärung zur innenpolitischen Lage. Als Quelle wird die *Neue Zeit* vom 4.11.(1989) angegeben.

26

Evangelische Studentengemeinden in der BRD (Ost): ***Erklärung zum Hochschulstreit im Dezember '90/Januar '91 in den neuen Bundesländern.*** In: *Das Hochschulwesen* 2/1991, S. 70.

Im Dezember 1991 waren zahlreiche geistes- und sozialwissenschaftliche Hochschulinstitute aufgelöst worden (meist mit der Option einer anschließenden Neugründung verbunden). Daraufhin kam es zu weiträumigen studentischen Protesten, die sich mit einer tiefgehenden Polarisierung innerhalb der Hochschulen und der Studentenschaft verbanden. Die ESG (Ost) begrüßt in ihrer Stellungnahme die getroffenen Abwicklungsentscheidungen und verknüpft dies mit der Formulierung einiger Bedingungen, die nach ihrer Ansicht notwendig sind, um dem Vorgang Effizienz und Legitimität zu verschaffen.

27

Feiereis, Konrad: ***Wahrheit - Wissenschaft - Fortschritt. Philosophie in der DDR, betrachtet aus christlicher Sicht.*** In: W. Ernst/K. Feiereis/S. Hübner/C.-P. März (Hg.), *Theologisches Jahrbuch 1991*, Leipzig 1992, S. 220-244.

Der Beitrag war bereits Bestandteil des zur Druckgenehmigung eingereichten Manuskripts für das *Theologische Jahrbuch 1988*, durfte aber nicht gedruckt werden, wenngleich "mit einer Begründung, die schon Hoffnungen wecken konnte: Die Zensoren... stimmten dem Verfasser in allen Punkten zu. Aber sie hielten eine Veröffentlichung für verfrüht, da zu befürchten sei, daß dies die Position der Andersdenkenden in den eigenen Reihe stärke." (P. Kokschal)

28

Ders.: ***Wie konnte es geschehen? Die Fragen nach den geistigen Ursachen.*** In: K. Löffler, *Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig*, Leipzig 1993, S. 218-225.

Der Autor ergründet das politische und geistige Klima, in dem die Entscheidung der Leipziger Universitätskirchen-Sprengung getroffen wurde.

29

Ders.: ***Katholische Theologie in der DDR - Chance, Grenze, Selbstverständnis.*** In: *hochschule ost* 4/1995, S. 46-56.

Im vorliegenden Band.

30

Fink, Heinrich: ***Heinrich Fink, Theologe.*** In: G. Herzberg/ K. Meier, *Karrieremuster. Wissenschaftlerporträts*, Aufbau Taschenbuchverlag, Berlin 1992. S. 40-73.

Das Porträt beruht auf Gesprächen, die die Autoren des Bandes im Oktober 1991 und Januar 1992 mit dem damaligen und soeben fristlos gekündigten Rektor der Humboldt-Universität geführt hatten. Fink äußert sich zu seiner Karriere als Theologe und Sektionsdirektor in der DDR, reflektiert sein politisches Engagement in der CFK, den '89er Herbstumbruch und die fortfolgenden Entwicklungen, schließlich die Inhalte, Techniken und Ausblendungen der DDR-Vergangenheitsaufarbeitung.

31

Fischer, Eberhard: ***Die vorth theologische Ausbildung [am Theologischen Seminar Leipzig].*** In: W. Vogler (Hg.), *Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leip-*

zig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig, Leipzig 1993, S. 54-56.

Gedrängte Darstellung der sog. humanistischen Semester, die am Beginn des Studiums am Theologischen Seminar standen, um geisteswissenschaftliche Grundlagen für das Theologiestudium zu vermitteln, die in den Schulen nur ausnahmsweise erworben werden konnten.

32

Frie, Ewald: *Neuerscheinungen zum Thema Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR im Jahre 1993. Ein Literaturbericht: 5. Theologie.* In: G. Kaiser (Hg.), Bibliographie zum Arbeitskreis Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR. Berichtszeitraum 1993, Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf o.J. (1994). S. 25-31.

Referierung und Kommentierung wichtiger Publikationen des Jahres 1993 unter der Leitfrage "Gab es eine DDR-Theologie?"

33

Friebel, Thomas: *Anstöße von Theologen, die sich als Linke verstanden.* In: ders., Kirche und politische Verantwortung in der sowjetischen Zone und der DDR 1945 - 1969. Eine Untersuchung zum Öffentlichkeitsauftrag der evangelischen Kirchen in Deutschland, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1992, S. 227-238.

In dem Kapitel der 1981 begonnenen, 1987 abgeschlossenen und 1989/90 in Marburg angenommenen Dissertation - die der Frage "Haben die Kirchen etwas zur politisch-gesellschaftlichen Entwicklung zu sagen und wenn ja, was und innerhalb welcher Grenzen?" anhand der spezifischen DDR-Situation nachgeht - werden insbesondere die Positionen von Hanfried Müller, Emil Fuchs und Walter Feurich referiert und diskutiert.

34

Ders.: *'Nicht die Bekämpfung des Kommunismus, sondern der Aufbau des Leibes Christi...'* Zur Pastoraltheologie des Erfurter Bischofs Hugo Aufderbeck (1909 - 1981). In: W. Ernst/ K. Feiereis (Hg.), Denkender Glaube in Geschichte und Gegenwart, Leipzig 1992, S. 117-129.

Aufderbeck, zunächst Leiter des Seelsorgeamtes in Magdeburg, ab 1962 Weihbischof in Erfurt, beteiligte sich lebhaft mit eigenständigen Beiträgen an der pastoraltheologischen Diskussion. Ein zuvor unveröffentlichter Aufriß der Pastoraltheologie, entworfen im Bezug auf die Inhalte der Priesteramtskandidaten-Ausbildung im Pastorseminar, wird hier dokumentiert und kommentiert, nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Aufderbeckschen Position, christliche Verkündigung in einem atheistisch geprägten Lande bedeutete auch eine besondere Chance.

35

Fritzsche, Helmut: *Memorandum zur Errichtung eines Instituts für Philosophie an der Rostocker Universität.* In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 4/1990, S. 383-385.

Im Auftrag der Rostocker Theologischen Fakultät erarbeitet und am 21.11.1989 als gemeinsame Meinungsäußerung von Lehrkörper und Studierenden bestätigt. Die Notwendigkeit der Errichtung eines (bis dahin nicht vorhandenen) eigenständigen Philosophie-Instituts wird mit "unsere(r) um der gesellschaftlichen Erneuerung willen nötige(n) Teilnahme am universalen Diskurs der Moderne" begründet, wobei sich in diesem Zusammenhang die DDR-Philosophie sehr kritisch gewürdigt findet.

36

376



Füller, Christian: *Der Fink-Prozeß und der Rechtsstaat. Für billige Polemik taugt der Prozeß um Finks Entlassung nicht. Kein Glanzstück für den Rechtsstaat.* In: *hochschule ost* 4/1993, S. 63-70.

Im vorliegenden Band.

37

Graf, Friedrich Wilhelm: *Traditionsbewahrung in der sozialistischen Provinz. Zur Kontinuität antikapitalistischer Leitvorstellungen im neueren deutschen Protestantismus.* In: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 3/1992, S. 175-191.

Gekürzte Fassung des folgenden Titels.

38

Ders.: *Traditionsbewahrung in der sozialistischen Provinz. Erste Überlegungen zur Deutung der "Kirche im Sozialismus".* In: T. Rendtorff (Hg.), *Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR*, Göttingen 1993. S. 253-280.

Der Autor formuliert die These: "es ist vor allem der überkommene kirchenprotestantische Antikapitalismus gewesen, der die Legitimation des DDR-Staates ermöglicht hat", und sucht nach den theologiegeschichtlichen Wurzeln des Arrangements von Evangelischen Kirchen und DDR-Staat.

39

Ders.: *Eine Ordnungsmacht eigener Art. Theologie und Kirchenpolitik im DDR-Protestantismus.* In: H. Kaelble/ J. Kocka/ H. Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Klett-Cotta, Stuttgart 1994. S. 259-321.

Unter anderem kursorisch zu den institutionellen Existenzweisen der Theologie in der DDR, vornehmlich den Fakultäten ("ideologisch weitgehend gleichgeschaltet... im Grad der Anpassung... jedoch erhebliche Unterschiede") sowie zu den theologischen und sonstigen geistigen Quellen der Bereitschaft der kirchlichen Funktionseliten, "den DDR-Staat anzuerkennen und seine Legitimität zu verteidigen".

40

Haendler, Gert: *Die Theologische Fakultät Rostock zwischen Mauerbau 1961 und III. Hochschulkonferenz 1969.* In: Hermann Michael Niemann/ Matthias Augustin/ Werner H. Schmidt (Hg.), *Nachdenken über Israel, Bibel und Theologie. Festschrift Klaus Dietrich Schunck zum 65. Geburtstag (Beiträge zur Erforschung des Alten Testaments und des antiken Judentums Bd. 37)*, Peter Lang Verlag, Frankfurt a.M. 1994, S. 445-456.

41

Haufe, Christof Michael: *Kirchliche Hochschule ohne Titel (1970-1988).* In: W. Vogler (Hg.), *Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig*, Leipzig 1993, S. 33-44.

Geschichtliche Darstellung der Entwicklung des Leipziger Theologischen Seminars im genannten Zeitraum.

42

Heise, Joachim: *Die Ausbildung des theologischen Nachwuchses an staatlichen Universitäten der DDR. Entscheidungen Anfang der 50er Jahre.* In: *hochschule ost* 1/1996, S. 45-54.

Im vorliegenden Band.

43

Heitmann, Steffen/ Knoth, Hans Dietrich: *Die Sonderausbildung der Kirchenjuristen - Ausbildung von Juristen durch die evangelischen Landeskirchen in der DDR*. In: Deutscher Bundestag (Hg.), Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland": Materialien, Bd. IV "Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat", Suhrkamp Verlag/ Nomos Verlagsgesellschaft, Frankfurt a.M./Baden-Baden 1995. S. 533-545.

Geschildert werden der Anlaß für die Installierung einer innerkirchlichen Juristenausbildung, die Schaffung der diesbezüglichen Voraussetzungen und ihre Durchführung (Lehrkörper, Arbeitsbedingungen, Teilnehmer, Fächerprogramm, Prüfungssystem und Referendariat), schließlich der Einsatz der - ca. 40 - auf diese Art qualifizierten Juristen im höheren kirchlichen Verwaltungsdienst.

44

Henkys, Jürgen: *Kontext, Konflikt, Konsens. Zur Deutung und Bewertung praktisch-theologischer Ansätze aus der Zeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR*. In: Jürgen Henkys/Birgit Weyel (Hg.), Einheit und Kontext. Praktisch-theologische Theoriebildung und Lehre im gesellschaftlichen Umfeld. Festschrift für Peter C. Bloth zum 65. Geburtstag, Stephans-Buchhandlung Matthias Mittelstädt, Würzburg 1996, S. 135-154.

45

Hildebrandt, Bernd: *"Wir alle mußten Kompromisse schließen". Integrationsprobleme theologischer Fakultäten an staatlichen Universitäten der DDR*. In: T. Rendtorff (Hg.), Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR, Göttingen 1993, S. 121-136 (+ Diskussion des Beitrags: S. 136-144).

Der Autor schildert, wie aus seiner Sicht als Greifswalder Universitätstheologe "die Integration der theologischen Sektionen in das realsozialistische System nicht zur Vereinnahmung" geworden sei, wobei "viele im Zwielicht stehenbleiben" müsse und "auch im Rückblick kaum noch eindeutig gemacht werden" könne.

46

Hoff, Andreas: *Evangelische Studentengemeinden im Osten Deutschlands. Gestern, heute - und morgen?* In: *hochschule ost* 2/1993, S. 11-17

Im vorliegenden Band.

47

Höllens, Martin: *Auf Umwegen nach Erfurt*. In: ders., Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten, Bd. 1 (1945 bis 1955), Selbstverlag 1994, S. 276-284.

Der Abschnitt dieser Sammlung dokumentiert fünf Papiere aus dem Staats- bzw. Parteiapparat der fünfziger Jahre, die sich mit der Gründung eines Regionalpriesterseminars für die ostdeutschen Jurisdiktionsbezirke - gegründet dann in Erfurt - befassen bzw. deren politischen Kontext illustrieren. Letzteres gilt auch für einen Brief der katholischen Bischöfe an Ministerpräsident Grotewohl.

48

Jenssen, Hans-Hinrich: *Kontext und Einheit im Entstehungsprozeß des Berliner Handbuches für Praktische Theologie. Ein Beitrag zur Vergangenheitsrekonstruktion.* In: Jürgen Henkys/Birgit Weyel (Hg.), Einheit und Kontext. Praktisch-theologische Theoriebildung und Lehre im gesellschaftlichen Umfeld. Festschrift für Peter C. Bloth zum 65. Geburtstag, Stephans-Buchhandlung Matthias Mittelstädt, Würzburg 1996, S. 187-212.

Quellengestützt wie sich aus der Aktenlage ergebende Bilder ergänzend und korrigierend, stellt der Autor - einer der Hg. des Handbuches - die Entstehungs- und Publikationsgeschichte des HPTH(B) dar. Die Korrekturen beziehen sich insonderheit auf Darstellungen von G. Besier.

49

Ders.: *Zwei Pole kontextbezogener Theologie. Zur Korrektur des Mythos von zwei 'Fraktionen' an der ehemals 'roten' Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.* In: *hochschule ost* 4/1996.

Im vorliegenden Band.

50

Junghans, Helmar: *Die "Herbergen der Christenheit" während und nach der DDR.* In: *Herbergen der Christenheit* Bd. 18(1993/94), S. 7-15.

Der Beitrag schildert Vorgeschichte, exemplarische Veröffentlichungsprobleme in der DDR und die Umstellungen seit 1990 des in der DDR einzigen territorialkirchengeschichtlichen Periodikums auf dem Gebiet der ostdeutschen Landeskirchen.

51

Kähler, Christoph: *Kirchliche Hochschulen in der DDR.* In: *hochschule ost* 5/1992, S. 3-9.

Im vorliegenden Band.

52

Ders.: *Leitungs- und Mitbestimmungsformen [am Theologischen Seminar Leipzig].* In: W. Vogler (Hg.), Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig, Leipzig 1993, S. 97-109.

Geschildert werden die "Auseinandersetzungen um die Formen demokratischer Selbstverwaltung zu Zeiten der 'Diktatur des Proletariats'" und ihre jeweiligen Ergebnisse.

53

Ders.: *Wende an den Fakultäten? Zwischenbemerkungen zu Aufgaben, Konflikten und Entwicklungen an den theologischen Fakultäten der ehemaligen DDR.* In: *Evangelische Theologie* 6/1994, S. 551-565.

Der Dekan der mit der Kirchlichen Hochschule fusionierten Leipziger Fakultät zieht eine Zwischenbilanz der Auswirkungen des ostdeutschen Hochschulumbaus und der öffentlichen Debatten um die Rolle der evangelischen Kirche in der DDR auf die theologischen Fakultäten, dabei ausführlich die systemischen und lebensweltlichen Bezüge in der DDR als notwendige Betrachtungs- und Bewertungsfolie referierend.

54

Ders.: *Theologie als wissenschaftlicher Austausch unter den Bedingungen der DDR*. In: *hochschule ost* 4/1995, S. 9-19.

Im vorliegenden Band.

55

Kaiser, Klaus-Dieter: *Die Arbeit der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR*. In: *hochschule ost* 2/1993, S. 5-10.

Im vorliegenden Band.

56

Ders.: *Gemeinsame Verantwortung. Zur Geschichte der Trennung der Evangelischen Studentengemeinden 1967*. In: *hochschule ost* 2/1993, S. 18-25.

Im vorliegenden Band.

57

Kaminski, Anneliese: *Rückblick auf "Die Zeichen der Zeit" - ohne Ausblick?* In: *Zeichen der Zeit* 12/1990, S. 298-301.

Ende 1990 war die Fortexistenz der *Zeichen der Zeit* gefährdet. Die Autorin, Redakteurin der Zeitschrift, nahm dies zum Anlaß eines bilanzierenden Rückblicks auf die 44 Jahre des Erscheinens der *ZdZ*, wobei sowohl sich wandelnde redaktionelle Konzeptionen wie medienpolitische Konfliktpunkte mit der DDR-Staatsmacht reflektiert werden.

58

Kapferer, Norbert: *Neothomismus, Klerikalismus, Religion. Die marxistisch-leninistische Kritik am "Rückfall der bürgerlichen Philosophie in die Theologie"*. In: ders., *Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945 - 1988*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1990, S. 188-205.

Im Zusammenhang seiner philosophiegeschichtlichen Studie verhandelt der Autor in diesem Kapitel die in den endfünfziger und sechziger Jahren in der marxistischen DDR-Philosophie entwickelten Positionen zur westlichen Philosophie und deren Beziehungen zur Religion. Diese Positionen prägten, nicht nur in ihrer Entstehungszeit, dann auch weithin die Forschung und Lehre im Fach Wissenschaftlicher Atheismus an den DDR-Hochschulen. Ebenso waren Vertreter dieser Disziplin an den damaligen Debatten prominent beteiligt, was gleichfalls dargestellt wird.

59

Kistenbrügge, Armin: *Wahrnehmungsfelder der Situation von Kirche und Theologie in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland anhand der Evangelischen Kommentare, der Lutherischen Monatshefte und der Dokumentationen des Evangelischen Pressedienstes. Nachlese und Versuch eines Überblicks*. In: *Verkündigung und Forschung* 2/1993, S. 29-58.

Der Beitrag sortiert und referiert die Publikationen zum Thema, die in den genannten Zeitschriften zwischen Ende 1989 und Ende 1992 erschienen waren.

60

Ders./ Sauter, Gerhard: *Die "Theologischen Versuche" als Spiegel der Theologie in der DDR*. In: *Verkündigung und Forschung* 2/1993, S. 15-29.

Sondiert werden anhand der 1966 bis 1989 in 15 Bänden erschienenen "Theologischen Versuche" Fragen danach, ob es eine für die DDR charakteristische evangelische Theologie gegeben habe;

wenn ja, ob, was sie erarbeitet hat, auch unter erheblich veränderten Umständen fortwirken könne; wo theologische Gesprächspartner zu finden sind. Die "Theologischen Versuche" waren die einzige Reihe theologischer Aufsatzveröffentlichungen in der DDR.

61

Kittel, Hans-Joachim: ***Die Evangelische Predigerschule der Kirchenprovinz Sachsen. Wittenberg 1948 - 1960. Erfurt 1960 - 1993. Eine Dokumentation.*** Erstellt im Auftrag der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. Magdeburg o.J. (1995). 68 S.

Die Predigerschule bildete - zunächst allein für die KPS, dann für den gesamten Bereich der EKV - gemeindepädagogisch akzentuiert Berufserfahrene zu Predigern (seit 1973 auch Predigerinnen) aus, die ab 1978 auch den Pfarrern gleichgestellt waren. Die Broschüre dokumentiert die Schulgeschichte in den Wechselwirkungen von Kirche, Gesellschaft, Ausbildung und gemeinschaftlichem Leben & Lernen. Da seit 1990 der Weg ins akademische Theologiestudium für alle offen sei, bräuchte es nunmehr keinen zweiten Bildungsweg als Zugang für das Pfarramt mehr, entschied schließlich die EKD. Infolgedessen schloß die Schule im Sommer 1993.

62

Ders.: ***Die Ausbildung an der Evangelischen Predigerschule der Kirchenprovinz Sachsen in Wittenberg und Erfurt 1948 - 1993 als Beispiel für den Zugang zum Pfarramt auf dem zweiten Bildungsweg.*** In: *hochschule ost* 3/1996, S. 64-70.

Im vorliegenden Band.

63

Klank, Irene: ***Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin.*** In: *hochschule ost* 4/1995, S. 40-45.

Im vorliegenden Band.

64

Kleineidam, Erich: ***Vorgeschichte, Gründung und Aufbau des Regionalpriesterseminars Erfurt. Eine fragmentarische Chronik.*** In: W. Ernst/K. Feiereis (Hg.), *Denkender Glaube in Geschichte und Gegenwart*, Leipzig 1992, S. 97-116.

Etwas erweiterter Text eines Vortrages zum 25jährigen Bestehen des Erfurter Regionalpriesterseminars am 3.6.1977, der zuvor nicht gedruckt werden durfte.

65

Kleinig, Wolfgang: ***Lehre und Forschung von Religion und Atheismus an der Sektion/Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin (1980 - 1990).*** In: *Berliner Dialog-Hefte* 2/1994, S. 18-30.

Der Autor stellt die in Berlin unter dem - in Abgrenzung vom üblichen "Wissenschaftlicher Atheismus" gewählten - Titel "Lehr- und Forschungsgebiet Theorie und Geschichte der Religion und des wissenschaftlichen Atheismus" stattgefundenen Arbeiten in ihrem gesellschafts- und hochschulpolitischen Kontext dar. Er untersetzt seine These, für die im Titel genannte Zeit an der HUB gelte, daß sich die Lehre und Forschung nicht mehr auf Religionskritik beschränkt habe, mit der Referierung seinerzeitiger Forschungsergebnisse. Im Anhang (unvollständige) Verzeichnisse von Dissertationsthemen, die in diesem Rahmen erarbeitet worden waren, dazu geplanter Dissertationen und von behandelten Semester-Seminarthemen.

66

Klohr, Olof: *Atheismus und Religion in der DDR*. In: G. Heydemann/ L. Kettenacker (Hg.), *Kirchen in der Diktatur*, Göttingen 1993, S. 282-293.

Der Autor, marxistischer DDR-Religionswissenschaftler, gibt einen Aufriß der inhaltlichen Wandlungen bei der wissenschaftlichen Befassung mit Religion und Atheismus in der DDR: vom Wissenschaftlichen Atheismus der 50er Jahre zur Marxistischen Religionswissenschaft der Endachtziger. Am Ende des Artikels auf anderthalb Seiten ein instruktiver Überblick zur Publikationsslage zum Thema.

67

Koch, Ernst: *Studium - Wissenschaft - Pfarrerberuf. Bemerkungen zu einem Scheideweg*. In: *Zeichen der Zeit* 3/1992, S. 92-95.

Dokumentation einer Vorlesung zum Schluß des Sommer- (und zugleich letzten) Semesters 1992 an der Kirchlichen Hochschule Leipzig, in welcher der Verfasser seiner Ansicht nach unerledigt zurückbleibende Fragen im Verhältnis von Studium, Wissenschaft und Pfarrerberuf durch den Abschied der ostdeutschen Kirchen von der unmittelbaren Verantwortung für die Theologieausbildung (infolge Auflösung der Kirchlichen Hochschulen) behandelte.

68

Ders.: *Die Studentenschaft [des Theologischen Seminars Leipzig]*. In: W. Vogler (Hg.), *Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig*, Leipzig 1993, S. 64-79.

Beleuchtet werden die verschiedensten Aspekte des studentischen Lebens am Leipziger Seminar.

69

Kokschal, Peter: *Veröffentlichungen unter staatlicher Zensur*. In: W. Ernst et al. (Hg.), *Theologisches Jahrbuch 1991*. Leipzig 1992, S. 16-22.

Das seit 1958 bei St. Benno in Leipzig erscheinende *Theologische Jahrbuch* konnte 1991 erstmal frei von Zensureingriffen erscheinen. Die Herausgeber nahmen dies zum Anlaß, die Veröffentlichung von in den Jahren 1973 bis 1988 staatlicherseits abgelehnten Beiträgen nachzuholen. Kokschal erläutert in seinem Eingangsbeitrag seinerzeitige Ablehnungsgründe und die Mechanismen der Zensur.

70

Kowalczuk, Ilko-Sascha: *Die liebeskranke Organisation. Anmerkungen zur Debatte um Stasi, Fink und Universitäten*. In: *hochschule ost* 2/1992, S. 59-63.

Im vorliegenden Band.

71

Kraft, Dieter: *Rücktritt aus Protest. An die Mitglieder des Akademischen Senats der Humboldt-Universität*. In: *Weißenseer Blätter* 2/1991, S. 31.

Der Autor, Theologe an der Humboldt-Universität, trat am 23.2.1991 aus Protest gegen eine Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts, durch die "fast 1000 Kolleginnen und Kollegen unserer Universität zur 'Abwicklung' freigegeben wurden", als Senatsmitglied der Humboldt-Universität zurück. Die Veröffentlichung dokumentiert diese Mitteilung mit Begründung.

72

Krönig, Waldemar/ Müller, Klaus-Dieter: *Studenten und die Sowjetisierung des Hochschulwesens. Die Studentengemeinden*. In: dies., *Anpassung, Widerstand, Ver-*

folgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945 - 1961, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1994, S. 351-393.

Innerhalb der breit angelegten Untersuchung werden u.a. die (evangelischen) Studentengemeinden in der DDR behandelt: "Neuer Anfang 1945: Studentengemeinden und Kriegsende", "Struktur und Außenansicht der evangelischen Studentengemeinden", "Die Konfrontation beginnt", "Zeit des Kirchenkampfes", "Die lange Zeit latenter Spannungen", "Einzelne evangelische Studentengemeinden: Jena, Halle, Greifswald, Ost-Berlin, Güstrow".

73

Krötke, Wolf: *Theologen im Dom. Die Humboldt-Fakultät nach der Wende*. In: *Evangelische Kommentare* 12/1991, S. 717f.

Gekürzte Fassung des folgenden Artikels.

74

Ders.: *Die Theologische Fakultät im Wandel der Gesellschaft*. In: ders., *Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft*, Tübingen 1994, S. 263-267.

Rede anlässlich des - im Zuge der Fusion von ehem. Sprachenkonvikt und HUB-Fakultät - Einzuges der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität in den Berliner Dom am 1.10.1991.

75

Ders.: *Zur Situation der theologischen Wissenschaft in den neuen Bundesländern*. In: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 3/1992, S. 203-206.

Vortrag vor der Kammer für Theologie der EKD am 15.11.1991 in Hannover. Der Autor diskutiert die aktuelle Umstrukturierung und die Frage, "ob und wie" in diesem Zusammenhang "die Hochschullehrer der alten 'Sektionen Theologie' zu Hochschullehrern im Sinne des Hochschulrahmengesetzes werden können." Kriterium hierfür ist ihm, wieweit die Fakultäten "Stätte unzweifelhafter Wahrheitserkenntnis..." sind. Dies erörtert er unter Darstellung des Grades der Anpassungsbereitschaft, wie es sie an den Sektionen in der DDR gegeben habe.

76

Ders.: *Dietrich Bonhoeffer als Theologe der DDR. Ein kritischer Rückblick*. In: T. Rendtorff (Hg.), *Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR*, Göttingen 1993, S. 295 - 309.

Der Autor, seit der Gründung des Bonhoeffer-Komitees der DDR 1977 Mitglied in dessen Leitung, wägt unter dem bewußt provozierenden Titel die Facetten der Bonhoeffer-Rezeption und -Inanspruchnahme auf theologischer wie (kirchen-)politischer Ebene.

77

Ders.: *Dietrich Bonhoeffer als "Theologe der DDR". Ein kritischer Rückblick*. In: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 2/1993, S. 94-105.

Identischer Text mit ders. in T. Rendtorff (Hg.), *Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR*, Göttingen 1993.

78

Ders.: *Karl Barths Lehre von 'Evangelium und Gesetz' als Einübung der Freiheit der Kirche. Von den Möglichkeiten und Grenzen dieser Einübung unter den Bedin-*

**gungen der DDR.** In: ders., Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft, Tübingen 1994, S. 141-162.

Rezeptionsanalytisch grundierte Studie zu den kontextbezogenen Wirkungen der Barthschen Theologie in der DDR.

79

Ders.: **Profile der Theologie in der DDR.** In: ders., Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft, Tübingen 1994, S. 235-248.

Essayistischer Überblick unter Betonung, daß es sich um "lebendige Profile" handele, die "Widerstand gegen Museumsbesichtigungen, die ihnen etwa unter der Überschrift 'Theologie in der DDR' zudedacht sind", leisteten. 'Theologie in der DDR' dürfe "gerade nicht als Sonderfall von Theologie angesehen" werden, "sondern als ein Bewegten im Gelände, in das Theologie ihrem Wesen nach und nicht aufgrund noch so besonderer Umstände" gehöre: "Wenn nicht klar ist, was Theologie ist, werden ihr ohne Unterlaß 'Profile' von irgendwoher aufgedrückt."

80

Ders.: **Die Funktion der Theologie an der Universität. Zur Auseinandersetzung mit den atheistischen Vorgaben der sich erneuernden Universität in den neuen Bundesländern.** In: *epd-dokumentation* 3/94: "Zwischen Resignation und Aufbruch". Die Wissenschaften im Systemwandel. Frankfurt a.M. 1994. S. 23-30.

Der Autor behandelt in dem Referat die "Theologie im atheistischen Umfeld", begründet die Existenz Theologischer Fakultäten an Universitäten ("Müßte der Staat nicht gerechterweise auch für die Einrichtung einer atheistischen Fakultät sorgen, wenn weit über die Hälfte der Bevölkerung sich als Atheisten verstehen?") und diskutiert die Funktion der Theologie im Kontext der Wissenschaften.

81

Ders.: **Die Funktion der Theologie an der Universität. Zur Auseinandersetzung mit den atheistischen Vorgaben der sich erneuernden Universität in den neuen Bundesländern.** In: ders.: Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft, Tübingen 1994, S. 264-267.

Nachdruck des vorstehend verzeichneten Beitrages.

82

Ders.: **Karl Barths und Dietrich Bonhoeffers Bedeutung für die Theologie in der DDR.** In: *Kirchliche Zeitgeschichte* 2/1994, S. 279 - 299.

Zwar hätten die "lutherischen Kirchen und das meiste, was es an Theologie in der DDR gab", der Tradition theologischen Denkens, für die Barth und Bonhoeffer stehen, "bleibend reserviert" gegenüber gestanden, doch habe es "tatsächlich auch einen *Mißbrauch* der Theologie von Barth und Bonhoeffer gegeben", in der die "*bleibende Überlegenheit* den Herausforderungen, vor die das sozialistische Gesellschaftssystem stellt", gegenüber, die zu entdecken gewesen wäre, "nur gespielt wurde". Dies wird anhand Barths Verständnisses des Sozialismus im Ost-West-Konflikt, des Problems des gegebenen Staates und der Gemeinde in der religiösen Umwelt ausführlich diskutiert.

83

Ders.: **Theologie und Ideologie. Zur schwierigen Aufgabe der Theologie.** In: Gert Kaiser/ Ewald Frie (Hg.), Arbeitskreis Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR.



Vorträge, Diskussionen und Bibliographie 1994/95, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1995, S. 23-29.

Der Beitrag behandelt die staatlichen Versuche in der DDR, Theologie, die als besonderes Feld von verkehrter Bewußtseinsbildung betrachtet worden sei, in entsprechend besonderer Weise ideologischer und politischer Bearbeitung zuzuführen.

84

Ders.: *Der zensierte Bonhoeffer. Zu einem schwierigen Kapitel der Theologiegeschichte in der DDR.* In: *Zeitschrift für Theologie und Kirche* 3/1995, S. 329-356.

Am Beispiel des Umgangs der DDR-Buchzensur mit der Theologie Bonhoeffers und ihrer Rezeption in der DDR sucht der Verf. die theologische Problematik zu verdeutlichen, die durch das Eingreifen der Zensur in theologische Texte geschaffen wurde.

85

Ders.: *Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer in der DDR. Zur Rezeptionsgeschichte ihres Denkens in Kirche und Theologie.* In: *hochschule ost* 1/1996, S. 55-62.

Im vorliegenden Band.

86

Kühn, Ulrich: *Die theologische Rechtfertigung der "Obrigkeit".* In: G. Heydemann/L. Kettenacker (Hg.), *Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Diktatur*, Göttingen 1993, S. 238-258.

Der Leipziger Theologe fragt das - vorgegebene - Thema und seine implizierten Vorgaben kritisch an, beleuchtet die theologischen Hintergründe des protestantischen Staatsverständnisses und wendet dies auf, neben den NS-Staat, den DDR-Staat an. Dabei werden die theologischen Begründungen für seinerzeitiges politikbezogenes Handeln der evangelischen Kirchen rekonstruiert.

87

Ders.: *Die Zeit der Wende und das Ende (1988-1992).* In: W. Vogler (Hg.), *Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig*, Leipzig 1993, S. 45-52.

Geschichtliche Darstellung des Übergangs vom "Theologischen Seminar" zur (staatlich anerkannten) "Kirchlichen Hochschule" und der schlußendlich folgenden Fusion mit der Theologischen Fakultät der Leipziger Universität.

88

Ders.: *Die theologische Rechtfertigung der "Obrigkeit".* In: *Zeitwende* 1994, S. 26-38.

Gekürzte Fassung des gleichnamigen Beitrages in Heydemann/Kettenacker (1993).

89

Kultusministerkonferenz: *Kirchliche Abschlüsse und Ausbildungseinrichtungen [in der DDR].* In: dies., *Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen (Hochschulabschlüsse, Abschlüsse kirchlicher Ausbildungseinrichtungen, Fach- und Ingenieurschulabschlüsse) im Sinne des Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages*, Anl. III. Bonn 1991. S. 77f.

Die in der DDR erworbenen Bildungsabschlüsse an kirchlichen Hochschuleinrichtungen wurden mit dem Beschluß in die Kategorien "Einem Abschluß gleichwertig, der an einer Universität..."

in dem Teil Deutschlands erworben, in dem das Grundgesetz bereits vor dem 3.10.1990 galt" bzw. "Gleichwertig einem Abschluß, der an einer Fachhochschule erworben wurde" eingeordnet.

90

Künzel, Iris & Kaiser, Klaus-Dieter: ***Zum Genius loci. Eine Auseinandersetzung um die Vergangenheit.*** In: Evangelische Akademikerschaft in Deutschland (Hg.), Dresdner Symposium: Zwischen Resignation und Aufbruch - Die Wissenschaften im Systemwandel. 30.9.-3.10.1993, in der TU Dresden. Arbeitsheft, Stuttgart 1994, S. 77-82. Während einer Tagung der EAiD gerieten die beiden Autoren - erstere Wissenschaftlerin in Dresden, letzterer Generalsekretär der ESG-Ost - in Streit über die nachträgliche Verarbeitung der politischen Instrumentalisierung von Wissenschaft und Hochschulen in der DDR. Die Beiträge sind hier dokumentiert, ergänzt um nachträgliche Kommentare.

91

Lähnemann, Johannes: ***Religionspädagogik in Leipzig. Erfahrungen eines Sommersemesters.*** In: *Die Christenlehre* 3/1992, S. 125-129.

Der Autor hatte 1991 an der Kirchlichen Hochschule Leipzig gastweise Religionspädagogik gelehrt.

92

Landwehr, Gordian: ***"Predige, ob gelegen oder ungelegen". Erinnerungen eines Dominikanerpaters.*** In: Paulinerverein et al. (Hg.), Universitätskirche Leipzig. Ein Streitfall?, Leipzig 1992, S. 26-33.

Der Autor, der seit 1951 Gottesdienste auch in der Universitätskirche gehalten hatte, beschreibt aus katholischer Sicht die Entwicklung hin zur Sprengung der Kirche am 30. Mai 1968.

93

Lichtenstein, Georg: ***Theologische Fakultät und religiös motivierte Probleme 1958.*** In: ders.: Von der ohnmächtigen Macht des Gewissens. Rostocker Akademiker unter Zirkel und Ährenkranz. Eine szenische Lesung zur 575-Jahrfeier der Universität Rostock, Rostock 1994, S. 33-40.

In dem Manuskript der 1994 durch die Compagnie de Comédie - Rostock aufgeführten szenischen Lesung, für die zahlreiche Akten der Rostocker Universität, der SED-Universitätsorganisation, des Studentenrates sowie des MfS ausgewertet worden waren, ist auch beispielhaft ein Kapitel zur Theologischen Fakultät und Problemen christlicher Studenten an der Rostocker Universität im Jahre 1958 aus Dokumentenausschnitten zusammengestellt worden. Weitere zwei Seiten dieser Broschüre befassen sich mit "Junge Gemeinde und Evangelische Studentengemeinde 1953" in Rostock.

94

Linke, Dietmar: ***Existenzweisen institutionalisierter Theologie in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflußnahme auf die Theologische Fakultät Berlin.*** In: *hochschule ost* 4/1995, S. 26-39.

Im vorliegenden Band.

95

Lipski, Stephan: ***Der "Fall" Dr. Schmutzler und die Evangelische Studentengemeinde. Ein Kapitel der SED-Kirchenpolitik 1954 - 1958.*** In: *Kirchliche Zeitgeschichte* 2/1993, S. 427-446.

Schmutzler war von 1954 bis 1957 Leipziger Studentenfarrer und von 1957 bis 1961 wegen "Boykotthetze" inhaftiert.

96

Lohmann, Johannes: *Theologie und Wirklichkeit. Das Verhältnis von Theologie, Kirche und Gesellschaft in der DDR*. In: *Übergänge* 2/1990, S. 75f.

Ein Spezifikum kirchlicher Existenz in der DDR sei gewesen, daß sich die Theologie nicht mehr auf die Auseinandersetzungen mit den großen geistigen Strömungen der Zeit beschränken konnte, sondern sich auf die konkrete gesellschaftliche Situation in der sozialistischen Umwelt habe einlassen müssen. Dies habe zu dem positiven Effekt geführt, daß in der DDR Theologie nicht in der Beschaulichkeit des Hörsaals, sondern unter dem Druck der Alltagserfahrungen gelehrt und gelernt wurde.

97

Lutter, Hans: *Marxismus - Atheismus - Religionskritik*. In: *Berliner Dialog-Hefte* 2/1994, S. 2-17.

Neben der Referierung und Interpretation der im klassischen Marxismus und in der DDR (hier vornehmlich in den akademisch dominierten Zirkeln des christlich-marxistischen Dialogs) entwickelten Positionen zu Religion und Atheismus berichtet der Beitrag über die Geschichte des Lehr- und Forschungsgebietes "Wissenschaftlicher Atheismus" in der DDR.

98

Ders.: *Dokumentation zum christlich-marxistischen Dialog in der DDR von 1986 bis 1990*. In: *Berliner Dialog-Hefte* 3/1994, S. 56-63.

Die (nicht vollständige) Dokumentation erfaßt 84 Veranstaltungen, an denen von marxistischer Seite meist (ein kleiner Kreis von) marxistische(n) Wissenschaftler(n) teilnahm(en). Mit Angaben zu Veranstalter und Veranstaltungsort, Thema, Teilnehmerkreis und Referenten.

99

Mahlburg, Fred: *An die Ehrenkommission der Universität Rostock* [Brief]. In: *Berliner Dialog-Hefte* 1/1993, S. 55f.

Mahlburg sowie die Mitunterzeichner Hartmut Dietrich (Studentenpastor), Hens Langer (Theologe) und Gert Vogt (EKD-Synodaler) verwenden sich in diesem Brief für Sybille Bachmann, Lateinamerikawissenschaftlerin und 1990 Rostocker Universitätsparteisekretärin. Die Verf. befürchten, daß Bachmann allein nach der letztgenannten Funktion beurteilt wird, und führen aus langjähriger Zusammenarbeit Sachverhalte an, die zugunsten Bachmanns sprechen. Einer redaktionellen Notiz zufolge ist das Votum vermutlich berücksichtigt worden: Bachmann wurde "kein Fehlverhalten" bescheinigt.

100

März, Claus-Peter: *Eingedenken, Mitdenken und Vorausdenken. Zu den Herausforderungen der Theologie im Gebiet der ehemaligen DDR*. In: *Theologisch-Praktische Quartalsschrift* 1991, S. 199-201.

Ansprache zum Beginn des akademischen Jahres 1990/91. Verwiesen wird auf die Bedeutung der Theologie nach dem Systemwechsel, gewarnt vor der Ersetzung des bisherigen "verordneten Systemdenkens" durch ein neues.

101

Maser, Peter: *"Beitrag zur Klärung der Grundfragen christlicher Existenz"? Zur Rolle der Ost-CDU an den Theologischen Fakultäten/Sektionen der DDR.* In: *hochschule ost* 1/1996, S. 95-103.  
Im vorliegenden Band.

102

Mau, Rudolf: *Wege und Irrwege der Humboldt-Theologen. Die Geschichte einer Disziplin der Universität von 1945 bis heute.* In: *Der Tagesspiegel*, 30.1.1992, S. 23.

103

Ders.: *Bündnis mit der Macht? Die theologischen Fakultäten in den neuen Ländern.* In: *Evangelische Kommentare* 2/1992, S. 79-81.

Aktueller Sachstandsbericht über institutionelle und personelle Neuordnungen incl. einiger Erklärungsversuche, warum die Dinge wie vorangehen.

104

Ders.: *Vom Hinterhof ins Herz der Hauptstadt. Der Beitrag des "Sprachenkonvikts" zur Erneuerung der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin.* In: *hochschule ost* 5/1992, S. 10-22.

Im vorliegenden Band.

105

Ders.: *Duplik zur "Replik" von Joachim Rohde.* In: *hochschule ost* 10/1992, S. 37-38.

Im vorliegenden Band.

106

Ders.: *Das "Sprachenkonvikt". Theologische Ausbildungsstätte der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg ('Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg') 1950 - 1991.* In: *Berliner Theologische Zeitschrift* 1/1992, S. 107-118.

Geschichtliche Überblicksdarstellung.

107

Ders.: *Das "Sprachenkonvikt". Theologische Ausbildungsstätte der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg ('Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg') 1950 - 1991.* In: M. Köckert (Hg.), *Der Wahrheit Gottes verpflichtet*, Berlin 1993, S. 11-25.

Überarbeitete Fassung des voranstehend aufgeführten Beitrags.

108

Muhrmann-Kahl, Michael: *Ein Prophet des wahren Sozialismus? Zur Rezeption Karl Barths in der ehemaligen DDR.* In: *Zeitschrift für Neuere Theologiegeschichte* 1/1994, S. 139-166.

Anhand vierer für die Wirkungsgeschichte Barths in der DDR zentraler Texte diskutiert der Autor den "entscheidenden Einfluß" Barths auf die Theologie und Kirchenführung in der DDR, analysiert kritisch die Barth-Interpretation des Ostberliner Systematikers Wolf Krötke und formuliert

Vorschläge für weiterführende Forschungen zur Geschichte der protestantischen Theologie in der DDR.

109

M., H. (Müller, Hanfried): **Zitiert und dementiert. FAZ: "Der Weißenseer Arbeitskreis versuchte, die DDR-Verhältnisse theologisch zu legitimieren". Zitiert und kommentiert und dementiert.** In: *Weißenseer Blätter* 1/1994, S. 62-66.

Das Dementi des im Titel zitierten F.A.Z.-Satzes lautet: "Die Maßgeblichkeit menschlicher Vernunft für politische Entscheidungen haben sie [die Mitglieder des Weißenseer Arbeitskreises] mit der V. These der Theologischen Erklärung von Barmen *theologisch* begründet, nicht aber ihre politischen Entscheidungen selbst."

110

Müller, Hanfried: **Die Begegnung evangelischer Theologie mit dem historisch-dialektischen Materialismus - Irrweg? Holzweg? Wegerkundung? Eine Apologie.** In: *Weißenseer Blätter* 4/1991, S. 15-38; 5/1991, S. 46-70; 1/1992, S.44-53; 2/1992, S. 12-28; 5/1992, S. 50-62.

Müller, fraktionenübergreifend umstrittener Ost-Berliner Theologe, nennt sich "eines der vielen Subjekte, in denen sich" die im Titel genannte "Begegnung vollzog", und gibt in Form eines "Rechenschaftsberichtes gegenüber Freunden, einer Apologie gegenüber Gegnern" eine ausführliche, durch die theologische wie politische Biographie illustrierte Begründung seines, wiederum, theologischen wie politischen Denkens. Ergänzt werden die einzelnen Teile der Veröffentlichung durch vom Autor als wesentlich zum Verständnis erachtete Zeitzeugnisse.

111

Müller, Hanfried: **"Ermittlungsverfahren... wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit".** In: *Weißenseer Blätter* 5/1994, S.43-55.

Der emeritierte Theologieprofessor der Humboldt-Universität kommentiert ein (dokumentiertes) Schreiben der Berliner Staatsanwaltschaft, in dem diese ihn von dem Verdacht, daß er seit etwa 1954 als Inoffizieller Mitarbeiter "Hans Meier" für das MfS tätig gewesen sei, und einem infolgedessen wegen "geheimdienstlicher Agententätigkeit" eingeleiteten Ermittlungsverfahren in Kenntnis setzt. Von einer Registrierung unter der internen Bezeichnung "IM" habe er zwar nichts gewußt, gleichwohl Konsultationen mit dem MfS unterhalten, die er auch als "kontinuierliche Beratung des MfS" bezeichnet. Diese werden selbstbewußt und, in der Logik der politischen Positionen des Autors, nachvollziehbar begründet.

112

Ders.: **Zu "Kirche & Hochschule, Theologie & Politik".** In: *hochschule ost* 2/1996, S. 203-206.

Im vorliegenden Band.

113

Müller-Zetzsche, Hans: **Kaderpolitische Barriere in der Theologie 1961. Richtigstellung zu Joachim Rohdes Darstellung des "Falles" Müller-Zetzsche.** In: *hochschule ost* 12/1992, S. 69-71.

Im vorliegenden Band.

114

Neubert, Ehrhardt: *Zur Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht durch das MfS*. In: C. Vollnhals (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Christoph Links Verlag, Berlin 1996. (Im Druck)

115

Niebuhr, Karl-Wilhelm: *Der Neutestamentler Gerhard Delling (1905 - 1986) als Erforscher des Frühjudentums*. In: U. Schnelle (Hg.), Reformation und Neuzeit. 300 Jahre Theologie in Halle, Berlin/New York 1994, S. 74-86.

Delling lehrte von 1950 bis zu seiner Emeritierung 1970 an der halleschen Universität. Der betont wissenschaftsgeschichtliche Beitrag beleuchtet dessen eng aufeinander bezogene wie je eigenständige Bearbeitung neutestamentlicher und frühjüdischer Fragestellungen.

116

Noack, Axel: *Von der Opposition in die Innerlichkeit? Studentengemeinden in den 80er Jahren*. In: Gert Kaiser/ Ewald Frie (Hg.): Arbeitskreis Christen, Staat und Gesellschaft. Vorträge und Diskussionen 1993/94. Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1994. S. 81-89.

Überblicksdarstellung vornehmlich der inhaltlichen Schwerpunkte der ESG-Arbeit, mündend in die Wertung: "Hier war nicht die umstürzlerische Opposition versammelt. Die Studentengemeinden waren aber auch nicht 'gleichgeschaltet' und 'SED-hörig'."

117

Ders.: *Die evangelische Studentengemeinde der DDR im Blickfeld des MfS*. In: *hochschule ost* 1/1996, S. 81-94.

Im vorliegenden Band.

118

Ders.: *Feindobjekt: Evangelische Studentengemeinde*. In: C. Vollnhals (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996. (Im Druck)

119

Onnasch, Martin: *Kirchliche Hochschule in Naumburg*. In: *hochschule ost* 5/1992, S. 23-29.

Im vorliegenden Band.

120

Ders.: *Katechetisches Oberseminar - Kirchliche Hochschule. Ein Rückblick und eine Bilanz*. In: Vom Menschen. Die letzte Ringvorlesung der Kirchlichen Hochschule Naumburg mit einem Rückblick auf ihre Geschichte 1949 - 1993, Naumburg 1993. S. 134-146.

Kursorischer zeitgeschichtlicher Überblick zur Geschichte der 1993 geschlossenen Hochschule.

121

Ders.: *Vom Umgang der Kirchen mit ihrer Vergangenheit. Versuch einer Bilanz der Arbeit der Forschungsstelle für kirchliche Zeitgeschichte 1985 - 1993*. In: *Evangelische Theologie* 6/1994, S. 566-576.

Die Forschungsstelle, angesiedelt beim Katechetischen Oberseminar Naumburg, war 1979 beschlossen, 1985 begründet worden als "Gedächtnis der Kirchen", wo "in verlässlicher Weise die Geschichte der Kirchen in der DDR bearbeitet werden sollte". Im Zuge der Schließung der Kirchlichen Hochschule Naumburg beendete auch die Forschungsstelle zum Jahresende 1993 ihre Tätigkeit. Aus diesem Anlaß war von ihrem Leiter der angezeigte Text vorgetragen worden.

122

Ostermay, Gottfried: *Bericht über die Tätigkeit des überregionalen Arbeitskreises für Katholische Kirchengeschichte in Berlin*. In: K. Elm (Hg.), Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin N.F. 2, 1992/1993, S. 185-192.

Neben einer Kurzvorstellung der Entstehung und der Tätigkeit des Arbeitskreises werden seine Veranstaltungen von 1970-93 dokumentiert.

123

Ders./ Teichmann, Heinz: *Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft für Bistumsgeschichte Berlin 1968 - 1990*. In: K. Elm (Hg.), Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin N.F. 2, 1992/1993, S. 177-183.

Neben einer Kurzvorstellung der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft bis 1968 werden ihre Veranstaltungen von 1968-90 dokumentiert.

124

Pawelzik, Ralf: *Der Lehrstuhl für wissenschaftlichen Atheismus an der Universität Jena und die internationalen Colloquien über Soziologie der Religion in den sozialistischen Ländern*. In: Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg (Hg.), Staat-Kirche-Beziehungen in der DDR und anderen ehemals realsozialistischen Ländern 1945 bis 1989. Wissenschaftliches Kolloquium im Adam-von-Trott-Haus vom 17. bis 19. Dezember 1993, Berlin 1994, S. 73 - 78.

125

Petzoldt, Martin: *Zwischen Emotion und Reflexion. Gedanken zur Universitätskirche*. In: Paulinerverein et al. (Hg.), Universitätskirche Leipzig. Ein Streitfall?, Leipzig 1992, S. 34-49.

"Zeitbezogenes", "Persönliches", "Nach-Denkendes" und "Zukünftiges" (Zwischenüberschriften) zur 1968 gesprengten Universitätskirche.

126

Ders.: *Die Theologische Fakultät im Herbst 1992*. In: *Universität Leipzig* 6/1992, S. 12.

Der Autor, Dekan der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig, schildert die Geschichte der Zusammenführung von Fakultät und Kirchlicher Hochschule Leipzig, den Inhalt des dazu geschlossenen Vertrages und den Beginn der gemeinsamen Arbeit: "Ein wesentlicher Teil der Bemühung wartet aber nun noch auf alle Beteiligten: nämlich sich auch in theologischen Sachfragen zu gemeinsamen Argumentationsebenen durchzuringen."

127

Ders.: *Ausstieg aus der Geschichte. Auch ein Jubiläum - vor 25 Jahren wurde die Universitätskirche gesprengt*. In: *Universität Leipzig* 3/1993, S. 15-19.

Den reflektierenden Worten des Dekans der Theologischen Fakultät schließt sich der Abdruck zeitgenössischer Dokumente an.

128

Ders.: ***Zur Bachforschung an der Karl-Marx-Universität zu Leipzig seit 1974.*** In: H. Grimm/ M. Hansen/ K. Mehner (Hg.), Musik und Musikwissenschaft in Leipzig (Berliner Beiträge zur Musikwissenschaft, Beiheft zu Heft 3/1994 der *Neuen Berlinischen Musikzeitung*), S. 21-24.

1974 war mit der Gründung des Forschungskollektivs "Johann Sebastian Bach" eine marxistische Bachforschung an der Leipziger Universität institutionalisiert worden. Der Einladung zur Mitarbeit folgte der Autor ("die historischen bzw. faktologischen Anteile der Theologie wurden entgegengenommen", denn dazu "konnte man schon einen Theologen gebrauchen, weil ja inzwischen selbst ältere Kollegen aus der Musikwissenschaft oder der Geschichtswissenschaft nicht mehr hinreichend historisches und faktologisches Theologie- und Kirchen-Wissen parat hatten"). In dem Artikel schildert er wesentlich den Beitrag theologischer Bachforschung in dieser Forschungsgruppe.

129

Peifer, Baldur: ***Die Theologische Hochschule Friedensau. Eine freikirchliche Hochschule.*** In: *hochschule ost* 4/1995, S. 65-70.

Im vorliegenden Band.

130

Raabe, Thomas: ***Die Einrichtung einer katholischen Hochschule in Erfurt.*** In: ders., SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949 - 1961, Verlag F. Schöningh, Paderborn/München/Wien/Zürich 1995, S. 103-114.

Die Fallstudie zeichnet, gestützt auf die Auswertung kirchlicher und staatlicher Akten, den Gründungsprozeß des katholischen Priesterseminars nach.

131

Rohde, Joachim: ***Replik zu Rudolf Mau.*** In: *hochschule ost* 7/1992, S. 47-58.

Im vorliegenden Band.

132

Ders.: ***Antwort auf Rudolf Maus "Duplik" zu meiner "Replik".*** In: *hochschule ost* 12/1992, S. 65-69.

Im vorliegenden Band.

133

Richter, Edelbert: ***Die Zweideutigkeit der lutherischen Tradition. Zur Aufarbeitung der Vergangenheit in den evangelischen Kirchen der ehemaligen DDR.*** In: *Deutschland Archiv* 4/1993, S. 407-417.

Der Autor fragt nach dem Geist, aus dem heraus politische Anpassung verschiedener Grade der evangelischen Kirche möglich geworden sei, sieht ihn "hauptsächlich repräsentiert in der Tradition einer neulutherischen, *falsch verstandenen Zwei-Reiche-Lehre*". Deren theologische Entwicklung und ihre kirchenpolitische Wirkung in der DDR werden nicht unpolemisch erörtert.

134



Rißmann, Martin: *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949 - 1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte Bd. 27). Droste Verlag, Düsseldorf 1995. 350 S.

Die in diesem Band verhandelten Entwicklungen gehören über einen Umweg zum Themenbereich "Theologie & Politik": Inhaltlich vermittelte die Kaderschulung innerhalb der DDR-CDU politische Konzepte und Direktiven, die sich wiederum auf bestimmte theologische Argumentationen und Denkfiguren rückbezogen.

135

Runge, Ekkehard: *Mit Gottes Hilfe werden andere Zeiten kommen. Gespräch mit Ekkehard Runge, Berlin, Jahrgang 1934, Theologe, Direktor der Evangelischen Haupt-Bibelgesellschaft zu Berlin*. In: K. Sedler/F.-R. Schurich/F. Schumann, Glaubenskrieg. Kirche im Sozialismus. Zeugnisse und Zeugen eines Kulturkampfes, Berlin 1995, S. 99-109.

Der Autor schildert in dem am 10. März 1993 geführten und für den Druck zu einem zusammenhängenden Text verdichteten Interview die Arbeit seines Verlages, dessen Produktionsvolumen sich zu etwa 60 % auf Lutherbibeln bezog und zu ca. 40 % auf Begleitliteratur zur Bibel.

136

Schilling, Falko/Stengel, Friedemann: *Die theologischen Sektionen im "real-existierenden" Sozialismus der DDR*. In: *Kirchliche Zeitgeschichte* 1/1992, S. 100-112.

Referat auf einem *Dies academicus* an der Theologischen Fakultät in Halle/S., auf dem, einer studentischen Anregung folgend, über "Vergangenheitsbewältigung" diskutiert wurde. Die Autoren, Studenten im 10. Semester, werfen Schlaglichter auf einzelne Aspekte der Existenz theologischer Sektionen an den DDR-Universitäten. Unter anderem sortieren sie die DDR-Universitäts-theologie in drei "Grundlinien": die "Theologie für den Sozialismus", eine die Zweireichelehre fruchtbar machende und simplifizierende Theologie ("Politik den Politikern...", und das Evangelium dem Pfarrer"), schließlich die an einem "distanzierteren Kurs" incl. "'leiser' Kritik" orientierte Theologie.

137

Schinköth, Thomas: *Musikleben an der Paulinerkirche nach 1945. Versuch einiger Randbemerkungen zu einem verdrängten, aber unvergessenen Thema*. In: H. Grimm/ M. Hansen/ K. Mehner (Hg.), Musik und Musikwissenschaft in Leipzig (Berliner Beiträge zur Musikwissenschaft, Beiheft zu Heft 3/1994 der *Neuen Berlinischen Musikzeitung*), Berlin 1994, S. 40-44.

Zum Konzertleben in der Universitätskirche und zur kirchenmusikalischen Ausbildung in Leipzig.

138

Schliwa, Harald/Zeddies, Helmut: *Theologen und marxistische Gesellschaftswissenschaftler im Dialog*. In: *Zeichen der Zeit* 7/1990, S. 167-172.

Am 14. März 1990 hatten sich - erstmals - Vertreter der Arbeitsgruppe Menschenrechte beim BEK und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften [zuvor: beim ZK der SED] zu einem "seit längerer Zeit vereinbarten" Gespräch getroffen, um "Die Rolle des Individuums und seine Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen" zu diskutieren. Die Veröffentlichung gibt einen kurzen Bericht über die Veranstaltung, deren Fortsetzung vereinbart wurde, und dokumentiert die eingangs vorgetragenen Thesen zum Thema von Zeddies und Schliwa.

139

Schönebeck, Karla: *Der Tag, an dem die Universitätskirche in den Himmel gejagt wurde*. In: Paulinerverein et al. (Hg.), Universitätskirche Leipzig. Ein Streitfall?, Leipzig 1992, S. 12-25.

Rückblickende journalistische Darstellung.

140

Schmutzler, Georg-Siegfried: *"Opposition" in der frühen DDR. Die Ev. Studentengemeinde (ESG) Leipzig in den 50er Jahren*. In: Gert Kaiser/ Ewald Frie (Hg.), Arbeitskreis Christen, Staat und Gesellschaft. Vorträge und Diskussionen 1993/94, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1994, S. 59-68.

Analytischer Erinnerungsbericht des ehemaligen Leipziger Studentenpfarrers unter besonderer Berücksichtigung gesellschaftskritischer Renitenz aus und im Umfeld der Leipziger ESG.

141

Schrader, Franz: *Erfahrungen mit der Herausgabe einer wissenschaftlichen Festschrift zum 1000jährigen Jubiläum der Gründung des Erzbistums Magdeburg. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte*. In: K. Elm (Hg.), Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin N.F. 2 (1992/93), S. 147-155.

Detalliert beschreibt der Autor die Entstehungs- und Publikationsgeschichte der Festschrift, deren Erscheinen zum 1000jährigen Jubiläum 1968 durch die Druckgenehmigungsbehörde zunächst völlig abgesagt worden war, und die dann, nach einigen Änderungen, mit Verspätung im Jahre 1969 doch noch erschien.

142

Schubert-Lehnhardt, Viola: *Christlich-marxistischer Dialog - Rückblick auf Standpunkte zu medizinethischen Fragestellungen in der DDR*. In: *Berliner Dialog-Hefte* 3/1994, Berlin, S. 20-25.

Die Autorin geht davon aus, daß in einer Vielzahl wissenschaftlicher Diskussionen zwischen Christen und Marxisten in den 80er Jahren "bei Ausklammerung der sog. 'letzten' Fragen durchaus übereinstimmende Positionen... zu einer Vielzahl 'vorletzter' Fragen erreicht werden konnten", und diskutiert dies an drei Problemkreisen: das Verständnis von Verantwortung für Gesundheit; Positionen zu Krankheit und Leid; gemeinsame Positionen zur Betreuung Sterbender.

143

Schürmann, Heinz: *Ansprache anlässlich der Immatrikulations-Feier des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt am 20. September 1959. Rückerinnerung aus aktuellem Anlaß*. In: W. Ernst/ K. Feiereis (Hg.): *Denkender Glaube in Geschichte und Gegenwart*, Leipzig 1992. S. 130-148.

Dokumentation der 1959 gehaltenen Rede, stilistisch leicht geglättet, durch Vor- und Nachbemerkung sowie Fußnoten ergänzt und derart versucht, sie in die damalige wie die heutige Situation einzuordnen.

144

Seidel, Hans: *Lehre und Forschung [am Theologischen Seminar Leipzig]*. In: W. Vogler (Hg.), *Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig*, Leipzig 1993, S. 80-96.

Dargestellt werden die Strukturen und Inhalte des Lehr- und Forschungsbetriebs.

145

Solte, Ernst-Lüder: *Religionsunterricht und Theologenausbildung in den ostdeutschen Ländern. Aus staatskirchenrechtlicher Sicht.* In: *Die Christenlehre* 43 (1991), S. 484-487.

Der Autor zeigt Möglichkeiten auf, die das Staatskirchenrecht der Bundesrepublik gewährt, "um kirchliche Freiheitsvorstellungen in den staatlichen Institutionen" (hier: Schulen und Universitäten) zu entfalten.

146

Sonntag, Claudia: *Der Abriss der Paulinerkirche.* In: Thomas Topfstedt/ Pit Lehmann (Hg.), *Der Leipziger Augustusplatz. Funktionen und Gestaltwandel eines Großstadtplatzes*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1994, S. 77-85.

Überblicksdarstellung des Entscheidungsganges, der zur Sprengung der Leipziger Universitätskirche führte.

147

Stahl, Rainer: *Kirchliche und ökumenische Bezüge [des Theologischen Seminars Leipzig].* In: W. Vogler (Hg.), *Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig*, Leipzig 1993, S. 110-120.

Darstellung der Auslandsbeziehungen des Leipziger Seminars.

148

Straube, Peter-Paul: *Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR.* In: *hochschule ost* 3/1993, S. 26-32.

Im vorliegenden Band.

149

Straube, Peter-Paul: *Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale.* In: *hochschule ost* 4/1995, S. 57-64.

Im vorliegenden Band.

150

Strauß, Michael: *Erfurter Tauziehen. Streit um eine neue theologische Fakultät.* In: *Evangelische Kommentare* 3/1994, 130-132.

Für den geplanten Verzicht auf die Gründung einer evangelisch-theologischen Fakultät (jedoch einer katholisch-theologischen) an der Universität Erfurt (statt dessen nur eines "Martin-Luther-Instituts für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums") seien keineswegs konfessionelle Präferenzen des Gründungsausschusses oder der Landesregierung verantwortlich, sondern vielmehr innerevangelische Interessendifferenzen.

151

*Die Theologische Fakultät [der Universität Rostock].* In: Rektor der Universität Rostock (Hg.), *Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen. 575 Jahre Universität Rostock*, Konrad Reich Verlag, Rostock 1994, S. 70-101.

Die letzten drei der neun Unterkapitel dieser geschichtlichen Überblicksdarstellung interessieren im hiesigen Kontext: Der Wiederaufbau 1946-1969; Die Sektion Theologie 1970-1989; Zur Lage nach 1989/90.

152

Theologische Fakultät der Universität Leipzig, Rat der: **Gegendarstellung** [zu G. Besier: *Staatssicherheit in Kirche und Theologie*, in: *KZG 1/1991*]. In: *Kirchliche Zeitgeschichte* 1/1992, S. 113-114.

Die Gegendarstellung kritisiert eine Reihe von nach Ansicht des Leipziger Fakultätsrates mißverständlichen und suggestiven Formulierungen, tendenziösen Entschlüsselungen und sachlichen Fehlern sowie Integritätsinfragestellungen ganzer Personengruppen und Institutionen. Besier wird aufgefordert, die begrenzte Aussagefähigkeit der von ihm herangezogenen Dokumente klarzustellen. Der Gegendarstellung schließt sich eine Replik von G. Besier an.

153

Tiefensee, Eberhard: **Katholische Studentengemeinden vor und nach dem Herbst 1989**. In: *hochschule ost* 2/1993, S. 33-37.

Im vorliegenden Band.

154

Strukturausschuß der Gründungskommission der Universität Erfurt: **Die Universität Erfurt und die Theologie**. In: Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.), *Empfehlungen des Strukturausschusses der Gründungskommission der Universität Erfurt*, Erfurt o.J. (1994), S. 26-32.

Dem Strukturausschuß für die wiederzugründende Universität Erfurt war aufgegeben, bei seinen Überlegungen die Existenz zweier theologischer Hochschulen zu berücksichtigen: des (katholischen) Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt und der (evangelischen) Kirchlichen Hochschule Naumburg (bis 1993). Für zusätzliche Studienplätze sieht die Strukturkommission, gemessen am prognostizierten Pfarrer-Bedarf im Bereich der katholischen bzw. der protestantischen Kirche(n), keine Notwendigkeit. Davon blieben "allerdings andere Erwägungen unberührt". Diese werden ausgeführt und konkludieren in den Vorschlägen einer Katholisch-Theologischen Fakultät und, vglw. deutlich schwächer, eines Martin-Luther-Instituts für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums innerhalb der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät.

155

Ullrich, Lothar: **Dankbare Erinnerung. Festvortrag zur Vierzigjahrfeier des Philosophisch-Theologischen Studiums am 11. Juni 1992**. In: C.-P. März (Hg.), *Die ganz alltägliche Freiheit. Christsein zwischen Traum und Wirklichkeit* (Erfurter Theologische Studien Bd. 65), St. Benno Verlag, Leipzig 1993, S. 129-143.

"Im Rückblick müssen wir dankbar bekennen, daß es für uns in Erfurt gesegnete Zeiten gewesen sind, in denen sich trotz allen inneren und äußeren Schwierigkeiten zum Trotz die Priester- und Theologenausbildung, die philosophische und theologische Forschung und Lehre in voller Lehr- und Lernfreiheit entfalten konnten." Davon ausgehend, liefert der Text einen Abriß der Geschichte der katholischen Theologenausbildung in Erfurt, gegliedert in "Rahmenbedingungen", "Innenausbau", "Grenzüberschreitungen" und "Einigungsprozeß".

156

Usko-Meißner, Marianne: **Die Schwierigkeit des Zusammenwachsens. Evangelische Ausbildungsstätten in Berlin auf Partnersuche**. In: *übergänge* 4/1990, S. 154-157.

Es gelte, in Jahrzehnten gewachsene Doppelstrukturen aufzulösen, was infolge unterschiedlicher Interessenlagen zu Komplikationen führen könne. Dies wird im einzelnen am Beispiel der evangelischen theologischen Ausbildungsstätten in Berlin dargestellt.

157

Vogler, Werner: *Vom Missionsseminar zum Theologischen Seminar (1879-1964)*. In: ders. (Hg.), Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig, Leipzig 1993, S. 10-20. Schilderung von Vorgeschichte und Anfangszeit des Theologischen Seminars Leipzig als kirchlicher Hochschule.

158

Welzk, Stefan: *Juni '68: Protest! Studenten fordern den Wiederaufbau*. In: Paulinerverein et al. (Hg.), Universitätskirche Leipzig. Ein Streitfall?, Leipzig 1992, S. 64-67.

Während des Internationalen Bachwettbewerbs im Juni 1968 in Leipzig hatten Studenten als Protest gegen die zwei Wochen zuvor erfolgte Sprengung der Universitätskirche ein Transparent mit der Aufschrift "Wir fordern Wiederaufbau!" entrollt. Der Autor war einer der Beteiligten.

159

Winter, Christian: *Der Fall der Universitätskirche zu Leipzig*. In: *Zeichen der Zeit* 2/1993, S. 68-70.

Gedrängte Überblicksdarstellung des Entscheidungsganges hin zur Sprengung der Universitätskirche.

160

Ders.: *Veröffentlichungen zur Vernichtung der Leipziger Universitätskirche St. Pauli 1968. Literaturbericht*. In: *Herbergen der Christenheit* Bd. 18 (1993/94), S. 157-161.

Der Beitrag referiert die aktuellen, aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Tages der Universitätskirchensprengung veröffentlichten Publikationen.

161

Ders.: *Die Theologische Fakultät der Universität Leipzig in den Auseinandersetzungen um die Universitätskirche St. Pauli*. In: *hochschule ost* 1/1996, S. 71-80.

Im vorliegenden Band.

162

Wirth, Günter: *Kulturprotestantische Öffentlichkeit in der DDR: Die evangelische Zeitschrift STANDPUNKT*. In: *hochschule ost* 1/1996, S. 104-121.

Im vorliegenden Band.

163

Ders.: *Nachsätze zu "Kulturprotestantische Öffentlichkeit in der DDR", hso 1/96*. In: *hochschule ost* 3/1996, S. 158-163.

Im vorliegenden Band.

164

Wischnath, Rolf: *Warum Heiner Fink verurteilt wurde*. In: *Junge Kirche* 3/1993, S. 149 - 153.

Der Westberliner Pfarrer unternimmt, ohne Fink "zur Lichtgestalt emporstilisieren" zu wollen, eine politische Wertung des zweitinstanzlichen Urteils im Fink-Prozeß, in dem im "Prozeß der

Wahrheitsfindung... jenes Maß an Gewißheit erreicht" worden sei, "das dem Zweifel Schweigen gebietet" (Urteilsbegründung).

165

Zeddies, Helmut: *Theologen und Marxisten im Dialog über Wahrheit*. In: *Zeichen der Zeit* 10/1990, S. 251f.

Im Juli 1990 hatten sich Vertreter der Arbeitsgruppe Menschenrechte beim BEK und der Stiftung Gesellschaftsanalyse e.V. (zuvor Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) getroffen, um über "Wahrheit und Politik. Ist der Widerspruch zwischen Wahrheit und Macht auflösbar?" zu diskutieren. Der Artikel gibt einen zusammenfassenden Bericht der Debatte, der Thesenpapiere von Generalsuperintendent Esselbach und Erich Hahn zugrundelagen.

166

Zeddies, Helmut/ Schliwa, Harald: *Theologen und marxistische Gesellschaftswissenschaftler im Dialog*. In: *Zeichen der Zeit* 7/1990, S. 167-172.

Am 14. März 1990 hatten sich - erstmals - Vertreter der Arbeitsgruppe Menschenrechte beim BEK und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften [zuvor: beim ZK der SED] zu einem "seit längerer Zeit vereinbarten" Gespräch getroffen, um "Die Rolle des Individuums und seine Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen" zu diskutieren. Die Veröffentlichung gibt einen kurzen Bericht über die Veranstaltung, deren Fortsetzung vereinbart wurde, und dokumentiert die eingangs vorgetragenen Thesen zum Thema von Zeddies und Schliwa.

167

Zierner, Jürgen: *Das theologische Studium [am Theologischen Seminar Leipzig]*. In: W. Vogler (Hg.), *Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar / Die Kirchliche Hochschule Leipzig*, Leipzig 1993, S. 57-63.

Darstellung von Struktur, Inhalten und Organisationsweise der theologischen Fachsemester innerhalb des Studiengangs.

## Autorinnen & Autoren

**Heinz Blauert**, Dr. theol., 1969 bis zur Pensionierung 1989 Chefredakteur der *Zeichen der Zeit*.

**Angelika Engelmann**, Prof. Dr. theol., Professorin für Theologie an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit Dresden.

**Konrad Feiereis**, Prof. Dr., seit 1972 Inhaber des Lehrstuhls für Philosophie am Philosophisch-Theologischen Studium Erfurt.

**Christian Füller**, Dipl.-Pol., Journalist in Berlin, Beobachter der Fink-Prozesse für die *taz*.

**Joachim Heise**, Dr. sc. phil., Historiker, stellv. Leiter des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung Berlin.

**Andreas Hoff**, Soziologiestudent an der Universität Leipzig, 1992/93 Studiendensprecher der ostdeutschen ESGn.

**Hans-Hinrich Jenssen**, Prof. Dr. theol., 1960 Berufung für Praktische Theologie an die Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, 1964-68 ihr Dekan, 1993 emeritiert.

**Christoph Kähler**, Prof. Dr. theol., Professor für Neues Testament, bis 1992 am Theologischen Seminar (seit 1990 Kirchliche Hochschule) Leipzig, seither an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig, 1993 Wahl zum Dekan der Fakultät.

**Klaus-Dieter Kaiser**, Pfarrer, bis 1995 Generalsekretär der Evangelischen StudentInnengemeinde in der Bundesrepublik Deutschland, Geschäftsstelle Berlin.

**Hans-Joachim Kittel**, Dr. theol., Pfarrer, 1971 - 1988 nebenamtlicher, ab 1988 hauptamtlicher Dozent an der Predigerschule Erfurt, 1990 - 1995 letzter Rektor der Predigerschule.

**Irene Klank**, Dipl.-Theol., 1991/92 auf einer ABM-Stelle an der Humboldt-Universität für die Koordinierungsgruppe Feministische Theologie tätig, Vikarin.

**Ilko-Sascha Kowalczuk**, Studium der Geschichte, Ethnographie und Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1990/91 Studentenvertreter daselbst, Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Unabhängigen Historiker-Verbandes (UHV), jetzt Doktorand in der Geschichtswissenschaft.

**Wolf Krötke**, Prof. D. Dr. theol., 1973-91 Dozent am Sprachenkonvikt Berlin, seit 1991 Professor für Systematische Theologie an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, 1991-93 Dekan der Fakultät.

**Dietmar Linke**, Pfarrer in Berlin.

**Peter Maser**, Prof. Dr. theol., Kirchenhistoriker an der Universität Münster.

**Rudolf Mau**, Prof. em. Dr. theol., Kirchenhistoriker, von 1954-64 wissenschaftlicher Assistent an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität, 1964-91 Dozent am Sprachenkonvikt, seit 1991 an der fusionierten Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität.

**Hanfried Müller**, Prof. Dr. theol., Systematischer Theologe an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1990 emeritiert, Herausgeber der *Weißenseer Blätter*.

**Hans Müller-Zetzsche**, Dr. theol., Pfarrer i.R., bis 1990 Gemeindepfarrer der Georgen-Parochialgemeinde in Berlin.

**Axel Noack**, Pfarrer, war 1976-78 Assistent für Neuere Kirchengeschichte am Katechetischen Oberseminar Naumburg, 1978-85 Studentenpfarrer in Merseburg und ist seither Gemeindepfarrer in Wolfen.

**Martin Onnasch**, Prof. Dr. theol., Kirchenhistoriker, bis 1993 Dozent an der Kirchlichen Hochschule Naumburg (zuvor Katechetisches Oberseminar), 1993-96 stellv. Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Dresden, seit 1996 Professor für Kirchengeschichte an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

**Peer Pasternack**, Dipl.-Pol., Universität Leipzig, *hochschule ost*-Herausgeber.

**Baldur Pfeiffer**, Prof. Dr. phil., Historiker, Rektor der Theologischen Hochschule Friedensau.

**Konrad von Rabenau**, Dr. theol., Kirchenhistoriker, 1956-1974 Dozent am Katechetischen Oberseminar Naumburg, 1973-1991 Ausbildungsreferent beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR.

**Joachim Rohde**, Dr. theol., Neutestamentler, Mitherausgeber des Theologischen Handkommentars zum Neuen Testament, ab 1958 Assistent, seit 1966 Oberassistent an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1970 Habilitation.

**Peter-Paul Straube**, Dipl.-Theol., Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Pädagogik der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.

**Eberhard Tiefensee**, Dr. theol., bis 1991 katholischer Studentenpfarrer in Leipzig und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der KSGn auf DDR-Ebene, wohnhaft in Ammerbuch/Altingen, Habilitand an der Universität Tübingen.

**Christoph Winter**, Dr. theol., wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Arbeitsstellenleiter "Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte".

**Günther Wirth**, Prof. Dr. phil. Dr. theol. h.c., von 1973-85 Chefredakteur, 1985-90 Herausgeber des *Standpunkt*, Publizist in Berlin.



## hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland

**Schwerpunktthemen 1. Jahrgang 1991/92:** Die ostdeutschen Hochschulgesetze \* Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland \* Die Erneuerung und ihre Kriterien \* DDR-Wissenschaftsgeschichte \* Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch \* Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit \* Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung \* Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen \* Jürgen Teller Honorarprofessor \* Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung \* Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig \* HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten \* Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion \* BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus \* Wissenschaft Ost 1989/90 \* Europäische Universität Erfurt \* Die Studierenden 1989/90 \* Streitsache Latinum

**Schwerpunktthemen 2. Jahrgang 1992/93:** Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost \* Wissenschaft Ost 1989/90 \* 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler \* Frauen in der Ostwissenschaft \* Tagung des SPD-Wissenschaftsforums \* Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive \* Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel \* Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe \* Vorschläge zur Hochschulreform \* Methodologische Wende? \* Institution Hochschule und Landeshochschulrecht \* Verbände (-Schicksale) im Osten \* Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach \* Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz \* Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft \* Die ostdeutschen Archive \* Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele \* Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus \* Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

**Schwerpunktthemen 3. Jahrgang 1993/94:** Erneuerungsgruppen bilanzieren \* Institution Hochschule und Landeshochschulrecht \* Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte \* Gleichstellungsmanagement Ost \* Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern \* Habilitiertentagung in Leipzig \* Streitfall Multiple Choice \* Studierende 1994 \* Berufungsverfahren West und Ost \* Singularitäten

**Schwerpunktthemen 4. Jahrgang 1994/95:** Forschung über Wissenschaft Ost \* Dissertationen in der DDR \* Singularitäten \* Fernstudieren in Ostdeutschland \* Archive in Ostdeutschland II \* Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit \* Sozialistische Intelligenz \* Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I \* Synopse Hochschulrecht Ost

**Schwerpunktthemen 5. Jahrgang 1995/96:** Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost \* Singularitäten \* Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost \* Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II \* Dialektik der Einpassung \* Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem \* Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns \* Studienförderung \* Kunst-Hoch-Schulen

Alle Hefte nachlieferbar (nur komplett). Aktuelles kostenloses Probeheft bei

Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig